Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 14 / 2021 – 2022

Inhalt

Seite

14. Justizreform 3 867

Inhaltsverzeichnis

14. Justizreform 3

I. Ausgangslage 869
1. Bericht betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte 869
2. Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 16. Februar 2021 (Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter) 872

II. Handlungsbedarf 873
1. Obergericht des Kantons Graubünden 873
1.1. Neuregelung im Bereich der Rechtsprechung 874
1.2. Neuregelung im Bereich der Gerichtsverwaltung 876
2. Neuorganisation der Justizaufsicht 880
2.1. Neue Träger der Justizaufsicht 881
2.2. Aufsicht über die Schlichtungsbehörden 885
2.3. Aufsicht über das Schiedsgericht und die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht 893
2.4. Aufsicht über die Notariatskommission und die Aufsichtskommission 895
2.5. Aufsicht über die Betreibungs- und Konkursämter 897
2.6. Aufsicht über die Enteignungskommissionen 898
2.7. Aufsichtsinstrumente sowie Hilfsmittel 899
3. Beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden 901
3.1. Teilzeitliche Richtertätigkeit 902
3.2. Flexibilisierung der Dotierung der Gerichte 905
3.3. Besonderes Beschäftigungsverhältnis 906
4. Justizgericht des Kantons Graubünden 914
5. Mitwirkungsrecht des Obergerichts an Rechtsetzungsverfahren 915

III. Vernehmlassungsverfahren 917
1. Allgemeine Bemerkungen 917
2. Umgang mit den Anliegen 918
2.1. Berücksichtigte Anliegen 918
2.2. Nicht berücksichtigte Anliegen 932
2.3. Auswertung des Fragebogens zum Wahl- und Wiederwahlverfahren 951

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen 952
1. Teilrevision der Kantonsverfassung 952
2. Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes 964
3. Fremdänderungen 1013
3.1. Gesetz über die politischen Rechte 1013
3.2. Gesetz über die Staatshaftung 1019
3.3. Gesetz über den Grossen Rat 1023
3.4. Geschäftsordnung des Grossen Rates 1026
3.5. Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden 1027
3.6. Gesetz über die Pensionskasse Graubünden 1028
3.7. Notariatsgesetz 1029
3.8. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs 1034
3.9. Anwaltsgesetz 1037
3.10. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung 1040
3.11. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung 1044
3.12. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege 1046
3.13. Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht 1050
3.14. Gesetz über den Finanzhaushalt 1053
3.15. Gesetz über die Finanzaufsicht 1056
3.16. Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden 1056
4. Fremdaufhebungen 1058

V. Regierungsrätliche Ausführungsbestimmungen 1058
1. Notariatsverordnung und Notariatsgebührenverordnung 1059
2. Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs 1059
3. Anwaltsverordnung und Verordnung über die Anwaltsprüfung 1060
4. Finanzhaushaltsverordnung 1060
5. Weitere Änderungen 1060

VI. Personelle und finanzielle Auswirkungen 1061
1. Für den Kanton 1061
2. Für die Regionen 1066
3. Für die Gemeinden 1066

VII. Gute Gesetzgebung 1066

VIII. Inkrafttreten 1067
1. 1. Januar 2025 1067
2. 1. April 2023 1068

IX. Anträge 1069

Anhang 1: Organigramm des Obergerichts 1070
Anhang 2: Ist-Zustand Justizaufsicht 1071
Anhang 3: Soll-Zustand Justizaufsicht 1072
Glossar 1073
Abkürzungsverzeichnis 1076

Heft Nr. 14 / 2021 – 2022

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

14.

Justizreform 3

Chur, den 22. Februar 2022

Das Wichtigste in Kürze

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 entschieden, das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht zu einem Gericht zusammenzuführen, wenn sie einen gemeinsamen Gerichtssitz beziehen. Dieses sog. Obergericht des Kantons Graubünden wird voraussichtlich ungefähr 50 Personen beschäftigen, womit es deutlich grösser sein wird als das Kantons- bzw. das Verwaltungsgericht. Für das Obergericht müssen daher sowohl im Bereich der Rechtsprechung als auch der Gerichtsverwaltung neue Strukturen geschaffen werden. Diese Gelegenheit soll genutzt werden, um am Obergericht ein Generalsekretariat aufzubauen. Dieses soll zukünftig nach den Instruktionen der Leitungsorgane die Verwaltungsaufgaben für das Obergericht ausführen. Mit der Schaffung des Generalsekretariats wird eine Empfehlung des Untersuchungsberichts Stalder / Uhlmann umgesetzt.

Im Weiteren soll die institutionelle Ausgestaltung der Justizaufsicht optimiert werden. Diese Neuregelung bezweckt, klare und sachgerechte Zuständigkeiten zu schaffen, alle Aufsichtsinstrumente bei einem Aufsichtsorgan zu konzentrieren, die Aufsichtsorgane sachgerecht zusammenzusetzen und die Kommunikation innerhalb der Aufsichtsorgane sowie mit den beaufsichtigten Behörden zu fördern. Die Umsetzung dieser Ziele bedingt etliche Änderungen der bestehenden Aufsichtsstrukturen. Davon sind primär die Regionalgerichte betroffen, die infolge dieser Neuorganisation die Aufsicht über die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen übernehmen. Die dafür erforderlichen

Ressourcen sollen nicht bei den elf Regionalgerichten, sondern bei einer Stabsstelle bereitgestellt werden, die bei dem durch die Konferenz der Regionalgerichte bezeichneten Regionalgericht angesiedelt werden soll. Der betreffenden Stabsstelle sollen weitere Aufgaben der Justizverwaltung übertragen werden, die aufgrund ihrer Gleichartigkeit effizienter und kostengünstiger durch eine Stabsstelle erledigt werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt der Justizreform 3 betrifft die beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden. Um die Rechtsanwendung zu erleichtern, soll das Beschäftigungsverhältnis für die Mitglieder der richterlichen Behörden, soweit als möglich, vereinheitlicht werden. Ausserdem sollen für die Mitglieder der richterlichen Behörden zeitgemässe Strukturen geschaffen werden, um die bestmöglichen Personen für diese Aufgabe gewinnen zu können. Überdies sollen die in den vergangenen Jahren sichtbar gewordenen Unsicherheiten in Bezug auf die Zuständigkeit und die Ausgestaltung der dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren beseitigt werden.

Schliesslich werden mit dem vorliegenden Rechtsetzungsvorhaben die weiteren Grundsatzbeschlüsse umgesetzt, die der Grossen Rat in der Junisession 2019 hinsichtlich der Organisation der oberen kantonalen Gerichte gefasst hat.

Sehr geehrte Frau Standespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft und den Entwurf zur Justizreform 3.

I. Ausgangslage

1. Bericht betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte

Am 8. Dezember 2015 überwies der Grosse Rat der Regierung den Auftrag der KJS vom 17. August 2015. Darin wurde die Regierung aufgefordert, den Geschäftsverkehr zwischen den oberen kantonalen Gerichten, der Regierung sowie dem Grossen Rat zu überprüfen und Lösungen zu präsentieren, die es den oberen kantonalen Gerichten ermöglichen würden, nicht nur mit dem Budget, der Rechnung und dem Jahresbericht, sondern auch mit weiteren Anliegen direkt an den Grossen Rat zu gelangen.

Am 6. Dezember 2016 erneuerte die KJS diesen Auftrag und ergänzte ihn dahingehend, als sie eine grundlegende Überprüfung der derzeitigen Organisation des Kantonsgerichts von Graubünden (nachfolgend als Kantonsgericht bezeichnet) und des Verwaltungsgerichts des Kantons Graubünden (nachfolgend als Verwaltungsgericht bezeichnet) forderte. Dabei sei vorderhand zu untersuchen, ob das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht zu einem kantonalen Obergericht mit Kammersystem zusammenzulegen seien. Schliesslich ersuchte die KJS das DJSG mit Schreiben vom 25. September 2017, zu untersuchen, ob für die oberen kantonalen Gerichte eine Regelung für Fälle von ausserordentlichen Vakanzen von Richterinnen und Richtern vorzusehen sei (Botschaft Nr. 9/2018–2019, S. 779 ff., S. 781).

Da diese Fragen teils grundlegende Aspekte der Gerichtsorganisation betreffen, entschied sich die Regierung dazu, dem Grossen Rat zunächst verschiedene Grundsatzfragen zur Organisation der oberen kantonalen Gerichte zu unterbreiten, deren Beantwortung die Grundlage für das nachfolgende Rechtsetzungsprojekt bilden würde (Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 782, 884). Im hierzu verfassten Bericht betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte stellte die Regierung dem Grossen Rat sechs Grundsatzfragen zur Organisation des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts. Die KJS ergänzte diesen Fragenkatalog anlässlich der Vorberatung des Berichts betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte um eine Frage zur teilzeitlichen Richtertätigkeit an den oberen kantonalen Gerichten.

In der Junisession 2019 behandelte der Grosse Rat den Bericht betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte. Dabei beantwortet er die ihm gestellten Fragen folgendermassen (GRP 5 | 2018/2019, S. 794 f. [Beschlussfassung]):

Sollen das Kantons- und das Verwaltungsgericht zu einem einzigen kantonalen Gericht zusammengelegt werden?

Ja-Stimmen Kommission:	10
Nein-Stimmen Kommission:	0

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	104
Nein-Stimmen Grosser Rat:	0
Enthaltungen:	0

Soll im Falle der Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichts ein Spezialverwaltungsgericht, bestehend aus der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Verwaltungsgerichts des Kantons Tessin sowie zweier Ostschweizer Kantone, geschaffen werden?

Ja-Stimmen Kommission:	7
Nein-Stimmen Kommission:	3

Antrag Valär:
Grundsatzbeschluss nur über die Frage, ob ein Spezialverwaltungsgericht geschaffen werden soll (Ja) oder nicht (Nein).

Abstimmung im Sinne des Antrags Valär

Ja-Stimmen Grosser Rat:	114
Nein-Stimmen Grosser Rat:	1
Enthaltungen:	0

Soll das Wahlvorschlagsverfahren für Richterinnen und Richter der oberen kantonalen Gerichte im Sinne des Berichts geändert werden?

Ja-Stimmen Kommission:	0
Nein-Stimmen Kommission:	10

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	6
Nein-Stimmen Grosser Rat:	106
Enthaltungen:	1

Sollen bei Wiederwahlen im ersten Wahlgang nur die sich zur Wiederwahl stellenden Personen gewählt werden können?

Ja-Stimmen Kommission:	0
Nein-Stimmen Kommission:	10

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	0
Nein-Stimmen Grosser Rat:	98
Enthaltungen:	0

Sollen die oberen kantonalen Gerichte ermächtigt werden, Verfahren auf Änderung der Kantonsverfassung sowie von Gesetzen im Bereich der Justizverwaltung und der Justizaufsicht direkt beim Grossen Rat anhängig zu machen?

Ja-Stimmen Kommission:	10
Nein-Stimmen Kommission:	0

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	107
Nein-Stimmen Grosser Rat:	0
Enthaltungen:	0

Zusatzfrage der Kommission:
Sollen an den oberen kantonalen Gerichten teilzeitliche Richterstellen zulässig sein?

Ja-Stimmen Kommission:	10
Nein-Stimmen Kommission:	0

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	111
Nein-Stimmen Grosser Rat:	1
Enthaltungen:	0

Sollen bei mehrmonatigen Ausfällen von Richterinnen bzw. Richtern und bei ausserordentlich hohen Geschäftslasten ausserordentliche Richterinnen und Richter an die oberen kantonalen Gerichte gewählt werden können?

Ja-Stimmen Kommission:	10
Nein-Stimmen Kommission:	0

Abstimmung:

Ja-Stimmen Grosser Rat:	110
Nein-Stimmen Grosser Rat:	1
Enthaltungen:	0

Mit diesen Beschlüssen beauftragte der Grosse Rat die Regierung, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, die erforderlich sind, um die Justiz im Sinne der bejahten Grundsatzfragen umzugestalten.

2. Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 16. Februar 2021 (Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter)

Angesichts der Pendenzenlast des Kantonsgerichts entschied die Regierung in Absprache mit der KJS, die Regelungen für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern in einer separaten Vorlage zusammenzufassen, um diese dem Grossen Rat so schnell wie möglich zum Entscheid vorlegen zu können (Botschaft Nr. 11/2020–2021, S. 672 f.). Mit dieser Vorlage wurden die Instrumente zur personellen Dotierung der kantonalen Gerichte ergänzt, indem die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern vorgesehen wurde. Die kantonalen Gerichte vermochten bis dahin gewöhnliche Absenzen von Richterpersonen sowie vorübergehende Spitzen in der Geschäftslast, nicht aber mehrmonatige Ausfälle von Richterinnen und Richtern sowie ausserordentlich hohe Geschäftslasten zu bewältigen. Diese Gesetzeslücke schloss der Grosse Rat, indem er die Möglichkeit schuf, ausserordentliche Richterinnen und Richter an die Gerichte wählen zu können, wenn eine der gesetzlich umschriebenen Ausnahmesituationen eingetreten ist (vgl. dazu Botschaft Nr. 9/2018–2019, S. 837 ff.; 687 ff.). Die fragliche Gesetzesvorlage verabschiedete der Grosse Rat am 16. Februar 2021. Seit dem 1. Juli 2021 sind die betreffenden Regelungen für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern in Kraft.

Nicht geprüft wurde damals, ob die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern geändert werden sollen (Art. 21 i.V.m. Art. 9 KV, Art. 22 KV). In der Botschaft betreffend die Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 19. Oktober 2020 (Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern) stellte die Regierung in Aussicht, diese Frage im Rahmen des Rechtsetzungsprojekts zu untersuchen, mit dem die weiteren, vom Grossen Rat in der Junisession 2019 getroffenen Beschlüsse umgesetzt werden (Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 683).

II. Handlungsbedarf

Mit der vorliegenden Vorlage erfüllt die Regierung die Rechtsetzungsaufträge, die ihr der Grosse Rat in der Junisession 2019 erteilt hat, soweit diese nicht bereits durch die Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 16. Februar 2021 umgesetzt wurden.

Zudem soll die Ausgestaltung des Wahl- und Wiederwahlverfahrens punktuell überprüft werden. In der Vernehmlassung zur Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes betreffend die Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter regten verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende an, die Abschaffung des Wiederwahlverfahrens für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte sowie längere Amtsdauern zu prüfen. Zudem wurde von verschiedener Seite die Frage an die Regierung herangetragen, ob das Wiederwahlverfahren dahingehend geändert werden könnte, dass nur Personen als Richterin bzw. Richter an ein oberes kantonales Gericht gewählt werden könnten, deren Eignung die KJS vorgängig geprüft habe. Die Regierung hat in der Botschaft vom 19. Oktober 2020 (Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern) angekündigt, diese Fragen im Rahmen des Rechtsetzungsprojekts zu prüfen, mit welchem die vom Grossen Rat auf der Grundlage des Berichts betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte bejahten Grundsatzfragen umgesetzt werden sollen (Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 682).

Darüber hinaus nimmt die Regierung die Gelegenheit wahr, um das geltende Recht an zwischenzeitlich eingetretene Änderungen anzupassen und langjährige Praxen zu kodifizieren.

Die betreffenden Neuerungen beziehen sich im Wesentlichen auf folgende Punkte:

1. Obergericht des Kantons Graubünden

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 entschieden, die oberen kantonalen Gerichte zu einem Gericht zusammenzuführen, wenn sie einen gemeinsamen Gerichtssitz beziehen. Offengelassen wurde damals, wie dieses Gericht heissen soll. Die Kantone, die nur über ein oberes kantonales Gericht verfügen, kennen unterschiedliche Bezeichnungen. Die Regierung schlägt vor, das aus der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts entstehende Gericht – wie die Kantone *Aargau* und *Schaffhausen* – als «Obergericht des Kantons Graubünden», «Dretgira superiura dal chantun Grischun» sowie «tribunale d'appello del Cantone dei Grigioni» (nachfolgend als Obergericht bezeichnet) zu bezeichnen.

Das Obergericht wird zukünftig ungefähr 50 Personen beschäftigen. Die derzeitigen organisatorischen Regelungen für das Kantons- und Verwaltungsgericht wurden für einen deutlich kleineren Gerichtsbetrieb geschaffen. Diese sind daher sowohl für den Bereich der Rechtsprechung als auch der Gerichtsverwaltung zu überprüfen.

1.1. Neuregelung im Bereich der Rechtsprechung

1.1.1. Abteilungen

Das *Kantonsgericht* ist als oberstes kantonales Gericht zuständig für die Zivil- sowie Strafgerichtsbarkeit und die Rechtsprechung im Bereich des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts (vgl. Art. 54 Abs. 1 Ziff. 1 KV). Zur Behandlung dieser Angelegenheiten hat es fünf Kammern gebildet, nämlich die «1. Zivilkammer», die «2. Zivilkammer», die «Schuldbetreibungs- und Konkurskammer», die «1. Strafkammer» sowie die «2. Strafkammer».

Das *Verwaltungsgericht* ist zuständig für die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, einschliesslich der Versicherungsgerichtsbarkeit (Art. 55 KV). Ausserdem obliegt ihm die Strafgerichtsbarkeit im Bereich des kommunalen Verwaltungsstrafrechts. Zur Behandlung dieser Angelegenheiten hat das Verwaltungsgericht fünf Kammern gebildet, nämlich die «1. Kammer: Allgemeines Verwaltungsrecht», die «2. Kammer: Sozialversicherungsrecht, Teil 1», die «3. Kammer: Sozialversicherungsrecht Teil 2», die «4. Kammer: Steuern, Gebühren und Abgaben» sowie die «5. Kammer: Bau- und Planungsrecht sowie Landwirtschaft».

Ob diese fachspezifische Kammerzuteilung für das Obergericht sachgerecht ist, wurde im Rahmen des vorliegenden Rechtsetzungsprojekts geprüft. Die mit dieser Frage befasste Arbeitsgruppe kam zum Ergebnis, dass das Obergericht zukünftig voraussichtlich fünf Abteilungen bilden wird, die nicht nach Fachbereichen in Kammern unterteilt sein werden, da ansonsten die Geschäftslast nicht gleichmässig auf die Mitglieder des Obergerichts verteilt werden könnte.

Um diese Struktur im Gerichtsorganisationsgesetz abzubilden, wäre nur festzuhalten, dass das Obergericht für die Wahrnehmung der ihm übertragenen Rechtsprechungsaufgaben Abteilungen bestellt. Eine solche Regelung wäre mit dem Nachteil behaftet, dass sie wohl geändert werden müsste, wenn sich das Obergericht entschliessen würde, die Abteilungen nach Fachbereichen in Kammern zu unterteilen. Die Regierung schlägt daher vor, dem Obergericht im Gerichtsorganisationsgesetz nur die Bildung von Abteilungen vorzuschreiben und es zugleich zu ermächtigen, die Abteilungen in Kammern unterteilen zu können (Art. 39 Abs. 1 E-GOG). Diese Regelung

bietet dem Obergericht die nötige Flexibilität, um sich sachgerecht organisieren zu können.

1.1.2. Besetzung

Das Kantons- und das Verwaltungsgericht entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern (Art. 18 Abs. 1 GOG). Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung, auf Anordnung der oder des Vorsitzenden oder, wenn dies gesetzlich vorgesehen ist, entscheiden die Kammern in Fünferbesetzung (Art. 18 Abs. 2 GOG). Ist ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet, entscheidet die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz (Art. 18 Abs. 3 GOG). Diese Regelungen werden in Teilbereichen durch spezialgesetzliche Regelungen ergänzt (vgl. z.B. Art. 6 Abs. 2 und Art. 7 Abs. 2 EGzZPO).

Ob ein Kollegialgericht oder ein Einzelgericht über eine Rechtsstreitigkeit entscheidet, schreibt das Bundesrecht für die strafprozessualen Verfahren grundsätzlich vor (vgl. Art. 19 Abs. 2 StPO). In den zivilprozessualen und verwaltungsgerichtlichen Verfahren können die Kantone hingegen frei entscheiden, ob und in welchem Umfang sie Streitigkeiten dem Kollegialgericht oder dem Einzelgericht zuweisen wollen (Art. 4 Abs. 1 ZPO). Der Kanton Graubünden kennt bislang für das Strafverfahren keine, für die zivilprozessualen und verwaltungsgerichtlichen Verfahren vereinzelt einzelrichterliche Zuständigkeiten (Art. 18 Abs. 3 GOG, Art. 6 Abs. 2 EGzZPO, Art. 7 Abs. 2 EGzZPO, Art. 43 Abs. 3 VRG).

Für Kollegialgerichte spricht, dass ihnen Personen mit unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen und fachlichen Kenntnissen angehören, was die Ausgewogenheit einer Entscheidung fördern kann (vgl. Robert Hauser/Erhard Schweri/Viktor Lieber, GOG, 2. Aufl., 2017, § 9 N. 1). Das System des Einzelgerichts erweist sich im Vergleich zum Kollegialsystem als kostengünstiger und effizienter. Einzelrichterliche Verfahren können rascher erledigt werden als Verfahren, in denen ein Kollegium entscheidet. Dieser Gesichtspunkt hat für den Kanton Graubünden in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen, weil die durchschnittliche Verfahrensdauer an den Bündner Gerichten vor allem bei den oberen kantonalen Gerichten zugenommen hat. Im Rahmen der vorliegenden Revision sollen deshalb die einzelrichterlichen Zuständigkeiten ausgedehnt und Fünferbesetzungen grundsätzlich nur mehr für Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung oder auf Anordnung der oder des Vorsitzenden hin vorgesehen werden (vgl. Art. 6 Abs. 2 EGzZPO, Art. 7 Abs. 2 EGzZPO, Art. 43 Abs. 3 VRG).

1.2. Neuregelung im Bereich der Gerichtsverwaltung

1.2.1. Gesamtgericht

Das Gesamtgericht ist das oberste Organ des Kantons- bzw. Verwaltungsgerichts (Art. 20 GOG). Ihm gehören sämtliche, ordentlichen Richterinnen und Richter an. Derzeit besteht das Gesamtgericht aus sechs (Kantonsgericht) bzw. fünf (Verwaltungsgericht) Richterinnen bzw. Richtern. Mit der Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte wird sich die Anzahl der Mitglieder des Gesamtgerichts auf elf Personen erhöhen. Sofern Oberrichterinnen und Oberrichter in einem Teilpensum tätig sind, werden dem Gesamtgericht noch mehr Personen angehören. Das Gesamtgericht erreicht damit eine Grösse, die es ihm verunmöglicht, die diesem Organ derzeit zugewiesenen Aufgaben innert der erforderlichen Frist und mit der gebotenen Effizienz zu erfüllen. Deshalb soll das Gesamtgericht zukünftig nur mehr die strategisch wichtigen Entscheide fällen, die einer breiten Legitimationsbasis bedürfen. Die betreffenden Entscheide sollen im Gerichtsorganisationsgesetz abschliessend aufgezählt werden (Art. 42 Abs. 2 E-GOG).

1.2.2. Verwaltungskommission

Die operativen Aufgaben, die bislang teils vom Gesamtgericht, teils vom Präsidium wahrgenommen wurden, sollen neu einem Ausschuss übertragen werden. Dieser soll – wie bei den Regionalgerichten (Art. 42 Abs. 1 GOG) – als Verwaltungskommission bezeichnet werden und unter der Aufsicht des Gesamtgerichts stehen. Der Verwaltungskommission obliegen alle Aufgaben, die weder dem Gesamtgericht noch dem Präsidium zugewiesen sind. Diese Auffangkompetenz soll durch eine beispielhafte Aufzählung der Aufgaben der Verwaltungskommission konkretisiert werden (Art. 43 Abs. 3 E-GOG).

Der Verwaltungskommission sollen die Präsidentin oder der Präsident sowie die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident angehören. Fraglich ist, wie viele Oberrichterinnen und Oberrichter im Weiteren in die Verwaltungskommission Einsitz nehmen sollen. Schweizweit existieren Verwaltungskommissionen in unterschiedlichen Grössen. Soweit ersichtlich hat sich bislang kein Modell durchgesetzt.

Im Kanton Graubünden bestehen die Verwaltungskommissionen der Regionalgerichte derzeit aus fünf Personen (Art. 42 Abs. 1 GOG). Wird die Verwaltungskommission des Obergerichts als Fünfergremium ausgestaltet, könnte ein Mitglied jeder Abteilung in die Verwaltungskommission gewählt

werden, wenn das Obergericht – wie es dem derzeitigen vorläufigen Arbeitsergebnis entspricht – für die Rechtsprechung fünf Abteilungen bilden wird (vgl. die Ausführungen unter II.1.1.1.). Die Abteilungen hätten damit die Möglichkeit, ihre Interessen unmittelbar in dieses Leitungsgremium einzubringen. Eine solche Zusammensetzung der Verwaltungskommission wäre vor allem während der Anfangsphase, in der die Gerichtskulturen der beiden oberen kantonalen Gerichte zusammengeführt werden müssen, von Vorteil. Sie setzt allerdings voraus, dass der Grosse Rat Oberrichterinnen und Oberrichter aus unterschiedlichen Abteilungen als Präsident(in) oder Vizepräsident(in) wählt. Trotz dieser Unwägbarkeit schlägt die Regierung vor, dass der Verwaltungskommission neben der Präsidentin bzw. dem Präsidenten sowie der Vizepräsidentin bzw. dem Vizepräsidenten drei weitere Mitglieder angehören sollen. Das Obergericht soll zudem die Möglichkeit erhalten, in die Verwaltungskommission nur ein oder allenfalls zwei weitere Mitglieder zu wählen. Eine derartige Verkleinerung der Verwaltungskommission dürfte in Betracht zu ziehen sein, sobald der Fusionsprozess abgeschlossen ist und die beiden Gerichtskulturen zusammengewachsen sind. Der Verwaltungskommission soll zumindest ein Mitglied angehören, dessen Muttersprache Romanisch oder Italienisch ist (Art. 43 Abs. 1 E-GOG).

Die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission sollen vom Gesamtgericht für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt werden. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig (Art. 43 Abs. 2 E-GOG). Diese Regelung erlaubt es, das für die Erfüllung dieser Aufgabe erforderliche Fachwissen aufzubauen und garantiert die erforderliche personelle Kontinuität. Zugleich wird mit einer achtjährigen Amtsdauer eine hinreichende Rotation sichergestellt.

1.2.3. Präsidium

Die Präsidentin bzw. der Präsident soll dem Gesamtgericht sowie der Verwaltungskommission vorstehen. Sie oder er soll die Geschäfte für das Gesamtgericht sowie die Verwaltungskommission vorbereiten und die Ausgaben im Rahmen des bewilligten Budgets tätigen. Ausserdem ist die Präsidentin bzw. der Präsident verantwortlich für den Vollzug der Entscheide des Gesamtgerichts sowie der Verwaltungskommission und des Präsidiums. Dem Präsidium können im Gesetz oder in der Verordnung weitere Aufgaben zugewiesen werden (Art. 44 Abs. 1 E-GOG).

Gemäss Art. 22 Abs. 3 GOG wählt der Grosse Rat die Präsidentin bzw. den Präsidenten sowie die Vizepräsidentin bzw. den Vizepräsidenten der oberen kantonalen Gerichte in getrennten Wahlgängen für vier Jahre. Diese Regelung hat dazu geführt, dass diese beiden Präsidialämter nach dem Fraktionsproporz besetzt und die einmal gewählten Richterpersonen in der Regel

bis zum Ausscheiden aus den oberen kantonalen Gerichten wiedergewählt werden. Dies bedeutet, dass die Präsidialämter häufig während Jahrzehnten von denselben Personen ausgeübt werden.

Die Regierung erachtet ein solches System nicht für ideal. Zukünftig sollen die betreffenden Aufgaben nur während einer beschränkten Amtsdauer ausgeübt werden können. Dabei soll die festzulegende Amtsdauer hinreichend lang sein, damit die gewählten Richterpersonen das erforderliche Fachwissen aufbauen und davon für eine hinreichende Zeitdauer profitieren können. Ausserdem sollen die mit jedem personellen Wechsel einhergehenden Adaptionsprozesse auf ein vernünftiges Ausmass beschränkt und die personelle Kontinuität gewahrt werden. Die Amtsdauer soll aber auch kurz genug sein, um die erforderliche Innovationskraft sicherzustellen. Mit Blick auf diese Zielsetzungen schlägt die Regierung vor, die Amtsdauer für das Präsidium sowie das Vizepräsidium grundsätzlich auf vier Jahr zu beschränken. Möglich soll es sein, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten nach Ablauf der vierjährigen Amtsdauer als Präsidentin oder Präsident zu wählen. Eine Oberrichterin bzw. ein Oberrichter kann folglich zunächst während vier Jahren das Vizepräsidium innehaben und anschliessend während weiteren vier Jahren das Präsidium ausüben (Art. 50 Abs. 2 E-GOG).

Nach einer Amtsdauer als Präsidentin oder Präsident soll eine Oberrichterin oder ein Oberrichter zumindest während vier Jahren weder das Vizepräsidium noch das Präsidium übernehmen können. Dieser Zeitraum mag kurz erscheinen. Zu berücksichtigen ist indessen, dass sich erfahrungsgemäss relativ viele Richterinnen und Richter auf die Rechtsprechung konzentrieren und ein Präsidialamt eher nicht übernehmen möchten. Überdies können sich die Oberrichterinnen und Oberrichter in der Verwaltungskommission engagieren und dort Aufgaben der Justizverwaltung übernehmen. Für die Besetzung des Präsidiums und des Vizepräsidiums sollen daher im Gerichtsorganisationsgesetz keine allzu starren Regelungen getroffen werden. Dem Grossen Rat als zuständigem Wahlorgan bleibt es unbenommen, eine Praxis zu entwickeln, welche das Rotationsprinzip stärkt.

1.2.4. Generalsekretariat

Die KJS entschied am 5./12. November 2019, bei den Prof. Dr. iur. Beat Stalder und Prof. Dr. iur. Felix Uhlmann einen Untersuchungsbericht einzuholen, um die Ursachen der steigenden Pendenzenlast beim Kantonsgericht und mögliche Vorkehrungen zu deren Abhilfe zu ermitteln. Im betreffenden Untersuchungsbericht wird u.a. vorgeschlagen, die Stelle einer «Generalsekretärin» bzw. eines «Generealsekretärs» zu schaffen, um das Aktuariat sowie die Richterinnen und Richter von administrativen Aufgaben zu ent-

lasten (S. 27, 36, 50). Diese Empfehlung soll im Rahmen des vorliegenden Rechtsetzungsprojekts umgesetzt werden.

Die «Generalsekretärin» bzw. der «Generalsekretär» soll zukünftig nach den Instruktionen der Leitungsorgane (Gesamtgericht, Verwaltungskommission, Präsidium) die administrativen Arbeiten für das Obergericht ausführen (Art. 59 E-GOG). Sie oder er soll als eine Art Gerichtsverwalter(in) für die Erfüllung der betreffenden Aufgaben verantwortlich sein. In dieser Funktion wird die «Generalsekretärin» bzw. der «Generalsekretär» insbesondere die Beschlüsse des Gesamtgerichts und der Verwaltungskommission vorbereiten und umsetzen sowie das Generalsekretariat leiten. Dem Generalsekretariat sollen die Mitarbeitenden der Gerichtskanzlei, die Fachperson für Rechnungswesen und die / der IT-Verantwortliche(r) der Gerichte sowie grundsätzlich alle weiteren Mitarbeitenden des Obergerichts angehören, die nicht zur Richterschaft oder zum Aktuariat gehören (vgl. Anhang 1).

Ob die «Generalsekretärin» bzw. der «Generalsekretär» über ein abgeschlossenes juristisches Studium mit Managementerfahrung verfügt oder ob es sich hierbei um eine(n) Ökonomin/en mit juristischen Kenntnissen handelt, soll gesetzlich nicht vorgegeben werden. Dieser Entscheid bleibt dem Obergericht überlassen. Die «Generalsekretärin» bzw. der «Generalsekretär» soll mit einem Pensum von 100 % tätig sein.

1.2.5. Informationsbeauftragte(r)

Nur wenige Personen kommen persönlich in Kontakt mit den richterlichen Behörden. Das Bild der Öffentlichkeit über die Justiz wird deshalb massgeblich durch die Medien geprägt. Diese nehmen damit eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Bevölkerung und der Justiz wahr.

Bislang kommunizieren die Bündner Gerichte mit der Öffentlichkeit primär über ihre Entscheide. Nur das Verwaltungsgericht bedient Medienschaffende mit Medienmitteilungen, wenn es für die Bevölkerung wichtige Entscheide fällt. Ein Akkreditierungssystem für Medienschaffende kennen zurzeit nur das Kantonsgericht und das Regionalgericht Plessur. Eine solch zurückhaltende Informations- und Medienarbeit kann sich als unzureichend erweisen und dem Ansehen der Bündner Justiz schaden. Denn die Justiz ist darauf angewiesen, dass die Bevölkerung sie als diejenige Instanz sieht und akzeptiert, die über Streitigkeiten rechtsverbindlich entscheiden kann. Verliert die Öffentlichkeit dieses Vertrauen, droht Selbstjustiz und ziviler Ungehorsam (Mascha Santschi Kallay, Externe Kommunikation der Gerichte, Bern 2018, S. 21). Für die Justiz ist es daher wichtig, das Vertrauen der Bevölkerung zu bewahren und ihre Autorität zu stärken.

Eine aktive Gerichtskommunikation kann hierzu beitragen (Santschi Kallay, a.a.O., S. 90). Selbstverständlich können und sollen die richterlichen Behörden das Bild der Medien über die Justiz nicht allein bestimmen. Eine aktive Gerichtskommunikation kann indessen helfen, dass die Medien und damit auch die Bevölkerung die Arbeitsweise der richterlichen Behörden (besser) verstehen und ihre Entscheide inhaltlich korrekt, differenziert sowie besser wahrnehmen (Santschi Kallay, a.a.O., S. 20). Die hierfür erforderliche Informationstätigkeit ist anspruchsvoll, weil zum einen das Amtsgeheimnis sowie die richterliche Unabhängigkeit zu wahren sind, zum anderen juristische Texte in eine allgemein verständliche Form transferiert werden müssen, ohne verfälscht zu werden. Dazu bedarf es sowohl journalistischer als auch juristischer Kenntnisse (Santschi Kallay, a.a.O., S. 19).

Für diese anspruchsvolle Aufgabe soll am Obergericht die Stelle einer/eines Informationsbeauftragten geschaffen werden. Die betreffende Person soll das Obergericht und die Regionalgerichte sowie die Schlichtungsbehörden im Umgang mit den Medien beraten und ihnen helfen, erbetene Informationen zeitgerecht und in einer für die Medien sowie die Bevölkerung verständlichen Form zur Verfügung zu stellen, soweit dies mit dem Amtsgeheimnis und der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar ist. Die oder der Informationsbeauftragte soll den Medien als Kontaktperson für das ganze Gerichtswesen zur Verfügung stehen. Sie oder er soll auch die Kommunikation innerhalb des Obergerichts sowie der Bündner Justiz verantworten. Insbesondere soll die oder der Informationsbeauftragte den anspruchsvollen Reorganisationsprozess während der Zusammenführung der oberen kantonalen Gerichte kommunikativ begleiten. Die betreffende Person soll mit einem Pensum von 80 bis 100 % tätig sein und voraussichtlich unmittelbar der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Obergerichts unterstehen, damit der direkte Zugang zu den Leitungsorganen des Obergerichts gewährleistet ist (vgl. Anhang 1).

2. Neuorganisation der Justizaufsicht

Momentan beaufsichtigt das Kantonsgericht die Tätigkeit der Regionalgerichte, des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts, der Vermittlerämter, der Schlichtungsbehörden für Mietsachen sowie der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen und der Betreibungs- und Konkursämter. Das Verwaltungsgericht seinerseits übt die Aufsicht über die Enteignungskommissionen, das Schiedsgericht nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht und dessen Schlichtungsstelle aus. Schliesslich werden die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte gemeinsam von den oberen kantonalen Gerichten beaufsichtigt (vgl. Anhang 2).

Infolge der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts ist diese Aufsichtsstruktur neu zu regeln. Diese Neuorganisation hat sich an der richterlichen Unabhängigkeit (Art. 30 BV, Art. 191c BV), dem Anspruch auf Gewährleistung des Rechtsschutzes (Art. 29a BV, Art. 110 und Art. 111 BGG) und dem Gebot der effizienten Staatstätigkeit zu orientieren. Im Übrigen verfolgt die Regierung mit der Neuorganisation der Justizaufsicht folgende Ziele:

– die Zuständigkeiten der Aufsichtsorgane sind klar und sachgerecht geregelt;
– die massgeblichen Abläufe, insbesondere die Verfahrensordnung, sind bestimmt;
– die zuständigen Aufsichtsbehörden verfügen über die auf der jeweiligen Ebene existierenden Aufsichts- und Hilfsmittel;
– die Aufsichts- und Hilfsmittel erlauben die Kontrolle der Justizverwaltung;
– die Aufsichtsorgane sind sachgerecht zusammengesetzt;
– die Entscheidfindung und Kommunikation in den Leitungsgremien ist sachgerecht;
– die Kommunikation zwischen der Aufsichtsbehörde und den beaufsichtigten Behörden ist geregelt;
– gleichartige Tätigkeiten der Justizverwaltung sind zentralisiert.

2.1. Neue Träger der Justizaufsicht

In den vergangenen Jahren haben die Kantone *Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg* und *Tessin* mit dem sog. Justizrat ein Fachgremium für die Justizaufsicht und die Vorbereitung von Wahlen geschaffen. Für die Justizräte ist charakteristisch, dass ihnen nicht nur Mitglieder der richterlichen Behörden, sondern auch Angehörige der kantonalen Verwaltung, der Wissenschaft oder/und des Anwalts- oder Notariatswesens angehören (vgl. Mirjam E. Frey, Aufsicht über die Justiz, Basel 2017, S. 115 ff.).

Der Grosse Rat sowie die Regierung haben sich letztmals anlässlich der Beratung des Berichts betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte mit der Einführung eines Justizrats als besonderes Fachorgan für die Justizaufsicht befasst. Sie lehnten die Schaffung eines Justizrats damals wie bereits anlässlich der Justizreform 2006 ab (vgl. Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 762; Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 496 f.). Diese Entscheide sind zu respektieren. Sie bedeuten, dass die Justizaufsicht im Kanton Graubünden weiterhin – wie in allen anderen Deutschschweizer Kantonen – vom Grossen Rat sowie von einer oder mehreren justizinternen Aufsichtsbehörden, denen ausschliesslich Mitglieder der richterlichen Behörden angehören, wahrgenommen wird.

Hinsichtlich der Ausgestaltung der justizinternen Aufsichtsbehörde, die anstelle des Kantons- und Verwaltungsgerichts treten soll, ist zu beachten, dass die Justiz durch die Zusammenführung der oberen kantonalen Gerichte eine einheitliche Spitze erhält, welche die richterlichen Behörden gegen aussen hin repräsentieren und ihre Interessen wahrnehmen kann (Heft Nr. 9/2018–2019, S. 792). Dieser gewichtige, staatspolitische Vorteil würde preisgegeben, wenn eine justizinterne Aufsichtsstruktur mit zwei gleichrangigen Aufsichtsbehörden geschaffen würde. Ein solches Modell würde ausserdem zu Doppelspurigkeiten führen und eine einheitliche Justizaufsicht erschweren. Es wäre überdies schwierig, die Aufgaben der jeweiligen Aufsichtsbehörden gegeneinander abzugrenzen. Aus diesen Gründen soll an der Spitze der justizinternen Aufsicht nur eine einzige Behörde stehen. Unter dieser Prämisse fallen für die Ausgestaltung der anstelle des Kantons- und Verwaltungsgerichts tretenden, justizinternen Aufsichtsbehörde folgende zwei Modelle in Betracht:

2.1.1. Gerichtsübergreifende Aufsichtsbehörde

Es könnte eine gerichtsübergreifende Aufsichtsbehörde geschaffen werden, wie es namentlich die *Kantone Basel-Stadt* (Gerichtsrat), *Basel-Landschaft* (Geschäftsleitung der Gerichte) und der Kanton *Aargau* (Justizleitung) kennen. Diese justizinternen Aufsichtsbehörden zeichnen sich dadurch aus, dass ihnen nicht nur Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte, sondern auch Mitglieder der beaufsichtigten, richterlichen Behörden angehören. Der Vorsitz in diesen gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörden führt jeweils die Präsidentin bzw. der Präsident des Obergerichts (AG, BL) bzw. eines der oberen kantonalen Gerichte (BS). Sie bzw. er vertritt die richterlichen Behörden im Verkehr mit anderen Behörden. Unterstützt wird die bzw. der Vorsitzende durch die Generalsekretärin bzw. den Generalsekretär. Diese(r) gehört der gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörde als Mitglied mit beratender Stimme und Antragsrecht an, bereitet deren Geschäfte unter Leitung der oder des Vorsitzenden vor und setzt die Entscheide des gerichtsübergreifenden Aufsichtsorgans um.

Unterschiedlich ausgestaltet sind in den vorgenannten Kantonen die Aufgaben der gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörde. Im Kanton *Basel-Stadt* nimmt der Gerichtsrat ausschliesslich gerichtsübergreifende Justizverwaltungsaufgaben wahr. Soweit die Justizaufsicht einzelne Gerichte, einzelne Richterinnen oder Richter bzw. Mitglieder von Schlichtungsbehörden betrifft, sind hierfür das Appellationsgericht, das Sozialversicherungsgericht oder das Gericht für fürsorgerische Unterbringung zuständig. Die Kantone *Aargau* und *Basel-Landschaft* haben die Zuständigkeit ihrer justizinternen

Aufsichtsbehörde weiter gefasst. Diesen obliegen einerseits alle gerichtsübergreifenden Justizverwaltungsaufgaben, andererseits die direkte Aufsicht gegenüber den unter ihrer Aufsicht stehenden richterlichen Behörden und deren Mitgliedern. Für den Kanton Graubünden fällt nur das Modell der Kantone *Aargau* und *Basel-Landschaft* in Betracht, da aus den eingangs genannten Gründen an der Spitze der justizinternen Aufsicht nur eine Behörde stehen soll.

Eine gerichtsübergreifende Aufsichtsbehörde bietet den Vorteil, dass alle richterlichen Behörden ihre Interessen unmittelbar in die Aufsichtsbehörde einbringen können und an deren Entscheidungen beteiligt sind. Ein solches Vorgehen dürfte die Entscheidungsfindung verlangsamen, verbessert jedoch die Entscheidungsbasis sowie die Akzeptanz der gefällten Entscheide. Die gerichtsübergreifende Zusammensetzung der Aufsichtsbehörde erweist sich aber als problematisch, wenn von einer Entscheidung nur eine bestimmte richterliche Behörde oder ein einzelnes Mitglied einer richterlichen Behörde betroffen ist. Freilich kann ohne weiteres sichergestellt werden, dass der Aufsichtsbehörde in solchen Fällen keine Mitglieder der betroffenen richterlichen Behörde angehören. Auch könnten aufsichtsrechtliche Entscheide gegenüber den Regionalgerichten sowie den Schlichtungsbehörden und deren Mitgliedern weiterhin von einem Ausschuss gefällt werden, dem ausschliesslich Mitglieder des Obergerichts angehören. Indessen ist fraglich, ob das Obergericht und dessen Mitglieder aufsichtsrechtliche Entscheide akzeptieren würden, die eine Aufsichtsbehörde gefällt hat, die sich aus Mitgliedern der Regionalgerichte sowie der Schlichtungsbehörden zusammensetzt. In dieser Beziehung vermag dieses Modell nicht zu befriedigen. Ausserdem steht es in einem Spannungsverhältnis zum verfassungsrechtlichen Grundsatz, wonach niemand seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehören darf (Art. 22 Abs. 1 KV).

2.1.2. Obergericht

Kaum Änderungen gegenüber der aktuellen Rechtslage erführe die Justizaufsicht, wenn das Obergericht als oberste, justizinterne Aufsichtsbehörde vorgesehen würde. Dieses würde – wie derzeit das Kantons- und Verwaltungsgericht in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich – die administrative Aufsicht über die richterlichen Behörden ausüben, die seiner direkten Aufsicht unterstehen.

Für die Effektivität der Aufsicht ist der Informations- und Meinungsaustausch zwischen der Aufsichtsbehörde und den zu beaufsichtigenden, richterlichen Behörden von grosser Bedeutung. Hierfür hat der Kanton *Bern* ein besonderes Aufsichtsorgan geschaffen, das die justizinterne Aufsichts-

behörde zu konsultieren hat, bevor sie bestimmte, aufsichtsrechtliche Entscheide trifft. Dieser sog. erweiterten Geschäftsleitung gehören die/der Obergerichtspräsident/in, drei Abteilungspräsidenten/innen sowie die Leitungen der Regionalgerichte an. Diese Zusammensetzung wurde gewählt, in der Meinung, die Leitungen der Regionalgerichte würden die Interessen der Schlichtungsbehörden in der erweiterten Geschäftsleitung wahrnehmen und den Informationsfluss zu diesen richterlichen Behörden sicherstellen. Diese ursprünglich angedachte Interessenwahrnehmung hat nicht funktioniert, weshalb im Kanton *Bern* zusätzlich zur erweiterten Geschäftsleitung eine erweiterte-erweiterte Geschäftsleitung geschaffen wurde. Diese besteht aus den Mitgliedern der erweiterten Geschäftsleitung sowie den Leitungen der Schlichtungsbehörden, der Leitung des Wirtschaftsstrafgerichts, dem Zwangsmassnahmengericht sowie der Leitung des Jugendgerichts (Ecoplan/Wenger Plattner, Evaluation der Justizreform II im Kanton Bern, Bern 2016, S. 41). Diese Erfahrung zeigt, dass bei der Zusammensetzung eines derartigen Konsultativorgans auf eine Vertretung aller richterlichen Behörden, für die ein institutionalisierter Meinungs- und Informationsaustausch mit dem Obergericht von Bedeutung ist, zu achten ist.

2.1.3. Beurteilung der Regierung

Der Vorteil einer gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörde besteht nach dem vorangehend Ausgeführten vor allem darin, dass die beaufsichtigten Behörden ihre Interessen unmittelbar in die Aufsichtsbehörde einbringen können und bei der Entscheidungsfindung beteiligt sind. Dies erscheint sinnvoll, wenn justizverwaltungsrechtliche Fragen zu entscheiden sind, welche für alle richterlichen Behörden von Bedeutung sind, erweist sich aber als schwierig, wenn aufsichtsrechtliche Anordnungen gegenüber einer richterlichen Behörde oder Mitgliedern einer richterlichen Behörde zu treffen sind. In diesem Bereich überzeugt dieses Modell nicht.

Die Regierung schlägt daher vor, am bisherigen Modell einer strikt hierarchisch aufgebauten Justizaufsicht festzuhalten. Die Stellung der beaufsichtigten richterlichen Behörden soll dadurch gestärkt werden, dass – wie im Kanton *Bern* – ein Organ für einen institutionalisierten Meinungs- und Informationsaustausch zwischen dem Obergericht und den von ihm beaufsichtigten richterlichen Behörden geschaffen wird. Dieser sog. erweiterten Verwaltungskommission hat das Obergericht wichtige Angelegenheiten der Justizverwaltung vorzulegen, die für alle beaufsichtigten Behörden von Bedeutung sind (Gerichtsverordnungen, Controlling- und Weiterbildungskonzepte, IT-Entscheide). Die erweiterte Verwaltungskommission ist nur in die Entscheidfindung miteinzubeziehen. Die Entscheidungsbefugnis bleibt – an-

ders als bei einer gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörde – beim Obergericht. Bei der erweiterten Verwaltungskommission handelt es sich um eine Weiterentwicklung der bereits heute jährlich stattfindenden Zusammenkunft zwischen dem Kantonsgericht sowie den Präsidentinnen und Präsidenten sowie Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der Regionalgerichte. Dieses Treffen soll gesetzlich abgebildet und ausgebaut werden.

2.2. Aufsicht über die Schlichtungsbehörden

Dem zivilprozessualen Entscheidverfahren hat von Bundesrechts wegen grundsätzlich ein Schlichtungsversuch vor einer Schlichtungsbehörde vorauszugehen (Art. 197 ZPO). Für Streitigkeiten aus Miete von Wohn- und Geschäftsräumen sowie aus dem Gleichstellungsgesetz haben die Kantone eine paritätische Schlichtungsbehörde vorzusehen, die sich aus einer vorsitzenden Person und einer paritätischen Vertretung zusammensetzt (Art. 200 ZPO). Die paritätischen Schlichtungsbehörden haben zudem eine Rechtsberatungsstelle zu führen (Art. 201 Abs. 2 ZPO).

2.2.1. Ist-Zustand

Diese bundesrechtlichen Vorgaben hat der Kanton Graubünden umgesetzt, indem er in jeder Region ein Vermittleramt und eine Schlichtungsbehörde für Mietsachen vorgesehen hat, die administrativ an das jeweilige Regionalgericht angegliedert sind (Art. 45 ff. GOG). Ausserdem gibt es eine kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen, die dem Regionalgericht Plessur administrativ angegliedert ist (Art. 57 ff. GOG).

Diese Organisationsstruktur ist Ausfluss des Modells «Teilintegration», das die Regierung in der Botschaft zur Teilrevision der Kantonsverfassung (Aufgabenentflechtung bei der Justiz) skizziert (Botschaft Heft Nr. 9/2008–2009, S. 453 ff., S. 505 f.) und in der Botschaft zur Umsetzung der Schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnung auf Gesetzesstufe konkretisiert hat (Botschaft Heft Nr. 13/2009–2010, S. 795 ff., S. 821 ff.). Die Vorgaben der «Teilintegration» wurden in den Regionen unterschiedlich umgesetzt. So haben das Vermittleramt Plessur und die Schlichtungsbehörde für Mietsachen Plessur eigene Räume angemietet und dort ein Sekretariat für die Schlichtungsbehörden der Region Plessur eingerichtet. Dem Vermittleramt Landquart und der Schlichtungsbehörde für Mietsachen Landquart stellt das Regionalgericht Landquart hingegen ein separates Büro und ein eigenes Sitzungszimmer zur Verfügung. Die Sekretariatsarbeiten werden von Mitarbeitenden des Regionalgerichts Landquart übernommen. Andere

Schlichtungsbehörden sind nicht derart weitgehend in die Infrastruktur der Regionalgerichte eingebunden. Sie nutzen zwar die Räumlichkeiten der Regionalgerichte für Verhandlungen und Sitzungen. Deren Sekretariat wird indessen nicht von den Regionalgerichten geführt (z.B. Maloja, Prättigau/Davos, Surselva, Imboden). Keine der fraglichen Schlichtungsbehörden verfügt über ein Aktuariat, da die Vermittlerinnen und Vermittler alle ein juristisches Studium abgeschlossen haben und die Aktuariatsarbeiten selber erledigen. Deren Beschäftigungsgrad ist gleichwohl sehr niedrig. Selbst die Vermittlerin bzw. der Vermittler der Region Plessur weist nur einen Beschäftigungsgrad von 35% auf. Der Beschäftigungsgrad der anderen Vermittlerinnen und Vermittler bewegt sich gemäss Art. 1 Abs. 1 SBV zwischen 5% (Region Bernina) bis maximal 25% (Region Maloja;).

Bei der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist die Situation insofern eine andere, als sie für das gesamte Kantonsgebiet zuständig ist. Sie ist zudem noch deutlich kleiner als die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen. Für die Schlichtungsverhandlungen kann die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen die Infrastruktur des Vermittleramts Plessur nutzen. Administrativ ist sie dem Regionalgericht Plessur angegliedert (Art. 57 Abs. 2 GOG).

Die Qualität der Schlichtungsbehörden wird allgemein als sehr gut eingestuft. Die im Zuge der Umsetzung der eidgenössischen Zivilprozessordnung geschaffenen Strukturen bewähren sich folglich. Es besteht somit kein Handlungsbedarf. Aufsichtsrechtlich ist allerdings festzustellen, dass die Teilintegration der Schlichtungsbehörden in die Regionalgerichte zur Folge hat, dass die Regionalgerichte Aufsichtsfunktionen gegenüber den Schlichtungsbehörden wahrnehmen. Dies gilt vor allem für den Bereich des Rechnungswesens, wo die Schlichtungsbehörden vollständig in die Strukturen der Regionalgerichte integriert sind (vgl. Art. 15 SBV). So tätigen die Schlichtungsbehörden ihre Einnahmen und Ausgaben über die Regionalgerichte. Die Regionalgerichte überwachen dadurch die finanzielle Situation der Schlichtungsbehörden. Ausserdem erarbeiten sie für die Schlichtungsbehörden das Budget und die Jahresrechnung, die in das Budget sowie die Jahresrechnung der Regionalgerichte einfliessen. Die Regionalgerichte bestimmen zudem die grundlegende Organisation der Schlichtungsbehörden (Art. 45 Abs. 2 GOG, Art. 57 Abs. 2 GOG). Schliesslich ernennen sie die Vermittlerinnen und Vermittler sowie die Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen (Art. 46 Abs. 1 GOG, Art. 53 Abs. 1 GOG). Damit beaufsichtigen die Regionalgerichte die Schlichtungsbehörden im finanziellen Bereich und üben weitere organaufsichtsrechtliche sowie im Fall der Schlichtungsbehörden mit regionaler Zuständigkeit zudem dienstaufsichtsrechtliche Funktionen aus. Die übrigen Aufsichtsfunktionen obliegen dem Kantonsgericht (Art. 65 GOG, Art. 52 Abs. 1 KV), im Fall der Schlichtungsbehörde

für Gleichstellungssachen in Form der Wahl und Wiederwahl der Mitglieder der Schlichtungsbehörden überdies dem Grossen Rat.

Derzeit ist die direkte Aufsicht über die Schlichtungsbehörden somit in der Regel auf zwei, im Falle der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen sogar auf drei Behörden verteilt, was zu einer Spaltung der Organ- wie auch der Dienstaufsicht führt (vgl. Anhang 2). Diese Aufsichtsstruktur führt zu Abgrenzungsschwierigkeiten und erschwert die Kontrolle der zu beaufsichtigenden Behörden. Dies gilt vor allem für den Bereich der Dienstaufsicht. So wählen die Regionalgerichte bzw. der Grosse Rat die Mitglieder der Schlichtungsbehörden, während das Kantonsgericht die Mitglieder der Schlichtungsbehörden zur korrekten Amtsführung anzumahnen und sie im Bedarfsfall wegen schuldhaften Amtspflichtverletzungen zu disziplinieren hat oder wegen dauerhafter Unfähigkeit, des Amtes zu entheben hat (Art. 67 i.V.m. Art. 63, Art. 64 und Art. 7 GOG). Diese Aufsichtsstrukturen sind nicht ideal.

2.2.2. Mögliche Neuregelungen

Nach der Beurteilung der Regierung fallen für die Verbesserung der existierenden Aufsichtsstrukturen grundsätzlich drei Modelle in Betracht: So könnten die Schlichtungsbehörden als eigenständige, richterliche Behörden ausgestaltet werden, die gleichrangig neben den Regionalgerichten stehen und der alleinigen Aufsicht des Obergerichts unterstellt sind *(Modell: Entflechtung)*. Denkbar wäre auch die Schlichtungsbehörden vollständig in die Regionalgerichte zu integrieren *(Modell: vollständige Integration)*. Schliesslich bestünde die Möglichkeit, die Schlichtungsbehörden der Aufsicht der Regionalgerichte zu unterstellen *(Modell: zweistufige Justizaufsicht)*. Die mit diesen Organisationsformen verbundenen Vor- und Nachteile sind für die Schlichtungsbehörden mit regionaler Zuständigkeit und die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen gesondert zu prüfen.

2.2.2.1. Vermittlerämter und Schlichtungsbehörden für Mietsachen

Entflechtung

Die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörde für Mietsachen könnten vollständig losgelöst von den Regionalgerichten organisiert und als eigenständige, richterliche Behörden, die gleichrangig neben den Regionalgerichten stehen, der alleinigen Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden. In diesem Fall könnten die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen weiterhin die Infrastruktur der Regionalgerichte nutzen.

Wird vollständige Kostentransparenz angestrebt, müssten die Regionalgerichte den Vermittlerämtern sowie den Schlichtungsbehörden für Mietsachen die beanspruchten Dienstleistungen sowie die Zurverfügungstellung ihrer Räumlichkeiten in Rechnung stellen. Eine solch weitgehende Kostentransparenz wäre aber nicht unerlässlich, zumal der Kanton die Schlichtungsbehörden wie auch die Regionalgerichte vollständig finanziert.

Hingegen müsste das Obergericht neu die Mitglieder der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörden für Mietsachen und deren Mitarbeitende entschädigen und die Einnahmen sowie Ausgaben der betreffenden Schlichtungsbehörden in seinem Budget sowie seiner Jahresrechnung ausweisen. Dies dürfte relativ einfach sein, wenn es – wie die Regionalgerichte heute – die Buchführung für die betreffenden Schlichtungsbehörden übernimmt. In diesem Fall müsste sich das Obergericht regelmässig mit den Vermittlerämtern sowie den Schlichtungsbehörden für Mietsachen über die laufenden Einnahmen sowie Ausgaben austauschen, damit es die betreffenden Zahlungen verbuchen könnte. Einfacher wäre es wohl, wenn die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen ein eigenes Budget und eine eigene Jahresrechnung erstellen würden. Dieser Aufwand erscheint mit Blick auf die Grösse der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörden für Mietsachen problematisch. Obläge dem Obergericht die alleinige Aufsicht über die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen, müsste es ausserdem deren Mitglieder wählen. Eine solche Wahl erscheint weniger sachgerecht als die heutige Regelung, wonach die Mitglieder der Schlichtungsbehörden mit regionaler Zuständigkeit durch die Regionalgerichte bestimmt werden.

Aus diesen Überlegungen fällt dieses Modell nach der Beurteilung der Regierung für die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen grundsätzlich nur in Betracht, wenn die betreffenden Schlichtungsbehörden zu einer richterlichen Behörde zusammengeschlossen werden, die – wie die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen – für den gesamten Kanton zuständig ist. Selbst in diesem Fall betrüge das Gesamtpensum für die Vorsitzenden aber nur 190 Stellenprozente (Region Albula: 10%, Region Bernina: 5%, Region Engiadina Bassa/Val Müstair: 10%, Region Imboden: 15%, Region Landquart: 20%, Region Maloja: 25%, Region Moesa: 15%, Region Plessur: 35%, Region Prättigau/Davos: 20%, Region Surselva: 20%, Region Viamala: 15%, vgl. Art. 1 SBV). Selbst wenn alle Vermittlerämter und Schlichtungsbehörden für Mietsachen zu einer einzigen Schlichtungsbehörde zusammengeführt würden, wäre diese Schlichtungsbehörde folglich nach wie vor klein. Vereinheitlicht werden könnten in diesem Fall die administrativen Abläufe, was sich voraussichtlich positiv auf die Qualität und die Kosten auswirken würde. Würde am Anspruch festgehalten, dass die Schlichtungsverhandlung am Wohnsitz, Sitz oder Aufenthaltsort der be-

klagten Partei stattfindet, wenn dieser im Gerichtssprengel liegt und die beklagte Partei dies verlangt (Art. 10 Abs. 2 EGzZPO), wäre allerdings mit erheblichen Zusatzkosten zu rechnen. Denn in diesem Fall müsste die Schlichtungsbehörde weiterhin im gesamten Kanton Schlichtungsverhandlungen durchführen. Die hierdurch verursachten Reisekosten sowie der Zeitaufwand wären den Mitgliedern der Schlichtungsbehörde zu vergüten. Würden aus diesem Grund Zweigstellen in den Regionen geschaffen, nähmen die aus einer Zusammenführung resultierenden administrativen Vorteile ab, vor allem wenn die territoriale Neugestaltung der Zuständigkeiten zur Folge hätte, dass die betreffenden Schlichtungsbehörden Schlichtungsverfahren in allen drei Kantonssprachen durchführen müssten. Die Zusammenlegung der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörden für Mietsachen erscheint daher nicht sinnvoll. Dies gilt umso mehr, als diese Frage erst vor wenigen Jahren im Rahmen der Gebietsreform geprüft und abgelehnt wurde. Die Regierung ist daher der Meinung, dass für die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen nicht das *Modell Entflechtung* gewählt werden soll.

Vollständige Integration

Stattdessen könnten die Schlichtungsbehörden vollständig in die Strukturen der Regionalgerichte integriert und damit als Teil der Regionalgerichte der direkten Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden. Dieses Organisationsmodell kennen die Kantone *Basel-Stadt, Freiburg, Jura, Neuenburg, Genf, Waadt* und *Tessin* für ihre Schlichtungsbehörden (Schrank, a.a.O., S. 97). Hierbei handelt es sich wohl um die kostengünstigste Form der Organisation der Schlichtungsbehörden, weil in diesem Fall für die Schlichtung keine Behörden mit eigener Infrastruktur geschaffen werden müssen (Isaak Meier/Sarah Scheiwiller, Erfolg des Schlichtungs- und Urteilsverfahrens nach neuer ZPO, in: ZSR 2014 | S. 155 ff., S. 176).

Kritisch beurteilt wird dieses Modell von der Lehre. Diese gibt zu bedenken, dass bei gerichtsnahen Schlichtungsverfahren die Bereitschaft der Parteien sinken könne, sich im Schlichtungsverfahren frei zu äussern und Zugeständnisse zu machen (Schrank, a.a.O., S. 97). Ausserdem könnte es den Schlichterinnen und Schlichtern schwerfallen, gegenüber den Parteien eine vorläufige Beurteilung der Rechtslage vorzunehmen, weil ihnen im Erkenntnisverfahren aufgrund eines solchen Positionsbezugs der Ausstrand droht. Als nachteilig wird schliesslich gewertet, dass die Schlichterinnen und Schlichter dazu neigen könnten, die vor dem Entscheidungsverfahren angesiedelte Schlichtung gleich oder ähnlich auszugestalten wie eine gerichtliche Vergleichsverhandlung, womit diese ihren besonderen Charakter als vorgerichtliches Schlichtungsverfahren verlöre (Meier/Scheiwiller, a.a.O., S. 176). Diese kritische Beurteilung der gerichtsnahen Schlichtungsverfahren scheint sich zu bewahrheiten. So hat eine in den Jahren 2011 und 2012

im Kanton Zürich durchgeführte Studie ergeben, dass gerichtsnahe Schlichtungen im Vergleich zu anderen Organisationsmodellen die geringsten Einigungsquoten aufweisen (Meier/Scheiwiller, a.a.O., S. 176). Die vollständige Integration des Schlichtungsverfahrens könnte sich folglich negativ auf die Einigungsquote auswirken. Die Verwirklichung dieses Modells birgt demnach ein erhebliches Risiko.

Zweistufige Justizaufsicht

Schliesslich können die Schlichtungsbehörden der Aufsicht der Regionalgerichte unterstellt werden. Der beratende Experte des DJSG, Fürsprecher lic. iur. Daniel Kettiger, erachtet dieses Aufsichtsmodell für ineffizient. Er bezweifelt, dass die Regionalgerichte in der Lage sind, die Justizaufsicht ohne die Unterstützung kantonaler, zentraler Dienste wahrzunehmen. Das Aufsichtssystem werde durch ein zweistufiges Organisationsmodell der Justizaufsicht ausserdem sehr komplex (Daniel Kettiger, Memorandum zuhanden des DJSG, Zu Fragen der Ausgestaltung der Justizaufsicht im Kanton Graubünden, 15. April 2021, S. 2).

Diese Beurteilung ist sicherlich korrekt. Indessen ist zu beachten, dass der Kanton Graubünden dieses Organisationsmodell im Rahmen der Umsetzung der Schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnung bereits weitgehend verwirklicht hat. Dessen konsequente Implementierung zöge kaum Änderungen nach sich, nehmen doch die Regionalgerichte schon jetzt viele Aufsichtsfunktionen gegenüber den Vermittlerämtern sowie den Schlichtungsbehörden für Mietsachen wahr. Erweitert werden müssten in erster Linie die dienstaufsichtsrechtlichen Befugnisse der Regionalgerichte. Die Organaufsicht, vor allem die Finanzaufsicht, liegt hingegen bereits jetzt weitgehend bei den Regionalgerichten. Hier wäre zusätzlich primär vorzusehen, dass die Schlichtungsbehörden die Regionalgerichte über ihre Geschäftstätigkeit informieren und nicht dem Obergericht Bericht erstatten. Angesichts der mit dem Modell *Entflechtung* verbundenen Mehrkosten und den Gefahren, welche das Modell der *vollständigen Integration* birgt, schlägt die Regierung daher vor, im Bereich der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörde für Mietsachen eine zweistufige Justizaufsicht vorzusehen.

Stabsstelle für die Regionalgerichte

Die mit der Verwirklichung des Modells einer zweistufigen Justizaufsicht verbundenen Nachteile sollen gemindert werden, indem eine Stabsstelle für die Regionalgerichte geschaffen wird. Die Regionalgerichte üben – wie vorangehend dargelegt – zwar schon jetzt verschiedene Aufsichtsfunktionen gegenüber den Vermittlerämtern und den Schlichtungsbehörden für Mietsachen aus. Die Zusammenführung aller aufsichtsrechtlichen Aufgaben bei den Regionalgerichten wird aber gleichwohl zu einem nennenswerten

Mehraufwand führen. Die dafür erforderlichen Ressourcen sollen nicht an jedem der elf Regionalgerichte, sondern bei einer Stabsstelle bereitgestellt werden. Hierdurch soll den Bedenken des beratenden Experten Rechnung getragen werden, der die Wichtigkeit einheitlicher Standards für die Wahrnehmung der Justizaufsicht betont und darauf hinweist, dass die Aufsicht über die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen kantonsweit einheitlich durchgeführt werden muss, um effektiv und effizient zu sein (Kettiger, a.a.O., S. 2). Die zu schaffende Stabsstelle soll alle Regionalgerichte bei der Wahrnehmung der Aufsicht über die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen unterstützen. Zu diesem Zweck soll sie insbesondere Formulare für die Inspektionen erarbeiten, die Inspektionen begleiten und zuhanden der Regionalgerichte einen Inspektionsbericht verfassen. Die Schaffung einer Stabsstelle erweist sich auch im Hinblick auf die vom beratenden Experten vorgeschlagene Entwicklung von Organisationshandbüchern sowie standardisierten Gerichtsverwaltungsprozessen als sinnvoll.

Der fraglichen Stabsstelle sollen weitere Aufgaben der Justizverwaltung übertragen werden, die aufgrund ihrer Gleichartigkeit effizienter und kostengünstiger durch eine Stabsstelle erledigt werden können. Im Jahr 2020 hat die Konferenz der Regionalgerichte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die von den Regionalgerichten für die Rechtsuchenden bereitgestellten Formulare angepasst und die vereinheitlichten Formulare ins Romanische und ins Italienische übersetzt hat. Diese Initiative soll fortgeführt und auf Merkblätter (z.B. Informationen über die Kosten eines Gerichtsverfahrens, obligatorische Vermittlung) sowie weitere Bereiche ausgedehnt werden. Hierbei ist etwa an die Gerichtsdolmetscherinnen sowie -dolmetscher, Kinderanwältinnen und -anwälte oder spezialisierte Angebote im Bereich des Kindesschutzes zu denken. Indem solche und ähnliche gleichartige Tätigkeiten, der Stabsstelle übertragen werden, können Mehrspurigkeiten vermieden und die Qualität der betreffenden Leistungen erhöht werden.

Schliesslich soll die Stabsstelle die Konferenz der Regionalgerichte vor- und nachbereiten und für die Regionalgerichte, das Vermittleramt sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen periodische Treffen mit den Institutionen an der Schnittstelle zur Justiz, wie z.B. der Staatsanwaltschaft, dem Amt für Justizvollzug, der Kindes- und Erwachsenschutzbehörde und der Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden, organisieren.

Für diese Aufgaben soll eine 100% Stelle für eine juristische Mitarbeiterin bzw. einen juristischen Mitarbeiter geschaffen werden. Bei welchem Regionalgericht die fragliche Stelle angesiedelt werden soll, soll die Konferenz der Regionalgerichte entscheiden. Die Kosten für die Stabsstelle sind im Budget sowie der Jahresrechnung des von der Konferenz der Regionalgerichte bezeichneten Regionalgerichts zu berücksichtigen.

2.2.2.2. Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen behandelt im Jahr in der Regel nur einen bis drei Fälle. Würde sich die Qualität der Schlichtungsverfahren durch eine Vollintegration verschlechtern, würde dies im schlechtesten Fall bedeuten, dass die Regionalgerichte einen bis maximal drei Verfahren mehr pro Jahr zu beurteilen hätten. Das mit einer Vollintegration verbundene Risiko erscheint in diesem Fall folglich gering. Dem stünde der Vorteil gegenüber, dass für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen keine eigene Behörde geschaffen werden müsste.

Die Verwirklichung dieses Modells würde aber bedeuten, dass die Stimmberechtigten des Regionalgerichts, in welches die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen integriert würde, die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen wählen würden. Einem solchen Vorgehen stehen dieselben verfassungsrechtlichen Bedenken entgegen, die den Gesetzgeber anlässlich der Umsetzung der Schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnung dazu bewogen haben, das kantonale Zwangsmassnahmengericht nicht in das Regionalgericht Plessur zu integrieren (vgl. Botschaft Heft Nr. 13/2009–2010, S. 843). Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen kann daher nicht in ein Regionalgericht integriert werden. Denkbar wäre nur eine Integration in alle elf Regionalgerichte. In diesem Fall müssten jedoch für einen bis drei Fälle pro Jahr 33 Personen (11 x 3 [1 {eine vorsitzende Person} + 2 {paritätische Vertretung}) gewählt werden, welche diese Schlichtungsaufgabe an den jeweiligen Regionalgerichten übernehmen würden. Dies erscheint nicht sachgerecht.

Aus denselben Überlegungen fällt es ausser Betracht, für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen das *Modell einer zweistufigen Justizaufsicht* zu realisieren.

Stattdessen soll die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen direkt der Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden *(Modell: Entflechtung)*. Hierfür erscheint es angezeigt, von einer administrativen Angliederung der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen an das Regionalgericht Plessur abzusehen. Dieser Schritt bedeutet für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen im Wesentlichen, dass sie ihre Taggeldabrechnungen nicht mehr beim Regionalgericht Plessur, sondern beim Obergericht einreichen wird. Das Obergericht wird die betreffenden Abrechnungen zukünftig prüfen und gestützt darauf die Zahlungen vornehmen. Die betreffenden Positionen werden in die Buchhaltung des Obergerichts einfliessen und dienen als Grundlage, um die Aufwendungen der Schlichtungsbehörden für das Budget sowie die Jahresrechnung beziffern zu können. Ein eigenes Budget sowie eine eigene Jahresrechnung hat die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen weiterhin nicht auszuarbeiten. Bericht erstatten würde die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen direkt dem Obergericht, dem

auch die Dienstaufsicht obliegen würde. Im Vergleich zum geltenden Recht würde sich die Rechtslage hinsichtlich der Dienstaufsicht nur insofern ändern, als nicht mehr der Grosse Rat, sondern das Obergericht als zuständige Dienstaufsichtsbehörde die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen wählen würde. Für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen soll demnach das *Modell Entflechtung* gewählt werden.

2.3. Aufsicht über das Schiedsgericht und die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht

Für bestimmte sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten schreibt das Bundesrecht ein Schiedsgerichtsverfahren vor, dem in der Regel ein Schlichtungsverfahren voranzugehen hat (vgl. z.B. Art. 89 KVG, Art. 57 UVG). Der Kanton Graubünden hat diese bundesrechtlichen Vorgaben im Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht und in der Verordnung über die Entschädigung, Gebühren und Barauslagen von Schlichtungsstelle und Schiedsgericht nach dem Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren umgesetzt.

2.3.1. Schiedsgericht nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht

Das Schiedsgericht nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht setzt sich zusammen aus einem Mitglied des Verwaltungsgerichts, das den Vorsitz übernimmt, und je einer von den Parteien bezeichneten Person (Art. 3 Abs. 2, Art. 4 Abs. 1 EGzSSV). Das Plenum des Verwaltungsgerichts wählt das Präsidium des Schiedsgerichts und dessen Stellvertretung für die Dauer von vier Jahren (Art. 4 Abs. 1 EGzSSV). Bei Verhinderung der gewählten Person bezeichnet das Verwaltungsgericht für den Rest der Amtsdauer oder für den gegebenen Fall einen Ersatz (Art. 4 Abs. 3 EGzSSV). Das Schiedsgericht steht unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichts (Art. 2 EGzSSV).

Diese Regelung erweist sich aufsichtsrechtlich insofern als problematisch, als die Präsidentin oder der Präsident des Schiedsgerichts zugleich dem Verwaltungsgericht angehört. Diese personelle Verflechtung steht in einem Spannungsverhältnis zu Art. 22 Abs. 1 KV, der vorsieht, dass niemand seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehören darf. Dieser verfassungsrechtliche Grundsatz kann respektiert werden, wenn das Schiedsgericht in das Obergericht integriert wird.

Das Bundesrecht regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts nur in den Grundzügen. Die betreffenden Regelungen erlauben es, das kantonale

Versicherungsgericht als Schiedsgericht zu bezeichnen (Art. 57 Abs. 3 UVG, Art. 27 IVG, Art. 89 Abs. 4 KVG, Art. 27 Abs. 2 MVG). Von dieser Möglichkeit haben zumindest die Kantone *Aargau, Bern, Schaffhausen, St. Gallen* und *Thurgau* Gebrauch gemacht. Die Regierung schlägt vor, diesen Regelungsansatz auch für den Kanton Graubünden zu wählen. Diese Änderung führt kaum zu Anpassungen, da das Schiedsgericht bereits jetzt die Räumlichkeiten des Verwaltungsgerichts, dessen Sekretariat und in der Regel auch dessen Aktuariat nutzt. Die vorgeschlagene Integration des Schiedsgerichts in das Obergericht wirkt sich daher primär auf die Aufsichtsstruktur aus.

2.3.2. Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht

Von Bundesrechts wegen könnte auch die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht in das Obergericht integriert werden (vgl. Ueli Kieser/Kaspar Gehring/Susanne Bollinger, Bundesgesetz über die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts mit weiteren Erlassen, 2018, Art. 57 N. 17). Hiermit wären indessen wesentliche Änderungen verbunden. Zwar wählt das Verwaltungsgericht die Mitglieder der Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht – wie jene des Schiedsgerichts – für eine Dauer von vier Jahren (Art. 3 Abs. 1, Art. 4 Abs. 1 EGzSSV). Der Schlichtungsstelle gehört indessen kein Mitglied des Verwaltungsgerichts an. Zudem nutzt sie weder die Räumlichkeit des Verwaltungsgerichts noch dessen Gerichtskanzlei oder Aktuariat. Sie ist mit dem Verwaltungsgericht nur über die Wahl, die jährliche Berichterstattung und die Finanzaufsicht verbunden. Würde die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht in das Obergericht integriert, erführe sie folglich eine grundlegende Neuorganisation.

Ein solcher Schritt wäre zu erwägen, wenn die Qualität der schiedsgerichtlichen Schlichtungsverfahren eine derartige Reorganisation als erforderlich erscheinen liesse. Dies trifft jedoch nicht zu. Im Gegenteil deutet eine Studie – wie erwähnt – darauf hin, dass die Einigungsquote gerichtsnaher Schlichtungsbehörden geringer ist als jene von gerichtsunabhängigen Schlichtungsbehörden (Meier/Scheiwiller, a.a.O., S. 176). Die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht soll daher nicht in das Obergericht integriert werden.

Stattdessen soll die Stellung des Obergerichts als Aufsichtsbehörde gestärkt werden. Dieses soll gegenüber der Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht sowie deren Mitglieder zukünftig über dieselben Aufsichtsinstrumente sowie Hilfsmittel verfügen wie gegenüber den anderen richterlichen Behörden, die seiner unmittelbaren Aufsicht

unterstehen (Art. 3a EGzSSV). Geändert werden soll zudem die heutige finanzrechtliche Praxis. Die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht erhebt von den Parteien grundsätzlich kostendeckende Verfahrenskosten. Aufgrund dieser besonderen Ausgangslage soll die Schlichtungsstelle ihre Einnahmen und Ausgaben zukünftig gegenüber dem Obergericht in Form eines Budgets sowie einer Jahresrechnung ausweisen. Hierdurch entsteht für die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht kein nennenswerter Mehraufwand, weil sie bereits jetzt alle ihre Kosten detailliert erfasst, um sie den Verfahrensparteien auferlegen zu können. Auf der Grundlage eines Budgets sowie der Jahresrechnung ist es für das Obergericht aber deutlich einfacher, die Finanzaufsicht auszuüben.

2.4. Aufsicht über die Notariatskommission und die Aufsichtskommission

Das Bundesrecht verpflichtet die Kantone, eine Behörde zu bezeichnen, welche die Tätigkeit der Notariatspersonen sowie der Anwältinnen und Anwälte auf ihrem Gebiet beaufsichtigt (Art. 55 der Schlusstitel des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs; Art. 14 BGFA). Wie diese Aufsichtsbehörden organisiert werden sollen, überlässt das Bundesrecht den Kantonen.

Der Kanton Graubünden hat für die Aufsicht über die Notariatspersonen und die Anwältinnen sowie Anwälte je eine berufsständisch zusammengesetzte Aufsichtskommission geschaffen. Gemäss den massgeblichen bereichsspezifischen Regelungen wählen das Kantons- und Verwaltungsgericht gemeinsam fünf Kommissionsmitglieder und drei Stellvertretende für eine Dauer von vier Jahren (Art. 4 Abs. 1 NotG, Art. 5 Abs. 1 AnwG). Entschädigt werden die Mitglieder der Aufsichtskommissionen für ihre Tätigkeit nach den von der Regierung festgelegten Ansätzen (Art. 22 Abs. 1 NotV, Art. 8 Abs. 1 AnV). Die Aufsichtskommissionen konstituieren sich selber (Art. 4 Abs. 3 Satz 1 NotG, Art. 5 Abs. 4 Satz 1 AnwG). Sie können ein Sekretariat und ein Aktuariat bestellen (Art. 4 Abs. 3 Satz 2 NotG, Art. 5 Abs. 4 Satz 2 AnwG). Jährlich erstatten sie dem Grossen Rat Bericht (Art. 4 Abs. 4 NotG, Art. 5 Abs. 5 AnwG). Ihre Geschäftsführung wird durch die KJS überprüft (Art. 26 Abs. 1 GGO).

Welche rechtliche Stellung den Aufsichtskommissionen aufgrund dieser Regelung zukommt, ist umstritten. Das Bundesgericht hat in Bezug auf die Notariatskommission entschieden, dass diese keine richterliche Behörde ist, obgleich sie organisatorisch und personell von der Verwaltung sowie auch vom Grossen Rat unabhängig ist (BGE 123 I 87). Dasselbe gilt nach Auffassung der Regierung für die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte (vgl. BGE 126 I 228). Dementsprechend dürfte es sich bei den Aufsichts-

kommissionen um organisatorisch verselbstständigte Verwaltungseinheiten ohne Rechtspersönlichkeit handeln, die dem DJSG administrativ unterstellt sind (vgl. Art. 16 Abs. 1 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes [RVOG; BR 170.300]). Die Aufsicht des DJSG ist jedoch insofern eingeschränkt, als das Kantons- und Verwaltungsgericht als Wahlbehörden die Aufsicht über die personalrechtlichen Belange wahrnehmen. Die Fachaufsicht ist weder im Anwaltsgesetz noch im Notariatsgesetz geregelt. Es ist allseits unbestritten, dass eine solche nicht existiert. Die Geschäftsführung beaufsichtigt der Grosse Rat bzw. die KJS. Nach geltendem Recht nehmen folglich das DJSG (Finanzaufsicht), das Kantons- und Verwaltungsgericht (Dienstaufsicht) und die KJS (Geschäftsführung) aufsichtsrechtliche Aufgaben wahr. Diese Aufsichtsstrukturen führen zu Doppelspurigkeiten und erschweren die Wahrnehmung der Aufsicht. Im Rahmen der vorliegenden Revision sollen sie deshalb insofern geändert werden, als die gesamte Aufsicht entweder dem Grossen Rat, der Regierung oder dem Obergericht übertragen werden soll.

Ursprünglich wurden die Notariatskommission und die Aufsichtskommission als richterliche Behörden konzipiert. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung kann ihnen diese Stellung nicht zukommen, weil sie vorwiegend eine Aufsichtsfunktion und damit eine Verwaltungsaufgabe erfüllen. Dies bedeutet, dass die Aufsichtskommissionen ungeachtet ihrer personellen und organisatorischen Ausgestaltung stets Verwaltungsbehörden sind. Würden sie als solche unmittelbar der Aufsicht des Grossen Rats unterstellt, müssten zumindest drei Bestimmungen und ein Abschnittstitel der Kantonsverfassung revidiert werden (siehe Art. 33 Abs. 1, Art. 36, Art. 50 Abs. 2 KV, Abschnittstitel «4.3. Die Regierung»). Dies zeigt, dass die unmittelbare Unterstellung der Aufsichtskommissionen unter den Grossen Rat die heute verfassungsrechtlich abgebildete Gewaltenteilung mit dem Grosser Rat als oberstem kantonalen Legislativorgan, der Regierung als oberstem kantonalen Exekutivorgan und den oberen kantonalen Gerichten als oberste kantonale Rechtsprechungsorgane erheblich modifizieren würde. In diesem Fall kämen zu diesen kantonalen Behörden die Aufsichtskommissionen hinzu, die – je nach der gewählten Konzeption – als gleichwertig neben der Regierung stehende, besondere Verwaltungsbehörden gelten würden oder gewissermassen als «vierte Gewalt» neben den Grossen Rat, die Regierung und die Gerichte treten würden. Beides erscheint der Regierung nicht sachgerecht. Sie lehnt es daher ab, die Aufsichtskommissionen direkt der Aufsicht des Grossen Rats zu unterstellen.

Stattdessen könnten die Aufsichtskommissionen der Aufsicht der Regierung unterstellt werden. Dieses Aufsichtsmodell entspräche ihrer rechtlichen Stellung als Verwaltungsbehörden und könnte relativ einfach realisiert werden. Es wird indessen von beiden Aufsichtskommissionen als nicht

sachgerecht angesehen, weil es deren Funktion als Rechtspflegeorgane nicht gerecht wird und der vom Gesetzgeber angestrebten Zuordnung zu den Justizbehörden entgegensteht. Aus diesen Gründen sprechen sich die Aufsichtsbehörden für eine Unterstellung unter die Aufsicht des Obergerichts aus. Die Regierung schlägt daher vor, dieses Aufsichtsmodell zu verwirklichen.

2.5. Aufsicht über die Betreibungs- und Konkursämter

Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs äussert sich im Sinne eines Rahmengesetzes zur Organisation der Betreibungs- und Konkursämter. Gemäss Art. 1 Abs. 2 SchKG ist jeder Kanton verpflichtet, das gesamte Kantonsgebiet in Betreibungs- und Konkurskreise zu unterteilen. Sie haben insbesondere die Organisation der Aufsichtsbehörden zu bestimmen (Jolanta Kren Kostkiewicz, Schuldbetreibung- und Konkursrecht, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2018, S. 18). Gemäss Art. 13 SchKG haben die Kantone zumindest eine Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Betreibungs- und Konkursämter zu bezeichnen (Abs. 1). Sie können für einen oder mehrere Kreise untere Aufsichtsbehörden bestellen (Abs. 2). Die Aufgaben der Aufsichtsbehörden sind in Art. 13, 14, 17 und 22 SchKG geregelt. Dazu gehören insbesondere die Überwachung der Konkurs- und Betreibungsämter in Bezug auf die gesetzmässige Verwaltung, eine mindestens einmal jährlich stattfindende Prüfung der Geschäftsführung, der Erlass von Disziplinarmassnahmen, der Erlass von Weisungen und Kreisschreiben und die Berichterstattung an das Bundesamt für Justiz. Zudem ist die Aufsichtsbehörde die Beschwerdeinstanz nach Art. 17 Abs. 1 SchKG. Im Weiteren kann sie gestützt auf ihre Aufsichtsbefugnis von Amtes wegen in konkrete Zwangsvollstreckungsverfahren eingreifen (vgl. Urteil des Bundesgerichts 5A_311/2013 E. 4.2.2.; vgl. Gutachten von Hansjörg Peter, Question en lien avec l'organisation valaisanne de la surveillance LP vom 19. Mai 2013, S. 3).

Der Kanton Graubünden hat das Kantonsgericht als einzige Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 13 SchKG eingesetzt. Ernannt werden die Konkurs- und Betreibungsbeamten indessen durch die Regionen, die auch für die Führung der Betreibungs- und Konkursämter verantwortlich sind (Art. 1–8 EGzSchKG). Die Dienstaufsicht ist demnach zweigeteilt, indem die Regionen die Betreibungs- und Konkursbeamten ernennen und entlassen, das Kantonsgericht diese jedoch wegen schuldhaften Amtspflichtverletzungen disziplinieren und zur ordnungsgemässen Amtsführung anhalten kann. Ebenfalls zweigeteilt ist die Organaufsicht. Die Fachaufsicht liegt beim Kantonsgericht. Finanziert werden die Betreibungs- und Konkursämter jedoch durch die Regionen. Haftungsrechtlich besteht zudem die Besonder-

heit, dass der Kanton für die Tätigkeit der Betreibungs- und Konkursämter haftet (Art. 12 EGzSchKG).

Diese Strukturen vermögen aufsichtsrechtlich nicht restlos zu überzeugen. Sie wurden indessen erst gerade im Rahmen der Gebietsreform einer Überprüfung unterzogen und mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 angepasst (vgl. Botschaft Nr. 10/2013–2014, S. 753 ff., 784). Es erscheint daher nicht angezeigt, sie jetzt schon wieder abzuändern, zumal das Organisationsmodell – wie es der Kanton Graubünden kennt – in der Mehrheit der Kantone existiert. Die Aufsicht über die Betreibungs- und Konkursämter soll folglich nicht geändert werden.

2.6. Aufsicht über die Enteignungskommissionen

Mit den Enteignungskommissionen hat der Kanton Graubünden – wie der Bund und die meisten Kantone – eine besondere Behörde geschaffen, die im Streitfall die Höhe der Entschädigung für enteignete, dingliche Rechte erstinstanzlich festlegt und weitere, hiermit im Zusammenhang stehende Aufgaben erfüllt (vgl. Tobias Jaag, Staats- und Verwaltungsrecht des Kantons Zürich, 5. Aufl., Zürich 2019, Rz. 3638). Die Organisation sowie die Zuständigkeit der Enteignungskommissionen ist in den Art. 18–20 kEntG geregelt. Laut den fraglichen Bestimmungen gehören den acht Enteignungskommissionen jeweils drei Mitglieder und zwei Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter an. Diese 40 Mitglieder werden von der Regierung für die Dauer von vier Jahren gewählt (Art. 19 Abs. 1 kEntG). Die Regierung bezeichnet ausserdem die Präsidentin oder den Präsidenten der Enteignungskommissionen. Die Enteignungskommissionen können eine Aktuarin bzw. einen Aktuar beiziehen, welche(r) die Entscheide der Enteignungskommission vorbereitet und redigiert. Im Jahr 2020 sind bei allen acht Enteignungskommissionen insgesamt zwei Verfahren eingegangen. Ähnlich verhielt es sich in den vorangegangenen Jahren.

Im Rahmen der Justizreform 2006 wurden die Enteignungskommissionen der Aufsicht des Verwaltungsgerichts unterstellt (Art. 21 kEntG). In der Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007 führte die Regierung dazu aus, im Gegensatz zu vergleichbaren Kommissionen in anderen Sachbereichen (z.B. Perimeter, Schätzungswesen, Wasserwerk-Steuern) würde für die Enteignungskommissionen bislang keine Aufsichtsbehörde existieren. In der Praxis habe sich das Bedürfnis gezeigt, eine solche zu bezeichnen. Da das Verwaltungsgericht auch Rechtsmittelinstanz sei, erscheine seine Zuständigkeit zweckmässig. Die Befugnisse und Zuständigkeiten orientierten sich an der Aufsicht des Kantonsgerichts über die Bereiche der Zivil- und Strafrechtspflege (Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 457 ff., S. 537, S. 611).

Diese Ausführungen erwecken den Eindruck, das Verwaltungsgericht nähme gegenüber den Enteignungskommissionen dieselben Aufsichtsfunktionen wahr wie das Kantonsgericht gegenüber den seiner Aufsicht unterstehenden richterlichen Behörden. Die Enteignungskommissionen unterliegen indessen der Finanzaufsicht der Regierung. Ihre Ausgaben sowie Einnahmen fliessen in das Budget sowie die Jahresrechnung der Kantonalen Verwaltung ein. Die Aufsichtstätigkeit des Verwaltungsgerichts bezieht sich folglich auf die Dienstaufsicht. Davon ausgenommen ist freilich die Wahl und Wiederwahl der Mitglieder der Enteignungskommission, welche der Regierung obliegt (Art. 19 Abs. 1 kEntG). Diese Aufsichtsstruktur führt zu Abgrenzungsschwierigkeiten und erschwert die Kontrolle der zu beaufsichtigenden Behörden. Dies gilt vor allem für den Bereich der Dienstaufsicht. So kann das Verwaltungsgericht die Mitglieder der Enteignungskommissionen zur korrekten Amtsführung anmahnen und im Bedarfsfall wegen schuldhaften Amtspflichtverletzungen disziplinieren. Es ist indessen die Regierung, welche die Mitglieder der Enteignungskommissionen (wieder)wählt. Die bestehenden Regelungen sollen daher insofern geändert werden, als die gesamte Aufsicht entweder dem Obergericht oder der Regierung übertragen wird.

Die Enteignungskommissionen gelten im Kanton Graubünden als richterliche Behörde. Deren Rechtsnatur spricht dafür, sie der Aufsicht des Obergerichts zu unterstellen. Dies würde bedeuten, dass die Enteignungskommissionen ihre Einnahmen sowie ihre Taggeldabrechnungen zukünftig nicht mehr bei der Kantonalen Verwaltung, sondern beim Obergericht einzureichen hätten. Das Obergericht würde die betreffenden Abrechnungen prüfen und gestützt darauf die Zahlungen vornehmen. Überdies würde das Obergericht zukünftig die Mitglieder der Enteignungskommissionen wählen. Der mit der Übernahme dieser Aufsichtsfunktionen verbundene Aufwand kann erheblich reduziert werden, wenn nur mehr eine einzige Enteignungskommission existiert, die für den gesamten Kanton zuständig ist. Mit Blick auf die derzeitige Geschäftslast der Enteignungskommissionen wäre ein solcher Schritt nach der Beurteilung der Regierung ohne weiteres vertretbar. Die Regierung schlägt daher vor, zukünftig nur mehr eine Enteignungskommission vorzusehen und diese der alleinigen direkten Aufsicht des Obergerichts zu unterstellen.

2.7. Aufsichtsinstrumente sowie Hilfsmittel

Eine klare und sachgerechte institutionelle Ausgestaltung der Aufsichtsbehörden erleichtert die Wahrnehmung der Aufsicht. Sie genügt indessen nicht, um eine effektive Aufsicht zu gewährleisten. Im Weiteren muss sichergestellt werden, dass die Aufsichtsbehörden Kenntnis erhalten von den auf-

sichtsrechtlich relevanten Vorgängen und die Massnahmen ergreifen können, die erforderlich sind, um den rechtswidrigen Zustand zu beseitigen (KETTIGER, a.a.O., S. 4). Der beratende Experte empfiehlt, zu diesem Zweck eine Palette von Informations- und Prüfungsinstrumenten sowie aufsichtsrechtlichen Massnahmen einzuführen. Soweit die betreffenden Instrumente und Massnahmen eine Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinn bedürfen, soll diese im Rahmen des vorliegenden Rechtsetzungsvorhabens geschaffen bzw. die bestehenden Rechtsgrundlagen entsprechend ergänzt werden (vgl. dazu insbesondere, Art. 34, Art. 35, Art. 97 ff. E-GOG).

Ob die Aufsicht durch diese Neuerungen effektiver und effizienter wird, hängt – wie der beratende Experte im Memorandum vom 15. April 2021 festhält – davon ab, wie die Aufsichtstätigkeit auf Verordnungsebene ausgestaltet und in der Praxis gehandhabt wird. Nach der Beurteilung des beratenden Experten ist hierfür eine bestimmte Standardisierung der Abläufe wesentlich. Ganz allgemein könne die Effizienz der Aufsichtstätigkeit dadurch gesteigert werden, dass die Aufsichtstätigkeit anhand standardisierter Kriterien erfolge (KETTIGER, a.a.O., S. 6). Im Übrigen erachtet der beratende Experte die Verfügbarkeit von aussagekräftigen Statistiken und Kennzahlen über die Justiztätigkeit für entscheidend (KETTIGER, a.a.O., S. 7). Diesbezüglich empfiehlt er, die Statistiken auf ihre Eignung für die Steuerung der richterlichen Behörden und deren Beaufsichtigung hin zu überprüfen und womöglich ein System einer Geschäftslastbewirtschaftung basierend auf gewichteten Geschäftslastwerten zu schaffen (KETTIGER, a.a.O., S. 7). Eine andere Möglichkeit, die Aufsichtstätigkeit zu entlasten, sieht der beratende Experte in einer Zertifizierung der beaufsichtigten richterlichen Behörden nach den Grundsätzen bestimmter Normen und Labels von Managementsystemen. Die Aufsichtsbehörde müsse dann für einen grossen Teil der Verwaltungstätigkeit der richterlichen Behörden nur noch prüfen, ob eine Zertifizierung bzw. periodische Re-Zertifizierung erfolgt sei. Allerdings scheine eine Zertifizierung nach ISO 9001 für die Justizbehörden nicht unbedingt geeignet und ein Qualitätslabel für Justizbehörden existiere nicht. Bei elf Regionalgerichten bzw. elf Vermittlerämtern und Schlichtungsbehörden für Mietsachen sei indessen zu überlegen, ob sich die Schaffung von Organisationshandbüchern mit vorgeschriebenen standardisierten Gerichtsverwaltungsprozessen allenfalls lohnen würde (KETTIGER, a.a.O., S. 8).

Solche Massnahmen, welche die Steuerung und Kontrolle der richterlichen Behörden verbessern, erfordern keine Festlegung auf Gesetzesstufe. Der beratende Experte empfiehlt, diese – abgesehen von der ersten Überprüfung der Statistiken – nachgelagert zum Fusionsprozess von Kantons- und Verwaltungsgericht anhand zu nehmen, um die ohnehin schon anspruchsvolle Organisationsentwicklung hin zum Obergericht nicht zu überlasten (KETTIGER, a.a.O., S. 8).

3. Beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden

Mit der beschäftigungsrechtlichen Stellung der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte hat sich der Grosse Rat anlässlich der Beratung des Berichts betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte insofern befasst, als er beschloss, teilzeitliche Richterstellen für das aus der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts entstehende Gericht vorzusehen (GRP 5 | 2018/2019, S. 862 f.). Diskutiert wurde im Grossen Rat ferner über das Amtsenthebungsverfahren (GRP 5 | 2018/2019, S. 858).

Die Einführung der Teilzeitbeschäftigung am Obergericht sowie die Überprüfung des Amtsenthebungsverfahrens bieten Gelegenheit, die rechtliche Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses für die Mitglieder der richterlichen Behörden zu überprüfen. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden in verschiedener Hinsicht unklar ist. So ist z. B. fraglich, ob für die (nebenamtlichen) Regionalrichterinnen sowie Regionalrichter eine Altersgrenze gilt, bis zu der sie das Richteramt längstens ausüben dürfen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen sodann in Bezug auf die regionale Wohnsitzpflicht der Mitglieder der Regionalgerichte, der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörden für Mietsachen. Diese und weitere Fragen zur beschäftigungsrechtlichen Stellung der Richterinnen und Richter sowie der Mitglieder der Schlichtungsbehörden sollen geklärt werden.

Dabei werden mit den vorgeschlagenen Neuerungen folgende Ziele verfolgt:

- das Beschäftigungsverhältnis aller Mitglieder der richterlichen Behörden ist, soweit möglich, gleich zu regeln;
- es werden zeitgemässe Strukturen für die Mitglieder der richterlichen Behörden geschaffen;
- die im Gerichtsorganisationsgesetz verwendeten Begriffe sind geklärt und, soweit erforderlich, gesetzlich definiert;
- dasjenige Organ, das gegenüber den Mitgliedern der richterlichen Behörden die Rolle des «Arbeitgebers» wahrnimmt, ist bezeichnet;
- es besteht eine lückenlose Regelung für die sich stellenden beschäftigungsrechtlichen Fragen.

In Verwirklichung dieser Ziele schlägt die Regierung im Wesentlichen folgende Änderungen vor:

3.1. Teilzeitliche Richtertätigkeit

Die Bedeutung der teilzeitlichen Richtertätigkeit hat in der Schweiz mit der zunehmenden Feminisierung des Richteramts zugenommen. So hat sich der Frauenanteil am Bezirksgericht Zürich von 1975 bis 2012 von 2% auf 48% erhöht. Gleichzeitig hat der Anteil der teilzeitlichen Richtertätigkeit zugenommen (Rudolf Kieser, Wandel und Konstanz in der ersten Instanz – Eindrücke von 22 Jahren Gerichtspräsidium in Zürich, in: Justice – Justiz – Giustizia 2013/4, N. 17). Soziologische Studien zeigen überdies, dass bei der Wahl der beruflichen Tätigkeit die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit an Bedeutung gewinnen wird. Insbesondere Personen mit familiären Verpflichtungen favorisieren teilzeitliche Tätigkeiten. Um auch zukünftig qualifizierte Personen für ein Richteramt gewinnen zu können, ist es daher wichtig, dass Richterämter teilzeitlich ausgeübt werden können.

Der Kanton Graubünden kennt die teilzeitliche Richtertätigkeit seit vielen Jahren für das Präsidium des Regionalgerichts Bernina, für die meisten Vizepräsidien der Regionalgerichte sowie für die nebenamtlichen Regionalrichterinnen und Regionalrichter. Ebenfalls teilzeitlich tätig sind die Vermittlerinnen und Vermittler, die Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen, der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen sowie des Schiedsgerichts nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht und der zugehörigen Schlichtungsstelle. Dies zeigt, dass sich die Richtertätigkeit für eine teilzeitliche Tätigkeit eignet.

Mit der vorliegenden Vorlage sollen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um es Richterinnen und Richtern in vermehrtem Umfang zu ermöglichen, teilzeitlich tätig zu sein. Kein diesbezüglicher Handlungsbedarf besteht für die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie der Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht, weil diese richterlichen Tätigkeiten schon jetzt mit einem Pensum von einigen wenigen bis maximal 35 Stellenprozenten ausgeübt werden.

3.1.1. Mindestbeschäftigungsgrad

Schwierig festzulegen ist der Mindestbeschäftigungsgrad für die Richterinnen und Richter. Dieser muss so angesetzt sein, dass Richterinnen und Richter die für die Ausübung der Richtertätigkeit erforderlichen Fachkompetenzen entwickeln und aufrechterhalten können. Welcher Mindestbeschäftigungsgrad hierfür erforderlich ist, hängt einerseits von der Zuständigkeit der Richterpersonen, andererseits von deren Fähigkeiten sowie beruflichen Erfahrungen ab. Allgemeine Richtwerte existieren, soweit bekannt, nicht.

Bei der Festlegung des Mindestbeschäftigungsgrads soll deshalb auf die Erfahrungen zurückgegriffen werden, die der Kanton Graubünden bei den Regionalgerichten gesammelt hat. Nur beim Regionalgericht Plessur sind alle hauptamtlichen Mitglieder vollzeitlich tätig. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Regionalgerichts Bernina übt das Richteramt mit einem 50% Pensum aus. Die Beschäftigungsgrade der Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten der Regionalgerichte Albula, Bernina, Engiadina Bassa/Val Müstair und Moesa richten sich nach der Geschäftslast. Als nebenamtliche Richterinnen und Richter üben sie das Richteramt in der Regel nur mit einem geringen Pensum aus. Die Pensen der übrigen Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten bewegen sich zwischen 40–80%. In dieser Grössenordnung soll auch der Mindestbeschäftigungsgrad der Oberrichterinnen und Oberrichter festgelegt werden. Um die Aufteilung der Richterstellen zu erleichtern und damit die teilzeitliche Richtertätigkeit zu begünstigen, schlägt die Regierung vor, für die Mitglieder des Obergerichts einen Mindestbeschäftigungsgrad von 50% vorzusehen.

Wird angenommen, ein Mindestbeschäftigungsgrad von 50% sei erforderlich, damit Richterinnen und Richter in der gewünschten Qualität effizient Recht sprechen können, muss für die gerichtlichen Leitungsfunktionen ein höherer Beschäftigungsgrad vorgesehen werden. Wohl aus diesen Überlegungen schliessen etliche Kantone im Teilamt tätige Richterinnen und Richter von Leitungsfunktionen, insbesondere von Präsidialämtern (z.B. AR, GE, UR, ZH), aus. Eine solche Regelung erscheint sowohl für das Obergericht als auch die Regionalgerichte als zu weitgehend. Freilich wird der Aufwand für das Präsidialamt auch am Obergericht trotz der Schaffung eines Generalsekretariats beachtlich bleiben. Die Erfahrungen mit dem Präsidium des Regionalgerichts Bernina zeigen indessen, dass ein Präsidialamt auch im Teilamt ausgeübt werden kann. Für die Gerichtspräsidentinnen bzw. Gerichtspräsidenten soll daher grundsätzlich ein Mindestbeschäftigungsgrad von 80% vorgesehen werden. Dieser Beschäftigungsgrad kann im Fall des Regionalgerichts Bernina weiterhin unterschritten werden.

Unterschiedliche Regelungen sollen für das Vizepräsidium getroffen werden. Während für das Vizepräsidium des Obergerichts ebenfalls ein Mindestbeschäftigungsgrad von 80% vorgesehen werden soll, kann für die Vizepräsidien der Regionalgerichte kein Mindestbeschäftigungsgrad festgelegt werden. Andernfalls müssten die bestehenden Strukturen grundlegend überarbeitet werden, sind doch die Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten der Regionalgerichte Albula, Bernina, Engiadina Bassa/Val Müstair und Moesa nur im Nebenamt und die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident des Regionalgerichts Prättigau/Davos mit einem Beschäftigungsgrad von 40% tätig. Würde für das Vizepräsidium der Regionalgerichte ein Mindestbeschäftigungsgrad festgelegt, müssten die Gerichtssprengel der Regionalgerichte erweitert werden, was nicht angezeigt erscheint.

Kein Mindestbeschäftigungsgrad soll ferner für die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommissionen vorgesehen werden. Für die Regionalgerichte scheidet eine solche Regelung bereits deshalb aus, weil der Verwaltungskommission der Regionalgerichte in der Regel zumindest zwei nebenamtliche Richterinnen und Richter angehören, deren Beschäftigungsgrad nur wenige Stellenprozente beträgt. Beim Obergericht erscheint ein besonderer Mindestbeschäftigungsgrad für die Mitglieder der Verwaltungskommission nicht erforderlich, weil der Aufwand für die Tätigkeit in der Verwaltungskommission nicht allzu gross sein dürfte. Diese Leitungsfunktion soll deshalb allen ordentlichen Oberrichterinnen und Oberrichtern offenstehen.

3.1.2. Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads aufgrund Elternschaft

Um die Vereinbarkeit von Elternschaft und Erwerbstätigkeit zu erleichtern, hat der Bund seinen Mitarbeitenden in Art. 60a BPV einen Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads infolge Geburt oder Adoption zuerkannt, verbunden mit der Möglichkeit, den Beschäftigungsgrad binnen drei Jahren wieder auf das ursprüngliche Niveau erhöhen zu können. Die Regierung hat in der Vernehmlassungsvorlage vom 22. März 2021 zur Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis im Kanton Graubünden vorgeschlagen, die Möglichkeit zu schaffen, eine ähnliche Regelung für die kantonalen Mitarbeitenden auf Verordnungsebene vorzusehen (Erläuternder Bericht vom 22. März 2021 zur Teilrevision des Personalgesetzes, S. 21).

Die betreffenden Regelungen könnten für die Mitglieder der richterlichen Behörden für anwendbar erklärt werden. Darin wäre aber nicht geregelt, wie eine allenfalls freiwerdende Richterstelle zu besetzen wäre. Fraglich erscheint zudem, ob der Zeitpunkt, ab wann die Tätigkeit mit dem reduzierten Beschäftigungsgrad ausgeübt werden kann bzw. muss, in einem Rechtsatz normiert würde, weil diese Frage für die kantonalen Mitarbeitenden arbeitsvertraglich geregelt werden kann. Für die Mitglieder der richterlichen Behörden besteht diese Möglichkeit nicht, da es sich mit der richterlichen Unabhängigkeit nicht vereinbaren liesse, wenn der Grosse Rat und die betroffene Richterperson die Modalitäten des Richterverhältnisses in Vertragsverhandlungen festlegen würden. Sollen Richterinnen und Richter einen Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads nach der Geburt oder Adoption eines oder mehrerer Kinder haben, müssen die betreffenden Regelungen deshalb in das Gerichtsorganisationsgesetz aufgenommen werden. Die fragliche Regelung soll für die Mitglieder des Obergerichts in Art. 48 E-GOG und für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte in Art. 80 E-GOG verankert werden.

3.2. Flexibilisierung der Dotierung der Gerichte

Momentan ist die personelle Dotierung des Kantons- und des Verwaltungsgerichts im Gerichtsorganisationsgesetz exakt festgeschrieben (Art. 21 Abs. 1 und Abs. 1bis GOG). Ohne Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes kann die Anzahl der Richterstellen daher nicht erhöht werden. Dieser Regelungsansatz erschwert es, die personelle Dotierung der oberen kantonalen Gerichte rechtzeitig an die Geschäftslast anzupassen. Zukünftig soll deshalb im Gerichtsorganisationsgesetz nur mehr vorgesehen werden, dass dem Obergericht eine Präsidentin bzw. ein Präsident, eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident sowie die weiteren Mitglieder angehören, die für eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung erforderlich sind. Diese Regelung soll durch eine gesetzlich festgeschriebene Mindestdotation im Umfang von elf Vollzeitäquivalenten ergänzt werden (Art. 46 Abs. 1 E-GOG).

Diese Neuregelung hat zur Folge, dass die personelle Dotierung des Obergerichts jeweils zumindest vor der Wahl überprüft und festgelegt werden muss. Diese Aufgabe soll dem Grossen Rat zukommen. Dieser soll zukünftig auf Antrag des Obergerichts vor der Wahl die Anzahl der Mitglieder des Obergerichts sowie deren Beschäftigungsgrad bestimmen (Art. 46 Abs. 2 E-GOG). Zeigt sich, dass das Obergericht die ordentliche Geschäftslast nicht mit den anlässlich der (Gesamterneuerungs-)Wahlen festgelegten Richterstellen bewältigen kann, hat der Grosse Rat die Möglichkeit, die personelle Dotierung des Obergerichts auch während der Amtsdauer zu erhöhen (Art. 46 Abs. 3 E-GOG). Eine Reduktion der Richterstellen soll mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit hingegen nur zulässig sein, wenn eine Oberrichterin oder ein Oberrichter zurücktritt oder sich nicht zur Wiederwahl stellt (Art. 46 Abs. 4 E-GOG). Mit diesen Regelungen sowie der Einführung von teilzeitlichen Richterstellen soll der Grosse Rat in die Lage versetzt werden, das Obergericht passgenau zu dotieren.

Für die Regionalgerichte sollen analoge Regelungen geschaffen werden, um auch hier den Spielraum für die personelle Dotierung zu erhöhen (vgl. Art. 78 f. E-GOG). Diese Neuregelung wirkt sich auf die Zuständigkeitsordnung aus. Würde das Obergericht in Fortschreibung des derzeitigen Regelungsansatzes ermächtigt, die Anzahl der Richterstellen sowie die Beschäftigungsgrade der Mitglieder der Regionalgerichte zu bestimmen, müsste ihm auch die Befugnis zuerkannt werden, den Regionalgerichten die für die Finanzierung der betreffenden Stellen erforderlichen Mittel zuzusprechen. Eine derartige Beschneidung der Budgetbefugnis des Grossen Rats erscheint nicht sachgerecht. Stattdessen soll neu der Grosse Rat über die personelle Dotierung der Regionalgerichte entscheiden und diesen Entscheid im nachgelagerten Budgetprozess nachvollziehen.

3.3. Besonderes Beschäftigungsverhältnis

Die Besonderheit des Richteramts besteht in der verfassungsrechtlich verbürgten richterlichen Unabhängigkeit (Art. 30 Abs. 1 BV, Art. 191c BV, Art. 51 KV). Die sich daraus ergebenden, besonderen Anforderungen an die Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses für die Mitglieder der richterlichen Behörden haben der Bund und die Kantone unterschiedlich umgesetzt. Konzeptionell lassen sich drei Regelungsansätze erkennen:

– Richterinnen und Richter werden als Beamtinnen bzw. Beamte eingestuft, für welche die entsprechenden, personalrechtlichen Regelungen gelten, soweit spezialrechtlich nichts oder nichts anderes vorgesehen ist;
– Richterinnen und Richter werden als kantonale Mitarbeitende eingestuft, für welche die entsprechenden, personalrechtlichen Regelungen gelten, soweit spezialrechtlich nichts oder nichts anderes vorgesehen ist;
– für Richterinnen und Richter wird ein besonderes Beschäftigungsverhältnis geschaffen.

Der Kanton Graubünden hat den Beamtenstatus bereits vor Jahrzehnten abgeschafft. Es erscheint nicht angezeigt, auf diesen Grundsatzentscheid zurückzukommen und für die Mitglieder der richterlichen Behörden das Beamtenverhältnis wiedereinzuführen. Dieser Regelungsansatz scheidet für den Kanton Graubünden daher aus.

Es stellt sich demnach nur die Frage, ob die Mitglieder der richterlichen Behörden als kantonale Mitarbeitende eingestuft werden sollen oder ob für sie ein besonderes Beschäftigungsverhältnis geschaffen werden soll. Das kantonale Personalrecht unterscheidet zwei Formen von kantonalen Mitarbeitenden, nämlich einerseits die kantonalen Mitarbeitenden, andererseits die nebenamtlichen kantonalen Mitarbeitenden. Für Erstere ist bezeichnend, dass sie in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis zum Kanton stehen und unter Eingliederung in die kantonale Arbeitsorganisation zu einem vertraglich festgelegten Pensum für den Kanton tätig sind (vgl. Art. 5 ff. PG). Die nebenamtlichen kantonalen Mitarbeitenden weisen eine andere Stellung auf. Typischerweise sind sie ausserhalb der engeren Verwaltungsorganisation tätig und werden vom Gesetz, der Regierung oder von den Gerichten als solche bezeichnet (Art. 3 Abs. 4 PG). Vorbehältlich spezialrechtlicher Regelungen ist deren personalrechtliche Stellung in der Verordnung für die nebenamtlichen Mitarbeitenden des Kantons Graubünden geregelt. Dieser zufolge werden die nebenamtlichen kantonalen Mitarbeitenden für eine bestimmte Amtszeit gewählt; ein Anspruch auf Wiederwahl besteht nicht (Art. 5 VNM). Das Amtsverhältnis kann beidseitig unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist auf Ende eines Monats aufgelöst werden. Für die Auflösung des Amtsverhältnisses ist die Wahlinstanz zuständig (Art. 11 Abs. 1 VNM).

Die Stellung der Mitglieder richterlicher Behörden lässt sich am ehesten mit jener der nebenamtlichen kantonalen Mitarbeitenden vergleichen. Dieses besondere Arbeitsverhältnis bezieht sich jedoch stets auf Tätigkeiten mit einem geringen Beschäftigungsgrad. Es ist im kantonalen Recht überdies nur rudimentär geregelt. Mit einem Verweis auf die betreffenden Regelungen können daher nur wenige Regelungslücken geschlossen werden. Die Regierung schlägt daher vor, für die Mitglieder der richterlichen Behörden ein besonderes Beschäftigungsverhältnis zu schaffen und ergänzend die Regelungen des kantonalen Personalrechts für sinngemäss anwendbar zu erklären, soweit sich dies mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbaren lässt. Hierdurch soll einerseits der Besonderheit des richterlichen Beschäftigungsverhältnisses Rechnung getragen, andererseits soll sichergestellt werden, dass das kantonale Recht für alle sich stellenden Rechtsfragen eine Lösung bietet.

Besonders zu regeln sind insbesondere folgende Aspekte:

3.3.1. Eignung

Die Wahrnehmung der richterlichen Aufgaben ist anspruchsvoll. Es erscheint daher wichtig, gesetzliche Eignungskriterien vorzusehen. Dabei ist zwischen den hauptamtlichen und den nebenamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden zu unterscheiden. Bei Ersteren ist die Richtertätigkeit im Allgemeinen die Haupterwerbstätigkeit. Diese werden daher häufig auch als Berufsrichterinnen und -richter bezeichnet. Die nebenamtlichen Richterinnen und Richter üben das Richteramt neben einer beruflichen Haupttätigkeit aus. In der Regel beträgt ihr Pensum nur wenige Stellenprozente. Dieser Unterschied soll sich bei der Umschreibung der Qualifikation niederschlagen, indem für die hauptamtlichen Mitglieder der Gerichte – wie derzeit für die Aktuarinnen und Aktuare (Art. 28 Abs. 2 GOG) – der Abschluss eines juristischen Studiums und in der Regel ein Anwaltspatent gefordert werden (Art. 28 Abs. 2 E-GOG). Die Vermittlerinnen und Vermittler sollen ein juristisches Studium und in der Regel eine Mediationsausbildung absolviert haben (Art. 28 Abs. 2 E-GOG). Für die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sollen keine entsprechenden Eignungskriterien vorgesehen werden.

3.3.2. Unvereinbarkeit

Der Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit dienen u.a. die Unvereinbarkeitsregeln. Diese verwirklichen einerseits die personelle Gewaltenteilung, andererseits schützen sie die Integrität des Richteramts, indem

strukturelle Interessenkollisionen und Machtkonzentrationen vermieden werden. Hierzu verbieten sie zum einen, dass die richterliche Tätigkeit gleichzeitig mit bestimmten amtlichen oder privaten Tätigkeiten ausgeübt wird (z.B. die Vertretung von Parteien), zum anderen, dass eng verbundene Personen gleichzeitig derselben richterlichen Behörde angehören (z.B. Ehegatten). Die betreffenden Regelungen finden sich für die Mitglieder der richterlichen Behörden einerseits in der Kantonsverfassung (Art. 22 KV, Art. 51 KV), andererseits im Gerichtsorganisationsgesetz (Art. 4 GOG, Art. 25 GOG, Art. 30 GOG). Die sich hieraus ergebenden Einschränkungen gehen in der Regel deutlich weiter als die Einschränkungen, welche im kantonalen Personalrecht hinsichtlich der öffentlichen Nebenämter und privaten Nebenbeschäftigungen sowie der Unvereinbarkeiten in der Person vorgesehen sind (Art. 57, Art. 58 PG).

Die Unvereinbarkeitsregeln erfahren mit dem vorliegenden Rechtsetzungsprojekt punktuelle Änderungen. So sollen die Unvereinbarkeitsregeln für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter gelockert werden, um den Kreis der infrage kommenden Kandidatinnen und Kandidaten nicht ohne Not einzuschränken (vgl. Art. 22 Abs. 1 und 3 KV, Art. 54 E-GOG, Art. 84 E-GOG). Im Übrigen unterscheiden sich die vorgeschlagenen Regelungen vor allem insofern vom geltenden Recht, als die Frage der Nebenbeschäftigung für alle Mitglieder der richterlichen Behörden grundsätzlich gleich geregelt werden soll (vgl. Art. 30 Abs. 1 und 2 E-GOG). Ausserdem soll für die Ausübung kritischer Nebenbeschäftigungen eine Bewilligungspflicht vorgesehen werden (Art. 30 Abs. 3 E-GOG). Inhaltlich unverändert bleiben sollen dagegen die Unvereinbarkeiten, die sich aus der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu einer richterlichen Behörde ergeben. Die betreffenden Regelungen werden inhaltlich unverändert übernommen (vgl. Art. 31 E-GOG).

3.3.3. Informationspflicht

Die Kantone *Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Luzern, Waadt, Zug* und *Zürich* verpflichten die Mitglieder der richterlichen Behörden ihre Interessenbindungen offenzulegen. Der Kanton Graubünden kennt derzeit keine solche Offenlegungspflicht. Die betreffenden Informationen sind für die Öffentlichkeit von Interesse, damit sie beurteilen kann, ob die Mitglieder der richterlichen Behörden über die für die Amtsausübung erforderliche Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verfügen. Eine entsprechende Informationspflicht soll in das Gerichtsorganisationsgesetz aufgenommen werden (Art. 34 E-GOG).

Diese allgemeine Informationspflicht soll durch eine spezifische Informationspflicht ergänzt werden, welche sich auf Vorfälle bezieht, die zu einer

strafrechtlichen Verurteilung führen könnten. Mitglieder richterlicher Behörden, die ein Verbrechen begangen haben, das mit dem Richteramt nicht vereinbar ist, können vom Amt enthoben werden (Art. 100 Abs. 1 lit. c und Abs. 3 E-GOG). Um prüfen zu können, ob sich ein solcher Vorfall zugetragen hat, muss die Dienstaufsichtsbehörde Kenntnis von strafrechtlichen Verurteilungen erhalten. Deshalb sollen die Mitglieder der richterlichen Behörden verpflichtet werden, ihre Dienstaufsichtsbehörde umgehend über Vorkommnisse zu informieren, die sich während der Amtsdauer zugetragen haben und zu einer strafrechtlichen Verurteilung führen könnten, die einen Amtsenthebungsgrund bilden könnte (Art. 35 E-GOG).

3.3.4. Besondere Instrumente der Dienstaufsicht

Der Staat hat nicht nur die richterliche Unabhängigkeit, sondern auch die Funktionsfähigkeit der richterlichen Behörden sicherzustellen, um den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Beurteilung von Rechtsstreitigkeiten innert angemessener Frist und durch ein durch Gesetz geschaffenes, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht gewährleisten zu können (Art. 29 BV, Art. 30 Abs. 1 BV). Das Gerichtsorganisationsgesetz sieht hierfür u.a. verschiedene dienstaufsichtsrechtliche Instrumente vor, mit denen die Mitglieder der richterlichen Behörden zu einer korrekten Amtsführung angehalten werden können (Art. 7, Art. 63 Abs. 2 lit. c, Art. 64 GOG).

Die dienstaufsichtsrechtlichen Instrumente berechtigen die Aufsichtsbehörde, einzuschreiten, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde eine Amtspflicht verletzt. Das Gerichtsorganisationsgesetz umschreibt die Amtspflichten der Mitglieder der richterlichen Behörden nicht. In der Praxis werden diese im Allgemeinen unter Rückgriff auf allgemeine Berufsstandards bestimmt, die über Jahrzehnte hinweg aus den Aufgaben der richterlichen Behörde abgeleitet wurden (Nicolas Pellaton, Le droit disciplinaire des magistrats du siège, Basel 2016, S. 125). Gemäss einer gängigen Definition haben sich Mitglieder der richterlichen Behörden innerhalb und ausserhalb des Amtes so zu verhalten, dass das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit und das Ansehen der Justiz nicht gefährdet wird. Sie haben insbesondere das Recht zu beachten, für die verfassungsmässige Ordnung einzutreten, die richterlichen Aufgaben, einschliesslich der ihnen übertragenen Nebentätigkeiten, bestmöglich zu erfüllen, Verfahrensbeteiligte mit der gebotenen Achtung zu behandeln, die Geheimhaltungspflicht, insbesondere das Beratungsgeheimnis, zu beachten, keine Belohnungen oder Geschenke im Zusammenhang mit ihrem Amt anzunehmen, rechtlichen Rat nur im Rahmen der gesetzlichen Grenzen zu erteilen, Nebentätigkeiten nur im erlaubten Rahmen auszuüben und sich regelmässig fortzubilden (Claudius Fischer,

Disziplinarrecht und Richteramt, Frankfurt 2012, S. 236). Die Respektierung dieser und weiterer Amtspflichten können dienstaufsichtsrechtlich angemahnt und deren Verletzung, falls erforderlich, disziplinarisch geahndet werden.

3.3.4.1. Disziplinarmassnahmen

Nach geltendem Recht kann ein Mitglied einer richterlichen Behörde bei schuldhafter Verletzung einer Amtspflicht mit einem Verweis, einer Busse bis zu 10 000 Franken, einer Amtseinstellung bis zu einer Dauer von sechs Monaten oder einer Amtsenthebung sanktioniert werden (Art. 7 Abs. 1, Art. 63 Abs. 2 i.V.m. Art. 64 GOG). Diese Disziplinarmassnahmen kennt das Bündner Recht in dieser oder ähnlicher Form auch in anderen Bereichen (vgl. z.B. Art. 24 EGzZGB, Art. 46 NotG). Für die Mitglieder der richterlichen Behörden überzeugt dieser Katalog insofern nicht, als nicht ersichtlich ist, inwiefern eine Amtseinstellung bis zu einer Dauer von sechs Monaten bei vollem Salär geeignet wäre, ein Mitglied einer richterlichen Behörde zur ordnungsgemässen Amtsführung anzuhalten. Eine solche Anordnung trifft primär die anderen Mitglieder der richterlichen Behörden, welche die Arbeit des im Amt eingestellten Mitglieds übernehmen müssen. Ausserdem kann die Reputation des betreffenden Mitglieds durch diese Disziplinarmassnahme derart beschädigt werden, dass die Autorität der von ihm gefällten Entscheide Schaden nimmt. Zukünftig soll es deshalb nicht mehr möglich sein, gegenüber Mitgliedern richterlicher Behörde eine Amtseinstellung zu verfügen. Eine solche Anordnung soll nur mehr als vorsorgliche Massnahme im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens getroffen werden können. Dort freilich verknüpfbar mit einer Lohnkürzung, wenn sich dies unter den gegebenen Umständen als angemessen erweist. In dieser Beziehung soll der Katalog der zulässigen Disziplinarmassnahmen angepasst werden.

Geändert werden sollen ferner die Amtsenthebungsgründe (Art. 7 Abs. 1 GOG). Diese sollen grundsätzlich gleich ausgestaltet werden wie für die Mitglieder des Grossen Rats sowie der Regierung. Die Mitglieder des Grossen Rats sowie der Regierung können des Amtes enthoben werden, wenn sie vorsätzlich oder grobfährlässig Amtspflichten schwer verletzen oder wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurden (Art. 48 Abs. 1 GPR). Die Mitglieder der richterlichen Behörden können wegen der vorgenannten beiden Amtsenthebungsgründen des Amtes enthoben werden und überdies, wenn sie aus anderen schwerwiegenden Gründen als Mitglied eines Gerichts oder einer Schlichtungsbehörde nicht mehr zumutbar erscheinen. Dieser in Art. 7 Abs. 1 lit. d GOG normierte Amtsenthebungsgrund stellt einen Auffangtatbestand dar. Unklar ist, welche Fälle hierunter fallen.

In den Materialien finden sich dazu keine Ausführungen (Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 516; GRP 1 | 2006/2007, S. 212 ff., S. 214). In der Praxis hat sich gezeigt, dass Art. 7 Abs. 1 lit. d GOG aus unterschiedlichsten Gründen angerufen wird; ihm letztlich jedoch neben der vorsätzlichen oder grobfährlässigen schweren Amtspflichtverletzung kaum selbstständige Bedeutung zukommen dürfte. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass dieser Amtsenthebungsgrund im Bündner Recht singulär ist und, soweit ersichtlich, nur der Kanton *Jura* eine ähnliche Regelung kennt. Art. 7 Abs. 1 lit. d GOG soll daher aufgehoben werden.

Neu gefasst werden soll überdies der Amtsenthebungsgrund gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. c GOG, der an die rechtskräftige Verurteilung wegen eines Verbrechens anknüpft. Werden Mitglieder einer richterlichen Behörde strafrechtlich verurteilt, erweist sich dies als problematisch, wenn die strafrechtliche Verurteilung auf eine Handlung zurückzuführen ist, die mit dem Richterberuf nicht vereinbar ist. Eine strafrechtliche Verurteilung wegen einer groben Verkehrsregelverletzung (Art. 90 Abs. 2 SVG) dürfte hingegen z.B. in der Regel keine Amtsenthebung rechtfertigen, da ein solches Fehlverhalten nicht im Zusammenhang mit der richterlichen Tätigkeit steht und nicht geeignet ist, das Ansehen der Justiz zu schädigen. Die derzeitige Regelung soll daher dahingehend präzisiert werden, dass eine Amtsenthebung nur möglich ist, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde, dem eine Handlung zugrunde liegt, welche mit der richterlichen Tätigkeit nicht vereinbar ist. Diese Änderung dürfte der geltenden Praxis entsprechen; die Rechtslage dürfte sich hierdurch nicht ändern.

3.3.4.2. Ausscheiden aus dem Richteramt

Nicht an eine schuldhafte Verletzung einer Amtspflicht knüpft der Amtsenthebungsgrund gemäss Art. 7 Abs. 1 lit. b GOG an. Dieser Regelung zufolge kann die Aufsichtsbehörde ein Mitglied einer richterlichen Behörde des Amtes entheben, wenn sie oder er die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat. Die betreffende Regelung nimmt Bezug auf die Art. 23 Abs. 1 und Art. 47 Abs. 1 und Abs. 2 GOG, die als Wählbarkeitsvoraussetzungen konzipiert sind. Wählbarkeitsvoraussetzungen bezeichnen Eigenschaften, die eine Person aufweisen muss, um in ein bestimmtes Amt gewählt werden zu können. Verliert jemand während der Amtsdauer eine dieser Eigenschaften, führt dies im Allgemeinen von Gesetzes wegen zum Verlust des betreffenden Amts. Von diesem Konzept weicht Art. 7 Abs. 1 lit. b GOG ab. In diesem Fall tritt der Verlust des Richteramts erst ein, wenn die zuständige Aufsichtsbehörde die betreffende Person des Amtes enthoben

hat. Unklar ist, wie es sich bezüglich der weiteren Wählbarkeitsvoraussetzungen verhält (vgl. Art. 21 Abs. 1 i.V.m. Art. 9 Abs. 1 KV, Art. 23 Abs. 2 GOG). Diese Unsicherheit soll mit der vorliegenden Revision beseitigt werden, indem im Gerichtsorganisationsgesetz einerseits alle Fälle aufgeführt werden, die dazu führen, dass ein Mitglied einer richterlichen Behörde während der Amtsdauer von Gesetzes wegen aus dem Amt ausscheidet, andererseits die Voraussetzungen, die zum Ausscheiden von Gesetzes wegen führen, normiert werden. Im Gerichtsorganisationsgesetz sollen deshalb neu der Rücktritt (Art. 27 E-GOG), die Wohnsitzpflicht (Art. 36 E-GOG) und die Altersgrenze (Art. 37 E-GOG) für alle Mitglieder der richterlichen Behörden geregelt werden. Ausserdem soll festgelegt werden, wann ein Mitglied einer richterlichen Behörde die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat (Art. 29 E-GOG).

Die diesbezüglich vorgeschlagene Regelung unterscheidet zwischen der arbeitsplatzbezogenen Arbeitsunfähigkeit und der Erwerbsunfähigkeit. Im letztgenannten Fall soll das Richteramt grundsätzlich enden, wenn das Mitglied der richterlichen Behörde bei rechtzeitiger Geltendmachung eine Invalidenrente gemäss dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung beanspruchen kann, spätestens aber 24 Monate nach Eintritt der ganzen oder teilweisen Arbeitsunfähigkeit. Eine andere Regelung soll für die arbeitsplatzbezogene Unfähigkeit getroffen werden, weil die Invalidenversicherung dem betroffenen Mitglied in diesem Fall keine Invalidenrente zusprechen wird. Zwar liegt der arbeitsplatzbezogenen Unfähigkeit ebenfalls eine gesundheitliche Beeinträchtigung zugrunde, welche die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Diese bezieht sich indessen nur auf den konkret infrage stehenden Arbeitsplatz, d.h. das Richteramt, welches die infrage stehende Person innehat. Andere Erwerbstätigkeiten kann das betroffene Mitglied ausüben. In diesem Fall soll das Richteramt zukünftig von Gesetzes wegen enden, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde wegen einer arbeitsplatzbezogenen Arbeitsunfähigkeit das Richteramt während 365 Tage nicht ausgeübt hat (Art. 29 E-GOG).

3.3.5. Neue Zuständigkeiten und Verfahrensregeln

Wer über die beschäftigungsrechtlichen Ansprüche zu entscheiden hat, die Mitgliedern von richterlichen Behörden zustehen (könnten), ist derzeit zuweilen unklar. Im Zuge der vorliegenden Revision soll die betreffende Zuständigkeitsordnung klarer ausgestaltet werden. Hierzu soll im Gerichtsorganisationsgesetz bestimmt werden, welche Behörde über beschäftigungsrechtliche Ansprüche erstinstanzlich entscheidet.

Für die Mitglieder der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörden für Mietsachen ist diese Aufgabe dem Regionalgericht zuzuweisen, von dem sie beaufsichtigt werden (Art. 106 Abs. 1 lit. b E-GOG). Bei der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist das Obergericht als zuständige Dienstaufsichtsbehörde zu bezeichnen, da es die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen beaufsichtigt (Art. 104 Abs. 1 lit. c E-GOG). In diesen Fällen erweist es sich ausserdem nicht als erforderlich, die Leitungsorgane der betreffenden Behörden mit Disziplinarbefugnissen auszustatten, da deren Führungsanspruch unbestritten ist. In diesen Fällen soll deshalb weiterhin ausschliesslich die zuständige Aufsichtsbehörde über die streitigen Ansprüche aus dem Beschäftigungsverhältnis entscheiden. Eine «gerichtsinterne Dienstaufsicht» soll nicht geschaffen werden.

Eine andere Regelung soll für die Gerichte getroffen werden. Die Leitungsorgane der Gerichte verfügen momentan über keine dienstaufsichtsrechtlichen Instrumente, um Richterinnen und Richter zur ordnungsgemässen Amtsführung anzuhalten. Als «Erste unter Gleichen» können sie nur führen, indem sie überzeugen und vermitteln (vgl. Arthur Aeschlimann, Justizreform 2000 – Das Bundesgericht und sein Gesetz, in: Justice – Justiz – Giustizia 2007/4, N. 25). In der Vergangenheit ist dies den Leitungsorganen der Gerichte nicht immer gelungen. Deren Stellung soll daher gestärkt werden, indem sie berechtigt werden, die gesetzlich vorgesehenen Disziplinarmassnahmen mit Ausnahme der Amtsenthebung anzuordnen. Auf diese Weise soll die Führung der Richterinnen und Richter erleichtert und ein rascheres sowie effektiveres Einschreiten gegenüber pflichtwidrig handelnden Mitrichterinnen und Mitrichtern ermöglicht werden. Mit Blick auf diese Neuregelung erscheint es sinnvoll, die Gerichte grundsätzlich zu befugen, auch über die weiteren beschäftigungsrechtlichen Ansprüche ihrer Mitglieder zu entscheiden (z.B. Ferien, Weiterbildung).

Nicht sachgerecht ist diese Zuständigkeitsordnung für die Amtsenthebung sowie für das Ausscheiden von Gesetzes wegen, weil diejenige Behörde, welche die Mitglieder der Gerichte wählt auch über die Beendigung des Amtes entscheiden soll. Die Mitglieder des Obergerichts sowie des Justizgerichts wählt der Grosse Rat (Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV). Folglich soll der Grosse Rat entscheiden, ob ein Mitglied des Obergerichts bzw. des Justizgerichts des Amtes zu entheben ist, bzw. von Gesetzes wegen aus dem Amt ausgeschieden ist (Art. 103 E-GOG).

Die Mitglieder der Regionalgerichte werden in einer regionalen Wahl durch das Volk gewählt. Das Volk kann nicht über die Beendigung des Richteramts entscheiden. Diese Aufgabe wäre deshalb den regionalen Parlamenten zu übertragen. Die Bündner Regionen kennen aber keine Parlamente. Sie verfügen ausschliesslich über Organe, die sich aus den Präsidentinnen und Präsidenten der Trägergemeinden zusammensetzen. Deren demokrati-

sche Legitimation ist geringer als jene des Grossen Rats. Wird berücksichtigt, dass die Regionalgerichte seit der Gebietsreform als untere kantonale Gerichte gelten und vollständig durch den Kanton finanziert werden, soll die angestrebte Kongruenz zwischen der Wahl- und «Entlassungsbehörde» verwirklicht werden, indem der Grosse Rat über die Amtsenthebung der Regionalrichterinnen und Regionalrichter entscheidet sowie im Streitfall feststellt, ob ein Mitglied eines Regionalgerichts von Gesetzes wegen aus dem Amt ausgeschieden ist (Art. 103 E-GOG).

Ergänzt werden sollen sodann die Regelungen zu den dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren. Diese Verfahren sind derzeit nur rudimentär geregelt, was in der Praxis zu Schwierigkeiten geführt hat und sich unter dem Blickwinkel des Legalitätsprinzips als problematisch erweist. Die betreffenden Regelungen sollen präzisiert werden, damit klarer ist, welche Rolle die involvierten Behörden in den jeweiligen Verfahrensstadien zu erfüllen haben, und welche Stellung den betroffenen Personen in den dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren zukommt (Art. 107 – Art. 109 E-GOG).

4. Justizgericht des Kantons Graubünden

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 beschlossen, im Fall der Fusion des Kantons- und Verwaltungsgerichts ein Spezialverwaltungsgericht zu schaffen, wie es die Kantone *Aargau* und *Waadt* kennen (GRP 5 | 2018/2019, S. 854). Dieses Spezialverwaltungsgericht soll als «Justizgericht des Kantons Graubünden», «Dretgira da giustia dal chantun Grischun» sowie «tribunale della magistratura del Cantone dei Grigioni» bezeichnet werden.

Dessen Zuständigkeit soll in Anlehnung an die Regelung umschrieben werden, die im Kanton *Aargau* existiert, wobei das Justizgericht primär als Beschwerdeinstanz amten soll. Als letzte kantonale Instanz soll es im verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahren vor allem dienstaufsichtsrechtliche Entscheide, die Mitglieder des Obergerichts betreffen, personalrechtliche Entscheide des Obergerichts, die sich auf Mitarbeitende des Obergerichts beziehen und Entscheide betreffend die Entschädigung bei Nichtwiederwahl eines Mitglieds des Obergerichts überprüfen (Art. 65a Abs. 1 VRG). Im verwaltungsgerichtliche Klageverfahren soll das Justizgericht ferner als einzige kantonale Instanz über Entschädigungsansprüche aus dem Staatshaftungsgesetz entscheiden, die mit dem Verhalten des Obergerichts bzw. von Personen, die für das Obergericht tätig sind, begründet werden (Art. 65c VRG). Diesen Streitigkeiten ist gemeinsam, dass sie unmittelbar das Obergericht betreffen oder aber einen sehr engen Bezug zum Obergericht aufweisen. In diesen Fällen gilt das Obergericht deshalb grundsätzlich nicht als unabhängiges und unparteiisches Gericht im Sinne von Art. 30 Abs. 1 BV.

Schliesslich soll das Justizgericht endgültig über Kompetenzkonflikte zwischen den Organen der Rechtsprechung entscheiden, für deren Lösung das Gesetz keine andere Lösung vorsieht (Art. 65b VRG).

Schwierig zu entscheiden ist, wer dem Justizgericht angehören soll. Die Regierung hat im Bericht betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte vorgeschlagen, das Justizgericht mit ausserkantonalen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichtern zu besetzen. Die KJS hat sich kritisch zu einer solchen Besetzung geäussert. Der Grosse Rat hat diese Frage offengelassen (GRP 5 | 2018/2019, S. 854 ff.). Die Regierung hat sich im Rahmen des vorliegenden Rechtsetzungsvorhabens nochmals mit der Besetzung des Justizgerichts auseinandergesetzt. Das Justizgericht wird – wie die Erfahrungen aus den Kantonen *Aargau* und *Waadt* zeigen – voraussichtlich nur einige wenige bis maximal ein Dutzend Fälle pro Jahr beurteilen. Die betreffenden Fälle können indessen höchst anspruchsvoll sein. Die Mitglieder des Justizgerichts müssen deshalb über ein grosses Fachwissen und Erfahrung in der Führung gerichtlicher Verfahren verfügen. Solche Personen im Kanton Graubünden zu finden, dürfte schwierig sein, zumal die Mitglieder des Justizgerichts weder einer anderen kantonalen richterlichen Behörde angehören noch als Anwältinnen und Anwälte im Kanton Graubünden praktizieren dürfen, um ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu gewährleisten. Im Vordergrund steht deshalb die Besetzung des Justizgerichts mit ausserkantonalen Richterinnen und Richtern. Diese Form der Besetzung soll indessen nicht – wie ursprünglich angedacht – gesetzlich festgeschrieben werden. Vielmehr schlägt die Regierung vor, dass der Grosse Rat die Mitglieder des Justizgerichts für die Dauer von vier Jahren wählt. Das Wahlverfahren soll gleich ausgestaltet werden wie für die Mitglieder des Obergerichts.

Im Übrigen lehnen sich die vorgeschlagenen Regelungen zur Organisation des Justizgerichts an jene an, die derzeit für die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte existieren (vgl. Art. 4 NotG; Art. 5 AnwG). Mit Blick auf die geringe Anzahl der zu erwartenden Fälle soll eine möglichst schlanke Gerichtsstruktur geschaffen werden.

5. Mitwirkungsrecht des Obergerichts an Rechtsetzungsverfahren

Gemäss Art. 51 Absatz 3 KV sind die oberen kantonalen Gerichte befugt, weniger wichtige Aspekte der Justizverwaltung sowie der Justizaufsicht zu regeln, wenn sie dazu ausdrücklich ermächtigt werden. Sie haben jedoch nicht die Möglichkeit, mit Rechtsetzungsvorhaben direkt an den Grossen Rat zu gelangen.

Der Grosse Rat hat anlässlich der Beratung des Berichts betreffend die Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte entschie-

den, die Mitwirkungsrechte der oberen kantonalen Gerichte im Rechtsetzungsverfahren zu erweitern. Sie sollen befugt werden, Rechtsetzungsverfahren betreffend die Justizverwaltung zu initiieren und/oder dem Grossen Rat Entwürfe für Verfassungs- und Gesetzesänderungen aus dem Bereich der Justizverwaltung vorzulegen. Im Weiteren soll den oberen kantonalen Gerichten in den parlamentarischen Vorberatungskommissionen sowie im Grossen Rat dieselbe Stellung eingeräumt werden wie der Regierung, wenn Vorlagen die Justizverwaltung betreffen (Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 827 ff.; GRP 5 | 2018/2019, S. 862).

Die Umsetzung dieses grossrätlichen Beschlusses bedingt eine Revision von Art. 51a KV sowie des Gesetzes über den Grossen Rat. Die vorgeschlagenen Regelungen räumen dem Obergericht die Möglichkeit ein, beim Grossen Rat zu beantragen, die Regierung zu beauftragen, eine die Justizverwaltung betreffende Verfassungs- oder Gesetzesvorlage auszuarbeiten (Art. 68b GRG). Dieses neue Mitwirkungsrecht des Obergerichts soll ähnlich ausgestaltet werden wie das Auftragsrecht der Grossrätinnen und Grossräte. Das Obergericht soll berechtigt werden, beim Grossen Rat zu beantragen, die Regierung zu beauftragen, die Justizverwaltung betreffende Verfassungs- oder Gesetzesänderungen auszuarbeiten. Im Unterschied zum betreffenden parlamentarischen Mitwirkungsrecht sollen die betreffenden Anträge dem Grossen Rat aber über die Regierung zum Beschluss vorgelegt werden. Im Übrigen soll sich die Behandlung und Beratung des Antrags des Obergerichts nach den Regeln richten, die für die Behandlung von Aufträgen der Mitglieder des Grossen Rats gelten (vgl. Art. 68 und Art. 69 GGO). Damit fügt sich das Antragsrecht des Obergerichts nahtlos in die bestehenden parlamentarischen Instrumente ein.

Ergänzend soll die Beteiligung des Obergerichts im grossrätlichen Rechtsetzungsverfahren gestärkt werden. Neu soll die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts an den Sitzungen des Grossen Rats und seiner Kommissionen teilnehmen können, an denen eine vom Obergericht angeregte Verfassungs- bzw. Gesetzesvorlage behandelt oder über ein Rechtsetzungsvorhaben diskutiert wird, welches hauptsächlich die Justizverwaltung betrifft (Art. 68b GRG). Schliesslich hat die Regierung das Obergericht bei der Ausarbeitung von Verfassungs- und Gesetzesvorlagen, welche die Justizverwaltung betreffen, miteinzubeziehen (vgl. Art. 64b GRG).

III. Vernehmlassungsverfahren

Für die Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage setzte das DJSG vier Arbeitsgruppen ein. Diesen gehörten Vertreterinnen und Vertreter der KJS, der oberen kantonalen Gerichte, der Regionalgerichte, des kantonalen Personalamts, des Ratssekretariats sowie des DJSG an. Unterstützt wurden die Arbeitsgruppen durch Fürsprecher lic. iur. Daniel Kettiger, der als Experte schon zahlreiche Projekte im Bereich der Justizorganisation und der Justizoptimierung begleitet hat.

Mit Beschluss vom 23. Juni 2021 gab die Regierung den Entwurf zur Justizreform 3, den Erläuternden Bericht zur Justizreform 3 sowie einen Fragebogen zur Ausgestaltung des Wahl- und des Wiederwahlverfahrens zur Vernehmlassung frei und ermächtigte das DJSG, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen (Prot. Nr. 590/2021). Vom 3. August 2021 bis zum 3. Oktober 2021 konnten sich alle interessierten Personen und Gruppierungen zur Vernehmlassungsvorlage äussern.

Insgesamt gingen 39 Stellungnahmen ein. Es äusserten sich 17 Gemeinden, sieben Behörden mit regionaler Zuständigkeit, wobei sich die Regionalgerichte in ihrer gemeinsamen Stellungnahme teils unterschiedlich positioniert haben, vier Parteien, das Kantons- und das Verwaltungsgericht, die Notariatskommission, die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, der Bündnerische Anwaltsverband sowie sechs kantonale Departemente und Dienststellen.

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Vernehmlassungsvorlage stiess grundsätzlich auf Zustimmung. Sämtliche Vernehmlassungsteilnehmenden sprachen sich für die Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts zu einem Obergericht aus. Ebenfalls befürwortet wurde im Grundsatz die Neugestaltung der Justizaufsicht sowie die Neuregelung der beschäftigungsrechtlichen Stellung für die Mitglieder der richterlichen Behörden. Im Übrigen gingen zahlreiche wertvolle Verbesserungsvorschläge vorab redaktioneller Natur ein, die im Botschaftsentwurf grossmehrheitlich berücksichtigt wurden.

2. Umgang mit den Anliegen

2.1. Berücksichtigte Anliegen

Zirkularentscheide (Art. 12 E-GOG)

Das Kantonsgericht und die Regionalgerichte begrüssen es, dass im Gerichtsorganisationsgesetz für Zirkularentscheide eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll. Sie weisen indessen darauf hin, dass die vorgeschlagene Regelung zu eng gefasst sei. Insbesondere solle es weiterhin möglich sein, anlässlich einer Verhandlung bzw. Beratung einen Grundsatzentscheid zu treffen und den konkreten Entscheid anschliessend in einem Zirkulationsverfahren zu fällen (z.B. bei Unterhaltsforderungen). Die Regionalgerichte halten im Weiteren fest, die vorgeschlagene Regelung scheine für «Inhouse-Lösungen» konzipiert zu sein. Es müsse genügen, wenn ein Entscheidentwurf zirkuliere und die Akten beim Gericht eingesehen werden könnten.

Die in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagene Regelung schränkt die Möglichkeit, auf dem Zirkulationsweg zu entscheiden, im Vergleich zum geltenden Recht ein. Dies war nicht die Absicht der Regierung. Insbesondere soll es weiterhin möglich sein, im Nachgang an eine mündliche Beratung auf dem Zirkulationsweg zu entscheiden. Ebenso soll nicht verlangt werden, dass der Entscheidentwurf und die Akten zirkulieren. Es soll genügen, wenn der Entscheidentwurf allen Mitgliedern des Spruchkörpers zugestellt wird, verbunden mit der Möglichkeit, die Fallakten beim Gericht einsehen zu können. Um diese beiden Formen der Entscheidfassung zu ermöglichen, wurde Art. 12 E-GOG umformuliert. Die neue Regelung lehnt sich an § 7 des Gerichtsorganisationsgesetzes des Kantons Aargau an. Sie soll es erlauben, die bisherige Praxis fortzuführen.

Aktuariat (Art. 13 E-GOG und Art. 14 E-GOG)

Das Kantonsgericht hält fest, es sei Sache der Gerichte den Einsatz der Aktuarinnen und Aktuare zu regeln. Eine Regelung bereits im Gerichtsorganisationsgesetz könnte dergestalt missverstanden werden, dass der Beizug des Aktuariats zwingend sei. Namentlich sollten Entscheide auch durch eine Richterin bzw. einen Richter redigiert werden können. Überdies sollten Entscheide, soweit bundesrechtlich zulässig, auch nur durch den Richter bzw. die Richterin unterzeichnet werden können. In jedem Fall sei der Begriff der Beratung zu streichen. Die Beratung sei geheim und nicht zu protokollieren. Eine anderslautende Regelung wäre bundesrechtswidrig.

Die Aufgaben des Aktuariats werden sowohl auf Bundesebene als auch auf Kantonsebene in der Regel in den massgeblichen Organisationsgesetzen umschrieben (vgl. z.B. Art. 26 VGG, Art. 59 StBOG, Art. 24 BGG, § 43 GOG AG, § 133 GOG ZH, Art. 23 Justizgesetz FR, § 6 GOG BL, § 37a

Justizgesetz LU). Würden die Aufgaben des Aktuariats – wie vom Kantonsgericht angeregt – nur mehr auf Verordnungsebene festgelegt, so würde folglich nicht nur mit der Bündner Rechtstradition gebrochen, sondern auch eine für das Gerichtswesen aussergewöhnliche Regelung getroffen. Vor diesem Hintergrund erscheint es der Regierung nicht angemessen, die Aufgaben der Aktuarinnen und Aktuare nur mehr auf Verordnungsebene zu regeln. Dies gilt umso mehr, als dasselbe für das Generalsekretariat gelten müsste, dessen gesetzliche Verankerung unbestritten geblieben ist.

Dem Kantonsgericht ist indessen darin zuzustimmen, dass der Wortlaut der vorgeschlagenen Regelung im Widerspruch zur Terminologie der massgeblichen Prozessordnungen steht. In dieser Beziehung soll Art. 14 E-GOG angepasst werden. Ausserdem soll die Entscheidausfertigung neu geregelt werden (Art. 9 Abs. 3 GOG, Art. 14 Abs. 1 GOG), damit Entscheide zukünftig auch nur noch durch die bzw. den Vorsitzenden oder allenfalls eine andere bezeichnete Person unterzeichnet werden können, soweit eine solche Regelung bundesrechtlich zulässig und in der Geschäftsordnung des jeweiligen Gerichts vorgesehen ist (vgl. Art. 13 Abs. 2 E-GOG).

Besoldung der Regionalrichterinnen und Regionalrichter (Art. 22 E-GOG)

Die Regionalgerichte halten fest, es sei nicht nachvollziehbar, weshalb die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte nicht – wie die Mitglieder des Obergerichts – automatisch im Maximum der noch festzulegenden Funktionsklasse eingereiht würden, seien doch die Anforderungen an die Qualifikation der Mitglieder der Regionalgerichte die gleichen wie für die Mitglieder des Obergerichts. Zudem sei vorgesehen, dass die einzelrichterlichen Zuständigkeiten ausgedehnt würden, was zusätzliche Verantwortung mit sich bringe. Aus diesen Überlegungen rechtfertige es sich, die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte im Maximum der massgeblichen Funktionsklasse einzureihen. Schliesslich sei darauf hinzuweisen, dass die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte mit der vorgeschlagenen, fixen Anpassung des Lohns um ein Lohnprozent pro Jahr schlechter gestellt würden als nach geltendem Recht. Üblicherweise würden die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte nach rund zwanzig Jahren in der gleichen Stellung das Maximum der Funktionsklasse erreichen. Mit der Neuregelung dürfte ein junges Mitglied nach zwanzig Jahren erst in der Mitte der jeweiligen Funktionsklasse sein. Mit der fixen Lohnerhöhung von einem Prozent würden die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte zudem schlechter gestellt als die Mitarbeitenden der Regionalgerichte.

Gemäss Art. 21 Abs. 1 E-GOG beträgt der Jahreslohn, einschliesslich des 13. Monatslohns, für die Mitglieder des Obergerichts mindestens 103 bis maximal 107 % des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht. Laut der Vernehmlassungsvorlage soll der Lohn der haupt-

amtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler demgegenüber vom Obergericht festgelegt werden, indem dieses die fraglichen Personen in die Funktionsklassen nach kantonalem Personalrecht einreiht und den Anfangslohn für jedes Mitglied bestimmt. Dieser unterschiedliche Regelungsansatz wurde aus dem geltenden Recht übernommen (Art. 1 GGVG, Art. 8a Abs. 3 GOG). Zu dessen Begründung kann angeführt werden, dass der Lohn der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte gleichermassen bestimmt werden soll wie jener der Mitglieder der Regierung (vgl. Art. 1 GGVR). Ausserdem müsste der Grosse Rat bzw. die KJS den Lohn der Mitglieder des Obergerichts festlegen, wenn für diese derselbe Regelungsansatz gewählt würde wie für die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden. Die unterschiedliche Art der Lohnfestlegung für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden lässt sich somit durchaus begründen.

Sie führt indessen zu einer finanziellen Schlechterstellung der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler im Vergleich zu den Mitgliedern des Obergerichts. Dies gilt umso mehr, als nur die Mitglieder des Obergerichts berufsvorsorgerechtliche Sonderleistungen beanspruchen können (vgl. Art. 11a Abs. 3 PKG). Die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sind folglich merklich schlechter entlöhnt als die Mitglieder des Obergerichts. Diese Diskrepanz könnte verringert werden, indem sie von Beginn an – wie die Oberrichterinnen und Oberrichter – im Maximum der massgeblichen Funktionsklasse eingereiht würden.

Diese Regelung böte zudem den Vorteil, dass der Lohnanstieg für die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden nicht mehr speziell geregelt werden müsste. Das kantonale Personalrecht kennt keinen automatischen Lohnanstieg mehr. Es sieht eine individuelle Lohnerhöhung gemäss den erbrachten Leistungen vor (Art. 22 Abs. 1 lit. b PG). Im Weiteren besteht die Möglichkeit der Ausrichtung von Leistungs- und Spontanprämien, welche eine variable Lohnkomponente für ausserordentliche Leistungen sind (Art. 24 PG). Diese Formen der Entlöhnung erweisen sich für die Mitglieder richterlicher Behörden unter dem Blickwinkel der richterlichen Unabhängigkeit als problematisch, weil sie zu falschen Anreizen führen können und fraglich ist, ob die Leistung von Mitgliedern richterlicher Behörden allein zum Zwecke der Lohnfestlegung bewertet werden darf (vgl. Andreas Lienhard, Leistungsbeurteilung in der Justiz, in: Richterliche Unabhängigkeit und Leistungsbeurteilung, Zürich/St. Gallen 2015, S. 15 ff., S. 41). Deshalb hat die Regierung in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagen, einen automatischen Lohnanstieg von einem Lohnprozent pro Jahr vorzusehen, in der Meinung, hiermit die bestehende Rechtslage abzubilden. Diese Annahme ist offenbar unzutreffend und zeigt, wie schwierig es

ist, den Lohnanstieg für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie die Vermittlerinnen und Vermittler angemessen zu regeln. Die Regierung schlägt deshalb vor, für die Festlegung des Lohns der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittlern denselben Regelungsansatz zu wählen wie für die Mitglieder des Obergerichts, indem diese von Anfang an in das Maximum der massgeblichen Funktionsklasse eingeordnet werden (Art. 22 Abs. 2 E-GOG).

Ferienanspruch (Art. 26 Abs. 2 E-GOG)

Das Kantonsgericht hält fest, die jüngste Vergangenheit habe gezeigt, dass es an den Bündner Gerichten aufgrund von Ausfällen von Richtpersonen zu Situationen gekommen sei, die einen besonderen Arbeitseinsatz der restlichen Richterinnen und Richter erforderlich gemacht habe. Richterinnen und Richter hätten teilweise auf Ferien verzichtet. Die vorgeschlagene Regelung, wonach lediglich fünf Ferientage auf das nächste Kalenderjahr übertragen werden könnten, würde just jene Richterinnen und Richter bestrafen, welche in Ausnahmesituationen mit Blick auf die Geschäftslast bereit seien, mehr zu arbeiten. Die Möglichkeit des Übertrags sei daher mindestens auf zehn Tage anzuheben.

Die vorgeschlagene Regelung orientiert sich an Art. 49 PV. Danach dürfen in der Regel fünf Ferientage auf das folgende Kalenderjahr übertragen werden (Abs. 1). Ist der Ferienbezug aus betrieblichen oder anderen triftigen Gründen nicht möglich, kann die Dienststelle die Übertragung von höchstens 15 Ferientagen bewilligen oder anordnen (Abs. 2). Über die Übertragung einer höheren Anzahl Ferientage entscheidet das Departement nach Anhörung des Personalamts (Abs. 3). Im Vergleich zu dieser Regelung erweist sich die für die Mitglieder der richterlichen Behörden vorgeschlagene Bestimmung als restriktiver, da nur fünf Ferientage auf das nächste Kalenderjahr übertragen werden können. Das Kantonsgericht legt überzeugend dar, dass sich dies als problematisch erweisen kann, wenn in Ausnahmesituationen ein vermehrter Arbeitseinsatz erforderlich ist.

Würde für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden dieselbe Regelung getroffen wie für die kantonalen Mitarbeitenden, hätte im Falle der Richterinnen und Richter mutmasslich die Verwaltungskommission der jeweiligen Gerichte die Übertragung von höchstens 15 Ferientagen zu bewilligen oder anzuordnen. Für die Vermittlerinnen und Vermittler würde das Regionalgericht, dem das infrage stehende Vermittleramt angegliedert ist, diesen Entscheid fällen. Über einen darüber hinausgehenden Ferienübertrag würde mutmasslich die jeweilige Aufsichtsbehörde entscheiden. Diese Zuständigkeitsordnung vermag nicht zu befriedigen, müsste doch in diesem Fall die KJS entscheiden, ob Mitglieder des Obergerichts berechtigt sind, mehr als 15 Ferientage auf das neue Kalenderjahr zu übertragen. Die

Regierung hat deshalb davon abgesehen, für die Mitglieder der richterlichen Behörden dieselbe Regelung zu treffen wie für die kantonalen Mitarbeitenden. Die vorgeschlagene Regelung soll aber insofern angepasst werden, als den hauptamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden gestattet werden soll, höchstens zehn Ferientage auf das folgende Kalenderjahr zu übertragen. Wenn sich ein derartiger Ferienübertrag aus betrieblichen Gründen als erforderlich erweist, kann er auch von der zuständigen Dienstaufsichtsbehörde angeordnet werden. Insofern soll dem Anliegen des Kantonsgerichts entsprochen werden.

Nebenbeschäftigung: Sicherung der Arbeitskraft (Art. 30 E-GOG)

Das Kantonsgericht hält fest, die Beschränkung der zulässigen Nebenbeschäftigungen für hauptamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden, die im Vollamt tätig seien, auf geringfügige Lehr- oder Publikationstätigkeiten wirke zufällig. Es sei nicht ersichtlich, weshalb andere kleine Ämter nicht ausgeübt werden dürften, sofern die vorgeschlagenen Bewilligungsvoraussetzungen erfüllt seien. Eine andere Vernehmlassungsteilnehmerin bringt hinsichtlich der fraglichen Regelung vor, diese stehe im Widerspruch zur Bewilligungspflicht für die Ausübung anderer Nebenbeschäftigungen, die entgeltlich seien und zusammen mit dem Richteramt mehr als ein Vollpensum ergäben. Die fragliche Regelung sei daher aufzuheben.

Laut der Vernehmlassungsvorlage dürfen die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, die im Vollamt tätig sind, unentgeltliche Tätigkeiten ausüben, sofern diese nicht die Amtsausübung, die Unabhängigkeit oder das Ansehen der richterlichen Behörde beeinträchtigen könnten. Weiterhin untersagt bleiben soll für diese Kategorie von hauptamtlichen Mitgliedern richterlicher Behörden die Ausübung eines anderen Amtes oder einer anderen Erwerbstätigkeit, sofern es sich hierbei nicht um geringfügige Publikations- oder Lehrtätigkeiten handelt. Diese Regelung ist grosszügiger als das geltende Recht, das den vollamtlichen Richterinnen und Richtern jede Nebenbeschäftigung verbietet (Art. 25 Abs. 1 GOG [i.V.m. Art. 38 Abs. 1 GOG]).

Ob eine geringfügige Lehr- oder Publikationstätigkeit vorliegt, kann schwierig zu beurteilen sein. Deshalb soll diese Frage in einem Bewilligungsverfahren geprüft werden. Der Hauptanwendungsbereich der zu diesem Zweck in das Gerichtsorganisationsgesetz aufzunehmenden Regelung betrifft aber die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, die das Richteramt teilzeitlich ausüben. Ihnen sollen amtliche Tätigkeiten sowie andere Erwerbstätigkeiten grundsätzlich untersagt werden, die zusammen mit dem Richteramt mehr als ein Vollpensum ergeben. Wie die Vernehmlassungsantworten zeigen, kommt dies in den vorgeschlagenen Regelungen unzureichend zum Ausdruck. Die Regierung schlägt deshalb vor, den haupt-

amtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden, die im Teilpensum tätig sind, im Gerichtsorganisationsgesetz explizit zu verbieten, andere Ämter oder andere Erwerbstätigkeiten auszuüben, die zusammen mit dem Richteramt ein Vollpensum übersteigen. Ausnahmen von diesem Verbot sollen gesetzlich vorgesehen oder bewilligt werden können (Art. 30 Abs. 3 lit. b E-GOG).

Für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, die im Vollpensum tätig sind, kann die Bewilligungspflicht für die Ausübung anderer amtlicher Tätigkeiten sowie anderer Erwerbstätigkeiten gleich geregelt werden (Art. 30 Abs. 3 lit. a E-GOG). Dadurch kann der Kritik des Kantonsgerichts Rechnung getragen werden, wonach die Beschränkung der zulässigen Nebenbeschäftigungen auf geringfügige Lehr- und Publikationstätigkeiten zufällig wirke. Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die Ausnahmen vom grundsätzlich weiterhin bestehenden Nebenbeschäftigungsverbot für andere amtliche Tätigkeiten sowie andere Erwerbstätigkeiten zurückhaltend zu gewähren sind. Nur in Ausnahmefällen sollen hauptamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden, die im Vollpensum tätig sind, die Ausübung derartiger Nebenbeschäftigungen bewilligt werden.

Zuständigkeit des Gesamtgerichts des Obergerichts (Art. 42 E-GOG)

Das Kantonsgericht hält fest, in Art. 41 Abs. 2 lit. f VE-GOG würden wichtige personalrechtliche Entscheide dem Gesamtgericht zum Entscheid zugewiesen. Es sei im Hinblick auf die Auslegung dieser Bestimmungen in der Botschaft zu konkretisieren, welche Entscheide vom Gesamtgericht gefällt werden müssten (Anstellung, Entlassung), andernfalls im Zweifel sämtliche Entscheide vom Gesamtgericht getroffen werden müssten, um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Bei den «wichtigen personalrechtlichen Entscheiden» handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der als solcher in hohem Masse auslegungsbedürftig ist. Deshalb besteht – wie das Kantonsgericht zutreffend ausführt – die Gefahr, dass es bei der Auslegung zu Unsicherheiten kommt und im Zweifel viele personalrechtliche Entscheide vom Gesamtgericht getroffen werden. Dies erscheint nicht sachgerecht. Im Gerichtsorganisationsgesetz soll deshalb die heute für die oberen kantonalen Gerichte geltende Regelung verankert werden (Art. 20 Abs. 2 lit. e GOG). Dementsprechend soll vorgesehen werden, dass das Gesamtgericht über die Anstellung und Entlassung des festangestellten Personals entscheidet. Dem Obergericht bleibt es unbenommen, dem Gesamtgericht in der Geschäftsordnung weitere personalrechtliche Entscheide zur Beschlussfassung zuzuweisen.

Gerichtsverwaltung der Regionalgerichte (Art. 73–75 E-GOG)

Die Regionalgerichte Moesa, Plessur und Prättigau/Davos halten fest, die Verwaltungskommission sei nicht mehr sinnvoll und zeitgemäss. Deren

einstige Kontrollfunktion sei längst durch die (mit der vorliegenden Revision ausgebaute) Aufsicht, die Finanzverwaltung, die Finanzkontrolle und andere Personen mit Einsichtsrechten sowie Beratungsfunktionen kompensiert worden. Komme es – abgesehen vom Regionalgericht Plessur – zu Entscheiden der Verwaltungskommission, diktiere im Regelfall eine Mehrheit von betriebsfernen den betriebsnahen Richterinnen und Richtern die Arbeit. Dass sich die betriebsfernen Richterinnen und Richter dabei grösste Zurückhaltung auferlegten, zeige die Sinnlosigkeit der Regelung. Die Verwaltungskommission sei deshalb abzuschaffen. Deren Aufgaben könnte entweder das Präsidium oder das Gesamtgericht übernehmen.

Gemäss dem Vernehmlassungsentwurf soll die Verwaltungskommission der Regionalgerichte aus der Präsidentin bzw. dem Präsidenten, der Vizepräsidentin bzw. dem Vizepräsidenten und aus drei weiteren, ordentlichen Mitgliedern der Regionalgerichte bestehen. Der Verwaltungskommission würden demnach weiterhin in der Regel zwei hauptamtliche Mitglieder sowie drei nebenamtliche Mitglieder angehören (Art. 42 GOG). Diese Zusammensetzung wurde einerseits gewählt, um einen hinreichenden Einbezug der nebenamtlichen Mitglieder sicherzustellen, andererseits, um die wichtigen, verwaltungsrechtlichen Entscheide breiter abzustützen. Wie die Regionalgerichte zutreffend ausführen, führt die vorgeschlagene Zusammensetzung der Verwaltungskommission dazu, dass die nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte den hauptamtlichen Mitgliedern der Regionalgerichte vorschreiben können, wie das Gericht geführt werden soll.

Die Regionalgerichte regen an, die Verwaltungskommission abzuschaffen und deren Aufgaben auf das Gesamtgericht sowie das Präsidium zu übertragen. Das Gesamtgericht soll zukünftig die Kammerzuteilung vornehmen und die Kammervorsitzenden sowie die Stellvertretenden bezeichnen. Die übrigen gerichtsverwaltungsrechtlichen Aufgaben sollen dem Präsidium übertragen werden. Dies würde bedeuten, dass die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident sowie allfällige weitere hauptamtliche Mitglieder der Regionalgerichte nur mehr bei der Kammerzuteilung und der Bezeichnung der Kammervorsitzenden sowie der Stellvertretenden mitwirken könnten. Alle weiteren gerichtsverwaltungsrechtlichen Entscheide würden die Regionalgerichtspräsidentinnen bzw. -präsidenten fällen. Eine derartige Regelung birgt ein hohes Konfliktpotential. Die Regierung erachtet sie daher nicht für sinnvoll.

Stattdessen schlägt sie vor, die Verwaltungskommission der Regionalgerichte lediglich mit drei Mitgliedern zu besetzen. In der Regel würden ihr zukünftig folglich nur mehr die Präsidentin bzw. der Präsident, die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident sowie ein nebenamtliches Mitglied der Regionalgerichte angehören. Die Verwaltungskommission des Regionalgerichts Plessur würde demgegenüber mutmasslich nur mehr aus hauptamtlichen

Mitgliedern bestehen, während bei den Regionalgerichten Albula, Bernina, Engiadina Basa/Val Müstair und Moesa weiterhin die nebenamtlichen Mitglieder in der Überzahl wären. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass diesen Regionalgerichten nur ein hauptamtliches Mitglied angehört. Dass die nebenamtlichen Mitglieder in den Leitungsorganen dominieren, erweist sich in diesen Fällen deshalb als unumgänglich, sofern keine Präsidialzuständigkeit vorgesehen wird. Da die Regierung es nicht für sachgerecht erachtet, die in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Präsidialzuständigkeiten zu erweitern, empfiehlt sie, dem Anliegen der Regionalgerichte durch eine Verkleinerung der Verwaltungskommission Rechnung zu tragen (Art. 74 Abs. 1 und 2 E-GOG). Diese Neuerung soll mit der Schaffung des Gesamtgerichts als zusätzlichem Leitungsorgan kombiniert werden (Art. 73 E-GOG).

Mindestbeschäftigungsgrad für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 79 Abs. 2 und 3 E-GOG)

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmenden sind der Auffassung, im Gerichtsorganisationsgesetz sollen keine Mindestbeschäftigungsgrade für die Mitglieder der Regionalgerichte vorgesehen werden. Das Regionalgerichtspräsidium sei ein anspruchsvolles Amt und könne, wie die letzten Jahre gezeigt hätten, aus verschiedenen Gründen psychisch sehr belastend sein. Vor diesem Hintergrund sei die vorgeschlagene Regelung mit einem Mindestpensum von 80% für die Präsidien und von 50% für die Gerichtsmitglieder zu starr. Sie verunmögliche sachgerechte und situationsangepasste Lösungen im Einzelfall. Der Grosse Rat, welcher den Beschäftigungsgrad für die Mitglieder der Regionalgerichte festlege, und das Obergericht, welches ein Antragsrecht habe, hätten es in der Hand, die Beschäftigungsgrade der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte bedarfsgerecht so auszugestalten, dass die Fachkompetenz gewährleistet sei und bleibe.

Die Regierung geht davon aus, dass in der Regel ein Mindestbeschäftigungsgrad von 50% erforderlich ist, damit Richterinnen und Richter in der gewünschten Qualität effizient Recht sprechen können. Davon ausgehend hat sie den Mindestbeschäftigungsgrad für die Regionalgerichtspräsidentinnen bzw. den Regionalgerichtspräsidenten in der Vernehmlassungsvorlage – abgesehen vom Regionalgericht Bernina – auf 80% festgelegt. Für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten sowie die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgericht hat sie keine Mindestbeschäftigungsgrade vorgeschlagen, weil ansonsten die bestehenden Strukturen angepasst werden müssten (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter II.3.1.1.). Allerdings kann der Grosse Rat Richterstellen, für die sich kein amtierendes Mitglied zur Wiederwahl stellt, nur in teilzeitliche Stellen mit einem Mindestbeschäftigungsgrad von 50% aufteilen (Art. 79 Abs. 3 E-GOG). Diese Regelung

signalisiert, dass teilzeitliche Richterinnen und Richter grundsätzlich mindestens mit einem Pensum von 50% tätig sein sollen.

Die Regionalgerichte bestehen in der Regel aus einer hauptamtlichen Präsidentin oder einem hauptamtlichen Präsidenten, die oder der vollzeitlich tätig ist, einer hauptamtlichen Vizepräsidentin oder einem hauptamtlichen Vizepräsidenten, die oder der mit einem Pensum von 40 bis 80% tätig ist, und acht nebenamtlichen Mitgliedern (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter II.3.1.1.). Der Spielraum für die Schaffung von teilzeitlichen Richterstellen für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte ist folglich eng begrenzt. In der Vernehmlassung wurde überzeugend dargelegt, dass unter diesen Umständen sachgerechte sowie situationsangemessene Lösungen verunmöglicht werden könnten, wenn für die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten ein Mindestbeschäftigungsrad von 80% vorgesehen wird. Wird deshalb – wie gefordert – auf eine gesetzliche Festschreibung eines Mindestbeschäftigungsgrads für die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten verzichtet, würde der Grosse Rat über diese Frage nicht mehr in seiner Funktion als Gesetzgeber entscheiden, sondern indem er vor der Wahl die Anzahl und den Beschäftigungsgrad der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte festlegt. Lediglich die Bündner Stimmbevölkerung wäre an dieser Entscheidung nicht mehr beteiligt. Die gewünschte Änderung hätte in dieser Beziehung folglich nur geringe Auswirkung.

Sie erscheint aber in systematischer Hinsicht problematisch. Zwar dürfte ein Mindestbeschäftigungsgrad von 80% für die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten – wie das Regionalgericht Bernina zeigt – bei den kleinen Regionalgerichten nicht immer erforderlich sein. Für die mittleren und grossen Regionalgerichte dürfte ein solcher Mindestbeschäftigungsgrad aber in der Regel mit Blick auf die zu erfüllenden Verwaltungsaufgaben und die Vielfalt der Rechtsprechungsaufgaben geboten sein. Wohl nur langjährige Amtsträger(innen) dürften in der Lage sein, diese Aufgaben mit einem geringeren Beschäftigungsgrad zu erfüllen. In dieser Hinsicht erscheint die Ausgangslage bei den Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten durchaus vergleichbar mit jener, welche für die Obergerichtspräsidentin bzw. den Obergerichtspräsidenten besteht. Wird für die Obergerichtspräsidentin bzw. den Obergerichtspräsidenten im Gerichtsorganisationsgesetz ein Mindestbeschäftigungsgrad von 80% vorgesehen, sollte deshalb für die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten ebenfalls ein Mindestbeschäftigungsgrad normiert werden. Aus diesem Grund lehnt es die Regierung ab, auf eine gesetzliche Festlegung eines Mindestbeschäftigungsgrads für die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten zu verzichten. Entgegen der Vernehmlassungsvorlage soll der Mindestbeschäftigungsgrad von 80% für

die Regionalgerichtspräsidentinnen und Regionalgerichtspräsidenten aber nur mehr für den Regelfall auf 80 % festgelegt werden. Damit erhält der Grosse Rat die Möglichkeit, in Ausnahmesituationen von diesem Beschäftigungsgrad abzuweichen, um sachgerechte und situationsangepasste Lösungen treffen zu können.

Mitglieder der Notariatskommission (Art. 4 NotG)

Der Verband der Regionalnotare des Kantons Graubünden führt aus, das Notariatsgesetz kenne grundsätzlich drei verschiedene Kategorien von Notariatspersonen, nämlich die patentierten Notarinnen und Notare (Art. 10 ff. NotG), die Regionalnotarinnen und Regionalnotare (Art. 16 ff. NotG) sowie die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter (Art. 19 ff. NotG). Es sei weder nachvollziehbar noch sachlich geboten, dass eine einzige Kategorie von Notariatspersonen inskünftig von einer Einsitznahme in die Notariatskommission ausgeschlossen sein solle, während die anderen zwei Kategorien weiterhin mindestens ein Kommissionsmitglied und die Stellvertretenden stellen könnten bzw. müssten. Der Verband der Regionalnotare des Kantons Graubünden erachtete die vorgeschlagene Zusammensetzung der Notariatskommission vor diesem Hintergrund als unausgewogen und unausgereift. Zumindest eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar solle weiterhin der Notariatskommission angehören. Auch sollen die Regionalnotarinnen und die Regionalnotare weiterhin als Stellvertretende wählbar sein.

Die Notariatskommission ist eine Aufsichtsbehörde und kein Interessenverband. Deshalb ist es nicht notwendig, dass sämtliche Kategorien von Notariatspersonen in der Notariatskommission vertreten sind. Der Notariatskommission sollen vielmehr jene Notariatspersonen angehören, die über die fachlichen Qualifikationen verfügen, um die der Notariatskommission obliegende Aufsichtsfunktion wahrnehmen zu können. Dies kann durchaus auch auf Regionalnotarinnen und Regionalnotare zutreffen. Allerdings ist zu beachten, dass diese im Unterschied zu den patentierten Notariatspersonen (Art. 12 Abs. 1 lit. a NotG) sowie den patentierten Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwaltern nicht in einer Prüfung nachzuweisen haben, dass sie über die für die Ausübung der Notariatstätigkeit erforderlichen Fachkenntnisse verfügen. Diese unterschiedliche Ausgangslage rechtfertigt es, für die Regionalnotarinnen und Regionalnotare eine andere Regelung zu treffen als für die patentierten Notariatspersonen sowie die patentierten Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter.

In der Vergangenheit gehörten der Notariatskommission denn auch nur selten Regionalnotariatspersonen an, obgleich der Gesetzgeber diese Zusammensetzung als Regelfall vorsieht (Art. 4 Abs. 2 NotG). Es erscheint daher nicht sachgerecht, eine obligatorische Vertretung der Regionalnota-

riatspersonen in der Notariatskommission vorzuschreiben. Das Anliegen des Verbands der Regionalnotare des Kantons Graubünden soll indessen insofern berücksichtigt werden, als die Regionalnotarinnen und Regionalnotare nicht von der Einsitznahme in der Notariatskommission ausgeschlossen werden sollen. Die vorgeschlagene Zusammensetzung soll daher nicht zwingend sein, sondern nur den Regelfall bilden. In diesem Sinne soll Art. 4 Abs. 2 NotG angepasst werden.

Beurkundung von virtuellen Versammlungs- und Sitzungsbeschlüssen

Die Notariatskommission hält fest, das revidierte Aktienrecht sehe sowohl für Generalversammlungen als auch für Verwaltungsratssitzungen die Möglichkeit von Zirkularbeschlüssen und der Durchführung von virtuellen Versammlungen vor. Von Bundesrechts wegen sei die öffentliche Beurkundung solcher Beschlüsse zulässig. Im Kanton Graubünden könne diese Möglichkeit aktuell nicht genutzt werden, da das Notariatsgesetz für sämtliche Arten von Beurkundungen die physische Präsenz aller Beteiligten verlange. Die entsprechenden Regelungen seien zu ändern, um es den im Kanton Graubünden tätigen Notariatspersonen zu ermöglichen, Zirkularbeschlüsse und virtuell gefasste Beschlüsse innerhalb der vom Bundesrecht festgelegten Grenzen aus der Ferne zu beurkunden.

In der Lehre wird die Auffassung vertreten, dass zumindest bei der Beurkundung von Beschlüssen (sog. Sachbeurkundung) eine unmittelbare physische Präsenz nicht notwendig ist (vgl. Lukas Müller/Philippe J. A. Kaiser/Diego Benz, Die öffentliche Beurkundung bei elektronischen und virtuellen Generalversammlungen sowie Zirkularbeschlüssen, REPRAX 3/2020, S. 217 ff., S. 235). Entsprechend lassen die Kantone *Aargau, Bern, Luzern* und *Wallis* die Fernbeglaubigung unter gewissen Voraussetzungen zu, indem sie die physische Präsenz zumindest für Sachbeurkundungen nicht explizit gesetzlich vorsehen.

Der Bundesrat hat am 30. Januar 2019 den Entwurf für ein Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) in die Vernehmlassung gegeben. Auf die Fernbeurkundung von Generalversammlungen hat dieses Gesetzesvorhaben keinen direkten Einfluss, da Beschlüsse einer virtuellen Generalversammlung oder Verwaltungsratssitzung auch auf Papier beurkundet werden können. In Umsetzung der Aktienrechtsrevision vom 19. Juni 2020 kann den Bündner Notariatspersonen deshalb ermöglicht werden, Zirkularbeschlüsse sowie virtuelle Generalversammlungen und Verwaltungsratssitzungen öffentlich zu beurkunden, ohne elektronische Urkunden zulassen zu müssen. Die hierfür erforderlichen Anpassungen des Notariatsgesetzes sollen im Rahmen der Justizreform 3 vorgenommen werden.

Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren (Art. 16a EGzSchKG)

Verschiedene Gemeinden und mehrere Regionen fordern, dass der Kanton weiterhin die Kosten für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren trage. Gemäss Art. 13 Abs. 1 SchKG habe jeder Kanton eine Aufsichtsbehörde zu bezeichnen. In Art. 13 Abs. 1 EGzSchKG sei als Aufsichtsbehörde das Kantonsgericht bestimmt worden. Als neue Aufsichtsbehörde werde mit der Justizreform 3 das Obergericht bezeichnet. Gemäss Art. 14 SchKG i.V.m. Art. 5 SchKG habe die Aufsichtsbehörde die Geschäftsführung jedes Betreibungs- und Konkursamts jährlich zu prüfen. Dementsprechend habe der Kanton die Kosten für die jährlichen Inspektionen zu übernehmen. Sollte sich der Kanton dennoch entscheiden, die Kosten für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren den Regionen zu überbinden, solle jede Region 1/11 der Kosten tragen. Denn oft sei es so, dass kleinere Konkurs- und Betreibungsämter mehr Unterstützung und Beratung bedürften als grössere Ämter. Deshalb sei von einer Aufteilung der Kosten nach Anzahl der Betreibungen abzusehen.

Die Konkurs- und Betreibungsinspektorinnen sowie -inspektoren kontrollieren mindestens einmal pro Jahr die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter im Rahmen einer Inspektion. Zudem beraten sie die Betreibungs- und Konkursämter, wenn in Verfahren Schwierigkeiten auftreten. Neu werden sie überdies gemeinsam mit dem Verband der Bündner Betreibungs- und Konkursbeamten für die Organisation der Weiterbildungen der Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten verantwortlich sein.

Die Vernehmlassungsteilnehmenden betonen zu Recht, dass ein Teil dieser Aufgaben von Bundesrechts wegen durch das Obergericht als gerichtliche Aufsichtsbehörde wahrzunehmen sein wird (Art. 14 SchKG i.V.m. Art. 5 SchKG). Dies gilt allerdings nicht für die Beratungstätigkeit der Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren, die massgeblich zur Qualitätssicherung beiträgt. Ausserdem ist zu beachten, dass die Betreibungs- und Konkursämter für ihre Tätigkeit Gebühren erheben, welche die Kosten der Betreibungs- und Konkursämter je nach deren Grösse und der Anzahl sowie Komplexität der Konkurse übersteigen können. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Überbindung der Kosten für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren an die Regionen durchaus prüfenswert. Die Vernehmlassungsteilnehmenden weisen indes zu Recht darauf hin, dass die vorgeschlagene Kostenregelung nicht zu überzeugen vermag. Deshalb soll vorderhand, auf eine Kostenüberbindung verzichtet werden, zumal die Kosten für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen und -inspektoren derzeit relativ gering sind.

Einzelrichterliche Zuständigkeit für das Obergericht (Art. 6, Art. 7 EGzZPO und Art. 43 Abs. 4 VRG)

Das Kantonsgericht und eine Partei regen an, die einzelrichterliche Zuständigkeit des Obergerichts für erstinstanzliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von 10 000 Franken vorzusehen. In erstinstanzlichen Verfahren finde regelmässig eine mündliche Hauptverhandlung statt. Die Vorbereitung, die Teilnahme und die Nachbereitung der Hauptverhandlung würden bei jedem Mitglied üblicherweise ziemlich viel Aufwand verursachen. Freilich stehe die einzelrichterliche Kompetenz in einem Spannungsverhältnis zum Instanzenzug. Die Grenze bei 10 000 Franken erscheine aber insgesamt vernünftig. Die Regelung wäre zudem kohärent mit Art. 7 Abs. 2 lit. a ZPO und Art. 43 Abs. 3 lit. a VRG. Mit derselben Argumentation fordert das Kantonsgericht überdies, Art. 7 Abs. 2 EGzZPO dahingehend abzuändern, als die Parteien nicht zu berechtigen seien, für vermögensrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von bis und mit 10 000 Franken die Beurteilung durch ein Kollegium zu verlangen.

Diese Argumentation überzeugt. Dementsprechend soll die einzelrichterliche Zuständigkeit des Obergerichts dahingehend ausgedehnt werden, dass dieses über vermögensrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von bis zu 10 000 Franken stets in einzelrichterlicher Zuständigkeit entscheiden kann. Art. 6 und Art. 7 EGzZPO sowie Art. 43 Abs. 4 VRG sind entsprechend anzupassen.

Ausstandsbegehren (Art. 13 EGzZPO, Art. 6c VRG)

Das Kantonsgericht beantragt, in Art. 13 Abs. 1 EGzZPO vorzusehen, dass das Justizgericht über Ausstandsbegehren entscheide, wenn das Obergericht nicht vollzählig besetzt werden könne. Ohne diese Sonderregelung würde Art. 41 Abs. 2 E-GOG greifen. Danach müsse die KJS angerufen werden, um die Mitglieder der Regionalgerichte zu bezeichnen, die über die betreffenden Ausstandsbegehren entscheiden würden. Dies sei in Fragen des Zivilprozesses nicht stufengerecht.

Gemäss Art. 75 Abs. 1 BGG ist die Beschwerde in Zivilsachen an das Bundesgericht nur zulässig gegen Entscheide letzter kantonaler Instanzen. Bei der letzten kantonalen Instanz muss es sich um ein oberes kantonales Gericht handeln, das als *Rechtsmittelinstanz* entscheidet (Prinzip des doppelten Instanzenzugs), es sei denn, es liege einer der Ausnahmen von Art. 75 Abs. 2 lit. a–c BGG vor. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung gilt das Erfordernis des doppelten Instanzenzugs nicht nur für die Anfechtung von Endentscheiden, sondern auch für die Anfechtung von Zwischenentscheiden. Das Bundesgericht hat aber Ausnahmen vom Erfordernis des doppelten Instanzenzuges für Zwischenentscheide zugelassen, wenn das obere kantonale Gericht mit einem Rechtsmittel befasst ist und in diesem Rahmen

einen Zwischenentscheid fällt. Das ist etwa dann der Fall, wenn das obere kantonale Gericht über den Ausstand eines Mitglieds, über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege oder über die Gewährung der aufschiebenden Wirkung für das Rechtsmittelverfahren zu entscheiden hat (BGE 143 III 140 E. 1.2 f.).

Ob eine dieser Ausnahmen vom Erfordernis des doppelten Instanzenzugs greifen würde, wenn das Obergericht als Rechtsmittelbehörde angerufen wird und – wie vom Kantonsgericht angeregt – das Justizgericht über ein in einem solchen Verfahren gestelltes Ausstandsbegehren gegen mehrere Mitglieder oder die Gesamtheit des Obergerichts entscheiden würde, hat das Bundesgericht bislang, soweit ersichtlich, nicht entschieden. Dies ist durchaus denkbar. In diesem Fall würde das Justizgericht aber keinen Zwischenentscheid im Rahmen eines bei ihm rechtshängigen Rechtsmittelverfahren fällen, sondern als erste und einzige kantonale Instanz über ein streitiges Ausstandsbegehren entscheiden. Solches schliesst Art. 75 BGG an sich aus. Deshalb hat sich der Kanton Aargau, der eine Regelung, wie sie das Kantonsgericht vorschlägt, kannte, entschieden, diese aufzuheben (vgl. Botschaft des Regierungsrats des Kantons *Aargau* an den Grossen Rat vom 20. Februar 2019 betreffend das Gesetz über die politischen Rechte; Änderung, das Gerichtsorganisationsgesetz; Änderung, Unvereinbarkeitsgesetz; Änderung, S. 47). Vor diesem Hintergrund erscheint es der Regierung nicht angezeigt, eine entsprechende Regelung für den Kanton Graubünden vorzusehen.

Den Bedenken des Kantonsgerichts soll stattdessen Rechnung getragen werden, indem für die Beurteilung von Ausstandsbegehren neu eine einzelrichterliche Zuständigkeit vorgesehen wird. Die Regierung geht davon aus, dass diese Regelung es dem Obergericht in der Regel ermöglichen wird, ohne den Beizug der KJS über streitige Ausstandsbegehren zu entscheiden. Soll das Obergericht neu in zivilprozessualen Verfahren über streitige Ausstandsbegehren in einzelrichterlicher Zuständigkeit entscheiden, erweist es sich als angezeigt, dieselbe Regelung für die anderen richterlichen Behörden zu treffen, welche Ausstandsbegehren in zivilprozessualen Verfahren zu beurteilen haben (vgl. Art. 13 Abs. 1 EGzZPO). Zudem soll das Obergericht neu auch in verwaltungsgerichtlichen Verfahren über Ausstandsbegehren in einzelrichterlicher Zuständigkeit entscheiden (Art. 6c Abs. 1 lit. a und a^{bis} VRG). Für die strafprozessualen Verfahren hat der Bundesgesetzgeber die Frage der Zuständigkeit für die Behandlung von Ausstandsbegehren abschliessend geregelt (Art. 59 StPO). Hier besteht kein Handlungsbedarf.

2.2. Nicht berücksichtigte Anliegen

Dissenting Opinion (Art. 17 Abs. 2 E-GOG)

Das Kantonsgericht lehnt das Instrument der Dissenting Opinion ab. Eine Dissenting Opinion schwäche das Obergericht, welches nach aussen als Einheit auftreten sollte. Hierdurch werde die unterliegende Partei zudem zum Weiterzug eines Entscheids animiert. Schliesslich sei offensichtlich, dass dieses Instrument von Richterinnen und Richtern für Rechtfertigungen bzw. politische Anliegen missbraucht werden könnte, namentlich, wenn Erklärungsversuche von Dritten gefordert würden. Eine Dissenting Opinion sei auch beim Bundesgericht und bei den meisten Kantonen nicht vorgesehen. Es sei daher darauf zu verzichten, dem Obergericht zu erlauben, Minderheitsmeinungen in den Anhang seines Entscheids aufzunehmen.

Durch das Instrument der Dissenting Opinion wird im Kanton Graubünden, der keine öffentliche Beratung kennt, die Möglichkeit geschaffen, die Öffentlichkeit über Minderheitsmeinungen zu informieren. Den Parteien und der interessierten Öffentlichkeit wird dadurch aufgezeigt, dass ein Gericht um den Entscheid gerungen hat und dass dieser auch hätte anders ausfallen können. Die Dissenting Opinion trägt hierdurch zur Transparenz bei. Sie fördert überdies die Rechtsfortbildung. Eine Dissenting Opinion birgt aber die Gefahr, die Autorität und die Akzeptanz eines Entscheids zu schwächen. Überdies geraten die einzelnen Gerichtsmitglieder hierdurch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit, was sich negativ auf die richterliche Unabhängigkeit auswirken kann, wenn Gerichtsmitglieder aufgrund getroffener Entscheide politisch unter Druck geraten. Das Instrument der Dissenting Opinion wird in der Lehre deshalb unterschiedlich beurteilt (vgl. Felix Schöbi, Dissenting Opinion – Die Sicht eines Bundesrichters, in: Justice – Justiz – Giustizia 2018/4; Thomas Stadelmann, Abweichende Sondervoten am Bundesgericht, in: Justice – Justiz – Giustizia 2018/4; Nicolas von Werth, Dissenting Opinion – Zwischen Schein und Wirklichkeit, in: Justice – Justiz – Giustizia 2018/4).

In Abwägung dieser Vor- und Nachteile hat die Regierung vorgeschlagen, das Instrument der Dissenting Opinion nur für das Obergericht zuzulassen. Dieses kann hiervon sodann nur Gebrauch machen, wenn sich eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung stellt und sich die Mehrheit des Spruchkörpers hierfür ausspricht (Art. 17 Abs. 2 E-GOG). Nur in Ausnahmefällen soll es dem Obergericht folglich gestattet sein, Meinungsverschiedenheiten offenzulegen. Für die anderen Gerichte soll das Beratungsgeheimnis weiterhin uneingeschränkt gelten. Die allermeisten Gerichtsberatungen bleiben also nach wie vor geheim. In diesem eingeschränkten Rahmen befürwortet die Regierung die Einführung des Instruments der Dissenting Opinion.

Besoldung der Oberrichterinnen und Oberrichter (Art. 21 E-GOG)

Eine Partei hält fest, es sei nicht verständlich, warum die Mitglieder des Obergerichts mit Leitungsfunktionen mehr verdienen sollen als die anderen Mitglieder des Obergerichts. Die Präsidentin bzw. der Präsident werde für die Aufgabenerledigung im Bereich der Verwaltungstätigkeit von Rechtsprechungsaufgaben entlastet. Dasselbe gelte für die anderen Mitglieder der Verwaltungskommission. Vor diesem Hintergrund erwecke die vorgeschlagene Regelung den Eindruck, dass die Verwaltungstätigkeit mehr Wert sei als die Rechtsprechungstätigkeit. Aus diesem Grund wäre eine gleiche Entlöhnung oder zumindest nur eine Erhöhung um ein Lohnprozent zwischen den verschiedenen Funktionsstufen angezeigt.

Die vorgeschlagene Regelung zur Besoldung der Oberrichterinnen und Oberrichter weist den Tätigkeiten der Justizverwaltung gegenüber der Rechtsprechung kein höheres Gewicht zu. Sämtliche Mitglieder des Obergerichts üben Rechtsprechungsaufgaben aus. Die hierfür erforderlichen fachlichen und persönlichen Anforderungen müssen demnach alle Mitglieder des Obergerichts erfüllen. Diejenigen Personen, die als Präsidentin bzw. Präsident, als Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident oder als weitere Mitglieder der Verwaltungskommission des Obergerichts zusätzlich Leitungsaufgaben übernehmen, müssen über diese Grundanforderungen hinaus weitere Fähigkeiten (z.B. höhere Führungsfähigkeit, höhere Kommunikationsfähigkeit, Managementfähigkeiten) mitbringen. Die Anforderungen, die an die Mitglieder des Obergerichts mit Leitungsaufgaben gestellt werden, sind somit höher als die Anforderungen, welche die anderen Mitglieder des Obergerichts zu erfüllen haben. Ausserdem tragen die Mitglieder des Obergerichts mit Leitungsaufgaben mehr Verantwortung als die Mitglieder des Obergerichts ohne Leitungsaufgaben. Diese beiden Aspekte haben sich in einem höheren Lohn niederzuschlagen. Es erscheint daher nicht sachgerecht, wenn alle Mitglieder des Obergerichts gleich viel verdienen.

Die Lohndifferenz zwischen den Mitgliedern des Obergerichts soll indessen nur moderat sein, da die Mitglieder des Obergerichts die zentralen justizverwaltungsrechtlichen Entscheide gemeinsam fällen werden und einander grundsätzlich gleichgeordnet sind. Deshalb schlägt die Regierung vor, den Lohn für die Mitglieder des Obergerichts in einer Bandbreite von 5 % des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Recht festzulegen. Diese Regelung orientiert sich am geltenden Recht (Art. 1 GGVG), das seinerseits auf dem kantonalen Personalrecht fusst. Gemäss Art. 13 Abs. 6 PV kann die Anstellungsinstanz nach Anhörung des Personalamts einem kantonalen Mitarbeitenden eine zusätzliche Gehaltsklasse gewähren, wenn die Sicherstellung der betrieblichen Aufgaben eine regelmässige und über eine längere Zeit dauernde Stellvertretung der oder des direkten Vorgesetzten mit voller Entscheidungsbefugnis erfordert. In Anlehnung an diese Rege-

lung sollen die Löhne für die Mitglieder des Obergerichts in einer Bandbreite von 5 % des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht festgelegt werden. Der hiermit verbundene, moderate Lohnanstieg von jeweils 2 % ist nach der Beurteilung der Regierung erforderlich, um dem erhöhten Anforderungsprofil und der grösseren Verantwortung der Mitglieder des Obergerichts mit Leitungsaufgaben Rechnung zu tragen.

Entschädigung bei Nichtwiederwahl (Art. 24 E-GOG) und Rücktritt (Art. 25 E-GOG)

Eine Partei regt an, dieselbe Entschädigung für die Nichtwiederwahl und den Rücktritt vorzusehen. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Konflikte, die über einen Rücktritt gelöst werden könnten, bis zum Wahltag ausgesessen würden.

Das beschäftigungsrechtliche Verhältnis für die Mitglieder der richterlichen Behörden soll mit der vorliegenden Revision, soweit möglich, an das kantonale Personalrecht angenähert werden. Gemäss Art. 12 PG kann den kantonalen Mitarbeitenden bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung eine Entschädigung von maximal zwölf Monatslöhnen zugesprochen werden. Die Austrittsentschädigung beim Aufhebungsvertrag darf hingegen die Höhe des Lohns, der bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses geschuldet ist, in der Regel nicht übersteigen (Art. 6 PV). Die vorgeschlagenen Regelungen widerspiegeln diese unterschiedlichen Entschädigungsansätze. Weshalb davon im Fall der Mitglieder der richterlichen Behörden abgewichen werden sollte, ist nicht ersichtlich.

Änderung des Beschäftigungsgrads im Hinblick auf die Wiederwahl

Eine Partei bringt vor, der Teilrücktritt im Hinblick auf die Wiederwahl solle positivrechtlich normiert werden. Falls dies nicht möglich sei, solle mindestens das Verfahren in den Erläuterungen skizziert werden.

Ein Rücktritt im Sinne von Art. 27 E-GOG liegt vor, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde das Richteramt während der Amtsdauer ganz oder teilweise aufgibt. Nicht als Teilrücktritt gilt, wenn ein hauptamtliches Mitglied einer richterlichen Behörde seinen Beschäftigungsgrad für eine neue Amtsdauer reduzieren möchte. In diesem Fall hat sich das fragliche Mitglied mit einem entsprechenden Antrag an die zuständige Wahlbehörde zu wenden. Diese kann entscheiden, ob sie das amtierende Mitglied zu dem beantragten Beschäftigungsgrad wiederwählen will. Bejaht sie dies, reduziert sie den Beschäftigungsgrad des betreffenden Mitglieds für die nächste Amtsperiode im entsprechenden Umfang. Der diesbezüglich zu beachtende Verfahrensablauf ist im Gerichtsorganisationsgesetz abgebildet. Daraus ergibt sich auch, ob die Wahlbehörde die Möglichkeit hat, ein Mitglied einer richterlichen Behörde zu einem reduzierten Beschäftigungsgrad wiederzu-

wählen und welche Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen. Nach der Beurteilung der Regierung besteht diesbezüglich kein Regelungsbedarf. Auf die Aufnahme einer entsprechenden Regelung soll daher verzichtet werden.

Nebenbeschäftigung: Vereinbarkeit mit einer anwaltlichen Tätigkeit (Art. 30 E-GOG)

Der Bündnerische Anwaltsverband ist der Meinung, bei den teilzeitbeschäftigten Mitgliedern des Obergerichts solle es sich nicht nur um Personen handeln, die neben der Richtertätigkeit keiner weiteren juristischen Berufstätigkeit nachgehen würden. Aus Sicht des Bündnerischen Anwaltsverbands müsste teilzeitlich tätigen Mitgliedern des Obergerichts die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit sowohl forensisch wie auch beratend erlaubt sein. Die vorgeschlagene Regelung lasse eine forensische Tätigkeit kaum mehr zu. Sie müsse so angepasst werden, dass den Mitgliedern des Obergerichts die Vertretung Dritter in Verfahren, die bei einem Weiterzug durch das Obergericht zu beurteilen seien, nur verboten sei, wenn es sich um Verfahren handle, für welche die Abteilung, der das betreffende Mitglied angehöre, zuständig sei.

Vertreten Mitglieder des Obergerichts Parteien in einem vorinstanzlichen Verfahren, können sie diese Fälle bei einem allfälligen Weiterzug ans Obergericht nicht beurteilen, weil sie als vorbefasst gelten (Art. 6a Abs. 1 lit. c VRG, Art. 47 Abs. 1 lit. b ZPO, Art. 56 Abs. 1 lit. b StPO). Um zu verhindern, dass Mitglieder des Obergerichts in solchen Rechtsmittelverfahren regelhaft in den Ausstand treten müssen, muss eine Unvereinbarkeitsregel geschaffen werden, die solche Fallkonstellationen ausschliesst. Hierfür würde es genügen, Mitgliedern des Obergerichts zu untersagen, Parteien in Verfahren zu vertreten, die bei einem allfälligen Weiterzug durch die Abteilung zu beurteilen sind, der das betreffende Mitglied des Obergerichts angehört (vgl. hierzu Art. 57 Abs. 2 lit. b E-GOG).

Die vorgeschlagene Regelung geht darüber hinaus, weil die Doppelrolle als Richter(in) und Anwalt bzw. Anwältin unter dem Blickwinkel der richterlichen Unabhängigkeit problematisch ist (vgl. statt vieler: Giovanni Biaggini, Bundesverfassung, Kommentar, 2. Aufl., Zürich 2017, Art. 30 N. 9a). Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung vermag zwar der Umstand allein, dass Richterinnen und Richter in ihrer privaten Tätigkeit Parteien vor dem Gericht vertreten, dem sie angehören, deren Unbefangenheit nicht generell infrage zu stellen. Vielmehr müssen konkrete Umstände hinzutreten, die bei objektiver Betrachtung die Gefahr der Unvoreingenommenheit zu begründen vermögen. Diese Rechtsprechung basiert auf der Überlegung, dass die Mitglieder einer Kollegialbehörde in ihrer Stellung voneinander unabhängig sind und jede(r) für sich dem Recht verpflichtet ist. Das Bunddesgericht hat indessen mehrfach festgehalten, es sei zu begrüssen, wenn Richterinnen und

Richter vor dem Gericht, dem sie angehören, keine Parteien vertreten dürfen (BGE 141 I 178 E. 3.3 m.w.H).

Der Kanton Graubünden hat diese rechtspolitische Forderung bereits im Zuge der Totalrevision der Kantonsverfassung umgesetzt (GRP 3 I 2002 / 2003, S. 356 ff.). Seither ist es Richterinnen und Richtern untersagt, Parteien in streitigen Verfahren vor der eigenen Instanz zu vertreten (Art. 51 Abs. 3 KV). Mit Blick auf diese strenge Handhabung der personellen Trennung zwischen der Anwaltstätigkeit und dem Richteramt erscheint es der Regierung angezeigt, den Mitgliedern des Obergerichts die Vertretung von Parteien in vorinstanzlichen Verfahren generell zu untersagen. Die hiermit verbundene Ausdehnung des Vertretungsverbots über das Unabdingbare hinaus wiegt nach der Beurteilung der Regierung nicht besonders schwer, weil die Mitglieder des Obergerichts ohnehin nur selten in Rechtsgebieten forensisch tätig sein dürften, mit denen sie sich als Oberrichterinnen und Oberrichter nicht befassen. Vor diesem Hintergrund erscheint es der Regierung gerechtfertigt, die personelle Trennung zwischen dem Richteramt und der forensisch tätigen Anwaltschaft für das Obergericht konsequent umzusetzen. Deshalb lehnt sie die vom Bündnerischen Anwaltsverband gewünschte Anpassung ab.

Arbeitszeit (Art. 32 E-GOG)

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmenden bringen vor, mit der Einführung der teilzeitlichen Richtertätigkeit bestünde die Gefahr, dass es zu Unklarheiten oder sogar zu Konflikten im Zusammenhang mit der Arbeitszeit komme. Deshalb sei gesetzlich nicht vorzugeben, ob die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden ihre Arbeitszeit erfassen müssten oder nicht. Gerade bei Uneinigkeit über die Arbeitszeiteinhaltung solle die Zeiterfassung angeordnet werden können. Diese Möglichkeit solle im Gerichtsorganisationsgesetz nicht ausgeschlossen, sondern auf Verordnungsstufe delegiert werden.

Das Kader der Kantonalen Verwaltung ist in der Regel von der Arbeitszeiterfassung befreit. Die Regierung hat vorgeschlagen, für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden dieselbe Regelung zu treffen, mit dem Ziel, deren beschäftigungsrechtliche Stellung, soweit wie möglich, gleich auszugestalten wie im kantonalen Personalrecht. Den richterlichen Behörden bleibt es aber unbenommen, ihre hauptamtlichen Mitglieder anzuweisen, ihre Arbeitszeit zu erfassen. Eine solche Anordnung schliesst das Gerichtsorganisationsgesetz nicht aus. Sie kann als dienstaufsichtsrechtliche Massnahme getroffen werden (Art. 100 E-GOG a maiore minus). Die richterlichen Behörden haben somit die Möglichkeit, ihre Mitglieder zu verpflichten, ihre Arbeitszeit zu erfassen. Art. 32 Abs. 3 E-GOG steht dem nicht entgegen.

Würde die Arbeitszeiterfassung nicht rechtsatzmässig geregelt, so müsste jede richterliche Behörde im Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Rechts und jeweils bei der Wahl eines neuen Mitglieds entscheiden, ob die hauptamtlichen Mitglieder ihre Arbeitszeit zu erfassen haben oder nicht. Wird die Frage der Arbeitszeiterfassung auf Verordnungsebene normiert, müsste das Obergericht diese Frage wohl für alle hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden regeln, zumal eine einheitliche Regelung sachgerecht ist. Für die Regierung ist nicht ersichtlich, welchen Vorteil dieser Regelungsansatz bieten würde. Nach der Auffassung der Regierung soll die vorgeschlagene Regelung deshalb nicht abgeändert werden.

Regionale Wohnsitzpflicht (Art. 36 E-GOG)

Die Mehrheit der Regionalgerichte bringt vor, die Rechtsprechungsfunktion der Regionalgerichte sei jeweils auf eine der elf Regionen beschränkt. Sie beziehe sich nicht auf das gesamte Kantonsgebiet. Wahlbehörde der Regionalgerichte seien daher die Stimmberechtigten einer Region und nicht die ganze Kantonsbevölkerung. In mehreren Gesetzesbestimmungen werde ausserdem auf den Ortsgebrauch verwiesen. Den Ortsgebrauch würden jene Richterpersonen, die am Ort bzw. in der Region wohnten, am besten kennen. Es sei daher sachgerecht, für die Mitglieder der Regionalgerichte eine regionale Wohnsitzpflicht vorzusehen. Dieselben Überlegungen sprächen auch für eine regionale Wohnsitzpflicht der Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen. Von der regionalen Wohnsitzpflicht auszunehmen, seien hingegen die Vermittlerinnen und Vermittler sowie deren Stellvertretende. Anders als für die Regionalrichterinnen und Regionalrichter sowie die übrigen Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen liessen sich für diese Aufgabe in den jeweiligen Regionen zu wenig dort ansässige, qualifizierte und willige Personen finden. Eine Wohnsitzpflicht in der Region würde deshalb verhindern, was sich heute bewährt habe, nämlich, dass eine Vermittlerperson (oder ihre Stellvertretung) ihr Amt in mehreren Regionen ausüben könne. Eine fähige Vermittlerperson müsse, um auf ein lohnendes Arbeitspensum zu kommen, in mehreren Regionen tätig sein. Deshalb solle in diesen Fällen auf eine regionale Wohnsitzpflicht verzichtet werden.

Wird eine regionale Wohnsitzpflicht für die ordentlichen Mitglieder der Regionalgerichte, der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörden für Mietsachen vorgesehen, können nur Personen ein solches Amt ausüben, die in der betreffenden Region wohnen. Dies schränkt den Kreis der Kandidierenden ein. Bereits jetzt ist es bisweilen schwierig, geeignete Personen für ein derartiges Richteramt zu finden. Ohne Not sollte der Kreis der für diese richterlichen Funktionen infrage kommenden Personen deshalb nicht eingeschränkt werden. Dies gilt umso mehr, als es dem Wahlorgan unbenommen bleibt, den Wohnsitz der Kandidierenden bei der Wahl als eines der mass-

geblichen Kriterien anzusehen und deshalb Personen mit Wohnsitz in der Region gegenüber auswärtigen Kandidatinnen und Kandidaten zu favorisieren. Die in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen zeigen überdies, dass die Stimmbevölkerung durchaus bereit ist, Personen mit ausserregionalem Wohnsitz zu wählen. Diese Wahlmöglichkeit soll ihr nicht genommen werden.

Sollte sich der Grosse Rat der Auffassung der Mehrheit der Regionalgerichte anschliessen, wäre zu beachten, dass die vorgeschlagene Regelung dazu führt, dass für die Mitglieder der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörden für Mietsachen unterschiedliche Wählbarkeitsvoraussetzungen gelten würden. Für die Vermittlerinnen und Vermittlern würde es genügen, wenn sie spätestens beim Amtsantritt Wohnsitz im Kanton nehmen würden. Dasselbe gälte für die oder den Vorsitzenden der Schlichtungsbehörde für Mietsachen, da diese(r) mit der Vermittlerin bzw. dem Vermittler der betreffenden Region identisch ist (Art. 89 Abs. 2 lit. a E-GOG). Demgegenüber müssten die weiteren Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen in der Region wohnen, für welche sie tätig sind. Ob eine hinreichende Rechtfertigung für eine solche Ungleichbehandlung (Art. 8 BV) vorliegt, erscheint fraglich. Eine solche Regelunge könnte sich somit als verfassungswidrig erweisen. Aus den vorgenannten Gründen schlägt die Regierung keine regionale Wohnsitzpflicht vor, weder für die Regionalgerichte, noch für die Vermittlerinnen und Vermittler noch für die Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen.

Altersgrenze für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter (Art. 37 Abs. 2 E-GOG)

Die Regionalgerichte Prättigau/Davos und Moesa sind der Meinung, es brauche keine Altersgrenze für die nebenamtlichen Richterinnen und Richter. Heute seien die Leute sehr lange voll aktiv. Es erscheine daher nicht sachgerecht, sie bereits mit 70 Jahren von öffentlichen Ämtern auszuschliessen.

Kantonale Mitarbeitenden dürfen derzeit grundsätzlich nur bis zum 65. Altersjahr beschäftigt werden. In Ausnahmefällen ist eine Weiterbeschäftigung zulässig, sofern diese im besonderen Interesse des Kantons liegt (Art. 15 Abs. 4 PG). Diese Regelung soll gemäss der Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Personalgesetzes vom 22. März 2021 geändert werden. Laut der betreffenden Vernehmlassungsvorlage soll das Arbeitsverhältnis längstens bis zum letzten Tag des Monats fortgeführt werden können, in dem die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter 68 Jahre alt wird.

Die Regelung, welche die Regierung für die nebenamtlichen Mitarbeitenden vorschlägt, lässt es zu, dass nebenamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden das Richteramt längstens bis zum Ende des Jahres ausüben,

in dem sie das 70. Altersjahr vollenden. Sie ist somit nicht nur grosszügiger als das geltende Recht, sondern auch als die in der Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Personalgesetzes vom 22. März 2021 für die kantonalen Mitarbeitenden vorgeschlagene Regelung. Eine grosszügigere Regelung erscheint der Regierung mit Blick auf die angestrebte Harmonisierung mit dem kantonalen Personalrecht nicht angezeigt.

Mindestbeschäftigungsgrad für die Oberrichterinnen und Oberrichter

Eine Partei führt aus, es sei nicht klar, was mit Art. 46 Abs. 2 E-GOG gemeint sei. Art. 47 Abs. 2 E-GOG lege fest, dass die Mitglieder des Obergerichts zumindest mit einem Beschäftigungsgrad von 50% tätig sein müssten. Es verwirre daher, wenn der Grosse Rat gemäss Art. 46 Abs. 2 E-GOG nicht an diesen Mindestbeschäftigungsgrad gebunden sei. Allenfalls sei hiermit gemeint, dass der Grosse Rat die Gesamtstellendotation nicht immer um 50% erhöhen müsse, sondern bei Bedarf auch Stellen mit einem geringeren Beschäftigungsgrad schaffen könne. Darauf deute auch Art. 48 Abs. 4 E-GOG hin.

Gemäss Art. 46 Abs. 2 E-GOG können als Präsidentin bzw. Präsident des Obergerichts und als Vizepräsidentin bzw. Vizepräsident des Obergerichts nur Personen gewählt werden, die das Richteramt mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 80% ausüben. Die übrigen Mitglieder des Obergerichts sind mindestens mit einem Beschäftigungsgrad von 50% tätig, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist. Diese Mindestbeschäftigungsgrade gründen auf der Annahme, dass in der Regel ein Mindestbeschäftigungsgrad von 50% erforderlich ist, damit Richterinnen und Richter in der gewünschten Qualität effizient Recht sprechen können (vgl. die Ausführungen unter II.3.1.1.).

Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben hat zur Folge, dass Richterstellen am Obergericht jeweils grundsätzlich einen minimalen Beschäftigungsgrad von 50% aufweisen müssen. Ein solcher Mindestbeschäftigungsgrad kann sich als unzweckmässig erweisen, wenn sich bei der Überprüfung der Dotierung des Obergerichts zeigt, dass der Gesamtstellenumfang um weniger als 50% erhöht werden sollte und keiner der amtierenden Mitglieder den Beschäftigungsgrad im erforderlichen Umfang ausdehnen kann oder will. In einem solchen Fall soll der Grosse Rat die Möglichkeit haben, eine Richterstelle mit einem Beschäftigungsgrad von unter 50% zu schaffen (Art. 46 Abs. 2 E-GOG). Dasselbe gilt, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde aufgrund Elternschaft den Beschäftigungsgrad reduziert und die frei werdenden Stellenprozente gerichtsintern nicht besetzt werden können (Art. 48 Abs. 4 E-GOG). Auch in diesem Fall soll der gesetzlich vorgesehene Mindestbeschäftigungsgrad unterschritten werden dürfen.

Rotierendes Präsidium für das Obergericht (Art. 50 Abs. 2 E-GOG)

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende sind der Auffassung, die Amtsdauer für die Obergerichtspräsidentin bzw. den Obergerichtspräsidenten sei auf zwei Jahre zu beschränken. Mit einer Amtsdauer von zwei Jahren könne die Vielfalt des Kantons in politischer, geschlechtlicher und sprachlicher Hinsicht besser abgebildet werden. Ausserdem dürfte eine Rotation alle zwei Jahre gerade in der Anfangsphase der Gerichtsfusion für die Integration unterstützend wirken. Weiter falle ins Gewicht, dass im Vergleich zu heute das Präsidium weniger Aufgaben umfassen werde, denn die eigentliche Geschäftsleitung liege bei der Verwaltungskommission. Die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident könne ausserdem – analog der Regelung in der Regierung und dem Grossen Rat – nachrücken, womit eine gewisse Kontinuität gewährleistet sei. Ganz generell würde mit einer auf zwei Jahre begrenzten Amtsdauer für die Obergerichtspräsidentin bzw. den Obergerichtspräsidenten die Dynamik am Gericht erhöht werden, da jede Präsidentin bzw. jeder Präsident in ihrer bzw. seiner Amtszeit etwas bewegen wolle.

Schon im Rahmen der Optimierung der Organisation der oberen kantonalen Gerichte wurde erwogen, für das Präsidium des Kantons- und Verwaltungsgerichts ein Rotationsprinzip vorzusehen. Für dieses Modell wurde vorgebracht, dass bei einem rotierenden Präsidium alle Richterinnen und Richter die Möglichkeit hätten, dieses Amt zu übernehmen und immer wieder neue Impulse eingebracht würden. Als Nachteil wurde angesehen, dass ein rotierendes Präsidium womöglich die Führung des Gerichts erschweren würde, weil die zu erledigenden Präsidialaufgaben Erfahrung und Routine erfordern würden (Projekt Justizreform, Optimierung der kantonalen Justizorganisation, Bericht für die Vernehmlassung vom 5. September 2005, S. 40). Schliesslich sprachen sich die Regierung und der Grosse Rat gegen ein rotierendes Präsidium aus (vgl. Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 519, 585).

Im Vergleich zur damaligen Situation hat sich die Ausgangslage insofern geändert, als das Obergericht über eine Generalsekretärin bzw. einen Generalsekretär verfügen wird, welche(r) viele Arbeiten im Bereich der Justizverwaltung übernehmen wird (vgl. Art. 59 E-GOG). Damit ist sichergestellt, dass die Führung des Obergerichts durch ein rotierendes Präsidium nicht gefährdet wird. In der Vernehmlassung blieb denn auch unbestritten, dass die Amtsdauer der Obergerichtspräsidentin bzw. des Obergerichtspräsidenten beschränkt werden soll.

Fraglich ist nur, wie lange dieses Amt maximal ausgeübt werden können soll. Die Amtsdauer der Obergerichtspräsidentin bzw. des Obergerichtspräsidenten muss genügend lang sein, damit die gewählten Personen das erforderliche Fachwissen aufbauen und davon hinreichend lange profitieren können. Ausserdem sollen die mit jedem personellen Wechsel einhergehen-

den Adaptionsprozesse auf ein vernünftiges Ausmass beschränkt und die personelle Kontinuität gewahrt werden. Die Amtsdauer soll aber auch kurz genug sein, um die erforderliche Innovationskraft sicherzustellen. Mit Blick auf diese Zielsetzungen hat die Regierung in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagen, die Amtsdauer für das Präsidium sowie das Vizepräsidium auf vier Jahre zu beschränken. Diese Auffassung erachtet die Regierung nach wie vor für zutreffend. Wird eine kürzere Amtsdauer vorgesehen, besteht nach ihrer Beurteilung die Gefahr, dass die Generalsekretärin bzw. der Generalsekretär eine sehr starke Stellung erhalten würde. Die Regierung spricht sich deshalb für eine vierjährige Amtsdauer aus.

Verjährung von Pflichtverletzungen (Art. 101 E-GOG)

Eine Partei hält fest, für sie sei nicht nachvollziehbar, weshalb Disziplinarfehler innert zwei Jahren verjähren sollen. Hierfür fehle eine schlüssige Begründung.

Mithilfe des Disziplinarrechts soll das einwandfreie Funktionieren der richterlichen Behörden gewährleistet und die Integrität sowie Leistungsfähigkeit der Mitglieder der richterlichen Behörden gesichert werden. Ist seit der Pflichtverletzung geraume Zeit verstrichen und funktioniert die richterliche Behörde einwandfrei, besteht kein öffentliches Interesse mehr, eine Disziplinaruntersuchung durchzuführen und Disziplinarmassnahmen zu ergreifen. Auch wird es zusehends schwieriger, eine Pflichtverletzung nachzuweisen (vgl. Andrea Hülsmann, Disziplinarische Verantwortlichkeit im öffentlichen Dienst, Bern 2014, S. 118). Deshalb sollen für disziplinarische Verfehlungen kurze Verjährungsfristen gelten (vgl. z.B. Art. 47 NotG).

In Umsetzung dieses Grundsatzes soll in Art. 101 Abs. 1 E-GOG vorgesehen werden, dass disziplinarische Verfehlungen grundsätzlich innert zwei Jahren, nachdem die Aufsichtsbehörde vom disziplinarisch zu ahndenden Vorfall Kenntnis erhalten hat, verjähren (relative Verjährungsfrist), spätestens indessen fünf Jahre, nachdem sich der disziplinarisch relevante Vorfall zugetragen hat (absolute Verjährungsfrist). Die Regierung erachtet längere Verjährungsfristen nicht für sachgerecht. Die vorgeschlagene Regelung soll daher nicht angepasst werden.

Zuständigkeit für das Amtsenthebungsverfahren und das Ausscheiden von Gesetzes wegen für die Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 103 E-GOG)

Die Regionalgerichte sind der Meinung, über die Amtsenthebung von Mitgliedern der Regionalgerichte und deren Ausscheiden aus dem Amt von Gesetzes wegen solle das Obergericht entscheiden. Die Sachnähe des Obergerichts zu den Regionalgerichten sei deutlich grösser als jene des Grossen Rats. Ausserdem lasse sich das Obergericht weniger von politischen Motiven leiten als der Grosse Rat. Aufsichtsrechtlich wäre diese Lösung auch konse-

quenter. Dass der Grosse Rat (120 Personen) diese Entscheide fällen solle, sei nicht stufengerecht. Die vorgeschlagene Regelung werde daher abgelehnt.

Mit der Justizreform 3 soll u.a. die dienstaufsichtsrechtliche Zuständigkeitsordnung klarer geregelt werden. Soweit möglich, soll dabei der Grundsatz verwirklicht werden, wonach die Wahlbehörde auch über die Beendigung des Richteramts entscheidet, d.h. dieselbe Behörde das Beschäftigungsverhältnis begründet und auflöst. Dieser Grundsatz lässt sich für die Mitglieder der Regionalgerichte nicht vollständig verwirklichen, weil diese von der Stimmbevölkerung der betreffenden Region gewählt werden. Durch die Bezeichnung des Grossen Rats als «Entlassungsbehörde» soll weitgehende Kongruenz zwischen der «Wahl- und Entlassungsbehörde» hergestellt werden (vgl. die Ausführungen unter II.3.3.5.).

Diese Regelung ist – wie die Regionalgerichte zutreffend festhalten – mit dem Nachteil behaftet, dass der Grosse Rat ein politisches Organ ist, das nach politischen Gesichtspunkten entscheidet. Dies trifft allerdings ebenfalls für die regionale Stimmbevölkerung zu, welche die Regionalrichterinnen und -richter wählt. Ausserdem erweist sich die vorgeschlagene Regelung insofern als konsequent, als der Grosse Rat neu auch über die personelle Dotierung der Regionalgerichte entscheiden wird. Dieser Entscheid kann nicht dem Obergericht übertragen werden, da ansonsten die Budgethoheit des Grossen Rats übermässig beschnitten würde. Die Regierung ist deshalb der Auffassung, dass der Grosse Rat über die Amtsenthebung von Mitgliedern der Regionalgerichte und im Streitfall über deren Ausscheiden von Gesetzes wegen entscheiden soll.

Stabsstelle für die Regionalgerichte

Das Kantonsgericht hält fest, die Aufsicht über die Schlichtungsbehörden solle neu bei den Regionalgerichten angesiedelt und mithilfe einer bei einem Regionalgericht angesiedelten Stabsstelle vorgenommen werden. Dies sei im Grundsatz nicht zu beanstanden. Die dafür vorgesehene Dotierung sei aber viel zu hoch, zumal alle Schlichtungsbehörden zusammen heute über eine Stellendotation von 195 % verfügen würden. Auch mit den im Erläuternden Bericht zusätzlich ausgeführten Aufgaben (Entwicklung von Organisationshandbüchern, standardisierte Gerichtsverwaltungsprozesse, Organisation des Dolmetscherwesens, Austausch mit Schnittstellen zur Justiz) könne eine vollzeitlich tätige juristische Mitarbeiterin bzw. ein vollzeitlich tätiger juristischer Mitarbeiter nicht ausgelastet werden. Hinzu komme, dass die Regionalgerichtskonferenz nicht über feste Strukturen und Entscheidkompetenz verfügen würde. Diese Stelle sei – auch im Hinblick auf eine einheitliche Ausgestaltung der Justizaufsicht – beim Generalsekretariat als Teil seiner Tätigkeit für die erweiterte Verwaltungskommission anzusiedeln.

Die Anzahl der Gerichtsprozesse nimmt im Kanton Graubünden in der Tendenz zu. Zudem steigen die qualitativen Anforderungen, die an ein Gerichtsurteil gestellt werden, und die Komplexität der zu beurteilenden Rechtsfragen. Die Arbeitsbelastung der Bündner Gerichte ist deshalb in den vergangenen Jahren merklich angewachsen.

Welche Auswirkungen hiermit verbunden sind, hat die Politik in den vergangenen Jahren mehrfach beschäftigt. So hat die KJS bei Prof. Dr. iur. Beat Stadler und Prof. Dr. iur. Felix Uhlmann einen Untersuchungsbericht in Auftrag gegeben, um die Gründe für die steigende Pendenzenlast am Kantonsgericht zu eruieren und mögliche Vorkehrungen, zu deren Abhilfe zu treffen. Eine mögliche Massnahme sehen die Untersuchungsbeauftragten darin, die Stelle einer Generalsekretärin bzw. eines Generalsekretärs zu schaffen, die bzw. der als eine Art Gerichtsverwalter(in) fungieren soll und die Richterinnen und Richter sowie die Aktuarinnen und Aktuare von administrativen Arbeiten entlasten soll (vgl. die Ausführungen unter II.1.2.4). Dass die administrativen Tätigkeiten immer mehr Zeit beanspruchen, ist eine Entwicklung, die nicht nur die oberen kantonalen Gerichte betrifft. Auch an den Regionalgerichten binden die administrativen Arbeiten immer mehr Ressourcen (z.B. professionelles Fallmanagement, Budget, Personalrekrutierung und -entwicklung, Infrastrukturbewirtschaftung, Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken).

Ein Teil dieser Tätigkeiten könnte für alle richterlichen Behörden zentral erledigt oder zumindest durch einen zentralen Dienst unterstützt werden. Dieser Ansatz wurde für die richterlichen Behörden im Bereich der IT schon verwirklicht, indem das Kantonsgericht einen für alle richterlichen Behörden tätigen IT-Fachmann beschäftigt. Das DJSG hat ursprünglich vorgeschlagen, diesen Ansatz auf alle gleichartigen, administrativen Arbeiten für die richterlichen Behörden auszudehnen, die effektiver und kostengünstiger zentral erledigt werden können. Hierzu sollte beim Obergericht ein Generalsekretariat für Justiz als Stabsstelle für die gesamte Bündner Justiz geschaffen werden. Dieser Vorschlag ist bei den Mitgliedern der oberen kantonalen Gerichte, welche die oberen kantonalen Gerichte in den Arbeitsgruppen vertreten haben, auf Ablehnung gestossen. Diese haben zum Ausdruck gebracht, dass das Obergericht über ein Generalsekretariat verfügen soll, welches primär für das Obergericht tätig sein soll. Deshalb wurde davon Abstand genommen, beim Obergericht ein Generalsekretariat für Justiz zu schaffen, das nicht nur als Stabsstelle für das Obergericht, sondern für die gesamte Bündner Justiz tätig ist. Dies hat zur Folge, dass die von den Regionalgerichten für die administrativen Arbeiten benötigten Ressourcen bei ihnen anzusiedeln sind. Auf diesen Entscheid wäre zurückzukommen und die fraglichen Ressourcen beim Obergericht anzusiedeln, wenn beim Obergericht – wie ursprünglich angedacht – ein Generalsekretariat für Jus-

tiz geschaffen würde. Einen entsprechenden Antrag hat das Kantonsgericht indessen nicht gestellt. Die Regierung sieht sich daher nicht veranlasst, ihren Entscheid abzuändern.

Mandatssteuer

Das Verwaltungsgericht hält fest, die Mandatssteuer, die Richterpersonen jährlich der Partei, der sie angehören würden, leisten müssten, habe eine negative Aussenwirkung. Es entstehe der Anschein der Befangenheit bzw. der mangelnden Unabhängigkeit von Politik und Parteien. Im Unterschied zu den Mandatsträgerinnen und -trägern der Exekutive und Legislative, bei denen die Partei Wahlwerbung leiste, gebe es sachlich keine Rechtfertigung für diese Beiträge. Die Mandatssteuer stosse im Übrigen auch international auf Kritik. Die Abschaffung der Mandatssteuer auf kantonaler Ebene im Rahmen der Justizreform 3 würde die Unabhängigkeit der Richterpersonen und das Vertrauen in die Justiz stärken.

Heute entrichten die Mitglieder der richterlichen Behörden – ebenso wie die Mitglieder der Regierung sowie des Grossen Rats – in aller Regel einen Teil ihres Lohns an die Partei, der sie angehören. Diese sog. Mandatssteuer steht im Zusammenhang mit der Besonderheit des schweizerischen Richterwahlsystems, das durch einen starken politischen Einfluss gekennzeichnet ist. In der Schweiz werden praktisch nur Personen in ein Richteramt gewählt, die Mitglied einer politischen Partei sind. Zur Mitgliedschaft in einer Partei gehört u.a. die Verpflichtung zur Bezahlung von Mandatssteuern. Diese Zahlungen sind gesetzlich nicht vorgeschrieben. Sie erscheinen unter dem Blickwinkel der richterlichen Unabhängigkeit problematisch, da sie den Eindruck erwecken können, dass Mitglieder der richterlichen Behörden ihr Amt «kaufen».

Entstanden sind die Mandatssteuern, weil die Schweiz im Unterschied zu andern Ländern keine staatliche Parteifinanzierung kennt. Die Frage der Mandatssteuer muss deshalb im Zusammenhang mit der Parteifinanzierung gelöst werden. Derzeit verbietet kein Kanton die Mandatssteuer. Ein Verbot existiert auch nicht für die eidgenössischen Gerichte (Botschaft zur Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren [Justiz-Initiative]», S. 6821 ff., S. 6829). Auf Bundesebene wird allerdings momentan über die Abschaffung der Mandatssteuer diskutiert (Erläuterungen des Bundesrats - Volksabstimmung vom 28. November 2021, S. 23). Diese Entwicklung gilt es abzuwarten, bevor der Kanton Graubünden tätig wird. Im Rahmen der Justizreform 3 soll deshalb darauf verzichtet werden, die Erhebung von Mandatssteuern im Gerichtsorganisationsgesetz zu untersagen.

Stille Wahl der Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 19h GPR)

Das Kantonsgericht hält fest, Art. 19h GPR lasse vermuten, dass es auch dann zu einem öffentlichen Wahlgang für die Mitglieder der Regionalgerichte komme, wenn sich weniger Kandidierende zur Verfügung stellen würden, als Sitze zu besetzen seien. Dies sei nicht sachgerecht. Die vorgeschlagene Regelung sei daher abzulehnen.

Mit der Frage, ob eine Stille Wahl der Mitglieder der Regionalgerichte auch möglich sein soll, wenn weniger Personen zur Wahl vorgeschlagen werden, als Sitze zu besetzen sind, hat sich der Grosse Rat bei der Schaffung von Art. 19h GPR befasst. Die Regierung führte dazu in der Botschaft zur Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (Einführung der stillen Wahl für die Mitglieder der Bezirksgerichte) aus, die Stille Wahl komme nur zustande, wenn gleich viele Kandidatinnen und Kandidaten gültig vorgeschlagen würden, wie Sitze zu vergeben seien. Würden weniger oder mehr Personen vorgeschlagen, finde ein öffentlicher Wahlgang statt. Die gleiche Regelung würden etwa die Kantone *St. Gallen* und *Basel-Stadt* kennen. Andere Kantone sähen eine Stille Wahl schon für den Fall vor, dass weniger Personen vorgeschlagen würden, als Sitze zu vergeben seien. Ein öffentlicher Wahlgang finde dann nur noch für die restlichen Sitze statt. Wesentliche verfahrensökonomische Vorteile seien bei dieser Lösung aber nicht erkennbar, weil es trotzdem zu einem öffentlichen Wahlgang komme. Das Verfahren werde eher komplizierter (Botschaft Heft Nr. 1/2010–2011, S. 11). Mit dieser Begründung sprach sich die Regierung dafür aus, die Stille Wahl auf die Fälle zu beschränken, in denen sich gleich viele Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen, wie Sitze zu vergeben sind. Dieser Auffassung schloss sich der Grosse Rat bei der Beratung von Art. 19h GPR an (GRP 1 | 2010/2011, S. 147).

Die Regierung sieht keinen Anlass, auf diesen Entscheid zurückzukommen. Die Gründe, welche bei der Schaffung von Art. 19h GPR für diese Regelung gesprochen haben, gelten nach wie vor. Im Zuge der Justizreform 3 soll die betreffende Regelung nur insofern angepasst werden, als ausgeschlossen werden soll, dass Kandidatinnen und Kandidaten, die das Obergericht für ungeeignet hält, in Stiller Wahl gewählt werden.

Elektronische Ausfertigung von Urkunden und Beglaubigungen

Die Notariatskommission führt aus, seit dem 1. Januar 2012 könnten die Kantone ihre Urkundspersonen ermächtigen, elektronische Ausfertigungen der von ihnen errichteten öffentlichen Urkunden zu erstellen. Ferner könnten die Urkundspersonen befugt werden, die Übereinstimmung der von ihnen erstellten elektronischen Kopien mit den Originaldokumenten auf Papier sowie die Echtheit von Unterschriften elektronisch zu beglaubigen. Die gesetzlichen Grundlagen zur Ermächtigung für die elektronische Beurkundung seien im Rahmen der vorliegenden Revision zu schaffen.

Am 17. Dezember 2021 hat der Bundesrat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariatsrecht verabschiedet (BBl 2022 143, S. 1 ff.). Darin schlägt er vor, ein Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat zu schaffen. Damit soll der Schritt zur vollständigen, elektronischen öffentlichen Beurkundung vollzogen werden. Inskünftig soll es möglich sein, die öffentliche Urkunde direkt im Original elektronisch zu errichten (BBl 2022 143, S. 2). Da die Art und Weise der öffentlichen Beurkundung heute im Wesentlichen im Notariatsgesetz und der Notariatsverordnung geregelt ist, müssen diese Erlasse revidiert werden, wenn das Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat in Kraft tritt (vgl. BBl 2022 143, S. 41). Würden die von der Notariatskommission gewünschten Änderungen hinsichtlich der elektronischen Ausfertigung und der elektronischen Beglaubigung im Zuge der Justizreform 3 vorgenommen, bestünde die Gefahr, dass die geänderten Bestimmungen angepasst werden müssten, wenn das Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat im kantonalen Notariatsrecht umgesetzt wird. Es erscheint daher nicht sinnvoll, die von der Notariatskommission gewünschten Anpassungen zum jetzigen Zeitpunkt vorzunehmen.

Anfechtung von Entscheiden der Aufsichtskommission (Art. 7 Abs. 2 AnwG)

Die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte führt aus, es sei nicht einzusehen, weshalb zukünftig das Justizgericht Beschwerden gegen die Entscheide der Aufsichtskommission beurteilen solle. Die Frage, welches Gericht als Beschwerdeinstanz eingesetzt werde, könne nicht losgelöst von der Zusammensetzung des Justizgerichts beantwortet werden. In der Vernehmlassungsvorlage werde vorgeschlagen, das Justizgericht mit ausserkantonalen Richterinnen und Richtern zu besetzen. Dass dieser Vorschlag politisch einen schweren Stand haben dürfte, sei allseits bekannt. Wenn der Grosse Rat im Rahmen seiner Beratung oder bei der konkreten Wahl voraussichtlich keine ausserkantonalen Richterinnen und Richter für das Justizgericht zulasse, würde die Rekrutierung von Mitgliedern für das Justizgericht noch schwieriger, weil man dann nicht einmal auf die Anwaltschaft im Kanton Graubünden zurückgreifen könnte. Aufgrund der sachlich richtigen und zweckmässigen Schranken hinsichtlich der richterlichen Unabhängigkeit werde eine fachkompetente Zusammensetzung ohne Beizug ausserkantonaler Richterinnen und Richter wohl zur Quadratur des Kreises. Dies gelte nicht nur für die Beurteilung der Entscheide der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte, sondern für alle dem Justizgericht zur Beurteilung zugewiesenen Angelegenheiten. Um eine fachkompetente Zusammensetzung des Justizgerichts ohne Richterinnen und Richter aus anderen Kantonen zu ermöglichen oder zumindest zu vereinfachen, müsste das Justizgericht davon befreit werden, Beschwerden gegen Entscheide der Aufsichtskommission zu behandeln. Aus diesen Überlegungen spreche sich die Aufsichtskommission

über die Rechtsanwälte dafür aus, das Obergericht als Beschwerdeinstanz für Entscheide der Aufsichtskommission vorzusehen. Dieses könne diese Aufgabe ohne weiteres erfüllen. Dieselbe Auffassung vertritt die Notariatskommission.

In Art. 22 Abs. 1 KV soll der Grundsatz verankert werden, dass niemand seiner unmittelbaren kantonalen Rechtsmittelbehörde angehören darf. Dieser Verfassungsgrundsatz soll für die Mitglieder des Obergerichts im Gerichtsorganisationsgesetz umgesetzt werden, indem ihnen die Tätigkeit in einer Behörde untersagt wird, deren Handlungen und Entscheide im Streitfall beim Obergericht angefochten werden können (Art. 30 Abs. 2 lit. c E-GOG). Hierdurch soll die personelle Unabhängigkeit des Obergerichts in seiner Funktion als Rechtsmittelbehörde gewährleistet werden.

Der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte gehören zwei Mitglieder des Obergerichts an, wobei eines dieser Mitglieder die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte präsidieren wird (Art. 5 Abs. 2 lit. a und b AnwG). Administrativ ist die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte dem Obergericht angegliedert. Sie verfügt dort über eine Zustelladresse, kann die Räumlichkeiten des Obergerichts nutzen sowie dessen Sekretariat und Aktuariat beanspruchen (Art. 5 Abs. 4 AnwG). Dies bedeutet, dass zwei Mitglieder des Obergerichts, eine Aktuarin bzw. ein Aktuar und zumindest eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter des Sekretariats des Obergerichts an den Entscheiden der Aufsichtskommission mitwirken werden. Die betreffenden Gerichtspersonen gelten in einem allfälligen Beschwerdeverfahren als vorbefasst und dürfen sich daran nicht beteiligen (Art. 6a Abs. 1 lit. c VRG). Die weiteren Mitglieder des Obergerichts sowie Aktuarinnen und Aktuare dürfen Beschwerden gegen Entscheide der Aufsichtskommission beurteilen, wenn der Gesetzgeber eine solche Beteiligung, die von Verfassungs wegen an sich ausgeschlossen ist (vgl. Art. 22 Abs. 1 KV), ausdrücklich zulässt.

Der Regierung erscheint eine solche Ausnahmeregelung nicht angezeigt. Sie befürchtet, dass aufgrund der engen personellen und organisatorischen Verflechtung der Aufsichtskommission mit dem Obergericht bei den betroffenen Personen der Eindruck entstehen könnte, dass es den mit dem Beschwerdeverfahren befassten Personen an der für einen korrekten sowie fairen Prozess notwendigen Offenheit fehlt und der Ausgang des Beschwerdeverfahrens bereits feststeht. Deshalb schlägt sie vor, das Justizgericht als zuständige Rechtsmittelbehörde zu bezeichnen.

Diese Ausgestaltung des Rechtsmittelzugs hat zur Folge, dass Anwältinnen und Anwälte, die im Kanton Graubünden tätig sind, nicht in das Justizgericht gewählt werden können. Durch die vorgeschlagene Rechtsmittelordnung wird der Kreis der potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten für das Justizgericht folglich eingeschränkt. Dies fällt freilich nur ins Gewicht, wenn die im Kanton Graubünden tätigen Anwältinnen und Anwälte ansonsten

bereit wären, sich in das Justizgericht wählen zu lassen. Wie es sich diesbezüglich verhält, ist schwierig zu beurteilen. Mit Blick auf die dem Justizgericht zur Beurteilung zugewiesenen Angelegenheiten steht aber so oder anders die Besetzung des Justizgerichts mit ausserkantonalen Richterinnen und Richtern im Vordergrund (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter II.4. und zu Art. 65a VRG). Unter diesen Umständen erachtet es die Regierung nicht als besonders gravierend, wenn Anwältinnen und Anwälte, die im Kanton Graubünden tätig sind, aufgrund des für Entscheide der Aufsichtskommission vorgeschlagenen Rechtsmittelwegs nicht in das Justizgericht gewählt werden können.

Neuer Straftatbestand

Die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte bringt vor, im Zusammenhang mit den behördlichen Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie habe sich gezeigt, dass u.a. ein nicht mehr im Anwaltsregister eingetragener Rechtsanwalt öffentlich als Anwalt aufgetreten sei und Parteien berufsmässig vor Gericht vertreten habe. Diese Tatsache habe in der Öffentlichkeit und bei den Verwaltungsbehörden sowie Gerichten für Unverständnis gesorgt. Ein solches Verhalten müsste strafrechtlich sanktioniert werden können.

Die eidgenössischen Prozessordnungen behalten den im Anwaltsregister eingetragenen Anwältinnen und Anwälten die berufliche und entgeltliche Vertretung von Parteien vor den Gerichten grundsätzlich vor (vgl. Art. 68 ZPO, Art. 127 Abs. 4 und 5 StPO). In verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist die berufliche Vertretung ebenfalls eingetragenen Anwältinnen und Anwälten vorbehalten, soweit keine steuer- oder sozialversicherungsrechtlichen Streitigkeiten vorliegen oder der bzw. die Vorsitzende eine anderweitige Vertretung auf Gesuch hin nicht genehmigt hat (Art. 15 Abs. 2 VRG, Art. 15 Abs. 1 lit. b und c VRG). Dieses sog. Anwaltsmonopol gilt nicht für die Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsbehörden, die nicht streitigen Verwaltungsverfahren und die betreibungsrechtlichen Verfahren. In diesen Verfahren können sich die Parteien durch beliebige, handlungsfähige Personen vertreten lassen (Art. 27 SchKG, Art. 15 Abs. 1 lit. a VRG).

Die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte möchte die berufsmässige Parteivertretung durch Personen mit Anwaltspatent in Verfahren, welche nicht dem Anwaltsmonopol unterstehen, untersagen, wenn die betreffenden Personen nicht im Anwaltsregister eingetragen sind. Eine solche Strafnorm könnte geschaffen werden, indem alle Personen mit Anwaltspatent, die berufsmässig Parteien in Verfahren vertreten, verpflichtet würden, sich ins Anwaltsregister einzutragen und die Verletzung dieser Eintragungspflicht unter Strafe gestellt würde. Ob eine derartige kantonale Verwaltungsstrafnorm zulässig wäre, erscheint fraglich, da sie ein Verhalten unter Strafe stellt,

welches die massgeblichen Prozessordnungen explizit erlauben. Die Zulässigkeit dieser Strafnorm muss deshalb eingehend überprüft werden, was der Regierung im Rahmen der Justizreform 3 nicht möglich war. Die Regierung empfiehlt daher, zumindest vorderhand auf die Schaffung einer entsprechenden Strafnorm zu verzichten.

Reduktion der Anzahl der Enteignungskommissionen (Art. 19 und Art. 19a kEntG)

Die Enteignungskommission V hält fest, in Anbetracht der derzeit geringen Geschäftslast der Enteignungskommissionen könnte es durchaus angebracht sein, über deren Zusammenführung zu einer einzigen Enteignungskommission nachzudenken. Allerdings zeichne sich ein erheblicher Anstieg der Geschäftslast aufgrund der Revision des Eidgenössischen Raumplanungsgesetzes vom 22. März 2013 und der daraufhin ergangenen Anpassung des kantonalen Richtplans in den Bereichen Raum, Ordnungspolitik und Siedlung ab. Deshalb halte die Enteignungskommission V eine Reduktion von acht auf nur eine Enteignungskommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht für empfehlenswert. Mit einer Neuorganisation der Enteignungskommission sei deshalb zumindest noch zuzuwarten.

Im Zeitraum von 2011 bis 2020 hatten die acht Enteignungskommissionen insgesamt nie mehr als vier Neuzugänge zu verzeichnen. Im Jahr 2011 ging sogar kein einziger Fall bei einer Enteignungskommission ein. In der Regel wurden von 2011 bis 2020 insgesamt ein bis drei neue Fälle bei allen Enteignungskommissionen rechtshängig gemacht (Jahr 2012, 2013, 2014, 2017, 2018, 2019, 2020). Diese Geschäftslast kann ohne weiteres durch eine Enteignungskommission bewältigt werden. In den vergangenen Jahren ist es ausserdem immer schwieriger geworden, Personen zu finden, die bereit sind, sich in die Enteignungskommissionen wählen zu lassen. Diese Umstände sprechen für eine Zusammenführung der Enteignungskommissionen.

Ob und inwiefern die behördlichen Strukturen im Enteignungsrecht angepasst werden sollen, hängt indessen nicht nur von den aktuellen, sondern auch von den zukünftigen Gegebenheiten ab. In der Vernehmlassung wurde zutreffend darauf hingewiesen, dass die Geschäftslast der Enteignungskommissionen in den kommenden Jahren voraussichtlich erheblich zunehmen wird. Am 1. Mai 2014 ist das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG 1) in Kraft getreten. Die entsprechenden bundesrechtlichen Vorgaben hat der Kanton Graubünden mit dem Richtplan Siedlung (KRIP-S) vom 20. März 2018 umgesetzt. Der Richtplan Siedlung (KRIP-S) verpflichtet die Bündner Gemeinden, ihre Wohnbauzonen in Bezug auf deren Grösse zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen (vgl. Botschaft Heft Nr. 5/2018–2019, S. 381 ff., Anhang 5 [Entschädigungspflicht bei Auszonungen {materielle Enteignung}], S. 462). Ob daraus Enteignungen resultieren, die einer for-

mellen Enteignung gleichzusetzen sind und damit eine Entschädigungspflicht der Gemeinde auslösen (sog. materielle Enteignung), hängt davon ab, wie die Vorgaben des Richtplans Siedlung (KRIP-S) in den Gemeinden umgesetzt werden. Derzeit lässt sich deshalb nicht zuverlässig bestimmen, wie viele Entschädigungsverfahren aufgrund dieser raumplanerischen Entscheide auf die Enteignungskommissionen zukommen werden. Wird berücksichtigt, dass 62 Gemeinden Auszonungen vornehmen müssen, erscheint es aber wahrscheinlich, dass deutlich mehr Entschädigungsverfahren zu führen sein werden als in den letzten zehn Jahren.

In welchem Umfang die Geschäftslast ansteigen wird, hängt aber nicht nur davon ab, wie viele Entschädigungsverfahren aufgrund der Umsetzung des Richtplans Siedlung (KRIP-S) instanziiert werden, sondern auch in welchem Zeitraum die betreffenden Verfahren rechtshängig gemacht werden. In der Botschaft zur Teilrevision kantonales Raumplanungsgesetz vom 26. Juni 2018 hielt die Regierung fest, die Auszonungskosten von geschätzten rund 100 Millionen Franken dürften zwischen 2025 bis 2035 anfallen. Danach sei eine relativ starke Abflachung zu erwarten (Botschaft Heft Nr. 5/2018–2019, S. 381 ff., 401). Diese relativ grosse zeitliche Staffelung der erwarteten Entschädigungsverfahren ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden die erforderlichen raumplanerischen Umsetzungsentscheide nicht alle gleichzeitig treffen und diese aufgrund der zu erwartenden Rechtsmittelverfahren nicht gleichzeitig Rechtswirkung entfalten werden. Soweit unterschiedliche Gemeinden betroffen sind, dürften die fraglichen Entschädigungsverfahren daher über mehr als zehn Jahre hinweg instanziiert werden. Hingegen dürften die Entschädigungsverfahren, welche die gleiche Gemeinde betreffen, ungefähr gleichzeitig bei der örtlich zuständigen Enteignungskommission eingereicht werden. Die diesen zugrundeliegenden Auszonungen sind nämlich auf die gleiche Auszonung zurückzuführen. Allfällige dagegen erhobene Planungsbeschwerden dürfte die Regierung den Parteien koordiniert mit dem Genehmigungsentscheid zur Ortsplanung eröffnen. Auch im Falle von Rechtsmittelverfahren ist davon auszugehen, dass die Gerichte ihre Entscheide koordinieren werden, zumal die jeweiligen Auszonungen im Kontext des gesamten Gemeindegebiets und im Verhältnis zueinander zu betrachten sind. Deshalb dürften die Entschädigungsverfahren, welche dieselbe Gemeinde betreffen, ungefähr gleichzeitig bei der örtlich zuständigen Enteignungskommission instanziiert werden. Vor diesem Hintergrund ist keineswegs gewiss, dass mehrere kleinere Enteignungskommissionen besser in der Lage sind, den durch die Umsetzung des Richtplans Siedlung (KRIP-S) bedingten Anstieg der Geschäftslast zu bewältigen als eine grössere Enteignungskommission. Letztere wird zwar alle Entschädigungsverfahren zu beurteilen haben; dies aber über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinweg. Ausserdem hat sie die Möglichkeit, im Hinblick auf den zu erwar-

tenden, mehrjährigen Anstieg der Geschäftslast eine professionelle Infrastruktur aufzubauen und eine kantonsweite Praxis zu etablieren. Aus diesen Gründen ist die Regierung der Auffassung, dass zukünftig für den ganzen Kanton nur mehr eine Enteignungskommission vorgesehen werden soll.

2.3. Auswertung des Fragebogens zum Wahl- und Wiederwahlverfahren

Die Regierung hat sich entschieden, mögliche Änderungen des Wahl- und Wiederwahlverfahrens mittels eines Fragebogens zur Diskussion zu stellen. Den betreffenden Fragebogen haben insgesamt 22 Vernehmlassungsteilnehmende, d.h. zwölf Gemeinden, zwei Regionen, die Regionalgerichte (eine Stellungnahme), vier Parteien, der Bündnerische Anwaltsverband und zwei Departemente, ausgefüllt.

Abgesehen von einer Gemeinde lehnten alle Vernehmlassungsteilnehmenden die Abschaffung des Wiederwahlverfahrens ab. Gegen eine Verlängerung der Amtsdauer von vier auf sechs Jahren sprachen sich 70% der Vernehmlassungsteilnehmenden aus. Drei Fünftel der Vernehmlassungsteilnehmenden lehnten es sodann ab, dass sich die Amtsdauer der Mitglieder des Obergerichts stillschweigend verlängert, wenn die KJS nicht vor Ablauf der Amtsdauer die Durchführung einer Wiederwahl beantragt. Schliesslich sprachen sich knapp drei Fünftel der Vernehmlassungsteilnehmenden dagegen aus, dass im ersten Wahlgang nur die amtierenden Mitglieder des Obergerichts gewählt werden können und Richterstellen im Verfahren der Erneuerungswahl zu besetzen sind, wenn ein amtierendes Mitglied des Obergerichts das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreicht. Diese Ergebnisse sind eindeutig. Sie zeigen, dass die betreffenden Änderungen des Wahl- sowie Wiederwahlverfahrens nicht mehrheitsfähig sind.

Nicht eindeutig ist hingegen das Ergebnis zur Frage, ob der Grosse Rat den Mitgliedern des Obergerichts die Wiederwahl nur mehr versagen können soll, wenn ein Amtsenthebungsgrund vorliegt. Diese Frage wurde von der Hälfte der Vernehmlassungsteilnehmenden bejaht. Würden die Nichtwiederwahlgründe gleich umschrieben wie die Amtsenthebungsgründe, so würden sich diese zwei Verfahren indessen nur mehr hinsichtlich des Zeitpunkts der Verfahrenseinleitung sowie der verfahrensrechtlichen Ausgestaltung unterscheiden. Während das Amtsenthebungsverfahren jederzeit eingeleitet werden kann und sich grundsätzlich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege richtet, findet das Wiederwahlverfahren nur alle vier Jahre statt und ist als grossrätliches Wahlverfahren ausgestaltet. Im Übrigen wären die betreffenden Verfahren identisch. Wären die Nichtwiederwahlgründe mit den Amtsenthebungsgründen identisch, sähe sich der Grosse Rat deshalb faktisch gezwungen, die Mitglieder des Obergerichts immer wiederzuwählen, da er das

Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds im Rahmen des Amtsenthebungsverfahrens prüfen sollte, das hierfür speziell konzipiert wurde und sich damit für die Prüfung dieser Frage besser eignet als das Wiederwahlverfahren. Stimmen die Nichtwiederwahlgründe mit den Amtsenthebungsgründen überein, sollte das Wiederwahlverfahren daher abgeschafft und eine einmalige Wahl der Mitglieder des Obergerichts vorgesehen werden. Eine solche Regelung wäre aber – wie die Ergebnisse des Fragebogens zeigen – nicht mehrheitsfähig. Unter diesen Umständen sollte darauf verzichtet werden, die Nichtwiederwahlgründe gleich zu umschreiben wie die Amtsenthebungsgründe.

Mit Blick auf die Ergebnisse des Fragebogens zum Wahl- und Wiederwahlverfahren und die vom Grossen Rat in der Junisession 2019 getroffenen Beschlüsse schlägt die Regierung im Rahmen der Justizreform 3 deshalb keine Änderung des Wahl- und Wiederwahlverfahrens für die Mitglieder der richterlichen Behörden vor.

IV. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. Teilrevision der Kantonsverfassung

Art. 14 *Ungültigkeit*

Die oberen kantonalen Gerichte sollen mit der vorliegenden Vorlage zu einem einzigen Gericht, dem sog. Obergericht des Kantons Graubünden, zusammengeführt werden. Infolge dieser Änderung ist in Art. 14 Abs. 3 KV das Obergericht als zuständige Rechtsmittelbehörde zu bezeichnen.

4. Kantonale Behörden

In der Kantonsverfassung wird der Begriff «Gerichte» nicht nur für die Gerichte im engeren Sinne, sondern auch für die richterlichen und aussergerichtlichen Behörden verwendet (vgl. z.B. Art. 21 Abs. 1 KV, Art. 22 Abs. 2 KV, Art. 25 KV, Art. 51 KV, Art. 51a KV, Art. 52 KV, Art. 56 KV). Diese Terminologie weicht von der in der Lehre üblichen ab. Danach bezeichnet der Begriff «Gerichte» in der Regel die Gerichte im engeren Sinne. Dieser Terminologie folgt ebenfalls das Gerichtsorganisationsgesetz. Die Regierung schlägt vor, diese Terminologie auch in der Kantonsverfassung zu implementieren. Demnach soll der Begriff «Gerichte» in der Kantonsverfassung zukünftig nur mehr für die Gerichte im engeren Sinne verwendet werden. Sind die Behörden gemeint, die richterliche Aufgaben erfüllen, soll – wie in Art. 191c BV – von den «richterlichen Behörden» gesprochen werden. Die im 4. Abschnittstitel enthaltenen Regelungen beziehen sich nicht nur auf

die Gerichte. Der im 4. Abschnittstitel verwendete Begriff der Gerichte ist deshalb durch richterliche Behörden zu ersetzen. Der neue Abschnittstitel würde demnach «4. Behörden und richterliche Behörden» lauten.

Fraglich ist, ob der solchermassen abgeänderte Abschnittstitel zutreffend ist. Im 4. Abschnitt werden die Organisation des Grossen Rats (Art. 27–37 KV und Art. 21–26 KV), der kantonalen Verwaltung (Art. 38–50 KV und Art. 21–26 KV), der richterlichen Behörden (Art. 51–56 und Art. 21–26 KV) und die Ausübung von Mitwirkungsrechten im Bund (Art. 57–59 KV und Art. 21–26 KV) geregelt. Hierfür wurde bei der Schaffung der Kantonsverfassung der Abschnittstitel «Behörden und Gerichte» gewählt, weil damals nicht alle Gerichte kantonale Behörden waren. Seit dem Jahr 2011 trägt der Kanton das gesamte Defizit der Regionalgerichte (damals Bezirksgerichte) und der Schlichtungsbehörden sowie die Kosten der unentgeltlichen Rechtspflege (Botschaft Heft Nr. 9/2008–2009, S. 453 ff. und Nr. 13/2009–2010, S. 795). Spätestens seit der Gebietsreform gelten sodann alle richterlichen Behörden als kantonale Behörden (Botschaft Nr. 18/2011–2012, S. 1963 ff., 1996). Die derzeit in der Kantonsverfassung getroffene Unterscheidung zwischen den (Kantonalen) Behörden und Gerichten ist damit obsolet geworden. Neu soll deshalb für den 4. Abschnitt die Überschrift «Kantonale Behörden» gewählt werden.

Art. 21 *Wählbarkeit*

Abs. 1: Wird der 4. Abschnittstitel im vorgeschlagenen Sinne angepasst, so zählen die richterlichen Behörden zu den kantonalen Behörden. Es erweist sich daher nicht als erforderlich, sie gesondert in Art. 21 Abs. 1 KV zu erwähnen. Der Begriff «Gerichte» soll daher in Art. 21 Abs. 1 KV gestrichen werden. Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Änderung; die materielle Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

Abs. 1bis: Die Anforderungen an die richterliche Tätigkeit haben in den vergangenen Jahren zugenommen (statt vieler: Markus Rhyner, Kantonsübergreifende Gerichte: sinnvoll für die Gerichtsorganisation bevölkerungsarmer Kantone?, in: Justice – Justiz – Giustizia 2019 N. 6). Ohne juristische Kenntnisse wird es immer schwieriger, ein Richteramt auszuüben. Juristische Kenntnisse genügen allerdings für sich allein nicht, um eine gute Richterin oder ein guter Richter zu sein. Um Verhandlungen zu führen, mit den Richterkolleginnen und -kollegen zusammenzuarbeiten sowie Mitarbeitende zu führen, bedarf es auch sozialer Kompetenzen. Erforderlich sind namentlich Konflikt- und Vermittlungsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, angemessenes Auftreten, Objektivität und die Fähigkeit zur selbstkritischen Reflexion (Tanja Petrik-Haltiner, Qualitätssicherung in der Rechtsprechung, in: Justice – Justiz – Giustizia 2017/2, N. 8; Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 810; Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 683).

Personen zu finden, die diese Eigenschaften in sich vereinen, ist nicht immer einfach. Diese Rekrutierungsschwierigkeiten akzentuieren sich, wenn Richterstellen mit einem geringen Pensum oder nur für wenige Monate zu besetzen sind. Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 beschlossen, ein Spezialverwaltungsgericht nach dem Modell der Kantone *Aargau* und *Waadt* zu schaffen, wenn das Kantons- und Verwaltungsgericht zu einem einzigen Gericht zusammengelegt werden (GRP 5 | 2018/2019, S. 854). Dieses sog. Justizgericht soll den bundesrechtlich geforderten Rechtsschutz auf kantonaler Ebene sicherstellen (Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 801). Es wird, wie die Erfahrungen in den Kantonen *Aargau* und *Waadt* zeigen, voraussichtlich nur einige wenige Fälle pro Jahr zu beurteilen haben. Die betreffenden Fälle können aber höchst anspruchsvoll sein. Die Mitglieder des Justizgerichts müssen daher über ein grosses Fachwissen und über Erfahrung in der Führung gerichtlicher Verfahren verfügen. Solche Personen im Kanton Graubünden zu finden, dürfte schwierig sein, zumal Mitglieder des Justizgerichts nicht gleichzeitig einer anderen richterlichen Behörde im Kanton angehören dürfen und im Kanton Graubünden nicht als Anwältinnen bzw. Anwälte praktizieren sollten, ansonsten sie die ihnen übertragene Rechtsprechungsfunktion nicht mit der gebotenen Unabhängigkeit erfüllen können (Art. 64 Abs. 1 E-GOG).

Ähnlich schwierig dürfte es sein, geeignete Personen für ein ausserordentliches Richteramt zu finden (Art. 53 ff., Art. 83 ff. E-GOG). Ein ausserordentliches Richteramt wird in der Regel nur für einige Monate bis wenige Jahre ausgeübt. Bei dessen Besetzung steht daher die fachliche Qualifikation der Kandidatinnen und Kandidaten im Vordergrund. Zwar können sich methodisch geschulte Juristinnen und Juristen in jeder Rechtsmaterie zurechtfinden. Sie müssen sich jedoch zunächst einarbeiten, was vor allem in hochspezialisierten Rechtsmaterien mehrere Monate in Anspruch nehmen kann. Die Effektivität der Zuwahl hängt deshalb massgeblich davon ab, dass Personen gewählt werden, welche die Kenntnisse und Erfahrungen mitbringen, die sie für die Ausübung des zu besetzenden Richteramts benötigen (Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 683).

Sowohl für die Besetzung des Justizgerichts als auch von ausserordentlichen Richterämtern können sich Personen als ideal erweisen, die in einem anderen Kanton ein ähnliches Richteramt wie das zu besetzende ausüben oder ausgeübt haben. Die Wahl solcher Personen schliesst Art. 21 Abs. 1 KV in der Regel aus. Denn gemäss der fraglichen Regelung sind in die Gerichte (neu: richterliche Behörden) nur Stimmberechtigte des Kantons Graubünden wählbar. Diese Voraussetzung erfüllen ausserkantonale Richterinnen und Richter zumeist nicht, weil sie nicht im Kanton Graubünden wohnen (Art. 9 Abs. 1 KV) und hier damit nicht stimmberechtigt sind. Um deren Wahl zukünftig zu ermöglichen, schlägt die Regierung vor, die verfassungs-

rechtliche Grundlage zu schaffen, damit der Gesetzgeber vom Wohnsitzerfordernis als Wählbarkeitsvoraussetzung für die Mitglieder der richterlichen Behörden absehen kann (Art. 21 Abs. 1bis KV). Ob und unter welchen Voraussetzungen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll, entscheidet der Gesetzgeber jeweils bei der Schaffung einer entsprechenden Regelung. Er hat es folglich in der Hand, die Wahl in ein Richteramt weiterhin vom Wohnsitz im Kanton abhängig zu machen.

Abs. 2 und 3: Hierbei handelt es sich um redaktionelle Änderungen, die aus denselben Gründen vorgenommen werden sollen wie jene in Art. 21 Abs. 1 KV.

Art. 22 *Unvereinbarkeiten*

Die Unvereinbarkeitsregeln gemäss Art. 22 KV sind Ausfluss der personellen Gewaltenteilung. Soweit sie sich auf die richterlichen Behörden beziehen, gehen sie hauptsächlich zurück auf die Reorganisation der erstinstanzlichen Gerichte im Jahr 2000 (Botschaft Heft Nr. 2/1999–2000, S. 57 ff., S. 108; GRP 2 | 1999/2000, S. 403 ff.) und die Totalrevision der Kantonsverfassung (Botschaft Heft Nr. 10/2001–2002, S. 479 ff., S. 541 f.; GRP 3 | 2002/2003, S. 356 ff.; GRP 2 | 2002/2003, S. 276 ff.; vgl. auch Botschaft Heft Nr. 9/2008–2009, S. 453 ff., S. 456 f.).

Abs. 1: Für eine funktionierende Aufsicht ist es wichtig, dass niemand seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehört. Deshalb verbietet Art. 22 Abs. 1 KV eine solche Zugehörigkeit. Ob ein unmittelbares Aufsichtsverhältnis vorliegt, hängt davon ab, welche Bedeutung dem Begriff der unmittelbaren Aufsichtsbehörde im Kontext von Art. 22 Abs. 1 KV beigemessen wird. Eine allgemeingültige Definition des Begriffs der unmittelbaren Aufsichtsbehörde existiert nicht. Welcher Behörde diese Stellung zukommt, ist jeweils im Einzelfall zu bestimmen. Hierfür ist entscheidend, über welche Aufsichts-, Weisungs- sowie Interventionsrechte und/oder Disziplinarbefugnisse eine Behörde verfügt (Erläuternder Bericht der Verfassungskommission, Chur 2000, S. 87).

Das Obergericht darf den Regionalgerichten in Bezug auf die Rechtsprechung, abgesehen von Rückweisungsentscheiden, keine Weisungen erteilen. Im Bereich der Justizverwaltung verfügt es hingegen über verschiedene Instrumente der Disziplinar- und Organaufsicht, mit deren Hilfe es sicherzustellen hat, dass die Regionalgerichte rechtmässig, zweckmässig und haushälterisch handeln (Art. 97 ff. E-GOG). Das Obergericht gilt demnach im Verhältnis zu den Regionalgerichten mutmasslich als unmittelbare Aufsichtsbehörde im Sinne von Art. 22 Abs. 1 KV. Mitglieder der betreffenden Gerichte können demnach nicht gleichzeitig dem Obergericht sowie einem Regionalgericht angehören.

Für ein ausserordentliches Richteramt eignen sich Personen besonders gut, die eine ähnliche Richtertätigkeit ausüben oder ausgeübt haben, wie die zu besetzende Richterstelle. Ist eine ausserordentliche Richterstelle an der straf- und zivilrechtlichen Abteilung des Obergerichts zu besetzen, gelten deshalb grundsätzlich die hauptamtlichen Regionalrichterinnen und -richter als ideale Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der Besetzung einer ausserordentlichen Richterstelle an einem Regionalgericht, erweisen sich in der Regel Mitglieder der straf- und zivilrechtlichen Abteilung des Obergerichts als besonders geeignet. Derartige Zuwahlen schliesst Art. 22 Abs. 1 KV aus. Hierdurch wird die Rekrutierung geeigneter Personen für ausserordentliche Richterämter erheblich erschwert. Um solche Zuwahlen zu ermöglichen, soll Art. 22 Abs. 1 KV dahingehend ergänzt werden, dass der Gesetzgeber in Ausnahmefällen vorsehen kann, dass Mitglieder richterlicher Behörden gleichzeitig der beaufsichtigenden und der beaufsichtigten Behörde angehören dürfen. Ob und unter welchen Voraussetzungen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden soll, entscheidet jeweils der Gesetzgeber bei der Schaffung entsprechender Ausnahmeregeln.

Abs. 3: Dem Schutz der richterlichen Unabhängigkeit dient ferner Art. 22 Abs. 3 KV. Gemäss der fraglichen Regelung dürfen Richterinnen und Richter nicht gleichzeitig der Regierung und einer anderen richterlichen Behörde im Kanton angehören. Diese Regelung erstaunt insofern, als hiermit Mitgliedern von Regionalgerichten untersagt wird, einem anderen Regionalgericht anzugehören. Die Regionalgerichte üben dieselbe Aufgabe für einen anderen Gerichtssprengel aus. Sie stehen nicht in einem Über- oder Unterordnungsverhältnis zueinander. Die gleichzeitige Ausübung der betreffenden Richterämter führt nicht zu vermehrten Loyalitäts- oder Interessenkonflikten und gefährdet die Unabhängigkeit der richterlichen Behörden nicht. Unter dem Blickwinkel der Unvereinbarkeit spricht nichts gegen eine derartige Ämterkumulation. Strukturelle Interessenkonflikte, denen durch eine Unvereinbarkeitsregel zu begegnen ist, sind hingegen zu erwarten, wenn Mitglieder richterlicher Behörden gleichzeitig einer über- und untergeordneten richterlichen Behörde angehören. Dass jemand solche Richterämter gleichzeitig ausübt, ist nicht erwünscht. Um dies zu verhindern, genügt es indessen, einem Mitglied einer richterlichen Behörde zu untersagen, gleichzeitig seiner kantonalen Rechtsmittelbehörde anzugehören. Die Regierung schlägt daher vor, den zweiten Halbsatz in Art. 22 Abs. 3 KV zu streichen und die dahinterstehende Intention in Art. 22 Abs. 1 KV zu verankern, indem Mitgliedern kantonaler Behörden verboten wird, gleichzeitig ihrer kantonalen Rechtsmittelbehörde anzugehören (vgl. hierzu auch Art. 2 Abs. 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes vom 3. März 1968 und Botschaft Heft Nr. 2/1999–2000, S. 95). Von diesem Grundsatz soll der Gesetzgeber – wie im Fall der gleichzeitigen Zugehörigkeit zur unmittelbaren Aufsichtsbehörde – in Ausnahmefällen abweichen können.

Die im Weiteren vorgeschlagene Änderung ist nur redaktioneller Natur. In Art. 22 Abs. 3 KV soll der Begriff «gleichzeitig» gestrichen werden. Damit wird dessen Wortlaut an Art. 22 Abs. 2 und 4 KV angepasst. Die Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

Abs. 4: Überdies empfiehlt die Regierung, in Art. 22 Abs. 4 KV von Mitgliedern richterlicher Behörden, die im Vollpensum tätig sind, zu sprechen. Mit der vorliegenden Revision verfolgt die Regierung u.a. das Ziel, das beschäftigungsrechtliche Verhältnis der Mitglieder der richterlichen Behörden, soweit wie möglich, zu vereinheitlichen. Zukünftig soll deshalb nur mehr zwischen den hauptamtlichen und nebenamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden unterschieden werden (vgl. Art. 19 E-GOG). Der Begriff des vollamtlichen Mitglieds einer richterlichen Behörde soll im Gerichtsorganisationsgesetz nicht mehr verwendet werden. Art. 22 Abs. 4 KV soll an diese Terminologie angepasst werden.

Art. 31 *Gesetzgebung*

Art. 31 KV legt fest, welche Regelungen in einem Gesetz im formellen Sinne zu verankern sind (Botschaft Heft Nr. 10/2001–2002, S. 521). Dies trifft namentlich auf die Grundsätze der Organisation sowie Aufgaben der Behörden und Gerichte zu (Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 KV). Wird der 4. Abschnittstitel im vorgeschlagenen Sinne angepasst, bezieht sich der Begriff der Behörden auch auf die richterlichen Behörden. Es ist daher nicht mehr erforderlich, die Gerichte in Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 gesondert zu erwähnen. Der Begriff der «Gerichte» soll daher in Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 KV gestrichen werden. Diese Änderung ist nur redaktioneller Natur; die materielle Rechtslage erfährt dadurch keine Änderung.

Art. 33 *Aufsicht und Oberaufsicht*

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 beschlossen, im Fall der Fusion des Kantons- und Verwaltungsgerichts ein Spezialverwaltungsgericht zu schaffen, wie es die Kantone *Aargau* und *Waadt* kennen (GRP 5 | 2018/2019, S. 854). Dieses sog. Justizgericht soll für ausgewählte Rechtsstreitigkeiten angerufen werden können, die das Obergericht nicht oder nicht als letzte kantonale Instanz beurteilen kann. Es wird folglich jeweils als letzte kantonale Instanz entscheiden. Deshalb soll es – wie das Obergericht – der direkten Aufsicht des Grossen Rats unterstellt werden (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 52 Abs. 2 KV).

Im Übrigen hat sich Art. 33 Abs. 1 KV infolge der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts nur mehr auf das Obergericht zu beziehen.

Art. 36 *Wahlen*

Der Grosse Rat soll weiterhin die Mitglieder der obersten kantonalen Gerichte wählen. Demzufolge ist der Grosse Rat in Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV zu befugen, die Mitglieder des Obergerichts und des Justizgerichts zu wählen.

Art. 50 *Andere Träger öffentlicher Aufgaben*

Der Begriff der «kantonalen Verwaltung» wird in Art. 49 Abs. 1 KV umschrieben. Danach gliedert sich die kantonale Verwaltung nach Geschäftsbereichen in Departemente. Die Standeskanzlei ist die allgemeine Stabs-, Koordinations- und Verbindungsstelle des Grossen Rats, der Regierung und der Verwaltung. Diese Regelung hat der kantonale Gesetzgeber in Art. 15 RVOG konkretisiert. Laut der fraglichen Regelung gehören der Kantonalen Verwaltung fünf Departemente und die Standeskanzlei als Stabsstelle an. Die Departemente sowie die Standeskanzlei umfassen die Verwaltungseinheiten, die ihnen unterstellt oder administrativ zugewiesen sind (Art. 15 Abs. 2 RVOG). Hierunter fallen zum einen alle der Zentralverwaltung angehörenden Verwaltungseinheiten, zum anderen dezentrale Verwaltungseinheiten, die den Departementen administrativ angegliedert sind, wie z.B. die Fachkommissionen, die Sozialversicherungsanstalt Graubünden oder die Psychiatrischen Dienste Graubünden. Als dezentrale Verwaltungseinheiten gelten derzeit auch die Notariatskommission sowie die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte (vgl. die Ausführungen unter II.2.4.).

Der rechtliche Status der Notariatskommission und der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte wird sich ändern, wenn diese Verwaltungsbehörden – wie von der Regierung vorgeschlagen – der alleinigen, direkten Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden (vgl. Art. 5a NotG und Art. 6a AnwG). In diesem Fall werden die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte zwar weiterhin eine öffentliche Aufgabe erfüllen (Art. 5 Abs. 1 NotG, Art. 6 Abs. 1 AnwG). Sie werden aber in keiner Form mehr mit der kantonalen Verwaltung verbunden sein, da sie zukünftig ausschliesslich durch das Obergericht beaufsichtigt werden sollen. Diese Reorganisation lässt sich nur verwirklichen, wenn Art. 50 Abs. 2 KV nicht mehr vorschreibt, dass die «anderen Träger der öffentlichen Verwaltung» durch die Regierung zu beaufsichtigen sind. Deshalb soll darin nur mehr vorgesehen werden, dass für die Ausgliederung öffentlicher Aufgaben eine hinreichende Aufsicht, eine angemessene Mitwirkung des Grossen Rats und der Rechtsschutz sicherzustellen sind. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, andere Träger von kantonalen Verwaltungsaufgaben durch ein anderes kantonales öffentliches Organ als die Regierung beaufsichtigen zu lassen.

4.4. Richterliche Behörden

Die Regierung schlägt vor, in der Kantonsverfassung zukünftig – wie in Art. 191c BV – anstelle des Begriffs der «Gerichte» jenen der «richterlichen Behörden» zu verwenden, wenn sich eine Regelung nicht nur auf das Obergericht, das Justizgericht oder die Regionalgerichte bezieht (vgl. dazu auch die Ausführungen zu «4. Kantonale Behörden»). Der Abschnittstitel 4.4. soll an diese Terminologie angepasst werden.

Art. 51 *Unabhängigkeit und Unparteilichkeit*

Abs. 1 und 2: Art. 51 Abs. 1 KV statuiert die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte. Diese Regelung ergänzt Art. 51 Abs. 2 KV, indem sie den Gerichten das Recht zur Selbstverwaltung zuerkennt, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist. Art. 51 Abs. 1 und 2 KV sollen mit der vorliegenden Teilrevision insofern angepasst werden, als darin jeweils anstelle der «Gerichte» von den «richterlichen Behörden» gesprochen wird. Denn die betreffenden Grundsätze gelten nicht nur für die Gerichte, sondern für alle richterlichen Behörden.

Abs. 3 und 4: Die Regierung schlägt vor bei dieser Gelegenheit, die in Art. 51 Abs. 3 und 4 KV verankerten Unvereinbarkeitsregeln aufzuheben. Die betreffenden Bestimmungen treten zu den in Art. 22 KV verankerten Unvereinbarkeitsregeln hinzu. Die Frage, welche Ämter sowie Tätigkeiten Mitglieder richterlicher Behörden gleichzeitig mit einem Richteramt ausüben dürfen, ist in der Kantonsverfassung derzeit somit in zwei Bestimmungen geregelt. Dieser Regelungsansatz überzeugt nicht. Für die Mitglieder der richterlichen Behörden sollten die verfassungsrechtlichen Unvereinbarkeitsregeln – wie für die anderen Mitglieder der kantonalen Behörden – in einer Bestimmung verankert sein. Mit dem Ziel, diesen Regelungsansatz zu verwirklichen, wurden die verfassungsrechtlichen Unvereinbarkeitsregeln einer Überprüfung unterzogen. Dabei hat sich gezeigt, dass es mit Blick auf die Tragweite der in Art. 51 Abs. 3 und 4 KV verankerten Unvereinbarkeitsregeln sachgerechter wäre, diese nur auf Gesetzesstufe zu verankern. Dass sie Eingang in die Verfassung gefunden haben, ist primär auf die politischen Gegebenheiten zurückzuführen, die zum Zeitpunkt ihrer Schaffung bestanden haben (vgl. GRP 2 | 1999/2000, S. 418 ff.; GRP 2 | 2002/2003, S. 276 ff.). Heute sind die fraglichen Regelungen im Grundsatz unbestritten. Nach der Beurteilung der Regierung genügt es, sie auf Gesetzesebene zu verankern (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 30 E-GOG).

Art. 51a *Finanzen, Mitwirkung im Grossen Rat und Rechtsetzung*

Abs. 1: Im Bündner Recht wird unter dem Jahresbericht und dem Geschäftsbericht grundsätzlich dasselbe verstanden. Der Jahresbericht beinhal-

tet indessen oftmals auch die Jahresrechnung (z.B. bei den Psychiatrischen Diensten Graubünden, beim Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales). Dies ist beim Geschäftsbericht in der Regel nicht der Fall. Im Geschäftsbericht wird ausschliesslich über die Geschäftsführung berichtet, ohne dass auf die Jahresrechnung Bezug genommen wird. Für die richterlichen Behörden erweist sich der Begriff «Geschäftsbericht» daher als präziser als jener des Jahresberichts. Seit März 2017 bezeichnen die oberen kantonalen Gerichte deshalb den Bericht, mit dem sie den Grossen Rat über ihre Geschäftstätigkeit und die Geschäftstätigkeit der unter ihrer Aufsicht stehenden richterlichen Behörden sowie der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte und der Notariatskommission informieren, als Geschäftsbericht. Dieser Bezeichnungswechsel soll in Art. 51a Abs. 1 KV nachvollzogen werden.

Abs. 1bis: Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 entschieden, die oberen kantonalen Gerichte zu berechtigen, Rechtsetzungsverfahren im Bereich der Justizverwaltung zu initiieren und/oder dem Grossen Rat Entwürfe für Verfassungs- und Gesetzesänderungen im Bereich der Justizverwaltung zu unterbreiten (GRP 5 | 2018/2019, S. 862). Die hierfür erforderliche Verfassungsgrundlage soll in Art. 51a Abs. 1bis KV geschaffen werden.

Abs. 2: Hat das Obergericht ein Rechtsetzungsverfahren initiiert, soll es auch berechtigt sein, an der grossrätlichen Debatte zu dem betreffenden Rechtsetzungsvorhaben mit beratender Stimme und Antragsrecht teilzunehmen. In dieser Beziehung sollen die dem Obergericht in Art. 51 Abs. 2 KV eingeräumten Mitwirkungsrechte ergänzt werden.

Nicht erwähnt werden soll in Art. 51 Abs. 2 KV das Justizgericht. Zukünftig soll die Bündner Justiz vom Obergericht vertreten werden. Die Vertretung der richterlichen Behörden gegenüber dem Grossen Rat ist für die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit wichtig. Hierfür ist Stärke und Durchsetzungskraft erforderlich (Catherine Reiter, Gerichtsinterne Organisation: Best Practices, Zürich/Basel/Genf 2015, S. 95). Diese Aufgabe soll daher von einem einzigen Funktionsträger wahrgenommen werden. Derzeit ist dies nicht möglich, da mit dem Kantons- und Verwaltungsgericht zwei gleichgeordnete, obere kantonale Gerichte bestehen. Mit dem aus der Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte entstehenden Obergericht wird die Bündner Justiz neu über eine einheitliche Spitze verfügen. Die Präsidentin bzw. der Präsident des Obergerichts kann und soll zukünftig die Interessen der Justiz, einschliesslich jener des Justizgerichts, gegenüber dem Grossen Rat wahren. Das Justizgericht benötigt daher kein direktes Zugangsrecht zum Grossen Rat. Soweit es sich als erforderlich erweist, soll die Präsidentin bzw. der Präsident des Justizgerichts an den Sitzungen der Kommissionen des Grossen Rats teilnehmen können. Die betreffenden Mitwirkungsrechte können auf Gesetzesebene verankert werden. Sie bedürfen keiner verfassungsrechtlichen Grundlage.

Abs. 3: Ferner schlägt die Regierung vor, Art. 51a Abs. 3 KV zu ändern. Das Bundesgericht hat in den vergangenen Jahren seine Rechtsprechung zur Fallzuteilung und Spruchkörperbildung verschärft (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 77 E-GOG). Mit Blick auf diese bundesgerichtliche Rechtsprechung erscheint es sinnvoll, die Fallzuteilung und die Spruchkörperbildung für die Regionalgerichte – wie für die oberen kantonalen Gerichte – in einer Verordnung zu regeln. Die betreffenden Regelungen müssen an die betrieblichen und personellen Verhältnisse der Regionalgerichte angepasst werden. Wäre nur das Obergericht berechtigt, die Verteilung der Geschäfte auf die Kammern sowie die Spruchkörperbildung zu regeln, müsste es womöglich für alle elf Regionalgerichte unterschiedliche Regelungen treffen, die alsdann laufend an die sich ändernden Verhältnisse anzupassen wären. Dies erscheint nicht praktikabel. Stattdessen sollen auch die Regionalgerichte ermächtigt werden, eine Geschäftsordnung zu erlassen. Dies bedingt, dass in Art. 51a Abs. 3 KV nicht mehr nur das Obergericht, sondern auch die Regionalgerichte ermächtigt werden, Verordnungen auf dem Gebiet der Justizverwaltung zu erlassen. Dieselbe Befugnis soll zukünftig dem Justizgericht zustehen. Art. 51a Abs. 3 KV ist entsprechend anzupassen.

Schliesslich vermag Art. 51a Abs. 3 KV in terminologischer Hinsicht insofern nicht zu überzeugen, als darin von der Justizverwaltung und der Justizaufsicht die Rede ist. Der Begriff der Justizverwaltung bezeichnet die Tätigkeit der richterlichen Behörden, die weder zur Rechtsetzung noch zur Rechtsprechung gehört. Diese verwaltende Tätigkeit wird zum Zwecke ausgeübt, die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Rechtsprechung zu schaffen und zu erhalten (Regina Kiener, Richterliche Unabhängigkeit, Bern 2001, S. 292, S. 298). Die Justizverwaltung bezieht sich folglich auf alle Tätigkeiten der richterlichen Behörden, die nicht der Rechtsprechung im Einzelfall dienen, sondern die Grundlagen für die Justiztätigkeit betreffen. Nach dieser begrifflichen Umschreibung umfasst der Begriff der Justizverwaltung auch die Justizaufsicht.

Art. 52 *Justizaufsicht*

Abs. 1: Gemäss Art. 52 Abs. 1 KV übt das Kantonsgericht die Aufsicht über alle Bereiche der Zivil- und der Strafrechtspflege aus. Diese Formulierung erweist sich insofern als zu weit, als dem Kantonsgericht im Bereich der Strafrechtspflege nur die administrative Aufsicht über die Regionalgerichte sowie das kantonale Zwangsmassnahmengericht, nicht aber über die Staatsanwaltschaft und die Organe der Verwaltungsstrafrechtspflege obliegt. Das Kantonsgericht beaufsichtigt mithin nur die erstinstanzlichen Strafgerichte.

Ähnlich verhält es sich für den Bereich der Zivilrechtspflege. Das Kantonsgericht beaufsichtigt hier die Regionalgerichte, die Vermittlungsämter, die Schlichtungsbehörden für Mietsachen sowie die Schlichtungsbehörde

für Gleichstellungssachen (Art. 66 und Art. 67 GOG). Ausserdem obliegt ihm die fachliche und teils personelle Aufsicht über die Schuldbetreibungs- und Konkursämter (Art. 13 EGzSchKG). Demgegenüber werden die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Art. 41 EGzZGB), das Grundbuchwesen (Art. 1 KGBV), das Handelsregisterwesen (Art. 4b EGzOR i.V.m. Anhang 1 RVOV [BR 170.310] Ziff. 1.1.1 lit. b) und die Zivilstandsämter (Art. 20b EGzZGB i.V.m. Anhang 1 zur RVOV [BR 170.310] Ziff. 1.2.1 lit. c) nicht vom Kantonsgericht beaufsichtigt. Im Bereich der Zivilrechtspflege beschränkt sich die Aufsicht des Kantonsgerichts folglich auf die richterlichen Behörden sowie die Konkurs- und Betreibungsämter.

Bislang nicht in der Kantonsverfassung abgebildet ist die Aufsichtstätigkeit des Verwaltungsgerichts über die Enteignungskommissionen, das Schiedsgericht nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht und die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht.

Die heutige Aufsichtstätigkeit der oberen kantonalen Gerichte ist derzeit folglich in der Kantonsverfassung nur unzureichend abgebildet. Neu soll deshalb vorgesehen werden, dass das Obergericht die Aufsicht über die Zivil-, die Straf- und Verwaltungsrechtspflege ausübt, soweit diese richterlichen Behörden obliegen. Dem Obergericht können im Gesetz weitere Aufsichtsaufgaben zugewiesen werden.

Abs. 2: Diese Regelung wiederholt die direkten Aufsichtsaufgaben, die dem Grossen Rat in Art. 33 KV zugewiesen werden (Erläuternder Bericht der Verfassungskommission, S. 102). Sie ist aus demselben Grund anzupassen wie Art. 33 KV (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 33 KV). Die weiteren Änderungen sind redaktioneller Natur.

Abs. 3: Die Aufsicht und Oberaufsicht des Grossen Rats gegenüber den richterlichen Behörden beschränkt sich auf die Geschäftsführung und die Justizverwaltung. Dem Begriff der «Geschäftsführung» im Sinne von Art. 52 Abs. 3 KV kommt gegenüber der Justizverwaltung keine selbstständige Bedeutung zu. Wohl ist es denkbar, den Begriff der «Geschäftsführung» auf die organisatorische Erledigung der justiziellen Prozesse, namentlich unter dem Blickwinkel der Verfahrensdauer, zu beschränken (vgl. Claudio Riesen, Die Kontrolle der Verwaltung und der Justiz durch den Bündner Grossen Rat, Diss. 1985, S. 50). Dem Begriff der Geschäftsführung käme in diesem Fall allerdings nur selbstständige Bedeutung zu, wenn die Justizverwaltung im Gegenzug auf die verwaltungstechnische und insbesondere die personenbezogene Ausrüstung der richterlichen Behörden begrenzt würde. Dies widerspricht der gängigen Umschreibung der Justizverwaltung. Ausserdem hängen diese beiden Bereiche eng zusammen, so dass eine Unterscheidung schwierig wäre (Riesen, a.a.O., S. 50). Der Begriff der Geschäftsführung soll daher gestrichen werden. In Art. 52 Abs. 3 KV soll – wie in Art. 51a Abs. 3 KV – nur mehr der Begriff der Justizverwaltung verwendet werden.

Art. 54 *Zivil- und Strafgerichtsbarkeit*

In Art. 54 Abs. 1 KV werden diejenigen Gerichte aufgezählt, welche die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit in der Regel ausüben.

Abs. 1 Ziff. 1: Hierzu zählt derzeit insbesondere das Kantonsgericht, das mit der vorliegenden Revision mit dem Verwaltungsgericht fusioniert werden soll. In Art. 54 Abs. 1 Ziff. 1 KV ist folglich nicht mehr das Kantonsgericht, sondern das aus dem Zusammenschluss des Kantons- und Verwaltungsgerichts entstehende Obergericht aufzuführen.

Abs. 1 Ziff. 4: Nicht erwähnt wird in Art. 54 Abs. 1 KV das kantonale Zwangsmassnahmengericht, das erstinstanzlich über strafrechtliche Zwangsmassnahmen entscheidet (z.B. Untersuchungshaft, Überwachung des Telefonverkehrs, Einsatz verdeckter Ermittler). Die Aufzählung in Art. 54 KV soll diesbezüglich ergänzt werden.

Abs. 1 Ziff. 5: In zivilprozessualen Verfahren ist dem Gerichtsverfahren in der Regel ein Schlichtungsverfahren vorgelagert (Art. 197 ZPO). Kommt es zu einer Einigung, nimmt die Schlichtungsbehörde den Vergleich zu Protokoll und lässt die Parteien diesen unterzeichnen. Diese Parteierklärung sowie während des Schlichtungsverfahrens ausgesprochene Klageanerkennungen oder Klagerückzüge haben die Wirkung eines rechtskräftigen, gerichtlichen Entscheids (Art. 208 Abs. 2 ZPO). Ferner kann die Schlichtungsbehörde den Parteien in gewissen Fällen einen Urteilsvorschlag unterbreiten (Art. 210 ZPO). Wird dieser angenommen, hat er die Wirkung eines rechtskräftigen, gerichtlichen Entscheids (Art. 211 Abs. 1 ZPO). Schliesslich kann die Schlichtungsbehörde bis zu einem Streitwert von 2000 Franken als Einzelgericht amten, wenn die klagende Partei einen entsprechenden Antrag stellt (Art. 212 ZPO). In diesen Fällen nehmen die Schlichtungsbehörden richterliche Aufgaben wahr. Sie gelten folglich als richterliche Behörde, weshalb sie in Art. 54 Abs. 1 Ziff. 5 aufzuführen sind.

Art. 55 *Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit*

Abs. 1: Art. 54 KV zählt diejenigen Gerichte auf, denen die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit in der Regel obliegt. Eine entsprechende Regelung soll für die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollen in Art. 55 Abs. 1 KV diejenigen richterlichen Behörden aufgeführt werden, denen im Kanton Graubünden grundsätzlich die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit obliegt.

Abs. 1 Ziff. 1: Hierbei handelt es sich primär um das Obergericht, das aus dem Zusammenschluss des Kantons- und Verwaltungsgerichts entstehen wird.

Abs. 1 Ziff. 2: Im Weiteren ist das Justizgericht zu erwähnen, das nach der Zusammenführung des Kantons- und des Verwaltungsgerichts als Spezialverwaltungsgericht diejenigen verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten be-

urteilen soll, über die das Obergericht nicht oder nicht als letzte kantonale Instanz entscheiden kann.

Abs. 1 Ziff. 3: Erwähnt werden sollen schliesslich die weiteren Spezialverwaltungsgerichte. Gemeint sind hiermit momentan die Enteignungskommission(en), das Zwangsmassnahmengericht im Bereich der ausländerrechtlichen Administrativhaft und der verdeckten, sicherheitspolizeilichen Massnahmen sowie das Interkantonale Geldspielgericht. Auf eine namentliche Aufzählung der fraglichen richterlichen Behörden soll verzichtet werden, da in den kommenden Jahren womöglich weitere, innerkantonale oder interkantonale Spezialverwaltungsgerichte geschaffen werden, welche spezielle öffentlich-rechtliche Streitigkeiten beurteilen (vgl. RHYNER, a.a.O., S. 1 ff.).

2. Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes

1. Einleitung

Art. 1 *Geltungsbereich*

Art. 1 E-GOG entspricht grundsätzlich dem geltenden Recht (Art. 1 GOG). Neu soll darin ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass im Gerichtsorganisationsgesetz – anders als in anderen Kantonen – nicht die Organisation aller Gerichte und Schlichtungsbehörden geregelt wird. Der entsprechende Vorbehalt soll in Art. 1 Abs. 2 E-GOG aufgenommen werden.

2.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 2 *Sitz*

Abs. 3: Bisweilen wird infrage gestellt, ob richterliche Behörden eine Verhandlung an einem anderen Ort als ihrem Sitz durchführen dürfen. Solches erweist sich als unumgänglich, wenn aus sicherheitspolizeilichen Gründen eine Verhandlung am Sitz der richterlichen Behörden nicht oder nur mit übermässigem Aufwand durchgeführt werden kann. Ausserdem kann es sinnvoll sein, einen Augenschein mit einer Verhandlung zu verknüpfen. Dass richterliche Behörden in solchen oder ähnlich gelagerten Fällen Verhandlungen an einem anderen Ort als ihrem Sitz durchführen können, soll in Art. 2 Abs. 3 E-GOG ausdrücklich vorgesehen werden.

Abs. 1 und 2: Im Übrigen entspricht Art. 2 E-GOG dem geltenden Recht (vgl. Art. 3 GOG).

Art. 3 *Konstituierung und Beschlussfassung*

Abs. 1: Die institutionelle Unabhängigkeit der richterlichen Behörden spricht dafür, die Gerichte zu ermächtigen, sich selber zu konstituieren. Diese Befugnis wird den Gerichten in Art. 5 Abs. 1 GOG zuerkannt. Die betreffende Regelung soll in das neue Recht übernommen werden. Nicht mehr verankert werden soll hingegen Art. 5 Abs. 2 GOG. Laut dieser Regelung teilen die Gerichte die Richterinnen und Richter den einzelnen Kammern zu und bezeichnen deren Vorsitzende. Dieses Recht bildet mittlerweile einen unbestrittenen Bestandteil des Selbstkonstituierungsrechts der Gerichte. Deshalb soll auf eine gesetzliche Verankerung verzichtet werden.

Abs. 2: Unter dem Abschnittstitel «2. Gemeinsame Bestimmungen» soll neu die Art der Beschlussfassung für den Bereich der Justizverwaltung geregelt werden. Diese Regelung gilt für alle Leitungsorgane der Gerichte, die als Kollegialbehörde ausgestaltet sind, d.h. das Gesamtgericht, die Verwaltungskommission und die erweiterte Verwaltungskommission. Inhaltlich entspricht die vorgeschlagene Regelung Art. 20 Abs. 3 GOG.

Abs. 3: Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass es für die Gerichte hilfreich sein kann, wenn Beschlüsse auf elektronischem Weg gefasst werden können. Eine derartige Beschlussfassung soll explizit zugelassen werden. Die dabei zu beachtenden Voraussetzungen kann das Obergericht in einer Verordnung regeln. Bedeutsam dürfte diese Regelung vor allem für die erweiterte Verwaltungskommission sein, die im Unterschied zu den anderen Leitungsorganen der Gerichte keine Zirkularentscheide fällen kann.

Art. 4 *Zugriff auf das zentrale Personen- und Objektregister*

Diese Regelung wird, von einer terminologischen Anpassung abgesehen, unverändert aus dem geltenden Recht übernommen (vgl. Art. 8c GOG).

Art. 5 *Verfahrenskosten, Geldstrafen und Bussen*

Diese Regelung entspricht grundsätzlich Art. 72 GOG. Nicht übernommen wird Art. 72 Abs. 2 GOG, weil die Art, in welcher die richterlichen Behörden über die Verfahrenskosten entscheiden, in den massgeblichen Verfahrensordnungen geregelt ist. Schliesslich weicht Art. 5 Abs. 2 E-GOG insofern von Art. 72 Abs. 2 GOG ab, als darin die Schlichtungsbehörden nicht mehr erwähnt werden, da sie keine Strafgerichte mehr sind.

Art. 6 *Finanz- und Rechnungswesen*

Die betreffenden Regelungen sind derzeit in Art. 71 Abs. 1, 3 und 4 GOG sowie Art. 39a FHG verankert. Die diesbezüglich vorgeschlagenen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Art. 7 *Mitarbeitende der richterlichen Behörden*

Gemäss Art. 8a Abs. 1 GOG stellen das Kantons- und das Verwaltungsgericht Stellenschaffungsanträge an den Grossen Rat. Das Kantonsgericht bestimmt aufgrund der jeweiligen Geschäftslast und nach Anhörung der Regionalgerichte für jedes Regionalgericht die Stellenprozente für das Aktuariat und das Kanzleipersonal (Art. 8a Abs. 2 GOG).

Diese Regelungen erwecken den Eindruck, für die richterlichen Behörden würde ein Stellenschaffungsprozess existieren, der dem Budgetprozess vorgelagert sei. Dies trifft indessen nicht zu. Die oberen kantonalen Gerichte stellen beim Grossen Rat Stellenschaffungsanträge für ihre Mitarbeitenden und das Kantonsgericht überdies für die Mitarbeitenden der Regionalgerichte sowie der Schlichtungsbehörden. Die KJS nimmt zu diesen Anträgen zuhanden der oberen kantonalen Gerichte Stellung (Art. 26 Abs. 4 GGO). Die betreffenden Stellenschaffungsanträge fliessen daraufhin in den Budgetprozess ein und werden vom Grossen Rat im Rahmen des Budgets gutgeheissen oder abgelehnt. Der Stellenschaffungsprozess für die richterlichen Behörden ist somit grundsätzlich derselbe wie für die Kantonale Verwaltung. Der Handlungsspielraum der oberen kantonalen Gerichte ist allerdings grösser als jener der Kantonalen Verwaltung, da der finanzpolitische Richtwert 6 für die richterlichen Behörden nicht gilt (Finanzpolitische Richtwerte 2021–2024, S. 7). Die oberen kantonalen Gerichte können folglich beim Grossen Rat die Stellen beantragen, welche sie für die Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben benötigen, selbst wenn sich dadurch die Gesamtlohnsumme um mehr als ein Prozent erhöhen sollte.

Abs. 1 und 2: Diese Rechtslage soll neu in Art. 7 Abs. 1 und 2 E-GOG abgebildet werden. Zu diesem Zweck soll zunächst festgehalten werden, dass die richterlichen Behörden über diejenigen Mitarbeitenden verfügen, die sie für eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung benötigen. Dieses Postulat richtet sich an den Grossen Rat, der den richterlichen Behörden im Budget die Mittel zuspricht, welche sie benötigen, um die ihnen übertragenen Rechtsprechungsfunktionen zu erfüllen. Die entsprechenden Anträge stellt das Obergericht für sich selbst, das Justizgericht sowie die unter seiner Aufsicht stehenden richterlichen Behörden (Art. 7 Abs. 2 E-GOG). Diese Zuständigkeitsordnung ist verfassungsrechtlich vorgegeben (Art. 51a Abs. 2 KV).

Abs. 3: Art. 7 Abs. 3 E-GOG entspricht grundsätzlich dem geltenden Recht (vgl. Art. 8a Abs. 3 GOG). Davon weicht er inhaltlich nur insofern ab, als das Obergericht den Lohn der Mitarbeitenden des Obergerichts, des Justizgerichts sowie der weiteren richterlichen Behörden nicht mehr in einer Verordnung, sondern – wie im Personalrecht vorgesehen – durch die Einreihung der betreffenden Stellen in die massgeblichen Funktionsklassen nach kantonalem Recht festlegen soll. Das kantonale Personalamt sowie die betroffenen, richterlichen Behörden sind vorgängig anzuhören.

Abs. 4: Die richterlichen Behörden stellen die Mitarbeitenden, welche für sie tätig sind, ein und nehmen die Befugnisse wahr, welche das kantonale Personalrecht dem Arbeitgeber zuweist. Diese Praxis soll im Gerichtsorganisationsgesetz kodifiziert werden.

2.2. Verfahren

Art. 8 *Verfahrenssprache*

Diese Regelung entspricht inhaltlich Art. 12 GOG. Terminologisch wird sie an Art. 2 EGzZPO und Art. 5 EGzStPO angepasst.

Art. 9 *Verfahrensleitung*

Art. 9 Abs. 1 und 2 E-GOG entsprechen grundsätzlich dem geltenden Recht (Art. 9 Abs. 1 und 2 GOG). Art. 9 Abs. 3 GOG entfällt, da die Ausfertigung von Entscheiden neu in Art. 13 E-GOG geregelt wird.

Art. 10 *Beschlussfähigkeit*

Art. 10 E-GOG entspricht dem geltenden Recht (Art. 10 GOG).

Art. 11 *Stimmabgabe*

Art. 11 E-GOG wird grundsätzlich unverändert aus dem geltenden Recht übernommen (Art. 11 GOG).

Art. 12 *Zirkularentscheide*

Es entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis, dass Gerichte ihre Entscheide auf schriftlichem Weg (sog. Zirkularentscheide) fassen können. Das Kantonsgericht hat diese Form der Beschlussfassung für sich selbst in Art. 25 KGV vorgesehen. Neu sollen die Rahmenbedingungen für die Fällung von Zirkularentscheiden in Art. 12 E-GOG geregelt werden. Dieser Regelung zufolge können Gerichte auf dem Weg der Aktenzirkulation entscheiden, wenn kein Mitglied des Spruchkörpers eine mündliche Beratung verlangt (vgl. die Ausführungen unter III.2.1.). Ob sie diese Möglichkeit nutzen, bleibt ihnen überlassen. Gerichte können weiterhin sämtliche Entscheide aufgrund einer mündlichen Beratung fällen.

Art. 13 *Entscheidausfertigung*

Die Entscheidausfertigung ist derzeit in Art. 9 Abs. 3 und Art. 14 Abs. 1 GOG geregelt. Entscheide müssen gemäss diesen Bestimmungen zwingend von der Verfahrensleitung und der Aktuarin oder dem Aktuar unterzeichnet werden. Diese Regelung hat sich, gerade bei kurzfristigen Ausfällen oder wenn eine Vielzahl gleichlautender Entscheide ausgefertigt werden muss, als

unflexibel und ineffizient erwiesen. Im Zivil- und Verwaltungsrecht macht das Bundesrecht den Kantonen keine über das Unterschriftserfordernis hinausgehende Vorgaben, insbesondere hinsichtlich der zur Unterschrift verpflichteten Personen (anders im Bereich des Strafprozessrechts, wo Art. 80 Abs. 2 StPO vorsieht, dass Entscheide von der Verfahrensleitung sowie der protokollführenden Person unterzeichnet werden müssen). Wer namens des Gerichts unterschreibt, richtet sich in diesen Fällen nach kantonalem Recht; welches etwa vorsehen kann, dass nur die Aktuarin oder der Aktuar unterzeichnet. Durch die vorliegende Regelung soll es den Gerichten ermöglicht werden, den durch das Bundesrecht gewährten Spielraum auszunützen und die Unterschriftenbefugnis in ihren Geschäftsordnungen flexibler zu regeln.

Art. 14 *Aktuariat*

Abs. 1: Die Aktuarinnen und Aktuare sind für die Gerichte von grosser Bedeutung. Ihre Stellung soll im Vergleich zum geltenden Recht gestärkt werden, indem ihnen in den Verhandlungen stets beratende Stimme zuerkannt werden soll. Welche Aufgaben die Aktuarinnen und Aktuare zu erfüllen haben, soll auf Gesetzesebene im Vergleich zum geltenden Recht weniger detailliert umschrieben werden, um den Handlungsspielraum der Gerichte nicht ohne Not zu beschneiden.

Abs. 2: Nach geltendem Recht kann das Gericht Aktuarinnen und Aktuare berechtigen, in Fällen von geringer Bedeutung Zeuginnen sowie Zeugen und Auskunftspersonen einzuvernehmen und rogatorische sowie rechtshilfeweise Einvernahmen durchzuführen (Art. 14 Abs. 3 GOG). Für derartige Beweisabnahmen gilt nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung grundsätzlich das Unmittelbarkeitsprinzip. Dieser Grundsatz wird in Art. 231 ZPO konkretisiert. Dieser Regelung zufolge sind die Gerichte verpflichtet, Beweise abzunehmen. Gemäss Art. 155 Abs. 1 ZPO kann ein Gericht die Beweisabnahme an eines oder mehrere Gerichtsmitglieder delegieren. In der Vernehmlassung betreffend den Erlass der Schweizerischen Zivilprozessordnung wurde teilweise verlangt, dass Beweisabnahmen auch an das Aktuariat (Gerichtsschreiberin bzw. Gerichtsschreiber) delegiert werden können. Diese Anregung wurde nicht aufgenommen. In zivilprozessualen Verfahren ist es daher seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr zulässig, Aktuarinnen und Aktuare mit Beweiserhebungen zu beauftragen. In diesen Verfahren gilt Art. 14 Abs. 3 GOG seither nicht mehr.

In den straf- und verwaltungsgerichtlichen Verfahren kommt Art. 14 Abs. 3 GOG keine praktische Bedeutung zu. Art. 14 Abs. 3 GOG soll daher nicht mehr im Gerichtsorganisationsgesetz verankert werden. Stattdessen soll nur mehr vorgesehen werden, dass die richterlichen Behörden befugt sind, den Aktuarinnen und Aktuaren zusätzliche Aufgaben zu übertragen.

Art. 15 *Amtsgeheimnis*

Abs. 1 und 2: Die Schweizerische Zivilprozessordnung und die Schweizerische Strafprozessordnung regeln, ob Tatsachen, die in diesen Verfahren erhoben werden, geheim zu halten sind oder nicht. Die Geheimhaltungspflicht für Rechtspflegeverfahren kann der kantonale Gesetzgeber somit nur für Zivil- und Strafverfahren normieren, welche diesen Verfahrensordnungen nicht unterliegen. Zudem kann er die Geheimhaltung für die kantonalen Verwaltungsrechtspflegeverfahren regeln. Dies kommt im Wortlaut von Art. 13 GOG nicht zum Ausdruck. Daraus ergeben sich indessen keine Schwierigkeiten, weil die Geheimhaltungspflicht in den eidgenössischen Verfahrensordnungen gleich geregelt ist wie in Art. 13 Abs. 1 und 2 GOG. Die betreffenden Regelungen sollen deshalb beibehalten werden.

Abs. 3: Art. 13 GOG hat sich in der Praxis aber insofern nicht bewährt, als er eine Entbindung vom Amtsgeheimnis nur für Aussagen vor Gerichten oder im Strafverfahren regelt. Darüber hinaus hat der Gesetzgeber für Aussagen vor parlamentarischen Kommissionen und Editionsbegehren von parlamentarischen Kommissionen besondere Regelungen für die Entbindung vom Amtsgeheimnis getroffen (Art. 36 ff. GRG). In der Praxis hat sich gezeigt, dass es auch in anderen Fällen wünschenswert wäre, Personen ermächtigen zu können, zu Wahrnehmungen aus Gerichts- oder Schlichtungsverfahren aussagen oder Akten aus solchen Verfahren herausgeben zu dürfen. Die hierfür erforderliche gesetzliche Grundlage soll in Art. 15 Abs. 3 E-GOG geschaffen werden.

2.3. Öffentlichkeit

Art. 16 *Gerichtsverhandlung*

Diese Regelung wird unverändert aus dem geltenden Recht übernommen (Art. 15 GOG). Sie bezieht sich weiterhin nur auf mündliche Verhandlungen.

Art. 17 *Gerichtsentscheide*

Abs. 1: Diese Regelung stimmt inhaltlich mit dem geltenden Recht überein (Art. 16 Abs. 1 GOG).

Abs. 2: Das Kantons- und Verwaltungsgericht publizieren ihre Urteile in der Regel in anonymisierter Form auf ihrer Webseite. Diese Praxis soll in Art. 17 Abs. 2 E-GOG kodifiziert werden.

Im Weiteren soll das Obergericht ermächtigt werden, Minderheitsmeinungen zu veröffentlichen, wenn über eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist und die Mehrheit des Spruchkörpers die Publikation einer Minderheitsmeinung befürwortet. Dieses Instrument der sog. «Dissenting Opinion» kennen die Kantone *Aargau, Waadt* und *Schaff-*

hausen. Hiermit können Minderheitsmeinungen in den Anhang eines Entscheids aufgenommen werden. Dadurch kann sichtbar gemacht werden, dass ein Entscheid nicht einstimmig gefällt wurde und auch anders hätte ausfallen können. Die Publikation von «Dissenting Opinion» wird an strenge Voraussetzungen geknüpft. Nur in Ausnahmefällen soll diese zulässig sein. In der Regel sollen die Urteilsberatungen und damit auch allfällige Minderheitsmeinungen weiterhin geheim bleiben (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter III.2.2.).

Art. 18 *Information*

Nur wenige Personen kommen persönlich in Kontakt mit den Gerichten und den Schlichtungsbehörden. Das Bild, welches die Öffentlichkeit von der Justiz hat, ist daher massgeblich durch die Medien geprägt, welche die Öffentlichkeit über Gerichtsverfahren informieren. Die Gerichtsberichterstattung ist für die Justiz deshalb von grosser Bedeutung (BGE 1410 I 211 E. 3.3.1.1).

Momentan fehlen den richterlichen Behörden die Ressourcen für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Die Regierung schlägt vor, hierfür am Obergericht die Stelle einer/eines Informationsbeauftragten zu schaffen. Die betreffende Person soll das Obergericht und die erstinstanzlichen Gerichte sowie die Schlichtungsbehörden bei Informations- und Medienanfragen beraten und den Medien als Kontaktperson für das ganze Gerichtswesen zur Verfügung stehen (vgl. die Ausführungen unter II.1.2.5.). Um diese Stelle konzipieren und die Richtlinien für die Information der Öffentlichkeit festlegen zu können, soll das Obergericht in Art. 18 Abs. 1 E-GOG ermächtigt werden, eine Verordnung zu erlassen. In der betreffenden Verordnung kann es insbesondere ein Akkreditierungssystem für Gerichtsberichterstatterinnen und Gerichtsberichterstatter vorsehen (Art. 18 Abs. 2 E-GOG).

2.4. Beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden

Art. 19 *Mitglieder richterlicher Behörden*

Die beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden ist derzeit hauptsächlich in Art. 8b GOG geregelt. Dort wird das beschäftigungsrechtliche Verhältnis für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte (Art. 8b Abs. 1 GOG), die voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 8b Abs. 2 GOG), die Vermittlerinnen und Vermittler und deren Stellvertretungen (Art. 8b Abs. 4) sowie die übrigen Mitglieder der richterlichen Behörden (Art. 8b Abs. 3 GOG) unterschiedlich geregelt. Die betreffenden Regelungen hat das Kantonsgericht auf Ver-

ordnungsebene konkretisiert (vgl. die Regionalgerichtsverordnung und die Schlichtungsbehördenverordnung). Diese Regelungen normieren die beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden auf vier verschiedene Arten, wobei etliche beschäftigungsrechtliche Fragen keine oder keine eindeutige Regelung erfahren haben (z.B. Altersgrenze, Soll-Arbeitszeit, Ferienanspruch, regionale Wohnsitzpflicht). In der Praxis führt dies immer wieder zu Schwierigkeiten.

Abs. 1: Um die Rechtsanwendung zu erleichtern, soll das Beschäftigungsverhältnis der Mitglieder der richterlichen Behörden deshalb mit der vorliegenden Revision soweit möglich vereinheitlicht werden. Zukünftig soll grundsätzlich nur mehr zwischen den hauptamtlichen und den nebenamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden unterschieden werden.

Abs. 2: Als hauptamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden gelten alle Personen, welche die richterliche Tätigkeit zu einem im Voraus festgelegten Teil- oder Vollpensum ausüben. Diese sind in der Regel in einem substanziellen Umfang als Mitglied einer richterlichen Behörde tätig. Die richterliche Tätigkeit ist im Allgemeinen deren Haupterwerbstätigkeit. Sie werden deshalb häufig auch als Berufsrichterinnen oder Berufsrichter bezeichnet. Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden können vollzeitlich oder teilzeitlich tätig sein. Die Mitglieder der richterlichen Behörden, die als hauptamtliche Mitglieder gelten, werden in Art. 19 Abs. 2 E-GOG abschliessend aufgezählt.

Abs. 3: Von den hauptamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden zu unterscheiden, sind die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden. Für diese ist bezeichnend, dass der Umfang ihrer richterlichen Tätigkeit in Abhängigkeit zur Geschäftslast festgelegt wird. Diese Personen üben das Richteramt neben einer beruflichen Haupttätigkeit aus. In der Regel beträgt ihr Pensum nur wenige Stellenprozente. Sie gelten folglich nicht als Berufsrichterinnen und Berufsrichter. Die Mitglieder der richterlichen Behörde, die als nebenamtliche Mitglieder gelten, werden abschliessend in Art. 19 Abs. 3 E-GOG aufgeführt.

Art. 20 *Amtseid oder Handgelübde*

Diese Regelung wird grundsätzlich unverändert aus dem Gerichtsorganisationsgesetz übernommen (vgl. Art. 6 GOG). Neu gefasst wird nur ihr Anwendungsbereich. Einerseits ist die Vereidigung auch für die Mitglieder des Justizgerichts zu regeln. Andererseits sollen nur mehr die Mitglieder der richterlichen Behörden vor dem Amtsantritt einen Amtsamtseid oder ein Handgelübde auf gewissenhafte Pflichterfüllung ablegen. Die Aktuarinnen und Aktuare sollen hierzu nicht mehr verpflichtet sein, da sie keine Behördenmitglieder sind.

Art. 21 *Besoldung*

1. Oberrichterinnen und Oberrichter

Die Besoldung der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte wurde letztmals im Jahr 2006 überprüft. Damals entschied der Grosse Rat, alle Richterstellen am Kantons- und Verwaltungsgericht als Vollamt auszugestalten und die beiden oberen kantonalen Gerichte jeweils mit einer Präsidentin bzw. einem Präsidenten, einer Vizepräsidentin bzw. einem Vizepräsidenten und drei weiteren vollamtlichen Richterinnen oder Richter auszustatten (Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 457 ff., 486, 571 ff.). Infolge dieser Reorganisation wurde für die Funktion des Vizepräsidiums ein besonderer Lohn festgelegt, der zwischen dem Lohn der Präsidentin bzw. des Präsidenten sowie jenem der übrigen Richterinnen und Richter angesiedelt wurde. Mit dieser Regelung wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten stärker als die anderen Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte an der Führung des Gerichts sowie der Justizaufsicht beteiligt sind (GRP 2 | 2006/2007, S. 550). Die beiden anderen Lohnansätze blieben unverändert.

Die geltende Abstufung der Besoldung der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte (107% [Präsident/in], 105% [Vizepräsident/in] und 102% [weitere Mitglieder] des Maximums der höchsten Gehaltsklasse) kann für die Mitglieder des Obergerichts nicht einfach übernommen werden, da das Obergericht im Unterschied zu den oberen kantonalen Gerichten über drei Leitungsorgane verfügen wird. Würde am heutigen Lohnmodell festgehalten, müsste eine vierte Lohnstufe eingeführt werden. Dies erscheint nicht sachgerecht, zumal die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident des Obergerichts Präsidialaufgaben nur im Verhinderungsfall zu erfüllen haben wird (Art. 44 Abs. 2 E-GOG). Die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident soll daher gleich viel verdienen wie die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission. Damit gelten für die Oberrichterinnen und Oberrichter – wie heute für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte – drei Lohnstufen. Die Abstufung zwischen den einzelnen Lohnstufen ist moderat, da die Mitglieder des Obergerichts die zentralen justizverwaltungsrechtlichen Entscheide gemeinsam fällen werden und einander grundsätzlich gleichgeordnet sind (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter III.2.2.).

Art. 22 *2. Weitere hauptamtliche Mitglieder richterlicher Behörden*

Abs. 1: Im kantonalen Personalrecht sind einerseits die Gehaltsklassen, andererseits die Grundsätze der Lohnbemessung festgelegt (Art. 18 ff. PG). Nach diesen Regeln wird heute grundsätzlich der Lohn der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler festgelegt, wobei das Kantonsgericht die massgeblichen Gehaltsklassen in der Regionalgerichtsverordnung (Art. 3–5 RGV) bzw. der

Schlichtungsbehördenverordnung (Art. 3 und 4 SBV) normiert hat. Diese Art der Lohnfestlegung weicht von jener ab, welche für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung gilt, ohne dass hierfür sachliche Gründe ersichtlich sind. Mit Blick auf die angestrebte Harmonisierung soll die geltende Regelung daher angepasst werden. Hierzu soll in Art. 22 Abs. 1 E-GOG vorgesehen werden, dass das Obergericht die Stellen der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler in die Funktionsklassen gemäss kantonalem Personalrecht einreiht. Die für die Entlöhnung der weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden geltende Funktionsklasse wird somit nicht mehr rechtsatzmässig festzulegen sein.

Abs. 2: Besonders zu regeln ist für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie die Vermittlerinnen und Vermittler die individuelle Lohnentwicklung. Eine leistungsorientierte Entlöhnung der Mitglieder der richterlichen Behörden birgt die Gefahr, die Arbeitsweise der Mitglieder der richterlichen Behörden zu beeinflussen. Mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit lehnt die Lehre eine leistungsorientierte Entlohnung für die Mitglieder der richterlichen Behörden deshalb ab (Peter Bieri, Bearbeitung von Daten über Richterinnen und Richter, Bedarf und Schranken, Diss., Bern 2017, S. 306 m.w.H.). Diesen verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen soll Rechnung getragen werden, indem die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie die Vermittlerinnen und Vermittler – wie die Mitglieder des Obergerichts – von Anfang an im Maximum der massgeblichen Funktionsklasse eingereiht werden (vgl. dazu auch die vorstehenden Ausführungen unter III.2.1.). Im Übrigen sind die Löhne der weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden nach Massgabe des kantonalen Personalrechts zu bemessen.

Art. 23 *3. Nebenamtliche Mitglieder richterlicher Behörden*

Abs. 1: Die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sind für die richterliche Tätigkeit – wie bislang – in Form von Taggeldern sowie Zulagen zu entschädigen. Ergänzend soll neu eine Mitwirkungsvergütung vorgesehen werden, wenn Entscheide auf dem Zirkularweg gefällt werden.

Die Taggelder, die Mitwirkungsentschädigung und die Zulage beinhalten – wie nach geltendem Recht – die Ferien-, Feier- und Sonntagsentschädigung. Ausserdem können die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden weiterhin weder Krankentaggelder noch die besondere Sonderzulage beanspruchen.

Abs. 2: Die Entschädigung der Mitglieder der richterlichen Behörden kann nicht im Voraus festgelegt werden, da ihr Pensum abhängig ist von der Geschäftslast der richterlichen Behörde, der sie angehören (Art. 19 Abs. 3 E-GOG). Deshalb erweist es sich als erforderlich, den Zeitpunkt der Entste-

hung des Taggeldanspruchs sowie dessen Wegfall infolge betrieblicher oder persönlicher Gründe zu regeln.

Abs. 3: Die Höhe der Taggelder, der Mitwirkungsvergütung, der Zulagen sowie weitere Aspekte der Entlohnung der nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, wie z.B. eine allfällige Entschädigung für das Aktenstudium, soll das Obergericht auf Verordnungsebene regeln. Es kann bei der Festlegung der Entschädigung von den Ansätzen abweichen, die im Personalgesetz vorgesehen sind (Art. 70 PG). Dies gilt insbesondere für die Mitglieder des Justizgerichts.

Art. 24 *Entschädigung*

1. Bei Nichtwiederwahl

Den Mitgliedern des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundesstrafgerichts und des Bundespatentgerichts kann bei der Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses eine Entschädigung im Umfang von höchstens einem Jahreslohn zugesprochen werden, wenn der Einzelfall dies rechtfertigt (Art. 15a Richterverordnung [SR 173.711.2]). Die Kantone *Aargau, Bern, Solothurn, St. Gallen, Thurgau* und *Zug* kennen ähnliche Entschädigungsregelungen, wenn Mitglieder richterlicher Behörden ohne sachlichen Grund nicht wiedergewählt werden.

Abs. 1 und 2: Die Regierung schlägt vor, eine vergleichbare Regelung für den Kanton Graubünden zu schaffen. Entschädigt werden können sollen danach nur hauptamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden, welche die richterliche Tätigkeit in der Regel als Haupterwerb ausüben (vgl. Art. 19 Abs. 2 E-GOG). Für die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, die das Richteramt im Allgemeinen nur zu einem geringen Pensum ausüben, soll keine Entschädigungsgrundlage geschaffen werden (vgl. Art. 19 Abs. 3 E-GOG). Zugesprochen werden kann eine Entschädigung überdies nur, wenn einem hauptamtlichen Mitglied einer richterlichen Behörde die Wiederwahl ohne sachlichen Grund versagt wird und es zu diesem Zeitpunkt das 65. Altersjahr noch nicht vollendet hat.

Maximal kann das Obergericht die Entschädigung zusprechen, die den kantonalen Mitarbeitenden bei einer missbräuchlichen oder ungerechtfertigten Kündigung zuerkannt werden kann (Art. 12 PG). Ob eine Entschädigung zugesprochen werden soll und welche Höhe unter den gegebenen Umständen angemessen ist, entscheidet das Obergericht nach freiem Ermessen. Es hat dabei insbesondere die in Art. 24 Abs. 2 E-GOG festgelegten Kriterien zu berücksichtigen.

Abs. 3: Die Entschädigung im Fall der Nichtwiederwahl dient dazu, die finanziellen Folgen der Nichtwiederwahl zu mindern. Sie soll daher nur beansprucht werden können, wenn das nicht wiedergewählte Mitglied einer richterlichen Behörde einen Erwerbsausfall erleidet. Demzufolge sind die

Erwerbseinkünfte sowie Erwerbsersatzeinkünfte, die das nicht wiedergewählte Mitglied in den zwölf Monaten nach dem Ausscheiden erzielt, an die Entschädigung anzurechnen.

Abs. 4: Das Verfahren betreffend die Zusprache einer Entschädigung für den Fall der Nichtwiederwahl ist ein nicht streitiges Verwaltungsverfahren, das sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz richtet (vgl. Art. 26 VRG). Das betreffende Verfahren muss daher im Gerichtsorganisationsgesetz nur geregelt werden, soweit besondere Regelungen erforderlich sind. Dies gilt für den Weiterzug des Entschädigungsentscheids und die Beschwerdelegitimation. Mithilfe der erstgenannten Regelung soll eine gerichtliche Überprüfung auf kantonaler Ebene sichergestellt werden; die letztgenannte Regelung räumt der KJS als Trägerin der gewaltenübergreifenden Justizaufsicht ein Beschwerderecht ein. Um dieses Beschwerderecht ausüben zu können, hat das Obergericht der KJS seinen Entscheid mitzuteilen. Die hierfür erforderliche formellgesetzliche Grundlage bietet Art. 24 Abs. 4 E-GOG.

Art. 25 *2. Bei Rücktritt*

Gemäss Art. 6 PV kann einem kantonalen Mitarbeitenden bei einer sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses, ohne dass ein Grund für eine fristlose Kündigung vorliegt, im Sinne eines Vergleichs eine Austrittsentschädigung zugesprochen werden. Die Austrittsentschädigung darf in der Regel die Höhe des Lohns, der bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist geschuldet wäre, nicht übersteigen. Diese Regelung begünstigt die einvernehmliche Auflösung von Arbeitsverhältnissen, indem sie es erlaubt, die finanziellen Folgen einer sofortigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses abzuschwächen. Eine ähnliche Regelung soll für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden geschaffen werden.

Abs. 1: Danach kann die Aufsichtsbehörde einem hauptamtlichen Mitglied einer richterlichen Behörde eine Entschädigung von maximal sechs Monatslöhnen zusprechen, wenn dieses während oder nach einer Mediation zurücktritt. Aufsichtsbehörden im Sinne dieser Regelung sind die Regionalgerichte, das Obergericht und der Grosse Rat. Nur diese Behörden können hauptamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden eine Rücktrittsentschädigung zuerkennen.

Abs. 2: Sprechen die Gerichte eine Entschädigung zu, hat die KJS diesen Entscheid zu genehmigen. Der Genehmigung kommt konstitutive Bedeutung zu. Wird sie nicht erteilt, kann die Entschädigung nicht ausbezahlt werden.

Abs. 3: Finanzrechtlich ist schliesslich sicherzustellen, dass die Rücktrittsentschädigung aufgrund des (Genehmigungs-)Entscheids der KJS ausbezahlt werden kann. Die hierfür erforderliche Grundlage soll in Art. 25

Abs. 3 E-GOG geschaffen werden. Damit fällt die Zusprache der Rücktrittsentschädigung in die abschliessende Zuständigkeit der KJS. Ein Nachtragskredit ist hierfür nicht erforderlich.

Art. 26 *Ferien*

Abs. 1: Diese Regelung bezweckt, den Ferienanspruch für die Mitglieder der richterlichen Behörden klar zu regeln. Im vorgesehenen Ferienanspruch enthalten sind die fünf vorgearbeiteten Arbeitstage im Sinne von Art. 49 Abs. 1 PG i.V.m. Art. 10 AzV. Diese können nicht zusätzlich zum Ferienanspruch gemäss Art. 26 Abs. 1 E-GOG beansprucht werden. Ausserdem soll für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden zukünftig die Vertrauensarbeitszeit gelten (Art. 32 Abs. 3 E-GOG). Sie können daher die geleistete Mehrarbeit nicht durch Freizeit von gleicher Dauer ausgleichen. Die von ihnen geleistete Mehrarbeit soll stattdessen pauschal durch eine zusätzliche Ferienwoche abgegolten werden.

Abs. 2: Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sollen berechtigt werden, maximal zehn Ferientage auf das nächste Kalenderjahr zu übertragen. Aus betrieblichen Gründen kann einen solchen Ferienübertrag auch die Dienstaufsichtsbehörde anordnen. Ein weitergehender Ferienübertrag ist nicht zulässig (vgl. dazu die Ausführungen unter III.2.2.1.).

Abs. 3: Nicht möglich sein soll die finanzielle Abgeltung nicht bezogener Ferientage. In dieser Beziehung weicht die vorgeschlagene Regelung vom kantonalen Personalrecht ab.

Art. 27 *Rücktritt*

Art. 27 E-GOG regelt die Fälle, in denen ein Mitglied einer richterlichen Behörde während der Amtsdauer vom Amt zurücktritt. Die vorgeschlagene Regelung lehnt sich an Art. 26 Abs. 1 GOG an. Die darin verankerte Regelung soll auf alle Mitglieder der richterlichen Behörden ausgedehnt werden. Zudem soll das Schrifterfordernis für die Rücktrittserklärung eingeführt werden. Teilrücktritte bleiben grundsätzlich weiterhin ausgeschlossen (vgl. zu den Ausnahmen Art. 48, Art. 49 Abs. 1 und 2, Art. 80, Art. 81 E-GOG).

Art. 28 *Eignung*

Bislang regelt das Gerichtsorganisationsgesetz die Eignung für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte (Art. 23 Abs. 1 GOG) sowie die Vermittlerinnen und Vermittler (Art. 47 Abs. 1 GOG). Ob das Gerichtsorganisationsgesetz für andere Mitglieder der richterlichen Behörden Eignungskriterien vorsieht, ist umstritten (vgl. Art. 8b Abs. 2 GOG).

Abs. 1 und 2: Diese Rechtsunsicherheit soll beseitigt werden, indem für alle hauptamtlichen Mitglieder der Gerichte – wie derzeit für die Aktuarinnen und Aktuare (Art. 28 Abs. 2 GOG) – der Abschluss eines juristischen

Studiums und in der Regel ein Anwaltspatent gefordert werden. Die Vermittlerinnen und Vermittler sollen ein juristisches Studium und in der Regel eine Mediationsausbildung absolviert haben. Für die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sollen gesetzlich keine besonderen Fachkenntnisse gefordert werden (vgl. die Ausführungen unter II.3.3.1.).

Abs. 3: Bei der Besetzung der richterlichen Behörden sind sodann die Verfahrenssprachen angemessen zu berücksichtigen. Eine entsprechende Regelung existiert heute nur für die oberen kantonalen Gerichte. Diese kann allerdings nicht unverändert übernommen werden (Art. 22 Abs. 4 GOG), weil die Kantonssprachen nicht die Verfahrenssprachen aller richterlichen Behörden sind. So ist z.B. Deutsch die alleinige Amtssprache des Regionalgerichts Prättigau/Davos. Für die Führung der dortigen Verfahren genügt es daher grundsätzlich, wenn die Richterpersonen Deutsch können. Anders verhält es sich beim Obergericht, welches Verfahren in allen Kantonssprachen führt. Hier ist es wichtig, dass die Richterschaft derart zusammengesetzt ist, dass das Obergericht Verfahren in allen Kantonssprachen führen kann. Für zweisprachige Regionalgerichte gilt dasselbe hinsichtlich der massgeblichen Verfahrenssprachen. In diesen Fällen erweist sich die sprachliche Kompetenz der Mitglieder der richterlichen Behörden als ein besonderes Qualifikationsmerkmal. Dieses Eignungskriterium soll in Art. 28 Abs. 3 E-GOG verankert werden.

Abs. 4: Schliesslich soll das Obergericht berechtigt werden, die Eignungskriterien in einer Verordnung näher zu regeln. Dies dürfte sich vor allem im Hinblick auf Art. 82 Abs. 2 E-GOG als erforderlich erweisen.

Art. 29 *Verlust der Eignung*

Diese Regelung legt fest, wann das Richteramt endet, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde während der Amtsdauer die Fähigkeit verliert, das Richteramt auszuüben. Diesbezüglich ist zwischen der arbeitsplatzbezogenen Arbeitsunfähigkeit und der Erwerbsunfähigkeit zu unterscheiden.

Im letztgenannten Fall soll das Richteramt grundsätzlich enden, wenn das betroffene Mitglied bei rechtzeitiger Geltendmachung eine Invalidenrente gemäss dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung beanspruchen kann (Art. 29 Abs. 1 lit. b E-GOG).

Eine andere Regelung soll für die arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit getroffen werden. Diese fusst zwar ebenfalls auf einem Gesundheitsschaden. Die hieraus resultierende Arbeitsunfähigkeit bezieht sich jedoch nur auf den infrage stehenden Arbeitsplatz, d.h. das Richteramt, welches die betreffende Person ausübt. In diesem Fall soll das Richteramt von Gesetzes wegen enden, wenn das Mitglied der richterlichen Behörden wegen der arbeitsplatzbezogenen Arbeitsunfähigkeit das Richteramt während zwölf Monaten nicht ausübt (Art. 29 Abs. 1 lit. a E-GOG). Die betreffende 365-tägige Abwesenheit

kann sich aus mehreren Absenzen ergeben, die auf die arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit zurückzuführen sind. Die fragliche Frist beginnt somit nicht mit jeder Arbeitsaufnahme neu zu laufen. Sie läuft vielmehr weiter, wenn der Grund für die Abwesenheit derselbe ist.

Art. 30 *Unvereinbarkeit, 1. Nebenbeschäftigung*

Abs. 1: Der Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit dienen u.a. die Regelungen zur Nebenbeschäftigung. Hierzu soll in Art. 30 Abs. 1 E-GOG eine allgemeine Umschreibung der Nebenbeschäftigungen aufgenommen werden, die mit dem Richteramt unvereinbar sind. Die betreffende Regelung übernimmt die heute für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie die haupt- und vollamtlichen Aktuarinnen sowie Aktuare geltende Regelung (Art. 38 Abs. 2, Art. 30 Abs. 1 GOG). Sie bezieht sich nicht nur auf Erwerbstätigkeiten, sondern auch auf unentgeltliche Tätigkeiten, wie z.B. Vorstandsmandate in politischen, gesellschaftlichen, religiösen und sportlichen Vereinen. Solche Nebenbeschäftigungen dürfen die Mitglieder der richterlichen Behörden nur ausüben, wenn hierdurch die Amtsausübung, die Unabhängigkeit oder das Ansehen der richterlichen Behörde, der sie angehören, nicht beeinträchtigt werden könnte (vgl. Karl Spühler, in: Spühler/Aemisegger/Dolge/Vock [Hrsg.], Bundesgerichtsgesetz [BGG], Praxiskommentar, 2. Aufl., Zürich/St.Gallen 2013, Art. 6 N. 4 f.).

Diese allgemeine Umschreibung soll konkretisiert werden durch einen Katalog von Tätigkeiten, die allen (Art. 30 Abs. 2 E-GOG) oder bestimmten Gruppen von Mitgliedern der richterlichen Behörden (Art. 30 Abs. 3 E-GOG) untersagt sind. Die entsprechenden Regelungen orientieren sich am geltenden Recht.

Abs. 2 lit. a: Zunächst soll das derzeit in der Kantonsverfassung verankerte Verbot der Vertretung der Parteien vor der eigenen Instanz gesetzlich abgebildet werden (Art. 51 Abs. 3 KV). Die vorgeschlagene Regelung geht über die geltende Verfassungsregelung hinaus, indem sie das Vertretungsverbot nicht auf streitige Verfahren beschränkt. Das Vertretungsverbot wird damit begründet, dass die Mitglieder der richterlichen Behörden, wenn sie als Parteivertreter vor der eigenen Instanz auftreten, bevorzugt behandelt werden könnten. Zudem wird befürchtet, dass sie aufgrund ihrer richterlichen Tätigkeit über einen Informationsvorsprung verfügen könnten. Diese Überlegungen gelten für die freiwillige Gerichtsbarkeit gleichermassen wie für die streitige Gerichtsbarkeit. Das Vertretungsverbot soll deshalb für beide Verfahrensarten gelten.

Abs. 2 lit. b: Die Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen ausserdem Parteien nicht in Verfahren vertreten, die in einen Entscheid münden, der bei einem allfälligen Weiterzug durch die richterliche Behörde zu beurteilen ist, der sie angehören. Dürften Mitglieder richterlicher Behörden in solchen

Verfahren als Parteivertreter mitwirken, müssten sie in einem nachmaligen Rechtsmittelverfahren stets in den Ausstand treten, weil sie in der fraglichen Angelegenheit befangen wären. Dies soll verhindert werden, indem ihnen die Parteivertretung in derartigen Verfahren untersagt wird. Diese Regelung dient dazu, die regelhafte Zusammensetzung des Spruchkörpers zu gewährleisten (vgl. dazu auch die Ausführungen unter III.2.2.2.).

Abs. 2 lit. c: Im Weiteren soll ausgeschlossen werden, dass Mitglieder richterlicher Behörden für eine Behörde tätig sind, deren Handlungen oder Entscheide im Streitfall durch die richterliche Behörde zu beurteilen sind, der sie angehören. Diese Regelung bezieht sich – wie Art. 30 Abs. 2 lit. b E-GOG – auf die Vorinstanzen und allfällige Erstinstanzen einer richterlichen Behörde. Für solche Behörden dürfen Mitglieder richterlicher Behörden nicht tätig sein, und zwar weder als Behördenmitglied noch als Mitarbeitende oder in einer andersgearteten Funktion. Hiermit wird z.B. ausgeschlossen, dass Mitglieder des Obergerichts zugleich für ein Regionalgericht tätig sind. Würden derartige Tätigkeiten zugelassen, müssten die betreffenden Mitglieder in einem nachmaligen Rechtsmittelverfahren stets in den Ausstand treten, weil sie in der fraglichen Angelegenheit befangen wären. Art. 30 Abs. 2 lit. c E-GOG dient dazu, den neu in Art. 22 Abs. 1 KV zu verankernden Grundsatz umzusetzen, wonach niemand seiner kantonalen Rechtsmittelbehörde angehören darf. Vorbehalten bleiben anderslautende gesetzliche Regelungen, wie sie z.B. für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter getroffen werden sollen.

Abs. 3: Eine andere Zielsetzung liegt Art. 30 Abs. 3 E-GOG zugrunde. Dieser soll sicherstellen, dass die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden ihre gesamte Arbeitskraft für das Richteramt einsetzen.

Abs. 3 lit. a: Zu diesem Zweck soll den hauptamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden, die im Vollpensum tätig sind, die Ausübung eines anderen Amtes oder einer anderen Erwerbstätigkeit grundsätzlich untersagt werden. Diese Regelung weicht vom geltenden Recht insofern ab, als den hauptamtlichen Mitgliedern der richterlichen Behörden, die im Vollpensum tätig sind, gestattet wird, unentgeltliche Tätigkeiten, wie z.B. ein Präsidium in einem Sportverein oder die Mitgliedschaft in einer Stiftung, auszuüben, soweit diese nicht die Amtsausübung, die Unabhängigkeit oder das Ansehen der richterlichen Behörde beeinträchtigen könnten, der sie angehören. Weiterhin untersagt bleiben soll dagegen grundsätzlich die Ausübung einer anderen amtlichen Tätigkeit sowie einer anderen Erwerbstätigkeit (vgl. Art. 25 Abs. 1 GOG [i.V.m. Art. 38 Abs. 1 GOG]).

Von dieser Unvereinbarkeitsregel soll neu nicht mehr nur der Gesetzgeber, sondern auch die zuständige Dienstaufsichtsbehörde abweichen dürfen. Letztere kann den hauptamtlichen Mitgliedern richterlicher Behörden, die im Vollpensum tätig sind, in Ausnahmefällen gestatten, ein anderes Amt

oder eine andere Erwerbstätigkeit auszuüben. Im Vordergrund stehen dabei geringfügige Publikationstätigkeiten, Lehrtätigkeiten oder eine nebenamtliche Richtertätigkeit am Bundesgericht. Diese Ausnahmebewilligung soll restriktiv gehandhabt werden (vgl. dazu die Ausführungen unter III.2.2.1.).

Abs. 3 lit. b: In Art. 30 Abs. 3 lit. b E-GOG soll für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, die im Teilpensum tätig sind, eine mit Art. 30 Abs. 3 lit. a E-GOG übereinstimmende Regelung getroffen werden. Die fragliche Bestimmung ist gleich auszulegen wie Art. 30 Abs. 3 lit. a E-GOG.

Abs. 4: Derzeit unterliegen die Nebenbeschäftigungen der Mitglieder der richterlichen Behörden keiner eigentlichen Bewilligungspflicht (vgl. aber Art. 38 Abs. 1 GOG i.V.m. Art. 25 GOG). Ein Bewilligungsverfahren sieht das Gerichtsorganisationsgesetz nur für entgeltliche Nebenbeschäftigungen von Aktuarinnen und Aktuaren mit einem Pensum von mehr als 40 % vor (Art. 30 Abs. 3, Art. 31 Abs. 2, Art. 43 Abs. 2 GOG). Die Regierung schlägt vor, ein Bewilligungsverfahren auch für die Mitglieder der richterlichen Behörden einzuführen, damit präventiv geprüft werden kann, ob ausgeübte Nebenbeschäftigungen mit dem Richteramt vereinbar sind. Die Zuständigkeit hängt davon ab, wem das betreffende Mitglied angehört. Für die Vermittlerinnen und Vermittler sowie die Schlichtungsbehörde für Mietsachen entscheidet erstinstanzlich das Regionalgericht, unter dessen Aufsicht die infrage stehenden Mitglieder stehen (Art. 106 Abs. 1 lit. b E-GOG); für die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen das Obergericht (Art. 104 Abs. 1 lit. c E-GOG) und für die Richterinnen und Richter grundsätzlich jeweils das Gericht, dem das gesuchstellende Mitglied angehört (Art. 104 Abs. 1 lit. a, Art. 105 Abs. 1, Art. 104 Abs. 1 E-GOG). Die bewilligungspflichtigen Fälle werden in Art. 30 Abs. 4 abschliessend aufgezählt.

Abs. 5: In Art. 30 Abs. 5 E-GOG soll das Obergericht befugt werden, die Einzelheiten zu den bewilligungspflichtigen Nebenbeschäftigungen und zum Bewilligungsverfahren in einer Verordnung zu regeln.

Art. 31 *2. In der Person*

Abs. 1, 2, 3: Eine Unvereinbarkeit kann sich nicht nur aus der Ausübung einer Nebenbeschäftigung, sondern auch aus der Beziehung zu einer Person ergeben. Das Gerichtsorganisationsgesetz regelt diese Frage derzeit in Art. 4 GOG. Die betreffende Regelung bezieht sich nicht nur auf die Mitglieder der richterlichen Behörden, sondern auch auf die Aktuarinnen und Aktuare. Darin unterscheidet sie sich z.B. von den Regelungen, welche das Bundesrecht für die eidgenössischen Gerichte kennt (Art. 8 BGG, Art. 8 VGG, Art. 43 StBOG, Art. 12 PatGG). Auch die Vorgängerregelung von Art. 4 GOG (Art. 41a GOG) bezog sich ausschliesslich auf die Mitglieder

der richterlichen Behörden. Auf diesen Regelungsansatz soll zurückgekommen und der Anwendungsbereich von Art. 31 E-GOG auf die Mitglieder der richterlichen Behörden beschränkt werden. Denn für die Aktuarinnen und Aktuare bedarf es keiner besonderen Regelung, regelt doch das kantonale Personalrecht für sie die Frage der Unvereinbarkeit (vgl. Art. 58 PG).

Im Übrigen stimmt die vorgeschlagene Regelung inhaltlich grundsätzlich mit Art. 4 GOG überein. Verändert werden soll nur deren konzeptioneller Aufbau. Neu sollen die Fälle der persönlichen Unvereinbarkeit zunächst für verheiratete Paare geregelt werden. Die entsprechenden Regelungen werden daraufhin für eingetragene Partnerschaften und faktische Lebensgemeinschaften für sinngemäss anwendbar erklärt. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass in diesen Fällen demselben Personenkreis wie bei verheirateten Paaren untersagt wird, gleichzeitig einer richterlichen Behörde anzugehören (vgl. dazu Robert Baumann/Christine Guy-Ecabert/Caroline Laurent/Clemens Locher, Persönliche Unvereinbarkeit, in: LeGes 19 [2008], S. 217 ff.).

Abs. 4: Werden Personen in eine richterliche Behörde gewählt, der sie nicht gleichzeitig angehören dürfen, ist für den Vorrang die durch die Wahl bestimmte Reihenfolge massgebend. Diese in Art. 4 Abs. 3 GOG verankerte Regelung dürfte dahingehend auszulegen sein, dass nach den für die Wahl geltenden Bestimmungen zu entscheiden ist, wer bei Vorliegen einer personellen Unvereinbarkeit als gewählt gilt. Soweit ersichtlich existiert eine solche Regelung einzig für die Wahl der Mitglieder der Regionalgerichte. In diesen Fällen nimmt Einsitz in das Regionalgericht, wer bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr Stimmen auf sich vereinigt hat (Art. 46 Abs. 3 GPR). Diese Regelung soll für alle Wahlen in Art. 31 Abs. 4 E-GOG verankert werden. Bei einer stillen Wahl soll das Los über den Vorrang entscheiden.

Art. 31 E-GOG gilt nicht für die ausserordentlichen Mitglieder des Obergerichts und der Regionalgerichte sowie die Mitglieder des Justizgerichts (Art. 54 Abs. 1, Art. 64 Abs. 2, Art. 84 Abs. 1 E-GOG).

Art. 32 *Arbeitszeit*

1. Hauptamtliche Mitglieder richterlicher Behörden

Abs. 1 und 2: Ob nach geltendem Recht für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden eine Sollarbeitszeit gilt, ist umstritten. Nach dem derzeitigen Verständnis der Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden ist dies jedenfalls für die Richterinnen und Richter zu verneinen. Dies führt dazu, dass die zeitlichen Rahmenbedingungen des Richteramts nicht klar sind. Dadurch wird die Wahrnehmung der gerichtsinternen Führungsverantwortung und der Dienstaufsicht erschwert. Die Regierung erachtet es deshalb für sinnvoll, für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörde eine Sollarbeitszeit vorzusehen, an der sich die Mitglieder der richter-

lichen Behörden im Sinne eines Richtwerts orientieren sollen. Eine solche Regelung kennen die Kantone *Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Bern, Freiburg, St. Gallen, Schwyz, Solothurn, Thurgau* und *Zürich* zumindest für gewisse Kategorien von Richterinnen und Richtern und der Bund für die Mitglieder seiner erstinstanzlichen Gerichte. Die vorgeschlagene Regelung lehnt sich an das kantonale Personalrecht an (vgl. Art. 49 PG).

Abs. 3: Demgegenüber erscheint es nicht sachgerecht, die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden zu verpflichten, ihre Arbeitszeit zu erfassen. Für sie soll die Vertrauensarbeitszeit gelten. Dies hat zur Folge, dass sie Mehrarbeit, Überzeit oder Gleitzeit nicht kompensieren können. Weiterhin zu erfassen haben die Mitglieder der richterlichen Behörden krankheitsbedingte Abwesenheiten und Ferientage.

Art. 33 *2. Nebenamtliche Mitglieder richterlicher Behörden*

Gesondert zu regeln ist die Arbeitszeit der nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, da diese das Richteramt nicht zu einem im Voraus festgelegten Pensum ausüben (Art. 19 Abs. 3 E-GOG). Ihre Arbeitszeit richtet sich nach der Geschäftslast. Sie sollen daher verpflichtet werden, ihre Arbeitszeit zu erfassen, soweit dies für die Festlegung ihrer Entschädigung erforderlich ist.

Art. 34 *Informationspflicht*

1. Interessenbindungen

Art. 34 E-GOG lehnt sich an § 7 des Gerichtsorganisationsgesetzes des Kantons Zürich und § 67a des Gerichtsorganisationsgesetzes des Kantons Zug an. Danach sind private Tätigkeiten offenzulegen, welche auf die Erzielung von Erwerbseinkünften gerichtet sind. Dabei kann es sich je nach der infrage stehenden Person um Neben- oder Haupterwerbstätigkeiten handeln. Unentgeltliche private Tätigkeiten müssen nicht bekannt gegeben werden. Demgegenüber sind amtliche Tätigkeiten stets offenzulegen, selbst wenn sie unentgeltlich ausgeübt werden.

Art. 35 *2. Strafverfahren*

Mitglieder richterlicher Behörden, die ein Verbrechen begangen haben, das mit dem Richteramt nicht vereinbar ist, können vom Amt enthoben werden (Art. 100 Abs. 3 E-GOG). Um prüfen zu können, ob sich ein solcher Vorfall zugetragen hat, muss die Aufsichtsbehörde Kenntnis von strafrechtlichen Verurteilungen erhalten. Deshalb sollen die Mitglieder der richterlichen Behörden verpflichtet werden, die Aufsichtsbehörde umgehend über Strafverfahren zu informieren, die während der Amtsdauer gegen sie eröffnet werden und zu einer strafrechtlichen Verurteilung führen könnten.

Von Interesse für die Aufsichtsbehörde sind indessen nur Vorfälle, die eine Verurteilung wegen eines Verbrechens nach sich ziehen könnten (Art. 100 Abs. 3 E-GOG). Mit dem Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG, BBl 2016 4871 ff.), das voraussichtlich anfangs 2023 in Kraft treten wird, werden neue Strafregisterauszüge geschaffen. Der Privatauszug, wie ihn das geltende Recht kennt, existiert fort. Dieser wird weiterhin keine Informationen über hängige Strafverfahren enthalten und keine Einstellungsverfügungen ausweisen (vgl. BBl 2014 5713 ff., 5792). Eingetragen werden ausschliesslich Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen bis zum Ablauf der vorgeschriebenen Löschungsfristen. Es erscheint angezeigt, die Informationspflicht der Mitglieder der richterlichen Behörden auf solche strafrechtlichen Verurteilungen zu beschränken. Droht dem Mitglied einer richterlichen Behörde eine solche Verurteilung, hat es die Aufsichtsbehörde hierüber umgehend in Kenntnis zu setzen.

Art. 36 *Wohnsitz*

Seit der Gebietsreform, die für die richterlichen Behörden am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist, gelten die Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte (Art. 54 Abs. 1 Ziff. 2 KV). Seither müssen die Mitglieder der Regionalgerichte, die Vermittlerinnen und Vermittler sowie die Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen nach der Auffassung der Regierung nicht mehr in der Region wohnen, in der sie ein Richteramt ausüben (vgl. z.B. Weisungen der Regierung an die Bezirksgerichte zu den Regionalgerichtswahlen vom 5. Juni 2016 Ziff. 4). Es genügt, wenn sie im Kanton Graubünden wohnen (Art. 21 Abs. 1 KV i.V.m. Art. 9 Abs. 1 KV).

Diese Praxis soll im Gerichtsorganisationsgesetz verankert werden. Neu soll es indessen für alle Mitglieder der richterlichen Behörden genügen, wenn sie spätestens bei Amtsantritt Wohnsitz im Kanton Graubünden nehmen.

Art. 37 *Altersgrenze*

Gemäss Art. 26 Abs. 2 GOG scheiden die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte spätestens am Ende des Jahres aus ihrem Amt aus, in welchem sie das 68. Altersjahr vollenden. Ob diese Regelung für die weiteren Mitglieder der richterlichen Behörden gilt, ist umstritten (vgl. 8b Abs. 2 und 3 GOG). Für die Vermittlerinnen und Vermittler dürfte derzeit wohl das Personalrecht massgebend sein (vgl. Art. 8b Abs. 4 GOG).

Diese in der Praxis wichtige Frage soll eine gesetzliche Regelung erfahren. Die Regierung schlägt vor, die für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte geltende Regelung auf alle hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden auszudehnen. Die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sollen das Richteramt bis zum Ende des Jahres ausüben können, indem sie das 70. Altersjahr vollenden. Diese Altersgrenzen gelten

nicht für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern sowie die Mitglieder des Justizgerichts (Art. 54 Abs. 1, Art. 64 Abs. 2, Art. 84 Abs. 1 E-GOG).

Art. 38 *Ergänzende Regelungen*

Entsprechend dem gewählten konzeptionellen Ansatz sollen im Gerichtsorganisationsgesetz die Aspekte der beschäftigungsrechtlichen Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden geregelt werden, die mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit einer besonderen Regelung bedürfen. Im Übrigen sollen für die Mitglieder der richterlichen Behörden die Regelungen des kantonalen Personalrechts sinngemäss gelten, soweit dies mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar ist. Dieser dynamische Verweis bezieht sich sowohl auf das Personalgesetz als auch die zugehörigen Ausführungsverordnungen.

3. Gerichtsbehörden
3.1. Obergericht
3.1.1. Allgemeine Organisation

Art. 39 *Abteilungen*

Das Obergericht wird voraussichtlich fünf Abteilungen bilden, um die ihm übertragenen Rechtsprechungsaufgaben zu erfüllen. Es ist aber durchaus denkbar, dass sich das Obergericht anders organisieren wird. Die Regierung schlägt daher vor, dem Obergericht im Gerichtsorganisationsgesetz nur die Bildung von Abteilungen vorzuschreiben und es zugleich zu ermächtigen, die Abteilungen in Kammern zu unterteilen. Diese Regelung bietet dem Obergericht den nötigen Spielraum, um sich sachgerecht organisieren zu können (vgl. die Ausführungen unter II.1.1.1.).

Art. 40 *Besetzung*

Art. 18 Abs. 2 GOG erlaubt es den oberen kantonalen Gerichten, den Spruchkörper auf Anordnung der oder des Vorsitzenden aufzustocken, um in Fünferbesetzung entscheiden zu können. Die betreffende Regelung wurde für das Verwaltungsgerichtsverfahren dahingehend ergänzt, als dort auf Anordnung der oder des Vorsitzenden auch in Dreierbesetzung entschieden werden kann, wenn eine einzelrichterliche Kompetenz vorgesehen ist (vgl. Art. 43 Abs. 4 VRG). Diese Regelung soll auf die zivil- und strafrechtlichen Verfahren ausgedehnt werden. Zu diesem Zweck soll sie in das Gerichtsorganisationsgesetz aufgenommen werden.

Im Übrigen entspricht die vorgeschlagene Regelung Art. 18 GOG.

Art. 41 *Stellvertretung*

Abs. 1: Art. 41 E-GOG lehnt sich an Art. 19 GOG an. Nicht mehr vorzusehen ist infolge der Fusion der oberen kantonalen Gerichte der wechselseitige Beizug von Mitgliedern eines der oberen kantonalen Gerichte (vgl. Art. 19 Abs. 2 GOG).

Abs. 2: Die vorgeschlagene Regelung weicht vom geltenden Recht im Weiteren insofern ab, als nicht mehr nur die Präsidentinnen bzw. die Präsidenten der Regionalgerichte, sondern alle hauptamtlichen Regionalrichterinnen und -richter als ausserordentliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter beigezogen werden können. Sodann soll der Kreis der im Einzelfall in Betracht fallenden hauptamtlichen Regionalrichterinnen und -richter neu über deren sprachliche Fähigkeiten bestimmt werden. Soll beispielsweise eine Oberrichterin bzw. ein Oberrichter ersetzt werden, der italienische und deutsche Verfahren als Instruktionsrichter(in) bearbeitet, kommen alle im Hauptamt tätigen Regionalrichterinnen und -richter infrage, die italienische und deutsche Verfahren instruieren. Mit dieser Regelung soll der Kreis der für die Stellvertretung beizuziehenden Personen im Vergleich zum geltenden Recht erweitert werden.

Wie die KJS die ausserordentlichen Richterinnen und Richter bezeichnet, soll gesetzlich weiterhin nicht vorgeschrieben werden. Die Rechtsprechung darf von Verfassungs wegen nicht durch eine gezielte Auswahl der Richterinnen und Richter beeinflusst werden (Art. 30 BV, Art. 6 Ziff. 1 EMRK). Ein gewisses Ermessen bei der Besetzung des Spruchkörpers schliesst das Bundesgericht aber nicht aus (BGE 144 I 70). Diese Rechtsprechung wird von einem Teil der Lehre kritisiert, die eine auf Zufall beruhende Bildung des Spruchkörpers verlangt (vgl. z.B. KIENER, a.a.O., S. 376 ff.). Sollte sich das Bundesgericht dieser Auffassung dereinst anschliessen, kann die KJS die Art der Bezeichnung der Stellvertretenden entsprechend anpassen, indem sie die Stellvertretenden etwa durch Los bestimmen wird. In Art. 41 Abs. 2 E-GOG soll diese Art der Bezeichnung der Stellvertretenden nicht verlangt werden.

Art. 42–45 *Gerichtsverwaltung*

Vgl. dazu die vorstehenden Ausführungen unter II.1.2.

3.1.2. Richterinnen und Richter

Art. 46 *Bestand*

Abs. 1: Die personelle Dotierung der Gerichte soll nicht mehr exakt im Gerichtsorganisationsgesetz festgeschrieben werden (vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.2.). Diesem Reglungsansatz folgend soll für das Oberge-

richt im Gerichtsorganisationsgesetz nur die minimale personelle Dotierung festgeschrieben werden. Im Übrigen soll dessen personeller Bestand nur umrissen werden.

Abs. 2 und 3: Unter Berücksichtigung dieser gesetzlichen Rahmenbedingungen soll zukünftig der Grosse Rat den Gesamtstellenumfang festlegen. Mit dieser Frage soll er sich mindestens vor jeder Gesamterneuerungswahl befassen. Kommt er zum Schluss, dass die aktuelle Dotierung des Obergerichts unzureichend ist, erhöht er den Gesamtstellenumfang im erforderlichen Umfang. Dabei ist er nicht an den Mindestbeschäftigungsgrad von 50% gebunden. Der Grosse Rat kann folglich auch eine Richterstelle mit einem Pensum von unter 50% schaffen, wenn sich dies im Hinblick auf die ordentliche Geschäftslast des Obergerichts als erforderlich erweist. Hierdurch sollen Über- wie auch Unterdotierungen vermieden werden.

Abs. 4: Mit Blick auf die richterliche Unabhängigkeit erwiese es sich als problematisch, wenn der Grosse Rat Richterstellen, für welche sich ein amtierendes Mitglied des Obergerichts zur Wiederwahl stellt, aufheben oder den hierauf entfallenden Beschäftigungsgrad reduzieren könnte. Eine solche Möglichkeit würde die Gefahr bergen, dass Mitglieder des Obergerichts nicht mehr oder nur mehr zu einem geringen Pensum gewählt würden, die in der Vergangenheit politisch unliebsame Urteile gefällt haben. Dadurch würde die richterliche Unabhängigkeit verletzt. Der Grosse Rat soll deshalb Richterstellen nur bei einer Neubesetzung aufheben oder im Beschäftigungsumfang reduzieren können.

Art. 47 *Anzahl und Beschäftigungsgrad*

Abs. 1: Wird die personelle Dotation im Gerichtsorganisationsgesetz nicht mehr exakt bestimmt, hat dies zur Folge, dass der Grosse Rat jeweils vor der Wahl die Anzahl der Mitglieder des Obergerichts und deren Beschäftigungsgrad bestimmen muss. Der Grosse Rat entscheidet hierüber auf Antrag des Obergerichts.

Abs. 2: Derzeit existieren an den oberen kantonalen Gerichten grundsätzlich nur vollamtliche Richterstellen (Art. 21 GOG). Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 beschlossen, am Obergericht teilzeitliche Richterstellen vorzusehen (GRP 5 | 2018/2019, S. 858). Die Regierung schlägt vor, für die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Obergerichts sowie die Vizepräsidentin bzw. den Vizepräsidenten einen Mindestbeschäftigungsgrad von 80% zu stipulieren. Die weiteren Mitglieder des Obergerichts sollen das Richteramt mindestens zu einem Pensum von 50% ausüben (vgl. die Ausführungen unter II.3.1.1.). Der letztgenannte Mindestbeschäftigungsgrad gilt nicht, wenn der Grosse Rat eine Richterstelle mit einem geringeren Pensum schaffen muss, um eine hinreichende Dotierung des Obergerichts sicherzustellen (Art. 46 Abs. 2 und 3, Art. 48 Abs. 4 E-GOG).

Art. 48 *Änderung des Beschäftigungsgrads aufgrund Geburt oder Adoption*

In der Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden vom 22. März 2021 schlägt die Regierung vor, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, mit der sie ermächtigt wird, Regelungen zu erlassen, in denen den kantonalen Mitarbeitenden nach der Geburt oder der Adoption eines oder mehrerer Kinder das Recht auf eine Reduktion und spätere Wiedererhöhung des Arbeitsumfangs eingeräumt werden kann.

Eine vergleichbare Regelung soll für die Mitglieder des Obergerichts geschaffen werden. Diese kann nicht auf Verordnungsebene getroffen werden, ansonsten die Mitglieder des Obergerichts die Modalitäten dieses Anspruchs selber festlegen könnten. Im Unterschied zum kantonalen Personalrecht hat deshalb der Gesetzgeber die betreffende Regelung zu erlassen. Die zu diesem Zweck vorgeschlagene Regelung lehnt sich an Art. 60a BPV an, der seit dem 1. Juli 2013 in Kraft ist (vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.1.2.).

Art. 49 *Änderung des Beschäftigungsgrads während der Amtsdauer*

Abs. 1: Der Spielraum der oberen kantonalen Gerichte, die Beschäftigungsgrade ihrer Mitglieder während der Amtsdauer zu ändern, wird sich mit der Fusion des Kantons- und des Verwaltungsgerichts und der Zulassung der teilzeitlichen Richtertätigkeit vergrössern. Neu werden auch Änderungen der Beschäftigungsgrade möglich sein, bei denen der Gesamtstellenumfang unverändert bleibt. Das Obergericht soll aber weiterhin berechtigt sein, den Gesamtstellenumfang infolge einer oder mehrerer Änderungen der Beschäftigungsgrade zu unterschreiten (vgl. Art. 21 Abs. 2 GOG). Hingegen darf der Gesamtstellenumfang infolge der Änderung des Beschäftigungsgrads eines oder mehrerer Mitglieder nicht überschritten werden.

Abs. 2 und 3: Keines der oberen kantonalen Gerichte hat bislang die Möglichkeit genutzt, die gesetzlich vorgesehene, personelle Dotierung in Anwendung von Art. 21 Abs. 2 GOG zu unterschreiten. Wie in solchen Situationen vorzugehen ist, musste daher noch nie entschieden werden. Um Rechtssicherheit zu schaffen und eine hinreichende Einbindung des Grossen Rats sicherzustellen, soll neu einerseits festgelegt werden, wann eine neue Richterstelle zur Wahl ausgeschrieben werden muss (Art. 49 Abs. 2 E-GOG), andererseits soll das Obergericht berechtigt werden, die Massnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um mit der geänderten personellen Dotierung die ihm obliegenden Rechtsprechungsaufgaben erfüllen zu können (Art. 49 Abs. 3 E-GOG).

Art. 50 *Wahlverfahren, 1. Grundsatz*

Abs. 1: Die fragliche Regelung entspricht dem geltenden Recht (Art. 22 Abs. 3 GOG).

Abs. 2: Die Amtsdauer der Präsidentin bzw. des Präsidenten und der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten soll beschränkt werden, um zu verhindern, dass die einmal gewählten Richterpersonen diese Präsidialämter – wie es derzeit üblich ist – bis zum Ausscheiden aus dem Richteramt ausüben (vgl. dazu die Ausführungen zum [rotierenden] Präsidium unter II.1.2.3 und III.2.2.).

Zu diesem Zweck soll einerseits die unmittelbare Wiederwahl der amtierenden Präsidentin bzw. des Präsidenten als Präsidentin bzw. Präsidenten (lit. a), andererseits die Wahl der amtierenden Präsidentin bzw. des amtierenden Präsidenten als Vizepräsidentin oder als Vizepräsidenten (lit. b) untersagt werden. Hingegen kann das Gesamtgericht die amtierende Präsidentin bzw. den amtierenden Präsidenten in die Verwaltungskommission wählen.

Davon unterscheidet sich die Regelung hinsichtlich der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten insofern, als in diesem Fall nur die unmittelbare Wahl in dasselbe Amt ausgeschlossen werden soll (lit. c). Dagegen kann die amtierende Vizepräsidentin bzw. der amtierende Vizepräsident als Präsidentin bzw. Präsident gewählt werden. Ebenso ist es möglich, sie oder ihn in die Verwaltungskommission zu wählen.

Mit diesen Regelungen soll eine hinreichende Rotation der fraglichen Präsidialämter sichergestellt werden.

Abs. 3: Bei den im Jahr 2020 erfolgten Gesamterneuerungswahlen für das Kantonsgericht hat sich gezeigt, dass die in getrennten Wahlgängen zu wählenden Personen weniger Stimmen erhalten müssen, um das absolute Mehr zu erreichen, als die anderen Mitglieder. Dies kann vermieden werden, wenn das absolute Mehr nach Art. 39 GPR berechnet wird. Die betreffende Rechnungsformel stellt sicher, dass das absolute Mehr unabhängig von der Anzahl der zu besetzenden Stellen gleich hoch ist. Neu soll daher im Gerichtsorganisationsgesetz vorgeschrieben werden, dass sich das für die Wahl zu erreichende Mehr nach dem Gesetz über die politischen Rechte berechnet (Art. 39–41 GPR). Im Übrigen soll sich das Wahlverfahren weiterhin nach der Geschäftsordnung des Grossen Rats richten, soweit das Gerichtsorganisationsgesetz nichts anderes vorsieht.

Art. 51 *2. Ergänzungs- und Ersatzwahl*

Abs. 1: Art. 51 Abs. 1 E-GOG entspricht dem geltenden Recht (Art. 22 Abs. 1 GOG).

Abs. 2: Neu soll die KJS verpflichtet werden, in der Stellenausschreibung die Fraktion zu bezeichnen, die rechnerisch Anspruch auf die zu besetzende Richterstelle erheben kann. Dadurch soll sichtbar gemacht werden, dass die

Wahl der Mitglieder des Obergerichts eine politische Wahl ist, bei welcher die Parteizugehörigkeit eine Rolle spielt (Art. 57 GRG).

Abs. 3 und 4: Gemäss Art. 22 Abs. 2 GOG prüft die KJS die Eignung der Kandidierenden und gibt zuhanden des Grossen Rats eine Empfehlung ab. Diese Regelung wird in der Praxis so gehandhabt, dass die KJS dem Grossen Rat mitteilt, ob sie eine Kandidatin oder einen Kandidaten für geeignet hält oder nicht. Sie spricht zuhanden des Grossen Rats demnach keine eigentliche Wahlempfehlung aus. Diese Praxis soll in Art. 51 Abs. 4 E-GOG kodifiziert werden.

Art. 52 *3. Wiederwahl*

Abs. 1: Der Grosse Rat wird vor den Erneuerungswahlen jeweils die Anzahl sowie den Beschäftigungsgrad der Mitglieder des Obergerichts festlegen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muss er wissen, ob amtierende Mitglieder des Obergerichts ihren Beschäftigungsgrad bei einer Wiederwahl ändern wollen oder nicht. Die Mitglieder des Obergerichts sollen deshalb verpflichtet werden, die KJS sowie das Obergericht spätestens anderthalb Jahre vor Ablauf der Amtsdauer über eine beabsichtigte Änderung ihres Beschäftigungsgrads zu informieren. Geht keine entsprechende Information ein, ist bei der Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Obergerichts sowie deren Beschäftigungsgrad davon auszugehen, dass die amtierenden Mitglieder des Obergerichts ihr Amt bei einer Wiederwahl weiterhin im bisherigen Umfang ausüben werden.

Abs. 2 und 3: Die KJS prüft die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts in der Regel nicht. Um entscheiden zu können, ob sie eine solche Prüfung ausnahmsweise vornehmen will, muss sie Kenntnis haben von dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren, die gegen Mitglieder des Obergerichts eingeleitet oder geführt wurden. Die entsprechenden Verfahren unterliegen der Geheimhaltungspflicht. Damit das Obergericht die KJS über die von ihm gegen Mitglieder des Obergerichts eingeleiteten bzw. geführten dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren informieren kann, bedarf es einer ausdrücklichen formell-gesetzlichen Grundlage. Diese soll in Art. 52 Abs. 2 E-GOG geschaffen werden.

Abs. 4 und 5: Die betreffenden Regelungen entsprechen dem geltenden Recht (Art. 22 Abs. 2, Art. 27 GOG).

Abs. 6: Neu vorgesehen werden soll das Recht der Fraktionen, die sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts zu befragen. Solche Befragungen fanden im Vorfeld der letzten Gesamterneuerungswahlen der oberen kantonalen Gerichte statt. Sie entsprechen einem praktischen Bedürfnis. Damit sich die Mitglieder der richterlichen Behörden äussern können, ohne Gefahr zu laufen, wegen einer Amtsgeheimnisverletzung strafrechtlich verfolgt zu werden (Art. 320 StGB), soll diese Anhörung gesetzlich

verankert werden. Die Befragung bezieht sich nur auf Angelegenheiten der Justizverwaltung, soweit diese die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder betreffen. Die Rechtsprechungstätigkeit bleibt davon unberührt.

Art. 53 *Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter, 1. Ausserordentliche Umstände*

Diese Regelung entspricht Art. 27a GOG.

Art. 54 *2. Persönliche und fachliche Voraussetzungen*

Art. 21 KV und Art. 22 KV sollen revidiert werden, um den Kreis der für ein ausserordentliches Richteramt infrage kommenden Personen zu erweitern (vgl. die Ausführungen zu Art. 21 und Art. 22 KV).

Abs. 1: Der hierdurch geschaffene Spielraum soll genutzt werden, um vom Wohnsitzerfordernis abweichen zu können. Für ein ausserordentliches Richteramt können sich Personen als ideal erweisen, die in einem anderen Kanton ein ähnliches Richteramt ausüben oder ausgeübt haben wie das zu besetzende. Diese Personen wohnen regelmässig im Kanton, in dem sie als Richterin bzw. als Richter tätig sind oder waren, da die Wahl in ein kantonales Richteramt häufig die Wohnsitznahme im betreffenden Kanton voraussetzt. Personen, die in einem anderen Kanton ein Richteramt ausüben, können deshalb zumeist nur in ein ausserordentliches Richteramt gewählt werden, wenn von der Wohnsitzpflicht abgesehen wird. Die hierfür erforderliche Grundlage soll in Art. 54 Abs. 1 E-GOG geschaffen werden.

In Art. 54 Abs. 1 E-GOG soll ferner vorgesehen werden, dass Art. 31 E-GOG für die ausserordentlichen Mitglieder des Obergerichts nicht gilt. Dadurch können z.B. Personen, die miteinander verheiratet sind (Art. 31 Abs. 1 lit. a E-GOG), oder in gerader Linie miteinander verwandt sind (Art. 31 Abs. 1 lit. b E-GOG), gleichzeitig dem Obergericht angehören. Damit erweitert sich der Kreis der für ein ausserordentliches Richteramt infrage kommenden Personen im Vergleich zum geltenden Recht.

Abs. 2: Im Weiteren sollen Mitglieder der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden als ausserordentliche Oberrichterrichterinnen bzw. Oberrichter wählbar sein. Eine solche Doppelfunktion birgt Interessen- und Loyalitätskonflikte. Sie erscheint daher nicht ideal. Die Besetzung von ausserordentlichen Richterstellen dürfte sich in der Praxis allerdings als schwierig erweisen. Deshalb soll die Zuwahl von Mitgliedern der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden – wie jene der Aktuarinnen und Aktuare (Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 681 f.) – nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Ob diese Möglichkeit genutzt wird, entscheidet jeweils die KJS bei der Besetzung eines ausserordentlichen Richteramts.

Art. 55 *3. Zuständigkeit und Verfahren*
Art. 55 E-GOG stimmt inhaltlich mit Art. 27c GOG überein.

3.1.3. Aktuariat

Art. 56 *Bestand und Anstellungsvoraussetzungen*
Diese Regelung wird unverändert aus dem Gerichtsorganisationsgesetz übernommen (Art. 28 GOG).

Art. 57 *Nebenbeschäftigungen*
Art. 57 E-GOG orientiert sich am geltenden Recht (Art. 30 GOG). Ausgedehnt werden soll das Vertretungsverbot, das – wie jenes für die Mitglieder der richterlichen Behörden (Art. 30 Abs. 2 lit. a E-GOG) – nicht mehr auf die streitigen Verfahren begrenzt werden soll, sondern alle Verfahren umfassen soll. Ausserdem soll die Frage der zulässigen Nebenbeschäftigungen für alle Aktuarinnen und Aktuare gleich geregelt werden. Die derzeit bestehenden Differenzierungen zwischen den Aktuarinnen und Aktuaren des Kantons- und des Verwaltungsgerichts sollen fallengelassen werden (Art. 30 Abs. 2 lit. b und c GOG). Im Übrigen entspricht die vorgeschlagene Regelung dem geltenden Recht.

Art. 58 *Aktuarinnen und Aktuare*
Diese Regelung wird grundsätzlich unverändert aus dem Gerichtsorganisationsgesetz übernommen (Art. 31 GOG). Einzig Art. 58 Abs. 1 E-GOG wird terminologisch angepasst, indem anstelle von voll- und hauptamtlichen Aktuarinnen und Aktuaren von ordentlichen Aktuarinnen und Aktuaren gesprochen wird.

3.1.4. Generalsekretariat

Art. 59 *Aufgaben*
Vgl. dazu die Ausführungen unter II.1.2.4.

3.2. Kantonales Zwangsmassnahmengericht

Die heutige Organisation des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts existiert seit dem 1. Januar 2011. Sie hat sich bewährt und soll nicht geändert werden. Die in den Art. 60 bis Art. 62 E-GOG vorgeschlagenen Änderungen sind redaktioneller Natur.

3.3. Justizgericht

Art. 63 *Zusammensetzung und Stellung*

Das Justizgericht wird – wie die Erfahrungen in den Kantonen *Aargau* und *Waadt* zeigen – voraussichtlich nur einige wenige Fälle pro Jahr zu beurteilen haben. Mit Blick auf diese Geschäftslast soll für das Justizgericht eine möglichst schlanke Organisationsstruktur gewählt werden.

Deshalb wurde eine administrative Angliederung des Justizgerichts an das Obergericht erwogen. Die Regierung hat sich jedoch dagegen entschieden, weil das Justizgericht auch Streitigkeiten beurteilt, über die das Obergericht mangels Unabhängigkeit nicht als richterliche Behörde entscheiden kann (Art. 65a VRG). Um jeden Anschein einer unbotmässigen Verflechtung mit dem Obergericht zu vermeiden, soll das Justizgericht daher vollständig unabhängig vom Obergericht organisiert werden. Die hierzu vorgeschlagene Regelung entspricht jener, welche derzeit für die Notariatskommission gilt und für die Enteignungskommission gewählt werden soll. Danach bleibt es dem Justizgericht überlassen, wie es sein Sekretariat und Aktuariat organisieren will.

Wie das Justizgericht diesen Handlungsspielraum nutzt, dürfte sich auf dessen Sitz auswirken. Deshalb soll dieser im Gerichtsorganisationsgesetz nicht festgelegt werden (Art. 63 Abs. 4 E-GOG). Vielmehr soll das Justizgericht berechtigt werden, den Sitz in seiner Geschäftsordnung zu bestimmen. Der Sitz des Justizgerichts muss sich im Kanton Graubünden befinden. Der Sitz und die Zusammensetzung des Justizgerichts sind öffentlich bekannt zu geben (Art. 63 Abs. 5 E-GOG).

Art. 64 *Persönliche und fachliche Voraussetzungen*

Abs. 1: Um Interessen- und Loyalitätskonflikte zu vermeiden, sollen dem Justizgericht nur Personen angehören, die nicht Mitglied einer anderen richterlichen Behörde des Kantons Graubünden sind (Art. 64 Abs. 1 lit. a E-GOG). Weil das Justizgericht Beschwerden gegen Entscheide der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte beurteilen soll (Art. 65a Abs. 1 lit. e VRG und Art. 7 Abs. 2 AnwG), soll überdies ausgeschlossen werden, dass dem Justizgericht Anwältinnen und Anwälte angehören, die im Kanton Graubünden praktizieren. Mithilfe dieser Unvereinbarkeitsregeln soll sichergestellt werden, dass die Mitglieder des Justizgerichts über die erforderliche Unabhängigkeit verfügen, um die in die Zuständigkeit des Justizgerichts fallenden Rechtsstreitigkeiten beurteilen zu können.

Abs. 2: Im Übrigen sollen für die Mitglieder des Justizgerichts dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen gelten wie für die ausserordentlichen Oberrichterinnen und -richter.

Art. 65 *Wahl*

Gemäss Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV soll der Grosse Rat die Mitglieder des Justizgerichts wählen (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 36 KV). Für das Wahlverfahren sollen dieselben Regelungen gelten wie für die Wahl der Mitglieder des Obergerichts.

Art. 66 *Besetzung*

Abs. 1: In den vergangenen Jahren haben sich in der Praxis Dreierspruchkörper als Grundsatz mit Ausnahmen etabliert (Catherine Reiter, Gerichtsinterne Organisation: Best Practices, Zürich/Basel/Genf 2015, S. 136). Für die Gerichte des Kantons Graubünden gilt dies ebenfalls (Art. 18 Abs. 1 GOG, Art. 39 Abs. 2 GOG). Folglich soll auch das Justizgericht in der Regel in Dreierbesetzung entscheiden.

Abs. 2: Davon soll abgewichen werden, wenn sich ein Rechtsmittel als offensichtlich unzulässig, offensichtlich begründet oder offensichtlich unbegründet erweist. In diesen Fällen soll die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz entscheiden können. Diese Regelung entspricht jener, welche für das Obergericht gilt (vgl. Art. 40 Abs. 3 E-GOG). Beurteilt das Justizgericht eine Rechtsstreitigkeit als erste kantonale Instanz, hat es immer in Dreierbesetzung zu entscheiden.

In Fünferbesetzung kann das Justizgericht nicht entscheiden, da ihm nur drei Mitglieder angehören.

Art. 67 *Stellvertretung*

Abs. 1: Die ausserordentliche Stellvertretung kann für das Justizgericht nicht gleich geregelt werden wie für das Obergericht und die Regionalgerichte, da es mit Blick auf die von ihm zu beurteilenden Streitigkeiten nicht angezeigt erscheint, die Mitglieder anderer Gerichte zur Stellvertretung beizuziehen. Kann das Justizgericht wegen Ausstands- oder Verhinderungsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, muss daher eine ausserordentliche Stellvertretung ernannt werden. Diese Aufgabe soll der KJS übertragen werden, welche auch für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern zuständig ist.

Abs. 2: Für die ausserordentliche Stellvertreterin bzw. den ausserordentlichen Stellvertreter gelten dieselbe Eignungskriterien wie für das zu ersetzende Mitglied.

Art. 68 *Gerichtsverwaltung*

Abs. 1: Das Justizgericht ist eine selbständige richterliche Behörde. Deshalb muss die Gerichtsverwaltung geregelt werden. Art. 68 Abs. 1 E-GOG weist diese Aufgabe der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Justizgerichts zu.

Abs. 2 und 3: Sie oder er hat dem Grossen Rat insbesondere das Budget, die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht zur Genehmigung vorzulegen. Dies erfolgt, indem die betreffenden Unterlagen dem Grossen Rat mit den anderen Rechnungen und Geschäftsberichten als Gesamtpaket vorgelegt werden. Vertreten werden sollen das Budget, die Jahresrechnung sowie der Geschäftsbericht im Grossen Rat durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten des Obergerichts (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 51a Abs. 2 KV). In den Kommissionen des Grossen Rats soll das Justizgericht seine Interessen hingegen selber wahren können und die erforderlichen Auskünfte erteilen sowie Einsicht in die Akten gewähren. Dem Justizgericht soll diesbezüglich dieselbe Stellung eingeräumt werden wie heute der Notariatskommission und der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte. Die entsprechenden Informations- und Mitwirkungsrechte sollen in das Gesetz über den Grossen Rat sowie in die Geschäftsordnung des Grossen Rats aufgenommen werden.

Art. 69 *Geschäftsordnung*

Die Organisation und die Geschäftsführung des Justizgerichts sollen im Gerichtsorganisationsgesetz nur rudimentär geregelt werden. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlässt das Justizgericht in seiner Geschäftsordnung. Die hierfür notwendige Rechtsgrundlage bietet Art. 69 E-GOG.

3.4. Regionalgerichte
3.4.1. Allgemeine Organisation

Art. 70 *Kammern*

Art. 70 E-GOG entspricht dem geltenden Recht (Art. 39 Abs. 1 GOG).

Art. 71 *Besetzung*

In Art. 71 E-GOG werden die in Art. 39 Abs. 2–4 GOG enthaltenen Regelungen verankert. Die betreffenden Bestimmungen sollen insofern ergänzt werden, als die Regionalgerichte berechtigt werden sollen, über offensichtlich unzulässige oder offensichtlich unbegründete Begehren in einzelrichterlicher Kompetenz zu entscheiden. Diese Regelung lehnt sich an Art. 18 Abs. 3 GOG an. Sie bezieht sich indessen nicht auf Rechtsmittel, sondern erstinstanzliche Entscheide. Deshalb wird die einzelrichterliche Zuständigkeit nur für Fälle vorgesehen, die sich als offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet erweisen. Ersteres trifft zu, wenn eine oder mehrere Prozessvoraussetzungen offensichtlich nicht vorliegen. Dies ist etwa bei einer gegen einen Strafbefehl erhobenen Einsprache zu bejahen, deren verspätete Einreichung durch Track-and-Trace-Auszüge dokumentiert ist. Als

offensichtlich unbegründet gelten z.B. Begehren, die abzuweisen sind, selbst wenn die Behauptungen der klägerischen Partei zutreffen würden.

Die weiteren Änderungen entsprechen denen, die für das Obergericht vorgeschlagen werden. Zur Begründung kann auf die Ausführungen zu Art. 40 E-GOG verwiesen werden.

Art. 72 *Stellvertretung*

Art. 72 E-GOG entspricht inhaltlich dem geltenden Recht (Art. 40 GOG, vgl. hierzu auch die Ausführungen zu Art. 41 E-GOG).

Art. 73 *Gerichtsverwaltung*

Die Regionalgerichte sollen zukünftig – wie das Obergericht – über drei Leitungsorgane verfügen, nämlich das Gesamtgericht, die Verwaltungskommission und das Präsidium.

1. Gesamtgericht

Dem Gesamtgericht gehören die ordentlichen Mitglieder des jeweiligen Regionalgerichts an (Art. 73 Abs. 1 E-GOG). Die vom Gesamtgericht wahrzunehmenden Aufgaben sind in Art. 73 E-GOG abschliessend aufgeführt. Die Beschlussfassung wird gleich geregelt wie für das Gesamtgericht des Obergerichts (vgl. Art. 42 Abs. 3 E-GOG).

Art. 74 *2. Verwaltungskommission*

Abs. 1 und 2: Neu soll die Verwaltungskommission nicht mehr aus fünf, sondern nur mehr aus drei Personen bestehen (vgl. dazu die Ausführungen unter III.2.2.1.). Von Gesetzes wegen sollen ihr die Präsidentin bzw. der Präsident sowie die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident angehören. Das weitere Mitglied wählen die ordentlichen Mitglieder der Regionalgerichte für die Dauer von vier Jahren aus ihrem Kreis. Ersatzwahlen sind möglich.

Abs. 3: Die Aufgaben, welche die Verwaltungskommission zu erfüllen hat, werden abschliessend in Art. 74 Abs. 3 E-GOG aufgezählt.

Art. 75 *3. Präsidium*

Soweit nicht das Gesamtgericht und die Verwaltungskommission zuständig sind, nimmt die Präsidentin oder der Präsident der Regionalgerichte die Aufgaben der Justizverwaltung wahr. In Art. 75 Abs. 2 E-GOG findet sich ein beispielhafter Katalog der betreffenden Aufgaben.

Art. 76 *Aktuariat*

Art. 76 E-GOG entspricht inhaltlich Art. 43 GOG. Die vorgeschlagenen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Art. 77 *Geschäftsordnung*

Art. 30 Abs. 1 BV gewährleistet den Anspruch auf ein gesetzmässiges, zuständiges, unabhängiges und unparteiisches Gericht. Dieses Grundrecht legte das Bundesgericht in Bezug auf die Fallzuteilung und die Spruchkörperbildung lange Zeit dahingehend aus, dass hierdurch verboten werde, im Einzelfall durch die gezielte Auswahl der entscheidenden Richterinnen und Richter Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen. Ebenso erachtet es Vorgehensweisen für unzulässig, die einen solchen Anschein erwecken könnten. Diese Praxis hat das Bundesgericht in den vergangenen Jahren verschärft. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ist es zwar nach wie vor zulässig, Gerichten bei der Fallzuteilung sowie Spruchkörperbildung einen gewissen Ermessensspielraum einzuräumen, wenn sie diesen nach sachlichen Kriterien handhaben, die einer sach- und zeitgerechten Fallerledigung dienen. Indessen bezeichnet das Bundesgericht die Abbildung der für die Spruchkörperbildung massgeblichen Kriterien in einem Rechtssatz als wünschenswert (BGE 144 I 37; Urteil des Bundesgerichts 1C_187/2017 vom 20. März 2018 E. 7.2).

Abs. 1: Dieser neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung soll Rechnung getragen werden, indem die Regionalgerichte ermächtigt werden, die Verteilung der Verfahren auf die Kammern und die Bildung der Spruchkörper in einer Verordnung zu regeln (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 51a Abs. 4 KV). Zu achten haben sie dabei auf eine möglichst gleichmässige Arbeitsbelastung, die fachlichen Kenntnisse der Richterinnen und Richter, die Verfahrenssprachen sowie die Mitwirkung von Mitgliedern beiderlei Geschlechts in Fällen, in denen dies aufgrund der Natur der Streitsache angezeigt ist. Räumt die erlassene Regelung den Regionalgerichten Ermessen ein, muss die Fallzuteilung bzw. die Spruchkörperbildung von einer Richterin bzw. einem Richter vorgenommen werden (Urteil des Bundesgerichts 1C_187/2017 vom 20. März 2018 E. 7.2).

Abs. 2: In die Geschäftsordnung sollen die Regionalgerichte weitere Regelungen zur Organisation und Geschäftsführung aufnehmen können.

Abs. 3: Die Geschäftsordnung ist vom Obergericht zu genehmigen. Der Genehmigung kommt konstitutive Bedeutung zu.

3.4.2. Richterinnen und Richter

Art. 78 *Bestand*

Die personelle Dotierung der Gerichte soll nicht mehr exakt im Gerichtsorganisationsgesetz festgeschrieben werden, um die Anzahl und den Umfang der Richterstellen rascher an die ordentliche Geschäftslast anpassen zu können (vgl. die Ausführungen unter II.3.2.). Die zu diesem Zweck für die

Regionalgerichte in das Gerichtsorganisationsgesetz aufzunehmenden Regelungen entsprechen jenen, welche für das Obergericht vorgeschlagen werden; d.h. der Gesamtstellenumfang für die jeweiligen Regionalgerichte soll im Gerichtsorganisationsgesetz nur mehr in Form eines Mindeststellenumfangs festgeschrieben werden (vgl. die Ausführungen zu Art. 46 E-GOG).

Derzeit legt das Kantonsgericht für jedes Regionalgericht den Beschäftigungsgrad der Präsidentin bzw. des Präsidenten, der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten sowie der hauptamtlichen Regionalrichterinnen und Regionalrichter fest (Art. 36 Abs. 5 GOG). Würde dieser Regelungsansatz beibehalten, müsste dem Obergericht die Befugnis zuerkannt werden, den Regionalgerichten die für die Finanzierung der betreffenden Stellen erforderlichen Mittel zuzusprechen. Eine derartige Beschneidung der Budgetbefugnis des Grossen Rats erscheint der Regierung nicht sachgerecht. Stattdessen soll neu der Grosse Rat auf Antrag des Obergerichts über die personelle Dotierung der Regionalgerichte entscheiden und diesen Entscheid im nachgelagerten Budgetprozess nachvollziehen.

Art. 79 *Anzahl und Beschäftigungsgrad*

Diese Regelung entspricht grundsätzlich jener, welche für die Mitglieder des Obergerichts vorgeschlagen wird (vgl. Art. 47 E-GOG). Abweichend geregelt werden müssen die Mindestbeschäftigungsgrade der hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden, um die heutigen Strukturen beibehalten zu können (vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.1.1.).

Art. 80 *Änderung des Beschäftigungsgrads aufgrund Adoption oder Geburt*

Diese Regelung stimmt mit dem vorgeschlagenen Art. 48 E-GOG überein. Zur Begründung kann auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden.

Art. 81 *Änderung des Beschäftigungsrads während der Amtsdauer*

Den Regionalgerichten gehören in der Regel eine hauptamtliche Präsidentin oder ein hauptamtlicher Präsident, die oder der im Vollpensum tätig ist, eine hauptamtliche Vizepräsidentin oder ein hauptamtlicher Vizepräsident, die oder der das Richteramt teilzeitlich ausübt, sowie acht nebenamtliche Richterinnen und Richter an (Art. 36 Abs. 1 GOG). Der Spielraum für Änderungen der Beschäftigungsgrade der hauptamtlichen Regionalrichterinnen und -richter ist daher deutlich kleiner als beim Obergericht. Ausserdem liesse es sich mit Blick auf die Grösse der Regionalgerichte kaum mit dem Gerichtsbetrieb vereinbaren, die personelle Dotierung der Regionalgerichte aufgrund der Änderung der Beschäftigungsgrade zu unterschreiten. Die Regionalgerichte sollen deshalb die Beschäftigungsgrade der hauptamt-

lichen Mitglieder während der Amtsdauer nur ändern können, wenn dadurch der Gesamtstellenumfang weder über- noch unterschritten wird.

Art. 82 *Wahlverfahren*

Abs. 1: Diese Regelung erweist sich aus denselben Überlegungen als erforderlich wie Art. 50 Abs. 1 E-GOG. Es kann auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden.

Abs. 2: Gemäss Art. 28 Abs. 1 E-GOG müssen sich die Mitglieder der richterlichen Behörden für das Richteramt eignen. Ob diese Voraussetzung erfüllt ist, soll für die Mitglieder der Regionalgerichte das Obergericht prüfen. Hierzu muss es die Kandidierenden nicht persönlich anhören. Es genügt, wenn es die üblichen Bewerbungsunterlagen der Kandidierenden (Lebenslauf mit Ausbildungsabschlüssen, Strafregisterauszug, Auszug aus dem Betreibungs- und Konkursregisterauszug) prüft. Bei Personen, die sich zur Wiederwahl stellen, kann das Obergericht die Eignungsprüfung auf die Vorfälle beschränken, die ihm in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gebracht werden.

Kommt das Obergericht aufgrund dieser Prüfung zum Schluss, eine Kandidatin oder ein Kandidat sei ungeeignet, gibt es dies öffentlich bekannt. Eine solche Erklärung hat – wie die heutige Wahlempfehlung der KJS – keine rechtlichen Folgen. Vom Obergericht als ungeeignet eingestufte Personen können sich dennoch zur Wahl stellen und sind gewählt, wenn sie die hierfür erforderliche Anzahl Stimmen erhalten. Die Nichteignungserklärung des Obergerichts ist somit kein beschwerdefähiger Entscheid. Sie schliesst aber eine Stille Wahl aus. Stuft das Obergericht eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten für nicht geeignet ein, ist folglich immer eine Volkswahl durchzuführen, und zwar selbst dann, wenn die Anzahl der Kandierenden mit jener der zu besetzenden Richterstellen übereinstimmt (vgl. dazu die Ausführungen zum GPR betreffend das Zustandekommen der Stillen Wahl).

Abs. 3 und 4: Die fraglichen Regelungen entsprechen dem geltenden Recht (Art. 37 GOG).

Art. 83–85 *Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter*

Die betreffenden Regelungen hat der Grosse Rat in der Februarsession 2021 beschlossen. Sie gelten seit dem 1. Juli 2021 und werden unverändert aus dem geltenden Recht übernommen (Art. 37a–37c GOG).

Sie sollen dahingehend ergänzt werden, als der Spielraum für die Rekrutierung von ausserordentlichen Regionalrichterinnen und Regionalrichtern erweitert werden soll, indem einerseits die Anwendung von Art. 31 E-GOG ausgeschlossen wird, anderseits auf das Wohnsitzerfordernis verzichtet und schliesslich die Zuwahl von Mitgliedern des Obergerichts, anderer Regionalgerichte sowie der Schlichtungsbehörden zugelassen werden soll (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 54 E-GOG).

4. Schlichtungsbehörden
4.1. Vermittleramt (Art. 86–88 E-GOG)

Die Organisation der Vermittlerämter, die seit dem 1. Januar 2011 besteht, bleibt weitgehend unverändert. Neu geregelt werden soll in erster Linie die Form der Anbindung der Vermittlerämter an das jeweilige Regionalgericht. Momentan regelt das Kantonsgericht die Stellung, die Besoldung und das Rechnungswesen der Schlichtungsbehörden in einer Verordnung. Zugleich sind die Regionalgerichte befugt, über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei der Schlichtungsbehörden zu entscheiden (Art. 50 Abs. 1 GOG). Im Weiteren haben sie die Einzelheiten der administrativen Angliederung des Vermittlungsamts in einer Vereinbarung zu regeln (Art. 45 Abs. 2 GOG). Aufgrund dieser Zuständigkeitsordnung ist es bisweilen unklar, wer entscheidungsbefugt ist und in welcher Form die sich stellenden Fragen zu regeln sind. Neu soll deshalb das Obergericht berechtigt werden, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen (Art. 86 Abs. 5 E-GOG).

Präzisiert werden sollen im Weiteren die Regelung zur Stellvertretung, indem unterschiedliche Regelungen getroffen werden, je nachdem, ob eine ausserordentliche Stellvertretung für ein einzelnes Verfahren (Ausstandsgründe) oder für mehrere Verfahren (Verhinderungsgründe) bezeichnet werden soll.

Für eine konkrete Streitigkeit muss eine ausserordentliche Stellvertretung bezeichnet werden, wenn die gewählte Stellvertreterin oder der gewählte Stellvertreter wegen Ausstandsgründen nicht an einem Entscheid mitwirken darf (vgl. z.B. BGE 140 II 240 E. 2.2). Eine Ausstandskonstellation bezieht sich immer auf einen Einzelfall. Für solche Fälle sieht Art. 88 Abs. 1 E-GOG vor, dass das Regionalgericht die Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder eines benachbarten Vermittleramts bezeichnet (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 41 E-GOG).

Diese Regelung erweist sich als ungenügend, wenn die Vermittlerin oder der Vermittler wegen Verhinderungsgründen nicht durch die gewählte Stellvertreterin oder den gewählten Stellvertreter ersetzt werden kann. Hierbei handelt es sich vor allem um Fälle, in denen die Vermittlerin oder der Vermittler aus gesundheitlichen Gründen über längere Zeit ausfällt und die Stellvertreterin bzw. der Stellvertreter aufgrund anderer Verpflichtungen nicht in der Lage ist, den Beschäftigungsgrad im erforderlichen Umfang zu erhöhen. In diesem Fall soll das Regionalgericht eine Zuwahl vornehmen können, indem es eine ausserordentliche Stellvertretung wählt und die betreffende Person vereidigt. Für die ausserordentliche Stellvertretung gilt die Altersgrenze nicht. Ansonsten gelten dieselben Regeln wie für das zu ersetzende Mitglied (Art. 88 Abs. 2 E-GOG).

4.2. Schlichtungsbehörde für Mietsachen (Art. 89–92 E-GOG)

Die Organisation der Schlichtungsbehörden für Mietsachen bleibt – wie jene der Vermittlerämter – grundsätzlich gleich (vgl. Art. 51, Art. 52 und Art. 56 GOG). Geändert werden soll primär die Form der administrativen Angliederung der Schlichtungsbehörden für Mietsachen an die Regionalgerichte und die ausserordentliche Stellvertretung. Die diesbezüglich vorgeschlagenen Regelungen entsprechen denjenigen, die für die Vermittlerämter gewählt werden sollen, weshalb auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden kann.

Im Weiteren soll der Beratungsdienst neu auf Gesetzesebene geregelt werden. Die Schlichtungsbehörden für Mietsachen haben eine Rechtsberatung anzubieten (Art. 201 Abs. 2 ZPO). Hierdurch sollen zivilrechtliche Verfahren vermieden werden, die nur aufgrund unzureichender Rechtskenntnisse eingeleitet werden. In der Praxis ist der Beratungsdienst von grosser Bedeutung. Derzeit ist er sehr unterschiedlich organisiert. Teils stellt die Schlichtungsbehörde für Mietsachen hierfür eine Fachperson an, teils wird diese Aufgabe einem Unternehmen übertragen. Vereinzelt berät ein Mitglied der Schlichtungsbehörde für Mietsachen eine Partei im Vorfeld eines Schlichtungsverfahrens selber.

Berät ein Mitglied einer Schlichtungsbehörde eine Person, muss es nach der herrschenden Lehre bei einem anschliessenden Schlichtungsverfahren in der gleichen Sache in den Ausstand treten. Ein späteres Schlichtungsverfahren zwischen den Parteien darf demnach nicht von der Person durchgeführt werden, welche die Rechtsberatung übernommen hat (Dominik Infanger, in: Spühler/Tenchio/Infanger [Hrsg.], Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017, Art. 201 N. 8; Manfred Strik, Das Verfahren bei der Wohn- und Geschäftsraummiete nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung [ZPO], Diss. 2018, S. 48). Die Umsetzung dieses Grundsatzes führt bei kleineren Schlichtungsbehörden zu Schwierigkeiten. Mitgliedern der Schlichtungsbehörden soll es deshalb zukünftig untersagt werden, die Rechtsberatung in der eigenen Region zu übernehmen.

Diese Aufgabe soll, wenn möglich, einer oder einem Vorsitzenden einer benachbarten Schlichtungsbehörde für Mietsachen übertragen werden (Art. 92 Abs. 1 E-GOG). Ist keine der infrage kommenden Personen bereit, diese Aufgabe zu übernehmen, kann die Schlichtungsbehörde einen Dritten beauftragen oder hierfür jemanden anstellen (Art. 92 Abs. 2 E-GOG). Die dabei zu beachtenden Rahmenbedingungen legt das Obergericht – wie derzeit das Kantonsgericht – auf Verordnungsebene fest (Art. 89 Abs. 5 E-GOG; vgl. Art. 6 SBV).

4.3. Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Art. 93 *Anzahl und Stellung*

Zukünftig soll die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssache administrativ dem Obergericht angegliedert werden (vgl. die Ausführungen unter II.2.2.2.2.). Dadurch ändert sich die Rechtslage nur insofern, als zukünftig nicht mehr das Regionalgericht Plessur, sondern das Obergericht die Taggelder und Spesen für die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen entrichten wird. Die betreffenden Aufwände fliessen folglich in das Budget und die Jahresrechnung des Obergerichts ein. Für die Schlichtungsverhandlungen soll die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen indessen die Räumlichkeiten nutzen können, die den Vermittlerämtern für Schlichtungsverhandlungen zur Verfügung stehen (Art. 93 Abs. 4 E-GOG). Dadurch wird sichergestellt, dass die Vermittlungen in allen Regionen durchgeführt werden können.

Art. 94 *Wahl*

Derzeit wählt der Grosse Rat die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen, während das Kantonsgericht diese als zuständige Aufsichtsbehörde während der Amtsdauer des Amtes entheben oder disziplinieren kann (Art. 63 Abs. 1 lit. c und Art. 64 i.V.m. Art. 66 GOG). Diese Zuständigkeitsordnung, derzufolge die Wahl- und Disziplinarbehörde auseinanderfallen, erschwert die Wahrnehmung der Dienstaufsicht. Neu soll das Obergericht beide Aufgaben übernehmen, um die Dienstaufsicht zu erleichtern.

Art. 95 *Stellvertretung*

Abs. 1: Die ausserordentliche Stellvertretung kann für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen nicht gleich geregelt werden wie für die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen, da im Kanton keine andere Schlichtungsbehörde existiert, welche dieselbe Aufgabe ausübt. Für die Stellvertretung können deshalb keine Mitglieder anderer Schlichtungsbehörden beigezogen werden. Kann die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen wegen Ausstands- oder Verhinderungsgründen nicht durch die gewählten Stellvertreterinnen sowie Stellvertreter ergänzt werden, muss daher eine ausserordentliche Stellvertretung ernannt werden. Diese Aufgabe soll das Obergericht übernehmen, welches auch die ordentlichen Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen wählt.

Abs. 2: Für die ausserordentliche Stellvertreterin bzw. den ausserordentlichen Stellvertreter gelten dieselbe Eignungskriterien wie für das zu ersetzende Mitglied der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen.

Art. 96 *Beratungsdienst*

Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen hat – wie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen – von Bundesrechts wegen eine Rechtsberatung anzubieten (Art. 201 Abs. 2 ZPO). Diese Aufgabe soll nicht von einem Mitglied der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen übernommen werden (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 92 E-GOG). Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen soll daher – wie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen – verpflichtet werden, die Beratungstätigkeit einem Dritten zu übertragen oder hierfür jemanden anzustellen.

5. Aufsicht und Oberaufsicht
5.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 97 *Inhalt der Aufsicht*

Abs. 1: Art. 97 Abs. 1 E-GOG entspricht inhaltlich Art. 62 GOG.

Abs. 2: Die fragliche Regelung wird ergänzt durch eine Umschreibung der Zielsetzung der Justizaufsicht. Dadurch soll die Empfehlung des beratenden Experten umgesetzt werden, wonach die Grundsätze für die Aufsichtstätigkeit gesetzlich festzuschreiben sind, um die Effektivität und die Effizienz der Aufsichtstätigkeit zu steigern (Daniel Kettiger, Zu Fragen der Ausgestaltung der Justizaufsicht im Kanton Graubünden, Memorandum vom 15. April 2021, S. 6). Die hierzu vorgeschlagene Regelung lehnt sich an das Finanzhaushaltsgesetz an, soweit sie nicht die in Art. 63 Abs. 1 GOG enthaltene Regelung übernimmt.

Art. 98 *Aufsichtsbeschwerde*

Art. 98 E-GOG stimmt inhaltlich mit dem geltenden Recht überein (vgl. Art. 66 und Art. 70 GOG). Die vorgeschlagenen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Art. 99 *Mitwirkungspflichten*

Anstatt – wie im geltenden Recht (vgl. Art. 65 GOG) – Informations- und Einsichtsrechte der Aufsichtsbehörden zu statuieren, sollen in Art. 99 E-GOG einerseits die Mitwirkungspflichten der beaufsichtigten richterlichen Behörden, andererseits die Mitwirkungspflichten der Mitglieder der richterlichen Behörden verankert werden. Letztere werden insofern eingeschränkt, als die Mitwirkungspflicht entfällt, wenn sich ein Mitglied einer richterlichen Behörde ansonsten einer Straftat bezichtigen würde (vgl. dazu auch die Ausführungen zu Art. 11 Abs. 2 VRG).

5.2. Dienstaufsicht

Hinsichtlich der Justizaufsicht wird in der Regel zwischen den Trägern der Aufsichtstätigkeit und dem Gegenstand der Aufsicht unterschieden (Kiener, a.a.O., S. 296 f.). In Bezug auf den Gegenstand der Justizaufsicht vermochte sich bislang keine einheitliche Terminologie zu etablieren. Diesbezüglich werden unterschiedliche Begriffe verwendet, teils wird gleichen Begriffen eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen (vgl. Mirjam E. Frey Haesler, Aufsicht über die Justiz, Basel 2017, S. 12 ff.).

Für das Gerichtsorganisationsgesetz ist die Unterscheidung zwischen der Dienst- und Organaufsicht von entscheidender Bedeutung. Beide Formen der Aufsicht beziehen sich ausschliesslich auf die verwaltende Tätigkeit der Justizorgane, die sog. Justizverwaltung (Frey Haesler, a.a.O., S. 16). Die Dienstaufsicht ist dabei auf die einzelnen Richterinnen und Richter ausgerichtet. Hiermit wird die ordnungsgemässe Pflichterfüllung durch die Mitglieder der richterlichen Behörden, d.h. deren dienstliches wie ausserdienstliches Verhalten, überprüft (Frey Haesler, a.a.O., S. 14). Als allgemeine Justizaufsicht ist die Organaufsicht dagegen auf das Funktionieren der richterlichen Behörden insgesamt (Gericht als Justizgebehörde) ausgerichtet. Hierdurch soll der ordnungsgemässe Gang der Rechtspflege sichergestellt werden. Adressaten der Organaufsicht sind nicht die Personen innerhalb der richterlichen Behörden, sondern die richterlichen Behörden als solche (Frey Haesler, a.a.O., S. 15). Wird behauptet, eine richterliche Behörde sei nicht in der Lage, Streitigkeiten innert angemessener Frist zu erledigen, ist nach der dem Gerichtsorganisationsgesetz zugrundeliegenden Terminologie die Organaufsicht angesprochen. Ist fraglich, ob ein Mitglied einer richterlichen Behörde die ihm obliegenden Aufgaben korrekt erfüllt, handelt es sich um eine dienstaufsichtsrechtliche Angelegenheit. Im ersten Fall gelangen die Art. 110–120 E-GOG zur Anwendung, für den zweiten Fall sind die Art. 100–109 E-GOG massgebend.

5.2.1. Instrumente der Dienstaufsicht

Art. 100 *Disziplinarische Verantwortlichkeit*
1. Disziplinarmassnahmen
Vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.3.4.1.

Art. 101 *2. Verjährung*
Derzeit regelt das Gerichtsorganisationsgesetz die Frage der Verjährung von disziplinarischen Verfehlungen nicht. Diese Regelungslücke soll mit Art. 101 E-GOG geschlossen werden (vgl. zur Länge der gewählten Verjährungsfristen die Ausführungen unter III.2.2.2.).

Art. 102 *Ausscheiden*
Vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.3.4.2.

5.2.2. Zuständigkeit und Verfahren

Wer über die beschäftigungsrechtlichen Ansprüche zu entscheiden hat, die Mitgliedern von richterlichen Behörden zustehen, ist derzeit zuweilen unklar. Diese Unsicherheit soll mit der vorliegenden Teilrevision beseitigt werden, indem in den Art. 103–106 E-GOG geregelt wird, wer erstinstanzlich über die beschäftigungsrechtlichen Ansprüche der Mitglieder der richterlichen Behörden entscheidet. Die betreffenden Regelungen legen mit anderen Worten fest, wer gegenüber den Mitgliedern der richterlichen Behörden gewissermassen die Rolle des «Arbeitgebers» übernimmt, mithin z.B. über Lohnansprüche, Ferienansprüche und Disziplinarmassnahmen entscheidet.

Art. 103 *Zuständigkeit, 1. Grosser Rat*
Abs. 1 und 2: Der Grosse Rat soll – wie im Falle der Mitglieder des Grossen Rats sowie der Regierung – befugt werden, über die Amtsenthebung eines Mitglieds des Obergerichts, des Justizgerichts sowie der Regionalgerichte zu entscheiden. Ferner soll er im Streitfall feststellen, ob ein Mitglied eines Gerichts von Gesetzes wegen aus dem Amt ausgeschieden ist. Um eine Gabelung des Rechtswegs zu vermeiden, kann der Grosse Rat in diesen Verfahren auch andere Disziplinarmassnahmen treffen und über weitere streitige, dienstaufsichtsrechtliche Angelegenheiten entscheiden (Art. 103 Abs. 2 E-GOG).

Die betreffenden Entscheide des Grossen Rats sind mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Obergericht anfechtbar, wenn sie sich auf Mitglieder des Justizgerichts, der Regionalgerichte und des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts beziehen. Betreffen sie Mitglieder des Obergerichts, können sie beim Justizgericht angefochten werden (Art. 65 Abs. 1 lit. b VRG).

Abs. 3: Mit der vorliegenden Revision soll die Möglichkeit geschaffen werden, hauptamtlichen Mitgliedern einer richterlichen Behörde eine Entschädigung zuzusprechen, wenn es während oder nach einer in einem dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren durchgeführten Mediation zurücktritt (Art. 25 E-GOG). Über entsprechende Begehren soll die KJS entscheiden, wenn sie von einem Mitglied des Obergerichts gestellt werden.

Art. 104 *2. Obergericht*
Soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist, entscheidet das Obergericht über die dienstaufsichtsrechtlichen Angelegenheiten gegenüber seinen Mitgliedern. Mit dieser Regelung wird eine gerichtsinterne Dienstaufsicht eingeführt (vgl. dazu die Ausführungen unter II.3.3.5.).

Im Weiteren fällt das Obergericht die dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide gegenüber den Mitgliedern der Regionalgerichte, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist. Diesbezüglich besteht somit grundsätzlich eine parallele Zuständigkeit der Regionalgerichte und des Obergerichts. Dies erweist sich als erforderlich, damit das Obergericht als verantwortliche, justizinterne Aufsichtsbehörde die erforderlichen dienstaufsichtsrechtlichen Anordnungen treffen kann, wenn ein Regionalgericht untätig bleibt. Die betreffende Zuständigkeit bezieht sich auch auf die Mitglieder der Regionalgerichte, soweit diese für das kantonale Zwangsmassnahmengericht zuständig sind.

Keine parallele Zuständigkeit existiert hinsichtlich der Rücktrittsentschädigung im Sinne von Art. 25 E-GOG. Hierüber entscheidet nur das Obergericht (vgl. Art. 106 Abs. 1 lit. a E-GOG).

Die dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide des Obergerichts können mit Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten beim Bundesgericht angefochten werden, soweit sie nicht die Mitglieder des Obergerichts betreffen (Art. 82 ff. BGG). Trifft das Obergericht eine dienstaufsichtsrechtliche Anordnung gegenüber einem seiner Mitglieder, kann dieser Entscheid mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Justizgericht weiterzogen werden (Art. 65a Abs. 1 lit. a VRG).

Art. 105 *3. Justizgericht*

Die dienstaufsichtsrechtliche Zuständigkeit des Justizgerichts soll gleich ausgestaltet werden wie für die anderen Gerichte. Demzufolge kann das Justizgericht die dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide gegenüber seinen eigenen Mitgliedern treffen, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist.

Die betreffenden Entscheide können innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Obergericht angefochten werden (Art. 49 Abs. 1 lit. f^{ter} VRG).

Art. 106 *4. Regionalgerichte*

Abs. 1: Die Regionalgerichte amten als Dienstaufsichtsbehörde gegenüber ihren Mitgliedern, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist, sowie gegenüber den Mitgliedern der Schlichtungsbehörden, die ihnen administrativ angegliedert sind und damit unter ihrer Aufsicht stehen.

Die erstgenannte Zuständigkeit bezieht sich auch auf die Mitglieder der Regionalgerichte, soweit diese für das kantonale Zwangsmassnahmengericht tätig sind. Demzufolge hat z.B. das jeweilige Regionalgericht, dem die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts angehören, über dienstaufsichtsrechtliche Ansprüche zu entscheiden (z.B. Lohn, Ferien, Diensturlaub), welche diese aufgrund ihrer Tätigkeit für das kantonale Zwangsmassnahmengericht erheben. Nicht entscheidungsbefugt sind die Regionalgerichte, wenn ein Mitglied eines Regionalgerichts eine Rücktrittsentschädigung im Sinne

von Art. 25 E-GOG beantragt. Über solche Anträge kann nur das Obergericht entscheiden.

Die dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide der Regionalgerichte können innert 30 Tagen seit der Mitteilung mit Verwaltungsbeschwerde beim Obergericht angefochten werden (Art. 49 Abs. 1 lit. f^{bis} VRG).

Abs. 2: Die Regionalgerichte haben dem Obergericht ihre dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide mitzuteilen.

Art. 107 *Verfahren, 1. Dienstaufsichtsrechtliche Verfahren vor dem Grossen Rat*

Gemäss Art. 7 Abs. 3 GOG gelten für die Amtsenthebungsverfahren vor dem Grossen Rat die verfahrensrechtlichen Bestimmungen über die Amtsenthebung von Mitgliedern des Grossen Rats und der Regierung sinngemäss. Dieser Regelungsansatz soll beibehalten werden. Die betreffende Regelung soll nur insofern ergänzt werden, als die Antragsberechtigung gesetzlich geregelt werden soll.

Art. 108 *2. Weitere dienstaufsichtsrechtliche Verfahren*

Bei den dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren handelt es sich um nicht streitige Verwaltungsverfahren. Für diese gilt das Verwaltungsrechtspflegegesetz (Art. 108 Abs. 8 E-GOG). Im Gerichtsorganisationsgesetz sind folglich nur die Verfahrensfragen zu regeln, welche im Verwaltungsrechtspflegegesetz keine bzw. keine sachgerechte Regelung erfahren haben.

Art. 109 *3. Mediation*

Eine gütliche Einigung dürfte in vielen dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren sinnvoll sein, da die beteiligten Personen in den allermeisten Fällen weiterhin zusammenarbeiten werden. Um einvernehmliche Streitbeilegungen zu fördern, soll es möglich sein, eine Mediation durchzuführen. Die zu diesem Zweck vorgeschlagene Regelung lehnt sich an Art. 33b VwVG an. Dies bietet den Vorteil, dass zu deren Auslegung auf die Praxis der Bundesverwaltungsbehörden und die von der Lehre hierzu ausgearbeiteten Kommentierungen zurückgegriffen werden kann.

5.3. Organaufsicht
5.3.1. Instrumente der Organaufsicht

Art. 110 *Geschäftskontrolle*

Art. 110 E-GOG entspricht der geltenden Praxis. Die vorgeschlagene Formulierung orientiert sich an § 74 des Justizgesetzes des Kantons *Schwyz* und Art. 32 des Gerichtsorganisationsgesetzes des Kantons *Glarus*.

Art. 111 *Berichterstattungspflicht*

Bei der Berichterstattungspflicht handelt es sich um ein klassisches Instrument der Justizaufsicht. Die Berichterstattungspflicht soll unter Festlegung der unterschiedlichen Formen und des Mindestinhalts des Geschäftsberichts in Art. 111 E-GOG geregelt werden.

Art. 112 *Finanz- und Rechnungswesen*

Art. 112 E-GOG entspricht grundsätzlich dem geltenden Recht (vgl. Art. 71 Abs. 1, 2, 2bis GOG). Die Finanzaufsicht soll durch die Justizreform 3 nicht geändert werden.

Art. 113 *Weisungen und Ersatzvornahme*

Art. 113 Abs. 1 E-GOG entspricht inhaltlich Art. 63 Abs. 2 lit. a GOG.

Neu vorgesehen werden soll, wie vorzugehen ist, wenn eine richterliche Behörde eine Weisung missachtet. Nach geltendem Recht kann die Aufsichtsbehörde in diesem Fall ein anderes Gericht oder eine andere Schlichtungsbehörde mit der Erfüllung der betreffenden Aufgabe beauftragen (Art. 63 Abs. 2 lit. b GOG). Diese Regelung soll dahingehend ergänzt werden, als die Aufsichtsbehörde auch Dritte mit der Aufgabenerfüllung beauftragen kann, wenn die gebotene Handlung die Justizverwaltung betrifft und dementsprechend nicht von einer richterlichen Behörde vorgenommen werden muss (z.B. Erstellung der Jahresrechnung oder des Geschäftsberichts). Die Ersatzvornahme ist der säumigen richterlichen Behörde in der Regel vorgängig anzudrohen (Art. 113 Abs. 3 E-GOG). Die säumige richterliche Behörde trägt die Kosten der Ersatzvornahme (Art. 113 Abs. 4 E-GOG).

Art. 114 *Administrativuntersuchung*

In der Kantonalen Verwaltung ist die Administrativuntersuchung ein gängiges aufsichtsrechtliches Instrument. Im Bereich der Justizaufsicht wurde eine Administrativuntersuchung, soweit bekannt, erstmals am 5./12. November 2019 von der KJS angeordnet. Eine Administrativuntersuchung kann erheblich in die Rechtsstellung der betroffenen Personen eingreifen. Es erscheint daher angezeigt, dieses Instrument gesetzlich zu normieren. Die vorgeschlagene Regelung lehnt sich an Art. 27a ff. RVOV an.

Abs. 1: Die Administrativuntersuchung ist kein dienstaufsichtsrechtliches Instrument. Sie richtet sich immer gegen eine richterliche Behörde. Hierdurch soll ein Sachverhalt aufgeklärt werden, der im öffentlichen Interesse ein Einschreiten von Amtes wegen erfordert. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn die Ursachen für die lange Dauer von Verfahren ermittelt werden sollen oder die Angemessenheit der personellen Dotierung überprüft werden soll. Im Unterschied zur formlosen Untersuchung, welche die Aufsichts-

behörde in der Regel durchführt, wird eine unabhängige Fachperson mit der Durchführung einer Administrativuntersuchung beauftragt.

Abs. 2: Die beauftragte Fachperson ist nur an das Gesetz und den Auftrag gebunden.

Abs. 3: Sie kann alle Beweise erheben, die im Verwaltungsrechtspflegegesetz vorgesehen sind. Ein Gutachten darf sie nur mit Zustimmung der auftraggebenden Aufsichtsbehörde einholen. Die richterlichen Behörden und deren Mitglieder sind zur Mitwirkung verpflichtet, soweit sie sich dadurch nicht selber strafrechtlich belasten würden (Art. 99 E-GOG).

Abs. 4: Die Administrativuntersuchung mündet in einen schriftlichen Bericht, der die Ergebnisse der Untersuchung darstellt und Vorschläge für das weitere Vorgehen formuliert. Die Ergebnisse einer Administrativuntersuchung können Anlass zur Einleitung eines dienstaufsichtsrechtlichen Verfahrens sein. In der Regel führen sie indessen zu Anpassungen in den beanstandeten Abläufen (vgl. Jasmina Bukovac/Felix Strebel/Felix Uhlmann, Administrativ- und Disziplinaruntersuchung. Die Qual der Verfahrenswahl und verfahrensrechtliche Herausforderungen, in: LeGes 2020/2, N. 5).

5.3.2. Träger der Aufsicht und der Oberaufsicht

Art. 115 *Grosser Rat*

Art. 115 E-GOG legt die Zuständigkeit des Grossen Rats im Bereich der Organaufsicht fest. Er setzt Art. 52 Abs. 2 KV um.

Art. 116 *Obergericht*

Aus den unter II.2.1. dargelegten Gründen spricht sich die Regierung dafür aus, von der Schaffung einer gerichtsübergreifenden Aufsichtsbehörde abzusehen und am bisherigen Modell einer strikt hierarchisch aufgebauten Justizaufsicht festzuhalten. Dementsprechend soll in Art. 116 E-GOG das Obergericht als oberste, justizinterne Aufsichtsbehörde bezeichnet werden.

Art. 117 *Erweitere Verwaltungskommission des Obergerichts*

1. Aufgaben

Abs. 1: Die Stellung der beaufsichtigten richterlichen Behörden soll dadurch gestärkt werden, dass – wie im Kanton Bern – ein Organ für einen institutionalisierten Meinungs- und Informationsaustausch zwischen dem Obergericht und den beaufsichtigten richterlichen Behörden geschaffen wird (vgl. die vorstehenden Ausführungen unter II.2.2.1.).

Abs. 2: Dieser sog. erweiterten Verwaltungskommission hat das Obergericht wichtige justizverwaltungsrechtliche Angelegenheiten vorzulegen, die für die beaufsichtigten Behörden von Bedeutung sind (Gerichtsverord-

nungen, Controlling- und Weiterbildungskonzepte, IT-Entscheide). Die betreffenden Angelegenheiten sollen in Art. 117 Abs. 2 E-GOG im Form eines Mindestkatalogs bezeichnet werden. Dem Obergericht bleibt es unbenommen, der erweiterten Verwaltungskommission weitere justizaufsichtsrechtliche Angelegenheiten zur Beratung vorzulegen. Die Entscheidbefugnis bleibt stets beim Obergericht. Bei der erweiterten Verwaltungskommission handelt es sich lediglich um ein Konsultativorgan.

Art. 118 *2. Zusammensetzung und Beschlussfassung*

Abs. 1: Die erweiterte Verwaltungskommission soll sich zusammensetzen aus fünf Mitgliedern des Obergerichts und fünf Mitgliedern der Regionalgerichte. Die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sollen der erweiterten Verwaltungskommission nicht angehören. Deren Interesse nehmen in der erweiterten Verwaltungskommission die jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden wahr, d.h. die Regionalgerichte für die Vermittlerämter und Schlichtungsbehörden für Mietsachen und das Obergericht für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen.

Abs. 2: In die erweiterte Verwaltungskommission können nur ordentliche hauptamtliche Mitglieder der Regionalgerichte gewählt werden. Dies entspricht dem Grundsatz, dass die ausserordentlichen Regionalrichterinnen und -richter keine Justizverwaltungsaufgaben übernehmen sollen. Gewählt werden die Regionalrichterinnen und -richter, welche die Regionalgerichte in der erweiterten Verwaltungskommission vertreten, von den Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalgerichte. Dabei haben diese auf eine angemessene Vertretung der kleinen (z.B. Regionalgericht Bernina), mittleren (z.B. Regionalgericht Prättigau/Davos) und grossen Regionalgerichte (Regionalgericht Plessur) sowie auf die sprachlichen und regionalen Besonderheiten zu achten. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Ersatzwahlen sind möglich.

Art. 119 *3. Generalsekretärin oder Generalsekretär*

Mit der vorliegenden Revision soll am Obergericht ein Generalsekretariat geschaffen werden, das die verwaltungsrechtlichen Aufgaben für das Obergericht gemäss den Instruktionen der Leitungsorgane erfüllt. Hierzu zählt auch die justizinterne Aufsicht, einschliesslich der justizaufsichtsrechtlichen Angelegenheiten, die der erweiterten Verwaltungskommission zur Beratung vorzulegen sind. Dementsprechend soll die Generalsekretärin bzw. der Generalsekretär an den Sitzungen der erweiterten Verwaltungskommission teilnehmen und diese vorbereiten.

Art. 120 *Regionalgerichte*

Mit dem vorliegenden Revisionsvorhaben verfolgt die Regierung u.a. das Ziel, die Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden klar sowie sachgerecht zu

regeln und die auf einer Ebene bestehenden Aufsichtsinstrumente sowie Hilfsmittel, wenn möglich, bei einer Aufsichtsbehörde zu konzentrieren. In Verwirklichung dieser Zielsetzung schlägt die Regierung vor, die Regionalgerichte als Aufsichtsbehörde für die Vermittlerämter sowie die Schlichtungsbehörden für Mietsachen vorzusehen. Die alternativ in Betracht zu ziehenden Modelle der *Entflechtung* sowie der *vollständigen Integration* erhöhen den administrativen Aufwand (Entflechtung) oder gefährden die Einigungsquote (vollständige Integration). Nach der Beurteilung der Regierung erweisen sie sich deshalb als nachteiliger als das vorgeschlagene Modell der *zweistufigen Aufsicht* (vgl. die Ausführungen unter II.2.2.2.1.). Aufgrund dieser Entscheidung sollen die Regionalgerichte in Art. 120 E-GOG als unmittelbare Aufsichtsbehörden für die Schlichtungsbehörden mit regionaler Zuständigkeit vorgesehen werden.

6. Schlussbestimmungen

Art. 121 *Erstmalige Wahl der Oberrichterinnen und Oberrichter*

Die Regierung beabsichtigt, die Justizreform 3 grundsätzlich per 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen (vgl. die Ausführungen unter VIII.1.). Unter diesen Umständen erweist es sich nicht als erforderlich, Regelungen zu treffen, um die Amtsdauer der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte zu verlängern oder allenfalls vorzeitig zu beenden, da deren Amtsdauer ordentlich per 31. Dezember 2024 enden wird.

Abs. 1: Durch die Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichts entsteht das Obergericht. Damit das Obergericht ab dem 1. Januar 2025 operativ tätig sein kann, wird es seine Geschäftsordnung, mehrere Gebührenverordnungen (VGZ, VGS, Verordnung über die Gebühren und Barauslagen des Verwaltungsgerichtes [BR 370.110], Verordnung über die Entschädigung, Gebühren und Barauslagen von Schlichtungsstelle und Schiedsgericht nach EGzSSV [BR 370.310]) und die Verordnungen, die das Kantonsgericht für die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden erlassen hat, auszuarbeiten haben. Im Weiteren wird es eine Vielzahl von Entscheiden treffen müssen, welche die Organisation des Gerichtsbetriebs betreffen (z.B. Arbeitsabläufe, Zuweisung und Ausstattung von Büroräumen, Umzug). Schliesslich wird das Obergericht zumindest diejenigen Stellen zu besetzen haben, welche mit der vorliegenden Revision geschaffen werden sollen. Um diese Arbeiten vornehmen zu können, sind die Mitglieder des Obergerichts vor dem 1. Januar 2025 zu wählen und mit den erforderlichen Befugnissen auszustatten.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Wahl der Mitglieder des Obergerichts erweist sich vor allem der Stellenbesetzungsprozess als zeitkritisch. Beim

Obergericht soll ein Generalsekretariat aufgebaut werden, das durch die Generalsekretärin oder den Generalsekretär geleitet werden soll. Diese(r) soll zukünftig als eine Art Gerichtsverwalter(in) tätig sein, indem sie oder er nach den Instruktionen der Leitungsorgane des Obergerichts die administrativen Arbeiten für das Obergericht erledigt (vgl. dazu die Ausführungen unter II.1.2.4.). Die betreffende Person sollte mit ihrem Fachwissen bereits den Aufbau des Obergerichts begleiten und unterstützen. Idealerweise sollte sie ihre Tätigkeit deshalb anfangs 2024, spätestens aber Mitte 2024 aufnehmen. Um dies gewährleisten zu können, muss der Rekrutierungsprozess mit Blick auf die mutmasslich zu beachtenden Kündigungsfristen spätestens Ende 2023 abgeschlossen sein. Deshalb soll vorgesehen werden, dass der Grosse Rat die Mitglieder des Obergerichts spätestens bis im Dezember 2023, idealerweise im Juni 2023, wählt. Der eigentliche Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2025.

Abs. 2: Ferner muss das Verfahren für die erstmalige Wahl der Mitglieder des Obergerichts speziell geregelt werden. Die Stellen am Obergericht sind, der Terminologie des Gerichtsorganisationsgesetzes folgend, alle neu zu besetzen. Das hierfür massgebliche Wahlverfahren wäre in Art. 51 E-GOG geregelt. Gemäss dieser Regelung hat der Grosse Rat die neu zu besetzenden Stellen öffentlich auszuschreiben und die Kandidierenden auf ihre persönliche und fachliche Eignung hin zu prüfen. Dieses Wahlverfahren erscheint für die amtierenden Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts nicht sachgerecht. Diese sollen nach den Regelungen gewählt werden, die für amtierende Oberrichterinnen und Oberrichter gelten, die sich zur Wiederwahl stellen. Die Wahl der amtierenden Richterinnen und Richter des Kantons- und Verwaltungsgerichts soll daher in sinngemässer Anwendung von Art. 52 E-GOG erfolgen.

Abs. 3: Die Besetzung der Stellen, für welche sich kein amtierendes Mitglied des Kantons- oder Verwaltungsgerichts zur Verfügung stellt, soll sich hingegen nach Art. 51 E-GOG richten. Für diese Stellen soll folglich das Wahlverfahren gelten, welches für die Ergänzungs- bzw. Ersatzwahlen vorgesehen ist.

Abs. 4: Schliesslich soll das absolute Mehr wie bei künftigen Wahlen gemäss dem Gesetz über politische Rechte im Kanton Graubünden berechnet werden. Im Übrigen richtet sich die Wahl nach der Geschäftsordnung des Grossen Rats (vgl. Art. 50 Abs. 3 E-GOG).

Art. 122 *Erstmalige Wahl der Justizrichterinnen und Justizrichter*

Die Wahl der Justizrichterinnen und Justizrichter ist im Gerichtsorganisationsgesetz in Art. 65 i.V.m. Art. 51 E-GOG geregelt. Die betreffenden Regelungen erscheinen sachgerecht. Für die erstmalige Wahl der Mitglieder des Justizgerichts bedarf es daher nur insofern eine Sonderregelung, als fest-

zulegen ist, bis zu welchem Zeitpunkt die Mitglieder des Justizgerichts gewählt werden sollen und wann sie ihr Amt antreten.

Die Regierung geht davon aus, dass sich das Justizgericht binnen eines halben Jahres organisieren, seine Geschäftsordnung und Gebührenverordnung erlassen sowie die erforderlichen Personen rekrutieren kann, damit es am 1. Januar 2025 seine Tätigkeit aufnehmen kann. Die Regierung schlägt daher vor, den Grossen Rat zu verpflichten, die Mitglieder des Justizgerichts spätestens bis im Juni 2024 zu wählen.

Art. 123 *Übergangsbestimmungen*

Abs. 1 und 2: Das Kantons- und Verwaltungsgericht sind nicht als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten ausgestaltet. Sie können indessen in eigenem Namen Verträge abschliessen und Verbindlichkeiten erwerben, soweit dies für die Erfüllung der ihnen übertragenen Rechtsprechungsfunktion erforderlich ist. Derartige Rechte und Pflichten sollen mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts auf das Obergericht übergehen. Die hierfür erforderlichen übergangsrechtlichen Regelungen werden in Art. 123 Abs. 1 und 2 E-GOG verankert.

Abs. 3: Eine spezielle übergangsrechtliche Regelung erweist sich ferner für die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder (Art. 28 E-GOG) als erforderlich. Diesbezüglich wird vorgesehen, dass sich die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Personen nach den Regeln richtet, die zum Zeitpunkt der erstmaligen Wahl gegolten haben. Hierdurch soll verhindert werden, dass amtierende Mitglieder der richterlichen Behörden infolge der neuen Eignungsregelung nicht mehr wiedergewählt werden können.

Abs. 4: Hinsichtlich des Anspruchs auf Reduktion des Beschäftigungsgrads aufgrund Geburt oder Adoption soll klargestellt werden, dass dieser auch Richterinnen und Richtern zusteht, deren Kind(er) in der zweiten Jahreshälfte 2024 geboren oder adoptiert werden. Falls die Frist zum Zeitpunkt Geltendmachung des Anspruchs im Zeitpunkt des Inkrafttretens noch nicht abgelaufen ist, kann dieser innert sechs Monaten ab dem Inkrafttreten geltend gemacht werden.

Abs. 5: Schliesslich ist zu regeln, welche Bestimmungen auf Verfahren anzuwenden sind, welche beim Inkrafttreten des neuen Rechts beim Kantons- oder Verwaltungsgericht rechtshängig sind. Neue Verfahrensbestimmungen gelten grundsätzlich mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts. In diesem Sinne soll in Art. 123 Abs. 5 E-GOG vorgesehen werden, dass die Verfahren, welche bei Inkrafttreten des neuen Rechts beim Kantons- und Verwaltungsgericht hängig sind, auf das Obergericht übertragen werden und von diesem erledigt werden. Vorbehalten bleiben anderslautende bereichsspezifische Regelungen, die Art. 123 Abs. 5 E-GOG als lex specialis vorgehen.

3. Fremdänderungen

Die Zusammenführung der oberen kantonalen Gerichte zu einem einzigen Gericht bedingt, dass alle Gesetze anzupassen sind, in denen das Kantons- oder Verwaltungsgericht als zuständige (Rechtsmittel-)Behörde bezeichnet werden. Die entsprechenden Anpassungen betreffen 51 Gesetze. Sie sind ausschliesslich redaktioneller Natur. Um die Lesbarkeit der Vorlage zu erleichtern, werden die betreffenden Fremdänderungen nachfolgend nicht aufgeführt. Aufgenommen und kommentiert werden nur Gesetzesänderungen, die über den durch die Fusion des Kantons- und Verwaltungsgerichts bedingten Bezeichnungswechsel hinausgehen. Die anderen Änderungen sind ausschliesslich in der Gesetzesvorlage aufgeführt.

3.1. Gesetz über die politischen Rechte

Wahlvorschläge für die Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 19b, Art. 19e [E-]GPR, Art. 19g E-GPR)

Die Wahlvorschläge für die Regionalrichterinnen und -richter sind nach geltendem Recht bis spätestens am achtletzten Montag vor dem Wahltag beim zuständigen Regionalgericht einzureichen (Art. 19e Abs. 1 GPR). Tritt die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 12. Februar 2018 in Kraft (Rechtsgrundlage für Electronic Voting, E-Voting; eKAB-Nr. 00.022.481; GRP 4 | 2017/2018, S. 551, 574, 594), werden die Wahlvorschläge am neuntletzten Montag vor dem Wahltag beim zuständigen Regionalgericht einzureichen sein (Art. 19e Abs. 1 E-GPR). Dannzumal können Wahlvorschläge ausserdem nur mehr bis zum neuntletzten Freitag vor dem Wahltag zurückgezogen werden (Art. 19g Abs. 1 E-GPR). Demzufolge steht erst am achtletzten Montag bzw. am neuntletzten Freitag vor dem Wahltag fest, ob die Mitglieder der Regionalgerichte in Stiller Wahl gewählt sind oder ob eine Volkswahl durchzuführen ist.

Werden die Mitglieder der Regionalgerichte gleichzeitig mit anderen Behördenmitgliedern gewählt, so sind die Wahlflyer zu diesem Zeitpunkt bereits vorbereitet und häufig schon gedruckt. Dies hat zur Folge, dass die Regionalrichterinnen und -richter auf den Wahlflyern aufgeführt sind, selbst wenn sie in einer Stillen Wahl gewählt wurden. Lassen Parteien in Erwartung einer Stillen Wahl die Regionalrichterinnen und -richter auf ihren Wahlflyern weg und findet dann wider Erwarten eine Volkswahl statt, besteht die Gefahr, dass die Wahlberechtigten nicht wissen, wer sich zur Wahl stellt. Die Kandidierenden erreichen dann das erforderliche Mehr nicht, weshalb ein zweiter Wahlgang stattfinden muss. Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, schlägt die Regierung vor, den Termin für die Einreichung

der Wahlvorschläge für die Mitglieder der Regionalgerichte auf den vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag festzusetzen (Art. 19e [E-]GPR) und den Rückzug von Wahlvorschlägen bis zum vierzehntletzten Freitag vor dem Wahltag zuzulassen (Art. 19g E-GPR).

Infolge dieser Änderung muss auch der Zeitpunkt, in welchem die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu publizieren ist, angepasst werden. Neu soll die betreffende Publikation spätestens am zwanzigletzten Montag vor dem Wahltag erfolgen. Damit wird die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig auf die Wahl aufmerksam gemacht und die interessierten Kreise haben nach der Publikation der Aufforderung unverändert sechs Wochen Zeit, um Wahlvorschläge einzureichen (Art. 19b [E-]GPR).

Bereinigung und Mitteilung (Art. 19f Abs. 5 GPR)

Ob sich Kandidierende als Mitglied eines Regionalgerichts eignen, soll zukünftig das Obergericht prüfen (Art. 82 Abs. 2 E-GOG). Um diese Aufgabe erfüllen zu können, haben die Regionalgerichte dem Obergericht die Wahlvorschläge zuzustellen, wenn diese rechtzeitig eingereicht und damit mutmasslich gültig sind. Sollte sich ein Wahlvorschlag in der Folge als ungültig erweisen, haben die Regionalgerichte das Obergericht unverzüglich hierüber zu informieren. Die für diese Mitteilungen erforderliche Rechtsgrundlage soll in Art. 19f Abs. 5 GPR geschaffen werden.

Zustandekommen (Art. 19h GPR, Art. 19m E-GPR)

Kommt das Obergericht zum Schluss, dass Personen, die sich für ein Richteramt an einem Regionalgericht zur Wahl stellen, nicht geeignet sind, hat dies keine rechtlichen Folgen. Solche Personen können sich gleichwohl zur Wahl stellen und gelten als gewählt, wenn sie die erforderlichen Stimmen erhalten. Vom Obergericht für ungeeignet eingestufte Kandidatinnen und Kandidaten sollen indessen immer vom Volk gewählt werden. Eine Stille Wahl soll in einem solchen Fall nicht möglich sein, und zwar ungeachtet dessen, ob die Anzahl der weiteren Kandidatinnen und Kandidaten mit der Anzahl der zu besetzenden Sitze übereinstimmt oder nicht. Hierzu ist in der Regelung betreffend das Zustandekommen der Stillen Wahl eine Stille Wahl für den Fall auszuschliessen, dass das Obergericht Kandidierende für ungeeignet hält (Art. 19h Abs. 1 GPR, Art. 19m E-GPR).

Inkraftsetzung der Änderungen betreffend die Wahl der Mitglieder der Regionalgerichte

Die vorgeschlagenen Änderungen für die Wahl der Mitglieder der Regionalgerichte betreffen einerseits das Gesetz über die politischen Rechte in der geltenden Fassung, andererseits das Gesetz über die politischen Rechte in der Fassung vom 12. Februar 2018 (Rechtsgrundlage für Electronic Voting,

E-Voting; eKAB-Nr. 00.022.481; GRP 4 | 2017/2018, S. 551, 574, 594), das bereits mit dem Erlass des Gesetzes über die Wahl des Grossen Rates vom 16. Februar 2021 (eKAB-Nr. 00.059.487; GRP 4 | 2020/2021, S. 872) revidiert wurde (zitiert als E-GPR). Diese beschlossenen Änderungen wird die Regierung in Kraft setzen, sobald ein den gesetzlichen Anforderungen genügendes System für die elektronische Stimmabgabe existiert und im Kanton Graubünden implementiert wurde. Sind diese Voraussetzungen vor dem 1. Januar 2025 erfüllt, so wird die Regierung die unter II.52. aufgeführten Fremdänderungen in Kraft setzen. Andernfalls wird sie zunächst das geltende Recht im vorgeschlagenen Sinne revidieren (vgl. II.2.) und sodann mit der Inkraftsetzung der Teilrevision vom 12. Februar 2018 und vom 16. Februar 2021 die Änderungen gemäss II.52. in Kraft setzen.

Art. 49 *Verfahren, 1. Einleitungsbeschluss*

Im Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden ist das Amtsenthebungsverfahren als zweistufiges Verfahren ausgestaltet. Demgemäss ist zunächst zu prüfen, ob von vornherein ausgeschlossen werden kann, dass die Voraussetzungen für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegeben sind. Erst wenn dies verneint wurde, beginnt das förmliche Amtsenthebungsverfahren, in dem die Sachverhaltserhebungen zu tätigen sind, die erforderlich sind, um das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds nachzuweisen.

Abs. 1: In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass nicht klar ist, wann der Einleitungsbeschluss zu ergehen hat. Die diesbezüglichen Voraussetzungen sollen in Art. 49 Abs. 1 GPR präzisiert werden. Danach soll ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet werden, wenn ein begründeter Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds vorliegt. Dies ist zu bejahen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die es als möglich erscheinen lassen, dass ein Amtsenthebungsgrund vorliegen könnte.

Abs. 2: Bevor der Grosse Rat über die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens entscheiden kann, ist das Mitglied der Regierung bzw. des Grossen Rats, welches des Amtes enthoben werden soll, anzuhören. Die Anhörung erfolgt in der Regel schriftlich. Weitere Abklärungen sind in diesem Verfahrensstadium grundsätzlich nicht vorzunehmen. Ausnahmsweise können zusätzliche Abklärungen getätigt werden, z.B. um die Stichhaltigkeit einer anonymen Anzeige zu prüfen oder zu untersuchen, ob es sich bei einer Behauptung um ein blosses Gerücht oder eine Tatsachenbehauptung handelt. Hierzu kann es sich insbesondere anbieten, bei der Behörde, der das Mitglied angehört, gegen welches ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet werden soll, eine Stellungnahme einzuholen. In der Regel werden aber vor der Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens keine über die Anhörung des betroffenen Mitglieds hinausgehenden Sachverhaltsabklärungen getätigt.

Die eigentlichen Beweiserhebungen sind vorzunehmen, nachdem der Grosse Rat ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet hat.

Diese Regelung gilt für die Mitglieder der Gerichte sinngemäss (Art. 103 Abs. 1 und Art. 107 E-GOG). In diesem Fall bezieht sie sich indessen nicht nur auf das Amtsenthebungsverfahren, sondern auch auf das Verfahren betreffend die Feststellung des Ausscheidens von Gesetzes wegen.

Art. 50 *Aufgehoben*

Die fragliche Regelung wird aufgehoben und in Art. 53 Abs. 5 GPR aufgenommen, indem dort die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege für sinngemäss anwendbar erklärt werden. Die Rechtslage erfährt hierdurch keine Änderung.

Art. 51 *2. Amtseinstellung*

Nach geltendem Recht kann der Grosse Rat vorsorglicherweise mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder eine Amtseinstellung, mit oder ohne Lohnkürzung oder Lohnstreichung, beschliessen, wenn hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund gemäss Art. 48 GPR vorliegen. Diese Regelung soll einerseits insofern präzisiert werden, als eine Amtseinstellung nur mehr angeordnet werden kann, wenn das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds glaubhaft gemacht wurde und das Funktionieren der Behörde gefährdet ist. Andererseits soll der Lohn im Fall einer Amtseinstellung nur mehr maximal um die Hälfte gekürzt werden können. Eine Lohnkürzung soll zudem nur mehr zulässig sein, wenn eine Rückkehr in das Amt mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist und der betroffenen Person gestattet wird, eine andere Erwerbstätigkeit auszuüben.

Diese Neuregelung der Lohnkürzung bzw. Lohnstreichung betrifft nur die Mitglieder der Regierung und der Gerichte. In diesen Fällen erweist sich eine vollständige Lohnkürzung als unverhältnismässig, da die betreffenden Personen ihr gesamtes Einkommen verlören. Diese Gefahr besteht bei den Mitgliedern des Grossen Rats nicht. Diese werden entschädigt für die Anwesenheit an Sitzungen sowie deren Vor- und Nachbereitung (Art. 37 Abs. 1 GGO). Wird ein Mitglied des Grossen Rats vorsorglich im Amt eingestellt, darf es nicht mehr an Sitzungen teilnehmen. In diesem Fall führt demnach die vorsorgliche Amtseinstellung bereits zum Wegfall der Taggelder.

Art. 52 *3. Endentscheid*

Das eingeleitete Amtsenthebungsverfahren muss vom Grossen Rat förmlich abgeschlossen werden. Hierzu kann er eine Amtsenthebung anordnen oder das Amtsenthebungsverfahren einstellen. Sprechen sich weniger als drei Viertel der Mitglieder des Grossen Rats für eine Amtsenthebung aus, so gilt das Amtsenthebungsverfahren als eingestellt.

Art. 52 GPR gilt sinngemäss für die dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren gegenüber Mitgliedern der Gerichte, die in die Zuständigkeit des Grossen Rats fallen. Das Disziplinarrecht ist hier aber weiter gefasst als gegenüber den Mitgliedern des Grossen Rats oder der Regierung. Liegt kein Amtsenthebungsgrund vor, kann der Grosse Rat ein Mitglied eines Gerichts im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens auch mit einem Verweis oder einer Disziplinarbusse sanktionieren (Art. 100 Abs. 1 lit. a und b E-GOG). In diesen Fällen ist das Amtsenthebungsverfahren somit nicht bereits einzustellen, wenn kein Amtsenthebungsgrund nachgewiesen ist. Vielmehr fällt eine solche Anordnung nur in Betracht, wenn auch keine anderweitige Disziplinarmassnahme anzuordnen ist. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die gegenüber Mitgliedern der Gerichte geführten Amtsenthebungsverfahren von den anderen Amtsenthebungsverfahren. Schliesslich hat der Grosse Rat in derartigen Amtsenthebungsverfahren auch über die streitigen Feststellungen gemäss Art. 102 E-GOG zu entscheiden, wenn ein entsprechendes Verfahren eröffnet wurde.

Art. 52a *Instruktion und Antragstellung*

Abs. 1: Die Rolle, welche die KJS im Amtsenthebungsverfahren ausübt, entspricht grundsätzlich derjenigen, welche ihr im Aufsichtsbeschwerdeverfahren zukommt (vgl. Art. 56 Abs. 1 GRG).

Abs. 2: Als instruierende Behörde trifft sie für die Dauer des Amtsenthebungsverfahrens die erforderlichen vorsorglichen und verfahrensleitenden Anordnungen. Nicht berechtigt ist sie zur Anordnung einer Amtseinstellung. Diese Anordnung kann nur der Grosse Rat treffen (Art. 51 GPR). Dasselbe gilt für eine Lohnkürzung, welche mit einer Amtseinstellung verbunden werden kann. Der KJS steht diesbezüglich ein Antragsrecht zu.

Abs. 3: Sobald die KJS alle sachdienlichen Abklärungen getroffen hat, verfasst sie zuhanden des Grossen Rats einen Bericht, indem sie den massgeblichen Sachverhalt zusammenfasst, die Rechtslage darlegt und dem Grossen Rat Antrag stellt. Der Inhalt dieses Berichts und der darin formulierten Anträge hängen davon ab, welche Entscheide der Grosse Rat zu fällen hat.

Lit. a: Hat der Grosse Rat zu entscheiden, ob ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet werden soll, so hat sich die KJS in ihrem Bericht und in ihrem Antrag mit der Frage auseinanderzusetzen, ob ein begründeter Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds besteht (Art. 49 Abs. 1 GPR). Bejaht sie dies, beantragt sie beim Grossen Rat die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. Kommt sie zum Schluss, dass keine hinreichenden Verdachtsgründe für das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds bestehen, stellt sie dem Grossen Rat Antrag auf Nichteinleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. Keinen solchen Antrag hat sie zu verfassen, wenn

offensichtlich ist, dass kein Amtsenthebungsgrund vorliegt. Dies ist etwa der Fall, wenn die geltend gemachten Verfehlungen keine Amtspflichtverletzungen beinhalten, derart geringfügig sind, dass eine Amtsenthebung von vorherein ausscheidet oder die Behauptungen offenkundig unzutreffend sind. Solche Anzeigen kann die KJS selber erledigen. Der Grosse Rat muss hierfür nicht angegangen werden.

Lit. b: Hat der Grosse Rat ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet, hat sich der Bericht und der Antrag der KJS in der Regel damit zu befassen, ob ein Amtsenthebungsgrund im Sinne von Art. 48 GPR vorliegt oder nicht. Gelangt die KJS zur Überzeugung, dass ein Amtsenthebungsgrund besteht, beantragt sie beim Grossen Rat, das betroffene Mitglied des Amtes zu entheben. Kommt sie zum Schluss, dass nicht ausgewiesen ist, dass ein Amtsenthebungsgrund vorliegt, ersucht sie den Grossen Rat, das Amtsenthebungsverfahren einzustellen. Denselben Antrag stellt die KJS, wenn das Amtsenthebungsverfahren aus verfahrensrechtlichen Gründen einzustellen ist, etwa weil das betroffene Mitglied zwischenzeitlich zurückgetreten oder infolge Ablauf der Amtsdauer aus dem Amt ausgeschieden ist.

Bezieht sich ein Amtsenthebungsverfahren auf ein Mitglied eines Gerichts, gilt grundsätzlich dasselbe. In diesem Fall ist der Verfahrensgegenstand aber – wie bereits erwähnt – weitergefasst als bei Amtsenthebungsverfahren, die sich gegen Mitglieder des Grossen Rates oder der Regierung richten. In diesen Fällen kann die KJS deshalb weitere Anträge stellen (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 52 GPR).

Art. 53 *Ergänzende Regelungen*

Abs. 1: Um feststellen zu können, ob jemand die Fähigkeit, das Amt auszuüben, verloren hat, kann sich eine ärztliche Untersuchung als notwendig erweisen. Die für eine solche Anordnung erforderliche gesetzliche Grundlage soll in Art. 53 Abs. 1 GPR geschaffen werden.

Abs. 2: Wenn der Grosse Rat im Amtsenthebungsverfahren Entscheide zu fällen hat, sollen die Fraktionen die betroffenen Personen sowie andere Mitglieder der betroffenen Behörden anhören können. Solche Anhörungen entsprechen einem Bedürfnis der Beteiligten. Die hierfür erforderliche gesetzliche Grundlage soll in Art. 53 Abs. 3 GPR geschaffen werden. Soweit sich diese Regelung auf die Mitglieder der Gerichte bezieht, ist die Anhörung auf Angelegenheiten der Justizverwaltung beschränkt.

Abs. 3: Amtsenthebungsverfahren sollen kostenlos sein. Verfahrenskosten sollen nur bei Mutwilligkeit erhoben werden.

Abs. 4 und 5: Nach geltendem Recht können die Entscheide des Grossen Rats betreffend die vorläufige Amtseinstellung und die Amtsenthebung innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht angefochten werden. Ob weitere Entscheide anfechtbar sind, ist unklar. Diese Unsicher-

heit soll beseitigt werden, indem ausdrücklich festgehalten wird, dass alle Entscheide, die der Grosse Rat im Amtsenthebungsverfahren fällt, sowie die vorsorglichen und verfahrensleitenden Entscheide der KJS, die für die betroffene Person einen nicht wiedergutzumachenden Nachteil bewirken, anfechtbar sind. Im Übrigen bleiben der Rechtsmittelzug wie auch das weitere Verfahren – abgesehen von der Zuständigkeit des Justizgerichts (Art. 65a Abs. 1 lit. b VRG) – unverändert.

3.2. Gesetz über die Staatshaftung

Art. 6 *Zuständigkeit und Verfahren, 1. Zivilgerichte*

Seit dem 1. Mai 2007 beurteilt das Verwaltungsgericht Ansprüche aus dem Staatshaftungsgesetz im Klageverfahren (Art. 6 Abs. 1 SHG). Bis dahin waren die Zivilgerichte für die Beurteilung solcher Ansprüche zuständig. Zur Begründung dieser Neuerung führte die Regierung in der Botschaft betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten und die Haftung öffentlich-rechtlicher Körperschaften im Wesentlichen aus, gemäss der Lehre seien Haftungsregelungen in den kantonalen Verantwortlichkeitsgesetzen grundsätzlich öffentlich-rechtlicher Natur. Aufgrund dessen erscheine die Zuständigkeit der Zivilgerichte nicht sachgerecht. Zukünftig solle deshalb das Verwaltungsgericht solche Ansprüche beurteilen (Botschaft Heft Nr. 11/2006–2007, S. 1369).

Diese Zuständigkeitsordnung genügt den bundesrechtlichen Anforderungen, wenn die staatshaftungsrechtlichen Urteile des Verwaltungsgerichts als Entscheide in Angelegenheiten des öffentlichen Rechts gelten (vgl. Art. 82 BGG). Dies trifft nicht in allen Fällen zu. Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sind etwa staatshaftungsrechtliche Entscheide, die öffentlich-rechtliche Spitäler betreffen (BGE 139 III 252; Urteil des Bundesgerichts 4A_546/2013 vom 13. März 2014) oder die durch die (mangelhafte) Führung von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen (Art. 454 ZGB) begründet sind, beim Bundesgericht mit Beschwerde in Zivilsachen anfechtbar (Art. 72 ff. BGG). Für diese und ähnlich gelagerte Fälle haben die Kantone einen doppelten Instanzenzug vorzusehen, soweit das Bundesrecht nicht eine einzige kantonale Instanz zulässt (Art. 75 Abs. 2 BGG).

Abs. 1: An diese bundesrechtlichen Anforderungen soll das Gesetz über die Staatshaftung mit der vorgeschlagenen Neuregelung angepasst werden (vgl. dazu auch Botschaft Nr. 7/2015–2016, S. 372 f.). Zu diesem Zweck sollen die Ansprüche aus dem Gesetz über die Staatshaftung, die nicht mit dem Verhalten des Obergerichts oder einer für das Obergericht tätigen Person begründet werden, den Zivilgerichten zur Beurteilung zugewiesen werden.

Damit kehrt der Kanton Graubünden zur Rechtslage zurück, wie sie bis zum 30. April 2007 galt.

Abs. 2: Gemäss Art. 3 Abs. 2 SpG kann sich jede Person in einer Amtssprache ihrer Wahl an den Kanton wenden. Für Staatshaftungsklagen, die gegen den Kanton oder eine seiner öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder selbständigen Anstalten eingereicht werden, bedeutet dies, dass klagende Personen die betreffenden Verfahren auf Deutsch, Romanisch oder Italienisch führen können. Für die erstinstanzlichen Zivilgerichte erweist sich dies als schwierig, wenn die gewählte kantonale Amtssprache von der regionalen Amtssprache abweicht. In diesen Fällen sollen die richterlichen Behörden die Möglichkeit erhalten, ein Mitglied eines anderen Vermittleramts bzw. eines anderen Regionalgerichts beizuziehen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass sich zumindest ein Mitglied der zuständigen richterlichen Behörden ohne Schwierigkeiten in der Verfahrenssprache ausdrücken und damit Schlichtungs- sowie Hauptverhandlung führen kann.

Abs. 3: Im Übrigen richtet sich das Verfahren vor der örtlich zuständigen Schlichtungsbehörde bzw. dem örtlich zuständigen Regionalgericht sowie der Weiterzug nach der Zivilprozessordnung. Dies bedeutet insbesondere, dass die Entscheide der erstinstanzlichen Zivilgerichte nicht mit verwaltungsgerichtlicher Beschwerde, sondern mit den zivilprozessualen Rechtsmitteln beim Obergericht anzufechten sind. Das Obergericht entscheidet über diese öffentlich-rechtlichen Ansprüche folglich im zivilprozessualen Beschwerde- bzw. Berufungsverfahren.

Art. 6a *2. Justizgericht*

Abs. 1: Für die Beurteilung der staatshaftungsrechtlichen Klagen, die mit dem Verhalten des Obergerichts oder der für das Obergericht tätigen Personen begründet werden, muss eine besondere Regelung getroffen werden, weil das Obergericht über diese Klagen nicht befinden kann. Die Regierung schlägt vor, diese Ansprüche vom Justizgericht als einzige kantonale Instanz im Klageverfahren beurteilen zu lassen (vgl. dazu Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 794).

Abs. 2: Gemäss Art. 6 Abs. 2 SHG haben die Parteien dem Gericht den Sachverhalt des Rechtsstreits darzulegen. Das Gericht legt seinem Verfahren nur rechtzeitig geltend gemachte Tatsachen zugrunde. Die betreffende Regelung lehnt sich an Art. 118 der Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden an (vgl. Botschaft Heft Nr. 11/2007–2007, S. 1347 ff., S. 1369). Hiermit wurde für die staatshaftungsrechtlichen Klagen vor Verwaltungsgericht die Verhandlungs- und Eventualmaxime gemäss der Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden eingeführt. Die Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden gilt seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr. Sie wurde durch die Schweizerische Zivilprozessordnung abgelöst. In Art. 6a Abs. 2 SHG soll

daher die Schweizerische Zivilprozessordnung für anwendbar erklärt werden, soweit diese die Verhandlungs- und Eventualmaxime für das ordentliche Verfahren regeln.

Abs. 3: Für die weiteren verfahrensrechtlichen Fragen gilt das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 9a *Zuständigkeit und Verfahren bei anderen Staatshaftungen*

Das Bundesrecht regelt die Haftungsvoraussetzungen für die Führung des Zivilstandswesens, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, des Grundbuchs, der Betreibungs- und Konkursämter sowie des Handelsregisters. Wer für die Beurteilung dieser Ansprüche zuständig ist und in welchem Verfahren die fraglichen Ansprüche geltend zu machen sind, hat der Bund offengelassen. Diese Fragen haben die Kantone zu regeln. Im Kanton Graubünden richtet sich die Durchsetzung dieser Ansprüche praxisgemäss nach den im Gesetz über die Staatshaftung verankerten Verfahrensvorschriften.

Diese Praxis soll in Art. 9a Abs. 1 SHG kodifiziert werden. Die betreffende Bestimmung gilt freilich nur für Staatshaftungsklagen, die sich gegen Gemeinwesen im Sinne von Art. 1 Abs. 1 SHG richten. Wird ein Organ eines Gemeinwesens oder eine im Dienst eines Gemeinwesens stehende Person eingeklagt, richten sich die Zuständigkeit und das Verfahren nach Art. 15a SHG.

Art. 11 *Schädigung des Gemeinwesens*

Abs. 1: Die Gemeinwesen haften im Aussenverhältnis für das fehlbare Verhalten ihrer Organe sowie der in ihrem Dienst stehenden Personen. Der Geschädigte kann nicht direkt gegen die fehlbare Person vorgehen. Ob die fehlbare Person gegenüber dem Gemeinwesen schadenersatzpflichtig ist, regelt Art. 11 SHG (Regress). Art. 11 SHG legt überdies die Haftung für die direkte Schädigung des Gemeinwesens fest. In beiden Fällen haften die Organe sowie die im Dienst der Gemeinwesen stehenden Personen nur für den Schaden, den sie bei der Ausübung dienstlicher Tätigkeiten durch vorsätzliche oder grobfährlässige Verletzung ihrer Dienstpflichten verursacht haben.

Unklar ist, ob für diese Haftung zusätzlich ein widerrechtliches Verhalten erforderlich ist. Der Wortlaut von Art. 11 Abs. 1 SHG legt eine solche Auslegung nahe. Indessen ist zu beachten, dass Art. 11 Abs. 1 SHG die Haftung an die Verletzung einer Dienstpflicht knüpft, mithin die Missachtung einer vertraglichen oder vertragsähnlichen Pflicht voraussetzt. Dass Art. 11 Abs. 1 SHG zusätzlich ein widerrechtliches Verhalten fordert, leuchtet nicht ein. Die Vorgängerregelungen von Art. 11 Abs. 1 SHG sahen diese Haftungsvoraussetzung denn auch nicht vor (Art. 4 sowie Art. 5 des Verantwortlichkeitsgesetzes). Diese Änderung begründete die Regierung in der Bot-

schaft betreffend die Totalrevision des Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten und die Haftung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften damit, dass die Haftung für die Organe und die im Dienst stehenden Personen aller Staatsebenen auf vorsätzliche oder grobfährlässige Begehungen beschränkt werden solle (Botschaft Heft Nr. 11/2006–2007, S. 1371). Diese Begründung spricht dafür, dass die Haftungsvoraussetzung der Widerrechtlichkeit irrtümlich Eingang in Art. 11 Abs. 1 SHG gefunden hat. Dies soll mit der vorliegenden Teilrevision berichtigt werden.

Abs. 2: Seit dem 1. Januar 2011 gilt die Schweizerische Strafprozessordnung. Diese regelt die strafprozessuale Entschädigung der beschuldigten Person abschliessend. In diesem Bereich steht dem Kanton Graubünden keine Regelungsbefugnis mehr zu. Art. 11 Abs. 2 SHG ist folglich aufzuheben.

Art. 14 *Zuständigkeit und Verfahren*

Abs. 1: Für die Beurteilung von staatshaftungsrechtlichen Ansprüchen, die sich gegen Personen richten, die für das Obergericht tätig sind, muss eine besondere Regelung getroffen werden, weil diese Klagen nicht vom Obergericht beurteilt werden können. Über solche Klagen soll zukünftig das Justizgericht als einzige kantonale Instanz im verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren entscheiden.

Abs. 1bis: Im Übrigen bleibt der Rechtsweg unverändert. Die betreffende Regelung ist nur insofern anzupassen, als anstelle des Verwaltungsgerichts das aus der Fusion des Kantons- und Verwaltungsgerichts entstehende Obergericht als zuständige Behörde bezeichnet wird.

Abs. 2: Die Schweizerische Strafprozessordnung regelt abschliessend, unter welchen Voraussetzungen Zivilforderungen adhäsionsweise geltend gemacht werden können. In diesem Bereich steht dem Kanton Graubünden keine Regelungsbefugnis mehr zu. Art. 14 Abs. 2 SHG ist folglich aufzuheben.

Art. 15a *Zuständigkeit und Verfahren bei anderen Staatshaftungen*

In Art. 15a SHG soll die Zuständigkeit und das Verfahren für alle Staatshaftungstatbestände geregelt werden, in denen die materiellen Haftungsvoraussetzungen eine bereichsspezifische Regelung erfahren haben, jedoch die Zuständigkeit und das Verfahren ungeregelt geblieben sind. Die betreffende Regelung soll aus denselben Überlegungen eingefügt werden wie Art. 9a SHG. Sie ergänzt Art. 9a SHG, indem sie die Zuständigkeit und das Verfahren regelt, für die Fälle, in denen das Gemeinwesen Regress nimmt auf das Organ des Gemeinwesens oder die in seinem Dienst stehenden Personen oder die Betreffenden direkt auf Schadenersatz einklagt.

Art. 18 *Übergangsrecht*

Abs. 2: Mit der vorliegenden Revision wird die Zuständigkeitsordnung geändert. Infolgedessen muss geregelt werden, welche richterliche Behörde, die beim Inkrafttreten des neuen Rechts hängigen, staatshaftungsrechtlichen Verfahren weiterzuführen hat. Art. 18 Abs. 2 SHG sieht diesbezüglich vor, dass die staatshaftungsrechtlichen Verfahren gegen Gemeinwesen (Art. 3–9 SHG), die beim Inkrafttreten des neuen Rechts beim Verwaltungsgericht hängig sind, auf das örtlich zuständige Zivilgericht zu übertragen sind. Das Schlichtungsverfahren ist nicht nachzuholen. Die staatshaftungsrechtlichen Beschwerdeverfahren, die beim Kantonsgericht hängig sind, hat nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts das Obergericht fortzuführen und zu beurteilen. Staatshaftungsrechtliche Klagen gegen Organe und die in ihrem Dienst stehenden Personen gehen mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts vom Verwaltungsgericht auf das Obergericht über (Art. 10–15 SHG).

Abs. 3: Eine spezielle übergangsrechtliche Regelung ist für staatshaftungsrechtliche Klagen zu treffen, die mit dem Verhalten des Kantons- oder Verwaltungsgerichts oder der für die oberen kantonalen Gerichte tätigen Personen begründet werden. Solche Verfahren soll nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts das Justizgericht als einzige kantonale Instanz im verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren beurteilen.

3.3. Gesetz über den Grossen Rat

Art. 27 *Allgemein, 1. Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht*

Abs. 1 und 2: Das Justizgericht wird vom Grossen Rat beaufsichtigt (Art. 33 Abs. 1 KV, Art. 115 E-GOG). Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, sind der Grosse Rat bzw. die zuständigen grossrätlichen Kommissionen darauf angewiesen, Mitglieder des Justizgerichts befragen und die Amtsakten des Justizgerichts einsehen zu können, soweit dies für die Wahrnehmung dieser Aufgaben erforderlich ist. Art. 27 Abs. 1 GRG ist in diesem Sinne anzupassen.

Die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte sollen zukünftig der alleinigen direkten Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden. Der Grosse Rat übt nur mehr die Oberaufsicht über die betreffenden Verwaltungsbehörden aus. Hierzu bedarf er keiner besonderen Informations- und Einsichtsrechte. Art. 27 Abs. 2 GRG ist entsprechend anzupassen.

Art. 34 *Kommission für Justiz und Sicherheit, besondere Informationsrechte*

Diese Änderungen erweisen sich aus denselben Gründen als erforderlich wie die Anpassung von Art. 27 GRG. Es kann auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden.

Art. 36 *Entbindung, 1. Im Allgemeinen*

Die betreffende Änderung ist auf die Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts zum Obergericht zurückzuführen. Ansonsten ist sie nur von redaktioneller Bedeutung.

Art. 56 *Instruktion und Antragstellung*

Der Grosse Rat übt die Aufsicht über das Obergericht und das Justizgericht aus (Art. 33 Abs. 1 KV). Dementsprechend hat der Grosse Rat Aufsichtsbeschwerden zu beurteilen, die gegen das Obergericht und das Justizgericht sowie deren Mitglieder gerichtet sind. Solche Aufsichtsbeschwerden sind von der KJS zu instruieren. Art. 56 Abs. 1 GRG ist entsprechend anzupassen.

Art. 57 *Wahlbefugnisse*

Der Grosse Rat wird neu die Mitglieder des Obergerichts sowie des Justizgerichts wählen (Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV). Art. 57 Abs. 1 GRG ist entsprechend anzupassen.

Das Gerichtsorganisationsgesetz schliesst die Geltung des Fraktionsproporzes für die Wahl der ausserordentlichen Mitglieder des Obergerichts (Art. 54 Abs. 1 E-GOG) und die Mitglieder des Justizgerichts (Art. 64 Abs. 2 i.V.m. Art. 54 Abs. 1 E-GOG) aus. Deshalb soll Art. 57 Abs. 1 GRG dahingehend ergänzt werden, dass abweichende gesetzliche Regelungen in Bezug auf den Fraktionsproporz vorbehalten werden.

Art. 64b *Botschaften*

Das ausserparlamentarische Rechtsetzungsverfahren wird primär durch die kantonale Richtlinie für die Rechtsetzung vom 16. November 2010 (nachfolgend: Richtlinie) geregelt. Dieser zufolge sind die Departemente für Rechtsetzungsvorhaben verantwortlich, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen (Richtlinie S. 2). Sie erarbeiten die Vernehmlassungsvorlage und erwirken bei der Regierung die Freigabe zur Vernehmlassung (Richtlinie, S. 5). In der Folge werten die Departemente die Vernehmlassungsantworten aus und passen die Vorlage an. Daraufhin erarbeiten sie eine Botschaft mit den zugehörigen Erlassentwürfen, die von der Regierung verabschiedet wird (Richtlinie, S. 6). Dieser Beschluss der Regierung bildet den Auftakt zum parlamentarischen Verfahren (Richtlinie, S. 6; vgl. zum Ganzen auch:

Walter Frizzoni, Das Rechtsetzungsverfahren im Kanton Graubünden, in: LeGes 2004, S. 53–74).

In dieses vorparlamentarische Verfahren beziehen die zuständigen Departemente die oberen kantonalen Gerichte in ständiger Praxis mit ein. Eine formelle Festschreibung der betreffenden Partizipationsrechte erscheint weder aus der Sicht der Regierung noch der oberen kantonalen Gerichte erforderlich. Hingegen soll in Art. 64b Abs. 2 GRG vorgesehen werden, dass Botschaften, welche primär die Justizverwaltung betreffen, in Zusammenarbeit mit dem Obergericht auszuarbeiten sind.

6a. Geschäftsverkehr zwischen dem Obergericht und dem Grossen Rat

Art. 68a *Anträge*

Abs. 1: Das Obergericht soll in Art. 51a Abs. 1bis KV berechtigt werden, Rechtsetzungsvorhaben auf dem Gebiet der Justizverwaltung anzuregen. Dieses neue Mitwirkungsrecht des Obergerichts soll ähnlich ausgestaltet werden wie das Auftragsrecht der Grossrätinnen und Grossräte, indem das Obergericht zukünftig beim Grossen Rat beantragen kann, die Regierung zu beauftragen, die Justizverwaltung betreffende Verfassungs- oder Gesetzesänderungen auszuarbeiten. Im Unterschied zum betreffenden parlamentarischen Mitwirkungsrecht soll das Mitwirkungsrecht des Obergerichts indessen als «Antragsrecht» bezeichnet werden.

Abs. 2 und 3: Vorgelegt werden sollen dem Grossen Rat die entsprechenden Anträge über die Regierung. Auf diese Weise erhält die Regierung die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Sie darf die Anträge des Obergerichts aber nicht abändern, sondern nur Bemerkungen oder abweichende Anträge formulieren.

Abs. 4: Im Übrigen soll sich die Behandlung und Beratung des Antrags des Obergerichts nach den Regeln richten, die für die Behandlung von Aufträgen der Mitglieder des Grossen Rats gelten (vgl. Art. 68 und Art. 69 GGO). Damit fügt sich das Antragsrecht des Obergerichts nahtlos in die bestehenden, parlamentarischen Instrumente ein.

Art. 68b *Beteiligung an Rats- und Kommissionssitzungen*

Das Obergericht soll im Weiteren die Möglichkeit erhalten, sich vermehrt an den Rats- und Kommissionssitzungen beteiligen zu können. Bislang sind die oberen kantonalen Gerichte nur befugt, an der Sitzung des Grossen Rats zum Budget, der Jahresrechnung sowie dem Geschäftsbericht teilzunehmen (Art. 51a Abs. 2 KV). Die KJS sowie die Geschäftsprüfungskommission können die Präsidentinnen oder Präsidenten der oberen kantonalen Gerichte ferner zu Beratungen beiziehen und zu Rechenschaftsberichten befra-

gen (Art. 34 Abs. 1 lit. b und Art. 29 Abs. 4 GRG). Die Präsidentinnen oder der Präsident der oberen kantonalen Gerichte haben jedoch kein Recht, an solchen Sitzungen teilzunehmen.

Dieses Ungleichgewicht soll beseitigt werden, indem der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Obergerichts das Recht zuerkannt wird, an den Sitzungen des Grossen Rats und seiner Kommissionen teilnehmen zu können, an denen Angelegenheiten, die primär das Obergericht oder die von ihm beaufsichtigten richterlichen Behörden betreffen, beraten und entschieden werden. Das Obergericht ist nicht zur Teilnahme verpflichtet.

3.4. Geschäftsordnung des Grossen Rates

Art. 11 *Organisation, Verfahren und Zuständigkeit*

Abs. 4 lit. u^{bis}: Im Stelleninserat für Richterstellen am Obergericht soll neu die Fraktion bezeichnet werden, die rechnerisch Anspruch auf die ausgeschriebene Richterstelle erheben kann (Art. 51 Abs. 2 E-GOG). Um welche Fraktion es sich hierbei handelt, soll die Präsidentenkonferenz ermitteln und der KJS, die für die Stellenausschreibung zuständig ist, mitteilen.

Art. 22 *Geschäftsprüfungskommission, 1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten*

Abs. 3 lit. f: Die personelle Dotation des Obergerichts und der Regionalgerichte soll neu der Grosse Rat vor der Wahl festlegen. Den betreffenden Beschluss hat die KJS für den Grossen Rat vorzubereiten (Art. 26 Abs. 7 GGO). Zieht sie in Betracht, den Gesamtstellenumfang zu erhöhen, hat sie einen Mitbericht bei der Geschäftsprüfungskommission einzuholen. Art. 22 Abs. 1 GGO soll deshalb insofern ergänzt werden, als die Geschäftsprüfungskommission verpflichtet wird, den entsprechenden Mitbericht zuhanden der KJS zu verfassen.

Art. 26 *Kommission für Justiz und Sicherheit, 1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeit*

Abs. 1 und 4: Die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte sollen zukünftig der alleinigen direkten Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden. Der Grosse Rat übt nur mehr die Oberaufsicht über die betreffenden Verwaltungsbehörden aus. Die betreffenden Kommissionen sind daher nicht mehr in Art. 26 Abs. 1 GGO zu erwähnen.

In die betreffenden Regelungen aufzunehmen ist stattdessen das Justizgericht, welches – wie das Obergericht – der Aufsicht des Grossen Rats untersteht (Art. 33 Abs. 1 KV). Die KJS nimmt gegenüber dem Justizgericht dieselben Aufsichtsfunktionen wahr wie gegenüber dem Obergericht. Neu

nimmt es insbesondere zu Nachtragskrediten des Justizgerichts zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.

Abs. 6: Neu sollen die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen vom Obergericht gewählt werden (Art. 94 Abs. 1 E-GOG). Deren Wahl muss die KJS deshalb nicht mehr vorbereiten. Stattdessen hat sie die Wahl der Mitglieder des Justizgerichts vorzubereiten (vgl. Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV). Art. 26 Abs. 6 GGO ist entsprechend anzupassen.

Abs. 7: Die personelle Dotierung des Obergerichts und der Regionalgerichte soll neu der Grosse Rat vor der Wahl auf Antrag des Obergerichts festlegen. Den betreffenden Beschluss hat die KJS für den Grossen Rat vorzubereiten. Zu diesem Zweck nimmt die KJS die erforderlichen Sachverhaltsabklärungen vor. Sie kann insbesondere das Obergericht sowie die Regionalgerichte anhören oder das Obergericht bitten, seinen Antrag zu ergänzen bzw. zu erläutern. Zieht sie in Betracht, den Gesamtstellenumfang zu erhöhen, holt sie bei der Geschäftsprüfungskommission einen Mitbericht ein.

Art. 83 *Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten*

Der Grosse Rat wird zukünftig die Mitglieder des Justizgerichts wählen (Art. 36 Abs. 1 Ziff. 3 KV). Entsprechend hat die Präsidentin bzw. der Präsident des Justizgerichts den Amtseid vor dem Grossen Rat abzulegen.

Die weiteren Änderungen, die vorgeschlagen werden, sind auf die Fusion des Kantons- und Verwaltungsgerichts zurückzuführen.

3.5. Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden

Art. 66 *Personalrechtliche Streitigkeiten, Rechtsschutz*

Abs. 5bis: Derzeit bezeichnet das Personalgesetz nur die Rechtsmittelbehörde, bei welcher personalrechtliche Entscheide, welche die Mitarbeitenden der Regionalgerichte betreffen, angefochten werden können. Diese Regelung soll hinsichtlich der Mitarbeitenden der Schlichtungsbehörden ergänzt werden.

Abs. 6: Das Personalgesetz sieht momentan die wechselseitige Zuständigkeit des Kantons- und Verwaltungsgerichts für personalrechtliche Streitigkeiten vor, welche sich auf ihre Mitarbeitenden beziehen. Werden das Kantons- und Verwaltungsgericht fusioniert, muss dieser Rechtsmittelzug geändert werden (vgl. Botschaft Heft Nr. 9/2018–2019, S. 794). Die fraglichen Streitigkeiten soll zukünftig das Justizgericht beurteilen (vgl. auch Art. 65a Abs. 1 lit. d VRG).

Infolge der Schaffung des Justizgerichts ist im Weiteren zu regeln, welches Gericht die personalrechtlichen Entscheide überprüfen soll, welche das Jus-

tizgericht gegenüber seinen Mitarbeitenden fällt. Diese Aufgabe soll – wie bei den anderen richterlichen Behörden – dem Obergericht obliegen.

3.6. Gesetz über die Pensionskasse Graubünden

Art. 11a *Mitglieder richterlicher Behörden*

Die Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts sind für die berufliche Vorsorge bei der Pensionskasse Graubünden versichert (Art. 5 Abs. 1 GGVG). Gemäss Art. 5 Abs. 2 GGVG werden deren Sparguthaben im Zeitpunkt der Alterspensionierung zu Lasten des Kantons um 25% erhöht. Bei Austritt vor der Alterspensionierung wird die Austrittsleistung ebenfalls erhöht. In diesem Fall beträgt der Zuschlag 2.5% für jedes erfüllte Altersjahr ab Alter 50, insgesamt jedoch höchstens 25% (Art. 5 Abs. 3 GGVG).

Die berufsvorsorgerechtlichen Sonderleistungen gemäss Art. 5 Abs. 3 GGVG sind auf die Alterspensionierung ausgerichtet und berücksichtigen die Jahre ab dem vollendeten 50. Altersjahr. Dies führt dazu, dass Mitglieder der Gerichte, welche vor dem erfüllten 50. Altersjahr aus dem Richteramt ausscheiden, nicht von den Sonderleistungen profitieren können und Personen, die nach zehn Amtsjahren mit 60 Jahren oder zu einem späteren Zeitpunkt alterspensioniert werden, den maximalen Zuschlag erhalten. Der Vollzug von Art. 5 Abs. 3 GGVG hat überdies unerwünschte Effekte aufgezeigt. So kann ein neues Gerichtsmitglied eine beachtliche Freizügigkeitsleistung einbringen, die später vom Kanton mit dem Zuschlag von 25% erhöht werden muss. Dasselbe trifft auf freiwillige Einlagen zu, und zwar selbst solche, die kurz vor der Alterspensionierung eingebracht werden.

Die Regierung hat in der Botschaft betreffend die Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 16. Februar 2021 (Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern) in Aussicht gestellt, Art. 5 Abs. 2 und 3 GGVG im Rahmen des vorliegenden Rechtsetzungsvorhabens zu überprüfen (Botschaft Heft Nr. 11/2020–2021, S. 677 f.). Die erarbeitete Regelung sieht altersunabhängige und damit rechtsgleichere Sonderleistungen für die ordentlichen und ausserordentlichen Mitglieder des Obergerichts vor. Dabei sollen kostentreibende Effekte zu Lasten des Staatshaushalts durch eingebrachtes privates Vorsorgekapital und durch freiwillige Einlagen kurz vor Austritt oder Alterspensionierung reguliert werden. Die vorgeschlagene Regelung sieht hierzu im Grundsatz vor, die jährlichen Sparbeiträge der Mitglieder des Obergerichts jeweils Ende Jahr um 25% und freiwillige Einlagen fünf Jahre nach der Einzahlung um 10% zu Lasten des Kantons zu erhöhen. Im Vergleich zum geltenden Recht ist diese Regelung einfacher in der Handhabung und fairer, weil sie altersunabhängig ausgestaltet ist. Überdies bietet sie den Vorteil, dass sie praktisch unabhängig ist vom Kapital, welches ein

Mitglied des Obergerichts beim Amtsantritt mitbringt. Schliesslich werden hiermit taktische Einkäufe kurz vor dem Austritt oder der Alterspensionierung nicht belohnt.

Art. 15a *Übergangsbestimmungen für die Mitglieder richterlicher Behörden*

Eine optimale und faire Übergangslösung für die amtierenden Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts zu finden, ist anspruchsvoll. Die Regierung schlägt vor, den Mitgliedern der oberen kantonalen Gerichte die Wahl zu lassen, ob für sie das neue oder alte Recht gelten soll. Entscheidet sich ein amtierendes Mitglied für das neue Recht, wird das vorhandene Sparguthaben zu Lasten des Kantons erhöht. Der Zuschlag beträgt für jedes vollendete Amtsjahr 2.5%, jedoch maximal 15%. Die jüngeren Personen dürften eher auf die neue Regelung wechseln, während Personen mit absehbarer Alterspensionierung voraussichtlich das alte Recht wählen werden. Die persönlichen Entscheide sind schliesslich von der individuellen Situation und Planung abhängig und können nicht prognostiziert werden.

3.7. Notariatsgesetz

Art. 4 *Notariatskommission, 1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung*

Abs. 1: Das Kantons- und Verwaltungsgericht wählen die Mitglieder der Notariatskommission. Diese Regelung muss infolge der Fusion der oberen kantonalen Gerichte angepasst werden, da anstelle des Kantons- und Verwaltungsgerichts das Obergericht treten wird.

Abs. 2: Diese Gelegenheit wurde genutzt, um die Aufsicht über die Notariatskommission zu überprüfen und deren Zusammensetzung zu hinterfragen. Gemäss Art. 4 Abs. 2 NotG gehört der Notariatskommission in der Regel ein Mitglied des Kantons- oder Verwaltungsgerichts an. Diese personelle Verflechtung zwischen der Notariatskommission und den oberen kantonalen Gerichten erweist sich aus aufsichtsrechtlicher Sicht (Art. 22 Abs. 1 KV), vor allem aber im Hinblick auf den zu gewährleistenden Rechtsschutz (Art. 30 Abs. 1 BV) als problematisch. Mit der vorliegenden Revision soll sie daher aufgehoben werden. Daraus ergeben sich keine praktischen Schwierigkeiten, weil bereits seit Jahrzehnten kein Mitglied des Kantons- oder Verwaltungsgerichts mehr der Notariatskommission angehört. Ausserdem soll die Zusammensetzung der Notariatskommission insofern angepasst werden, als der Notariatskommission in der Regel nur mehr patentierte Notarinnen oder Notare sowie patentierte Grundbuchverwalterinnen oder Grundbuchverwalter angehören sollen (vgl. die Ausführungen unter III.2.1.).

Abs. 3 und 3bis: Administrativ soll die Notariatskommission dem Obergericht angegliedert werden. Dies ist Ausfluss der Neuorganisation der Aufsicht über die Notariatskommission (Art. 5a NotG). Konkret bedeutet dies, dass die Mitglieder der Notariatskommission ihre Einnahmen und Ausgaben nicht mehr dem DJSG, sondern dem Obergericht melden werden. Die betreffenden Positionen fliessen in das Budget sowie die Jahresrechnung des Obergerichts ein. Die Mitglieder der Notariatskommission werden fortan folglich vom Obergericht entschädigt werden. Ein Budget sowie eine Jahresrechnung muss die Notariatskommission weiterhin nicht ausarbeiten. Die Neuorganisation der Aufsicht wird für die Notariatskommission folglich keinen administrativen Mehraufwand nach sich ziehen.

Art. 5 *2. Aufgaben*

Abs. 3: Die Notariatskommission soll der alleinigen, direkten Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden (vgl. Art. 5a NotG). Infolgedessen hat sie zukünftig dem Obergericht Bericht zu erstatten. Art. 5 Abs. 3 NotG kann somit aufgehoben werden.

Art. 5a *3. Aufsicht*

Abs. 1: Im Rahmen der vorliegenden Revision soll u.a. die Aufsicht über die Notariatskommission neu geregelt werden, indem das Obergericht als einzige direkte Aufsichtsbehörde vorgesehen wird (vgl. die Ausführungen unter II.2.4.).

Abs. 2: Das Obergericht soll gegenüber der Notariatskommission über dieselben Aufsichtsinstrumente und Hilfsmittel verfügen wie gegenüber den richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen. Mit dieser Regelung wird die Dienstaufsicht im Vergleich zur geltenden Rechtslage ausgedehnt, während die Organaufsicht weitgehend unverändert bleibt. Es wird weiterhin keine Fachaufsicht wahrgenommen.

Abs. 3: Unklar ist zurzeit, wer die Mitglieder der Notariatskommission vom Amtsgeheimnis entbinden kann, falls diese in einem Verfahren aussagen oder Akten edieren sollen. Diese Aufgabe soll dem Obergericht zugewiesen werden.

Art. 6 *Inspektionen*

Abs. 5: Die Notariatskommission bestimmt einen oder mehrere Notariatsinspektorinnen oder einen oder mehrere Notariatsinspektoren (Art. 6 Abs. 1 NotG). Die Notariatsinspektorinnen und Notariatsinspektoren gelten als nebenamtliche kantonale Mitarbeitende (Art. 22 Abs. 3 NotV). Sie können deshalb grundsätzlich nur mit einem Taggeld von 500 Franken entschädigt werden (Art. 70 PG). Eine solche Entschädigung ist für die Notariatsinspektorinnen und Notariatsinspektoren ungenügend. Deshalb soll die Regierung in Art. 6 Abs. 5 NotG ausdrücklich ermächtigt werden, von den

in Art. 70 PG vorgesehenen Ansätzen abzuweichen und für die Notariatsinspektorinnen und Notariatsinspektoren eine höhere Entschädigung vorzusehen. Die Rechtslage ändert sich hierdurch nur insofern, als die Regierung die betreffende Entschädigung (vgl. Art. 22 Abs. 2bis NotV) nicht mehr als Ausnahmesituation im Sinne von Art. 70 Abs. 2 PG begründen muss, sondern direkt auf Art. 6 Abs. 5 NotG stützen kann.

Art. 9 *Verfahren, Rechtsmittel*

Abs. 1: Bei der Notariatskommission handelt es sich um eine kantonale Verwaltungsbehörde (vgl. BGE 123 I 87). Sie fällt somit in den Geltungsbereich des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Art. 1 Abs. 1 VRG). Das Verwaltungsrechtspflegegesetz gilt für sie folglich nicht nur sinngemäss. Art. 9 Abs. 1 NotG ist entsprechend anzupassen.

Abs. 2: Von Bundesrechts wegen hat der Kanton für Prüfungsentscheide der Notariatskommission ein oberes kantonales Gericht als Rechtsmittelbehörde vorzusehen. Prüfungsentscheide der Notariatskommission müssen dementsprechend mit Beschwerde an das Obergericht weitergezogen werden können. Art. 9 Abs. 2 NotG ist in dieser Beziehung anzupassen.

Abs. 3: Die Notariatskommission teilt die Ergebnisse der Notariatsprüfungen den betroffenen Personen in der Praxis jeweils zunächst ohne Begründung und ohne Rechtsmittelbelehrung mit. Diese Schreiben gelten nach der Praxis des Verwaltungsgerichts als anfechtbare Entscheide (vgl. Urteil U 17 79 des Verwaltungsgerichts des Kantons Graubünden vom 3. Oktober 2017). Sie müssen folglich begründet sein und ein Dispositiv mit einer Kostenregelung sowie einer Rechtsmittelbelehrung enthalten (Art. 22 Abs. 1 VRG).

Diese Vorgaben können bei Prüfungsentscheiden nur mit übermässigem, administrativem Aufwand erfüllt werden. Die Notariatskommission soll daher berechtigt werden, Prüfungsentscheide im Dispositiv zu erlassen. Die betroffenen Personen können bei der Notariatskommission innert zehn Tagen seit der Mitteilung schriftlich einen begründeten Entscheid verlangen. Machen sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, erwächst der unbegründete Entscheid in Rechtskraft. Die betroffenen Personen sind auf die Möglichkeit, eine Begründung des ergangenen Entscheids anzufordern, und die mit einem Verzicht verbundenen Rechtsfolgen aufmerksam zu machen. Die Rechtsmittelfrist für die Anfechtung von Prüfungsentscheiden an das Obergericht beginnt mit der Zustellung des begründeten Entscheids zu laufen.

Art. 10 *Prüfung*

Abs. 4: Derzeit ist gesetzlich nicht geregelt, was die Folgen sind, wenn eine Person nach der Anmeldung nicht zur Prüfung antritt oder die Prüfung abbricht. Diese Regelungslücke soll geschlossen werden, indem vorgesehen

wird, dass Kandidierende eine Prüfung nach dem Beginn nur mehr aus wichtigen Gründen abbrechen dürfen, ansonsten die Prüfung als nicht bestanden gilt. Der Rückzug vor Beginn der Prüfung bleibt hingegen folgenlos. Als wichtiger Grund im Sinne von Art. 10 Abs. 4 NotG gelten insbesondere Krankheiten oder Unfälle, welche die Fortführung der Prüfung ganz oder teilweise ausschliessen.

Abs. 5: Die Notariatskommission kann eine Prüfung überdies für nicht bestanden erklären, wenn eine Prüfungskandidatin oder ein Prüfungskandidat nicht zugelassene Hilfsmittel (z.B. annotierte Gesetzessammlungen) verwendet, sich mit anderen Prüfungskandidierenden unerlaubterweise austauscht oder in anderer Weise unehrlich handelt. Diese Praxis soll in Art. 10 Abs. 5 NotG kodifiziert werden.

Art. 33 *Beurkundung von Willenserklärungen, 1. Einheit des Aktes, Lesen und Unterzeichnen*

Mit dem Inkrafttreten der Aktienrechtsrevision auf Bundesebene wird die Durchführung von Generalversammlungen und Verwaltungsratssitzungen flexibilisiert. Diese Versammlungen sollen künftig auch auf virtuellem Weg stattfinden können, und zwar auch dann, wenn Beschlüsse gefällt werden, die öffentlich zu beurkunden sind. Das kantonale Notariatsrecht kann einer entsprechenden Fernbeurkundung jedoch entgegenstehen, wenn es die physische Präsenz der Beteiligten verlangt (vgl. Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts [Aktienrecht] vom 23. November 2016, BBl 2017 399 ff., S. 559). Bereits nach geltendem Aktienrecht wird sodann die öffentliche Beurkundung von Zirkularbeschlüssen als zulässig eingestuft (BBl 2017 S. 559).

Art. 33 Abs. 2 NotG sieht vor, dass während der Beurkundung alle mitwirkenden Personen anwesend sein müssen. Diese Bestimmung ist Art. 34 NotG (Beurkundung von Willenserklärungen) sowie den Art. 35 und Art. 36 NotG, welche Sachbeurkundungen regeln, vorangestellt. Daher muss davon ausgegangen werden, dass Art. 33 NotG für beide Arten der Beurkundungen gilt. Mit der vorgeschlagenen Änderung der Marginalie soll klargestellt werden, dass sich Art. 33 NotG lediglich auf die Beurkundung von Willenserklärungen bezieht. Bei dieser haben alle mitwirkenden Personen weiterhin anwesend zu sein und das Verfahren ist ohne wesentliche Unterbrechung durchzuführen.

Im Übrigen soll die Reihenfolge von Absatz 1 und 2 geändert werden. Schliesslich soll der im bisherigen Absatz 1 verwendete Begriff der erscheinenden Parteien durch die mitwirkenden Personen ersetzt werden, da sich die Urkundsparteien bei der Beurkundung auch vertreten lassen können, sofern das Bundesrecht dies zulässt. Dies bringt der derzeitige Gesetzeswortlaut unzureichend zum Ausdruck, weshalb er angepasst werden soll. Die Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

Art. 34 *2. Beurkundungsformel*

Art. 34 NotG regelt die Beurkundungsformel, welche an jede Beurkundung von Willenserklärungen angebracht wird. Die Beurkundungsformel umfasst sowohl die in Absatz 1 genannte Bestätigung als auch die in Absatz 2 geforderten Angaben. Um dies zu verdeutlichen, sollen die Marginalie und der Gesetzestext von Art. 34 redaktionell angepasst werden.

Art. 35 *Sachbeurkundung, 1. Beurkundung von Beschlüssen von Versammlungen oder Sitzungen*

Art. 35 NotG regelt die Voraussetzungen für die Beurkundung von Beschlüssen von Versammlungen oder Sitzungen. Dabei hat die Notariatsperson an der Versammlung oder an der Sitzung teilzunehmen und das Protokoll als öffentliche Urkunde zu erstellen. Wie den Ausführungen zu Art. 33 NotG entnommen werden kann, wird mit der Aktienrechtsrevision die Möglichkeit geschaffen, auch Beschlüsse virtueller Generalversammlungen und Verwaltungsratssitzungen zu beurkunden. Für diese Fälle soll wie auch für Zirkularbeschlüsse die physische Präsenz der Notariatsperson nicht mehr vorgeschrieben werden.

Abs. 1 und Abs. 1bis: Zu diesem Zweck wird Art. 35 Abs. 1 NotG umformuliert und durch einen weiteren Absatz ergänzt. Diese Neuerung soll es ermöglichen, auf schriftlichem Weg oder unter Verwendung elektronischer Mittel gefasste Beschlüsse von Versammlungen oder Sitzungen zu beurkunden, wenn das Bundesrecht diese Form der Beschlussfassung zulässt. Die Teilnahme der Notariatsperson kann in diesen Fällen gemäss den Vorgaben des Obligationenrechts auf elektronische oder schriftliche Weise sichergestellt werden.

Abs. 2: Der bisherige Absatz 2 regelt den Mindestinhalt des Protokolls. Er muss abgeändert werden, da gewisse dieser Vorgaben bei einer Beschlussfassung auf schriftlichem Weg oder unter Verwendung elektronischer Mitteln entfallen oder nicht mehr ohne weiteres eingehalten werden können (z.B. die Angabe des Orts oder die Präsenz). Die bisherigen Vorgaben decken sich dabei weitgehend mit denjenigen des Bundesrechts, so dass auf dieses verwiesen werden kann (vgl. Art. 702 Abs. 2 OR, welcher qua Verweis auch für die Beschlüsse von Verwaltungsräten gilt, vgl. BBl 2017 568). Nicht bundesrechtlich vorgesehen ist, dass die Urkunde die Feststellungen der oder des Vorsitzenden über Einberufung, Teilnahme und Beschlussfähigkeit sowie allfällige Einwendungen gegen die Durchführung enthalten muss. Diese Vorgabe soll daher weiterhin im kantonalen Recht statuiert werden.

Art. 36 *2. Andere Sachbeurkundungen*

Art. 36 NotG regelt die Vorgaben an weitere Sachbeurkundungen. Um die Verbindung zu Art. 35 NotG hervorzuheben, wird die Marginalie angepasst.

Art. 50 *Ausführungserlasse*

Gemäss Art. 50 Abs. 1 NotG kann die Regierung auf Antrag der Notariatskommission ein Prüfungsreglement erlassen. Gemeint ist hiermit eine Verordnung über die Notariatsprüfung. Um dies zu verdeutlichen, soll der Wortlaut von Art. 50 Abs. 1 NotG angepasst werden.

Art. 51a *Übergangsbestimmungen*

Abs. 4: Mit dem vorliegenden Rechtsetzungsvorhaben wird u.a. die Finanzaufsicht neu geregelt. Damit die Notariatskommission den bei Inkrafttreten des neuen Rechts laufenden Budgetierungs- und Rechnungslegungsprozess unter der Aufsicht des DJSG abschliessen kann, soll vorgesehen werden, dass die neuen finanzaufsichtsrechtlichen Regelungen erst vom Rechnungsjahr an gelten, das nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Revision beginnt, d.h. mutmasslich für das Budget 2026 und die Rechnung 2026.

3.8. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs

Art. 3 *Organisationsreglement*

Die heutigen Strukturen im Bereich des Konkurs- und Betreibungsrechts gelten seit dem 1. Januar 2016. Seither obliegt die Führung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen den Regionen. Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, müssen die Regionen Einsicht in die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen nehmen können. Ob hierfür eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage erforderlich ist, führt in der Praxis immer wieder zu Diskussionen, zumal eine solche Regelung früher auf Verordnungsebene existierte (vgl. Art. 5 Abs. 2 der Verordnung zum Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs in der Fassung vom 8. Oktober 1996). Um diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen, sollen die Regionen in Art. 3 Abs. 1^{bis} EGzSchKG ausdrücklich ermächtigt werden, in die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen Einsicht zu nehmen, soweit dies zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

Art. 7 *Mitteilung und Veröffentlichung*

Die Regionen ernennen die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten und entlassen diese. Sie sind indessen nicht berechtigt, diese zu disziplinieren. Diese Befugnis steht nur dem Kantonsgericht (neu dem Obergericht) als gerichtlicher Aufsichtsbehörde zu (Art. 14 Abs. 2 SchKG i.V.m. Art. 13 Abs. 1 EGzSchKG).

Mit Blick auf diese Zuständigkeitsordnung müssen die Regionen die Möglichkeit haben, die Aufsichtsbehörde über Amtspflichtverletzungen von Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten zu informieren, welche die Anordnung einer Disziplinarmassnahme rechtfertigen könnten. Solche Informationen können besonders schützenswerte Personendaten betreffen. In diesem Fall bedarf es für den Datenaustausch einer Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinne (Art. 2 Abs. 2 KDSG i.V.m. Art. 3 lit. c und Art. 17 Abs. 2 DSG). Diese soll in Art. 7 Abs. 1 EGzSchKG geschaffen werden.

Art. 13 *Aufsichtsbehörde*

Soweit nicht die Form des Gesetzes vorgeschrieben ist, kann das Obergericht auf dem Gebiet der Justizverwaltung Verordnungen erlassen, wenn es durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt wird (Art. 51a Abs. 3 KV). Eine solche Ermächtigung soll in Art. 13 Abs. 2 EGzSchKG aufgenommen werden, damit das Obergericht in seiner Geschäftsordnung festlegen kann, welches seiner Organe die ihm als Aufsichtsbehörde über das Schuldbetreibungs- und Konkursrecht obliegenden Aufgaben wahrnimmt und die sich aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht ergebenden Weiterzüge beurteilt (vgl. Art. 8 KGV).

Art. 16a *Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren*

Das Kantonsgericht inspiziert die Konkurs- und Betreibungsämter nicht selber, sondern überträgt diese Aufgabe erfahrenen Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten, die im Kanton Graubünden tätig sind. Die betreffenden Personen beraten die Betreibungs- und Konkursämter ausserdem und unterstützen sie bei Bedarf bei der Erledigung der Amtsgeschäfte. Seit dem 1. Juli 2019 nehmen die Betreibungs- und Konkursbeamten der Regionen Viamala und Maloja diese Aufgaben wahr.

Abs. 1: Dieses Modell soll in Art. 16a EGzSchKG abgebildet werden. Die zu diesem Zweck vorgeschlagene Regelung lehnt sich an Art. 6 NotG an. Sie erlaubt es, das bisherige System fortzusetzen, indem weiterhin im Kanton Graubünden tätige Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten mit der Inspektion sowie der Beratung der Betreibungs- und Konkursämter beauftragt werden. Die zuständige Aufsichtsbehörde kann diese Aufgaben aber auch einem oder mehreren ausserkantonalen Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten oder anderen Fachpersonen übertragen.

Abs. 2: In Art. 16a Abs. 2 EGzSchKG sollen die wesentlichen Aufgaben der Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren umschrieben werden. Sie entsprechen den heute von den Inspektorinnen und Inspektoren wahrgenommenen Aufgaben. Darüber gehen sie nur insofern hinaus, als die Inspektorinnen und Inspektoren zukünftig auch für die Weiterbil-

dung der Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten zuständig sein sollen. Die fraglichen Weiterbildungen organisiert momentan der Verband der Bündner Betreibungs- und Konkursbeamten. Dieses System hat sich bewährt. Es soll nicht geändert werden. Sofern der Verband der Bündner Betreibungs- und Konkursbeamten bei der Organisation der Weiterbildungen indessen Unterstützung benötigt, soll er sich zukünftig an die Inspektorinnen und Inspektoren wenden können. Die Mitglieder des Obergerichts sollen von dieser Aufgabe entlastet werden.

Abs. 3: Die Inspektorinnen und Inspektoren gelten als nebenamtliche Mitarbeitende des Kantons (Art. 3 Abs. 4, Art. 69 f. PG). Derzeit erhalten sie für die Inspektionstätigkeit 400 Franken für einen ganzen Tag und 200 Franken für einen halben Tag. Dazu kommt eine jährliche Pauschalentschädigung von 1000 Franken für die Beratungstätigkeit. Zusätzlich können sie allfällige Unterkunfts-, Reise- und Verpflegungskosten gemäss der Personalverordnung abrechnen.

Ob eine externe Fachperson bereit ist, zu diesen Ansätzen als Betreibungs- und Konkursinspektorin bzw. -inspektor tätig zu sein, erscheint fraglich. Der Spielraum für eine höhere Entschädigung ist jedoch eng begrenzt. Denn gemäss Art. 70 Abs. 1 PG betragen die Taggelder für nebenamtliche Mitarbeitende mindestens 160 Franken bis maximal 250 Franken. In begründeten Fällen kann die Regierung diese Entschädigung um höchstens 50% erhöhen oder Zwischenstufen einfügen. In besonderen Ausnahmesituationen kann sie von diesen Ansätzen abweichen (Art. 70 Abs. 2 PG). Gemäss diesen Regelungen können die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren grundsätzlich maximal mit einem Taggeld von 500 Franken, mithin zu einem Stundenansatz von 62.50 Franken, netto entlöhnt werden. Ein solcher Stundenansatz dürfte kaum genügen. Die Regierung soll daher ermächtigt werden, für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren ein höheres Taggeld vorzusehen.

Art. 17 *Verfahren vor Obergericht*

Die Disziplinarbefugnis gemäss Art. 14 Abs. 2 SchKG steht dem Obergericht als Aufsichtsbehörde zu (Art. 16 EGzSchKG), während die Regionen die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten einstellen und für deren Entlassung verantwortlich sind (Art. 4 Abs. 1, Art. 6 EGzSchKG). Angesichts dieser Zuständigkeitsordnung ist es wichtig, dass die Regionen Kenntnis von der Eröffnung von Disziplinarverfahren erhalten und ihnen die Disziplinarentscheide zugestellt werden. Die für diesen Informationsaustausch erforderlichen Grundlagen sollen in Art. 18 Abs. 2 und 4 EGzSchKG geschaffen werden.

Art. 21 *Gewerbsmässige Vertretung*

Die gewerbsmässige Vertretung in Zwangsvollstreckungsverfahren regelt das Bundesrecht seit dem 1. Januar 2018 (Art. 27 SchKG). Für die Vertretung in gerichtlichen Verfahren gilt im Geltungsbereich der Zivilprozessordnung Art. 68 ZPO. Darin wird die berufsmässige Vertretung den Anwältinnen und Anwälten vorbehalten. Davon ausgenommen sind die summarischen Verfahren gemäss Art. 251 ZPO, die auch den gewerbsmässigen Vertreterinnen und Vertretern nach Art. 27 SchKG offenstehen. Der Bundesgesetzgeber hat die berufsmässige Vertretung in Betreibungs- und Konkursverfahren damit abschliessend geregelt. Dem Kanton kommt hier keine Regelungsbefugnis mehr zu. Art. 21 EGzSchKG ist demnach aufzuheben.

3.9. Anwaltsgesetz

Art. 5 *Aufsichtskommission, 1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung*

Das Kantons- und Verwaltungsgericht wählen die Mitglieder der Aufsichtskommission. Diese Regelung muss aufgrund der Fusion der oberen kantonalen Gerichte angepasst werden, weil anstelle des Kantons- und Verwaltungsgerichts das Obergericht treten wird.

Diese Gelegenheit wurde genutzt, um die Aufsichtsstrukturen zu überprüfen. Die Aufsichtskommission beaufsichtigt die Anwältinnen und Anwälte, die im Kanton Graubünden tätig sind und in dieser Funktion insbesondere Personen vor Gericht vertreten (Art. 1 AnwG). Folglich erhalten die Mitglieder der Gerichte mit ihrer täglichen Arbeit Einblick in die Tätigkeit der zu beaufsichtigenden Personen. Sie sind deshalb prädestiniert, um der Aufsichtskommission anzugehören. Die Aufsichtskommission wird zudem seit Jahrzehnten von einem Mitglied der oberen kantonalen Gerichte präsidiert. Die Aufsichtskommission kann für ihre Tätigkeit ausserdem Mitarbeitende des Aktuariats und des Sekretariats des oberen kantonalen Gerichts beiziehen, dem die Präsidentin oder der Präsident der Aufsichtskommission angehört. Schliesslich nutzt die Aufsichtskommission die Räumlichkeiten des oberen kantonalen Gerichts, dem ihre Präsidentin bzw. ihr Präsident angehört. Die Aufsichtskommission ist somit eng mit den oberen kantonalen Gerichten verbunden.

Könnten die Mitglieder des Obergerichts nicht mehr Einsitz in die Aufsichtskommission nehmen, würde nicht nur auf Fachwissen qualifizierter Mitglieder verzichtet, sondern die Aufsichtskommission müsste von Grund auf neu organisiert werden. Dies erscheint nicht angezeigt. Die Mitglieder des Obergerichts sollen daher weiterhin der Aufsichtskommission angehören und das Obergericht soll der Aufsichtskommission sein Aktuariat sowie

Sekretariat zur Verfügung stellen. Die entsprechende Praxis soll in Art. 5 AnwG kodifiziert werden.

Art. 6 *2. Aufgaben*

Diese Änderungen sind redaktioneller Natur. Die Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

Art. 6a *3. Aufsicht*

Abs. 1: Im Rahmen der vorliegenden Revision soll u.a. die Aufsicht über die Aufsichtskommission neu geregelt werden, indem das Obergericht als einzige direkte Aufsichtsbehörde vorgesehen wird (vgl. die Ausführungen unter II.2.4.). Das Obergericht soll gegenüber der Aufsichtskommission über dieselben Aufsichtsinstrumente und Hilfsmittel verfügen wie gegenüber den richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen. Mit dieser Regelung wird die Dienstaufsicht im Vergleich zur geltenden Rechtslage ausgedehnt, während die Organaufsicht weitgehend unverändert bleibt. Insbesondere wird weiterhin keine Fachaufsicht wahrgenommen.

Abs. 2: Unklar ist derzeit, wer die Mitglieder der Aufsichtskommission vom Amtsgeheimnis entbinden kann, falls diese in einem Verfahren aussagen oder Akten edieren sollen. Diese Aufgabe soll dem Obergericht zugewiesen werden.

Art. 7 V*erfahren, Rechtsmittel*

Abs. 1: Die Aufsichtskommission ist – wie die Notariatskommission – eine kantonale Verwaltungsbehörde (vgl. die Ausführungen unter II.2.4.). Sie fällt somit in den Geltungsbereich des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (Art. 1 Abs. 1 VRG). Das Verwaltungsrechtspflegegesetz gilt für sie folglich nicht nur sinngemäss. Art. 7 Abs. 1 AnwG ist entsprechend anzupassen.

Abs. 2: Der Kanton hat von Bundesrechts wegen ein Rechtsmittel gegen Prüfungsentscheide der Aufsichtskommission vorzusehen. Die anderslautende Regelung in Art. 7 Abs. 2 Satz 2 AnwG ist daher aufzuheben.

Der Rechtsmittelzug ist ausserdem insofern anzupassen, als das Justizgericht als zuständige Rechtsmittelbehörde bezeichnet werden soll. Hierdurch soll die personelle Unabhängigkeit der Rechtsmittelbehörde gestärkt werden (vgl. dazu die Ausführungen unter III.2.2.).

Abs. 3: Im Übrigen soll der Rechtsmittelzug für die Anfechtung von Prüfungsentscheiden besonders geregelt werden. Die Aufsichtskommission soll in diesen Fällen – wie die Notariatskommission – befugt werden, Entscheide im Dispositiv zu erlassen. Die betroffene Person kann bei der Aufsichtskommission innert zehn Tagen seit der Mitteilung schriftlich einen begründeten Entscheid verlangen. Macht sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, erwächst der Entscheid in Rechtskraft. Die Parteien sind auf die

Möglichkeit, eine Begründung des ergangenen Entscheids anzufordern, und die mit einem Verzicht verbundenen Rechtsfolgen aufmerksam zu machen. Die Rechtsmittelfrist für die Anfechtung der Prüfungsentscheide an das Justizgericht beginnt mit der Zustellung des begründeten Entscheids zu laufen.

Art. 9 *Prüfung*

Abs. 4 und 5: Gemäss der Praxis der Aufsichtskommission können sich Kandidatinnen oder Kandidaten nach dem Anmeldeschluss nur mehr aus wichtigem Grund zurückziehen. Als wichtig gilt ein Grund, wenn das Ablegen der Prüfung nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Umstände unzumutbar erscheint. Bleiben Kandidatinnen oder Kandidaten der Prüfung ohne einen solchen Grund fern oder brechen sie eine Prüfung ohne wichtigen Grund ab, gilt die Prüfung als nicht bestanden. Dasselbe trifft zu, wenn sich Prüfende unzulässiger Hilfsmittel bedienen. Diese Praxis soll in Art. 9 Abs. 4 und 5 AnwG kodifiziert werden.

Die betreffenden Regelungen weichen insofern von denen ab, welche für das Notariatsrecht vorgeschlagen werden (Art. 10 Abs. 4 und 5 NotG), als bei Anwaltsprüfungen bereits der Rückzug nach der Anmeldung als Nichtbestehen der Prüfung gewertet wird, wenn kein ausreichender Grund vorliegt. Dieser Unterschied liegt darin begründet, dass bei der schriftlichen Anwaltsprüfung im Unterschied zur Notariatsprüfung jeweils ein privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Fall zu lösen ist. Einige Wochen vor der Prüfung werden die Prüfungsunterlagen versandt, die in der Regel darauf schliessen lassen, ob es sich um einen privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Fall handelt. Um zu verhindern, dass sich Prüfende nur auf ein bestimmtes Rechtsgebiet vorbereiten, ist es daher notwendig, bereits den Rückzug nach der Anmeldung als nicht bestandene Prüfung zu werten. Derartige taktische Prüfungsrückzüge sind bei den Notariatsprüfungen nicht zu erwarten, weshalb die dortige Regelung grosszügiger ausgestaltet werden kann.

Verordnung über die Anwaltsprüfung (Art. 17 und Art. 19 AnwG)

Diese terminologischen Anpassungen werden aus denselben Gründen vorgenommen wie die Revision von Art. 50 NotG.

Art. 21 *Übergangsbestimmung*

Für die Finanzaufsicht erweist sich eine besondere übergangsrechtliche Bestimmung als notwendig, damit die Aufsichtskommission den derzeit unter der Verantwortung des DJSG stehenden Budgetierungs- und Rechnungslegungsprozess abschliessen kann. Um dies sicherzustellen, soll vorgesehen werden, dass die betreffenden Regelungen erst vom Rechnungsjahr an gelten, das nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Revision beginnt, d.h. mutmasslich für das Budget 2026 sowie die Jahresrechnung 2026.

3.10. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung

Art. 4 *Aufgehoben*

Mit der vorliegenden Revision soll die einzelrichterliche Zuständigkeit erweitert werden. Die betreffenden Regelungen, die derzeit in Art. 4 EGzZPO enthalten sind, sollen in Art. 5 EGzZPO aufgenommen werden. Damit wird die Zuständigkeit der Regionalgerichte in einem Artikel geregelt. Dies entspricht dem Regelungsansatz, den der kantonale Gesetzgeber für die strafrechtlichen (vgl. Art. 19 EGzStPO) und verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Art. 43 VRG) gewählt hat.

Art. 5 *Erstinstanzliches Gericht, 1. Regionalgericht*

Abs. 1: Die Regionalgerichte entscheiden als erstinstanzliche Zivilgerichte, sofern nichts anders vorgesehen ist.

Abs. 2: In Art. 5 Abs. 2 EGzZPO werden alle Streitigkeiten aufgezählt, welche die Regionalgerichte in einzelrichterlicher Kompetenz entscheiden können.

Abs. 2 lit. a: Dies trifft – wie nach geltendem Recht – auf alle Angelegenheiten zu, für die das summarische Verfahren gilt (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. a und d EGzZPO).

Abs. 2 lit. b: Gemäss dem geltenden Recht fallen überdies Angelegenheiten, die im vereinfachten Verfahren gemäss Art. 243 ZPO zu entscheiden sind, in die einzelrichterliche Zuständigkeit, wenn es sich um vermögensrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von bis zu 5000 Franken handelt (Art. 4 Abs. 1 lit. b EGzZPO). Diese Regelung ist – wie ein interkantonaler Vergleich zeigt – ungewöhnlich. Viele Kantone sehen für Streitigkeiten, die im vereinfachten Verfahren zu beurteilen sind, weitergehende oder bisweilen sogar ausschliesslich einzelrichterliche Zuständigkeiten vor (vgl. z.B. § 10 Abs. 2 lit. a GOG SO, § 35 Abs. 1 lit. b JusG LU, § 71 Abs. 1 Ziff. 1 lit. a GOG BS, § 24 lit. a GOG ZH; § 28 Abs. 2 lit. b GOG ZG). Mit Blick auf diese Regelungen sollen zukünftig alle Angelegenheiten, die im vereinfachten Verfahren gemäss Art. 243 ZPO zu entscheiden sind, der Einzelrichterin bzw. dem Einzelrichter zur Beurteilung zugewiesen werden. Ausgenommen bleiben die Streitigkeiten aus der Zusatzversicherung zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung, welche weiterhin im verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu beurteilen sind (vgl. Art. 63 Abs. 2 VRG).

Abs. 2 lit. c: Derzeit kann einzelrichterlich nur über die Ehescheidung, Ehetrennung oder die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung entschieden werden. Für streitige Scheidungsverfahren kennt das geltende Recht keine einzelrichterliche Zuständigkeit. Dasselbe gilt für sämtliche Kinderbelange ausserhalb von ehe- oder partnerschaftlichen Verfahren. Die Kantone *Bern, Schwyz,*

Solothurn und *Zürich* sehen für alle diese Verfahren einzelrichterliche Zuständigkeiten vor. Dieser Regelungsansatz soll auch im Kanton Graubünden verwirklicht werden. Die hierzu vorgeschlagene Regelung entspricht derjenigen, die der Kanton *Zürich* kennt (vgl. § 24 Abs. 1 lit. d GOG ZH). Sie bezieht sich auf die besonderen personenstands- und eherechtlichen Angelegenheiten, die in den Art. 271–307a ZPO geregelt sind. Bei der Auslegung von Art. 5 Abs. 2 lit. c EGzZPO kann auf die zu § 24 Abs. 1 lit. d GOG ZH entwickelte Praxis zurückgegriffen werden.

Abs. 2 lit. d und e: Diese Regelungen entsprechen dem geltenden Recht (Art. 4 Abs. 1 lit. e EGzZPO, Art. 4 Abs. 2 EGzZPO). Sie erscheinen nur aufgrund der Neueinordnung als Änderung.

Abs. 2 lit. f: Gemäss Art. 71 Abs. 3 E-GOG entscheidet die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz, wenn eine Eingabe offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist. Die betreffende Regelung soll aus systematischen Gründen in Art. 5 Abs. 2 lit. f EGzZPO verankert werden, da die entsprechende, gerichtsorganisatorische Regelung, die für das Obergericht gilt (vgl. Art. 40 Abs. 4 E-GOG), ebenfalls in Art. 7 Abs. 2 lit. b EGzZPO wiederholt wird (vgl. auch Art. 43 Abs. 3 lit. b VRG).

Abs. 3: Mit der vorliegenden Revision wird die einzelrichterliche Zuständigkeit einerseits auf die Angelegenheiten ausgedehnt, die im vereinfachten Verfahren gemäss Art. 243 ff. ZPO zu entscheiden sind, andererseits auf die besonderen familienrechtlichen Verfahren, Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten und Verfahren bei eingetragener Partnerschaft (vgl. Art. 271 bis Art. 307a ZPO). In diesen Fällen soll das Regionalgericht in Dreierbesetzung entscheiden, wenn eine Partei dies in der ersten Rechtsschrift beantragt, der Streitwert 10000 Franken übersteigt und die Eingabe nicht offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist. Nutzt keine Partei diese Möglichkeit oder reicht eine Partei den entsprechenden Antrag verspätet ein, kann das Regionalgericht über die betreffende Angelegenheit immer noch auf Anordnung der oder des Vorsitzenden in Dreierbesetzung entscheiden (Art. 71 Abs. 4 E-GOG). Die einzelrichterliche Zuständigkeit ist in den betreffenden Verfahren folglich der Regelfall, in bestimmten Fällen entscheidet indessen weiterhin das Kollegium.

Abs. 4: Soweit in Art. 5 Abs. 2 und 3 EGzZPO keine (anderslautende) Regelung getroffen wird, entscheidet das Regionalgericht über zivilprozessuale Streitigkeiten in der im Gerichtsorganisationsgesetz vorgesehenen Besetzung (vgl. Art. 71 E-GOG).

Art. 6 *2. Obergericht*

Abs. 1: Art. 5 Abs. 1 ZPO schreibt für verschiedene Streitigkeiten eine einzige kantonale Instanz vor. Nach der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts werden die betreffenden Angelegenheiten alle in

die Zuständigkeit des Obergerichts fallen. Demzufolge kann der Vorbehalt zu Gunsten der Verfahren, die derzeit das Verwaltungsgericht beurteilt, aufgehoben werden.

Abs. 2: Wird die einzelrichterliche Zuständigkeit der Regionalgerichte erweitert, so bietet sich dasselbe für das Obergericht an, soweit dieses als erstinstanzliches Zivilgericht entscheidet. Diesbezüglich ist jedoch zu beachten, dass die betreffenden Entscheide des Obergerichts zwar alle unabhängig vom Streitwert beim Bundesgericht angefochten werden können (vgl. Art. 74 Abs. 2 lit. b BGG). Im bundesgerichtlichen Beschwerdeverfahren können die Parteien aber die Feststellung des Sachverhalts nur rügen, wenn diese offensichtlich unrichtig ist oder auf einer Rechtsverletzung beruht und wenn die Behebung des Mangels für den Ausgang des Verfahrens entscheidend sein kann (Art. 97 BGG). Das Bundesgericht kann die erstinstanzlichen Entscheide des Obergerichts demnach nicht in demselben Ausmass überprüfen wie das Obergericht im zivilprozessualen Berufungs- oder Beschwerdeverfahren (Art. 310 und Art. 320 ZPO). Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht angezeigt, die einzelrichterliche Zuständigkeit des Obergerichts gleich weit zu fassen wie bei den Regionalgerichten.

Abs. 2 lit. a: Die betreffende Zuständigkeit soll daher nur insofern erweitert werden, als das Obergericht befugt werden soll, über vermögensrechtliche Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 10000 Franken in einzelrichterlicher Zuständigkeit zu entscheiden.

Abs. 2 lit. b: Im Weiteren soll es in seiner Funktion als einzige kantonale Instanz nicht mehr nur über den Rechtsschutz in klaren Fällen, sondern über sämtliche Angelegenheiten, für die das summarische Verfahren gilt (Art. 248 ZPO), einzelrichterlich entscheiden können. Dadurch wird das Obergericht neu z.B. über die Einsetzung eines Sonderprüfers (Art. 697b OR), die Anordnung von vorsorglichen Massnahmen vor Eintritt der Rechtshängigkeit sowie die vorsorgliche Beweisführung in einzelrichterlicher Kompetenz entscheiden können (vgl. z.B. § 5 Abs. 1 lit. c EG ZPO BL).

Abs. 3: Soweit in Art. 6 Abs. 2 EGzZPO keine (anderslautende) Regelung getroffen wird, entscheidet das Obergericht in der im Gerichtsorganisationsgesetz vorgesehenen Besetzung (Art. 40 E-GOG).

Art. 7 *Rechtsmittelinstanz*

Werden auf erstinstanzlicher Ebene die einzelrichterlichen Befugnisse der Zivilgerichte ausgebaut, drängt sich dies auch für das Rechtsmittelverfahren auf. Dabei ist jedoch zu beachten, dass nicht alle Entscheide der obersten kantonalen Gerichte beim Bundesgericht mit Beschwerde in Zivilsachen angefochten werden können (vgl. Art. 74 BGG). Vorbehältlich der Verfassungsbeschwerde (Art. 113 ff. BGG) entscheidet das Kantonsgericht über vermögensrechtliche Streitigkeiten endgültig, deren Streitwert in arbeits- und

mietrechtlichen Fällen weniger als 15000 Franken und in allen übrigen Fällen weniger als 30000 Franken beträgt. Ist ein Weiterzug möglich, so ist die Kognition des Bundesgerichts sodann – wie bereits festgehalten – enger als jene der kantonalen Rechtsmittelbehörden (Art. 97 BGG). Unter diesen Umständen erscheint es nicht sachgerecht, die einzelrichterliche Zuständigkeit des Obergerichts gleich auszugestalten wie jene der Regionalgerichte.

Abs. 2 lit. a: Die heutigen einzelrichterlichen Zuständigkeiten sollen indessen insofern erweitert werden, als das Obergericht berechtigt werden soll, über zivilprozessuale Beschwerden in einzelrichterlicher Kompetenz zu entscheiden. Diese Zuständigkeit bezieht sich primär auf die in Art. 309 ZPO aufgezählten Fälle sowie vermögensrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von unter 10000 Franken. Die Kantone *St. Gallen* und *Basel-Landschaft* sehen für diese Fälle ebenfalls einzelrichterliche Zuständigkeiten vor (Art. 15 Abs. 1 EG ZPO SG, § 5 Abs. 1 lit. a EG ZPO BL).

Abs. 2 lit. b: Über Angelegenheiten, für die das summarische Verfahren gilt, urteilen die Regionalgerichte bereits nach geltendem Recht in einzelrichterlicher Kompetenz (Art. 4 Abs. 1 lit. a und d EGzZPO). Solche Entscheide können beim Kantonsgericht mit Berufung angefochten werden (Art. 308 und Art. 314 ZPO). Darüber hat das Kantonsgericht in Dreierbesetzung zu entscheiden, sofern es sich nicht um eine vermögensrechtliche Streitigkeit mit einem Streitwert von weniger als 5000 Franken handelt (Art. 7 Abs. 1 lit. a EGzZPO) oder die Berufung offensichtlich unzulässig, offensichtlich begründet oder unbegründet ist (Art. 7 Abs. 2 lit. b EGzZPO, Art. 18 Abs. 3 GOG). Diese Zuständigkeitsordnung überzeugt nicht. Neu soll das Obergericht über solche Angelegenheiten stets in einzelrichterlicher Kompetenz entscheiden können.

Abs. 3: Diese Regelung entspricht Art. 5 Abs. 3 EGzZPO. Zur Begründung kann auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden.

Abs. 4: Soweit in Art. 7 Abs. 2 und 3 EGzZPO keine (anderslautende) Regelung getroffen wird, entscheidet das Obergericht in der im Gerichtsorganisationsgesetz vorgesehenen Besetzung (Art. 40 E-GOG).

Art. 13 *Ausstand*

Gemäss Art. 50 ZPO entscheidet «das Gericht» über die Bestreitung eines geltend gemachten Ausstandsgrunds. Von welchem Organ des (sachlich) zuständigen Gerichts bzw. Gerichtsgremiums Ausstandsbegehren zu beurteilen sind, ist als Frage der funktionellen Zuständigkeit durch das kantonale Recht zu regeln (Peter Diggelmann, in: Brunner/Gasser/Schwander [Hrsg.], Schweizerische Zivilprozessordnung, Kommentar, 2011, Art. 50 ZPO N. 2). Von Bundesrechts wegen darf der Kanton auch in Kollegialsachen ein Einzelgericht über den Ausstand befinden lassen (Urteil des Bundesgerichts 5A_194/2014 vom 21. Mai 2014).

Diese Möglichkeit möchte der Kanton Graubünden zukünftig nutzen und für den Entscheid über Ausstandsbegehren eine einzelrichterliche Zuständigkeit vorsehen. Bei den Vermittlerinnen und Vermittlern sowie den weiteren Mitgliedern der Schlichtungsbehörden soll dieser Entscheid die Präsidentin oder der Präsidenten der Zivilkammer des in der Hauptsache örtlich zuständigen Regionalgerichts treffen. Über den Ausstand von Mitgliedern eines Kollegialgerichts oder von Aktuarinnen und Aktuaren soll die Instruktionsrichterin bzw. der Instruktionsrichter entscheiden (Art. 9 Abs. 1 E-GOG). Wird ein Ausstandsbegehren gegen die zuständige Instruktionsrichterin bzw. den zuständigen Instruktionsrichter gestellt, soll darüber dessen Stellvertreterin bzw. dessen Stellvertreter entscheiden.

3.11. Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung

Art. 8 *Bestand*

Abs. 1bis: Gemäss Art. 8 Abs. 2 EGzStPO kann die Regierung bei Bedarf ausserordentliche Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte sowie Jugendanwältinnen und Jugendanwälte bestellen. Diese Regelung befriedigt nicht, wenn die Regierung eine ausserordentliche Staatsanwältin oder einen ausserordentlichen Staatsanwalt ernennen muss für ein Strafverfahren, das ein Mitglied der Regierung betrifft. In solchen Fällen soll zukünftig die KJS eine ausserordentliche Staatsanwältin bzw. einen ausserordentlichen Staatsanwalt ernennen, wenn die Staatsanwaltschaft das betreffende Strafverfahren nicht führen kann.

Art. 19 *Erstinstanzliches Gericht*

Gemäss Art. 19 Abs. 2 StPO können die Kantone als erstinstanzliches Gericht ein Einzelgericht vorsehen für die Beurteilung von Übertretungen und von Verbrechen oder Vergehen mit Ausnahme derer, für welche die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren, eine Verwahrung nach Art. 64 StGB, eine Behandlung nach Art. 59 Abs. 3 StGB oder, bei gleichzeitig zu widerrufenden bedingten Sanktionen, einen Freiheitsentzug von mehr als zwei Jahren beantragt. Der Kanton Graubünden hat von dieser Befugnis bislang keinen Gebrauch gemacht. Dies hat zur Folge, dass die Regionalgerichte über Straffälle jeweils in Dreier- oder Fünferbesetzung entscheiden müssen. Für das Rechtsmittelverfahren bedeutet dies, dass das Kantonsgericht nach der neuesten bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Anwendungsbereich von Art. 406 Abs. 2 StPO keine schriftlichen Berufungsverfahren mehr durchführen darf (BGE 147 IV 127 E. 2.2). Möglich ist das schriftliche Berufungsverfahren einzig noch nach Massgabe von Art. 406 Abs. 1 StPO, also nur mehr in einem sehr engen Rahmen.

Abs. 2 lit. a: Sowohl die erstinstanzliche Zuweisung aller Straffälle an das Kollegium als auch die Notwendigkeit von mündlichen Berufungsverfahren erscheint für Strafverfahren, die sich auf Übertretungen beziehen, nicht sachgerecht. Übertretungen sind Straftaten, die mit Busse als Höchststrafe bedroht sind (Art. 103 StGB). Hierbei handelt es sich um geringfügige Straftaten, wie z.B. um geringfügige Geschwindigkeitsüberschreitungen, das Nichtmitführen des Führerausweises, die Verletzung eines Parkverbots oder das Nichttragen eines Sicherheitsgurts. Derartige Strafverfahren beziehen sich auf Vorfälle, die nicht schwer wiegen. Hierüber soll zukünftig einzelrichterlich entschieden werden können.

Abs. 2 lit. b: Im Weiteren schlägt die Regierung vor, die Einzelrichterin bzw. den Einzelrichter zu ermächtigen, Verbrechen oder Vergehen zu beurteilen, wenn nicht eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr, eine Verwahrung oder eine freiheitsentziehende Massnahme droht. Beantragt die Staatsanwaltschaft eine überjährige Freiheitsstrafe, eine Verwahrung oder freiheitsentziehende Massnahmen oder erachtet die oder der Vorsitzende eine solche Sanktion für angezeigt, soll das Strafverfahren weiterhin vom Kollegialgericht beurteilt werden.

Mit dieser Regelung wird die vom Bundesrecht eröffnete Möglichkeit, einzelrichterliche Zuständigkeiten zuzulassen, bei Weitem nicht ausgeschöpft. Entsprechende Regelungen kennen die Kantone *Luzern, Obwalden, St. Gallen* und *Zürich* (§ 35 Abs. 2 lit. b JusG LU, Art. 49 GOG OW, Art. 16 Abs. 2 lit. a EGzStPO SG; § 27 Abs. 1 lit. b GOG ZH).

Abs. 3: In den anderen Fällen entscheiden die Regionalgerichte in der im Gerichtsorganisationsgesetz vorgesehenen Besetzung (Art. 71 E-GOG)

Art. 30 *Ausnahmen vom Verfolgungszwang*

Abs. 1: In Art. 30 Abs. 1 EGzStPO sind anstelle der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts die Mitglieder des Obergerichts für Wortmeldungen im Grossen Rat sowie dessen Kommissionen von der Strafverfolgung auszunehmen.

Abs. 2: Im Weiteren schlägt die Regierung vor, das Ermächtigungsverfahren auf alle Mitglieder der richterlichen Behörden und deren Aktuarinnen und Aktuare auszudehnen.

Weiterzug durch Übertretungsstrafbehörden (Art. 12, Art. 35a, Art. 42)

Welche Behörden in Übertretungsstrafverfahren Rechtsmittel ergreifen können, haben gemäss Art. 381 Abs. 3 StPO die Kantone zu regeln. Der Kanton Graubünden hat die Erste Staatsanwältin bzw. den Ersten Staatsanwalt berechtigt, Einsprache gegen Strafbefehle zu erheben, die nicht von der Staatsanwaltschaft stammen (Art. 12 Abs. 1 lit. d EGzStPO). Im Übrigen wurde die Rechtsmittelordnung für die bundesrechtlichen Übertre-

tungsstraftatbestände im Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung nicht explizit geregelt. Dasselbe gilt für die kantonalen Übertretungsstrafverfahren, da für diese Verfahren dieselbe Verfahrensordnung gilt wie für die eidgenössischen Übertretungsstrafverfahren, sofern nichts anderes vorgesehen ist.

In der Praxis hat dies, soweit bekannt, bislang nicht zu Schwierigkeiten geführt. Dennoch erscheint es sinnvoll, im Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung diejenigen Behörden zu bezeichnen, welche in Übertretungsstrafverfahren befugt sind, Rechtsmittel zu ergreifen. Die Lehre geht davon aus, dass die Kantone die Rechtsmittelbefugnis sowohl den zuständigen Verwaltungsbehörden wie auch der Staatsanwaltschaft oder anderen Instanzen einräumen können (Niklaus Schmid/Daniel Jositsch, Schweizerische Strafprozessordnung, Praxiskommentar, 3. Aufl., Art. 381 N. 5). Dieser Regelungsspielraum soll genutzt werden, indem die Rechtsmittelbefugnis einerseits der zuständigen Übertretungsstrafbehörde, andererseits der Staatsanwaltschaft zuerkannt wird (Art. 35a EGzStPO). Überdies soll das Recht der Staatsanwalt, gegen Strafbefehle von anderen kantonalen Verwaltungsbehörden Einsprache zu erheben, in Art. 42 EGzStPO normiert werden, um allfällige Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden. Art. 12 Abs. 1 lit. d EGzStPO ist an diese Terminologie anzupassen.

Art. 55 *Übergangsrecht*

Abs. 2: Neue Verfahrensbestimmungen gelten grundsätzlich mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts. In diesem Sinne soll in Art. 55 Abs. 2 EGzStPO vorgesehen werden, dass die Verfahren, die beim Inkrafttreten der vorliegenden Teilrevision vor den Gerichten hängig sind, von der nach neuem Recht zuständigen richterlichen Behörde weiterzuführen sind. Die neuen Zuständigkeitsregeln gelten folglich ab dem Inkrafttreten des neuen Rechts.

3.12. Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege

Art. 6c *Ausstand*

Mit der vorliegenden Revision fällt der Entscheid über streitige Ausstandsbegehren in zivilprozessualen Verfahren neu in die einzelrichterliche Zuständigkeit (vgl. dazu Art. 13 EGzZPO). Da im Verwaltungsrecht (im Gegensatz zum Strafprozess) ebenfalls keine bundesrechtlichen Vorgaben hinsichtlich des Spruchkörpers bestehen, welcher über Ausstandsbegehren zu befinden hat, soll in verwaltungsgerichtlichen Verfahren die Zuständigkeit gleich geregelt werden wie für die zivilprozessualen Verfahren. Dementsprechend soll neu die Instruktionsrichterin oder der Instruktionsrichter des Obergerichts

in Ausstandsfällen von anderen Mitgliedern des Obergerichts, Aktuarinnen oder Aktuaren oder sonstigen Gerichtspersonen entscheiden (Art. 6c Abs. 1 lit. a VRG). Richtet sich das Ausstandsbegehren gegen die zuständige Instruktionsrichterin oder den zuständigen Instruktionsrichter, so hat dessen Stellvertreterin bzw. dessen Stellvertreter darüber zu befinden (Art. 6c Abs. 1 lit. a^{bis} VRG). In den anderen Fällen bleibt die Zuständigkeit unverändert.

Art. 11 *Untersuchungsgrundsatz und Mitwirkungspflicht*

Gemäss Art. 11 Abs. 2 VRG sind die am Verfahren Beteiligten verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken. Diese Mitwirkungspflicht besteht nicht, wenn sich die Beteiligten dadurch strafrechtlich belasten würden. Das Bundesgericht leitet dieses Selbstbelastungsverbot aus der Unschuldsvermutung (Art. 32 Abs. 1 BV, Art. 6 Ziff. 2 EMRK) bzw. den Verteidigungsrechten der angeklagten Person (Art. 32 Abs. 2 BV) ab. Es soll ausdrücklich im Verwaltungsrechtspflegegesetz verankert werden.

Art. 43 *Besetzung*

Abs. 3 lit. a: Mit der vorliegenden Revision sollen die einzelrichterlichen Zuständigkeiten in den zivilprozessualen Verfahren erweitert werden. Danach soll das Obergericht insbesondere über vermögensrechtliche Streitigkeiten mit einem Streitwert von bis zu 10000 Franken in einzelrichterlicher Kompetenz entscheiden können (Art. 6 Abs. 2 lit. a und Abs. 2 EGzZPO, Art. 7 Abs. 3 EGzZPO). Dieselbe Regelung soll auch für das verwaltungsgerichtliche Verfahren getroffen werden, sofern keine Fünferbesetzung vorgesehen ist. Art. 43 Abs. 3 lit. a VRG soll entsprechend angepasst werden.

Art. 49 *Zuständigkeit*

Abs. 1 lit. f: Die Kantone sind befugt, das Verhältnis zwischen der Kirche und dem Staat zu regeln (Art. 72 Abs. 1 BV). Im Kanton Graubünden finden sich die entsprechenden Regelungen primär in Art. 98 bis Art. 100 KV. Hinsichtlich des Rechtsschutzes werden diese Regelungen durch Art. 49 Abs. 1 lit. f VRG und das Kirchenrecht konkretisiert. Dies führt dazu, dass die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts (neu des Obergerichts) betreffend Entscheide der evangelischen Landeskirche und deren Kirchgemeinden eine andere ist als im Falle der katholischen Landeskirche und deren Kirchgemeinden. Die evangelische Landeskirche hat in ihrem Kirchenrecht alle Entscheide der Beschwerde an das Verwaltungsgericht unterstellt (Giusep Nay, in: Bänziger/Mengiardi/Toller & Partner [Hrsg.], Kommentar zur Verfassung des Kantons Graubünden, Chur 2006, Art. 98 N. 32). Demgegenüber hat die katholische Landeskirche eigene Rechtsmittelwege vorgesehen. Ihre Entscheide können daher nur beim Verwaltungsgericht angefochten werden, soweit eine Verletzung des vom Staat erlassenen Rechts geltend gemacht wird,

d.h. wenn die Verletzung einer der wenigen kantonalen staatskirchenrechtlichen Bestimmungen, der Kantons-, der Bundesverfassung oder des Völkerrechts gerügt wird (vgl. Urteil des Verwaltungsgerichts U 13 92/U 12 125 vom 4. September und 20. November 2020 E. 1). Diese eingeschränkte Prüfungsbefugnis dürfte nicht selten dazu führen, dass Entscheide der katholischen Landeskirche sowie deren Kirchgemeinden teils beim Verwaltungsgericht, teils beim Bundesgericht angefochten werden müssen.

Eine solche Gabelung des Rechtsmittelzugs erweist sich als unglücklich. Das Bundesgericht hat in BGE 145 I 121 zudem die Zulässigkeit dieser Rechtsmittelordnung bezweifelt. Art. 49 Abs. 1 lit. f VRG soll daher insofern angepasst werden, als Entscheide der anerkannten Landeskirchen und ihrer Kirchgemeinden zumindest insoweit beim Obergericht angefochten werden können, als dagegen beim Bundesgericht Beschwerde geführt werden kann.

Art. 49 lit. f^{bis} und f^{ter}: Welche Behörde als erste Instanz dienstaufsichtsrechtliche Entscheide gegenüber Mitgliedern der richterlichen Behörden fällt, regelt das Gerichtsorganisationsgesetz (vgl. Art. 103–106 E-GOG). Soweit die betreffenden Entscheide in schützenswerte Interessen des betroffenen Mitglieds eingreifen, können sie mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Obergericht angefochten werden, soweit sie nicht die Mitglieder des Obergerichts betreffen. Diese Beschwerdemöglichkeit soll in den Art. 49 Abs. 1 lit. f^{bis} und Art. 49 Abs. 1 lit. f^{ter} VRG vorgesehen werden.

Art. 63 *Zuständigkeit*

Abs. 1 lit. c: Diese Regelung ist infolge der Neugestaltung der Zuständigkeitsordnung im Staatshaftungsgesetz anzupassen.

Abs. 1 lit. g: Diese Änderung wird aus denselben Gründen vorgeschlagen wie die Anpassung von Art. 49 Abs. 1 lit. f VRG. Die dortigen Ausführungen gelten auch für die Änderung von 63 Abs. 1 lit. g VRG.

Abs. 2 lit. b: Der Verweis in Art. 63 Abs. 2 VRG ist nicht mehr korrekt. Er soll im Rahmen der vorliegenden Revision angepasst werden. Die Rechtslage erfährt dadurch keine Änderung.

4a. Verfahren vor Justizgericht

Art. 65a *Verwaltungsgerichtliche Beschwerde*

Die Zuständigkeit des Justizgerichts soll in Art. 65a Abs. 1 VRG umschrieben werden. Die betreffende Aufzählung lehnt sich an die Zuständigkeit des Justizgerichts des Kantons *Aargau* an (vgl. § 38 GOG AG; vgl. dazu auch die Ausführungen unter II.4.).

Art. 65b *Kompetenzkonflikte*

Soweit bekannt, wurde die Kompetenzbehörde gemäss Art. 2 GOG bislang noch nie angerufen. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, dass Fälle auftreten können, in denen sich die Organe der Rechtsprechung nicht über ihre Zuständigkeit einigen können. Art. 2 GOG soll daher nicht ersatzlos aufgehoben werden. Indessen soll die Beurteilung der betreffenden Streitigkeiten dem Justizgericht zugewiesen werden.

Art. 65c *Verwaltungsgerichtliches Klageverfahren*

Diese Änderung ist auf die neue Zuständigkeitsordnung im Staatshaftungsgesetz zurückzuführen.

Art. 75 *Kostenbemessung*

Abs. 4: Das Justizgericht soll – wie das Obergericht – berechtigt sein, die Höhe der Gebühren für die Ausfertigungen und Mitteilungen sowie den Ersatz der Barauslagen in einer Verordnung zu regeln. Hierfür bedarf es einer entsprechenden Ermächtigung in einem Gesetz im formellen Sinne.

Art. 85 *Übergangsrecht*

Übergangsrechtlich muss geregelt werden, wie mit den Verfahren umzugehen ist, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens beim Verwaltungsgericht rechtshängig sind. Die Regierung schlägt vor, dass die betreffenden Verfahren auf das nach neuem Recht zuständige Gericht übergehen. Dies entspricht dem Grundsatz, wonach neue verfahrensrechtliche Bestimmungen grundsätzlich ab dem Inkrafttreten des neuen Rechts gelten sollen.

Art. 85b *Aufgehoben*

Art. 85b VRG wurde als Übergangslösung eingeführt, um den von Bundesrechts wegen geforderten doppelten Instanzenzug für staatshaftungsrechtliche Ansprüche mit einem engen Bezug zum Zivilrecht sicherstellen zu können, die mit Beschwerde in Zivilsachen beim Bundesgericht anzufechten sind (Botschaft Nr. 7/2015–2016, S. 372 f.). Mit der vorliegenden Revision wird der Rechtsmittelzug für staatshaftungsrechtliche Klagen an die bundesrechtlichen Vorgaben angepasst. Mit dem Inkrafttreten der betreffenden Regelungen im Staatshaftungsgesetz erweist sich Art. 85b VRG nicht mehr als erforderlich. Er kann aufgehoben werden.

3.13. Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht

Art. 1 *Zuständigkeit*

Abs. 1: Mit der vorliegenden Teilrevision soll das Schiedsgericht in das Obergericht integriert werden (vgl. die Ausführungen unter II.2.3.). Infolge dieser Änderung ist das Obergericht in Art. 1 Abs. 1 EGzSSV als zuständige richterliche Behörde zu bezeichnen. Die betreffende Regelung soll ausserdem insofern geändert werden, als darin die Schlichtungsverfahren nicht mehr erwähnt werden. Denn im Bereich des Krankenversicherungsrechts muss dem Schiedsgerichtsverfahren von Bundesrechts wegen kein Schlichtungsverfahren vorangehen (Art. 89 Abs. 5 KVG).

Abs. 2: In Anlehnung an die zivilprozessualen Schlichtungsbehörden soll die Schlichtungsstelle nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht neu als Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen bezeichnet werden. Sie ist in Art. 1 Abs. 2 EGzSSV als zuständige Schlichtungsbehörde zu benennen.

Art. 2 *Aufgehoben*

Das Schiedsgericht für Sozialversicherungssachen soll in das Obergericht integriert werden. Die Aufsicht muss daher nur mehr für die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen geregelt werden. Die hierfür erforderlichen Regelungen sollen in Art. 3a EGzSSV verankert werden. Art. 2 EGzSSV kann daher aufgehoben werden.

Art. 3 *Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen, 1. Zusammensetzung und Stellung*

Art. 3 EGzSSV regelt derzeit einerseits die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen, andererseits die Zusammensetzung des Schiedsgerichts. Infolge der Integration des Schiedsgerichts in das Obergericht ist in Art. 3 EGzSSV nur mehr die Zusammensetzung und Stellung der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen zu regeln.

Die neuen Regelungen stimmen weitgehend mit dem geltenden Recht überein. Sie haben sich bewährt und sollen nicht geändert werden. Sie werden nur insofern ergänzt, als die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen zukünftig – wie die zivilprozessualen Schlichtungsbehörden – einen Sitz bezeichnen (Art. 3 Abs. 3 EGzSSV) und ihre Zusammensetzung öffentlich bekannt geben soll (Art. 3 Abs. 4 EGzSSV).

Art. 3a *2. Aufsicht*

Abs. 1: Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen wird derzeit vom Verwaltungsgericht überwacht. Neu wird diese Aufgabe das Obergericht übernehmen.

Abs. 2: Die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen erstattet dem Verwaltungsgericht einmal im Jahr Bericht über ihre Tätigkeit. Sie erarbeitet indessen kein Budget und erstellt auch keine Jahresrechnung zuhanden des Verwaltungsgerichts. Am Ende des Jahres meldet sie dem Verwaltungsgericht lediglich einen allfälligen Verlust, der vom Verwaltungsgericht ausgeglichen wird.

Dieses Vorgehen befriedigt im Fall der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen nicht. Denn diese erhebt von den Parteien grundsätzlich kostendeckende Verfahrensgebühren. Aufgrund dieser besonderen Ausgangslage soll die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen ihre Einnahmen und Ausgaben zukünftig gegenüber dem Obergericht in Form eines Budgets sowie einer Jahresrechnung ausweisen. Hierdurch entsteht für die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen kein nennenswerter Mehraufwand, weil sie bereits jetzt alle ihre Kosten detailliert erfasst, um sie den Verfahrensparteien auferlegen zu können.

Abs. 3 und 4: Im Übrigen soll die Aufsicht über die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen und deren Mitglieder gleich ausgestaltet werden wie jene gegenüber den richterlichen Behörden sowie deren Mitgliedern, die der direkten Aufsicht des Obergerichts unterstehen. Um dies zu erreichen, erklärt Art. 3a Abs. 4 EGzSSV die entsprechenden Regelungen des Gerichtsorganisationsgesetzes für anwendbar.

Art. 4 *Schiedsgerichtliche Abteilung des Obergerichts*

Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts bleibt unverändert. Der schiedsgerichtlichen Abteilung des Obergerichts soll weiterhin ein Mitglied des Obergerichts vorstehen. Hierbei handelt es sich in der Regel um die oder den Vorsitzenden der Abteilung des Obergerichts, die sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten beurteilt. Im Weiteren gehören der schiedsgerichtlichen Abteilung zwei Mitglieder an, von denen der eine die Versicherer, der andere die Versicherungsnehmende vertritt. Diese Mitglieder werden von den Parteien im Streitfall bezeichnet. Dieses Vorgehen für die Bezeichnung der weiteren Mitglieder hat sich bewährt, weil hierdurch sichergestellt werden kann, dass das Schiedsgericht über das für die Beurteilung der Streitigkeit erforderliche Fachwissen verfügt. Die betreffende Regelung soll beibehalten werden.

Art. 5 *Bezeichnete Mitglieder*

Die betreffenden Änderungen sind terminologischer Natur. Die Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

Art. 7 *Entschädigung*

Abs. 1: Das Sekretariat der WEKO erklärte im März 2007, die Honorarempfehlungen der kantonalen Anwaltsverbände für kartellrechtswidrig und forderte die Anwaltsverbände auf, die betreffenden Empfehlungen per 31. März 2007 aufzuheben (vgl. Jahresbericht 2007 der WEKO, S. 10). Diese Empfehlung der WEKO setzte der Bündnerische Anwaltsverband um und hob seine Honoraransätze auf. Die sich daraus ergebende Regelungslücke hat die Regierung mit dem Erlass der Verordnung über die Bemessung des Honorars der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte geschlossen (Botschaft Heft Nr. 6/2008–2009, S. 191 ff., 192 f.). Art. 7 Abs. 1 EGzSSV ist an diese Regelung anzupassen. Die Rechtslage ändert sich dadurch nicht, weil die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen bereits jetzt nach Massgabe der Honorarverordnung entschädigt werden.

Abs. 2: Die Entschädigung für die bezeichneten Mitglieder der schiedsgerichtlichen Abteilung des Obergerichts ist in Art. 7 Abs. 2 EGzSSV geregelt. Dort soll neu eine Mitwirkungsvergütung vorgesehen werden, weil die schiedsgerichtliche Abteilung des Obergerichts zukünftig im Zirkularverfahren entscheiden kann (vgl. Art. 12 E-GOG).

Im Übrigen erfährt Art. 7 EGzSSV nur terminologische Anpassungen.

Art. 8 *Aufgehoben*

Die Verfahrenskosten und die unentgeltliche Rechtspflege müssen nur mehr für die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen geregelt werden. Für die schiedsgerichtliche Abteilung des Obergerichts regelt das Verwaltungsrechtspflegegesetz diese Fragen. Art. 8 EGzSSV ist deshalb aufzuheben.

Art. 11a *4. Verfahrenskosten und unentgeltliche Rechtspflege*

Art. 11a EGzSSV lehnt sich an das geltende Recht an (vgl. Art. 8 EGzSSV). Er weicht davon nur insofern ab, als der Entscheid über die unentgeltliche Rechtspflege dem Obergericht übertragen werden soll (Art. 11a Abs. 3 EGzSSV). Dies entspricht der Regelung, die für die zivilprozessualen Schlichtungsbehörden gilt. Die betreffende Regelung erleichtert die Finanzierung der unentgeltlichen Rechtspflege.

Art. 13 *2. Verfahren*

Abs. 1: Schiedsgerichtliche Verfahren unterstehen nicht dem Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts. Die darin enthaltenen Verfahrensbestimmungen gelten deshalb für das Schiedsgerichtsverfahren nicht (Art. 57–61 ATSG). Die schiedsgerichtlichen Streitigkeiten sind indessen sozialversicherungsrechtlicher Natur. Deshalb erscheint es sachgerecht, die Verfahrensbestimmungen des Allgemeinen Teils des Sozial-

versicherungsrechts für anwendbar zu erklären, soweit das Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht keine Regelung enthält.

Abs. 2: Ist eine verfahrensrechtliche Frage weder im Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren noch in den Verfahrensbestimmungen des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts geregelt, ist sie nach den Bestimmungen über das verwaltungsrechtliche Klageverfahren zu beantworten.

Art. 14 *Aufgehoben*

Neu sollen die sozialversicherungsrechtlichen Entscheide, für die das Bundesrecht ein Schiedsgerichtsverfahren vorschreibt, von einer besonderen Abteilung des Obergerichts gefällt werden. Ob verwaltungsrechtliche Entscheide des Obergerichts angefochten werden können, regelt das Verwaltungsrechtspflegegesetz. Art. 14 EGzSSV ist folglich nicht mehr erforderlich und kann aufgehoben werden.

Art. 15 *Übergangsbestimmungen*

Abs. 2 und 3: Das Schiedsgericht soll mit der vorliegenden Revision in das Obergericht integriert werden. Übergangsrechtlich ist daher vorzusehen, dass allfällige Befugnisse, Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten des Schiedsgerichts und die hängigen Verfahren mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts auf das Obergericht übergehen.

3.14. Gesetz über den Finanzhaushalt

Art. 21 *Nachtragskreditbefreiung durch den Kanton*

Im geltenden Recht befasst sich Art. 39 FHG mit dem Kantons- und Verwaltungsgericht. Gemäss Absatz 2 der fraglichen Bestimmung ist kein Nachtragskredit nötig für unerlässliche Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der materiellen Rechtsprechung stehen. Welche Ausgaben hierunter fallen, wurde in einer jahrzehntelangen Praxis herausgearbeitet. Es handelt sich hierbei etwa um Gerichtsgebühren, ausseramtliche Parteientschädigungen, Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege, die amtliche Verteidigung sowie Gebühren für Amtshandlungen. Bezeichnend für diese Ausgaben ist, dass sie nicht frei bestimmbar sind, sondern hinsichtlich der Höhe und des Zeitpunkts ihrer Vornahme durch einen Entscheid des kostenpflichtigen Gerichts vorgegeben sind. Wären diese Ausgaben nachtragskreditpflichtig, so müsste die Geschäftsprüfungskommission entsprechende Nachtragskredite stets bewilligen, weil die oberen kantonalen Gerichte die fraglichen Ausgaben tätigen müssen. Das Nachtragskreditverfahren ver-

käme in diesen Fällen zu einem administrativen Leerlauf, weshalb die betreffenden Ausgaben schon vor Jahrzehnten von der Nachtragskreditpflicht befreit wurden (vgl. hierzu Art. 23 Abs. 2 lit. c des Gesetzes über den Finanzhaushalt und die Finanzaufsicht des Kantons Graubünden; Botschaft Heft Nr. 3/2011–2012, S. 355 ff., 409).

Art. 39 Abs. 2 FHG hat mit der im Zuge der Gebietsreform erfolgten Kantonalisierung der Regionalgerichte, der Vermittlerämter sowie der Schlichtungsbehörden für Mietsachen und der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts an Bedeutung gewonnen. Dadurch wurden neue kantonale Behörden geschaffen, die (hauptsächlich) Rechtsprechungsaufgaben erfüllen. Diese kantonalen Behörden sehen sich – wie das Kantons- und das Verwaltungsgericht – mitunter mit unvorhersehbaren Ausgaben konfrontiert, die unmittelbar auf die Rechtsprechung zurückzuführen sind und von ihnen nicht beeinflusst werden können (z.B. Kosten für die unentgeltliche Rechtspflege, die amtliche Verteidigung, Gebühren für Amtshandlungen). In diesen Fällen sind die betreffenden Behörden nach der derzeitigen Praxis in analoger Anwendung von Art. 39 Abs. 2 FHG von der Einholung eines Nachtragskredits befreit.

Die Regierung schlägt vor, diese Praxis im Zuge der Justizreform 3 im Finanzhaushaltsgesetz abzubilden. Zu diesem Zweck soll Art. 39 Abs. 2 FHG aufgehoben und die betreffende Regelung in Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG verankert werden. Damit sich deren Geltungsbereich nicht auf alle kantonalen Behörden ausdehnt, die Rechtsprechungsaufgaben erfüllen, muss der Kreis der kantonalen Behörden, die sich auf Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG berufen können, umschrieben werden. In Anlehnung an die aktuelle Praxis soll dieses Recht primär den richterlichen Behörden zuerkannt werden, d.h. den Gerichten und den Schlichtungsbehörden (vgl. Art. 54–56 KV). Darüber hinaus sollen sich die «justiznahen» Behörden auf Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG berufen können. Der Begriff der «justiznahen» Behörde hat bislang keine allgemeingültige Umschreibung erfahren. Nach der hier vertretenen Auffassung fallen darunter in erster Linie Behörden, welche – wie die richterlichen Behörden – hauptsächlich Rechtsprechungsaufgaben erfüllen. Diese Behörden werden bisweilen auch als «gerichtsähnliche» Behörden bezeichnet. Hiermit sind in der Regel die Staatsanwaltschaften und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden gemeint, sofern diese nicht als richterliche Behörden ausgestaltet sind. Je nach Kontext werden auch weitere Behörden als «justiznah» qualifiziert. Die Regierung hat diesen Begriff in der Botschaft zur Teilrevision der Kantonsverfassung (Gebietsreform) etwa für die im Bereich des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts tätigen Behörden, die Berufsbeistandschaften im Rahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und das Zivilstandswesen verwendet (Botschaft Heft Nr. 18/2011–2012, S. 1961 ff., S. 1992). Nach dieser Umschreibung gelten als «justiznah» Behörden, deren Aufga-

benbereich einen engen Bezug zur richterlichen Tätigkeit aufweist. Die betreffenden Behörden können sich indessen nur auf Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG berufen, wenn es sich hierbei um kantonale Behörden handelt. Dies trifft derzeit neben den bereits erwähnten Behörden nur auf die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte zu. Demnach fallen momentan nur die richterlichen Behörden, die Staatsanwaltschaft, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Notariatskommission und die Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte in den Geltungsbereich von Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG.

Diese Behörden befreit Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG allerdings nur von der Einholung eines Nachtragskredits für Ausgaben, die einerseits als Einzelkredite erfasst sind, andererseits als unerlässliche Ausgaben in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rechtsprechung stehen. Die erstgenannte Voraussetzung wird neu in das Finanzhaushaltsgesetz aufgenommen, um die fraglichen Ausgaben für den Grossen Rat sichtbar zu machen. Die letztgenannte Voraussetzung wurde aus Art. 39 Abs. 2 FHG übernommen. Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG weicht davon nur insofern ab, als anstelle der «materiellen» Rechtsprechung nur mehr von der Rechtsprechung gesprochen wird. Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung, die vorgenommen werden soll, weil der Begriff der materiellen Rechtsprechung nicht (mehr) gängig ist. Art. 21 Abs. 1 lit. e FHG bezieht sich somit auf dieselben Ausgabepositionen, die derzeit auf der Grundlage von Art. 39 Abs. 2 FHG Nachtragskredit befreit sind.

Art. 39 *Richterliche Behörden*

Das Finanzhaushaltsgesetz befasst sich in den Art. 39 und Art. 39a FHG mit den richterlichen Behörden. Die erstgenannte Bestimmung gilt für das Kantons- und Verwaltungsgericht, während sich Art. 39a FHG auf die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden bezieht. Wird dieser Regelungsansatz beibehalten, so müsste wegen der Schaffung des Justizgerichts eine dritte Bestimmung in das Finanzhaushaltsgesetz aufgenommen werden, die sich mit den richterlichen Behörden befasst. Dies erscheint nicht sachgerecht. Stattdessen soll der Geltungsbereich von Art. 39 FHG auf alle richterlichen Behörden ausgedehnt und die derzeit in Art. 39a FHG enthaltene Regelung in das Gerichtsorganisationsgesetz integriert werden (vgl. Art. 6 Abs. 3 E-GOG).

Im Übrigen soll das Justizgericht bezüglich der kreditmässigen Entscheidkompetenz dem Obergericht und der Regierung gleichgestellt werden. Hierdurch soll dessen Unabhängigkeit gegenüber dem Obergericht gestärkt werden und der Tatsache Rechnung getragen werden, dass das Justizgericht zuhanden des Grossen Rats ein Budget sowie eine Jahresrechnung auszuarbeiten hat (Art. 68 Abs. 2 E-GOG).

3.15. Gesetz über die Finanzaufsicht

Das Obergericht und das Justizgericht unterstehen der direkten Aufsicht des Grossen Rats (Art. 33 Abs. 1 KV). Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe wird der Grosse Rat im Bereich der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht unterstützt (vgl. Art. 97 KV i.V.m. Art. 1 GFA). Welche Aufgaben die Finanzkontrolle hierbei zu erfüllen hat und welche Instrumente ihr zur Verfügung stehen, regelt das Gesetz über die Finanzaufsicht, soweit keine spezialrechtlichen Bestimmungen existieren. Die fraglichen Regelungen sind infolge der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts zum einen insofern anzupassen, als sich die Finanzaufsicht nicht mehr auf das Kantons- und Verwaltungsgericht, sondern auf das Obergericht bezieht (Art. 1 Abs. 1 lit. a und c, Art. 1 Abs. 2, Art. 8 Abs. 2, Art. 9 Abs. 2, Art. 13 Abs. 1. Art. 14 Abs. 2, Art. 15 Abs. 2, Art. 16 Abs. 2 lit. b und c, Art. 18 Abs. 1 GFA). Zum anderen ist das Justizgericht als oberes kantonales Gericht der Finanzaufsicht durch die Finanzkontrolle zu unterstellen (vgl. Art. 1 Abs. 1 lit. a, Art. 1 Abs. 2, Art. 8 Abs. 2, Art. 9 Abs. 2, Art. 14 Abs. 2, Art. 16 Abs. 2 lit. b, Art. 18 Abs. 1 GFA).

3.16. Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden

Art. 19 *Enteignungskommission, 1. Stellung und Zusammensetzung*

Abs. 1: Derzeit existieren acht Enteignungskommissionen, denen insgesamt 40 Mitglieder angehören. In den vergangenen zehn Jahren sind bei den acht Enteignungskommissionen zusammen jeweils jährlich maximal vier neue Fälle eingegangen. Angesichts dieser Geschäftslast schlägt die Regierung vor, nur mehr eine Enteignungskommission vorzusehen, die für den gesamten Kanton zuständig ist (vgl. dazu die Ausführungen unter III.2.2).

Abs. 2–4: Angehören sollen der Enteignungskommission eine Präsidentin bzw. ein Präsident, eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident sowie fünf weitere Mitglieder. Die Enteignungskommission kann ein Sekretariat und ein Aktuariat bestellen. Administrativ soll sie dem Obergericht angegliedert sein.

Art. 19a *2. Wahl*

Abs. 1: Mit den Enteignungskommissionen hat der Kanton Graubünden – wie der Bund und die meisten Kantone – eine besondere Behörde geschaffen, welche im Streitfall die Höhe und die Art der Entschädigung für enteignete, dingliche Rechte erstinstanzlich festlegt sowie weitere mit dem Enteignungsverfahren in Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllt. Hierzu ist die Enteignungskommission nicht nur auf juristisches, sondern auch auf nicht-juristisches Fachwissen angewiesen. Deshalb haben der Bund sowie et-

liche Kantone die Enteignungskommissionen mit Fachmitgliedern besetzt. Dieser Ansatz soll auch im Kanton Graubünden verwirklicht werden, indem in Art. 19a Abs. 1 kEntG vorgesehen wird, dass die Mitglieder der Enteignungskommission verschiedenen Berufsgruppen angehören und über die für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nötigen Fach-, Sprach- und Ortskenntnisse verfügen sollen. Zu denken ist hierbei z.B. an Treuhänder, Immobilienschätzer sowie Architekten.

Abs. 2: Die Mitglieder der Enteignungskommission sollen weiterhin für vier Jahre gewählt werden. Neu soll jedoch das Obergericht und nicht mehr die Regierung die Mitglieder der Enteignungskommission wählen. Hierdurch soll die Dienstaufsicht zusammengeführt und die Unabhängigkeit der Enteignungskommission gestärkt werden.

Abs. 3 und 4: Die Stellen für die Mitglieder der Enteignungskommission sollen neu öffentlich ausgeschrieben und die Zusammensetzung der Enteignungskommission soll öffentlich bekannt gegeben werden.

Art. 20a *4. Besetzung*

Abs. 1: Die Enteignungskommission entscheidet – wie die Gerichte (vgl. Art. 18 Abs. 1 und Art. 39 Abs. 2 GOG) – im Allgemeinen in der Besetzung mit drei Mitgliedern. Den Vorsitz hat in der Regel die Präsidentin bzw. der Präsident inne. Diese(r) verfügt über ein juristisches Studium, um die Verfahren instruieren zu können. Ergänzt werden soll der Spruchkörper durch zwei weitere Mitglieder, die im Bereich der Immobilienbewertung über Fachwissen verfügen (Treuhänder, Immobilienmakler etc.) und die Amtssprache beherrschen, in welcher das Verfahren geführt wird. Idealerweise sind die Fachrichterinnen und Fachrichter ausserdem ortskundig.

Abs. 2: Verfügt die Enteignungskommission über ein Aktuariat, soll diesem dieselbe Stellung zukommen wie dem Aktuariat einer anderen richterlichen Behörde. Die zu diesem Zweck in das Enteignungsgesetz aufzunehmende Regelung entspricht Art. 14 E-GOG.

Art. 21 *Aufsicht*

Neu soll die Enteignungskommission nur mehr durch das Obergericht beaufsichtigt werden (vgl. die Ausführungen unter II.2.6.). Das Obergericht soll gegenüber der Enteignungskommission über dieselben Aufsichtsinstrumente und Hilfsmittel verfügen wie gegenüber den anderen richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen.

Art. 36 *Übergangsbestimmungen betreffend die Reorganisation der Enteignungskommissionen*

Abs. 1: Die vorliegende Revision soll per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Die Amtsdauer der amtierenden Mitglieder der Enteignungskom-

missionen endet am 30. Juni 2026. Die vorliegende Revision wird demnach voraussichtlich während der Amtsperiode der Mitglieder der Enteignungskommissionen in Kraft treten. Übergangsrechtlich soll deshalb vorgesehen werden, dass die Amtsperiode der Mitglieder der Enteignungskommissionen per 31. Dezember 2024 endet.

Abs. 2: Die Enteignungskommissionen sind keine selbständigen, öffentlich-rechtlichen Anstalten. Sie können aber in eigenem Namen Verträge abschliessen und Verbindlichkeiten erwerben, soweit dies für die Erfüllung der ihnen übertragenen Rechtsprechungsfunktion erforderlich ist. Übergangsrechtlich ist daher vorzusehen, dass solche Rechte und Pflichten mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts von den altrechtlichen Enteignungskommissionen auf die neurechtliche Enteignungskommission übergehen.

Abs. 3: Schliesslich muss geregelt werden, welche Bestimmungen auf Verfahren anzuwenden sind, die beim Inkrafttreten des neuen Rechts bei den Enteignungskommissionen hängig sind. Neue Verfahrensbestimmungen gelten grundsätzlich mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts. Entsprechend diesem Grundsatz soll vorgesehen werden, dass die Verfahren, die beim Inkrafttreten des neuen Rechts bei den Enteignungskommissionen hängig sind, auf die neurechtliche Enteignungskommission übertragen und von dieser erledigt werden.

4. Fremdaufhebungen

Die Besoldung der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte ist derzeit im Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts geregelt. Die betreffenden Regelungen werden, soweit erforderlich, in das Gerichtsorganisationsgesetz und in das Gesetz über die Pensionskasse Graubünden aufgenommen. Das Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts kann folglich aufgehoben werden.

V. Regierungsrätliche Ausführungsbestimmungen

Die Regierung ist seit dem 1. April 2021 grundsätzlich verpflichtet, in Botschaften an den Grossen Rat zu Teil- oder Totalrevisionen von Gesetzen nähere Ausführungen über den Inhalt von Verordnungsänderungen zu machen, die sie aufgrund einer Gesetzesrevision zu erlassen beabsichtigt (Art. 64a GRG). In Erfüllung dieser gesetzlichen Vorgaben sollen nachfolgend die Verordnungsänderungen skizziert werden, welche die Regierung aufgrund der Justizreform 3 voraussichtlich vornehmen wird.

1. Notariatsverordnung und Notariatsgebührenverordnung

Im Zuge der Justizreform 3 sollen in Art. 10 NotG zusätzliche Regelungen zur Prüfungsordnung aufgenommen werden. Die fraglichen Neuerungen wird die Regierung in der Notariatsverordnung mutmasslich konkretisieren.

Überdies wird die Regierung prüfen, ob Art. 22 Abs. 2bis NotV angepasst werden soll. Die Grundbuchämter werden in der Regel durch das kantonale Grundbuchinspektorat inspiziert (Art. 6 Abs. 2 NotG). In Ausnahmefällen können mit dieser Aufgabe aber auch andere Personen beauftragt werden. Wie viel diese Personen verdienen, wäre in Art. 22 Abs. 2bis NotV festzulegen.

Allfällige weitere Anpassungen der Notariatsverordnung, welche die Regierung aufgrund der Justizreform 3 in Betracht zieht, sind redaktioneller Natur (vgl. z.B. Art. 22 Abs. 3 NotV).

Ebenfalls nur von terminologischer Bedeutung sind die Änderungen, welche die Regierung in der Verordnung über die Notariatsgebühren vorzunehmen beabsichtigt (Art. 2 Abs. 3 NotGebV). Eine Änderung der Rechtslage ist nicht angestrebt.

2. Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs

In der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs ist die personalrechtliche Stellung der Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren näher zu regeln. Dabei stellt sich die Frage, ob für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren Wählbarkeitsvoraussetzungen vorgesehen werden sollen, um sicherzustellen, dass diese mindestens gleich gut qualifiziert sind wie die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten.

In jedem Fall wird die Regierung die Entschädigung für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren festzulegen haben. Die vorzusehende Entschädigung soll sich im bisherigen Umfang bewegen. Mit der Justizreform 3 haben die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren aber nicht mehr nur die Betreibungs- und Konkursämter zu inspizieren und zu beraten, sondern auch Weiterbildungen für die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen sowie -beamten zu organisieren. Diese Tätigkeit ist zusätzlich zu entschädigen. In dieser Hinsicht wird die zu erlassende Bestimmung über die heutige Entschädigungsregel hinausgehen.

3. Anwaltsverordnung und Verordnung über die Anwaltsprüfung

Anlässlich der Justizreform 3 wurden u.a. die für die Anwaltsprüfung geltenden Regelungen überprüft. Dabei hat sich einerseits gezeigt, dass einzelne Regelungen zur Prüfungsordnung im Anwaltsgesetz zu verankern sind. Andererseits hat sich herausgestellt, dass es sinnvoll wäre, für die Anwaltsprüfung eine separate Verordnung zu erlassen. In ihrer Vernehmlassung vom 1. Oktober 2021 beantragt die Aufsichtskommission deshalb, die Ausführungsbestimmungen zum Anwaltsgesetz zukünftig auf eine Anwaltsverordnung (Organisation der Aufsichtskommission und deren Tätigkeit als Aufsichtsbehörde) und auf eine Verordnung über die Anwaltsprüfung aufzuteilen. Diesem Antrag wird die Regierung voraussichtlich entsprechen und in einer separaten Verordnung die für die Anwaltsprüfung geltenden Regelungen erlassen. In diesem Fall muss die Anwaltsverordnung einer formellen Totalrevision unterzogen werden, da die Regelungen, welche sich mit der Anwaltsprüfung befassen, aufzuheben sind.

4. Finanzhaushaltsverordnung

Gemäss Art. 39 Abs. 3 FHV fallen die Notariatskommission und die Aufsichtskommission kreditmässig in die Zuständigkeit des DJSG. Diese Regelung ist aufzuheben, da die betreffenden Behörden mit der Justizreform 3 der alleinigen Aufsicht des Obergerichts unterstellt werden sollen (vgl. Art. 5a NotG, Art. 6a AnwG). Die übrigen Änderungen, die in der Finanzhaushaltsverordnung vorgenommen werden sollen, sind redaktioneller Natur (vgl. Art. 2 Abs. 2 lit. a, Art. 4 Abs. 1 lit. b, Art. 32 Abs. 2 FHV). Die Rechtslage ändert sich hierdurch nicht.

5. Weitere Änderungen

Schliesslich werden das Kantons- oder das Verwaltungsgericht in etlichen regierungsrätlichen Verordnungen als zuständige (Rechtsmittel-)Behörde bezeichnet (vgl. z.B. Art. 6 Abs. 1 KWSchV). Die betreffenden Regelungen sind infolge der Schaffung des Obergerichts anzupassen.

VI. Personelle und finanzielle Auswirkungen

1. Für den Kanton

In der Botschaft betreffend die «Räumliche Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte in einem neuen Obergericht – Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» erläutert die Regierung, wie das alte Staatsgebäude umgebaut werden soll, um dem Obergericht als Gerichtssitz zu dienen, und welche Kosten mit diesem Bauvorhaben verbunden sind. Die betreffenden finanziellen Auswirkungen hängen zwar mit der Justizreform 3 zusammen. Hierüber wird der Grosse Rat aber separat Beschluss fassen. Deshalb werden diese Auswirkungen nicht in dieser Botschaft dargelegt. Nachfolgend werden nur die weiteren personellen und finanziellen Auswirkungen aufgezeigt, die mit der Justizreform 3 verbunden sind.

Schaffung eines Generalsekretariats mit einer oder einem Generalsekretär(in) und einer oder einem Informationsbeauftragten

Im Zuge der Zusammenführung des Kantons- und Verwaltungsgerichts soll am Obergericht ein Generalsekretariat geschaffen werden, um die Richterschaft sowie das Aktuariat von den administrativen Arbeiten zu entlasten (vgl. die Ausführungen unter II.1.2.4.). Zudem soll die externe Gerichtskommunikation verbessert werden (vgl. Ausführungen unter II.1.2.5.). Hierzu sollen die Stelle einer «Generalsekretärin» bzw. eines «Generalsekretärs» mit einem Pensum von 100% und jene einer/s Informationsbeauftragten mit einem Pensum von 80 bis 100% geschaffen werden.

Die sich daraus ergebenden Mehrkosten setzen sich zusammen aus den Kosten für die Zurverfügungstellung der Arbeitsplätze und den Lohnkosten. Erstere können erst beziffert werden, wenn feststeht, wie viel der Umbau des alten Staatsgebäudes und die Einrichtung der neuen Arbeitsplätze kosten wird. Der Grossteil der betreffenden Kosten ist in der Baubotschaft betreffend die «Räumliche Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte in einem neuen Obergericht – Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» erfasst. Die Lohnkosten für die neu zu schaffenden Stellen betragen für die/den Generalsekretär(in) ungefähr 170000 Franken pro Jahr (Bruttolohn: 143026 + 11442 [8% Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] + 14741 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]) und für die/den Informationsbeauftragte(n) ungefähr 150000 bis 160000 Franken pro Jahr (Teilzeit Bruttolohn: 129170 + 10300 [8% Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] + 13600 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]; Bruttolohn: 136540 + 10923 [Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] + 14500 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]). Infolge dieser Stellenschaffung ist folglich mit zusätzlichen jährlichen Lohnkosten von 320000 bis 330000 Franken zu rechnen.

Anpassung der Entlöhnung der Mitglieder des Obergerichts

Das Jahresgehalt, einschliesslich des 13. Monatslohns, beträgt bei einem Vollpensum für die Präsidentin oder den Präsidenten der oberen kantonalen Gerichte 107%, für die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten der oberen kantonalen Gerichte 105% und für die weiteren Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte 102% des Maximums der höchsten Gehaltsklasse gemäss kantonalem Personalrecht (Art. 1 GGVG). Diese Regelung kann für das Obergericht nicht übernommen werden, da dieses nicht mehr nur über zwei, sondern drei Leitungsorgane verfügen wird. Die Regierung schlägt daher vor, das betreffende Lohnsystem dahingehend anzupassen, als die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts 107%, die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident des Obergerichts und die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission des Obergerichts 105% und die restlichen Oberrichterinnen und Oberrichter 103% des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht verdienen werden (Art. 21 Abs. 1 E-GOG). Die mit diesem Lohnsystem verbundenen Mehrkosten können nicht exakt beziffert werden, da die Zusatzkosten im Bereich der beruflichen Vorsorge davon abhängig sind, welches Versicherungsmodell die amtierenden Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts für die berufsvorsorgerechtlichen Sonderleistungen wählen werden (vgl. Art. 15a PKG). Ohne Berücksichtigung der betreffenden Zusatzkosten belaufen sich die jährlichen Mehrkosten voraussichtlich auf rund 20000 Franken (neue Lohnkosten: 2546649.60 [1 x 237568.90 + 5 x 233128.35 + 5 x 228687.80] – aktuelle Lohnkosten: 2526667.20 [2 x 237568.90 + 2 x 233128.35 + 7 x 226467.54] = 19982.40).

Anpassung der Entlöhnung der weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden

Gemäss Art. 8a Abs. 3 GOG reiht das Kantonsgericht die Stellen der Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler gestützt auf entsprechende Vorschläge des kantonalen Personalamts und nach Anhörung der Regionalgerichte in die Gehaltsklasse gemäss kantonalem Personalrecht ein (vgl. Art. 3–5 RGV, Art. 3 SBV) und legt den Anfangslohn fest. Diese Regelung soll angepasst werden. Neu sollen die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie die Vermittlerinnen und Vermittler – wie die Mitglieder des Obergerichts – von Anfang an in das Maximum der massgeblichen Funktionsklasse eingereiht werden.

Die hiermit verbundenen Mehrkosten lassen sich nicht genau beziffern, da sie davon abhängig sind, wie viel die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden aufgrund des geltenden Lohnsystems zukünftig verdienen würden. Nach dem geltenden Lohnsystem bewegt sich der Lohn von Personen, die viel Berufserfahrung mitbringen und sehr gut qualifiziert sind, im oberen Bereich der massgeblichen Funktionsklasse, während der

Lohn von Personen mit wenig Berufserfahrung und einer weniger guten Qualifikation im unteren Bereich anzusiedeln ist. Um die Mehrkosten beziffern zu können, welche mit dem vorgeschlagenen Systemwechsel verbunden sind, genügt es deshalb nicht, die heutigen Löhne der Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler mit den maximal möglichen Löhnen zu vergleichen. Im Weiteren müsste berücksichtigt werden, wie sich die Löhne der betreffenden Mitglieder aufgrund des geltenden Lohnsystems in Zukunft mutmasslich verändern werden. Eine solche Berechnung ist nicht möglich, weil nicht bekannt ist, welche Personen zukünftig diese Aufgaben übernehmen werden.

Wird für die Bezifferung der approximativen Mehrkosten auf die heutigen Löhne abgestellt, führt die vorgeschlagene Änderung bei den hauptamtlichen Mitgliedern der Regionalgerichte zu jährlichen Mehrkosten von ungefähr 106000 Franken (Differenz total: 87828 [pro Jahr] + 7026 [8% Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] + 10978.50 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]). Die Mehrkosten für die Vermittlerinnen und Vermittler betragen ausgehend von den aktuellen Löhnen knapp 27000 Franken (Differenz total: 22198.80 [pro Jahr] + 1776 [8% Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] + 2800 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]). Der vorgeschlagene Systemwechsel bei der Entlöhnung der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler würde unter Zugrundelegung der aktuellen Löhne folglich Mehrkosten von ungefähr 133000 Franken pro Jahr nach sich ziehen (106000 + 27000).

Stabsstelle für die Regionalgerichte

Die Arbeitsbelastung der Bündner Gerichte hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Immer mehr Zeit beanspruchen insbesondere die administrativen Tätigkeiten (vgl. die Ausführungen unter II.2.2.1. und III.2.2.). Um die Regionalgerichte in diesem Bereich zu unterstützen, soll eine Stabsstelle geschaffen werden, die mit einer juristischen Mitarbeiterin bzw. einem juristischen Mitarbeiter besetzt werden soll, die oder der vollzeitlich tätig ist. Die Lohnkosten für die betreffende Stabsstelle betragen jährlich rund 150000 Franken (Bruttolohn: 129259 + 10341 [8% Arbeitgeberbeiträge Sozialversicherung] +13021 [Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse]). Wie hoch die zusätzlichen Arbeitsplatzkosten sein werden, hängt davon ab, bei welchem Regionalgericht die betreffende Person arbeiten wird. Dies steht nicht fest, weshalb die fraglichen Kosten nicht beziffert werden können.

Justizgericht

Der Grosse Rat hat in der Junisession 2019 entschieden, dass im Fall der Zusammenlegung des Kantons- und Verwaltungsgerichts ein Spezialverwaltungsgericht geschaffen werden soll, welches Streitigkeiten beurteilen soll,

über welche das Obergericht nicht oder nicht als oberste kantonale Instanz entscheiden kann. Dem Justizgericht sollen die Präsidentin oder der Präsident, zwei weitere Mitglieder und zwei Stellvertretende angehören (Art. 63 Abs. 1 E-GOG). Die Entschädigung für die Mitglieder des Justizgerichts wird das Obergericht in einer Verordnung festlegen (Art. 23 Abs. 3 E-GOG). Sie dürfte mindestens gleich hoch sein wie jene für die nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte. Das Justizgericht wird zudem ein Sekretariat zu führen haben bzw. mit den betreffenden Arbeiten Dritte beauftragen. Ausserdem wird es für die Redaktion der Urteile mutmasslich Aktuarinnen und Aktuare beiziehen. Wie hoch die hierdurch verursachten Mehrkosten sind, lässt sich schwer voraussagen. Werden als Richtwert die Kosten der Notariatskommission sowie der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte herangezogen, dürften sich die betreffenden Kosten in der Grössenordnung von ungefähr 60000 Franken jährlich bewegen (vgl. Jahresrechnung 2020, S. 313 f.).

Entschädigung der Mitglieder der Enteignungskommission

Gemäss dem Beschluss der Regierung vom 23. Dezember 1991 beträgt die Arbeitsentschädigung für die Präsidenten bzw. die Präsidentinnen der Enteignungskommissionen 250 Franken und für die weiteren Kommissionsmitglieder 200 Franken (Prot. Nr. 3483/1991). Für das Aktenstudium sowie die Ausarbeitung der Entscheide erhalten die Präsidenten bzw. die Präsidentinnen der Enteignungskommissionen eine Entschädigung von 80 Franken pro Stunde. Dieselbe Entschädigung erhält eine Aktuarin bzw. ein Aktuar, der von einer Enteignungskommission beigezogen wird.

Während sich die Entlöhnung der Aktuariatsarbeiten im üblichen Rahmen bewegt (vgl. 32 KGV, Art. 8 RGV), liegt das Taggeld sowohl der Präsidentinnen bzw. der Präsidenten als auch der weiteren Mitglieder der Enteignungskommissionen deutlich unter den für richterliche sowie justiznahe Behörden üblichen Ansätzen. So erhalten die nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte (Art. 6 Abs. 1 RGV), die Mitglieder der Notariatskommission (Art. 22 Abs. 1 NotV) sowie der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte (Art. 8 AnV) ein Taggeld von 500 Franken. Die Regierung beabsichtigt, die Taggelder der Mitglieder der Enteignungskommissionen an diese Ansätze anzupassen. Für die heutige Schlechterstellung der Mitglieder der Enteignungskommissionen ist kein sachlicher Grund ersichtlich.

Welche Zusatzkosten mit dieser Änderung verbunden sind, hängt von der Geschäftslast der Enteignungskommission ab. In den vergangenen zehn Jahren sind bei allen Enteignungskommissionen insgesamt pro Jahr kein bis maximal vier Fälle eingegangen. Bei dieser Geschäftslast sind die mit der Erhöhung der Taggelder verbundenen Mehrkosten vernachlässigbar. Anders verhält es sich, wenn die Geschäftslast als Folge der Umsetzung des Richt-

plans Siedlung (KRIP-S) erheblich zunehmen wird (vgl. die Ausführungen unter III.2.2.). In diesem Fall wird die Erhöhung der Taggelder für die Mitglieder der Enteignungskommission finanzielle Folgen zeitigen. In Unkenntnis der Geschäftslast können die fraglichen Mehrkosten derzeit nicht bestimmt werden.

Weitere Änderungen

Die weiteren Neuerungen führen voraussichtlich nicht zu Mehrkosten.

Dies gilt insbesondere für die Neuregelung der *berufsvorsorgerechtlichen Sonderleistungen* für die Mitglieder des Obergerichts. Ob die vorgeschlagene Neuregelung im Vergleich zum geltenden Recht Mehrkosten nach sich zieht, ist von der Altersstruktur der zukünftigen Gerichtsmitglieder abhängig. Jüngere Mitglieder der Gerichte, die vor dem 55. Altersjahr ausscheiden, werden gegenüber heute höhere Kosten verursachen, hingegen Personen, die nach dem 60. Altersjahr ausscheiden oder alterspensioniert werden, geringere. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Kosten, welche mit der Neuregelung verbunden sind, ungefähr gleich hoch sein werden wie die nach geltendem Recht.

Dasselbe dürfte nach der Beurteilung der Regierung grundsätzlich für die vorgeschlagene *Ferienregelung* gelten. Diese Regelung würde Mehrkosten verursachen, wenn die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden aufgrund der betreffenden Neuerung zukünftig mehr Ferien beziehen als derzeit und die dadurch entfallenden Arbeitsstunden nicht kompensiert werden könnten. Die Regierung geht nicht davon aus, dass diese beiden Voraussetzungen eintreten werden (vgl. Erläuternder Bericht vom 22. März 2021 zur Teilrevision des Personalgesetzes, S. 25 f.). Die Neuregelung des Ferienanspruchs der hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sollte daher keine Stellenaufstockungen nach sich ziehen und damit keine Mehrkosten verursachen.

Ebenfalls keine nennenswerten Mehrkosten ziehen die Neuerungen im Bereich des *Betreibungs- und Konkursrechts* nach sich. Danach sollen die Betreibungs- und Konkursinspektoren sowie -inspektorinnen neu zusätzlich gemeinsam mit dem Verband Bündnerischer Betreibungs- und Konkursbeamten die Weiterbildungen für die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und -beamten organisieren. Diese Tätigkeit ist zusätzlich zu entschädigen. Die hiermit verbundenen Mehrkosten sind vernachlässigbar. Fraglich dürfte hingegen sein, ob eine externe Fachperson bereit ist, zu den heutigen Entschädigungsansätzen als Betreibungs- und Konkursinspektorin bzw. -inspektor tätig zu sein. Müssen externe Fachpersonen beigezogen werden, erscheint es wahrscheinlich, dass die Kosten für die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie -inspektoren zunehmen werden. Dies zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt indessen nicht ab. Derzeit verursachen die Neuerungen im

Bereich des Betreibungs- und Konkursrechts demnach keine nennenswerten Mehrkosten.

2. Für die Regionen

Die vorliegende Vorlage hat keine personellen oder finanziellen Auswirkungen für die Regionen.

3. Für die Gemeinden

Die vorliegende Vorlage ist weder für die Bürgergemeinden noch für die politischen Gemeinden mit personellen oder finanziellen Folgen verbunden.

VII. Gute Gesetzgebung

Die Grundsätze der «Gute Gesetzgebung» gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben werden mit der vorliegenden Revisionsvorlage beachtet (vgl. Regierungsbeschluss vom 16. November 2010, Prot. Nr. 1070/2010).

Dabei wurde insbesondere darauf geachtet, dass nur die wesentlichen Aspekte gesetzlich geregelt und die übrigen Regelungen auf Verordnungsebene verankert werden (Art. 31 KV). Die Umsetzung dieses Verfassungsgrundsatzes ist bei Justizreformen besonders anspruchsvoll, weil hier jeweils zusätzlich zu entscheiden ist, ob eine Verordnungsbestimmung von den Gerichten erlassen werden soll. Der Verfassungsgeber hat den (oberen kantonalen) Gerichten das Recht zugestanden, im Gebiet der Justizverwaltung Verordnungen zu erlassen, wenn sie dazu durch Gesetz ausdrücklich ermächtigt werden (Art. 51a Abs. 3 KV). Diese Befugnis hat der kantonale Gesetzgeber bislang so genutzt, dass die oberen kantonalen Gerichte fast alle Verordnungsregelungen im Bereich der Justizverwaltung erlassen haben. Die Regierung hat die ihr zustehende Verordnungsbefugnis in diesem Bereich nur insofern genutzt, als sie die Verordnung zum Gesetz über die Aktenführung und Archivierung auch für die richterlichen Behörden für anwendbar erklärt hat. Der Grosse Rat hat bislang im Bereich der Justizverwaltung keine Verordnungen erlassen.

Diese im Hinblick auf die Gewaltenhemmung bzw. Gewaltentrennung getroffene Ausgestaltung der Verordnungsbefugnis hat sich in der Praxis bewährt und soll beibehalten werden (vgl. Botschaft Heft Nr. 6/2006–2007, S. 457 ff., S. 506). Sie hat bisweilen allerdings zur Folge, dass gewisse Regelungen, die in anderen Bereichen womöglich in einer Verordnung verankert

würden (z.B. betreffend Teilzeit und Lohn), in das Gerichtsorganisationsgesetz aufgenommen werden, ansonsten der Grosse Rat im Gerichtsorganisationsgesetz ermächtigt werden müsste, die erforderlichen Ausführungsregelungen zu erlassen. Dies erscheint ebenso wenig sachgerecht, wie wenn die Regierung ihre Verordnungsbefugnis in diesem Bereich nutzen würde. Mit den sich hieraus ergebenden Einschränkungen berücksichtigt die vorliegende Vorlage damit die regierungsrätlichen Vorgaben für eine gute Gesetzgebung.

VIII. Inkrafttreten

Die Regierung beabsichtigt, die Justizreform 3 gestaffelt in Kraft zu setzen.

1. 1. Januar 2025

Die Regierung legt in der Botschaft betreffend die «Räumliche Zusammenführung der beiden oberen kantonalen Gerichte in einem neuen Obergericht – Umbau und Erweiterung Staatsgebäude, Chur» dar, wie das alte Staatsgebäude für das Obergericht umgebaut werden soll und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Stimmt die Bündner Stimmbevölkerung dieser Vorlage zu und kann der Umbau des alten Staatsgebäudes planmässig realisiert werden, ist das neue Gebäude Mitte 2025 bezugsbereit. Verläuft alles planmässig, sind die Voraussetzungen für die räumliche Zusammenlegung der oberen kantonalen Gerichte folglich Mitte 2025 erfüllt.

Würde die Justizreform 3 auf diesen Zeitpunkt hin in Kraft gesetzt, müsste die Amtsdauer für die Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte bis zum 30. Juni 2025 verlängert werden. Hierfür müsste eine Übergangsbestimmung in die Kantonsverfassung aufgenommen werden, weil die Amtsdauer der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte in der Kantonsverfassung festgelegt ist (Art. 23 KV). Dadurch wäre aber nicht sichergestellt, dass das neue Recht in Kraft tritt, wenn das alte Staatsgebäude bezugsbereit ist, da die Amtsdauer der Mitglieder der oberen kantonalen Gerichte in diesem Fall am 30. Juni 2025 enden und das Obergericht seine Tätigkeit per 1. Juli 2025 aufnehmen müsste, selbst wenn die Umbauarbeiten zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen wären. Durch die Verlängerung der Amtsdauer entsprechend der jetzigen Bauplanung kann demzufolge nicht gewährleistet werden, dass die oberen kantonalen Gerichte zeitgleich mit dem Abschluss der Umbauarbeiten zusammengelegt werden.

Die Regierung hat deshalb in der Vernehmlassungsvorlage angeregt, die Justizreform 3 per 1. Januar 2025, mithin nach dem Ablauf der Amtsperiode

der amtierenden Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts, in Kraft zu setzen. Diese Lösung stiess in der Vernehmlassung grundsätzlich auf Zustimmung. Die Regierung plant daher, die Justizreform 3 grundsätzlich per 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen.

2. 1. April 2023

Damit das Obergericht und das Justizgericht ihre Tätigkeit per 1. Januar 2025 aufnehmen können, werden sie – wie vorangehend festgehalten – verschiedene Verordnungen zu erlassen haben, etliche Entscheide betreffend den Gerichtsbetrieb treffen müssen und neue Stellen zu besetzen haben (vgl. dazu die Ausführungen zu Art. 121 und zu Art. 122 E-GOG). Deshalb müssen die Regelungen, welche erforderlich sind, um die Mitglieder des Obergerichts und des Justizgerichts zu wählen sowie sie mit den Befugnissen auszustatten, um den Gerichtsbetrieb organisieren zu können, vor dem 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Dasselbe gilt für die Bestimmungen, die es dem Obergericht ermöglichen, die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen (Art. 94 E-GOG), der Notariatskommission (Art. 4 NotG), der Aufsichtskommission über die Rechtsanwälte (Art. 5 AnwG), der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen (Art. 3 EGzSSV) und der Enteignungskommission (Art. 19, Art. 19a und Art. 36 Abs. 1 kEntG) zu wählen. Nur so ist sichergestellt, dass die betreffenden Behörden per 1. Januar 2025 besetzt und damit einsatzfähig sind.

Die fraglichen Gesetzesbestimmungen werden dem Grossen Rat voraussichtlich in der Junisession 2022 zum Beschluss vorgelegt werden. Sie sind – wie die gesamte Gesetzesvorlage – mit der Teilrevision der Kantonsverfassung verknüpft, die im Zuge der Justizreform 3 vorgenommen werden soll. Um die Abstimmungsfreiheit (Art. 34 Abs. 2 BV) zu wahren, beginnt die Frist für die Ergreifung des fakultativen Referendums gegen die Gesetzesvorlage daher erst zu laufen, wenn die Bündner Stimmbevölkerung der Teilrevision der Kantonsverfassung zugestimmt hat (vgl. hierzu z.B. Botschaft Heft Nr. 8/2020–2021, S. 429 ff., S. 459). Die fragliche Volksabstimmung soll am 27. November 2022 stattfinden. Die Referendumspublikation dürfte erst nach dem 1. Dezember 2022 möglich sein. Die 90-tägige Referendumsfrist wird folglich voraussichtlich erst nach dem 1. März 2023 ablaufen. Wird kein Referendum ergriffen oder kommt ein ergriffenes Referendum nicht zustande, könnte die Regierung die Teilrevision der Kantonsverfassung und die hiermit verknüpfte Gesetzesvorlage demnach per 1. April 2023 in Kraft setzen. Auf diesen Zeitpunkt hin beabsichtigt die Regierung, die vorgenannten Regelungen in Kraft zu setzen.

Ebenfalls per 1. April 2023 sollen die Neuerungen im Notariatsgesetz in Kraft gesetzt werden, die es den Notariatspersonen ermöglichen, auf schriftlichem oder elektronischem Weg gefasste Beschlüsse von Versammlungen oder Sitzungen öffentlich zu beurkunden (Art. 33–36 NotG). Weitere Regelungen, die keinen Bezug zur Neuorganisation der richterlichen Behörden aufweisen, wird die Regierung per 1. April 2023 in Kraft setzen, wenn sich dies als erforderlich erweist.

IX. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;

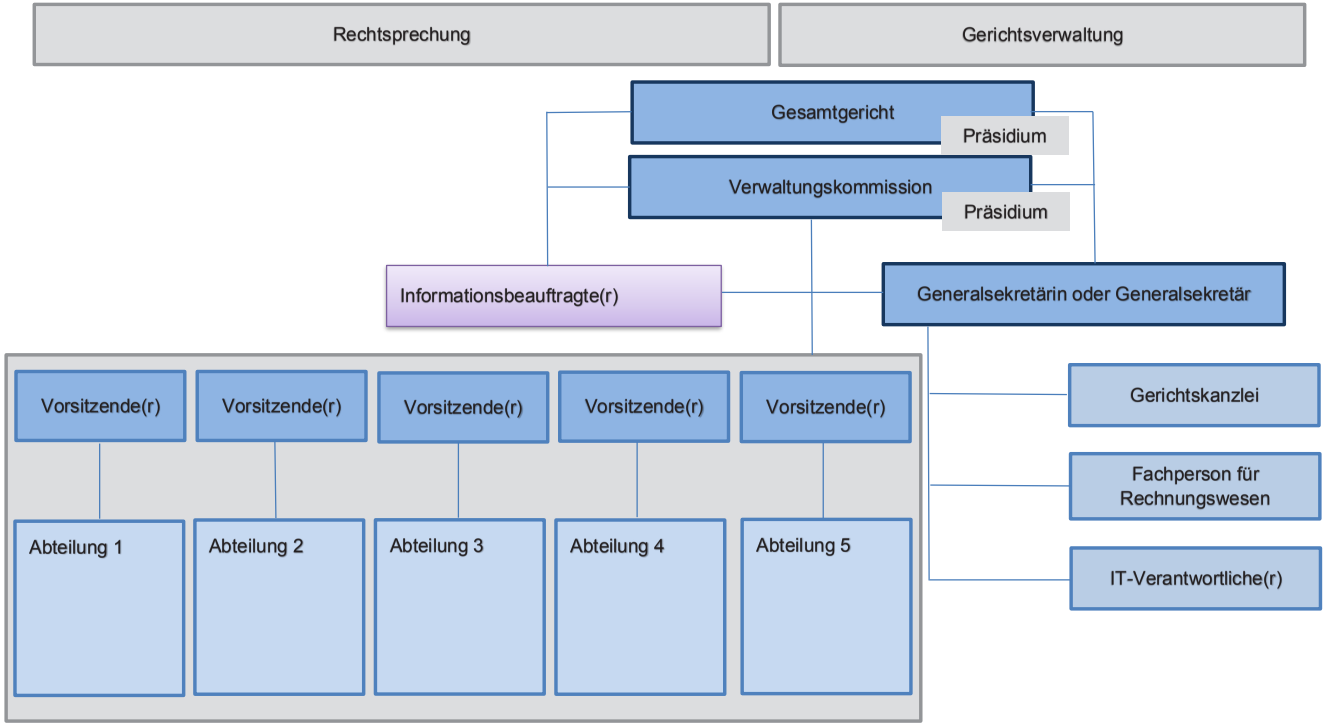
2. die Teilrevision der Kantonsverfassung zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden;

3. der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes zuzustimmen.

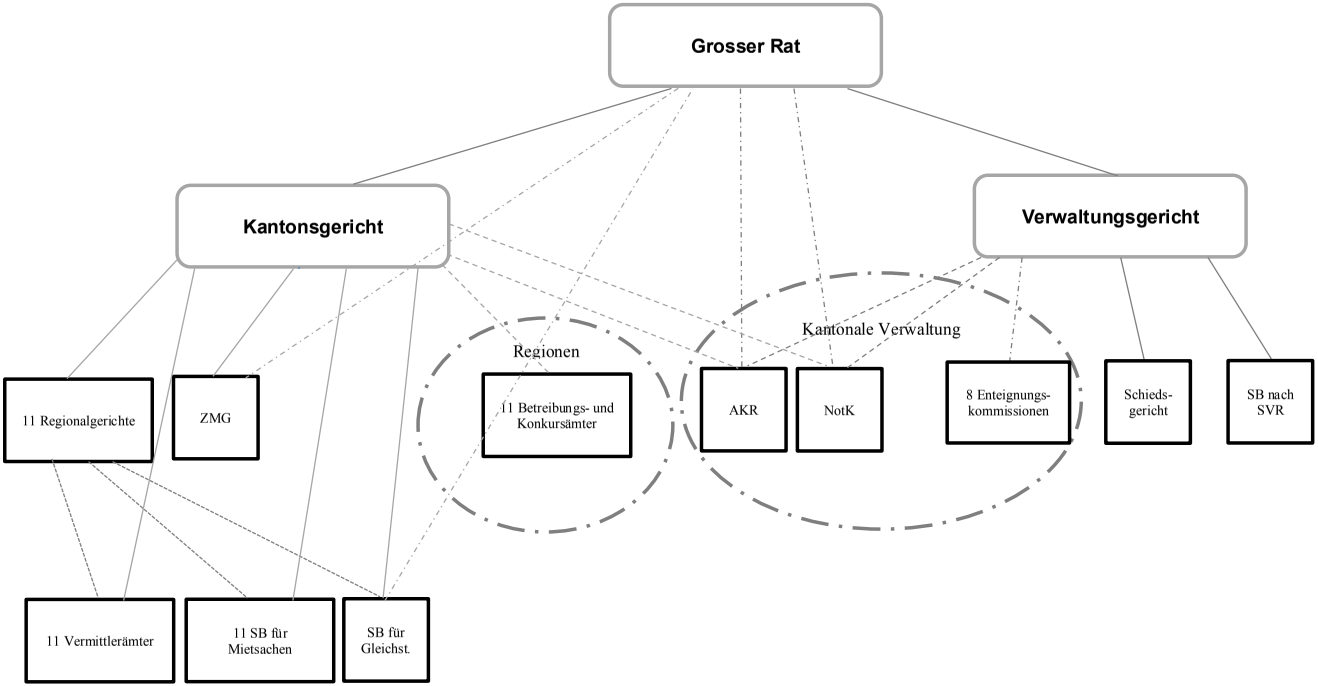
Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Standespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Caduff*
Der Kanzleidirektor: *Spadin*

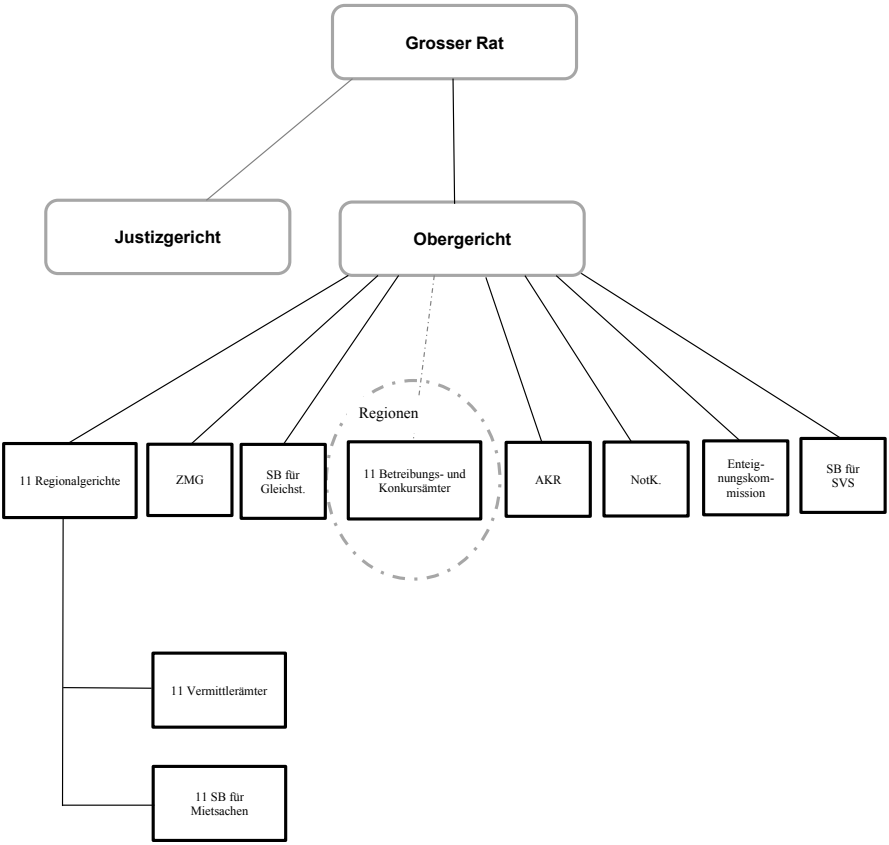
Anhang 1: Organigramm des Obergerichts



Anhang 2: Ist-Zustand Justizaufsicht



Anhang 3: Soll-Zustand Justizaufsicht



Glossar

Aufsicht

Aufsicht ist ihrem Wesen nach Kontrolle. Mit der Aufsichtstätigkeit soll geprüft werden, ob sich eine Handlung im Hinblick auf eine übertragene Aufgabe als rechtmässig erweist, um daraus Folgerungen abzuleiten. Die Aufsichtstätigkeit ist im Gefüge der Staatsfunktionen schwer fassbar und passt nicht in das klassische Gewaltenteilungsschema. Der konkrete Inhalt der Aufsicht ergibt sich aus der bereichsspezifischen Ausgestaltung des Aufsichtsverhältnisses.

Dienstaufsicht

Die Dienstaufsicht richtet sich gegen die Mitglieder der richterlichen Behörden. Sie dient dazu, die ordnungsgemässe Erfüllung der Amtspflichten durch die Mitglieder der richterlichen Behörden sicherzustellen. Im E-GOG wird der Begriff der Dienstaufsicht in einem weiten Sinne verstanden. Hier umfasst er alle Anordnungen, die das beschäftigungsrechtliche Verhältnis der Mitglieder der richterlichen Behörden betreffen. So fallen darunter z.B. auch die Bestimmung des Ferienanspruchs, Weiterbildungsmassnahmen oder Spesenentschädigungen.

Disziplinarrecht

Mit dem Disziplinarrecht werden schulhafte Amtspflichtverletzungen geahndet. Das Disziplinarrecht verfolgt einen Erziehungs-, Abschreckungs- und Schutzzweck. Das Disziplinarrecht ist kein Strafrecht. Es dient nicht der Sühne und Vergeltung. Mithilfe von Disziplinarmassnahmen soll auf die fehlbare Person eingewirkt werden, damit diese ihre Amtspflichten erfüllt.

Fachaufsicht

Der Begriff der Fachaufsicht wird in der Rechtswissenschaft unterschiedlich verwendet. Nach dem hier verwendeten Verständnis bildet die Fachaufsicht einen Teil der Organaufsicht. Sie dient der fachlichen Steuerung der beaufsichtigten Behörde. Für die richterlichen Behörden existiert diese Form der Aufsicht nicht, da sie mit der richterlichen Unabhängigkeit nicht vereinbar wäre.

Gerichtsinterne Aufsicht

Bei der gerichtsinternen Aufsicht beaufsichtigt ein Organ oder eine Person ein Organ oder eine Person derselben Behörde. Diese Aufsichtsart wird auch als Innerorganaufsicht bezeichnet. Ein Beispiel ist die Aufsicht des Gesamtgerichts des Obergerichts über die hauptamtlichen Mitglieder des Obergerichts (vgl. Art. 43 Abs. 3 lit. a E-GOG).

Gewaltenübergreifende Aufsicht

Die gewaltenübergreifende Aufsicht beinhaltet die Aufsicht einer Behörde oder eines Organs über eine Behörde oder ein Organ einer anderen Gewalt. Diese Form der Aufsicht wird auch als Interorganaufsicht bezeichnet. Darunter fällt die Aufsicht des Grossen Rats über das Kantons- und Verwaltungsgericht sowie die Oberaufsicht über die richterlichen Behörden, welche der Aufsicht des Kantons- und Verwaltungsgerichts unterstehen.

Organaufsicht

Die Organaufsicht bezieht sich nicht auf die Mitglieder der richterlichen Behörden, sondern auf die richterlichen Behörden als staatliche Instanzen. Bei der Organaufsicht geht es darum, das Funktionieren der richterlichen Behörden, d.h. den ordnungsgemässen Gang der Rechtsprechung, sicherzustellen. Innerhalb der Organaufsicht wird in der Regel zumindest zwischen der Finanz- und der Fachaufsicht unterschieden.

Rechtsprechungsaufsicht

Die Rechtsprechungsaufsicht wird durch ein oberes Gericht ausgeübt, das im Rahmen eines Rechtsmittelverfahrens einen ergangenen Entscheid überprüft. Ebenfalls unter die Rechtsprechungsaufsicht fällt die Möglichkeit der Gerichte, Weisungen, Kreisschreiben oder Empfehlungen an untere Gerichte zu erlassen. Diese beiden Formen der «Aufsichtstätigkeit» sind nicht gemeint, wenn von der Aufsicht gesprochen wird.

Justizinterne Aufsicht

Bei der justizinternen Aufsicht handelt es sich um die Aufsicht innerhalb der Justiz. Hier beaufsichtigt eine obere Behörde oder ein oberes Organ eine untere Behörde oder ein unteres Organ innerhalb der Judikative. Diese Aufsichtsart wird als Intraorganaufsicht bezeichnet.

Justizverwaltung Der Begriff der Justizverwaltung bezeichnet die Tätigkeit der richterlichen Behörden, die weder zur Rechtsetzung noch zur Rechtsprechung gehört. Diese verwaltende Tätigkeit wird zum Zwecke ausgeübt, die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Rechtsprechung zu schaffen und zu erhalten. Die Justizverwaltung bezieht sich folglich auf alle Tätigkeiten der richterlichen Behörden, die nicht der Rechtsprechung im Einzelfall dienen, sondern die Grundlagen und die Voraussetzung für die Rechtsprechungstätigkeit betreffen.

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AG	Kanton Aargau
AnV	Anwaltsverordnung (BR 310.200)
AnwG	Anwaltsgesetz (BR 310.100)
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
Art.	Artikel
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AzV	Arbeitszeitverordnung (BR 170.415)
BBl	Bundesblatt
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei
BGE	Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts
BGFA	Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz; SR 935.61)
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz; SR 173.110)
BK	Bundeskanzlei
BL	Kanton Basel-Landschaft
BPV	Bundespersonalverordnung (SR 172.220.111.3)
BS	Kanton Basel-Stadt
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (SR 101)
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heisst
DJSG	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit
DSG	Bundesgesetz über den Datenschutz (SR 235.1)
E-GPR	Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden vom 12. Februar 2018
E-GOG	Entwurf des Gerichtsorganisationsgesetzes
EGzOR	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (BR 210.200)

EGzSchKG	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (BR 220.000)
EGzSSV	Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht (BR 370.300)
EGzStPO	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (BR 350.100)
EGzZGB	Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (BR 210.100)
EGzZPO	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (BR 320.100)
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101)
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FHG	Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz; BR 710.100)
FHV	Verordnung über den kantonalen Finanzhaushalt (BR 710.110)
GE	Kanton Genf
GFA	Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA; BR 710.300)
GGO	Geschäftsordnung des Grossen Rates (BR 170.140)
GGVG	Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts (BR 173.050)
GGVR	Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder der Regierung (BR 170.380)
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz (BR 173.000)
GPR	Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (BR 150.100)
GRG	Gesetz über den Grossen Rat (BR 170.100)
GRP	Grossratsprotokoll
Hrsg.	Herausgeber
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (SR 831.1)
i.V.m.	in Verbindung mit
KDSG	Kantonales Datenschutzgesetz (BR 171.100)

kEntG	Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden (BR 803.100)
KGBV	Verordnung über das Grundbuch im Kanton Graubünden (BR 217.100)
KGV	Verordnung über die Organisation des Kantonsgerichts (Kantonsgerichtsverordnung; BR 173.100)
KJS	Kommission für Justiz und Sicherheit
KNHG	Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (BR 496.000)
KRG	Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (BR 801.100)
KV	Verfassung des Kantons Graubünden (BR 110.100)
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10)
KWSchV	Verordnung zum Vollzug des Bundesgesetzes über den Schutz des Schweizerwappens und andere öffentliche Zeichen (BR 110.300)
lit.	litera (= Buchstabe)
LU	Kanton Luzern
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung (SR 833.1)
N.	Note
NotG	Notariatsgesetz (BR 210.300)
NotGebV	Verordnung über die Notariatsgebühren (BR 210.370)
NotK	Notariatskommission
NotV	Notariatsverordnung (BR 210.350)
Nr.	Nummer
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht; SR 220)
PatGG	Bundesgesetz über das Bundespatentgericht (Patentgerichtsgesetz; SR 173.41)
PG	Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, BR 170.400)
PKG	Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (BR 170.450)
PV	Personalverordnung (BR 170.410)

RGV	Verordnung über die Organisation, die Besoldung und das Rechnungswesen der Regionalgerichte (Regionalgerichtsverordnung, RGV; BR 173.500)
RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (BR 170.300)
RVOV	Regierungs- und Verwaltungsverordnung des Bundes (SR 172.010.1)
RVOV (BR 170.310)	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (BR 170.310)
RVzEGzSchKG	Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (BR 220.010)
S.	Seite
SB	Schlichtungsbehörde
SBV	Verordnung über die Stellung, Besoldung und das Rechnungswesen der Schlichtungsbehörden (Schlichtungsbehördenverordnung; BR 173.600)
SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1)
SHG	Gesetz über die Staatshaftung (BR 170.050)
SO	Kanton Solothurn
sog.	sogenannt
SPG	Sprachengesetz des Kantons Graubünden (BR 492.100)
StBOG	Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (Strafbehördengesetz; SR 173.71)
StGB	Strafgesetzbuch (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, SR 312.0)
SVG	Strassenverkehrsgesetz (SR 741.01)
SVR	Sozialversicherungsrecht
SVS	Sozialversicherungssachen
u.a.	unter anderem
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung (SR 832.20)
UR	Kanton Uri
VAA	Verordnung zum Gesetz über die Aktenführung und Archivierung (BR 490.010)

VE-GOG	Fassung des Gerichtsorganisationsgesetzes gemäss der Vernehmlassungsvorlage
VGG	Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz; SR 173.32)
VGS	Verordnung über die Gerichtsgebühren in Strafverfahren (BR 350.210)
VGV	Verordnung über die Organisation des Verwaltungsgerichtes (BR 173.300)
VGZ	Verordnung über die Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (BR 320.210)
VNM	Verordnung für die nebenamtlichen Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (BR 170.420)
VRG	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (BR 370.100)
vgl.	vergleiche
VwVG	Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (SR 172.021)
WEKO	Wettbewerbskommission
z.B.	zum Beispiel
ZG	Kanton Zug
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (SR 210)
ZH	Kanton Zürich
ZMG	Zwangsmassnahmengericht
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung (Zivilprozessordnung; SR 272)

Verfassung des Kantons Graubünden

Änderung vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: –
Geändert: **110.100**
Aufgehoben: –

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 101 Abs. 1 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom …,

beschliesst:

I.

Der Erlass "Verfassung des Kantons Graubünden" BR 110.100 (Stand 1. Oktober 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 3 (geändert)

[3] Über die Ungültigkeit entscheidet der Grosse Rat. Dieser Entscheid ist an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weiterziehbar.

Titel nach Art. 20 (geändert)

4. ~~Behörden und Gerichte~~Kantonale Behörden

Art. 21 Abs. 1 (geändert), **Abs. 1[bis] (neu)**, **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] In die kantonalen Behörden ~~und Gerichte~~ sowie in den Ständerat sind die Stimmberechtigten des Kantons wählbar. Das Gesetz kann vorsehen, dass die Wählbarkeitsvoraussetzung erst bei Amtsantritt erfüllt sein muss.

[1bis] Für die Mitglieder der richterlichen Behörden kann im Gesetz vom Wohnsitzerfordernis als Wählbarkeitsvoraussetzung abgesehen werden.

[2] Weitere Wählbarkeitsvoraussetzungen für die **Mitglieder von** kantonalen Behörden ~~und Gerichte~~ sowie die Anstellungsvoraussetzungen für das Staatspersonal werden durch Gesetz geregelt.

[3] Das Gesetz regelt die Einstellung im Amt und die Amtsenthebung von Mitgliedern von ~~Behörden und Gerichten~~**kantonalen Behörden**.

Art. 22 Abs. 1 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**, **Abs. 4 (geändert)**

[1] Niemand darf seiner **kantonalen Rechtsmittelbehörde oder seiner** unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehören**. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen**.

[3] Richterinnen und Richter dürfen nicht ~~gleichzeitig~~ der Regierung ~~oder einer anderen richterlichen Behörde im Kanton~~ angehören.

[4] Mitglieder der Regierung und ~~die vollamtlichen~~ Mitglieder ~~einer~~**der** richterlichen ~~Behörde~~**Behörden, die im Vollpensum tätig sind,** dürfen nicht der Bundesversammlung oder dem Bundesgericht angehören.

Art. 23 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Amtsdauer des Grossen Rates, der Regierung, der ~~Gerichte~~**ordentlichen Mitglieder der richterlichen Behörden** sowie der Mitglieder des Ständerates beträgt vier Jahre.

Art. 31 Abs. 2

[2] Wichtige Bestimmungen sind insbesondere jene, für welche die Verfassung das Gesetz vorsieht, sowie solche betreffend:

5. **(geändert)** Grundsätze von Organisation und Aufgaben der ~~Behörden und Gerichte~~**kantonalen Behörden**;

Art. 33 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über die Regierung sowie das ~~Kantonsgericht~~ **Obergericht** und das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** aus.

Art. 36 Abs. 1

[1] Der Grosse Rat wählt:

3. **(geändert)** die Mitglieder des ~~Kantonsgerichtes~~**Obergerichts** und des ~~Verwaltungsgerichtes~~**Justizgerichts**;

Art. 50 Abs. 2 (geändert)

[2] ~~Die Aufsicht durch die Regierung~~**Eine hinreichende Aufsicht**, eine angemessene Mitwirkung des Grossen Rates und der Rechtsschutz müssen sichergestellt sein.

Titel nach Art. 50 (geändert)

4.4. ~~Gerichte~~**Richterliche Behörden**

Art. 51 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (aufgehoben)**, **Abs. 4 (aufgehoben)**

[1] Die Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit der ~~Gerichte~~ **richterlichen Behörden** sind gewährleistet. Die ~~Gerichter~~**richterlichen Behörden** sind in ihrer Rechtsprechung nur dem Recht verpflichtet.

[2] Die Justizverwaltung ist unter Vorbehalt der Befugnisse des Grossen Rates Sache der ~~Gerichter~~**richterlichen Behörden**.

[3] *Aufgehoben*

[4] *Aufgehoben*

Art. 51a Abs. 1 (geändert), **Abs. 1bis (neu)**, **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] Das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht unterbreiten~~ **Obergericht unterbreitet** dem Grossen Rat den Entwurf für ~~ihr~~**das** Budget sowie die Rechnung und den ~~Jahresbericht~~**Geschäftsbericht** zur Genehmigung.

[1bis] Es kann an den Grossen Rat gelangen, um die Justizverwaltung betreffende Verfassungs- und Gesetzesänderungen anzuregen.

[2] Die ~~Präsidentinnen und Präsidenten nehmen~~ **Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts nimmt** an den Sitzungen des Grossen Rates zum Budget, zur Rechnung und **zum Geschäftsbericht sowie** zu den ~~Jahresberichten der Gerichte~~ **vom Obergericht angeregten Rechtsetzungsvorhaben** teil. Sie ~~haben~~ **oder er hat** beratende Stimme und ~~können~~**kann** Anträge stellen.

[3] Soweit nicht die Form des Gesetzes vorgeschrieben ist, können ~~das Kantons- und das Verwaltungsgericht~~ **die Gerichte** auf dem Gebiet der Justizverwaltung ~~und -aufsicht~~ Verordnungen erlassen, wenn sie durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt werden.

Art. 52 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** übt die Aufsicht über ~~alle Bereiche der~~ **die** Zivil**-, die Straf-** und ~~Strafrechtspflege~~ **die Verwaltungsrechtspflege** aus**, soweit diese den richterlichen Behörden obliegen. Dem Obergericht können weitere Aufsichtsaufgaben durch Gesetz zugewiesen werden**.

[2] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** und das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** sowie die Oberaufsicht über die ~~anderen Zweige der Rechtspflege~~**vom Obergericht beaufsichtigten Behörden** aus.

[3] Aufsicht und Oberaufsicht **gegenüber den richterlichen Behörden** beschränken sich auf die ~~Geschäftsführung und die~~ Justizverwaltung.

Art. 54 Abs. 1

[1] Die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit werden ausgeübt durch:

1. **(geändert)** das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht**;
2. **(geändert)** die Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte~~.~~**;**
4. **(neu)** das kantonale Zwangsmassnahmengericht;
5. **(neu)** die Schlichtungsbehörden.

Art. 55 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Die ~~letztinstanzliche Beurteilung von öffentlichrechtlichen Streitigkeiten obliegt dem Verwaltungsgericht, sofern nicht ein Gesetz etwas anderes bestimmt.~~**Verwaltungsgerichtsbarkeit wird ausgeübt durch:**

1. **(neu)** das Obergericht;
2. **(neu)** das Justizgericht;
3. **(neu)** weitere Spezialverwaltungsgerichte.

[2] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** beurteilt als Verfassungsgericht:

Aufzählung unverändert.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Diese Teilrevision untersteht dem obligatorischen Referendum.
Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Constituziun dal chantun Grischun

Midada dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	–
Midà:	**110.100**
Abolì:	–

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 101 al. 1 da la Constituziun chantunala,
suenter avair gì invista da la missiva da la Regenza dals …,

concluda:

I.

Il relasch "Constituziun dal chantun Grischun" DG 110.100 (versiun dals 01-10-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 14 al. 3 (midà)

[3] Davart la nunvalaivladad decida il ~~cussegl~~**Cussegl** grond. Cunter questa decisiun po vegnir recurrì tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Titel suenter Art. 20 (midà)

4. Autoritads ~~e dretgiras~~**chantunalas**

Art. 21 al. 1 (midà), **al. 1bis (nov)**, **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**

[1] En las autoritads ~~ed en las dretgiras~~ chantunalas sco er en il ~~cussegl~~**Cussegl** dals chantuns èn elegiblas las persunas cun dretg da votar en il chantun. La lescha po prevair che la premissa d'elegibladad stoppia esser ademplida pir il mument da l'entrada en uffizi.

[1bis] Per las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas po la lescha desister da la necessitad da domicil sco premissa d'elegibladad.

[2] Ulteriuras premissas d'elegibladad per las ~~autoritads e per las dretgiras~~**commembras ed ils commembers d'autoritads** chantunalas sco er las cundiziuns d'engaschament dal persunal chantunal vegnan regladas en la lescha.

[3] La lescha regla la suspensiun da l'uffizi e la destituziun da l'uffizi **da las commembras e** dals commembers d'autoritads ~~e da dretgiras.~~**chantunalas.**

Art. 22 al. 1 (midà), **al. 3 (midà)**, **al. 4 (midà)**

[1] Nagin na po appartegnair a sia autoritad **chantunala da meds legals u a sia autoritad** directa da surveglianza**. La lescha po prevair excepziuns**.

[3] Derschadras e derschaders na pon betg appartegnair ~~il medem mument~~ a la ~~regenza u ad in'autra autoritad giudiziala en il chantun~~**Regenza**.

[4] Las commembras ed ils commembers da la ~~regenza~~**Regenza** sco er las commembras ed ils commembers **da las autoritads giudizialas, che lavuran** en ~~uffizi~~ **in pensum** cumplain~~ d'ina autoritad giudiziala~~**,** na pon betg appartegnair a ~~l'assamblea~~ **l'Assamblea** federala u al ~~tribunal~~**Tribunal** federal.

Art. 23 al. 1 (midà)

[1] La perioda d'uffizi dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond, da la ~~regenza~~**Regenza**, da las ~~dretgiras~~ **commembras e dals commembers ordinaris da las autoritads giudizialas** sco er da las commembras e dals commembers dal ~~cussegl~~**Cussegl** dals chantuns munta a quatter onns.

Art. 31 al. 2

[2] Disposiziuns impurtantas èn spezialmain quellas, per las qualas la constituziun prevesa la lescha sco er talas concernent:

5. **(midà)** ils princips da l'organisaziun e da las incumbensas da las autoritads ~~e da las dretgiras~~**chantunalas**;

Art. 33 al. 1 (midà)

[1] Il ~~cussegl~~**Cussegl** grond ha la surveglianza da la ~~regenza~~**Regenza** sco er da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e da la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**.

Art. 36 al. 1

[1] Il cussegl grond elegia:

3. **(midà)** las commembras ed ils commembers da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e da la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**;

Art. 50 al. 2 (midà)

[2] ~~La~~**Ina** surveglianza ~~tras la regenza~~**suffizienta**, ina cooperaziun commensurada dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond e la protecziun legala ston esser garantidas.

Titel suenter Art. 50 (midà)

4.4. ~~Dretgiras~~**Autoritads giudizialas**

Art. 51 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (abolì)**, **al. 4 (abolì)**

[1] L'independenza e l'imparzialitad da las ~~dretgiras~~ **autoritads giudizialas** èn garantidas. En lur giurisdicziun èn las ~~dretgiras~~**autoritads giudizialas** obligadas mo al dretg.

[2] L'administraziun giudiziala è, cun resalva da las cumpetenzas dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond, chaussa da las ~~dretgiras~~**autoritads giudizialas**.

[3] *abolì*

[4] *abolì*

Art. 51a al. 1 (midà), **al. 1bis (nov)**, **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**

[1] La ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa suttamettan~~ **Dretgira superiura suttametta** al ~~cussegl~~**Cussegl** grond il sboz per ~~lur~~**il** preventiv sco er il quint ed il rapport ~~annual~~**da gestiun** per l'approvaziun.

[1bis] Ella po sa drizzar al Cussegl grond per proponer midadas constituziunalas e midadas da lescha che pertutgan l'administraziun giudiziala.

[2] ~~Las presidentas ed ils presidents prendan~~ **La presidenta u il president da la Dretgira superiura prenda** part da las sesidas dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond davart il preventiv, davart il quint e davart **il rapport da gestiun sco er davart** ils ~~rapports annuals~~ **projects legislativs proponids** da ~~las dretgiras. Ellas ed els han~~**la Dretgira superiura. Ella u el ha** vusch consultativa e ~~pon~~**po** far propostas.

[3] Uschenavant che la furma da la lescha n'è betg prescritta, pon ~~la dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~ **las dretgiras** relaschar ordinaziuns en il sectur da l'administraziun giudiziala~~ e da la surveglianza da la giustia~~, sch'ellas vegnan autorisadas explicitamain tras la lescha da far quai.

Art. 52 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**

[1] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** ha la surveglianza da ~~tut ils secturs da~~ la giurisdicziun civila~~ e~~**,** penala **ed administrativa, uschenavant che quella è chaussa da las autoritads giudizialas. A la Dretgira superiura pon vegnir attribuidas tras la lescha ulteriuras incumbensas da surveglianza**.

[2] Il ~~cussegl~~**Cussegl** grond ha la surveglianza da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** sco er la surveglianza suprema ~~dals ulteriurs secturs~~ **da las autoritads che vegnan survegliadas** da la ~~giurisdicziun~~**Dretgira superiura**.

[3] La surveglianza e la surveglianza suprema **da las autoritads giudizialas** sa restrenschan ~~sin la gestiun e sin~~ **a** l'administraziun giudiziala.

Art. 54 al. 1

[1] La giurisdicziun civila e penala vegn exequida da:

1. **(midà)** la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**;
2. **(midà)** las dretgiras regiunalas sco dretgiras chantunalas inferiuras~~.~~**;**
4. **(nov)** la Dretgira chantunala da mesiras repressivas;
5. **(nov)** las autoritads da mediaziun.

Art. 55 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] La ~~dretgira~~**giurisdicziun** administrativa ~~ha l'incumbensa~~**vegn exequida** da ~~giuditgar en ultima instanza dispitas da dretg public, uschenavant ch'ina lescha na dispona betg autramain.~~**:**

1. **(nov)** la Dretgira superiura;
2. **(nov)** la Dretgira da giustia;
3. **(nov)** ulteriuras dretgiras administrativas spezialas.

[2] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** giuditgescha sco dretgira constituziunala:

Enumeraziun senza midadas.

II.

Naginas midadas en auters relaschs.

III.

Naginas aboliziuns d'auters relaschs.

IV.

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum obligatoric.
La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur.

Costituzione del Cantone dei Grigioni

Modifica del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo: –
Modificato: **110.100**
Abrogato: –

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 101 cpv. 1 della Costituzione cantonale,
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

L'atto normativo "Costituzione del Cantone dei Grigioni" CSC 110.100 (stato 1 ottobre 2021) è modificato come segue:

Art. 14 cpv. 3 (modificato)

[3] Il Gran Consiglio decide in merito alla nullità. Il relativo decreto può essere impugnato dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Titolo dopo Art. 20 (modificato)

4. Autorità ~~e tribunali~~**cantonali**

Art. 21 cpv. 1 (modificato), **cpv. 1bis (nuovo)**, **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**

[1] Può essere eletto nelle autorità ~~e nei tribunali~~ cantonali nonché nel Consiglio degli Stati chiunque abbia diritto di voto nel Cantone. La legge può prevedere che il requisito di eleggibilità debba essere soddisfatto soltanto al momento dell'assunzione della carica.

[1bis] Nella legge è possibile prescindere dal requisito del domicilio quale requisito di eleggibilità per i membri delle autorità giudiziarie.

[2] Altri requisiti di eleggibilità per ~~le autorità e~~ i ~~tribunali~~ **membri di autorità** cantonali nonché le condizioni di assunzione del personale statale sono disciplinati tramite legge.

[3] La legge disciplina la sospensione e la destituzione di membri di autorità ~~e tribunali~~ **cantonali**.

Art. 22 cpv. 1 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**, **cpv. 4 (modificato)**

[1] Nessuno può rivestire una carica in seno alla propria ~~diretta~~ **autorità di impugnazione cantonale o alla propria** autorità di vigilanza **diretta. La legge può prevedere delle deroghe**.

[3] Una o un giudice non può essere ~~contemporaneamente~~ membro del Governo ~~o di un'altra autorità giudiziaria nel Cantone~~.

[4] I membri del Governo e i membri **delle autorità giudiziarie impiegati** a tempo pieno ~~di un'autorità giudiziaria~~ non possono essere eletti nell'Assemblea federale o nel Tribunale federale.

Art. 23 cpv. 1 (modificato)

[1] I membri del Gran Consiglio~~,~~ **e** del Governo, ~~dei tribunali e~~**i membri ordinari delle autorità giudiziarie nonché i membri** del Consiglio degli Stati sono eletti per una durata di quattro anni.

Art. 31 cpv. 2

[2] Sono considerate importanti in particolare le disposizioni per le quali la Costituzione cantonale prevede l'emanazione di una legge nonché le disposizioni concernenti:

5. **(modificata)** i principi relativi all'organizzazione e ai compiti delle autorità ~~e dei tribunali~~**cantonali**;

Art. 33 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Gran Consiglio esercita la vigilanza sul Governo nonché sul Tribunale ~~cantonale~~ **d'appello** e sul Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**.

Art. 36 cpv. 1

[1] Il Gran Consiglio elegge:

3. **(modificata)** i membri del Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e del Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**;

Art. 50 cpv. 2 (modificato)

[2] Devono essere ~~garantiti la~~**garantite una** vigilanza ~~da parte del Governo~~**sufficiente**, una cooperazione appropriata del Gran Consiglio e ~~l'accesso ai rimedi giuridici~~**la protezione giuridica**.

Titolo dopo Art. 50 (modificato)

4.4. ~~Tribunali~~**Autorità giudiziarie**

Art. 51 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (abrogato)**, **cpv. 4 (abrogato)**

[1] Sono garantite l'indipendenza e l'imparzialità ~~dei tribunali~~**delle autorità giudiziarie**. Nella loro giurisprudenza ~~i tribunali~~ **le autorità giudiziarie** sono ~~vincolati~~**vincolate** unicamente al diritto.

[2] ~~Riservata la competenza~~ **Fatte salve le competenze** del Gran Consiglio, l'amministrazione della giustizia compete ~~ai tribunali~~**alle autorità giudiziarie**.

[3] *Abrogato*

[4] *Abrogato*

Art. 51a cpv. 1 (modificato), **cpv. 1[bis] (nuovo)**, **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo sottopongono~~ **d'appello sottopone** al Gran Consiglio per approvazione il progetto di preventivo, nonché il conto annuale e il rapporto ~~annuale~~**di gestione**.

[1bis] Esso può rivolgersi al Gran Consiglio per proporre modifiche della Costituzione e di leggi concernenti l'amministrazione della giustizia.

[2] ~~Le e i presidenti prendono~~ **La o il presidente del Tribunale d'appello prende** parte alle sedute del Gran Consiglio sul preventivo, sul conto annuale e ~~sui rapporti annuali dei tribunali. Essi hanno~~ **sul rapporto di gestione nonché su progetti normativi proposti dal Tribunale d'appello. La o il presidente ha** voto consultivo e ~~possono~~**può** presentare proposte.

[3] Qualora non sia prescritta la forma di legge, ~~il Tribunale cantonale e il Tribunale amministrativo~~ **i tribunali** possono emanare ordinanze nell'ambito dell'amministrazione della ~~giustizia e della vigilanza sulla~~ giustizia, se sono espressamente autorizzati dalla legge a farlo.

Art. 52 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** esercita la vigilanza ~~su tutti i settori della~~ **sulla giustizia civile, sulla** giustizia ~~civile~~**penale** e ~~penale~~**sulla giustizia amministrativa, nella misura in cui queste competano alle autorità giudiziarie. La legge può attribuire ulteriori compiti di vigilanza al Tribunale d'appello**.

[2] Il Gran Consiglio esercita la vigilanza sul Tribunale ~~cantonale,~~ **d'appello e** sul Tribunale ~~amministrativo come pure~~**della magistratura nonché** l'alta vigilanza ~~sugli altri settori della giustizia~~**sulle autorità soggette alla vigilanza del Tribunale d'appello**.

[3] La vigilanza e l'alta vigilanza **sulle autorità giudiziarie** si limitano ~~alla gestione delle pratiche e~~ all'amministrazione della giustizia.

Art. 54 cpv. 1

[1] La giurisdizione civile e penale è esercitata:

1. **(modificata)** dal Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**;
4. **(nuova)** dal giudice cantonale dei provvedimenti coercitivi;
5. **(nuova)** dalle autorità di conciliazione.

Art. 55 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] ~~Il giudizio in ultima istanza di controversie di diritto pubblico spetta al Tribunale amministrativo, per quanto la legge non disponga altrimenti.~~**La giurisdizione amministrativa viene esercitata:**

1. **(nuova)** dal Tribunale d'appello;
2. **(nuova)** dal Tribunale della magistratura;
3. **(nuova)** da altri tribunali amministrativi speciali.

[2] In veste di corte costituzionale, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** giudica:

Elenco invariato.

II.

Nessuna modifica in altri atti normativi.

III.

Nessuna abrogazione di altri atti normativi.

IV.

La presente revisione parziale è soggetta a referendum obbligatorio.

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore.

Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)

Vom [Datum]

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu:	**173.000**
Geändert:	130.100 | 150.100 | 170.050 | 170.100 | 170.140 | 170.400 | 170.450 | 171.000 | 171.100 | 210.100 | 210.200 | 210.300 | 217.600 | 220.000 | 310.100 | 320.100 | 350.100 | 350.500 | 370.100 | 370.300 | 421.000 | 427.200 | 492.100 | 496.000 | 500.500 | 500.900 | 530.100 | 538.100 | 542.100 | 544.300 | 546.250 | 548.100 | 548.200 | 613.000 | 618.100 | 620.100 | 710.100 | 710.300 | 720.000 | 720.200 | 801.100 | 803.100 | 803.200 | 803.300 | 810.100 | 815.100 | 820.100 | 820.200 | 850.100 | 910.000 | 915.100
Aufgehoben:	173.000 | 173.050

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[1)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

1. Einleitung

Art. 1 Gegenstand

[1] Dieses Gesetz regelt die Organisation der Gerichte und der Schlichtungsbehörden.

[2] Für die Enteignungskommission und die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen gilt es nur, soweit spezialrechtlich nichts anderes vorgesehen ist.

[1)] BR 110.100

[3] Die Zuständigkeiten der Gerichte und der Schlichtungsbehörden, die Verfahren, die Prozessfähigkeit und die Rechtsvertretung sowie ergänzende Vorschriften zu diesem Gesetz sind Gegenstand der Gesetzgebung über die Zivil-, die Straf- und die Verwaltungsrechtspflege.

2. Gemeinsame Bestimmungen

2.1. ALLGEMEINE ORGANISATION

Art. 2 Sitz

[1] Das Obergericht, das kantonale Zwangsmassnahmengericht und die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen haben ihren Sitz in Chur.

[2] Die Regionalgerichte, die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen haben ihren Sitz in der Regel am Regionshauptort beziehungsweise an dem von der Verwaltungskommission des Regionalgerichts bestimmten Ort.

[3] Die richterlichen Behörden können Verhandlungen an einem anderen Ort durchführen als ihrem Sitz, wenn die Umstände dies rechtfertigen.

Art. 3 Konstituierung und Beschlussfassung

[1] Unter Vorbehalt der Befugnisse des Wahlorgans konstituieren sich die Gerichte selbst.

[2] Die Leitungsorgane der Gerichte nehmen Abstimmungen und Wahlen offen vor. Verlangt ein Mitglied eine geheime Abstimmung oder Wahl, ist diesem Begehren zu entsprechen. Bei Stimmengleichheit steht der Präsidentin oder dem Präsidenten der Stichentscheid zu; bei Wahlen entscheidet das Los.

[3] Die Mitglieder der Leitungsorgane der Gerichte können sich an Abstimmungen und Wahlen auf elektronischem Weg beteiligen. Das Obergericht regelt die Einzelheiten nach Anhörung der Regionalgerichte in einer Verordnung.

Art. 4 Zugriff auf das zentrale Personen- und Objektregister

[1] Die richterlichen Behörden haben Zugriff auf die Daten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

[2] Der Datenzugriff kann durch ein Abrufverfahren erfolgen.

[3] Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnerregister und weitere Personen- und Objektregister[1)].

[1)] BR 171.200

Art. 5 Verfahrenskosten, Geldstrafen und Bussen

[1] Die richterlichen Behörden erheben für ihre Tätigkeit von den Parteien Verfahrenskosten gemäss den massgeblichen Verfahrensvorschriften und Gebührenverordnungen.

[2] Die von den Gerichten ausgesprochenen Geldstrafen und Bussen fallen in die Kasse des in erster Instanz zuständigen Gerichts.

Art. 6 Finanz- und Rechnungswesen

[1] Jedes Gericht führt das Finanz- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen des kantonalen Finanzhaushaltsrechts.

[2] Das Budget und die Jahresrechnung des Obergerichts und der Regionalgerichte umfassen auch die Einnahmen und Ausgaben der Schlichtungsbehörden, die ihnen angegliedert sind.

[3] Das Obergericht regelt die kreditmässige Entscheidkompetenz und weitere Einzelheiten zum Finanz- und Rechnungswesen der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden in einer Verordnung. Das für die Finanzen zuständige Departement, die Finanzkontrolle, die Regionalgerichte und die Schlichtungsbehörden sind vorgängig anzuhören.

[4] Nach Rücksprache mit dem für die Finanzen zuständigen Departement kann das Obergericht Aufgaben des Finanz- und Rechnungswesens gegen Entschädigung der Finanzverwaltung übertragen.

Art. 7 Mitarbeitende der richterlichen Behörden

[1] Die richterlichen Behörden verfügen über die Mitarbeitenden, die sie für eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung benötigen.

[2] Das Obergericht beantragt beim Grossen Rat die erforderlichen Mittel für die Mitarbeitenden des Obergerichts, des Justizgerichts und der weiteren richterlichen Behörden. Es hört die betroffenen Behörden vorgängig an.

[3] Das Obergericht reiht die Stellen der Mitarbeitenden des Obergerichts, des Justizgerichts und der weiteren richterlichen Behörden in die Funktionsklassen nach kantonalem Personalrecht ein. Es holt vor der Einreihung der Stellen die Stellungnahme des kantonalen Personalamts ein und hört die betroffenen Behörden an.

[4] Die Anstellung und die Kündigung der Mitarbeitenden sowie die Ausübung der aus dem öffentlich-rechtlichen Arbeitsvertrag fliessenden Rechte und Pflichten obliegen der richterlichen Behörde, für welche die Mitarbeitenden tätig sind.

2.2. VERFAHREN

Art. 8 Verfahrenssprache

[1] Die Verfahrenssprachen der richterlichen Behörden richten sich nach dem Sprachengesetz des Kantons Graubünden[1)].

Art. 9 Verfahrensleitung

[1] Die Vorsitzenden oder die von ihnen bezeichneten Richterinnen oder Richter leiten als Instruktionsrichterinnen oder Instruktionsrichter die Verfahren bis zum Endentscheid und treffen nötigenfalls vorsorgliche Entscheide.

[2] Sie schreiben das Verfahren als erledigt ab, wenn im Laufe des Verfahrens das rechtserhebliche Interesse an einem Entscheid insbesondere wegen Rückzugs, Anerkennung oder Vergleichs wegfällt.

Art. 10 Beschlussfähigkeit

[1] Zur gültigen Beratung und Beschlussfassung müssen die richterlichen Behörden vollzählig besetzt sein.

[2] Nur bei unvorhergesehenem Ausbleiben oder Ausscheiden einzelner Richterinnen und Richter kann, sofern keine Partei die Ergänzung verlangt, vor Fünfergerichten gültig verhandelt werden, wenn wenigstens drei, sowie vor Dreiergerichten, wenn wenigstens zwei Richterinnen oder Richter Einsitz nehmen.

Art. 11 Stimmabgabe

[1] Bei der Entscheidfällung ist jedes Mitglied der richterlichen Behörden zur Stimmabgabe verpflichtet.

[2] Die richterlichen Behörden nehmen Abstimmungen offen vor.

[3] Bei Stimmengleichheit steht der oder dem Vorsitzenden der Stichentscheid zu.

Art. 12 Zirkularentscheide

[1] Die Gerichte können auf dem Zirkularweg entscheiden.

[2] Zirkularentscheide bedürfen der Einstimmigkeit. Jede Richterin und jeder Richter kann eine mündliche Beratung verlangen.

Art. 13 Entscheidausfertigung

[1] Entscheide der Schlichtungsbehörden unterzeichnet die oder der Vorsitzende.

[2] Entscheide der Gerichte unterzeichnen die oder der Vorsitzende und die Aktuarin oder der Aktuar. Unter Einhaltung der bundesrechtlichen Vorgaben kann die Geschäftsordnung eine abweichende Unterschriftenregelung vorsehen.

[1)] BR 492.100

Art. 14 Aktuariat

[1] Die Aktuarinnen und Aktuare wirken gemäss den Instruktionen der oder des Vorsitzenden in richterlichen Verfahren mit. Sie haben bei der Entscheidfindung beratende Stimme.

[2] Die richterlichen Behörden können den Aktuarinnen und Aktuaren weitere Aufgaben übertragen.

Art. 15 Amtsgeheimnis

[1] Tatsachen, von denen Mitglieder der richterlichen Behörden sowie deren Mitarbeitende in einem Gerichts- oder Schlichtungsverfahren Kenntnis erhalten, sind geheim zu halten.

[2] Das Amtsgeheimnis gilt auch für Sachverständige, Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie weitere Personen, die von den richterlichen Behörden für Gerichts- oder Schlichtungsverfahren beigezogen werden. Die oder der Vorsitzende hat diese Personen auf die Schweigepflicht und die Folgen bei deren Verletzung aufmerksam zu machen.

[3] Personen gemäss Absatz 1 und Absatz 2 dürfen sich nur zu Tatsachen äussern, von denen sie in einem Gerichts- oder Schlichtungsverfahren Kenntnis erhalten haben, oder Akten aus solchen Verfahren herausgeben, wenn das Obergericht sie vom Amtsgeheimnis entbunden hat. Vorbehalten bleiben behördliche Anzeige-, Melde- und Mitwirkungspflichten sowie behördliche Anzeige-, Melde- und Mitwirkungsrechte.

2.3. ÖFFENTLICHKEIT

Art. 16 Gerichtsverhandlungen

[1] Zeitpunkt und Gegenstand der Gerichtsverhandlungen sind der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

[2] Die Gerichtsverhandlungen sind mit Ausnahme der Beratungen öffentlich.

[3] Die Öffentlichkeit wird von der oder dem Vorsitzenden ganz oder teilweise von den Verhandlungen ausgeschlossen, wenn:

a) abweichende gesetzliche Vorschriften bestehen;
b) dies aus wichtigen Gründen erforderlich ist, namentlich zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit oder eines schutzwürdigen Interesses einer beteiligten Person.

[4] Bild- und Tonaufnahmen der Gerichtsverhandlungen sind untersagt.

[5] Die Parteien und Rechtsvertreterinnen oder Rechtsvertreter haben zu den Verhandlungen in korrekter Kleidung zu erscheinen, welche die Würde des Gerichts respektiert.

Art. 17 Gerichtsentscheide

[1] Die Gerichte machen ihre Entscheide in geeigneter Form der Öffentlichkeit zugänglich.

[2] Das Obergericht publiziert seine Entscheide in der Regel. Entscheidet es über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht einstimmig, kann der Spruchkörper beschliessen, die begründete Minderheitsmeinung in den Anhang eines Entscheids aufzunehmen.

Art. 18 Information

[1] Das Obergericht regelt in einer Verordnung die Information der Öffentlichkeit durch die richterlichen Behörden.

[2] In dieser Verordnung kann es die Zulassung sowie die Rechte und Pflichten der Gerichtsberichterstatterinnen und Gerichtsberichterstatter regeln sowie für den Widerhandlungsfall Sanktionen vorsehen.

2.4. BESCHÄFTIGUNGSRECHTLICHE STELLUNG DER MITGLIEDER DER RICHTERLICHEN BEHÖRDEN

Art. 19 Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die Rechtsprechungstätigkeit üben die haupt- und nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden aus.

[2] Hauptamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden sind:

a) die ordentlichen und ausserordentlichen Oberrichterinnen und Oberrichter;
b) die ordentlichen und ausserordentlichen Regionalrichterinnen und Regionalrichter, die zu einem im Voraus festgelegten Teil- oder Vollpensum tätig sind;
c) die Vermittlerinnen und Vermittler.

[3] Nebenamtliche Mitglieder der richterlichen Behörden sind:

a) die Präsidentin oder der Präsident sowie die weiteren Mitglieder des Justizgerichts und deren Stellvertretungen;
b) die Regionalrichterinnen und Regionalrichter, die zu einem Teilpensum tätig sind, das von der Geschäftslast abhängig ist;
c) die Stellvertretungen der Vermittlerinnen und Vermittler;
d) die weiteren Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen und ihre Stellvertretungen;
e) die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen und ihre Stellvertretungen.

Art. 20 Amtseid oder Handgelübde

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden legen vor ihrem Amtsantritt einen Amtseid oder ein Handgelübde auf gewissenhafte Pflichterfüllung ab.

[2] Es leisten den Amtseid oder das Handgelübde:

a) die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts vor dem Grossen Rat;
b) die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder des Obergerichts vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts;
c) die Präsidentin oder der Präsident des Justizgerichts vor dem Grossen Rat;
d) die weiteren Mitglieder des Justizgerichts vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des Justizgerichts;
e) die Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalgerichte vor dem Obergericht (Gesamtgericht);
f) die Mitglieder der Regionalgerichte vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des jeweiligen Regionalgerichts;
g) die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen sowie ihre Stellvertretungen vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts;
h) die Mitglieder der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörden für Mietsachen sowie ihre Stellvertretungen vor der Präsidentin oder dem Präsidenten des Regionalgerichts, dem sie angegliedert sind.

[3] Amtseid und Handgelübde haben folgenden Wortlaut: "Sie als gewählte Präsidentin / gewählter Präsident (gewählte Richterin / gewählter Richter, gewähltes Mitglied) des (Ober-, Justiz-, Regionalgerichts / der Schlichtungsbehörde) schwören zu Gott (geloben), alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." "Ich schwöre (gelobe) es."

Art. 21 Besoldung
1. Oberrichterinnen und Oberrichter

[1] Der Jahreslohn, einschliesslich des 13. Monatslohns, beträgt bei einem Vollpensum für:

a) die Präsidentin oder den Präsidenten des Obergerichts 107 Prozent des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht;
b) die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission 105 Prozent des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht;
c) die restlichen Oberrichterinnen und Oberrichter 103 Prozent des Maximums der höchsten Gehaltsklasse nach kantonalem Personalrecht.

[2] Ist eine Oberrichterin oder ein Oberrichter im Teilpensum tätig, wird der Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

Art. 22 2. Weitere hauptamtliche Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Das Obergericht reiht die Stellen der weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden in die Funktionsklassen nach kantonalem Personalrecht ein. Es holt vor der Einreihung der Stellen die Stellungnahme des kantonalen Personalamts ein.

[2] Der Lohn der weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden entspricht dem Maximum der massgeblichen Funktionsklasse.

[3] Sind die weiteren hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden im Teilpensum tätig, wird der Lohn im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

Art. 23 3. Nebenamtliche Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden werden für die richterliche Tätigkeit entlöhnt in Form:

a) eines Taggelds oder einer Mitwirkungsvergütung, wenn sie an einem Zirkularentscheid beteiligt sind;
b) einer Zulage, wenn sie ein Verfahren leiten.

[2] Der Anspruch auf Entlöhnung entsteht mit der Zuteilung eines Geschäfts. Fällt ein Geschäft dahin oder kann ein nebenamtliches Mitglied einer richterlichen Behörde aus persönlichen Gründen nicht mitwirken, ist die Entlöhnung zu kürzen.

[3] Das Obergericht bestimmt die Höhe des Taggelds, der Mitwirkungsvergütung und der Zulagen sowie die weiteren Einzelheiten der Entlöhnung der nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden in einer Verordnung. Es kann von den in Artikel 70 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden[1)] vorgesehenen Ansätzen abweichen.

Art. 24 Entschädigung
1. Bei Nichtwiederwahl

[1] Das Obergericht kann einem hauptamtlichen Mitglied einer richterlichen Behörde auf dessen Antrag hin eine Entschädigung von maximal zwölf Monatslöhnen zusprechen, wenn es vor dem vollendeten 65. Altersjahr ohne sachlichen Grund nicht wiedergewählt wird.

[2] Das Obergericht berücksichtigt bei dieser Entscheidung insbesondere das Alter, die berufliche und persönliche Situation des nicht wiedergewählten Mitglieds, die Dauer der Amtstätigkeit und die Umstände der Nichtwiederwahl.

[3] Anzurechnen an die Entschädigung sind die Erwerbseinkünfte und die Erwerbsersatzeinkünfte, die das nicht wiedergewählte Mitglied der richterlichen Behörde in den zwölf Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt erhält.

[4] Das betroffene Mitglied und die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates können Entscheide betreffend die Entschädigung bei Nichtwiederwahl innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Justizgericht anfechten.

Art. 25 2. Bei Rücktritt

[1] Die Aufsichtsbehörde kann einem hauptamtlichen Mitglied einer richterlichen Behörde auf dessen Antrag hin eine Entschädigung von maximal sechs Monatslöhnen zusprechen, wenn es während oder nach einer in einem dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren durchgeführten Mediation zurücktritt.

[1)] BR 170.400

[2] Die Entschädigung ist von der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates zu genehmigen, wenn sie von einem Gericht festgelegt wird.

[3] Der Entscheid der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates genügt als Grundlage für die Ausgabe. Ein Nachtragskredit ist nicht nötig.

Art. 26 Ferien

[1] Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden erhalten jährlich eine Woche mehr Ferien als die kantonalen Mitarbeitenden derselben Altersgruppe.

[2] Auf das nächste Kalenderjahr dürfen höchstens zehn Ferientage übertragen werden.

[3] Eine finanzielle Abgeltung nicht bezogener Ferientage ist ausgeschlossen.

Art. 27 Rücktritt

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden können unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist auf Ende jedes Monats schriftlich vom Richteramt zurücktreten. Teilrücktritte sind nur unter den in diesem Gesetz vorgesehenen Voraussetzungen zulässig.

[2] Die Rücktrittserklärung richten:

a) die Mitglieder des Obergerichts sowie des Justizgerichts an die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates;
b) die Mitglieder der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen an das Obergericht;
c) die Mitglieder der Vermittlerämter und der Schlichtungsbehörden für Mietsachen an das jeweilige Regionalgericht.

Art. 28 Eignung

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden eignen sich für das Richteramt.

[2] Hauptamtliche Mitglieder der Gerichte verfügen über eine abgeschlossene juristische Ausbildung und in der Regel über ein Anwaltspatent, Vermittlerinnen und Vermittler über eine abgeschlossene juristische Ausbildung und in der Regel über eine Mediationsausbildung.

[3] Bei der Wahl der Mitglieder der richterlichen Behörden sind die Verfahrenssprachen der jeweiligen richterlichen Behörde gebührend zu berücksichtigen.

[4] Das Obergericht kann die notwendigen Ausführungsbestimmungen erlassen.

Art. 29 Verlust der Eignung

[1] Verliert ein Mitglied einer richterlichen Behörde durch die Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit während der Amtsdauer ganz oder teilweise die Fähigkeit, das Richteramt auszuüben, endet dieses:

a) bei arbeitsplatzbezogener Unfähigkeit, wenn das Mitglied die richterliche Tätigkeit aus diesem Grund während zwölf Monaten nicht ausgeübt hat;

b) in den übrigen Fällen, wenn das Mitglied einer richterlichen Behörde bei rechtzeitiger Geltendmachung eine Invalidenrente gemäss dem Bundesgesetz über die Invalidenversicherung[1)] beanspruchen kann, spätestens jedoch 24 Monate nach Eintritt der ganzen oder teilweisen Arbeitsunfähigkeit.

Art. 30 Unvereinbarkeit
1. Nebenbeschäftigung

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung, die Unabhängigkeit oder das Ansehen der richterlichen Behörde, der sie angehören, beeinträchtigen könnte.

[2] Die Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen insbesondere nicht:

a) Personen vor der richterlichen Behörde vertreten, der sie angehören;
b) Personen in Verfahren vertreten, die bei einem Weiterzug durch die richterliche Behörde zu beurteilen sind, der sie angehören;
c) für eine Behörde tätig sein, deren Handlungen oder Entscheide im Streitfall durch die richterliche Behörde zu beurteilen sind, der sie angehören. Ausnahmen können gesetzlich vorgesehen werden.

[3] Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen zudem insbesondere nicht:

a) ein anderes Amt oder eine andere Erwerbstätigkeit ausüben, wenn sie die richterliche Tätigkeit im Vollpensum ausüben. Ausnahmen können gesetzlich vorgesehen oder bewilligt werden;
b) ein anderes Amt oder eine andere Erwerbstätigkeit ausüben, die zusammen mit der richterlichen Tätigkeit, die sie im Teilpensum ausüben, mehr als ein Vollpensum ergibt. Ausnahmen können gesetzlich vorgesehen oder bewilligt werden.

[4] Bewilligungspflichtig sind Nebenbeschäftigungen, wenn:

a) sie die Möglichkeit einer Unvereinbarkeit in sich bergen;
b) es sich um ein anderes Amt oder eine andere Erwerbstätigkeit handelt, die zusammen mit dem Richteramt mehr als ein Vollpensum ergibt;
c) dafür Arbeitszeit in Anspruch genommen wird.

[5] Das Obergericht regelt die Einzelheiten zu den untersagten und bewilligungspflichtigen Nebenbeschäftigungen sowie zum Bewilligungsverfahren in einer Verordnung.

Art. 31 2. In der Person

[1] Derselben richterlichen Behörde dürfen nicht gleichzeitig als Mitglieder angehören:

a) Personen, die miteinander verheiratet sind;
b) Personen, die in gerader Linie oder bis zum dritten Grad in der Seitenlinie miteinander verwandt sind;
c) Personen, die in gerader Linie oder bis zum dritten Grad in der Seitenlinie miteinander verschwägert sind.

[1)] SR 831.20

[2] Die Ausschlussgründe für Verheiratete gelten für eingetragene Partnerschaften und faktische Lebensgemeinschaften sinngemäss.

[3] Die Ausschlussgründe bestehen nach Auflösung der Ehe, der eingetragenen Partnerschaft oder der faktischen Lebensgemeinschaft fort.

[4] Die Wahl ist für diejenige Person gültig, die bisher im Amt war oder bei gleichzeitiger Neuwahl mehr Stimmen auf sich vereinigt. Bei einer stillen Wahl entscheidet das Los über den Vorrang.

Art. 32 Arbeitszeit
1. Hauptamtliche Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die wöchentliche Arbeitszeit für die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden beträgt im Jahresdurchschnitt bei einem Vollpensum 42 Stunden.

[2] Sind die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden in einem Teilpensum tätig, reduziert sich die Arbeitszeit entsprechend dem Beschäftigungsgrad.

[3] Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden sind von der Arbeitszeiterfassung befreit.

Art. 33 2. Nebenamtliche Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die Arbeitszeit der nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden richtet sich nach der Geschäftslast.

[2] Sie haben die Arbeitszeit zu erfassen, soweit dies für ihre Entlöhnung erforderlich ist.

Art. 34 Informationspflicht
1. Interessenbindungen

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden informieren das Obergericht bei Amtsantritt über:

a) erwerbliche Haupt- und Nebenbeschäftigungen;
b) Tätigkeiten in Führungs- und Aufsichtsgremien von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts;
c) dauernde Leitungs- und Beratungsfunktionen von Personen und Interessengruppen;
d) die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.

[2] Die Mitglieder der richterlichen Behörden teilen dem Obergericht zu Beginn des Amtsjahrs mit, wenn sich ihre Situation in Bezug auf eine oder mehrere der in Absatz 1 genannten Tätigkeiten geändert hat.

[3] Das Obergericht sorgt für die Einhaltung der Offenlegungspflichten. Es erstellt ein Register über die Interessenbindungen und veröffentlicht dieses. Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.

Art. 35 2. Strafverfahren

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden haben die Aufsichtsbehörde umgehend über Strafverfahren zu informieren, die während der Amtsdauer eröffnet werden und zu einem Eintrag ins Strafregister führen könnten, der im Privatauszug ersichtlich ist.

Art. 36 Wohnsitz

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden nehmen spätestens beim Amtsantritt Wohnsitz im Kanton.

Art. 37 Altersgrenze

[1] Die hauptamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen das Richteramt längstens bis zum Ende des Jahres ausüben, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden.

[2] Die nebenamtlichen Mitglieder der richterlichen Behörden dürfen das Richteramt längstens bis zum Ende des Jahres ausüben, in dem sie das 70. Altersjahr vollenden.

Art. 38 Ergänzende Regelungen

[1] Soweit keine abweichenden Bestimmungen existieren und es mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar ist, gelten für das Beschäftigungsverhältnis der Mitglieder der richterlichen Behörden die Regelungen des kantonalen Personalrechts sinngemäss.

3. Gerichtsbehörden

3.1. OBERGERICHT

3.1.1. Allgemeine Organisation

Art. 39 Abteilungen

[1] Das Gesamtgericht bestellt für die Rechtsprechungstätigkeit Abteilungen. Es kann diese in Kammern unterteilen.

[2] Die Zusammensetzung der Abteilungen und allfälliger Kammern ist öffentlich bekannt zu geben.

Art. 40 Besetzung

[1] Das Obergericht entscheidet in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[2] Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung entscheidet das Obergericht in der Besetzung mit fünf Richterinnen und Richtern.

[3] Ist ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet, entscheidet die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz.

[4] Auf Anordnung der oder des Vorsitzenden entscheidet das Obergericht in Dreierbesetzung über Angelegenheiten, für die eine einzelrichterliche Zuständigkeit vorgesehen ist, sowie in Fünferbesetzung über Angelegenheiten, für die eine Dreierbesetzung vorgesehen ist.

[5] Das Gesetz kann für bestimmte Bereiche eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen.

Art. 41 Stellvertretung

[1] Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in anderen Abteilungen verpflichtet.

[2] Kann das Obergericht wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht vollzählig besetzt werden, bezeichnet die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates die Stellvertretung aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte, die Verfahren in denselben Sprachen führen wie das zu ersetzende Mitglied.

Art. 42 Gerichtsverwaltung
1. Gesamtgericht

[1] Dem Gesamtgericht gehören die ordentlichen Mitglieder an.

[2] Ihm obliegen:

a) der Erlass von Gerichtsverordnungen;
b) die Verabschiedung des Budgets, der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts des Obergerichts sowie der unter seiner Aufsicht stehenden richterlichen Behörden zuhanden des Grossen Rates;
c) die Verabschiedung von Anträgen zuhanden des Grossen Rates, mit denen die Regierung beauftragt werden soll, die Justizverwaltung betreffende Gesetzes- oder Verfassungsvorlagen auszuarbeiten;
d) die Bestellung der Abteilungen und allfälliger Kammern;
e) die Ernennung der Abteilungs- und allfälliger Kammervorsitzenden und der Stellvertretungen;
f) die Wahl der weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission und der anderen vom Obergericht zu wählenden Personen;
g) die Koordination der Rechtsprechung unter den Abteilungen;
h) die Beantragung der Amtsenthebung von Mitgliedern des Obergerichts;
i) die Anstellung und Entlassung der festangestellten Mitarbeitenden;
j) die Verabschiedung von Vernehmlassungen;
k) weitere Aufgaben, die ihm durch Gesetz oder Verordnung übertragen werden.

[3] Beschlüsse des Gesamtgerichts sind gültig, wenn an der Sitzung oder am Zirkularverfahren mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Gesamtgerichts mitwirken.

Art. 43 2. Verwaltungskommission

[1] Der Verwaltungskommission gehören die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und höchstens drei weitere Mitglieder des Obergerichts an. Mindestens ein Mitglied der Verwaltungskommission ist romanischer oder italienischer Muttersprache.

[2] Die weiteren Mitglieder der Verwaltungskommission werden jeweils nach den Erneuerungswahlen für vier Jahre aus dem Kreis der ordentlichen Richterinnen und Richter gewählt. Eine einmalige Wiederwahl ist zulässig.

[3] Die Verwaltungskommission nimmt alle Aufgaben der Justizverwaltung wahr, die keinem anderen Organ zugewiesen sind. Ihr obliegen insbesondere:

a) die Fällung dienstaufsichtsrechtlicher Entscheide gegen Mitglieder des Obergerichts, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist;
b) die Aufsicht und Oberaufsicht über die richterlichen Behörden sowie deren Mitglieder, soweit nicht das Gesamtgericht zuständig ist und diese Aufgaben in der Geschäftsordnung nicht einem anderen Gremium oder dem Präsidium übertragen werden;
c) die Fällung von Personalentscheiden, soweit nicht das Gesamtgericht zuständig ist;
d) das Recht, im Rahmen des genehmigten Budgets Verpflichtungen einzugehen, soweit diese Ausgabenkompetenz in der Geschäftsordnung nicht dem Präsidium oder der Generalsekretärin oder dem Generalsekretär übertragen wird.

[4] Beschlüsse der Verwaltungskommission sind gültig, wenn an der Sitzung oder am Zirkularverfahren mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Verwaltungskommission mitwirken.

Art. 44 3. Präsidium

[1] Die Präsidentin oder der Präsident:

a) vertritt das Obergericht gegen aussen;
b) hat den Vorsitz im Gesamtgericht und in der Verwaltungskommission;
c) bereitet die Geschäfte für das Gesamtgericht und die Verwaltungskommission vor;
d) setzt die Entscheide der Leitungsorgane der Gerichte um;
e) erfüllt weitere Aufgaben, die ihr oder ihm durch Gesetz oder Verordnung übertragen werden.

[2] Ist die Präsidentin oder der Präsident verhindert, wird sie oder er durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten vertreten. Ihr oder ihm stehen die Präsidialaufgaben und -zuständigkeiten zu.

Art. 45 Geschäftsordnung

[1] Das Obergericht regelt seine Organisation und Geschäftsführung in einer Geschäftsordnung.

3.1.2. Richterinnen und Richter

Art. 46 Bestand

[1] Das Obergericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten und den weiteren hauptamtlichen Mitgliedern, die für eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung erforderlich sind. Der Gesamtstellenumfang beträgt mindestens elf Vollzeitäquivalente.

[2] Der Grosse Rat legt jeweils vor den Erneuerungswahlen den Gesamtstellenumfang fest. An den Mindestbeschäftigungsgrad von 50 Stellenprozent ist er nicht gebunden.

[3] Kann das Obergericht die ordentliche Geschäftslast nicht mit dem bei den Erneuerungswahlen festgelegten Gesamtstellenumfang bewältigen, erhöht der Grosse Rat die Dotierung im erforderlichen Umfang.

[4] Tritt eine Oberrichterin oder ein Oberrichter zurück oder tritt sie oder er nicht zur Wiederwahl an, prüft der Grosse Rat, ob auf eine Neubesetzung ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

Art. 47 Anzahl und Beschäftigungsgrad

[1] Der Grosse Rat legt vor der Wahl auf Antrag des Obergerichts die Anzahl der Oberrichterinnen und Oberrichter und deren Beschäftigungsgrad fest.

[2] Als Präsidentin oder Präsident und als Vizepräsidentin oder Vizepräsident können nur Personen gewählt werden, die das Richteramt mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 80 Stellenprozent ausüben. Die übrigen Oberrichterinnen und Oberrichter sind mindestens mit einem Beschäftigungsgrad von 50 Stellenprozent tätig, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist.

[3] Der Grosse Rat kann nach Anhörung des Obergerichts Stellen, für die sich kein amtierendes Mitglied zur Wiederwahl stellt, in teilzeitliche Stellen mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 50 Stellenprozent aufteilen. Das Vorgehen gilt sinngemäss für Ergänzungs- und Ersatzwahlen sowie für Teilrücktritte.

Art. 48 Änderung des Beschäftigungsgrads aufgrund Geburt oder Adoption

[1] Die Mitglieder des Obergerichts, die aufgrund Geburt oder Adoption Eltern werden, haben Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads um höchstens 20 Stellenprozent. Der Beschäftigungsgrad darf nicht unter 50 Stellenprozent fallen.

[2] Der Anspruch auf Reduktion ist spätestens innert sechs Monaten nach der Begründung des Kindesverhältnisses geltend zu machen.

[3] Reduziert ein Mitglied den Beschäftigungsgrad, kann das Obergericht den Beschäftigungsgrad eines oder mehrerer anderer Mitglieder mit deren Zustimmung im entsprechenden Umfang erhöhen.

[4] Können die infolge der Änderung des Beschäftigungsgrads freiwerdenden Stellenprozente gerichtsintern nicht besetzt werden, schafft der Grosse Rat eine neue Richterstelle und besetzt diese.

[5] Die Beschäftigung in reduziertem Umfang kann aufgenommen werden, sobald ein anderes Mitglied seine Tätigkeit im Umfang der Reduktion ausgedehnt oder neu aufgenommen hat, spätestens jedoch auf den 1. des Monats nach Ablauf eines Jahres seit der Begründung des Kindesverhältnisses.

Art. 49 Änderung des Beschäftigungsgrads während der Amtsdauer

[1] Das Obergericht kann während der Amtsdauer den Beschäftigungsgrad der Oberrichterinnen und Oberrichter mit der Zustimmung der betroffenen Person längstens bis zum Ende der Amtsdauer ändern. Der Gesamtstellenumfang darf nicht überschritten werden.

[2] Das Obergericht hat eine Ergänzungswahl zu beantragen, wenn durch die Änderung des Beschäftigungsgrads eines oder mehrerer Mitglieder eine Stelle mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 50 Stellenprozent frei wird. Der Antrag des Obergerichts beinhaltet die für die Änderung der Beschäftigungsgrade erforderlichen Teilrücktrittserklärungen.

[3] Wird der Gesamtstellenumfang infolge von Änderungen der Beschäftigungsgrade um weniger als 50 Stellenprozent unterschritten, trifft das Obergericht die Massnahmen, die erforderlich sind, um weiterhin eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung gewährleisten zu können. Die Kosten für diese Massnahmen dürfen nicht höher sein als die Einsparungen, die das Obergericht durch die Änderung des Beschäftigungsgrads eines oder mehrerer Mitglieder erzielt.

Art. 50 Wahlverfahren
1. Grundsatz

[1] Der Grosse Rat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder des Obergerichts in getrennten Wahlgängen.

[2] Ausgeschlossen ist:

a) die unmittelbare Wiederwahl als Präsidentin oder als Präsident, wenn sie oder er diese Funktion während der ganzen vorausgegangenen Amtsdauer ausgeübt hat;
b) die Wahl der amtierenden Präsidentin oder des amtierenden Präsidenten als Vizepräsidentin oder als Vizepräsident;
c) die unmittelbare Wiederwahl als Vizepräsidentin oder als Vizepräsident, wenn sie oder er diese Funktion während der ganzen vorausgegangenen Amtsdauer ausgeübt hat.

[3] Das Mehr, welches für eine Wahl erreicht werden muss, berechnet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden[1)]. Im Übrigen richtet sich das Wahlverfahren nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates[2)], soweit in diesem Gesetz nichts anderes vorgesehen ist.

[1)] BR 150.100
[2)] BR 170.140

Art. 51 2. Ergänzungs- und Ersatzwahl

[1] Ist eine neue Stelle zu besetzen oder stellen sich nicht alle amtierenden Mitglieder des Obergerichts zur Wiederwahl, schreibt die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates die Stelle öffentlich aus.

[2] In der Stellenausschreibung wird auf die Fraktion hingewiesen, welche die zu besetzende Stelle rechnerisch beanspruchen kann.

[3] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates prüft die Kandidierenden auf ihre persönliche und fachliche Eignung. Sie kann das Obergericht oder andere Organe einbeziehen.

[4] Die Kommission teilt dem Grossen Rat mit, wenn sie eine Kandidatin oder einen Kandidaten für nicht geeignet hält.

Art. 52 3. Wiederwahl

[1] Die Mitglieder des Obergerichts teilen der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates und dem Obergericht anderthalb Jahre vor Ablauf der Amtsdauer mit, dass sie ihren Beschäftigungsgrad bei einer Wiederwahl ändern möchten.

[2] Das Obergericht informiert die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates über die dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren, die es während der Amtsdauer gegen Mitglieder des Obergerichts durchgeführt oder eröffnet hat.

[3] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates kann die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts prüfen.

[4] Beabsichtigt die Kommission, ein sich zur Wiederwahl stellendes Mitglied des Obergerichts als ungeeignet einzustufen, hat sie dies der betroffenen Person rechtzeitig vor Ablauf der Amtsdauer mitzuteilen und ihr sowie dem Obergericht Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

[5] Die Kommission teilt dem Grossen Rat mit, wenn sie ein sich zur Wiederwahl stellendes Mitglied des Obergerichts für ungeeignet hält und übermittelt ihm die Stellungnahmen der betroffenen Person sowie des Obergerichts zur Kenntnisnahme.

[6] Die Fraktionen können die sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder zu Angelegenheiten der Justizverwaltung befragen, soweit sie deren Eignung betreffen.

Art. 53 Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter
1. Ausserordentliche Umstände

[1] Ausserordentliche Richterinnen und Richter können gewählt werden:

a) für die Dauer der Verhinderung, wenn eine Richterin oder ein Richter infolge der Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert ist;
b) für höchstens zwei Jahre, wenn das Obergericht wegen einer ausserordentlich hohen Geschäftslast nicht mehr in der Lage ist, Rechtsstreitigkeiten innert angemessener Frist zu erledigen, oder wenn ein solcher Zustand wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Geschäftslast einzutreten droht.

Art. 54 2. Persönliche und fachliche Voraussetzungen

[1] Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gelten die Regelungen zur Unvereinbarkeit in der Person, zur Wohnsitzpflicht, zur Altersgrenze und zum Fraktionsproporz nicht.

[2] Mitglieder der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden sowie Aktuarinnen und Aktuare sind als ausserordentliche Richterinnen und Richter wählbar.

[3] Im Übrigen gelten für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen wie für die ordentlichen Richterinnen und Richter.

Art. 55 3. Zuständigkeit und Verfahren

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates ist abschliessend für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern zuständig.

[2] Sie legt mit der Zuwahl die Anzahl der ausserordentlichen Richterinnen und Richter, deren Beschäftigungsgrad und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses fest. Ein Nachtragskredit ist nicht nötig.

[3] Das Zuwahlverfahren kann auf Antrag des Obergerichts oder von Amtes wegen eingeleitet werden.

[4] Bei zeitlicher Dringlichkeit kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, wenn eine qualitativ gute Besetzung gewährleistet ist.

[5] Im Übrigen gelten Artikel 50 Absatz 3 und Artikel 51 für das Zuwahlverfahren sinngemäss.

3.1.3. Aktuariat

Art. 56 Bestand und Anstellungsvoraussetzungen

[1] Das Obergericht stellt die erforderliche Anzahl Aktuarinnen und Aktuare nach den personalrechtlichen Bestimmungen des Kantons an. Es legt den Arbeitsumfang fest.

[2] Als Aktuarin oder Aktuar kann angestellt werden, wer über eine abgeschlossene juristische Ausbildung und in der Regel über ein Anwaltspatent verfügt.

Art. 57 Nebenbeschäftigungen

[1] Aktuarinnen und Aktuare dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung, die Unabhängigkeit oder das Ansehen des Obergerichts beeinträchtigen könnte.

[2] Sie dürfen insbesondere nicht:

a) Parteien in Verfahren vertreten, die durch eine Abteilung des Obergerichts zu beurteilen sind, der sie zugeteilt sind;
b) Parteien in Verfahren vertreten, die bei einem Weiterzug durch eine Abteilung des Obergerichts zu beurteilen sind, der sie zugeteilt sind;

c) für eine Behörde tätig sein, deren Handlungen oder Entscheide im Streitfall durch eine Abteilung des Obergerichts zu beurteilen sind, der sie zugeteilt sind.

[3] Selbstständige und unselbstständige Erwerbstätigkeiten bedürfen einer Bewilligung des Obergerichts.

[4] Unentgeltliche Nebenbeschäftigungen sind dem Obergericht zu melden.

Art. 58 Aktuarinnen und Aktuare ad hoc

[1] Die Präsidentin oder der Präsident und die Abteilungsvorsitzenden entscheiden über den Beizug von Aktuarinnen und Aktuaren ad hoc.

[2] Sofern ihr Pensum am Obergericht über 40 Stellenprozent beträgt, gelten für sie bezüglich Nebenbeschäftigungen dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Aktuarinnen und Aktuare.

3.1.4. Generalsekretariat

Art. 59 Aufgaben

[1] Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär steht der Gerichtsverwaltung des Obergerichts vor. Sie oder er ist zuständig für das Personal-, Finanz- und Rechnungswesen sowie die Infrastruktur des Obergerichts.

[2] Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär nimmt an den Sitzungen des Gesamtgerichts und der Verwaltungskommission mit beratender Stimme teil. Sie oder er bereitet unter der Leitung der Präsidentin oder des Präsidenten die Geschäfte des Gesamtgerichts und der Verwaltungskommission vor und setzt diese gemeinsam mit der Präsidentin oder dem Präsidenten um.

3.2. KANTONALES ZWANGSMASSNAHMENGERICHT

Art. 60 Zusammensetzung und Stellung

[1] Das kantonale Zwangsmassnahmengericht besteht aus einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertretern.

[2] Das Zwangsmassnahmengericht ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

[3] Administrativ ist es einem Regionalgericht angegliedert. Es verfügt dort über eine Zustelladresse, kann die Infrastruktur des bezeichneten Regionalgerichts beanspruchen und dessen Mitarbeitende beiziehen.

Art. 61 Bezeichnung

[1] Der Grosse Rat bezeichnet die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts auf Antrag des Obergerichts aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte für die Dauer von vier Jahren.

[2] Die Zusammensetzung des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 62 Stellvertretung

[1] Kann die Einzelrichterin oder der Einzelrichter wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht durch eine Stellvertretung ersetzt werden, bezeichnet das Obergericht die Stellvertretung aus dem Kreis der hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte, die einer Strafkammer vorstehen und nicht dem kantonalen Zwangsmassnahmengericht angehören.

3.3. JUSTIZGERICHT

Art. 63 Zusammensetzung und Stellung

[1] Das Justizgericht besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten, zwei weiteren Mitgliedern sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertretern.

[2] Das Justizgericht ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

[3] Es kann ein Sekretariat und ein Aktuariat bestellen.

[4] Das Justizgericht legt seinen Sitz in der Geschäftsordnung fest. Dieser muss im Kanton Graubünden liegen.

[5] Der Sitz und die Zusammensetzung des Justizgerichts sind öffentlich bekannt zu geben.

Art. 64 Persönliche und fachliche Voraussetzungen

[1] Die Mitglieder des Justizgerichts dürfen:

a) keiner anderen richterlichen Behörde des Kantons Graubünden angehören;
b) nicht als Anwältinnen oder Anwälte im Kanton Graubünden praktizieren.

[2] Im Übrigen gelten für die Mitglieder des Justizgerichts dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen wie für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter des Obergerichts.

Art. 65 Wahl

[1] Der Grosse Rat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die weiteren Mitglieder und die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter des Justizgerichts in getrennten Wahlgängen.

[2] Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

[3] Die Artikel 50 bis Artikel 52 gelten für das Wahlverfahren sinngemäss.

Art. 66 Besetzung

[1] Das Justizgericht entscheidet in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[2] Ist ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet, entscheidet die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz.

Art. 67 Stellvertretung

[1] Kann das Justizgericht wegen Ausstands- oder Verhinderungsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates eine Stellvertretung bis zum rechtskräftigen Abschluss des entsprechenden Verfahrens oder bis zum voraussichtlichen Wegfall des Verhinderungsgrunds.

[2] Die Stellvertretung hat dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen zu erfüllen wie das zu ersetzende Mitglied.

Art. 68 Gerichtsverwaltung

[1] Die Präsidentin oder der Präsident führt das Justizgericht, überwacht dessen Geschäftstätigkeit und vertritt das Gericht gegen aussen.

[2] Sie oder er unterbreitet dem Grossen Rat das Budget sowie die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht zur Genehmigung.

[3] Im Grossen Rat werden das Budget sowie die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht des Justizgerichts von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Obergerichts vertreten.

Art. 69 Geschäftsordnung

[1] Das Justizgericht regelt seine Organisation und Geschäftsführung in einer Geschäftsordnung.

3.4. REGIONALGERICHTE

3.4.1. Allgemeine Organisation

Art. 70 Kammern

[1] Jedes Regionalgericht bestellt eine Zivil- und eine Strafkammer und gibt deren Zusammensetzung öffentlich bekannt.

Art. 71 Besetzung

[1] Die Regionalgerichte entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[2] Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung entscheiden sie in der Besetzung mit fünf Richterinnen und Richtern.

[3] Ist eine Eingabe offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet, entscheidet die oder der Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz.

[4] Auf Anordnung der oder des Vorsitzenden entscheiden die Regionalgerichte in Dreierbesetzung über Angelegenheiten, für die eine einzelrichterliche Zuständigkeit vorgesehen ist, sowie in Fünferbesetzung über Angelegenheiten, für die eine Dreierbesetzung vorgesehen ist.

[5] Das Gesetz kann für bestimmte Bereiche eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen.

Art. 72 Stellvertretung

[1] Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in der anderen Kammer verpflichtet.

[2] Kann ein Regionalgericht wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht vollzählig besetzt werden, kann das Obergericht es durch Mitglieder eines benachbarten Regionalgerichts ergänzen oder ein anderes Regionalgericht für zuständig erklären.

Art. 73 Gerichtsverwaltung
1. Gesamtgericht

[1] Dem Gesamtgericht des jeweiligen Regionalgerichts gehören die ordentlichen Mitglieder an.

[2] Ihm obliegen:

a) die Bestellung der Kammern;
b) die Ernennung der Kammervorsitzenden und der Stellvertretungen;
c) die Wahl der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten;
d) die Wahl des weiteren Mitglieds der Verwaltungskommission.

[3] Beschlüsse des Gesamtgerichts sind gültig, wenn an der Sitzung oder am Zirkularverfahren mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Gesamtgerichts mitwirken.

Art. 74 2. Verwaltungskommission

[1] Der Verwaltungskommission gehören die Präsidentin oder der Präsident, die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident und ein weiteres Mitglied an.

[2] Das weitere Mitglied wird jeweils nach den Erneuerungswahlen für vier Jahre aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder des jeweiligen Regionalgerichts gewählt. Ersatzwahlen sind möglich.

[3] Der Verwaltungskommission obliegen:

a) der Erlass der Geschäftsordnung;
b) die Verabschiedung des Budgets und der Jahresrechnung zuhanden des Obergerichts;
c) die Koordination der Rechtsprechung unter den Kammern;

d) die Fällung von dienstaufsichtsrechtlichen Entscheiden gegen Mitglieder des Regionalgerichts, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist;
e) die Aufsicht über das Vermittleramt und die Schlichtungsbehörde für Mietsachen sowie deren Mitgliedern, soweit diese Aufgabe in der Geschäftsordnung nicht dem Präsidium übertragen wird;
f) die Wahl der vom Regionalgericht zu wählenden Personen, soweit nicht das Gesamtgericht zuständig ist;
g) die Anstellung und Entlassung der festangestellten Mitarbeitenden;
h) weitere Aufgaben, die ihr durch Gesetz oder Verordnung übertragen werden.

[4] Beschlüsse der Verwaltungskommission sind gültig, wenn an der Sitzung oder am Zirkularverfahren mindestens zwei Mitglieder der Verwaltungskommission mitwirken.

Art. 75 3. Präsidium

[1] Die Präsidentin oder der Präsident nimmt alle Aufgaben der Justizverwaltung wahr, die keinem anderen Organ zugewiesen sind.

[2] Der Präsidentin oder dem Präsidenten obliegen insbesondere:

a) die Vertretung des Regionalgerichts gegen aussen;
b) der Vorsitz in der Verwaltungskommission;
c) die Vorbereitung der Geschäfte für die Verwaltungskommission;
d) die Fällung personalrechtlicher Entscheide, soweit nicht die Verwaltungskommission zuständig ist;
e) das Recht, im Rahmen des genehmigten Budgets Verpflichtungen einzugehen;
f) die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anordnungen des Obergerichts;
g) die Umsetzung der Beschlüsse des Gesamtgerichts, der Verwaltungskommission sowie des Präsidiums.

[3] Ist die Präsidentin oder der Präsident verhindert, wird sie oder er durch die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten vertreten. Ihr oder ihm stehen die Präsidialaufgaben und -zuständigkeiten zu.

Art. 76 Aktuariat

[1] Aktuarinnen und Aktuaren ist es untersagt, an demselben Gericht gleichzeitig nebenamtliche Richterin oder nebenamtlicher Richter zu sein.

[2] Sofern ihr Pensum an einem Regionalgericht über 40 Stellenprozent beträgt, gelten für sie bezüglich Nebenbeschäftigungen dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Aktuarinnen und Aktuare des Obergerichts.

[3] Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über den Beizug von Aktuarinnen und Aktuaren ad hoc.

Art. 77 Geschäftsordnung

[1] Jedes Regionalgericht regelt die Verteilung der Geschäfte auf die Kammern und die Bildung der Spruchkörper in einer Geschäftsordnung.

[2] Die Geschäftsordnung kann weitere Regelungen zur Organisation und Geschäftsführung enthalten.

[3] Die Geschäftsordnung ist vom Obergericht zu genehmigen.

3.4.2. Richterinnen und Richter

Art. 78 Bestand

[1] Die Regionalgerichte bestehen aus den haupt- und nebenamtlichen Mitgliedern, die für eine qualitativ hochstehende und rasche Geschäftserledigung erforderlich sind.

[2] In der Regel gehören einem Regionalgericht eine hauptamtliche Präsidentin oder ein hauptamtlicher Präsident, eine hauptamtliche Vizepräsidentin oder ein hauptamtlicher Vizepräsident sowie acht nebenamtliche Richterinnen und Richter an. Im Minimum besteht ein Regionalgericht aus einer hauptamtlichen Präsidentin oder einem hauptamtlichen Präsidenten, einer nebenamtlichen Vizepräsidentin oder einem nebenamtlichen Vizepräsidenten und sieben weiteren nebenamtlichen Richterinnen und Richtern.

[3] Der Grosse Rat legt jeweils vor den Erneuerungswahlen auf Antrag des Obergerichts den Gesamtstellenumfang für jedes Regionalgericht fest.

[4] Kann ein Regionalgericht die ordentliche Geschäftslast nicht mit dem bei den Erneuerungswahlen festgelegten Gesamtstellenumfang bewältigen, erhöht der Grosse Rat die Dotierung auf Antrag des Obergerichts im erforderlichen Umfang.

[5] Tritt eine hauptamtliche Regionalrichterin oder ein hauptamtlicher Regionalrichter zurück oder tritt sie oder er nicht zur Wiederwahl an, prüft der Grosse Rat auf Antrag des Obergerichts, ob auf eine Neubesetzung ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

Art. 79 Anzahl und Beschäftigungsgrad

[1] Der Grosse Rat legt vor der Wahl auf Antrag des Obergerichts die Anzahl der hauptamtlichen Regionalrichterinnen und Regionalrichter und deren Beschäftigungsgrad fest.

[2] Als Regionalgerichtspräsidentin oder als Regionalgerichtspräsident können in der Regel nur Personen gewählt werden, die das Richteramt mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 80 Stellenprozent ausüben. Dieser Mindestbeschäftigungsgrad gilt nicht für die Präsidentin oder den Präsidenten des Regionalgerichts Bernina.

[3] Der Grosse Rat kann nach Anhörung des Obergerichts Stellen, für die sich kein amtierendes Mitglied zur Wiederwahl stellt, in teilzeitliche Stellen mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 50 Stellenprozent aufteilen. Das Vorgehen gilt sinngemäss für Ergänzungs- und Ersatzwahlen sowie für Teilrücktritte.

Art. 80 Änderung des Beschäftigungsgrads aufgrund Geburt oder Adoption

[1] Die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte, die aufgrund Geburt oder Adoption Eltern werden, haben Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads um höchstens 20 Stellenprozent. Der Beschäftigungsgrad darf nicht unter 50 Stellenprozent fallen.

[2] Der Anspruch auf Reduktion ist spätestens innert sechs Monaten nach der Begründung des Kindesverhältnisses geltend zu machen.

[3] Reduziert ein hauptamtliches Mitglied den Beschäftigungsgrad, kann das betroffene Regionalgericht den Beschäftigungsgrad eines oder mehrerer seiner anderen hauptamtlichen Mitglieder mit deren Zustimmung im entsprechenden Umfang erhöhen.

[4] Können die infolge der Änderung des Beschäftigungsgrads freiwerdenden Stellenprozente gerichtsintern nicht besetzt werden, schafft der Grosse Rat eine neue Richterstelle und besetzt diese.

[5] Die Beschäftigung in reduziertem Umfang kann aufgenommen werden, sobald ein anderes Mitglied seine Tätigkeit im Umfang der Reduktion ausgedehnt oder neu aufgenommen hat, spätestens jedoch auf den 1. des Monats nach Ablauf eines Jahres seit der Begründung des Kindesverhältnisses.

Art. 81 Änderung des Beschäftigungsgrads während der Amtsdauer

[1] Die Regionalgerichte können während der Amtsdauer den Beschäftigungsgrad der hauptamtlichen Mitglieder mit der Zustimmung der betroffenen Person längstens bis zum Ende der Amtsdauer ändern. Der Gesamtstellenumfang darf nicht verändert werden.

Art. 82 Wahlverfahren

[1] Die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte teilen dem Obergericht und dem Regionalgericht, dem sie angehören, anderthalb Jahre vor Ablauf der Amtsdauer mit, dass sie ihren Beschäftigungsgrad bei einer Wiederwahl ändern möchten.

[2] Das Obergericht prüft Kandidierende auf ihre Eignung. Es gibt öffentlich bekannt, wenn es zur Wahl zugelassene Kandidierende für ungeeignet hält.

[3] Die Stimmberechtigten der jeweiligen Region wählen in getrennten Wahlgängen:

a) die hauptamtliche Präsidentin oder den hauptamtlichen Präsidenten;
b) die hauptamtliche Vizepräsidentin oder den hauptamtlichen Vizepräsidenten;
c) die hauptamtlichen Richterinnen und Richter;
d) die übrigen Richterinnen und Richter.

[4] Die Regionalgerichte wählen die nebenamtlichen Vizepräsidentinnen und -präsidenten aus dem Kreis der nebenamtlichen Richterinnen und Richter für die Dauer von vier Jahren. Ersatzwahlen sind möglich.

Art. 83 Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter
1. Ausserordentliche Umstände

[1] Ausserordentliche Richterinnen und Richter können gewählt werden:

a) für die Dauer der Verhinderung, wenn eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 53 Absatz 1 Litera a vorliegt, die ein Regionalgericht nicht mit den hauptamtlichen und nebenamtlichen Richterinnen sowie Richtern bewältigen kann;
b) für höchstens zwei Jahre, wenn eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 53 Absatz 1 Litera b vorliegt, die ein Regionalgericht nicht mit den hauptamtlichen und nebenamtlichen Richterinnen sowie Richtern bewältigen kann.

Art. 84 2. Persönliche und fachliche Voraussetzungen

[1] Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gelten die Regelungen zur Unvereinbarkeit in der Person, zur Wohnsitzpflicht und zur Altersgrenze nicht.

[2] Mitglieder des Obergerichts, anderer Regionalgerichte, der Schlichtungsbehörden sowie Aktuarinnen und Aktuare sind als ausserordentliche Richterinnen und Richter wählbar.

[3] Im Übrigen gelten für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen wie für die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte.

Art. 85 3. Zuständigkeit und Verfahren

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates ist abschliessend für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern zuständig.

[2] Sie legt mit der Zuwahl die Anzahl der ausserordentlichen Richterinnen und Richter, deren Beschäftigungsgrad und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses fest. Ein Nachtragskredit ist nicht nötig.

[3] Das Zuwahlverfahren kann auf Antrag des Obergerichts oder von Amtes wegen eingeleitet werden.

[4] Bei zeitlicher Dringlichkeit kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, wenn eine qualitativ gute Besetzung gewährleistet ist.

[5] Im Übrigen gelten Artikel 50 Absatz 3 und Artikel 51 für das Zuwahlverfahren sinngemäss.

4. Schlichtungsbehörden

4.1. VERMITTLERAMT

Art. 86 Anzahl und Stellung

[1] Als Schlichtungsbehörde besteht in jeder Region ein Vermittleramt.

[2] Das Vermittleramt setzt sich aus einer Vermittlerin oder einem Vermittler und einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter zusammen. Die Mitglieder der Vermittlerämter können in mehreren Regionen tätig sein.

[3] Das Vermittleramt ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

[4] Administrativ ist es dem Regionalgericht der jeweiligen Region angegliedert.

[5] Das Obergericht regelt in einer Verordnung die Organisation und die Geschäftsführung der Vermittlerämter.

Art. 87 Wahl

[1] Das Regionalgericht wählt eine Vermittlerin oder einen Vermittler sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer von vier Jahren.

[2] Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

[3] Das Regionalgericht schreibt zu besetzende Stellen öffentlich aus, soweit sich keine amtierenden Mitglieder zur Wiederwahl stellen.

[4] Die Zusammensetzung des Vermittleramts ist öffentlich bekannt zu geben.

Art. 88 Stellvertretung

[1] Kann die Vermittlerin oder der Vermittler wegen Ausstandsgründen nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Regionalgericht die Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder eines benachbarten Vermittleramts.

[2] Kann die Vermittlerin oder der Vermittler wegen Verhinderungsgründen nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Regionalgericht eine Stellvertretung bis zum voraussichtlichen Wegfall des Verhinderungsgrunds. Artikel 37 ist nicht anwendbar. Im Übrigen gelten für die Stellvertretung dieselben Regelungen wie für das zu ersetzende Mitglied.

4.2. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR MIETSACHEN

Art. 89 Anzahl und Stellung

[1] Für Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen besteht in jeder Region eine Schlichtungsbehörde.

[2] Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen setzt sich zusammen aus:

a) der Vermittlerin oder dem Vermittler der jeweiligen Region (Vorsitz);
b) je einer Vertretung der Mieter- und Vermieterseite;
c) je einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter der Mieter- und Vermieterseite.

[3] Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

[4] Administrativ ist sie dem Regionalgericht der jeweiligen Region angegliedert.

[5] Das Obergericht regelt in einer Verordnung die Organisation und die Geschäftsführung der Schlichtungsbehörden für Mietsachen.

Art. 90 Wahl

[1] Das Regionalgericht wählt die Vertretung der Mieter- und der Vermieterseite sowie deren Stellvertretung für die Dauer von vier Jahren.

[2] Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

[3] Die Mieter- und Vermieterorganisationen unterbreiten dem Regionalgericht Vorschläge für die Wahl ihrer Vertretung. Reichen sie innert der angesetzten Frist keine Vorschläge ein, bezeichnet das Regionalgericht die paritätischen Vertretungen.

[4] Die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist öffentlich bekannt zu geben.

Art. 91 Stellvertretung

[1] Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen wegen Ausstandsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das Regionalgericht die Stellvertretung aus dem Kreis der Mitglieder einer benachbarten Schlichtungsbehörde für Mietsachen.

[2] Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen wegen Verhinderungsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, ernennt und vereidigt das Regionalgericht eine Stellvertretung bis zum voraussichtlichen Wegfall des Verhinderungsgrunds. Artikel 37 ist nicht anwendbar. Im Übrigen gelten für die Stellvertretung dieselben Regelungen wie für das zu ersetzende Mitglied.

Art. 92 Beratungsdienst

[1] Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen überträgt der oder dem Vorsitzenden einer benachbarten Schlichtungsbehörde für Mietsachen die Beratungstätigkeit gemäss Artikel 201 Absatz 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung[1)].

[2] Ist keine der Personen gemäss Absatz 1 bereit, diese Aufgabe zu übernehmen, kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen die Beratungstätigkeit an Dritte übertragen oder hierfür jemanden anstellen.

4.3. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR GLEICHSTELLUNGSSACHEN

Art. 93 Anzahl und Stellung

[1] Für Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz besteht eine kantonale Schlichtungsbehörde.

[2] Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen setzt sich zusammen aus:

a) einer oder einem Vorsitzenden;
b) je einer Vertretung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite;

[1)] SR 272

c) je einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

[3] Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet.

[4] Für Schlichtungsverhandlungen kann die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen die Räumlichkeiten nutzen, die den Vermittlerämtern für Schlichtungsverhandlungen zur Verfügung stehen.

[5] Administrativ ist die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen dem Obergericht angegliedert. Sie verfügt dort über eine Zustelladresse.

Art. 94 Wahl

[1] Das Obergericht wählt die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen für die Dauer von vier Jahren.

[2] Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unterbreiten dem Obergericht Vorschläge für die Wahl ihrer Vertretung. Reichen sie innert Frist keine Vorschläge ein, bezeichnet das Obergericht die paritätischen Vertretungen.

[3] Die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist öffentlich bekannt zu geben.

Art. 95 Stellvertretung

[1] Kann die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen wegen Ausstands- oder Verhinderungsgründen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet und vereidigt das Obergericht eine Stellvertretung bis zum rechtskräftigen Abschluss des entsprechenden Verfahrens oder bis zum voraussichtlichen Wegfall des Verhinderungsgrunds.

[2] Die Stellvertretung hat dieselben persönlichen und fachlichen Voraussetzungen zu erfüllen wie das zu ersetzende Mitglied.

Art. 96 Beratungsdienst

[1] Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen überträgt die Beratungstätigkeit gemäss Artikel 201 Absatz 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung[1)] an Dritte oder stellt hierfür jemanden an.

[1)] SR 272

5. Aufsicht und Oberaufsicht

5.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 97 Inhalt der Aufsicht

[1] Die Aufsicht über die richterlichen Behörden bezieht sich einzig auf die Justizverwaltung. In Fragen der Rechtsprechung dürfen den richterlichen Behörden keine Vorschriften gemacht oder Weisungen erteilt werden.

[2] Die Aufsicht stellt sicher, dass die richterlichen Behörden im Bereich der Justizverwaltung rechtmässig, zweckmässig und haushälterisch handeln. Sie schreitet gegen ordnungswidrige Zustände von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin ein.

Art. 98 Aufsichtsbeschwerde

[1] Jedermann kann bei der Aufsichtsbehörde gegen Amtspflichtverletzungen von richterlichen Behörden oder deren Mitgliedern Aufsichtsbeschwerde einreichen, soweit die behauptete Rechtsverletzung den Bereich der Justizverwaltung betrifft und nicht mit einem Rechtsmittel geltend gemacht werden kann.

[2] Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

Art. 99 Mitwirkungspflichten

[1] Die richterlichen Behörden sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde und der von dieser beauftragten unabhängigen fachkundigen Person die benötigten Informationen zu erteilen sowie Einsicht in die Akten und Zutritt zu den Räumlichkeiten zu gewähren, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist.

[2] Die Mitglieder der richterlichen Behörden sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken. Die Mitwirkungspflicht entfällt, wenn sich ein Mitglied einer richterlichen Behörde dadurch strafrechtlich belasten würde.

5.2. DIENSTAUFSICHT

5.2.1. Instrumente der Dienstaufsicht

Art. 100 Disziplinarische Verantwortlichkeit
1. Disziplinarmassnahmen

[1] Gegen Mitglieder der richterlichen Behörden, die ihre Amtspflicht schuldhaft verletzt haben, kann eine der folgenden Disziplinarmassnahmen ergriffen werden:

a) Verweis;
b) Busse bis zu 10 000 Franken;

[1)] BR 370.100

c) Amtsenthebung.

[2] Die Disziplinarmassnahmen richten sich insbesondere nach der Schwere der Amtspflichtverletzung, dem Verschulden, den Beweggründen, dem bisherigen Verhalten sowie der Stellung und der Verantwortlichkeit des Mitglieds der richterlichen Behörde.

[3] Eine Amtsenthebung kann nur angeordnet werden, wenn ein Mitglied einer richterlichen Behörde während der Amtsdauer:

a) Amtspflichten vorsätzlich oder grobfahrlässig schwer verletzt hat;
b) wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde, dem eine Handlung zugrunde liegt, die mit der richterlichen Tätigkeit nicht vereinbar ist.

Art. 101 2. Verjährung

[1] Die disziplinarische Verfolgung verjährt innert zwei Jahren, nachdem die Aufsichtsbehörde vom disziplinarisch zu ahndenden Vorfall Kenntnis erhalten hat, in jedem Fall jedoch fünf Jahre, nachdem sich der disziplinarisch zu ahndende Vorfall zugetragen hat.

[2] Wird wegen des Sachverhalts, das dem Disziplinarverfahren zugrunde liegt, ein Strafverfahren eingeleitet, läuft die Verfolgungsverjährung ab der Rechtskraft des Strafentscheids.

[3] Ist vor Ablauf der Verfolgungsverjährung ein erstinstanzlicher, dienstaufsichtsrechtlicher Entscheid ergangen, tritt die Verjährung nicht mehr ein.

Art. 102 Ausscheiden

[1] Die Aufsichtsbehörde stellt im Streitfall fest, dass ein Mitglied einer richterlichen Behörde von Gesetzes wegen aus dem Amt ausgeschieden ist, wenn es:

a) rechtsgültig zurückgetreten ist;
b) nicht wiedergewählt wurde;
c) die Fähigkeit, das Richteramt auszuüben, verloren hat;
d) die Stimmberechtigung verloren hat;
e) in einem anderen Kanton Wohnsitz genommen hat, sofern der kantonale Wohnsitz eine Wählbarkeitsvoraussetzung ist;
f) die Altersgrenze erreicht hat, bis zu der das Richteramt längstens ausgeübt werden kann;
g) ein mit dem Richteramt unvereinbares Amt annimmt, sofern diese Handlung als Verzicht auf das Richteramt zu werten ist.

5.2.2. Zuständigkeit und Verfahren

Art. 103 Zuständigkeit
1. Grosser Rat

[1] Der Grosse Rat entscheidet über die Amtsenthebung eines Mitglieds eines Gerichts und im Streitfall über das Ausscheiden eines Mitglieds eines Gerichts von Gesetzes wegen.

[2] In den Verfahren gemäss Absatz 1 kann der Grosse Rat auch andere Disziplinarmassnahmen anordnen sowie über den Zeitpunkt der Beendigung des beschäftigungsrechtlichen Verhältnisses und andere beschäftigungsrechtliche Ansprüche entscheiden, soweit diese streitig sind.

[3] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates entscheidet über Rücktrittsentschädigungen, die von Mitgliedern des Obergerichts beantragt werden.

Art. 104 2. Obergericht

[1] Soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist, entscheidet das Obergericht über dienstaufsichtsrechtliche Angelegenheiten gegenüber:

a) seinen Mitgliedern;
b) den Mitgliedern der Regionalgerichte;
c) den Mitgliedern der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen.

Art. 105 3. Justizgericht

[1] Soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist, entscheidet das Justizgericht über dienstaufsichtsrechtliche Angelegenheiten gegenüber seinen Mitgliedern.

Art. 106 4. Regionalgerichte

[1] Soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist, entscheiden die Regionalgerichte über dienstaufsichtsrechtliche Angelegenheiten gegenüber:

a) ihren Mitgliedern mit Ausnahme der Entschädigung bei Rücktritt;
b) den Mitgliedern der Schlichtungsbehörden, die unter ihrer Aufsicht stehen.

[2] Sie teilen dem Obergericht ihre dienstaufsichtsrechtlichen Entscheide mit.

Art. 107 Verfahren
1. Dienstaufsichtsrechtliche Verfahren vor dem Grossen Rat

[1] Die vom Grossen Rat zu führenden dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren können eingeleitet werden:

a) auf Antrag des Obergerichts;
b) auf Antrag eines Mitglieds eines Gerichts, um sich vom Vorwurf zu befreien, eine Amtspflichtverletzung begangen zu haben, die eine Amtsenthebung nach sich ziehen kann;

c) von Amtes wegen, wenn begründete Anzeichen für eine Amtspflichtverletzung vorliegen, die eine Amtsenthebung nach sich ziehen könnte, oder wenn das Ausscheiden von Gesetzes wegen streitig ist.

[2] Im Übrigen gelten für die vom Grossen Rat zu führenden dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren die Bestimmungen über die Amtsenthebung von Mitgliedern des Grossen Rates oder der Regierung sinngemäss.

Art. 108 2. Weitere dienstaufsichtsrechtliche Verfahren

[1] Die weiteren dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren können eingeleitet werden:

a) auf Antrag der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates;
b) auf Antrag der richterlichen Behörde, der die betroffene Person angehört;
c) auf Antrag eines Mitglieds einer richterlichen Behörde, um sich vom Vorwurf zu befreien, eine Amtspflichtverletzung begangen zu haben;
d) von Amtes wegen, wenn begründete Anzeichen für die Verletzung einer Amtspflicht vorliegen.

[2] Mit der Disziplinaruntersuchung können unabhängige, fachkundige Personen beauftragt werden.

[3] Vorsorgliche Massnahmen können angeordnet werden, wenn die Verletzung von Amtspflichten glaubhaft gemacht wurde und das Funktionieren der betroffenen richterlichen Behörde gefährdet ist.

[4] Soweit die richterlichen Behörden nicht selber entscheidungsbefugt sind, kommt ihnen in den sie betreffenden Verfahren Parteistellung zu.

[5] Wurde gegen ein Mitglied einer richterlichen Behörde wegen des Sachverhalts, der dem dienstaufsichtsrechtlichen Verfahren zugrunde liegt, ein Strafverfahren eingeleitet, ist das dienstaufsichtsrechtliche Verfahren zu sistieren. Von einer Sistierung kann in Ausnahmefällen abgesehen werden.

[6] Die Mitglieder der richterlichen Behörden können zu einer vertrauensärztlichen Untersuchung verpflichtet werden.

[7] Dienstaufsichtsrechtliche Verfahren sind kostenlos. Bei Mutwilligkeit können Verfahrenskosten erhoben werden.

[8] Im Übrigen richten sich das dienstaufsichtsrechtliche Verfahren und das hieran anschliessende Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

Art. 109 3. Mediation

[1] Die Aufsichtsbehörde kann eine neutrale und fachkundige Person als Mediatorin oder als Mediator einsetzen, mit dem Ziel, eine Einigung herbeizuführen.

[2] Die Mediatorin oder der Mediator kann Beweise abnehmen. Gutachten dürfen nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde eingeholt werden.

[1)] BR 370.100

[3] Die Aufsichtsbehörde macht die Einigung zum Inhalt ihres Entscheids, wenn sie rechtmässig ist.

5.3. ORGANAUFSICHT

5.3.1. Instrumente der Organaufsicht

Art. 110 Geschäftskontrolle

[1] Die richterlichen Behörden führen eine fortlaufende Kontrolle über alle eingeleiteten Rechtsverfahren und die Art der Erledigung.

Art. 111 Berichterstattungspflicht

[1] Die richterlichen Behörden erstatten der Aufsichtsbehörde jährlich Bericht über ihre Geschäftstätigkeit.

[2] Der Geschäftsbericht der Regionalgerichte bezieht sich auch auf die Tätigkeit der unter ihrer Aufsicht stehenden Schlichtungsbehörden. Der Geschäftsbericht des Obergerichts umfasst alle richterlichen Behörden.

[3] Die Geschäftsberichte geben mindestens Auskunft über die Rechtsprechung und die Fallstatistik.

Art. 112 Finanz- und Rechnungswesen

[1] Das Obergericht prüft und genehmigt das Budget und die Jahresrechnung der Regionalgerichte.

[2] Die kantonale Finanzkontrolle prüft zuhanden des Grossen Rates das Budget und die Jahresrechnung des Obergerichts und des Justizgerichts sowie die genehmigten Budgets und Jahresrechnungen der Regionalgerichte.

Art. 113 Weisungen und Ersatzvornahme

[1] Die Aufsichtsbehörde kann die beaufsichtigte richterliche Behörde anweisen, eine Aufgabe zu erfüllen.

[2] Wird diese Weisung missachtet, kann die Aufsichtsbehörde eine andere richterliche Behörde oder einen Dritten mit der Aufgabenerfüllung beauftragen.

[3] Sofern keine Gefahr in Verzug ist, droht sie der richterlichen Behörde die Ersatzvornahme unter Einräumung einer angemessenen Frist an.

[4] Die säumige richterliche Behörde trägt die der Aufsichtsbehörde durch die Ersatzvornahme entstandenen Kosten.

Art. 114 Administrativuntersuchung

[1] Mit der Administrativuntersuchung kann die Aufsichtsbehörde durch eine unabhängige und fachkundige Person Angelegenheiten der Justizverwaltung klären lassen, die ein Einschreiten von Amtes wegen erfordern.

[2] Die beauftragte Person ist nur an das Gesetz und den Auftrag gebunden.

[3] Sie kann Beweise abnehmen. Gutachten darf sie nur mit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde einholen. Die Beweiserhebungen richten sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

[4] Die beauftragte Person fasst die Ergebnisse der Untersuchung in einem Bericht zusammen und formuliert Vorschläge zum weiteren Vorgehen. Sie übergibt den Bericht mit den Untersuchungsakten der Aufsichtsbehörde.

5.3.2. Träger der Aufsicht und der Oberaufsicht

Art. 115 Grosser Rat

[1] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über das Obergericht und das Justizgericht sowie die Oberaufsicht über die weiteren richterlichen Behörden aus.

Art. 116 Obergericht

[1] Das Obergericht ist das oberste, justizinterne Leitungs- und Führungsorgan.

[2] Es übt die Aufsicht über die Regionalgerichte, das kantonale Zwangsmassnahmengericht und die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen sowie die Oberaufsicht über die von den Regionalgerichten beaufsichtigten Schlichtungsbehörden aus.

Art. 117 Erweiterte Verwaltungskommission des Obergerichts
1. Aufgaben

[1] Die erweiterte Verwaltungskommission dient dazu, den Informationsaustausch zwischen den richterlichen Behörden zu fördern und einen hinreichenden Einbezug der beaufsichtigten richterlichen Behörden in Angelegenheiten der Justizaufsicht sicherzustellen.

[2] Das Obergericht hat der erweiterten Verwaltungskommission vor der Beschlussfassung mindestens folgende Angelegenheiten der Justizaufsicht zur Beratung vorzulegen:

a) Verordnungen des Obergerichts über Angelegenheiten der Justizaufsicht;
b) Konzepte über die Aufsicht und das Controlling;
c) Weisungen, die sich an alle oder an bestimmte Kategorien von richterlichen Behörden richten;
d) Massnahmen zur Qualitätssicherung;
e) Massnahmen zur Weiterbildung.

[1)] BR 370.100

[3] Die erweiterte Verwaltungskommission kann zu den ihr vorgelegten Angelegenheiten Stellungnahmen zuhanden des Obergerichts verabschieden.

Art. 118 2. Zusammensetzung und Beschlussfassung

[1] Der erweiterten Verwaltungskommission gehören die Mitglieder der Verwaltungskommission des Obergerichts und fünf Mitglieder der Regionalgerichte an.

[2] Die Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalgerichte wählen die fünf Mitglieder der erweiterten Verwaltungskommission jeweils nach den Erneuerungswahlen für die Dauer von vier Jahren aus dem Kreis der ordentlichen hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte. Dabei haben sie auf eine angemessene Vertretung der kleinen, mittleren und grossen Regionalgerichte sowie auf die sprachlichen und regionalen Besonderheiten zu achten. Ersatzwahlen sind möglich.

[3] Der erweiterten Verwaltungskommission sitzt die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts vor.

[4] Jedes Mitglied der erweiterten Verwaltungskommission kann bei der oder dem Vorsitzenden die Einberufung einer Sitzung oder die Traktandierung von Angelegenheiten der Justizaufsicht verlangen.

[5] Die erweiterte Verwaltungskommission tagt mindestens zwei Mal pro Jahr.

[6] Beschlüsse der erweiterten Verwaltungskommission sind gültig, wenn an der Sitzung mindestens die Mehrheit der Mitglieder der erweiterten Verwaltungskommission mitwirkt.

Art. 119 3. Generalsekretärin oder Generalsekretär

[1] Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär nimmt an den Sitzungen der erweiterten Verwaltungskommission mit beratender Stimme teil.

[2] Sie oder er bereitet unter der Leitung der oder des Vorsitzenden die Geschäfte der erweiterten Verwaltungskommission vor.

Art. 120 Regionalgerichte

[1] Die Regionalgerichte beaufsichtigen die Schlichtungsbehörden, die ihnen angegliedert sind.

6. Schlussbestimmungen

Art. 121 Erstmalige Wahl der Oberrichterinnen und Oberrichter

[1] Der Grosse Rat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder des Obergerichts erstmalig in getrennten Wahlgängen bis spätestens im Dezember 2023. Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2025.

[2] Für die Besetzung der Richterstellen am Obergericht, für die sich amtierende Mitglieder des Kantons- oder Verwaltungsgerichts zur Wahl stellen, gilt Artikel 52 sinngemäss.

[3] Für die Besetzung der Richterstellen am Obergericht, für die sich kein amtierendes Mitglied des Kantons- oder Verwaltungsgerichts zur Wahl stellt, gilt Artikel 51.

[4] Das Mehr, welches für eine Wahl erreicht werden muss, berechnet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden[1)]. Im Übrigen richtet sich das Wahlverfahren nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates[2)], soweit in diesem Gesetz nichts anderes vorgesehen ist.

Art. 122 Erstmalige Wahl der Justizrichterinnen und Justizrichter

[1] Der Grosse Rat wählt die Mitglieder des Justizgerichts erstmalig bis spätestens im Juni 2024. Der Amtsantritt erfolgt per 1. Januar 2025.

Art. 123 Übergangsbestimmungen

[1] Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Arbeitsverträge zwischen dem Kantonsgericht oder dem Verwaltungsgericht und ihren Mitarbeitenden sind innert sechs Monaten auf das Obergericht als neuen Arbeitgeber umzuschreiben.

[2] Die übrigen Befugnisse, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Kantons- und Verwaltungsgerichts gehen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes entschädigungslos auf das Obergericht über.

[3] Die Eignung der sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder der richterlichen Behörden richtet sich nach den Regeln, die zum Zeitpunkt der erstmaligen Wahl in Kraft waren. Die übrigen Regelungen betreffend die beschäftigungsrechtliche Stellung der Mitglieder der richterlichen Behörden gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.

[4] Ist die sechsmonatige Frist zur Geltendmachung des Anspruchs auf Reduktion des Beschäftigungsgrads aufgrund Geburt oder Adoption vor Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht abgelaufen, kann dieser Anspruch spätestens innert sechs Monaten seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes geltend gemacht werden.

[5] Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Kantons- oder Verwaltungsgericht hängig sind, werden mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Obergericht übertragen.

II.

1.
Der Erlass "Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG)" BR 130.100 (Stand 1. Juli 2018) wird wie folgt geändert:

---

1) BR 150.100
2) BR 170.140

Art. 26 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**

[2] Entscheide der Bürgergemeinde können mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** weitergezogen werden.

[3] Entscheide des zuständigen kantonalen Amtes oder Departements können mit Verwaltungsbeschwerde weitergezogen werden. Regierungsentscheide können mit Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden.

2.

Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR 150.100 (Stand 1. Oktober 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 19b Abs. 1 (geändert)

[1] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts publiziert bis spätestens am ~~vierzehnten~~**zwanzigletzten** Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Art. 19e Abs. 1 (geändert)

[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am ~~achtletzten~~**vierzehntletzten** Montag vor dem Wahltag beim zuständigen Regionalgericht eintreffen.

Art. 19f Abs. 5 (neu)

d) Bereinigung **und Mitteilung (Überschrift geändert)**

[5] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts teilt dem Obergericht rechtzeitig eingegangene Wahlvorschläge mit und informiert das Obergericht über nicht zugelassene Wahlvorschläge.

Art. 19h Abs. 1 (geändert)

[1] Eine stille Wahl kommt zustande, wenn die Zahl der gültig vorgeschlagenen Personen der Zahl der zu vergebenden Sitze entspricht**, sofern das Obergericht keine Kandidierenden für ungeeignet hält**. Andernfalls findet ein freier öffentlicher Wahlgang statt.

Art. 49 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

Verfahren

1. ~~Einleitung, Instruktion~~**Einleitungsbeschluss (Überschrift geändert)**

[1] Der Grosse Rat leitet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein Amtsenthebungsverfahren ein, wenn ~~er von einem Amtsenthebungsgrund Kenntnis erhält~~**ein begründeter Anfangsverdacht für das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds besteht**.

[2] ~~Die Instruktion des Einleitungsbeschlusses,~~ **Das betroffene Mitglied ist vorgängig anzuhören. Weitere Abklärungen sind vorzunehmen, soweit sie für** die ~~Durchführung der Untersuchung und die Instruktion~~ **Fällung** des ~~Endentscheides obliegen der Kommission für Justiz und Sicherheit.~~**Einleitungsbeschlusses unerlässlich sind.**

Art. 50

Aufgehoben

Art. 51 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**

~~3~~**2**. Amtseinstellung **(Überschrift geändert)**

[1] ~~Liegen hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund gemäss Artikel 48 vor, kann der~~ **Der** Grosse Rat **kann** mit ~~der~~**einer** Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder ~~vorsorglicherweise~~ eine Amtseinstellung~~, mit oder ohne Lohnkürzung oder -streichung,~~ beschliessen**, wenn das Vorliegen eines Amtsenthebungsgrunds glaubhaft gemacht wurde und das Funktionieren der betroffenen Behörde gefährdet ist**.

[2] Diese Anordnung kann mit einer Lohnkürzung bis zur Hälfte des Lohnes verbunden werden, wenn eine Rückkehr in das Amt mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann und der betroffenen Person erlaubt wird, eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Art. 52 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**

~~4. Entscheid~~**3. Endentscheid (Überschrift geändert)**

[1] ~~Entscheide sind zu begründen und den Betroffenen schriftlich sowie mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen zu eröffnen~~**Der Grosse Rat schliesst das Amtsenthebungsverfahren ab, indem er eine Amtsenthebung anordnet oder das Amtsenthebungsverfahren einstellt**.

[2] Wird das Quorum für die Amtsenthebung nicht erreicht, gilt das Amtsenthebungsverfahren als eingestellt.

Art. 52a (neu)

4. Instruktion und Antragstellung

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates leitet das Amtsenthebungsverfahren als instruierende Behörde bis zum Endentscheid.

[2] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates trifft für die Dauer des Amtsenthebungsverfahrens die erforderlichen vorsorglichen und verfahrensleitenden Anordnungen, soweit nicht der Grosse Rat zuständig ist. Sie kann beim Grossen Rat eine Amtseinstellung beantragen.

[3] Sind die notwendigen Beweise erhoben, unterbreitet die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag:

a) auf Einleitung oder Nichteinleitung eines Amtsenthebungsverfahrens, sofern ein solcher Antrag nicht offensichtlich unbegründet ist;
b) auf Anordnung einer Amtsenthebung oder Einstellung des Amtsenthebungsverfahrens.

Art. 53 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**, **Abs. 3 (neu)**, **Abs. 4 (neu)**, **Abs. 5 (neu)**

5. ~~Rechtsmittel~~**Ergänzende Regelungen (Überschrift geändert)**

[1] ~~Entscheide~~ **Die Mitglieder** des Grossen Rates ~~betreffend Amtseinstellung~~ und ~~Amtsenthebung~~ **der Regierung** können ~~innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht angefochten~~**zu einer vertrauensärztlichen Untersuchung verpflichtet** werden.

[2] Richtet sich die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates mit Anträgen an den Grossen Rat, können die Fraktionen die betroffene Person und andere Mitglieder der betroffenen Behörde anhören.

[3] Amtsenthebungsverfahren sind kostenlos. Bei Mutwilligkeit können Verfahrenskosten erhoben werden.

[4] Die Entscheide des Grossen Rates sowie die vorsorglichen und verfahrensleitenden Entscheide der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates, die einen Nachteil zur Folge haben, der sich später voraussichtlich nicht mehr beheben lässt, können beim Obergericht angefochten werden.

[5] Im Übrigen gelten für das Amtsenthebungsverfahren die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege[1)] sinngemäss.

Art. 95 Abs. 4 (geändert)

[4] Beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** kann Beschwerde gegen die Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates geführt werden. Das Verfahren richtet sich unter Vorbehalt von Artikel 97 nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 97 Abs. 1

[1] Die Beschwerden sind innert drei Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tag nach der amtlichen Bekanntgabe der Ergebnisse einer Wahl oder Abstimmung bei folgenden Instanzen einzureichen:

b) **(geändert)** beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**: Beschwerden gemäss Artikel 95 Absatz 4.

Art. 102 Abs. 1 (geändert)

Weiterzug ans ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht (Überschrift geändert)**

[1] Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Regionalgerichte, Regionen und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**.

3.

Der Erlass "Gesetz über die Staatshaftung (SHG)" BR 170.050 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

[1)] BR 370.100

Art. 6 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**

Zuständigkeit und Verfahren

1. Zivilgerichte (Überschrift geändert)

[1] Ansprüche aus diesem Gesetz**, die nicht mit dem Verhalten des Obergerichts oder der für dieses tätigen Personen begründet werden,** beurteilt das ~~Verwaltungsgericht im Klageverfahren~~**Zivilgericht am Sitz des beklagten Gemeinwesens**.

[2] Die ~~Parteien haben dem Gericht den Sachverhalt des Rechtsstreits darzulegen. Das Gericht legt seinem~~**klagende Partei bestimmt mit ihrer Eingabe bei der Schlichtungsbehörde, in welcher kantonalen Amtssprache** Verfahren ~~nur rechtzeitig geltend gemachte Tatsachen zugrunde.~~**gegen den Kanton, gegen dessen öffentlich-rechtliche Körperschaften oder selbständige Anstalten geführt werden. Weicht die Verfahrenssprache von der regionalen Amtssprache ab, kann die zuständige Behörde ergänzt werden durch:**

a) **(neu)** die Vermittlerin oder den Vermittler der Region Plessur für das Schlichtungsverfahren, die Präsidentin oder den Präsidenten des Regionalgerichts Plessur für das Gerichtsverfahren, wenn das Verfahren in deutscher Sprache geführt wird;
b) **(neu)** die Vermittlerin oder den Vermittler der Region Surselva für das Schlichtungsverfahren, die Präsidentin oder den Präsidenten des Regionalgerichts Surselva für das Gerichtsverfahren, wenn das Verfahren in romanischer Sprache geführt wird;
c) **(neu)** die Vermittlerin oder den Vermittler der Region Maloja für das Schlichtungsverfahren, die Präsidentin oder den Präsidenten des Regionalgerichts Maloja für das Gerichtsverfahren, wenn das Verfahren in italienischer Sprache geführt wird.

[3] Im Übrigen richten sich das Verfahren vor der Schlichtungsbehörde sowie vor dem Regionalgericht und der Weiterzug an das Obergericht nach der Schweizerischen Zivilprozessordnung[1)].

Art. 6a (neu)

2. Justizgericht

[1] Die Ansprüche aus diesem Gesetz, die mit dem Verhalten des Obergerichts oder der für dieses tätigen Personen begründet werden, beurteilt das Justizgericht als einzige kantonale Instanz.

[2] Die Parteien haben dem Gericht die Tatsachen, auf die sie ihre Begehren stützen, in den Rechtsschriften darzulegen und die Beweismittel anzugeben. Später können Tatsachen nur mehr unter den in Artikel 229 Absatz 1 und Absatz 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung[2)] vorgesehenen Voraussetzungen berücksichtigt werden.

[1)] SR 272
[2)] SR 272

[3] Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

Art. 9a (neu)

Zuständigkeit und Verfahren bei anderen Staatshaftungen

[1] Die Zuständigkeit und das Verfahren zur Geltendmachung von staatshaftungsrechtlichen Ansprüchen, die nicht in diesem Gesetz geregelt sind, richten sich nach Artikel 6, sofern spezialrechtlich nichts anderes vorgesehen ist.

Art. 11 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (aufgehoben)**

[1] Die Organe und die im Dienste der Gemeinwesen stehenden Personen sind diesen für den Schaden haftbar, den sie bei der Ausübung dienstlicher Tätigkeiten durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung ihrer Dienstpflicht ~~widerrechtlich~~ verursachen.

[2] *Aufgehoben*

Art. 14 Abs. 1 (geändert), **Abs. 1bis (neu)**, **Abs. 2 (aufgehoben)**

[1] Ansprüche aus diesem Gesetz gegen ~~Organe der Gemeinwesen und in ihrem~~ **im** Dienst **des Obergerichts** stehende Personen beurteilt das ~~Verwaltungsgericht~~ **Justizgericht als einzige kantonale Instanz** im **verwaltungsgerichtlichen** Klageverfahren.

[1bis] Ansprüche aus diesem Gesetz gegen Organe der Gemeinwesen und in ihrem Dienst stehende Personen beurteilt das Obergericht als einzige kantonale Instanz im verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren, soweit nicht das Justizgericht zuständig ist.

[2] *Aufgehoben*

Art. 15a (neu)

Zuständigkeit und Verfahren bei anderen Staatshaftungen

[1] Die Zuständigkeit und das Verfahren zur Geltendmachung von staatshaftungsrechtlichen Ansprüchen gegen Organe der Gemeinwesen und in ihrem Dienst stehende Personen, die nicht in diesem Gesetz geregelt sind, richten sich nach Artikel 14 Absatz 1bis, sofern spezialrechtlich nichts anderes vorgesehen ist.

Art. 18 Abs. 2 (neu), **Abs. 3 (neu)**

[2] Verfahren, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung dieses Gesetzes hängig sind und für deren Behandlung das neue Recht eine andere Zuständigkeit vorsieht, werden von den nach neuem Recht zuständigen Gerichten gemäss dem neuen Verfahrensrecht weitergeführt.

[1)] BR 370.100

[3] Ansprüche aus diesem Gesetz, die mit dem Verhalten des Kantonsgerichts oder des Verwaltungsgerichts oder der für diese tätigen Personen begründet werden, beurteilt nach dem Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes das Justizgericht gemäss dem neuen Verfahrensrecht.

4.
Der Erlass "Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)" BR 170.100 (Stand 1. Oktober 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 20 Abs. 1 (geändert)

[1] Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Staats- oder Justizverwaltung der besonderen Klärung, kann der Grosse Rat nach Anhören der Regierung beziehungsweise ~~der obersten Gerichtsbehörden~~**des Obergerichts** eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen.

Art. 27 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, ~~der obersten Gerichtsbehörde~~ **des Obergerichts** oder ~~der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte~~**des Justizgerichts** in die erforderlichen Amtsakten Einsicht zu nehmen.

[2] Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den ~~Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte~~ **richterlichen Behörden** beziehen sich ~~in jedem Fall~~ nur auf Fragen der ~~Geschäftsführung und~~ Justizverwaltung.

Art. 34 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich ~~Geschäftsführung und~~ **der** Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, vom ~~Kantons- und Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** sowie ~~von den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte~~**vom Justizgericht** neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informationsrechten insbesondere:

Aufzählung unverändert.

Art. 36 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**

[1] Mitglieder der Regierung und Personen aus der Verwaltung können durch die Regierung für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Amtsakten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. ~~Bei Richtern und Personen der Justizverwaltung sind hiefür die obersten Gerichtsbehörden zuständig.~~

[2] Mitglieder der richterlichen Behörden und der weiteren unter der Aufsicht des Obergerichts stehenden Behörden können durch das Obergericht für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden oder zur Herausgabe von Amtsakten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen.

Art. 56 Abs. 1 (geändert)

[1] An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen das ~~Kantons~~ **Obergericht** und das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert.

Art. 57 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Grosse Rat wählt gemäss Kantonsverfassung[1)] seine Organe und Kommissionen, das Präsidium der Regierung, die Mitglieder des ~~Kantonsgerichtes~~**Obergerichts** und des ~~Verwaltungsgerichtes~~**Justizgerichts** sowie weitere Amtsinhaberinnen und -inhaber nach Massgabe der Gesetzgebung. Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen**, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen ist**.

Art. 64b (neu)

Botschaften

[1] Die Regierung begründet ihre Beschlüsse in der Regel durch Botschaften.

[2] Botschaften, die hauptsächlich Angelegenheiten der Justizverwaltung betreffen, sind in Zusammenarbeit mit dem Obergericht auszuarbeiten.

Titel nach Art. 68 (neu)

6a. Geschäftsverkehr zwischen dem Obergericht und dem Grossen Rat

Art. 68a (neu)

Anträge

[1] Das Obergericht kann beim Grossen Rat beantragen, die Regierung zu beauftragen, eine die Justizverwaltung betreffende Verfassungs- oder Gesetzesvorlage auszuarbeiten.

[2] Das Obergericht legt dem Grossen Rat solche Anträge über die Regierung vor.

[3] Die Regierung darf die Anträge des Obergerichts nicht abändern. Sie kann Bemerkungen und abweichende Anträge formulieren.

[1)] BR 110.100

[4] Im Übrigen richten sich die Behandlung und die Beratung des Antrags des Obergerichts nach den Regelungen, die für die Behandlung von Aufträgen der Mitglieder des Grossen Rates gelten.

Art. 68b (neu)

Beteiligung an Rats- und Kommissionssitzungen

[1] Die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts kann an Sitzungen des Grossen Rates und seiner Kommissionen teilnehmen:

a) über die Justiz betreffende Finanzhaushaltsgeschäfte;
b) über den Geschäftsbericht des Obergerichts;
c) über vom Obergericht angeregte Verfassungs- oder Gesetzesänderungen;
d) über Rechtsetzungsvorhaben, die hauptsächlich die Justizverwaltung betreffen.

[2] Die Präsidentin oder der Präsident des Obergerichts hat beratende Stimme und kann Anträge stellen. Sie oder er kann sich von Personen aus der Justizverwaltung oder von aussenstehenden Sachverständigen begleiten lassen.

5.

Der Erlass "Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)" BR 170.140 (Stand 1. August 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 11 Abs. 4

[4] Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

u[bis]) **(neu)** die Ermittlung der Fraktion, die rechnerisch Anspruch auf eine auszuschreibende Richterstelle am Obergericht erheben kann. Sie teilt dieses Ergebnis der Kommission für Justiz und Sicherheit mit;

Art. 22 Abs. 3

[3] Die Geschäftsprüfungskommission als Finanzprüfungsinstanz:

f) **(neu)** erstattet der Kommission für Justiz und Sicherheit einen Mitbericht, wenn der Gesamtstellenumfang für die Mitglieder des Obergerichts oder für die hauptamtlichen Mitglieder eines oder mehrerer Regionalgerichte erhöht werden soll.

Art. 26 Abs. 1 (geändert), **Abs. 4 (geändert)**, **Abs. 6 (geändert)**, **Abs. 7 (neu)**

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit prüft und überwacht die Geschäftsführung ~~der kantonalen Gerichte~~ **des Obergerichts, des Justizgerichts** sowie der ~~Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte~~**unter der Aufsicht des Obergerichts stehenden Behörden** und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus elf Mitgliedern.

[4] Sie nimmt ~~zu Stellenschaffungs- und Stellungsumwandlungsgesuchen Stellung, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen. Zu Nachtragskrediten, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen, nimmt sie zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung.~~**:**

a) **(neu)** zuhanden des Obergerichts Stellung, wenn das Obergericht die Mittel für die Mitarbeitenden des Obergerichts, des Justizgerichts oder der weiteren richterlichen Behörden erhöhen will;

b) **(neu)** zuhanden der Geschäftsprüfungskommission zu Nachtragskrediten des Obergerichts und des Justizgerichts Stellung.

[6] Sie bereitet die Wahlen in das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** sowie in ~~die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen im Sinne des Gerichtsorganisationsgesetzes~~**das Justizgericht** vor.

[7] Sie überprüft die Angemessenheit der Dotierung des Obergerichts sowie der Regionalgerichte und bereitet den entsprechenden Beschluss des Grossen Rates vor. Zieht sie in Betracht, den Gesamtstellenumfang für die Mitglieder des Obergerichts oder für die hauptamtlichen Mitglieder eines beziehungsweise mehrerer Regionalgerichte zu erhöhen, holt sie bei der Geschäftsprüfungskommission einen Mitbericht ein.

Art. 30 Abs. 1 (geändert)

[1] Die näheren Bestimmungen über die Organisation der Untersuchungskommission und die Durchführung der Untersuchung erlässt der Grosse Rat im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Er regelt insbesondere die Verfahrensrechte der Betroffenen und die Stellung der Regierung beziehungsweise ~~der obersten Gerichtsbehörde~~**des Obergerichts** im Verfahren.

Art. 83 Abs. 1 (geändert)

[1] Die ~~PräsidentinnenPräsidentin~~ oder ~~Präsidenten~~ **der Präsident** des ~~KantonsgerichtesObergerichts~~ und **die Präsidentin oder der Präsident** des ~~Verwaltungsgerichtes~~ **Justizgerichts** leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.

6.

Der Erlass "Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG)" BR 170.400 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 58 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Mitarbeitenden dürfen nicht gleichzeitig Mitglied der Bundesversammlung, des Grossen Rates, der Regierung, des ~~Kantons- oder Verwaltungsgerichts~~**Obergerichts** oder des Bankrates sein. Davon ausgenommen sind Mitarbeitende mit einem gesamten Arbeitsumfang beim Kanton von maximal 40 Prozent.

Art. 65 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 4**

[1] Die selbstständigen kantonalen Anstalten sowie das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~**Obergericht** haben die gleichen Befugnisse wie die Regierung. Davon ausgenommen sind die Bestimmungen von Artikel 20, Artikel 29 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 37 Absatz 2 und Artikel 73 Absatz 2.

[2] Die selbstständigen kantonalen Anstalten sowie das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~**Obergericht** bestimmen die zuständigen Instanzen. Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen in den Organisationsgesetzen.

[4] Die Einreihung der Stellen ist mit dem Personalamt abzusprechen. Wird zwischen der Anstalt oder dem Gericht und dem Personalamt keine Einigung erzielt, entscheidet endgültig

b) **(geändert)** beim ~~Kantons- und Verwaltungsgericht~~**Obergericht** die vom Grossen Rat bezeichnete Kommission.

Art. 66 Abs. 3 (geändert), **Abs. 5 (geändert)**, **Abs. 5bis (geändert)**, **Abs. 6 (geändert)**

[3] Verfügungen und Beschwerdeentscheide der Regierung und Beschwerdeentscheide der Departemente können an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

[5] Personalrechtliche Entscheide der selbstständigen kantonalen Anstalten können an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

[5bis] Personalrechtliche Entscheide der Regionalgerichte **und der Schlichtungsbehörden** können an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

[6] Personalrechtliche Entscheide des ~~Kantonsgerichts~~**Obergerichts**, die dessen Mitarbeitende betreffen, können an das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** und personalrechtliche Entscheide des ~~Verwaltungsgerichts~~**Justizgericht**, die dessen Mitarbeitende betreffen, an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

7.

Der Erlass "Gesetz über die Pensionskasse Graubünden (PKG)" BR 170.450 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 11a (neu)

Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die Mitglieder der richterlichen Behörden sind bis zum vollendeten 65. Altersjahr für die berufliche Vorsorge bei der Pensionskasse versichert.

[2] Nach der Vollendung des 65. Altersjahrs kann die Altersvorsorge auf Antrag eines Mitglieds einer richterlichen Behörde bis zum gesetzlichen Altersrücktritt fortgeführt werden.

[3] Die jährlichen Sparbeiträge der Mitglieder des Obergerichts werden jeweils Ende Jahr zu Lasten des Kantons um 25 Prozent erhöht. Der Zuschlag ist auf die maximalen Beiträge des Vorsorgeplans beschränkt. Beim unterjährigen Austritt oder im Vorsorgefall wird der Zuschlag anteilsmässig gewährt.

[4] Freiwillige Einlagen im Rahmen des Vorsorgeplans des Kantons mit dem höchsten Einkaufsbetrag werden fünf Jahre nach der Einzahlung dem amtierenden Mitglied zu Lasten des Kantons um zehn Prozent erhöht.

Art. 15a (neu)

Übergangsbestimmungen für die Mitglieder richterlicher Behörden

[1] Die nach dem alten Recht per 1. Januar 2007 entstandenen Leistungen bleiben unverändert. Reichen die angesammelten individuellen Sparkapitalien zur Finanzierung dieser Leistungen nicht aus, übernimmt der Kanton deren Finanzierung im Umlageverfahren.

[2] Die gemäss der Verordnung über die berufliche Vorsorge der vollamtlichen Mitglieder der kantonalen Gerichte vom 2. Oktober 2000 von den vollamtlichen Mitgliedern des Kantons- und Verwaltungsgerichts angesammelten individuellen Sparguthaben werden zu Gunsten jedes Mitglieds als Freizügigkeitsleistung der Pensionskasse übertragen. Der betragsmässige Besitzstand ihrer Altersrente bleibt gewahrt. Zur Besitzstandswahrung notwendige Erhöhungen des Sparguthabens gehen zu Lasten des Kantons.

[3] Ordentliche amtierende Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts können bis zum Inkrafttreten des neuen Rechts wählen, ob sie die berufsvorsorgerechtlichen Sonderleistungen gemäss Artikel 5 oder Artikel 6 des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- oder Verwaltungsgerichts oder gemäss Artikel 11a Absatz 2 und Absatz 3 beanspruchen wollen. Geht keine Wahlerklärung ein oder wird die neue Regelung gewählt, wird das Sparguthaben bis zum Inkrafttreten des neuen Rechts zu Lasten des Kantons erhöht. Der Zuschlag beträgt für jedes vollendete Amtsjahr als ordentliches Mitglied des Kantons- oder des Verwaltungsgerichts 2,5 Prozent, jedoch maximal 15 Prozent.

8.

Der Erlass "Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (Öffentlichkeitsgesetz)" BR 171.000 (Stand 1. November 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 2 (geändert)

[2] Entscheide eines öffentlichen Organs, für die diese Bestimmungen kein Rechtsmittel vorsehen, sind unmittelbar beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** anfechtbar.

9.

Der Erlass "Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG)" BR 171.100 (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 6 Abs. 3 (geändert)

[3] Entscheide der Departemente, der Gemeinde- und Regionalbehörden, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** mit Beschwerde angefochten werden.

10.
Der Erlass "Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch[1)] (EGzZGB)" BR 210.100 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Gemeindevorstand ist für den Erlass von Verboten betreffend Wald und Weide auf Gemeindegebiet (Art. 699) zuständig. Gegen die Anordnung solcher Verbote kann Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** erhoben werden.

Art. 15 Abs. 3 (geändert)

[3] Gegen Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 Ziffern 1 und 5–8 kann die Berufung gemäss Zivilprozessordnung[2)] an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** erhoben werden. Dasselbe gilt für Entscheide der Departemente, soweit das Bundesrecht nicht eine andere Instanz vorsieht.

Art. 16 Abs. 3 (geändert)

[3] Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonaler Instanzen auf dem Gebiete des Zivilrechtes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung[3)] an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein oberes kantonales Gericht erforderlich ist.

Art. 20d Abs. 2 (geändert)

[2] Entscheide und Verfügungen des Departementes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung[4)] an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

Art. 25a Abs. 2 (geändert)

[2] Entscheide des Departements können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

---

1) Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt
2) SR 272
3) SR 272
4) SR 272

Art. 60 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** ist die gerichtliche Beschwerdeinstanz.

Art. 143 Abs. 2 (geändert)

[2] Beschwerdeentscheide der Aufsichtsstelle können innert 30 Tagen an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden. Ausgenommen sind Entscheide in Gebührensachen. Das Verfahren richtet sich nach der Zivilprozessordnung.

11.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht[1)] (EGzOR)" BR 210.200 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 14b Abs. 2 (geändert)

[2] Entscheide des mit der Handelsregisterführung betrauten Amtes können mit Berufung im Sinne der Zivilprozessordnung an das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

12.

Der Erlass "Notariatsgesetz (NotG)" BR 210.300 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 4 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**, **Abs. 3bis (neu)**, **Abs. 4 (geändert)**

[1] ~~Kantonsgericht~~ **Das Obergericht wählt die fünf Mitglieder der Notariatskommission** und ~~Verwaltungsgericht wählen gemeinsam~~**die drei Stellvertretenden** für eine ~~Amtsdauer~~**Dauer** von vier Jahren~~ eine Notariatskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden~~**. Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich**.

[2] ~~Der~~**Die** Notariatskommission ~~gehören~~**besteht** in der Regel ~~an~~**aus**:

a) **(geändert)** ~~eine patentierte Notarin~~ **patentierten Notarinnen** oder ~~ein patentierter Notar, eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar und eine patentierte Grundbuchverwalterin oder ein patentierter Grundbuchverwalter~~**patentierten Notaren**;

b) **(geändert)** ~~drei Inhaberinnen~~ **zumindest einer patentierten Grundbuchverwalterin** oder ~~Inhaber des Bündner Fähigkeitsausweises für Notariatspersonen;~~ **einem patentierten Grundbuchverwalter;**

c) **(geändert)** ~~ein Mitglied des Kantons~~ **drei Stellvertretenden, die entweder patentierte Notarinnen beziehungsweise patentierte Notare** oder ~~Verwaltungsgerichts~~**patentierte Grundbuchverwalterinnen beziehungsweise patentierte Grundbuchverwalter sind**.

[1)] SR 220

[3] Die Notariatskommission konstituiert sich selbst. Sie ~~kann~~**bestellt** ein Sekretariat und ~~eine Aktuarin~~ **ein Aktuariat. Die Präsidentin** oder ~~einen Aktuar bestellen~~**der Präsident bezeichnet die Zustelladresse für die Notariatskommission und gibt diese öffentlich bekannt**.

[3bis] Administrativ ist die Notariatskommission dem Obergericht angegliedert.

[4] Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen ~~der~~**für die** Mitglieder der Notariatskommission fest.

Art. 5 Abs. 3 (aufgehoben)

[3] *Aufgehoben*

Art. 5a (neu)

3. Aufsicht

[1] Das Obergericht übt die Aufsicht über die Notariatskommission aus.

[2] Es verfügt gegenüber der Notariatskommission und deren Mitgliedern über dieselben Aufsichtsmittel und Hilfsmittel wie gegenüber den richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen. Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes[1)] über die Justizaufsicht finden sinngemäss Anwendung.

[3] Das Obergericht entscheidet über die Entbindung der Kommissionsmitglieder vom Amtsgeheimnis für Aussagen vor anderen Behörden und für die Aktenedition.

Art. 6 Abs. 5 (neu)

[5] Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen für die inspizierenden Personen fest. Sie kann von den in Artikel 70 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden[2)] vorgesehenen Ansätzen abweichen.

Art. 9 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**

[1] Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt **für alle Verfahren vor der Notariatskommission** das ~~Verwaltungsrechtspflegegesetz sinngemäss~~ **Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege**[3)].

[2] Entscheide der Notariatskommission~~, ausser diejenigen gemäss Artikel 10 Absatz 2,~~ können **innert 30 Tagen seit der begründeten Mitteilung** mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

---

1) BR 173.000
2) BR 170.400
3) BR 370.100

[3] Die Notariatskommission kann Entscheide über die Notariatsprüfung im Dispositiv erlassen. Die betroffenen Personen können bei der Notariatskommission innert zehn Tagen seit der Mitteilung schriftlich einen begründeten Entscheid verlangen. Artikel 48 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege gilt sinngemäss.

Art. 10 Abs. 4 (neu), **Abs. 5 (neu)**

[4] Nach dem Beginn können Prüfungen nur aus wichtigem Grund abgebrochen werden. Wird eine Prüfung ohne ausreichenden Grund abgebrochen, gilt sie als nicht bestanden.

[5] Handelt eine Person bei der Prüfung unehrlich, kann die Notariatskommission die Prüfung für nicht bestanden erklären.

Art. 33 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

~~Lesen und Unterzeichnen,~~**Beurkundung von Willenserklärungen**
1. Einheit des Aktes**, Lesen und Unterzeichnen (Überschrift geändert)**

[1] ~~Die erscheinenden Parteien müssen die öffentliche Urkunde entweder selber lesen oder~~ **Während der Beurkundung** von ~~der Notariatsperson vorgelesen erhalten, hierauf ausdrücklich genehmigen und dann eigenhändig mit ihrem Namen unterzeichnen~~ **Willenserklärungen müssen alle mitwirkenden Personen anwesend sein. Das Verfahren ist ohne wesentliche Unterbrechung durchzuführen**.

[2] ~~Während der Beurkundung müssen alle~~ **Die** mitwirkenden Personen ~~anwesend sein,~~ **müssen die öffentliche Urkunde entweder selber lesen oder sich von der Notariatsperson vorlesen lassen, hierauf ausdrücklich genehmigen** und ~~das Verfahren ist ohne wesentliche Unterbrechung durchzuführen.~~**dann eigenhändig unterzeichnen.**

Art. 34 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (aufgehoben)**

~~Beurkundung von Willenserklärungen~~**2. Beurkundungsformel (Überschrift geändert)**

[1] Die ~~Beurkundung~~**Beurkundungsformel** besteht darin, dass die Notariatsperson am Schluss der öffentlichen Urkunde förmlich bestätigt, diese sei den Parteien zur Kenntnis gebracht worden, enthalte den der Notariatsperson mitgeteilten Willen der Parteien und sei von diesen unterzeichnet worden**. Die Notariatsperson setzt dieser Bestätigung die Ortsangabe, das Datum, ihre Unterschrift und ihren Stempel bei**.

[2] *Aufgehoben*

Art. 35 Abs. 1 (geändert), **Abs. 1bis (neu)**, **Abs. 2 (geändert)**

Sachbeurkundung
1. Beurkundung von Beschlüssen **von Versammlungen oder Sitzungen (Überschrift geändert)**

[1] Die Notariatsperson ~~hat an der Versammlung~~**beurkundet Beschlüsse von Versammlungen** oder ~~an der Sitzung teilzunehmen und~~ **Sitzungen, indem sie** ein Protokoll als öffentliche Urkunde ~~zu erstellen~~**erstellt. Sie hat an den beurkundeten Versammlungen oder Sitzungen teilzunehmen**.

[1bis] Auf schriftlichem Weg oder unter Verwendung elektronischer Mittel gefasste Beschlüsse von Versammlungen oder Sitzungen kann die Notariatsperson beurkunden, wenn ihre Teilnahme sichergestellt ist und das Bundesrecht diese Form der Beschlussfassung zulässt.

[2] Das Protokoll muss mindestens **die von Bundesrechts wegen erforderlichen Angaben sowie die Feststellungen der oder des Vorsitzenden über Einberufung, Teilnahme und Beschlussfähigkeit sowie allfällige Einwendungen gegen die Durchführung** enthalten~~:~~**.**

a) *Aufgehoben*
b) *Aufgehoben*
c) *Aufgehoben*
d) *Aufgehoben*

Art. 36

2. Andere Sachbeurkundungen **(Überschrift geändert)**

Art. 50 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und auf Antrag der Notariatskommission ~~ein Prüfungsreglement~~**eine Verordnung über die Notariatsprüfung**.

Art. 51a Abs. 4 (neu)

[4] Die neuen finanzaufsichtsrechtlichen Regelungen gelten vom ersten Rechnungsjahr an, das nach dem Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes beginnt.

13.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG)" BR 217.600 (Stand 1. Januar 2007) wird wie folgt geändert:

Art. 15 Abs. 1 (geändert)

[1] Beschwerdeinstanz ist das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**.

14.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG)" BR 220.000 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 1 (geändert), **Abs. 1bis (neu)**, **Abs. 2 (geändert)**

[1] Die Führung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen ist Sache der Regionen. ~~Die Region erlässt dazu ein Organisationsreglement, soweit sie dazu durch dieses Gesetz ermächtigt und beauftragt wird.~~

[1bis] Soweit es für die Wahrnehmung dieser Aufgabe erforderlich ist, sind die Regionen berechtigt, in die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen Einsicht zu nehmen.

[2] **Die Regionen regeln die Führung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen in einem Organisationsreglement, soweit sie dazu durch dieses Gesetz ermächtigt und beauftragt werden.** Das Organisationsreglement enthält insbesondere Bestimmungen über die ordnungsgemässe Durchführung der Betreibungen und Konkurse in der Region sowie den zweckmässigen Einsatz von Personal und Mittel.

Art. 7 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Region hat die Ernennung und den Rücktritt von Amtspersonen unverzüglich der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. **Sie informiert die Aufsichtsbehörde über Amtspflichtverletzungen von Konkurs- und Betreibungsbeamtinnen oder -beamten, welche die Anordnung einer Disziplinarmassnahme rechtfertigen könnten.**

Art. 13 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**

[1] Einzige kantonale Aufsichtsbehörde gemäss Artikel 13 und Beschwerdeinstanz gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs ist das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht**.

[2] Das Obergericht bezeichnet die zuständigen Organe in der Geschäftsordnung.

Art. 15 Abs. 4 (geändert)

[4] Sie ~~kann~~**unterhält** einen Beratungsdienst ~~unterhalten~~, der die Betreibungs- und Konkursämter in Fragen der allgemeinen Geschäftsführung und in konkreten Einzelfällen berät.

Art. 16a (neu)

Betreibungs- und Konkursinspektorinnen und -inspektoren

[1] Die Aufsichtsbehörde ernennt einen oder mehrere Betreibungs- und Konkursinspektorinnen oder einen oder mehrere Betreibungs- und Konkursinspektoren.

[2] Die Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie die Betreibungs- und Konkursinspektoren:

a) prüfen mindestens einmal jährlich die Geschäftsführung der Konkurs- und Betreibungsämter und teilen dem Obergericht das Ergebnis der Prüfung mit;
b) erteilen Auskünfte an die Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und die Betreibungs- und Konkursbeamten;

c) geben den Betreibungs- und Konkursbeamtinnen und den Betreibungs- und Konkursbeamten Hilfestellung bei der Erledigung von Amtsgeschäften;
d) sind für die Weiterbildung zuständig.

[3] Die Regierung legt das Taggeld für die im Nebenamt tätigen Betreibungs- und Konkursinspektorinnen sowie Betreibungs- und Konkursinspektoren fest. Sie kann von den in Artikel 70 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden[1)] vorgesehenen Ansätzen abweichen.

Art. 17

Verfahren vor ~~Kantonsgericht~~**Obergericht**
1. als Aufsichtsbehörde **(Überschrift geändert)**

Art. 18 Abs. 2 (geändert), **Abs. 4 (geändert)**

[2] Sie teilt dies der betroffenen Amtsperson **sowie der betroffenen Region** mit und nimmt die nötigen Abklärungen vor.

[4] Der Disziplinarentscheid wird unter Angabe des Sachverhaltes und der wesentlichen Erwägungen **der betroffenen Person sowie der betroffenen Region** schriftlich eröffnet.

Art. 20 Abs. 2 (geändert)

[2] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** ist oberes kantonales Nachlassgericht.

Art. 21

Aufgehoben

15.

Der Erlass "Anwaltsgesetz" BR 310.100 (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Anwaltsgesetz (**AnwG**)

Art. 5 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 4 (geändert)**, **Abs. 5 (geändert)**

[1] ~~Kantonsgericht~~ **Das Obergericht wählt die fünf Mitglieder der Aufsichtskommission** und ~~Verwaltungsgericht wählen gemeinsam~~**die drei Stellvertretenden** für eine ~~Amtsdauer~~**Dauer** von vier Jahren~~ eine Aufsichtskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden~~**. Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich**.

[1)] BR 170.400

[2] ~~Der~~**Die** Aufsichtskommission ~~gehören~~**besteht** in der Regel ~~zwei im Register des Kantons Graubünden eingetragene Anwältinnen oder Anwälte und je ein Mitglied des Kantons- und des Verwaltungsgerichts an.~~**aus:**

a) **(neu)** einem ordentlichen Mitglied des Obergerichts, das die Aufsichtskommission präsidiert;
b) **(neu)** einem weiteren ordentlichen Mitglied des Obergerichts, das einer anderen Abteilung des Obergerichts angehört als die Präsidentin oder der Präsident;
c) **(neu)** drei weiteren Mitgliedern, von denen in der Regel zwei Anwältinnen und Anwälte sind, die im Kanton praktizieren;
d) **(neu)** drei Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

[4] Die Aufsichtskommission konstituiert sich selbst. **Administrativ ist sie dem Obergericht angegliedert.** Sie **verfügt dort über eine Zustelladresse,** kann ~~ein Sekretariat~~ **die Räumlichkeiten des Obergerichts nutzen** und ~~ein~~ **dessen Sekretariat sowie** Aktuariat ~~bestellen~~**beanspruchen**.

[5] Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen ~~der~~**für die** Mitglieder der Aufsichtskommission fest.

Art. 6 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (aufgehoben)**

[2] ~~Insbesondere hat sie folgende Aufgaben~~**Ihr obliegen insbesondere**:

a) **(geändert)** ~~Sie überwacht die~~**die Überwachung der** Tätigkeit der Anwältinnen und Anwälte ~~und übt das Disziplinarrecht aus~~**sowie die Ausübung des Disziplinarrechts**;
b) **(geändert)** ~~Sie führt das Anwaltsregister~~**die Führung des Anwaltsregisters** und ~~die öffentliche~~**der öffentlichen** Liste der Angehörigen von Mitgliedstaaten der EU oder EFTA;
c) **(geändert)** ~~Sie entscheidet über~~ die Zulassung zur Anwaltsprüfung, ~~führt~~ die ~~Anwaltsprüfungen durch, erteilt das Anwaltspatent~~ **Durchführung der Anwaltsprüfungen, die Erteilung des Anwaltspatents** und ~~die~~**der** Praktikumsbewilligung und ~~entscheidet~~ **der Entscheid** über den Entzug des Anwaltspatents **sowie der erteilten Bewilligungen**;
d) **(geändert)** ~~Sie entscheidet~~**der Entscheid** über die Entbindung vom Berufsgeheimnis;
e) **(geändert)** ~~Sie ist mit dem~~ **der** Vollzug des BGFA[1)] ~~betraut~~, soweit dieses Gesetz nicht ausdrücklich eine andere Instanz für zuständig erklärt.

[3] *Aufgehoben*

Art. 6a (neu)

3. Aufsicht

[1] Das Obergericht übt die Aufsicht über die Aufsichtskommission aus.

[1)] SR 935.61

[2] Es verfügt gegenüber der Aufsichtskommission und deren Mitgliedern über dieselben Aufsichtsinstrumente und Hilfsmittel wie gegenüber den richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen. Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes[1)] über die Justizaufsicht finden sinngemäss Anwendung.

[3] Das Obergericht entscheidet über die Entbindung der Kommissionsmitglieder vom Amtsgeheimnis für Aussagen vor anderen Behörden und für die Aktenedition.

Art. 7 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**

[1] Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt **für alle Verfahren vor der Aufsichtskommission** das ~~Verwaltungsrechtspflegegesetz sinngemäss~~ **Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege**[2)].

[2] Entscheide der Aufsichtskommission können **innert 30 Tagen seit der Mitteilung des begründeten Entscheids** mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** weitergezogen werden. ~~Ausgenommen sind Entscheide über die Bewertung der Anwaltsprüfung.~~

[3] Die Aufsichtskommission kann Entscheide über die Anwaltsprüfung im Dispositiv erlassen. Die betroffenen Personen können bei der Aufsichtskommission innert zehn Tagen seit der Mitteilung schriftlich einen begründeten Entscheid verlangen. Im Übrigen gilt Artikel 48 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege sinngemäss.

Art. 9 Abs. 4 (neu), **Abs. 5 (neu)**

[4] Nach dem Anmeldeschluss können sich Prüfende nur aus wichtigen Gründen zurückziehen. Bleiben sie der Prüfung ohne ausreichenden Grund fern oder beenden sie die Prüfung ohne ausreichenden Grund nicht, gilt die Prüfung als nicht bestanden.

[5] Handelt eine Person bei der Prüfung unehrlich, kann die Aufsichtskommission die Prüfung für nicht bestanden erklären.

Art. 17 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Aufsichtskommission bestimmt im Einzelfall den Inhalt der Eignungsprüfung gemäss BGFA[3)] und des Gesprächs zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten gemäss BGFA. Die Bestimmungen ~~des Prüfungsreglementes~~**der Verordnung über die Anwaltsprüfung** gelten sinngemäss.

Art. 19 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und auf Antrag der Aufsichtskommission ~~ein Prüfungsreglement~~**eine Verordnung über die Anwaltsprüfung**. Sie regelt die Einzelheiten der Parteientschädigung sowie das Honorar für die unentgeltliche Rechtsvertretung und die amtliche Verteidigung.

---

1) BR 173.000
2) BR 370.100
3) SR 935.61

Art. 21 Abs. 2 (neu)

[2] Die neuen finanzaufsichtsrechtlichen Regelungen gelten vom ersten Rechnungsjahr an, das nach dem Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes beginnt.

16.

Der Erlass "Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO)" BR 320.100 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 4

Aufgehoben

Art. 5 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**, **Abs. 4 (neu)**

~~2~~**Erstinstanzliches Gericht**

~~. Kollegialgericht~~**1. Regionalgericht (Überschrift geändert)**

[1] ~~Das Regionalgericht~~ **Soweit das Bundesrecht oder das kantonale Recht nichts anderes bestimmt,** amtet **das Regionalgericht** als erstinstanzliches Zivilgericht~~, soweit nicht die Einzelrichterin oder der Einzelrichter zuständig ist~~.

[2] Es entscheidet in ~~Fünferbesetzung~~**einzelrichterlicher Kompetenz**:

a) **(geändert)** ~~in~~**über** Angelegenheiten, für die das ~~ordentliche~~**summarische** Verfahren gilt;

b) **(geändert)** ~~wenn der Streitwert~~**über Angelegenheiten,** für die ~~Beschwerde in Zivilsachen an~~ das ~~Bundesgericht erreicht ist~~**vereinfachte Verfahren gilt**;

c) **(geändert)** über ~~Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung~~**besondere familienrechtliche Verfahren, Kinderbelange in familienrechtlichen Angelegenheiten und Verfahren bei eingetragener Partnerschaft**;

d) **(geändert)** ~~auf Anordnung~~ **über Widerhandlungen gegen gerichtliche Verbote im Sinne** der ~~oder des Vorsitzenden.~~ **Zivilprozessordnung;**

e) **(neu)** über Rechtshilfegesuche, soweit nicht das Obergericht zuständig ist;

f) **(neu)** wenn eine Eingabe offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist.

[3] ~~In den anderen Fällen~~ **Über Streitigkeiten gemäss Absatz 2 Litera b und Litera c** entscheidet das Regionalgericht in Dreierbesetzung**, wenn dies von einer Partei in der ersten Rechtsschrift beantragt wird, der Streitwert 10 000 Franken übersteigt und die Eingabe nicht offensichtlich unzulässig oder offensichtlich unbegründet ist**.

[4] In den anderen Fällen entscheidet das Regionalgericht in der im Gerichtsorganisationsgesetz[1)] vorgesehenen Besetzung.

Art. 6 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**

~~3. Kantonsgericht~~**2. Obergericht (Überschrift geändert)**

[1)] BR 173.000

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** beurteilt als erstinstanzliches ~~Gericht~~**Zivilgericht** die Fälle, in denen das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorsieht~~, soweit nicht das Verwaltungsgericht zuständig ist~~.

[2] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz ~~über~~:

a) **(geändert)** ~~den Rechtsschutz in klaren Fällen bei~~ **über** Streitigkeiten~~, für die das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorsieht~~ **bis zu einem Streitwert von 10 000 Franken**;

a^{bis}) **(neu)** über Angelegenheiten, für die das summarische Verfahren gilt;

b) **(geändert) über** Schiedsgerichtssachen mit Ausnahme der Beurteilung von Beschwerden und Revisionsgesuchen.

[3] In den anderen Fällen entscheidet das Obergericht in der im Gerichtsorganisationsgesetz[1)] vorgesehenen Besetzung.

Art. 7 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**, **Abs. 4 (neu)**

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** beurteilt als Rechtsmittelinstanz ~~zivilrechtliche~~ Berufungen und Beschwerden.

[2] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz~~, wenn~~:

a) **(geändert)** ~~der Streitwert 5000 Franken nicht überschreitet~~**über Beschwerden**;

a^{bis}) **(neu)** über Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren;

b) **(geändert) wenn** ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet ist.

[3] Über Streitigkeiten gemäss Absatz 2 Litera a und Litera a^{bis} entscheidet das Obergericht in Dreierbesetzung, wenn dies von einer Partei in der ersten Rechtsschrift beantragt wird, der Streitwert 10 000 Franken übersteigt und das Rechtsmittel nicht offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet ist.

[4] In den anderen Fällen entscheidet das Obergericht in der im Gerichtsorganisationsgesetz[2)] vorgesehenen Besetzung.

Art. 8 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** ist die kantonale Zentralbehörde für Rechtshilfegesuche aus dem Ausland im Sinne der Staatsverträge.

[2] Die Zustellung ins Ausland erfolgt direkt von Behörde zu Behörde. Wenn der direkte Verkehr durch Bundesrecht oder Staatsvertragsrecht ausgeschlossen ist, erfolgt die Zustellung über das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht**.

Art. 13 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (aufgehoben)**

[1] Ist der Ausstand streitig, entscheidet ~~in Abwesenheit der betroffenen Person~~:

[1)] BR 173.000
[2)] BR 173.000

a) **(geändert)** ~~das~~ **die oder der Vorsitzende des** in der Hauptsache ~~zuständige Gerichtzuständigen Gerichts in Ausstandsfällen von weiteren Gerichtspersonen~~;

b) **(geändert)** ~~das Gericht~~ **die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der oder des Vorsitzenden** in Ausstandsfällen ~~bei einzelrichterlichen Zuständigkeiten~~ **der oder des Vorsitzenden**;

c) **(geändert)** ~~das Regionalgericht~~**die oder der Vorsitzende der Zivilkammer des in der Hauptsache zuständigen Regionalgerichts** in Ausstandsfällen bei Schlichtungsbehörden.

[2] *Aufgehoben*

Art. 15 Abs. 4 (geändert)

[4] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** regelt die Höhe der Pauschalen in einer Verordnung[1)].

Art. 16 Abs. 2 (geändert)

[2] Die Entschädigung von Zeuginnen und Zeugen für den Erwerbsausfall beträgt höchstens 500 Franken pro Tag. Die Entschädigung der Spesen erfolgt höchstens zu den für ~~die Angestellten~~**das Personal** des Kantons geltenden Ansätzen. Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** regelt die Einzelheiten in einer Verordnung[2)].

17.

Der Erlass "Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGz-StPO)" BR 350.100 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 1bis (neu), **Abs. 2 (geändert)**

[1bis] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates bestellt bei Bedarf ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, um Strafverfahren zu führen, die sich gegen Mitglieder der Regierung richten.

[2] ~~Bei Bedarf kann~~ **In den anderen Fällen bestellt** die Regierung **bei Bedarf** ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Jugendanwältinnen und Jugendanwälte ~~bestellen~~.

Art. 12 Abs. 1

[1] Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt ist insbesondere zuständig für:

d) **(geändert)** Einsprache gegen Strafbefehle~~, die nicht~~ von ~~der Staatsanwaltschaft stammen~~**anderen kantonalen Verwaltungsbehörden**;

[1)] BR 320.210
[2)] BR 320.210

Art. 19 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**

[2] Es entscheidet in ~~Fünferbesetzung~~**einzelrichterlicher Kompetenz**:

a) **(geändert)** über ~~Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung~~**Übertretungen**;

b) **(geändert)** ~~auf Anordnung der~~ **über Verbrechen** oder **Vergehen, wenn die Staatsanwaltschaft nicht eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr, eine Verwahrung nach Artikel 64** des ~~Vorsitzenden;~~**Schweizerischen Strafgesetzbuchs**[1)] **oder eine freiheitsentziehende Massnahme beantragt und die oder der Vorsitzende keine solche Sanktion anordnen will.**

c) *Aufgehoben*

[3] In den anderen Fällen entscheidet das Regionalgericht in ~~Dreierbesetzung~~**der im Gerichtsorganisationsgesetz**[2)] **vorgesehenen Besetzung**.

Art. 22 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** amtet als Berufungsgericht und als Beschwerdeinstanz in Straf- und Jugendstrafsachen.

Art. 30 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Die Mitglieder des Grossen Rates und der Regierung sowie des ~~Kantons- und des Verwaltungsgerichts~~**Obergerichts** sind für ihre Äusserungen im Grossen Rat oder in dessen Kommissionen strafrechtlich nicht verfolgbar.

[2] Die Mitglieder der Regierung sowie ~~die Richterinnen und Richter~~ **der richterlichen Behörden** und die Aktuarinnen ~~und~~**sowie** Aktuare ~~des Kantons- und des Verwaltungsgerichts~~**der richterlichen Behörden** können wegen im Amt begangener Verbrechen und Vergehen nur mit Ermächtigung der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates strafrechtlich verfolgt werden.

Art. 35a (neu)

Weiterzug durch Behörden

[1] Die Staatsanwaltschaft und die weiteren kantonalen Verwaltungsbehörden, die für die Verfolgung und Beurteilung von kantonalen Übertretungstatbeständen zuständig sind, können Entscheide der Regionalgerichte an das Obergericht weiterziehen.

Art. 37 Abs. 4

[4] Die Höhe der Gebühr wird durch Verordnung geregelt durch:

b) **(geändert)** das ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** für gerichtliche Verfahren[3)].

---

1) SR 311.0
2) BR 173.000
3) BR 350.210

Art. 42 Abs. 1bis (neu)

1bis Die Staatsanwaltschaft kann gegen Strafbefehle von anderen kantonalen Verwaltungsbehörden Einsprache erheben.

Art. 55 Abs. 2 (neu)

2 Verfahren, die bei Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes hängig sind, werden von den nach neuem Recht zuständigen Behörden weitergeführt.

18.

Der Erlass "Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz, JVG)" BR 350.500 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 48 Abs. 1 (geändert)

Beschwerde ans ~~Kantonsgericht von Graubünden~~**Obergericht (Überschrift geändert)**

1 Gegen Entscheide des Departements können die Betroffenen und die Staatsanwaltschaft innert 30 Tagen seit der Mitteilung strafrechtliche Beschwerde beim ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** einlegen.

19.

Der Erlass "Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG)" BR 370.100 (Stand 1. Januar 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 6c Abs. 1 (geändert)

1 Ist der Ausstand streitig, entscheidet ~~in Abwesenheit der betroffenen Person~~:

a) **(geändert)** ~~das~~ **die oder der Vorsitzende des** in der Hauptsache ~~zuständige Gericht~~**zuständigen Gerichts** in Ausstandsfällen ~~einer Gerichtsperson~~**von weiteren Gerichtspersonen**;

abis) **(neu)** die Stellvertreterin oder der Stellvertreter der oder des Vorsitzenden in Ausstandsfällen der oder des Vorsitzenden;

b) **(geändert)** die Kollegialbehörde in **Abwesenheit der betroffenen Person in** Ausstandsfällen ihrer Mitglieder;

Art. 11 Abs. 2 (geändert)

2 Die am Verfahren Beteiligten sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken. **Die Mitwirkungspflicht entfällt, wenn sie sich dadurch strafrechtlich belasten würden.**

Art. 28 Abs. 2 (geändert)

2 Die Verwaltungsbeschwerde ist ausgeschlossen, wenn gemäss Gesetz die Einsprache oder direkt die Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** offen steht.

Titel nach Art. 37 (geändert)

4. Verfahren vor ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**

Art. 42 Abs. 1 (geändert)

[1] Vorsorgliche und prozessleitende Verfügungen können innert zehn Tagen beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden.

Art. 43 Abs. 1 (geändert), **Abs. 3**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** entscheidet in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[3] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz, wenn:

a) **(geändert)** der Streitwert ~~5000~~**10 000** Franken nicht überschreitet und keine Fünferbesetzung vorgeschrieben ist;

Art. 44 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** fällt sein Urteil in der Regel ohne Gerichtsverhandlung aufgrund der Akten.

Art. 47 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** ist auch zu der für die Beurteilung der Hauptsache unerlässlichen Beantwortung von Vorfragen zuständig.

Art. 48 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** kann ein Urteil im Dispositiv ohne Begründung oder mit einer Kurzbegründung mitteilen. Jede Partei kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich ein vollständig begründetes Urteil verlangen. Verlangt keine Partei innert Frist eine Begründung, erwächst das Urteil in Rechtskraft.

Art. 49 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** beurteilt Beschwerden gegen:

f) **(geändert)** Entscheide anerkannter Landeskirchen und ihrer Kirchgemeinden, soweit ~~eine Verletzung des vom Staat erlassenen Rechts geltend gemacht wird~~ **sie beim Bundesgericht angefochten werden können**, sowie verwaltungsrechtliche Streitigkeiten, die dem ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** von den Landeskirchen zur Beurteilung zugewiesen ~~worden~~ sind;

f[bis]) **(neu)** dienstaufsichtsrechtliche Entscheide des Justizgerichts, die Mitglieder des Justizgerichts betreffen, und dienstaufsichtsrechtliche Entscheide der Regionalgerichte;

f[ter]) **(neu)** dienstaufsichtsrechtliche Entscheide des Grossen Rates, die Mitglieder des Grossen Rates, der Regierung, des Justizgerichts, der Regionalgerichte und des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts betreffen;

Art. 52 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Beschwerde ist schriftlich innert 30 Tagen seit Mitteilung des angefochtenen Entscheids beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** einzureichen.

Art. 55 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**

[2] Der abgeänderte Entscheid ist dem ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** mitzuteilen.

[3] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** hat die Beschwerde nur noch insoweit zu behandeln, als sie durch den abgeänderten Entscheid nicht gegenstandslos geworden ist.

Art. 56 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** ist unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Bestimmungen an die Anträge der Parteien gebunden.

[2] Ist das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** nicht an die Anträge der Parteien gebunden, kann es einen Entscheid zu Ungunsten der beschwerdeführenden Partei ändern oder dieser mehr zusprechen, als sie verlangt hat. In diesem Fall ist den Parteien vorher Gelegenheit zur Stellungnahme sowie zum Rückzug der Beschwerde zu geben.

[3] Hebt das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** den angefochtenen Entscheid auf, entscheidet es selbst oder weist die Sache zum neuen Entscheid zurück.

Art. 57 Abs. 1 (geändert)

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** beurteilt als Verfassungsgericht Beschwerden gegen:

Aufzählung unverändert.

Art. 60 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Beschwerde ist schriftlich innert 30 Tagen seit Mitteilung des angefochtenen Entscheids oder seit der amtlichen Veröffentlichung beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** einzureichen.

Art. 61 Abs. 1 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** hebt den angefochtenen Erlass oder Entscheid auf, soweit er verfassungs- oder gesetzwidrig ist.

[3] Soweit die Verfassungsverletzung nicht anders behoben werden kann, erlässt das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** die erforderlichen Anordnungen.

Art. 62 Abs. 1 (geändert)

[1] Soweit dieser Abschnitt keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen über das ~~Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht~~**verwaltungsgerichtliche Beschwerdeverfahren** anwendbar.

Art. 63 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** beurteilt im Klageverfahren:

c) **(geändert)** Entschädigungsansprüche aus dem ~~Staatshaftungsgesetz~~**Gesetz über die Staatshaftung, soweit keine andere Behörde bestimmt ist**;

f) **(geändert)** staats- und verwaltungsrechtliche Streitigkeiten, die dem ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** gemäss besonderer Vorschrift zur Beurteilung zugewiesen sind;

g) **(geändert)** Streitigkeiten, an denen die anerkannten Landeskirchen oder ihre Kirchgemeinden beteiligt sind, soweit sie **beim Bundesgericht angefochten werden können, oder die** von den Landeskirchen dem ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht zur Beurteilung** zugewiesen sind~~ oder vom Staat erlassenes Recht angerufen wird~~.

[2] Es beurteilt als Versicherungsgericht im Klageverfahren:

b) **(geändert)** Streitigkeiten im Sinn von ~~Artikel 47~~**Artikel 85** des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)[1)] **und Artikel 7 der Schweizerischen Zivilprozessordnung**[2)].

Art. 64 Abs. 1 (geändert)

[1] Die Klage wird durch Einreichung beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** rechtshängig.

Art. 65 Abs. 1 (geändert)

[1] Soweit dieser Abschnitt keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen über das Beschwerdeverfahren vor ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** anwendbar.

Titel nach Art. 65 (neu)

4a. Verfahren vor Justizgericht

Art. 65a (neu)

Verwaltungsgerichtliche Beschwerde

[1] Das Justizgericht beurteilt letztinstanzlich Beschwerden gegen:

a) dienstaufsichtsrechtliche Entscheide des Obergerichts, die Mitglieder des Obergerichts betreffen;

b) dienstaufsichtsrechtliche Entscheide des Grossen Rates, die Mitglieder des Obergerichts betreffen;

c) Entscheide betreffend die Entschädigung bei Nichtwiederwahl eines Mitglieds des Obergerichts;

d) personalrechtliche Entscheide des Obergerichts, die Mitarbeitende des Obergerichts betreffen;

---

1) SR 961.01

2) SR 272

e) Entscheide der Aufsichtskommission;
f) Entscheide des Obergerichts betreffend Ausstandsbegehren, soweit der Weiterzug an das Bundesgericht einen Entscheid einer kantonalen Rechtsmittelbehörde voraussetzt;
g) weitere Entscheide, soweit dies gesetzlich vorgesehen oder von Bundesrechts wegen erforderlich ist.

[2] Die Voraussetzungen für die Beschwerdeführung und das Beschwerdeverfahren richten sich nach den Regeln, die für das verwaltungsgerichtliche Beschwerdeverfahren vor dem Obergericht gelten.

Art. 65b (neu)

Kompetenzkonflikte

[1] Das Justizgericht entscheidet endgültig über Kompetenzkonflikte zwischen Organen der Rechtsprechung, für deren Lösung das Gesetz keine andere Regelung vorsieht.

[2] Es wird von einem Organ der Rechtsprechung angerufen, wenn Einigkeit über den Kompetenzkonflikt besteht.

Art. 65c (neu)

Verwaltungsgerichtliches Klageverfahren

[1] Im verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren beurteilt das Justizgericht als einzige kantonale Instanz Entschädigungsansprüche aus dem Gesetz über die Staatshaftung[1)], die ihm zur Beurteilung zugewiesen sind.

Art. 68 Abs. 2 (geändert)

[2] Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn die behauptete Rechtsverletzung nicht durch Rechtsmittel oder Klage beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** oder bei der Regierung gerügt werden kann.

Art. 75 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3 (geändert)**, **Abs. 4 (geändert)**

[2] Die Staatsgebühr beträgt höchstens 20 000 Franken. Sie richtet sich nach dem Umfang und der Schwierigkeit der Sache sowie nach dem Interesse und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kostenpflichtigen. In Verfahren vor ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht**, die einen besonders grossen Aufwand verursachen, erhöht sich der Gebührenrahmen auf 100 000 Franken. Bei Verzicht auf ein vollständig begründetes Urteil wird die Staatsgebühr angemessen reduziert.

[3] Für Verfahren vor kantonalen Verwaltungsbehörden regelt die Regierung die Gebührenansätze für die Staatsgebühr, die Höhe der Gebühren für Ausfertigungen und Mitteilungen sowie den Ersatz der Barauslagen durch Verordnung.

[1)] BR 170.050

[4] Für Verfahren vor ~~Verwaltungsgericht~~ **dem Obergericht** regelt das ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht, für Verfahren vor dem Justizgericht das Justizgericht** die Höhe der Gebühren für Ausfertigungen und Mitteilungen sowie den Ersatz der Barauslagen durch Verordnung.

Art. 77 Abs. 2 (geändert)

[2] Über die Verpflichtung zur Rückerstattung entscheidet das von der Regierung bezeichnete Amt. Dessen Entscheid kann mit Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** angefochten werden.

Art. 80 Abs. 3 (geändert)

[3] Die Vollstreckung der vom ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht und vom Justizgericht** verfügten oder angeordneten Massnahmen obliegt dem für die Justiz zuständigen Departement.

Art. 85 Abs. 5 (neu)

[5] Verfahren, die bei Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes beim Verwaltungsgericht hängig sind, werden mit dem Inkrafttreten auf das nach neuem Recht zuständige Gericht übertragen.

Art. 85b

Aufgehoben

20.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht (EGzSSV)" BR 370.300 (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Das ~~Schiedsgericht~~**Obergericht** beurteilt Streitigkeiten zwischen Versicherern und Leistungserbringern, für die das eidgenössische Sozialversicherungsrecht ein ~~Schlichtungs- und~~ Schiedsgerichtsverfahren vorsieht.

[2] Dem Schiedsgerichtsverfahren hat ein Schlichtungsverfahren **vor der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen** vorauszugehen, sofern nicht schon eine vertraglich eingesetzte Schlichtungsinstanz geamtet hat.

Art. 2

Aufgehoben

Art. 3 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (neu)**, **Abs. 4 (neu)**

Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen
1. Zusammensetzung **und Stellung (Überschrift geändert)**

[1] Die ~~Schlichtungsstelle~~**Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen** besteht aus einer Vermittlerin oder einem Vermittler und einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter.

[2] Das ~~Schiedsgericht setzt sich aus~~**Obergericht wählt die Mitglieder** der ~~oder dem Vorsitzenden und je einer~~**Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen für die Dauer** von ~~den Parteien bezeichneten Person zusammen~~**vier Jahren. Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich**.

[3] Die Vermittlerin oder der Vermittler legt den Sitz der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen fest. Dieser muss im Kanton Graubünden liegen.

[4] Der Sitz und die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen sind öffentlich bekannt zu geben.

Art. 3a (neu)

2. Aufsicht

[1] Das Obergericht beaufsichtigt die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen.

[2] Die Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen unterbreitet dem Obergericht das Budget und die Jahresrechnung zur Genehmigung.

[3] Im Übrigen verfügt das Obergericht gegenüber der Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen und deren Mitgliedern über dieselben Aufsichtsinstrumente und Hilfsmittel wie gegenüber den anderen richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen.

[4] Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes über die Justizaufsicht finden sinngemäss Anwendung.

Art. 4 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (aufgehoben)**

~~Wahl~~**Schiedsgerichtliche Abteilung des Obergerichts**

1. ~~Schlichtungsstelle und Präsidium Schiedsgericht~~**Zusammensetzung (Überschrift geändert)**

[1] Das ~~Plenum des Verwaltungsgerichts wählt~~ **Obergericht bildet für** die ~~Mitglieder der Schlichtungsstelle und bezeichnet aus seinen Mitgliedern~~ **Streitigkeiten, für die** das ~~Präsidium des Schiedsgerichts und dessen Stellvertretung~~**eidgenössische Sozialversicherungsrecht ein Schiedsgerichtsverfahren vorsieht, eine besondere Abteilung**.

[2] Die ~~Amtsdauer entspricht derjenigen der Mitglieder~~ **schiedsgerichtliche Abteilung** des ~~Verwaltungsgerichts.~~**Obergerichts besteht aus:**

a) **(neu)** einem Mitglied des Obergerichts (Vorsitz);
b) **(neu)** zwei Mitgliedern, von denen der eine die Versicherer, der andere die Leistungserbringer vertritt und die von Fall zu Fall von den Parteien bezeichnet werden.

[3] *Aufgehoben*

Art. 5 Abs. 2 (geändert)

2. ~~Mitglieder Schiedsgericht~~**Bezeichnete Mitglieder (Überschrift geändert)**

[2] Hat eine Partei innert der ~~von der oder dem Vorsitzenden~~ angesetzten Frist ihre Vertretung ~~im Schiedsgericht~~ **in der schiedsgerichtlichen Abteilung** nicht bezeichnet, wird diese nach Anhörung der betreffenden Partei von der oder dem Vorsitzenden **der schiedsgerichtlichen Abteilung** des ~~Verwaltungsgerichts~~**Obergerichts** bestimmt.

Art. 6 Abs. 2 (geändert)

[2] Die oder der Vorsitzende **der schiedsgerichtlichen Abteilung** des ~~Verwaltungsgerichts~~**Obergerichts** beurteilt als einzige kantonale Instanz bestrittene Ausstandseinreden.

Art. 7 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 2bis (neu)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] Die ~~Entschädigung der~~ Mitglieder der ~~Schlichtungsstelle richtet sich nach dem effektiven~~ **Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen werden für ihren berechtigten** Aufwand **zu dem für die unentgeltliche Vertretung** und ~~beträgt 75 Prozent des vom Bündner Anwaltsverband empfohlenen Honoraransatzes.~~**die amtliche Verteidigung geltenden Honoraransatz entlöhnt.**

[2] Die **bezeichneten** Mitglieder **der schiedsgerichtlichen Abteilung** des ~~Schiedsgerichts erhalten~~**Obergerichts werden** für ~~Sitzungen und Aktenstudium ein Taggeld, das den Betrag von 300 beziehungsweise 500 Franken nicht unter- beziehungsweise überschreiten darf.~~**die richterliche Tätigkeit entlöhnt in Form:**

a) **(neu)** eines Taggelds;
b) **(neu)** einer Mitwirkungsvergütung, wenn sie an einem Zirkularentscheid beteiligt sind.

[2bis] Der Anspruch auf Entlöhnung entsteht mit der Zuteilung eines Geschäfts. Fällt ein Geschäft dahin oder kann ein Mitglied aus persönlichen Gründen nicht mitwirken, ist die Entlöhnung zu kürzen.

[3] Das ~~Verwaltungsgericht regelt~~**Obergericht legt** die **Höhe des Taggelds, der Mitwirkungsvergütung und die weiteren** Einzelheiten in einer Verordnung ~~und passt das Taggeld periodisch der Teuerung an.~~**fest.**

Art. 8

Aufgehoben

Art. 9 Abs. 1 (geändert)

[1] Das Schlichtungsverfahren wird durch Einreichen eines schriftlichen Schlichtungsbegehrens bei der ~~Schlichtungsstelle~~**Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen** eingeleitet.

Art. 11 Abs. 1 (geändert)

[1] Die ~~Schlichtungsstelle~~ **Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen** gibt der oder dem Vorsitzenden **der schiedsgerichtlichen Abteilung** des ~~Schiedsgerichts~~ **Obergerichts** durch Protokollauszug Kenntnis vom Scheitern des Schlichtungsverfahrens.

Art. 11a (neu)

4. Verfahrenskosten und unentgeltliche Rechtspflege

[1] Das Schlichtungsverfahren ist kostenpflichtig.

[2] Die Kosten, die Parteientschädigung und die unentgeltliche Rechtspflege richten sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

[3] Zuständig für die Erteilung der unentgeltlichen Rechtspflege ist die schiedsgerichtliche Abteilung des Obergerichts. Die unentgeltliche Rechtspflege kann frühestens mit der Einleitung des Schlichtungsverfahrens beantragt werden.

Art. 12 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

~~Schiedsgericht~~**Schiedsgerichtliches Verfahren**

1. Klagefrist **(Überschrift geändert)**

[1] Die oder der Vorsitzende **der schiedsgerichtlichen Abteilung** des ~~Schiedsgerichts~~ **Obergerichts** setzt der Partei, welche die ~~Schlichtungsstelle~~**Schlichtungsbehörde für Sozialversicherungssachen** zuerst angerufen hat, eine einmal erstreckbare Frist von 30 Tagen zur Einreichung der Klageschrift.

[2] Hat eine vertraglich eingesetzte Schlichtungsinstanz geamtet, so ist die Klage schriftlich innert 30 Tagen seit der Mitteilung des Scheiterns der Schlichtungsverhandlung beim ~~Schiedsgericht~~**Obergericht** einzureichen.

Art. 13 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (neu)**

[1] Soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, sind ~~die Bestimmungen~~ **Artikel 56 bis Artikel 61 des Bundesgesetzes** über ~~das Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht~~**den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts**[2)] anwendbar.

[2] Ergänzend sind die Bestimmungen über das verwaltungsgerichtliche Klageverfahren vor dem Obergericht anwendbar.

Art. 14

Aufgehoben

[1)] BR 370.100
[2)] SR 830.1

Art. 15 Abs. 2 (neu), **Abs. 3 (neu)**

[2] Die Befugnisse, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Schiedsgerichts gehen mit dem Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes entschädigungslos auf das Obergericht über.

[3] Verfahren, die beim Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes beim Schiedsgericht hängig sind, werden mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts auf das Obergericht übertragen.

21.

Der Erlass "Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz)" BR 421.000 (Stand 1. März 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 95 Abs. 3 (geändert), **Abs. 4 (geändert)**

[3] Negative Zuweisungsentscheide und Verfügungen betreffend Nichtpromotion beziehungsweise Promotion können innert zehn Tagen an das Amt weitergezogen werden. Das Amt kann ein besonderes Verfahren zur Einsprachebeurteilung vorsehen. Entscheide des Amtes können innert zehn Tagen an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

[4] Verfügungen des Amtes über die Anordnung und Aufhebung von sonderpädagogischen Massnahmen im hochschwelligen Bereich können innert zehn Tagen an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

22.

Der Erlass "Gesetz über Hochschulen und Forschung (GHF)" BR 427.200 (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 31 Abs. 1 (geändert)

[1] Nach Ausschöpfung des schulinternen Rechtsmittelverfahrens können folgende Entscheide der Hochschulen mit kantonaler Trägerschaft innert zehn Tagen mit Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden:

Aufzählung unverändert.

23.

Der Erlass "Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG)" BR 492.100 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 4 (geändert), **Abs. 5 (geändert)**

[4] Im Schriftverkehr benutzen die kantonalen Behörden, das ~~Kantons-~~**Obergericht**, das ~~Verwaltungs-~~**Justizgericht** und das Zwangsmassnahmengericht die Amtssprachen in ihren Standardformen.

[5] Rätoromanische Standardform der kantonalen Behörden, des ~~Kantons-~~**Obergerichts**, des ~~Verwaltungs-~~**Justizgerichts** und des Zwangsmassnahmengerichts ist Rumantsch Grischun. Personen rätoromanischer Sprache können sich in den Idiomen oder in Rumantsch Grischun an den Kanton wenden.

Art. 8 Abs. 1 (geändert)

2. ~~Kantons-, Verwaltungs-~~**Obergericht, Justizgericht** und Zwangsmassnahmengericht **(Überschrift geändert)**

[1] ~~Am Kantons-, Verwaltungs-~~**In Verfahren vor dem Obergericht, dem Justizgericht** und **dem** Zwangsmassnahmengericht können die Parteien für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine kantonale Amtssprache ihrer Wahl verwenden.

Art. 10a Abs. 1 (geändert)

[1] Ist eine Schlichtungsbehörde für den ganzen Kanton zuständig, finden die Bestimmungen für das ~~Kantons-, Verwaltungs-~~**Obergericht, das Justizgericht** und **das** Zwangsmassnahmengericht Anwendung.

24.

Der Erlass "Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG)" BR 496.000 (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 42 Abs. 2 (geändert)

[2] Verfügungen der Fachstellen, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

25.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Einführungsgesetz zum Heilmittelgesetz, EGzHMG)" BR 500.500 (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 29a Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen Entscheide der von der Regierung bezeichneten kantonalen Ethikkommission kann Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** erhoben werden.

26.

Der Erlass "Gesetz über die Psychiatrischen Dienste Graubünden" BR 500.900 (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 12 Abs. 3 (geändert)

[3] Die Beschwerde gegen personalrechtliche Entscheide der Direktion an den Verwaltungsrat ist nur zulässig, wenn der Weiterzug an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** ausgeschlossen ist.

27.
Der Erlass "Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz" BR 530.100 (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

Art. 9 Abs. 2 (geändert)

[2] Verfügungen und Entscheide des Departementes können innert 30 Tagen seit Mitteilung mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

28.
Der Erlass "Gesetz über die Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten" BR 538.100 (Stand 1. Januar 2011) wird wie folgt geändert:

Art. 14 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Vermittlungsvorschlag ist inhaltlich unweiterzüglich. Verfügungen des Einigungsamtes als Vermittlungsinstanz können, sofern eine Gesetzesverletzung geltend gemacht wird, mit Beschwerde gemäss Zivilprozessordnung[1)] an das ~~Kantonsgericht~~ **Obergericht** weitergezogen werden.

29.
Der Erlass "Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG)" BR 542.100 (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

Art. 19 Abs. 2 (geändert)

[2] Gegen Einspracheentscheide der AHV-Ausgleichskasse kann innert 30 Tagen seit deren Mitteilung beim ~~Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden~~**Obergericht** schriftlich Beschwerde eingereicht werden.

30.
Der Erlass "Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen)" BR 544.300 (Stand 1. Januar 2012) wird wie folgt geändert:

[1)] SR 272

Art. 19 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen Einspracheentscheide der AHV-Ausgleichskasse kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Einspracheentscheides Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden~~**Obergericht** erhoben werden.

31.
Der Erlass "Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger (Kantonales Unterstützungsgesetz)" BR 546.250 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 2 (geändert)

[2] Über Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung des Unterstützungsgesetzes ergeben, entscheidet das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**.

32.
Der Erlass "Gesetz über die Familienzulagen (KFZG)" BR 548.100 (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 22 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen Einspracheentscheide der Familienausgleichskassen kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Einspracheentscheides Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden~~**Obergericht** erhoben werden.

Art. 23 Abs. 2 (geändert)

[2] Gegen den Entscheid der Regierung kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Entscheides Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden~~ **Obergericht** erhoben werden.

33.
Der Erlass "Gesetz über Mutterschaftsbeiträge" BR 548.200 (Stand 1. August 2009) wird wie folgt geändert:

Art. 13 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen die gestützt auf dieses Gesetz ergangenen Verfügungen kann innert 30 Tagen seit Zustellung Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** eingereicht werden.

34.
Der Erlass "Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)" BR 613.000 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 22d Abs. 3 (geändert)

[3] Richterliche Entscheide können mit Beschwerde beim ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** angefochten werden. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen über die strafrechtliche Beschwerde sinngemäss.

35.

Der Erlass "Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (EGzAAG)" BR 618.100 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 21a Abs. 1 (geändert)

[1] Entscheide der richterlichen Behörde können mit Beschwerde beim ~~Kantonsgericht~~ **Obergericht** angefochten werden.

36.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (EGzWPEG)" BR 620.100 (Stand 1. Mai 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 1 (geändert)

~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht (Überschrift geändert)**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** ist zuständig für:

Aufzählung unverändert.

37.

Der Erlass "Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG)" BR 710.100 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 21 Abs. 1

[1] Bei Einzelkrediten des Kantons ist zudem kein Nachtragskredit nötig:

d) **(geändert)** für Kreditumlagerungen innerhalb der Ausbaukredite der einzelnen Strassenkategorien sowie zwischen gleich lautenden Beitragskonten der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung~~.~~**;**

e) **(neu)** für unerlässliche Ausgaben der richterlichen und justiznahen Behörden in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rechtsprechung.

Art. 39 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (aufgehoben)**, **Abs. 3 (geändert)**

~~Kantons- und Verwaltungsgericht~~**Richterliche Behörden (Überschrift geändert)**

[1] Das ~~Kantons-~~**Obergericht** und das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** sind bezüglich der kreditmässigen Entscheidkompetenzen der Regierung gleichgestellt.

[2] *Aufgehoben*

[3] Soweit dies für den Justizbereich nötig ist, ~~können~~**kann** das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~**Obergericht** nach Anhörung des Departementes für Finanzen und Gemeinden und der Finanzkontrolle durch Verordnung abweichende finanzrechtliche Bestimmungen erlassen.

Art. 39a

Aufgehoben

38.

Der Erlass "Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA)" BR 710.300 (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1, Abs. 2 (geändert)

[1] Oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons ist die Finanzkontrolle. Sie unterstützt:

a) **(geändert)** den Grossen Rat und seine Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung der verfassungsmässigen Finanzaufsicht über die Verwaltung, das ~~Kantons- und~~**Obergericht,** das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** und die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten;

c) **(geändert)** das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~**Obergericht** bei den finanziellen Aspekten der Justizaufsicht.

[2] Die Finanzkontrolle ist fachlich unabhängig und selbstständig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet. Sie legt jährlich ihr Prüfprogramm fest und bringt dieses der Geschäftsprüfungskommission, der Regierung und auszugsweise dem ~~Kantons-~~**Obergericht** und dem ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** zur Kenntnis.

Art. 8 Abs. 2 (geändert)

[2] Sie verkehrt direkt mit der Geschäftsprüfungskommission, der Regierung ~~und~~**,** dem ~~Kantons-~~**Obergericht** und dem ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht**. Diese laden die Leiterin oder den Leiter der Finanzkontrolle periodisch zu einer Aussprache ein.

Art. 9 Abs. 2 (geändert)

[2] Sie erteilt der Geschäftsprüfungskommission jede Auskunft, welche für die Ausübung der Oberaufsicht dienlich ist. Sie stellt ihr auf ~~Verlagen~~**Verlangen** alle Beschlüsse der Regierung, der Departemente ~~und~~**,** des ~~Kantons-~~**Obergerichts** und des ~~Verwaltungsgerichts~~**Justizgerichts**, welche die Überwachung der Budgetkredite und den Finanzhaushalt betreffen, zur Verfügung. Ferner unterbreitet sie der Geschäftsprüfungskommission alle Prüfungsberichte und die dazugehörige Korrespondenz, und leitet ihr die Entscheide über die Erledigung von Beanstandungen und Anträgen zu.

Art. 13 Abs. 1 (geändert)

[1] Parlamentarische Untersuchungskommissionen, die Geschäftsprüfungskommission, die Regierung, die Departemente sowie das ~~Kantons- und das Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** können der Finanzkontrolle besondere Prüfungsaufträge erteilen und sie als beratendes Organ in Fragen der Finanzaufsicht beiziehen.

Art. 14 Abs. 2 (geändert)

[2] Der Bericht, der mit Anträgen verbunden werden kann, geht an die zuständige kantonale Dienststelle, das zuständige Regionalgericht, die zuständige Schlichtungsbehörde, das zuständige Departement, die Standeskanzlei, das ~~Kantons- oder~~**Obergericht,** das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** und an das Departement für Finanzen und Gemeinden. Bei Revisionsstellenmandaten richtet sich der Bericht an das zuständige Organ.

Art. 15 Abs. 2 (geändert)

[2] Nimmt die Finanzkontrolle bei der Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit Mängel der Organisation, der Arbeitsweise oder des Arbeitseinsatzes wahr, welche nicht direkt das Finanz- und Rechnungswesen betreffen, so gibt sie dem vorgesetzten Departement, der Standeskanzlei, dem ~~Kantons- oder dem Verwaltungsgericht~~**Obergericht** sowie dem Departement für Finanzen und Gemeinden davon schriftlich Kenntnis. Sie kann Verbesserungsmassnahmen empfehlen.

Art. 16 Abs. 2

[2] Lässt sich eine Beanstandung oder ein Antrag nicht innert der festgesetzten Frist erledigen, oder sind die Beanstandungen und Anträge bestritten, so unterbreitet die Finanzkontrolle die Angelegenheit zum endgültigen Entscheid:

b) **(geändert)** der zuständigen Aufsichtskommission zuhanden des Grossen Rates in Fällen, die das ~~Kantons-~~**Obergericht** oder das ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht** betreffen;

c) **(geändert)** dem ~~Kantonsgericht~~**Obergericht** in Fällen, die ein Regionalgericht oder eine Schlichtungsbehörde betreffen.

Art. 18 Abs. 1 (geändert)

[1] Ergeben sich Hinweise auf eine strafbare Handlung, meldet die Finanzkontrolle dies dem zuständigen Departement, der Standeskanzlei, dem ~~Kantons-~~**Obergericht** oder dem ~~Verwaltungsgericht~~**Justizgericht**. Die informierten Instanzen sorgen unverzüglich für die gebotenen Massnahmen.

39.

Der Erlass "Steuergesetz für den Kanton Graubünden" BR 720.000 (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:

Art. 137a Abs. 1 (geändert)

[1] Richtet sich die Einsprache gegen eine einlässlich begründete Veranlagungsverfügung, so kann sie mit Zustimmung des Einsprechers und der Veranlagungsbehörde als Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergeleitet werden.

Art. 139 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen Einspracheentscheide und Entscheide über Steuererlasse kann der Steuerpflichtige innert 30 Tagen seit Zustellung des Entscheides beim ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** schriftlich Beschwerde erheben.

Art. 140 Abs. 2 (geändert)

[2] Im Beschwerdeverfahren hat das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** die gleichen Befugnisse wie die Veranlagungsbehörde im Veranlagungsverfahren. Eine mündliche Verhandlung findet nur ausnahmsweise statt.

Art. 142 Abs. 2 (geändert)

[2] Zur Behandlung des Revisionsgesuches von Veranlagungsverfügungen und Einspracheentscheiden ist die kantonale Steuerverwaltung zuständig; die Revision von Beschwerdeentscheiden ist Sache des ~~Verwaltungsgerichtes~~**Obergerichtes**.

Art. 158 Abs. 3 (geändert)

[3] Die Sicherstellungsverfügung ist dem Steuerpflichtigen schriftlich zu eröffnen und kann mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

Art. 166 Abs. 3 (geändert)

[3] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** ist die Rekurskommission im Sinne des Verrechnungssteuergesetzes[1)] beziehungsweise des Bundessteuergesetzes[2)].

40.

Der Erlass "Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG)" BR 720.200 (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 29 Abs. 2 (geändert)

[2] Gegen Einsprache- und Revisionsentscheide kann die steuerpflichtige Person innert 30 Tagen seit Zustellung beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** schriftlich Beschwerde erheben.

[1)] Art. 35 Abs. 2 VStG
[2)] Art. 104 Abs. 3 DBG

41.
Der Erlass "Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG)" BR 801.100 (Stand 1. April 2019) wird wie folgt geändert:

Art. 87 Abs. 4 (geändert)

[4] Erteilt die BAB-Behörde die BAB-Bewilligung, wird sie von der kommunalen Baubehörde zusammen mit der Baubewilligung eröffnet. In diesem Fall ist die Baubewilligung ohne Rücksicht auf allfällige kommunale Rechtsmittel direkt beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** anfechtbar.

Art. 100 Abs. 2 (geändert)

[2] Werden Zusatzbewilligungen zusammen mit Entscheiden, Beschlüssen oder Verfügungen eröffnet, die der Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** unterliegen, gilt das Rechtsmittel der Beschwerde auch für eine allfällige Anfechtung der Zusatzbewilligung.

Art. 102 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Entscheide der Regierung über den Erlass von kantonalen Nutzungsplänen und Ersatzordnungen, über die Genehmigung von kommunalen Grundordnungen sowie über Planungsbeschwerden können mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

[2] Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 sowie Entscheide über den Erlass des kantonalen Richtplans und die Genehmigung von regionalen Richtplänen können von den betroffenen Gemeinden und Regionen als Träger der Orts- beziehungsweise Regionalplanung mit Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden.

Art. 103 Abs. 1 (geändert)

[1] Verfügungen kantonaler Behörden, die sich auf dieses Gesetz oder darauf beruhende Erlasse stützen und nicht gemäss ausdrücklicher Regelung bei der Regierung angefochten werden können, unterliegen der Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht**.

Art. 105 Abs. 2 (geändert)

[2] Das Beschwerderecht des Kantons gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung[1)] steht der Regierung zu. Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** gibt dem Departement Gelegenheit, sich an Verfahren betreffend Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen und materielle Enteignung zu beteiligen.

[1)] SR 700

42.
Der Erlass "Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden" BR 803.100 (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 18
Aufgehoben

Art. 19 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**, **Abs. 4 (neu)**, **Abs. 5 (neu)**
Enteignungskommission
1. Stellung und Zusammensetzung (Überschrift geändert)
[1] Für ~~alle in einem Enteignungskreis vorkommenden Enteignungsfälle wählt die Regierung für~~ **den gesamten Kanton besteht** eine ~~Amtsdauer von vier Jahren eine~~ Enteignungskommission ~~von drei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Der Präsident wird von der Regierung bezeichnet. Über die Protokollführung entscheidet die Kommission~~.
[2] ~~Für den Ausstand sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes~~**Die Enteignungskommission setzt sich zusammen aus einer Präsidentin** ~~massgebend~~ **oder einem Präsidenten, einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten und fünf weiteren Mitgliedern**.
[3] ~~Erstreckt sich das auszuführende Werk über mehrere Enteignungskreise, so bestimmt die Regierung eine einzige~~ **Die** Enteignungskommission **ist in der Rechtsprechung unabhängig und nur dem Recht verpflichtet**.
[4] Die Enteignungskommission kann ein Sekretariat und ein Aktuariat bestellen. Administrativ ist sie dem Obergericht angegliedert. Sie verfügt dort über eine Zustelladresse.
[5] Die Regierung legt das Taggeld für die im Nebenamt tätigen Mitglieder der Enteignungskommission fest. Sie kann von den in Artikel 70 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden[1)] vorgesehenen Ansätzen abweichen.

Art. 19a (neu)
2. Wahl
[1] Die Mitglieder der Enteignungskommission gehören verschiedenen Berufsgruppen an und besitzen die für die Aufgabenerfüllung nötigen Fach-, Sprach- und Ortskenntnisse.
[2] Das Obergericht wählt die Mitglieder der Enteignungskommission für die Dauer von vier Jahren. Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.
[3] Das Obergericht schreibt zu besetzende Stellen öffentlich aus, soweit sich keine amtierenden Mitglieder der Enteignungskommission zur Wiederwahl stellen.

[1)] BR 170.400

[4] Die Zusammensetzung der Enteignungskommission ist öffentlich bekannt zu geben.

Art. 20

3. Zuständigkeit **(Überschrift geändert)**

Art. 20a (neu)

4. Besetzung

[1] Die Enteignungskommission entscheidet in der Besetzung mit drei Mitgliedern. Der Spruchkörper besteht aus:

a) der Präsidentin beziehungsweise dem Präsidenten oder der Vizepräsidentin beziehungsweise dem Vizepräsidenten (Vorsitz);
b) zwei weiteren Mitgliedern.

[2] Hat die Enteignungskommission ein Aktuariat bestellt, wirkt die Aktuarin oder der Aktuar gemäss den Instruktionen der oder des Vorsitzenden am Verfahren mit. Sie oder er hat bei der Entscheidfindung beratende Stimme.

Art. 21 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**, **Abs. 3 (geändert)**

[1] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** übt die Aufsicht über die ~~Enteignungskommissionen~~**Enteignungskommission** aus.

[2] Es ~~überwacht ihren Geschäftsgang in geeigneter Weise~~ **verfügt gegenüber der Enteignungskommission und deren Mitgliedern über dieselben Aufsichtsinstrumente** und ~~kann ihnen allgemeine Weisungen erteilen~~**Hilfsmittel wie gegenüber den anderen richterlichen Behörden und deren Mitgliedern, die seiner direkten Aufsicht unterstehen**.

[3] Die Bestimmungen des ~~Gerichtsorganisationgesetzes~~**Gerichtsorganisationsgesetzes**[1)] über die Justizaufsicht finden sinngemäss Anwendung.

Art. 22 Abs. 1 (geändert)

~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht (Überschrift geändert)**

[1] Der Enteigner und der Enteignete können, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, alle Sachentscheide der Enteignungskommission an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weiterziehen[2)].

Art. 36 (neu)

Übergangsbestimmungen betreffend die Reorganisation der Enteignungskommissionen

[1] Die Amtsdauer der Mitglieder der Enteignungskommissionen endet per 31. Dezember 2024.

---

1) BR 173.000
2) Siehe Art. 52 ff. VGG, BR 370.100

[2] Die Befugnisse, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der altrechtlichen Enteignungskommissionen gehen mit dem Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes entschädigungslos auf die neurechtliche Enteignungskommission über.

[3] Verfahren, die beim Inkrafttreten der Änderung dieses Gesetzes bei den altrechtlichen Enteignungskommissionen hängig sind, werden mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts auf die neurechtliche Enteignungskommission übertragen.

43.
Der Erlass "Perimetergesetz des Kantons Graubünden" BR 803.200 (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 9 Abs. 1 (geändert)

[1] Verfügungen gemäss Artikel 7 Absatz 3 können innert 30 Tagen mit Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden.

Art. 13 Abs. 2 (geändert)

[2] Der Einleitungsbeschluss ist in geeigneter Weise bekanntzugeben und den betroffenen Grundeigentümern, bei Stockwerkeigentümergemeinschaften dem Verwalter, schriftlich mitzuteilen mit dem Hinweis, dass gegen die Anwendung des Perimeterverfahrens an sich und die Abgrenzung des Perimetergebietes innert 30 Tagen beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** Beschwerde erhoben werden kann.

Art. 17 Abs. 3 (geändert)

[3] Gegen den Einspracheentscheid kann innert 30 Tagen beim ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** Beschwerde erhoben werden.

44.
Der Erlass "Submissionsgesetz (SubG)" BR 803.300 (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

Art. 25 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen Verfügungen des Auftraggebers kann Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** erhoben werden.

Art. 28 Abs. 2 (geändert)

[2] Das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

Art. 29 Abs. 1 (geändert), **Abs. 2 (geändert)**

[1] Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, kann das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** die Aufhebung der Verfügung beschliessen und in der Sache selbst entscheiden oder sie an den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anordnungen zurückweisen.

[2] Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** fest, dass die Verfügung rechtswidrig ist.

Art. 30 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Auftraggeber haftet für den Schaden, den er durch einen Entscheid verursacht hat, dessen Rechtswidrigkeit vom ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** festgestellt worden ist.

Art. 31 Abs. 3 (geändert)

[3] Soweit keine anderen spezialgesetzlichen Regelungen bestehen, kann dieser Entscheid innert 30 Tagen mittels Beschwerde beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden.

45.

Der Erlass "Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden (BWRG)" BR 810.100 (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

Art. 56 Abs. 3 (geändert)

[3] Der Konzessionsgenehmigungsentscheid kann innert 30 Tagen mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden. Das Beschwerderecht steht auch den Gemeinden zu.

46.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonales Gewässerschutzgesetz, KGSchG)" BR 815.100 (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 36 Abs. 1 (geändert)

[1] Verfügungen von Gemeinden, Gemeindeverbindungen sowie der Fachstelle, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können innert 30 Tagen mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

47.

Der Erlass "Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG)" BR 820.100 (Stand 1. April 2020) wird wie folgt geändert:

Art. 53 Abs. 1 (geändert)

[1] Verfügungen der Fachstelle, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können innert 30 Tagen mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** weitergezogen werden.

48.
Der Erlass "Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG)" BR 820.200 (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 39 Abs. 3 (geändert)

[3] Streitfälle über die Anschlussbedingungen für unabhängige Produzenten nach Artikel 7 des eidgenössischen Energiegesetzes[1)] in der Fassung vom 26. Juni 1998[2)] entscheidet das Departement unter Vorbehalt des Weiterzuges ans ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht**.

49.
Der Erlass "Gesetz über die amtlichen Immobilienbewertungen (IBG)" BR 850.100 (Stand 1. Januar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 20 Abs. 1 (geändert)

[1] Gegen den Einspracheentscheid des Amts kann innert 30 Tagen seit Mitteilung beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** schriftlich Beschwerde erhoben werden.

50.
Der Erlass "Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz)" BR 910.000 (Stand 1. Dezember 2012) wird wie folgt geändert:

Art. 29 Abs. 2 (geändert)

[2] Gegen Entscheide und Verfügungen des Departements ist die Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** zulässig.

51.
Der Erlass "Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden" BR 915.100 (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Art. 6 Abs. 3 (geändert)

[3] Der Entscheid des Departementes kann mit Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** weitergezogen werden.

---

1) SR 730.0
2) AS 1999, 197

Art. 18 Abs. 1 (geändert)

[1] Der Durchführungsbeschluss und die amtliche Anordnung können mittels Beschwerde direkt beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** angefochten werden. Diese hat sich gegen die für die Durchführung verantwortliche Gemeinde oder im Falle der Anordnung durch die Regierung gegen den Kanton zu richten.

Art. 37 Abs. 1 (geändert)

[1] Rechtsmittelinstanzen sind die Schätzungskommissionen und das ~~kantonale Verwaltungsgericht~~**Obergericht**.

Art. 43 Abs. 1 (geändert)

[1] Sowohl die betroffenen Grundeigentümer wie auch die Träger des Unternehmens können gegen die Entscheide der Schätzungskommission innert 30 Tagen seit Zustellung beim ~~Verwaltungsgericht~~**Obergericht** Beschwerde erheben.

Art. 44 Abs. 3 (geändert)

[3] Gegen den Einspracheentscheid ist die Beschwerde an das ~~Verwaltungsgericht~~ **Obergericht** möglich.

Art. 44ter Abs. 1

[1] Zur Einsprache ist berechtigt:

c) **(geändert)** gesamtschweizerische Umweltschutzorganisationen, sofern und soweit ihnen auch die ~~Verwaltungsgerichtsbeschwerde~~**Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten** an das Bundesgericht offensteht.

52.

Der Erlass "Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)" BR 150.100 (Teilrevision vom 12. Februar 2018) wird wie folgt geändert:

Art. 19b Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert)

[1] **Die Aufforderung** ~~Bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag ist die Aufforderung~~ zur Einreichung von Wahlvorschlägen **ist** zu publizieren:

Aufzählung unverändert

[3] Die Publikation der Aufforderung erfolgt~~ bei kantonalen und regionalen Wahlen im Kantonsamtsblatt, bei kommunalen Wahlen in ortsüblicher Weise.~~**:**

a) **(neu)** bei kantonalen Wahlen bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag im Kantonsamtsblatt;

b) **(neu)** bei Regionalgerichtswahlen bis spätestens am zwanzigletzten Montag vor dem Wahltag im Kantonsamtsblatt;

c) **(neu)** bei kommunalen Wahlen bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise.

Art. 19e Abs. 1 (geändert)

[1] Wahlvorschläge müssen ~~bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag~~ eintreffen:

a) bei kantonalen Wahlen **bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag** bei der Standeskanzlei;

c) bei Regionalgerichtswahlen **bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag** bei der zuständigen Verwaltungskommission;

d) bei kommunalen Wahlen **bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag** bei der zuständigen Gemeindekanzlei.

Art. 19f Abs. 5 (neu)

d) Bereinigung **und Mitteilung (Überschrift geändert)**

[5] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts teilt dem Obergericht rechtzeitig eingegangene Wahlvorschläge mit und informiert das Obergericht über nicht zugelassene Wahlvorschläge.

Art. 19g Abs. 1 (geändert)

[1] Rückzüge von Wahlvorschlägen müssen **bei kantonalen und kommunalen Wahlen** bis spätestens am neuntletzten Freitag vor dem Wahltag**, bei den Regionalgerichtswahlen bis spätestens am vierzehntletzten Freitag vor dem Wahltag** bei der Einreichungsinstanz eintreffen.

Art. 19m Abs. 1 (geändert)

[1] Eine Stille Wahl kommt zustande, wenn die Zahl der gültig vorgeschlagenen Personen der Zahl der zu vergebenden Sitze entspricht**, sofern das Obergericht keine Kandidierenden für ungeeignet hält**. Andernfalls findet ein öffentlicher Wahlgang statt.

III.

1.

Der Erlass "Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)" BR 173.000 (Stand 1. Juli 2021) wird aufgehoben.

2.

Der Erlass "Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts (GGVG)" BR 173.050 (Stand 1. Juli 2021) wird aufgehoben.

IV.

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Es tritt nur in Kraft, wenn die Teilrevision der Kantonsverfassung vom ... angenommen wird.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Lescha davart l'organisaziun giudiziala (LOG)

Dals [Data]

Relaschs tangads da questa fatschenta (numers dal DG)

Nov:	**173.000**
Midà:	130.100 | 150.100 | 170.050 | 170.100 | 170.140 | 170.400 | 170.450 | 171.000 | 171.100 | 210.100 | 210.200 | 210.300 | 217.600 | 220.000 | 310.100 | 320.100 | 350.100 | 350.500 | 370.100 | 370.300 | 421.000 | 427.200 | 492.100 | 496.000 | 500.500 | 500.900 | 530.100 | 538.100 | 542.100 | 544.300 | 546.250 | 548.100 | 548.200 | 613.000 | 618.100 | 620.100 | 710.100 | 710.300 | 720.000 | 720.200 | 801.100 | 803.100 | 803.200 | 803.300 | 810.100 | 815.100 | 820.100 | 820.200 | 850.100 | 910.000 | 915.100
Abolì:	173.000 | 173.050

Il Cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 1 da la Constituziun chantunala[1)],
suenter avair gì invista da la missiva da la Regenza dals …,

concluda:

I.

1. Introducziun

Art. 1 Object

[1] Questa lescha regla l'organisaziun da las dretgiras e da las autoritads da mediaziun.

[1)] DG 110.100

[2] Per la cumissiun d'expropriaziun e per l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala vala ella mo, uschenavant ch'il dretg spezial na prevesa nagut auter.

[3] Las cumpetenzas da las dretgiras e da las autoritads da mediaziun, las proceduras, la capacitad da processar e la represchentanza legala sco er las prescripziuns cumplementaras tar questa lescha èn chaussa da la legislaziun davart la giurisdicziun civila, penala ed administrativa.

2. Disposiziuns cuminaivlas

2.1. ORGANISAZIUN GENERALA

Art. 2 Sedia

[1] La Dretgira superiura, la Dretgira chantunala da mesiras repressivas e l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad han lur sedia a Cuira.

[2] Las dretgiras regiunalas, ils uffizis da mediaziun e las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun han lur sedia per regla en la chapitala da la regiun respectivamain en il lieu fixà da la cumissiun administrativa da la dretgira regiunala.

[3] Las autoritads giudizialas pon manar las tractativas en in auter lieu che lur sedia, sche las circumstanzas giustifitgeschan quai.

Art. 3 Constituziun e conclus

[1] Cun resalva da las cumpetenzas da l'organ electoral sa constitueschan las dretgiras sezzas.

[2] Ils organs directivs da las dretgiras voteschan ed elegian en moda averta. Sch'ina commembra u in commember pretenda dentant da votar u d'eleger cun scrutini, sto quest giavisch vegnir ademplì. En cas da paritad da las vuschs decida la presidenta u il president; en cas d'elecziuns vegn tratga la sort.

[3] Las commembras ed ils commembers dals organs directivs da las dretgiras pon sa participar sin via electronica a votaziuns ed ad elecziuns. La Dretgira superiura regla ils detagls en in'ordinaziun suenter avair tadlà las dretgiras regiunalas.

Art. 4 Access al register central da persunas e d'objects

[1] Las autoritads giudizialas han access a las datas ch'ellas dovran per ademplir lur incumbensas legalas.

[2] L'access a las datas po avair lieu tras ina procedura d'invista.

[3] Dal rest valan las disposiziuns da la Lescha davart ils registers d'abitantas e d'abitants e davart ulteriurs registers da persunas e d'objects[1)].

[1)] DG 171.200

Art. 5 Custs da procedura, chastis pecuniars e multas

[1] Per lur activitad incasseschan las autoritads giudizialas custs da procedura da las partidas tenor las prescripziuns da procedura e tenor las ordinaziuns da taxas decisivas.

[2] Ils chastis pecuniars e las multas che vegnan pronunziads da las dretgiras van a la cassa da la dretgira ch'è cumpetenta en emprima instanza.

Art. 6 Finanzas e contabilitad

[1] Mintga dretgira maina las finanzas e la contabilitad tenor ils princips dal dretg chantunal da finanzas.

[2] Il preventiv ed il quint annual da la Dretgira superiura e da las dretgiras regiunalas cumpiglian er las entradas e las expensas da las autoritads da mediaziun ch'èn affiliadas ad ellas.

[3] La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla la cumpetenza da las dretgiras regiunalas e da las autoritads da mediaziun da decider davart ils credits sco er ulteriurs detagls davart lur finanzas e davart lur contabilitad. L'emprim ston vegnir tadlads il departament ch'è cumpetent per las finanzas, la Controlla da finanzas, las dretgiras regiunalas e las autoritads da mediaziun.

[4] En cunvegnientscha cun il departament ch'è cumpetent per las finanzas po la Dretgira superiura surdar a l'Administraziun da finanzas cunter indemnisaziun incumbensas da finanzas e da contabilitad.

Art. 7 Collavuraturas e collavuraturs da las autoritads giudizialas

[1] Las autoritads giudizialas disponan da las collavuraturas e dals collavuraturs ch'ellas dovran per liquidar las fatschentas en moda speditiva ed en auta qualitad.

[2] La Dretgira superiura dumonda il Cussegl grond per ils meds finanzials necessaris per las collavuraturas ed ils collavuraturs da la Dretgira superiura, da la Dretgira da giustia e da las ulteriuras autoritads giudizialas. L'emprim taidla ella las autoritads pertutgadas.

[3] La Dretgira superiura attribuescha las plazzas da las collavuraturas e dals collavuraturs da la Dretgira superiura, da la Dretgira da giustia e da las ulteriuras autoritads giudizialas a las classas da funcziun tenor il dretg chantunal da persunal. Avant la classificaziun da las plazzas consultescha ella l'Uffizi chantunal da persunal e taidla las autoritads pertutgadas.

[4] L'engaschament e la disditga da las collavuraturas e dals collavuraturs sco er l'execuziun dals dretgs e da las obligaziuns che resultan dal contract da lavur da dretg public èn chaussa da l'autoritad giudiziala, per la quala las collavuraturas ed ils collavuraturs lavuran.

2.2. PROCEDURA

Art. 8 Lingua da procedura

[1] Las linguas da procedura da las autoritads giudizialas sa drizzan tenor la Lescha da linguas dal chantun Grischun[1)].

Art. 9 Direcziun da la procedura

[1] Las parsuras ed ils parsuras ubain las derschadras ed ils derschaders ch'ellas ed els han designà, mainan la procedura sco derschadras u derschaders d'instrucziun fin a la decisiun finala e pronunzian, sche necessari, decisiuns preventivas.

[2] Ellas ed els stritgan la procedura sco liquidada, sche l'interess giuridicamain relevant vi da la decisiun scada durant la procedura en spezial pervia da retratga, pervia da renconuschientscha u pervia d'enclegientscha.

Art. 10 Abilitad da concluder

[1] Per far tractativas valaivlas e per prender conclus valaivels ston las autoritads giudizialas esser occupadas cumplettamain.

[2] Mo en cas d'absenzas u da retratgas imprevisas da singulas derschadras e singuls derschaders poi, premess che nagina partida na pretendia la cumplettaziun, vegnir tractà valaivlamain davant dretgiras da tschintg, sche almain trais derschadras u derschaders èn preschents, sco er davant dretgiras da trais, sche almain duas derschadras u derschaders èn preschents.

Art. 11 Votaziun

[1] Cura che la decisiun vegn prendida, è mintga commembra e commember da las autoritads giudizialas obligà da vuschar.

[2] Las autoritads giudizialas fan las votaziuns en moda averta.

[3] En cas da paritad da las vuschs decida la parsura u il parsura.

Art. 12 Decisiuns circularas

[1] Las dretgiras pon decider sin via circulara.

[2] Decisiuns circularas ston vegnir prendidas unanimamain. Mintga derschadra e derschader po pretender ina tractativa a bucca.

Art. 13 Documents da las decisiuns

[1] Las decisiuns da las autoritads da mediaziun vegnan suttascrittas da la parsura u dal parsura.

[1)] DG 492.100

[2] Las decisiuns da las dretgiras vegnan suttascrittas da la parsura u dal parsura e da l'actuara u da l'actuar. Observond las prescripziuns dal dretg federal po l'urden da gestiun reglar autramain las suttascripziuns.

Art. 14 Actuariat

[1] Las actuaras ed ils actuars coopereschan a las proceduras giudizialas tenor las instrucziuns da la parsura u dal parsura. En il process da decisiun han ellas ed els vusch consultativa.

[2] Las autoritads giudizialas pon surdar ulteriuras incumbensas a las actuaras ed als actuars.

Art. 15 Secret d'uffizi

[1] Fatgs, dals quals las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas sco er lur collavuraturas e collavuraturs survegnan enconuschientscha en ina procedura giudiziala u en ina procedura da mediaziun, èn da tegnair secrets.

[2] Il secret d'uffizi vala er per expertas ed experts, per interpretas ed interprets sco er per ulteriuras persunas che vegnan engaschadas da las autoritads giudizialas per proceduras giudizialas u per proceduras da mediaziun. La parsura u il parsura sto far attent questas persunas a l'obligaziun da discreziun sco er a las consequenzas en cas ch'ellas violeschan questa obligaziun.

[3] Persunas tenor l'alinea 1 e l'alinea 2 dastgan s'exprimer mo davart fatgs, dals quals ellas han survegnì enconuschientscha en ina procedura giudiziala u en ina procedura da mediaziun, u consegnar actas da talas proceduras mo, sche la Dretgira superiura las ha deliberadas dal secret d'uffizi. Resalvadas restan obligaziuns uffizialas da denunzia, d'annunzia e da cooperaziun sco er dretgs uffizials da denunzia, d'annunzia e da cooperaziun.

2.3. PUBLICITAD

Art. 16 Tractativas giudizialas

[1] Il termin e l'object da las tractativas giudizialas ston vegnir rendids accessibels a la publicitad en moda adattada.

[2] Las tractativas giudizialas èn publicas, cun excepziun da las tractativas.

[3] La parsura u il parsura excluda la publicitad dal tuttafatg u per part da las tractativas:

a) sch'i existan prescripziuns legalas divergentas;
b) sche quai è necessari per motivs impurtants, en spezial per proteger l'urden public e la morala publica u l'interess degn da vegnir protegì d'ina persuna pertutgada.

[4] Registraziuns visualas e sonoras da las tractativas giudizialas èn scumandadas.

[5] Las partidas sco er las represchentantas legalas ed ils represchentants legals ston cumparair a las tractativas en vestgadira correcta che respecta la dignitad da la dretgira.

Art. 17 Decisiuns giudizialas

[1] Las dretgiras rendan accessiblas lur decisiuns a la publicitad en ina furma adequata.

[2] La Dretgira superiura publitgescha per regla sias decisiuns. Sch'ella na decida betg unanimamain davart dumondas giuridicas d'impurtanza fundamentala, po il collegi giuditgant concluder d'integrar l'opiniun minoritara motivada en l'agiunta d'ina decisiun.

Art. 18 Infurmaziun

[1] La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla, co che las autoritads giudizialas infurmeschan la publicitad.

[2] En questa ordinaziun po ella reglar l'admissiun sco er ils dretgs e las obligaziuns da las rapportadras e dals rapportaders da dretgira e prevair sancziuns en cas da cuntravenziuns.

2.4. POSIZIUN DA LAS COMMEMBRAS E DALS COMMEMBERS DA LAS AUTORITADS GIUDIZIALAS AREGUARD IL DRETG D'ENGASCHAMENT

Art. 19 Commembras e commembers da las autoritads giudizialas

[1] L'activitad da giurisdicziun vegn exequida da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal ed en uffizi accessoric.

[2] Commembras e commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal èn:

a) las derschadras superiuras ordinarias ed extraordinarias ed ils derschaders superiurs ordinaris ed extraordinaris;
b) las derschadras regiunalas ordinarias ed extraordinarias ed ils derschaders regiunals ordinaris ed extraordinaris che lavuran en in pensum parzial u cumplain fixà ordavant;
c) las mediaturas ed ils mediaturs.

[3] Commembras e commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric èn:

a) la presidenta u il president sco er las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la Dretgira da giustia e lur substituziuns;
b) las derschadras regiunalas ed ils derschaders regiunals che lavuran en in pensum parzial che dependa da la chargia da lavur;
c) las substituziuns da las mediaturas e dals mediaturs;
d) las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun e lur substituziuns;

e) las commembras ed ils commembers da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad e lur substituziuns.

Art. 20 Sarament u empermischun solenna

[1] Avant ch'entrar en uffizi fan las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas in sarament u in'empermischun solenna ch'ellas ed els adempleschian conscienziusamain lur obligaziuns.

[2] Il sarament u l'empermischun solenna fan:

a) la presidenta u il president da la Dretgira superiura davant il Cussegl grond;
b) la vicepresidenta u il vicepresident sco er las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la Dretgira superiura davant la presidenta u il president da la Dretgira superiura;
c) la presidenta u il president da la Dretgira da giustia davant il Cussegl grond;
d) las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la Dretgira da giustia davant la presidenta u il president da la Dretgira da giustia;
e) las presidentas ed ils presidents da las dretgiras regiunalas davant la Dretgira superiura (dretgira collectiva);
f) las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas davant la presidenta u il president da la dretgira regiunala respectiva;
g) las commembras ed ils commembers da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad sco er lur substituziuns davant la presidenta u il president da la Dretgira superiura;
h) las commembras ed ils commembers dals uffizis da mediaziun e da las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun sco er lur substituziuns davant la presidenta u il president da la dretgira regiunala, a la quala ellas ed els èn affiliads.

[3] Il sarament e l'empermischun solenna han la suandanta formulaziun: "Vus sco presidenta elegida / president elegì (derschadra elegida / derschader elegì, commembra elegida / commember elegì) da la Dretgira superiura (da la Dretgira da giustia / da la dretgira regiunala / da l'autoritad da mediaziun) engirais davant Dieu (empermettais) d'ademplir tut las obligaziuns da Voss uffizi tenor meglier savair e pudair." – "Jau engir (jau empermet)."

Art. 21 Salarisaziun
1. derschadras superiuras e derschaders superiurs

[1] En cas d'in pensum cumplain importa il salari annual, inclusiv il 13. salari mensil:

a) per la presidenta u il president da la Dretgira superiura 107 pertschient dal maximum da la classa da salari la pli auta tenor il dretg chantunal da persunal;
b) per la vicepresidenta u il vicepresident e per las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la cumissiun administrativa 105 pertschient dal maximum da la classa da salari la pli auta tenor il dretg chantunal da persunal;
c) per las derschadras superiuras restantas ed ils derschaders superiurs restants 103 pertschient dal maximum da la classa da salari la pli auta tenor il dretg chantunal da persunal.

[2] Sch'ina derschadra superiura u in derschader superiur lavura en in pensum parzial, vegn il salari pajà en proporziun dal grad d'occupaziun.

Art. 22 2. ulteriuras commembras ed ulteriurs commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal

[1] La Dretgira superiura attribuescha las plazzas da las ulteriuras commembras e dals ulteriurs commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal a las classas da funcziun tenor il dretg chantunal da persunal. Avant la classificaziun da las plazzas consultescha ella l'Uffizi chantunal da persunal.

[2] Il salari da las ulteriuras commembras e dals ulteriurs commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal correspunda al maximum da la classa da funcziun decisiva.

[3] Sche las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal lavuran en in pensum parzial, vegn il salari pajà en proporziun dal grad d'occupaziun.

Art. 23 3. commembras e commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric vegnan salarisads per l'activitad giudiziala en furma:

a) d'ina diaria u d'ina indemnisaziun da cooperaziun, sch'ellas ed els èn participads ad ina decisiun circulara;
b) d'in supplement, sch'ellas ed els mainan ina procedura.

[2] Il dretg da salarisaziun resulta tras l'attribuziun d'ina fatschenta. Sch'ina fatschenta scroda u sch'ina commembra u in commember d'ina autoritad giudiziala en uffizi accessoric na po betg cooperar per motivs persunals, sto la salarisaziun vegnir reducida.

[3] La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla l'autezza da la diaria, da l'indemnisaziun da cooperaziun e dals supplements sco er ils ulteriurs detagls da la salarisaziun da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric. Ella po divergiar da las tariffas previsas en l'artitgel 70 da la Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuraturs dal chantun Grischun[1)].

Art. 24 Indemnisaziun
1. en cas d'ina nunreelecziun

[1] Sin dumonda po la Dretgira superiura conceder ad ina commembra u ad in commember d'ina autoritad giudiziala en uffizi principal ina indemnisaziun da maximalmain 12 salaris mensils, sch'ella u el na vegn – senza motivs objectivs – betg pli reelegì avant la cumplenida dal 65. onn da vegliadetgna.

[1)] DG 170.400

[2] En il rom da questa decisiun resguarda la Dretgira superiura en spezial la vegliadetgna, la situaziun professiunala e persunala da la commembra u dal commember betg reelegì, la durada da l'activitad uffiziala e las circumstanzas da la nunreelecziun.

[3] A l'indemnisaziun ston vegnir messas a quint las entradas da gudogn e las cumpensaziuns dal gudogn che la commembra u il commember da l'autoritad giudiziala betg reelegì survegn durant ils 12 mais suenter l'extrada da l'uffizi.

[4] La commembra u il commember pertutgà e la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia pon contestar decisiuns concernent l'indemnisaziun en cas d'ina nunreelecziun tar la Dretgira da giustia, e quai entaifer 30 dis dapi la communicaziun.

Art. 25 2. en cas da demissiun

[1] Sin dumonda po l'autoritad da surveglianza conceder ad ina commembra u ad in commember d'ina autoritad giudiziala en uffizi principal ina indemnisaziun da maximalmain 6 salaris mensils, sch'ella u el demissiunescha durant u suenter ina mediaziun extragiudiziala realisada en ina procedura da surveglianza ierarchica.

[2] Sche l'indemnisaziun vegn fixada d'ina dretgira, sto ella vegnir approvada da la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia.

[3] La decisiun da la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia basta sco basa per l'expensa. In credit posteriur n'è betg necessari.

Art. 26 Vacanzas

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal survegnan mintga onn 1 emna dapli vacanzas che las collavuraturas ed ils collavuraturs chantunals da la medema gruppa da vegliadetgna.

[2] Sin l'onn chalendar suandant dastgan vegnir transferids maximalmain 10 dis da vacanzas.

[3] Ina indemnisaziun finanziala da dis da vacanzas betg retratgs è exclusa.

Art. 27 Demissiun

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas pon sa retrair en scrit da l'uffizi da derschadra u da derschader per la fin da mintga mais, observond in termin da 6 mais. Demissiuns parzialas èn admissiblas mo sut las premissas previsas en questa lescha.

[2] La declaraziun da demissiun vegn drizzada:

a) da las commembras e dals commembers da la Dretgira superiura sco er da la Dretgira da giustia a la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia;
b) da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas e da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad a la Dretgira superiura;

c) da las commembras e dals commembers dals uffizis da mediaziun e da las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun a la dretgira regiunala respectiva.

Art. 28 Qualificaziun

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas èn qualifitgads per l'uffizi da derschadra u da derschader.

[2] Las commembras ed ils commembers da las dretgiras en uffizi principal han terminà ina scolaziun da giurisprudenza ed han per regla acquistà la patenta d'advocata u d'advocat, las mediaturas ed ils mediaturs han terminà ina scolaziun da giurisprudenza e per regla ina scolaziun da mediaziun.

[3] Per eleger las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas ston las linguas da procedura da l'autoritad giudiziala respectiva vegnir resguardadas commensuradamain.

[4] La Dretgira superiura po decretar las disposiziuns executivas necessarias.

Art. 29 Perdita da la qualificaziun

[1] Sch'ina commembra u in commember d'ina autoritad giudiziala perda dal tuttafatg u per part l'abilitad d'exequir l'uffizi da derschadra u da derschader durant la durada d'uffizi pervia da la restricziun da la sanadad corporala, spiertala u psichica, finescha quest uffizi:

a) en cas d'ina incapacitad da lavurar che pertutga la plazza da lavur, sche la commembra u il commember n'ha betg exequì l'activitad giudiziala durant 12 mais;

b) en ils ulteriurs cas, sche la commembra u il commember d'ina autoritad giudiziala po retrair ina renta d'invaliditad tenor la Lescha federala davart l'assicuranza d'invaliditad[1)], premess che questa renta saja vegnida fatga valair a temp, il pli tard dentant 24 mais suenter l'entrada da l'incapacitad da lavurar cumplaina u parziala.

Art. 30 Incumpatibilitad
1. occupaziun accessorica

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas na dastgan exequir naginas occupaziuns accessoricas che pudessan disfavurisar l'execuziun da l'uffizi, l'independenza u la reputaziun da l'autoritad giudiziala, a la quala ellas ed els appartegnan.

[2] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas na dastgan en spezial:

a) betg represchentar persunas davant l'autoritad giudiziala, a la quala ellas ed els appartegnan;

[1)] CS 831.20

b) betg represchentar persunas en proceduras che ston vegnir giuditgadas – en cas d'in recurs – da l'autoritad giudiziala, a la quala ellas ed els appartegnan;
c) betg lavurar per in'autoritad, nua che l'autoritad giudiziala, a la quala ellas ed els appartegnan, sto giuditgar ils acts e las decisiuns en cas da dispita. Excepziuns pon vegnir previsas tras lescha.

3 Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal na dastgan ultra da quai en spezial:

a) betg exequir in auter uffizi u in'autra activitad da gudogn, sch'ellas ed els exequeschan l'activitad giudiziala en in pensum cumplain. Excepziuns pon vegnir previsas u permessas tras lescha;
b) betg exequir in auter uffizi u in'autra activitad da gudogn che dat – ensemen cun l'activitad giudiziala ch'ellas ed els exequeschan en in pensum parzial – dapli ch'in pensum cumplain. Excepziuns pon vegnir previsas u permessas tras lescha.

4 Occupaziuns accessoricas dovran ina permissiun, sche:

a) ellas cuntegnan la pussaivladad d'ina incumpatibilitad;
b) i sa tracta d'in auter uffizi u d'ina autra activitad da gudogn che dat – ensemen cun l'uffizi da derschadra u da derschader – dapli ch'in pensum cumplain;
c) i vegn duvrà temp da lavur per questas occupaziuns.

5 La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla ils detagls davart las occupaziuns accessoricas ch'èn scumandadas e che dovran ina permissiun sco er davart la procedura da permissiun.

Art. 31 2. cun la persuna

1 Las suandantas persunas na dastgan betg appartegnair a medem temp a la medema autoritad giudiziala sco commembras e commembers:

a) persunas ch'èn maridadas ina cun l'autra;
b) persunas ch'èn parentas ina cun l'autra en lingia directa u fin il terz grad en lingia laterala;
c) persunas ch'èn quinadas ina cun l'autra en lingia directa u fin il terz grad en lingia laterala.

2 Ils motivs d'exclusiun per persunas maridadas ina cun l'autra valan confurm al senn per partenadis registrads e per communitads da vita facticas.

3 Ils motivs d'exclusiun valan vinavant suenter la dissoluziun da la lètg, dal partenadi registrà u da la communitad da vita factica.

4 Elegida è quella persuna ch'era fin ussa en uffizi u che survegn la maioritad da las vuschs en cas d'ina nova elecziun il medem mument. En cas d'ina elecziun taciturna decida la sort davart la precedenza.

Art. 32 Temp da lavur
1. commembras e commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal

[1] Il temp da lavur emnil per las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal importa 42 uras en cas d'in pensum cumplain.

[2] Sche las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal lavuran en in pensum parzial, sa reducescha lur temp da lavur tenor il grad d'occupaziun.

[3] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal èn dispensads da la registraziun dal temp da lavur.

Art. 33 2. commembras e commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric

[1] Il temp da lavur da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric sa drizza tenor la chargia da lavur.

[2] Ellas ed els ston registrar lur temp da lavur, sche quai è necessari per lur salarisaziun.

Art. 34 Obligaziun d'infurmaziun
1. relaziuns d'interess

[1] Il mument da l'entrada en uffizi infurmeschan las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas la Dretgira superiura davart:

a) occupaziuns da gudogn principalas ed accessoricas;
b) activitads en gremis da direcziun e da surveglianza da corporaziuns, d'instituts e da fundaziuns da dretg privat e public;
c) funcziuns permanentas da direcziun e da cussegliaziun da persunas e da gruppas d'interess;
d) la cooperaziun a cumissiuns ed ad auters organs da la Confederaziun, dals chantuns e da las vischnancas.

[2] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas infurmeschan la Dretgira superiura al cumenzament da l'onn d'uffizi, sche lur situaziun è sa midada areguard ina u pliras da las activitads tenor l'alinea 1.

[3] La Dretgira superiura procura che las obligaziuns da transparenza vegnian observadas. Ella maina in register davart las relaziuns d'interess e publitgescha quel. Il secret professiunal resta resalvà.

Art. 35 2. procedura penala

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas ston infurmar immediatamain l'autoritad da surveglianza davart proceduras penalas che vegnan avertas durant la durada d'uffizi, che pudessan vegnir inscrittas en il register penal ed esser visiblas sin l'extract privat.

Art. 36 Domicil

[1] Il pli tard cura ch'ellas ed els entran en uffizi, prendan las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas domicil en il chantun.

Art. 37 Limita da vegliadetgna

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi principal dastgan exequir l'uffizi da derschadra u da derschader fin maximalmain la fin da l'onn ch'ellas ed els cumpleneschan il 68. onn da vegliadetgna.

[2] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas en uffizi accessoric dastgan exequir l'uffizi da derschadra u da derschader fin maximalmain la fin da l'onn ch'ellas ed els cumpleneschan il 70. onn da vegliadetgna.

Art. 38 Regulaziuns cumplementaras

[1] Sch'i n'existan naginas disposiziuns divergentas e sche quai è cumpatibel cun l'independenza giudiziala, valan las regulaziuns dal dretg chantunal da persunal confurm al senn per la relaziun d'engaschament da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas.

3. Autoritads giudizialas

3.1. DRETGIRA SUPERIURA

3.1.1. Organisaziun generala

Art. 39 Partiziuns

[1] La dretgira collectiva nominescha partiziuns per l'activitad da giurisdicziun. Ella po sutdivider questas partiziuns en chombras.

[2] La cumposiziun da las partiziuns e d'eventualas chombras sto vegnir communitgada publicamain.

Art. 40 Cumposiziun

[1] La Dretgira superiura decida per regla en ina cumposiziun da trais derschadras e derschaders.

[2] Davart dumondas giuridicas d'impurtanza fundamentala decida la Dretgira superiura en ina cumposiziun da tschintg derschadras e derschaders.

[3] Sch'in med legal è evidentamain inadmissibel u evidentamain motivà u nunmotivà, decida la parsura u il parsura en cumpetenza da derschadra singula respectivamain da derschader singul.

[4] Sin ordinaziun da la parsura u dal parsura decida la Dretgira superiura en ina cumposiziun da trais davart fatschentas, per las qualas è previsa ina cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul, ed en ina cumposiziun da tschintg davart fatschentas, per las qualas è previsa ina cumposiziun da trais.

[5] Per tscherts secturs po la lescha prevair ina cumposiziun da tschintg ubain ina cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul.

Art. 41 Substituziun

[1] Las derschadras ed ils derschaders èn obligads da far substituziun en autras partiziuns.

[2] Sche la Dretgira superiura na po betg vegnir occupada cumplettamain per motivs d'impediment u da recusaziun, designescha la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia ina substituziun or dal circul da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal; la substituziun sto manar la procedura en las medemas linguas sco la commembra u il commember che duai vegnir remplazzà.

Art. 42 Administraziun giudiziala
1. dretgira collectiva

[1] A la dretgira collectiva appartegnan las commembras ed ils commembers ordinaris.

[2] Ella ha las suandantas incumbensas:

a) decretar ordinaziuns giudizialas;
b) deliberar – per mauns dal Cussegl grond – il preventiv, il quint annual ed il rapport da gestiun da la Dretgira superiura sco er da las autoritads giudizialas che stattan sut sia surveglianza;
c) deliberar – per mauns dal Cussegl grond – propostas, cun las qualas la Regenza duai vegnir incumbensada d'elavurar projects da lescha u projects constituziunals che pertutgan l'administraziun giudiziala;
d) nominar las partiziuns ed eventualas chombras;
e) nominar las parsuras ed ils parsuras da las partiziuns e d'eventualas chombras e reglar las substituziuns;
f) eleger las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la cumissiun administrativa sco er las ulteriuras persunas che ston vegnir elegidas da la Dretgira superiura;
g) coordinar la giurisdicziun tranter las partiziuns;
h) proponer la destituziun da l'uffizi da commembras e commembers da la Dretgira superiura;
i) engaschar e relaschar las collavuraturas ed ils collavuraturs en plazza fixa;
j) deliberar consultaziuns;
k) ulteriuras incumbensas che vegnan delegadas ad ella tras lescha u tras ordinaziun.

[3] Ils conclus da la dretgira collectiva èn valaivels, sche almain dus terzs da las commembras e dals commembers da la dretgira collectiva coopereschan a la sesida u a la procedura da circulaziun.

Art. 43 2. cumissiun administrativa

[1] A la cumissiun administrativa appartegnan la presidenta u il president, la vicepresidenta u il vicepresident sco er maximalmain trais ulteriuras commembras ed ulteriurs commembers da la Dretgira superiura. Almain ina commembra u in commember da la cumissiun administrativa è da lingua materna rumantscha u taliana.

[2] Las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la cumissiun administrativa vegnan elegids mintgamai suenter las elecziuns da renovaziun per 4 onns or dal circul da las derschadras e dals derschaders ordinaris. Ina reelecziun è admissibla ina giada.

[3] La cumissiun administrativa ademplescha tut las incumbensas da l'administraziun giudiziala che n'èn betg attribuidas ad in auter organ. Ella ha cunzunt las suandantas incumbensas:

a) prender decisiuns da surveglianza ierarchica cunter commembras e commembers da la Dretgira superiura, nun ch'il Cussegl grond saja cumpetent en chaussa;
b) exequir la surveglianza e la surveglianza suprema da las autoritads giudizialas sco er da lur commembras e commembers, nun che la dretgira collectiva saja cumpetenta en chaussa e premess che questas incumbensas na vegnian betg delegadas en l'urden da gestiun ad in auter gremi u al presidi;
c) prender decisiuns areguard il dretg da persunal, nun che la dretgira collectiva saja cumpetenta en chaussa;
d) exequir il dretg da surpigliar obligaziuns en il rom dal preventiv approvà, nun che questa cumpetenza da far expensas saja delegada en l'urden da gestiun al presidi ubain a la secretaria generala u al secretari general.

[4] Ils conclus da la cumissiun administrativa èn valaivels, sche almain dus terzs da las commembras e dals commembers da la cumissiun administrativa coopereschan a la sesida u a la procedura da circulaziun.

Art. 44 3. presidi

[1] La presidenta u il president:

a) represchenta la Dretgira superiura vers anora;
b) presidiescha la dretgira collectiva e la cumissiun administrativa;
c) prepara las fatschentas per la dretgira collectiva e per la cumissiun administrativa;
d) exequescha las decisiuns dals organs directivs da las dretgiras;
e) ademplescha ulteriuras incumbensas che vegnan delegadas ad ella u ad el tras lescha u tras ordinaziun.

[2] Sche la presidenta u il president è impedì, vegn ella u el represchentà da la vicepresidenta u dal vicepresident. Ad ella u ad el cumpetan las incumbensas e las cumpetenzas presidialas.

Art. 45 Urden da gestiun

[1] La Dretgira superiura decretescha in urden da gestiun che regla sia organisaziun e la gestiun da sias fatschentas.

3.1.2. Derschadras e derschaders

Art. 46 Cumposiziun

[1] La Dretgira superiura sa cumpona d'ina presidenta u d'in president, d'ina vicepresidenta u d'in vicepresident sco er da las ulteriuras commembras e dals ulteriurs commembers en uffizi principal ch'èn necessaris per liquidar las fatschentas en moda speditiva ed en auta qualitad. Il volumen total da plazzas importa almain 11 equivalents a temp cumplain.

[2] Il Cussegl grond fixescha il volumen total da plazzas mintgamai avant las elecziuns da renovaziun. El na sto betg observar il grad d'occupaziun minimal da 50 pertschient d'ina plazza.

[3] Sche la Dretgira superiura n'è betg en cas da dumagnar la chargia da lavur ordinaria cun il volumen total da plazzas fixà a chaschun da las elecziuns da renovaziun, auza il Cussegl grond la dotaziun en la dimensiun necessaria.

[4] Sch'ina derschadra superiura u in derschader superiur demissiunescha u na sa metta betg pli a disposiziun per ina reelecziun, examinescha il Cussegl grond, sch'i po vegnir desistì dal tuttafatg u per part da reoccupar la plazza.

Art. 47 Dumber e grad d'occupaziun

[1] Avant l'elecziun fixescha il Cussegl grond – sin proposta da la Dretgira superiura – il dumber da derschadras superiuras e derschaders superiurs sco er lur grad d'occupaziun.

[2] Sco presidenta u president e sco vicepresidenta u vicepresident pon vegnir elegidas mo persunas ch'exequeschan l'uffizi da derschadra u da derschader cun in grad d'occupaziun d'almain 80 pertschient d'ina plazza. Las ulteriuras derschadras superiuras ed ils ulteriurs derschaders superiurs lavuran cun in grad d'occupaziun d'almain 50 pertschient d'ina plazza, uschenavant che la lescha na prevesa betg insatge auter.

[3] Suenter avair tadlà la Dretgira superiura po il Cussegl grond divider plazzas, per las qualas naginas commembras e nagins commembers en uffizi na sa mettan a disposiziun per ina reelecziun, en plazzas parzialas cun in grad d'occupaziun d'almain 50 pertschient d'ina plazza. Quest proceder vala confurm al senn per elecziuns cumplementaras e substitutivas sco er per demissiuns parzialas.

Art. 48 Midada dal grad d'occupaziun en consequenza d'ina naschientscha u d'ina adopziun

[1] Las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura che daventan geniturs en consequenza d'ina naschientscha u d'ina adopziun, han il dretg d'ina reducziun dal grad d'occupaziun per maximalmain 20 pertschient d'ina plazza. Il grad d'occupaziun na dastga betg crudar sut 50 pertschient d'ina plazza.

[2] Il dretg d'ina reducziun sto vegnir fatg valair il pli tard 6 mais suenter la constituziun da la relaziun da figlialanza.

[3] Sch'ina commembra u in commember reducescha il grad d'occupaziun, po la Dretgira superiura auzar – cun lur consentiment – il grad d'occupaziun d'ina u da pliras autras commembras ubain d'in u da plirs auters commembers en la dimensiun correspundenta.

[4] Sch'ils pertschients da plazzas che vegnan libers pervia da la midada dal grad d'occupaziun na pon betg vegnir occupads entaifer la dretgira, stgaffescha il Cussegl grond ina nova plazza da derschadra u da derschader ed occupescha questa plazza.

[5] L'occupaziun po vegnir cumenzada en ina dimensiun reducida, uschespert ch'ina autra commembra u in auter commember ha extendì u cumenzà da nov sia activitad en la dimensiun da la reducziun, il pli tard dentant l'emprim di dal mais suenter la scadenza dad 1 onn dapi la constituziun da la relaziun da figlialanza.

Art. 49 Midada dal grad d'occupaziun durant la durada d'uffizi

[1] Durant la durada d'uffizi po la Dretgira superiura midar il grad d'occupaziun da las derschadras superiuras e dals derschaders superiurs cun il consentiment da la persuna pertutgada fin maximalmain la fin da la durada d'uffizi. Il volumen total da plazzas na dastga betg vegnir surpassà.

[2] La Dretgira superiura sto dumandar in'elecziun cumplementara, sch'ina plazza cun in grad d'occupaziun d'almain 50 pertschient d'ina plazza vegn libra pervia da la midada dal grad d'occupaziun d'ina u da pliras commembras respectivamain d'in u da plirs commembers. La dumonda da la Dretgira superiura cuntegna las declaraziuns da demissiun parziala ch'èn necessarias per la midada dals grads d'occupaziun.

[3] Sch'il volumen total da plazzas vegn sutpassà per main che 50 pertschient d'ina plazza en consequenza da midadas dals grads d'occupaziun, prenda la Dretgira superiura las mesiras necessarias per pudair garantir er vinavant che las fatschentas vegnian liquidadas en moda speditiva ed en auta qualitad. Ils custs per questas mesiras na dastgan betg esser pli auts ch'ils respargns che la Dretgira superiura cuntanscha tras la midada dal grad d'occupaziun d'ina u da pliras commembras respectivamain d'in u da plirs commembers.

Art. 50 Procedura electorala
1. princip

[1] En scrutinis separads elegia il Cussegl grond la presidenta u il president, la vicepresidenta u il vicepresident sco er las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la Dretgira superiura.

[2] Exclus è il suandant:

a) la reelecziun directa sco presidenta u president, sch'ella u el ha exequì questa funcziun durant l'entira durada d'uffizi precedenta;
b) l'elecziun da la presidenta u dal president en uffizi sco vicepresidenta u vicepresident;
c) la reelecziun directa sco vicepresidenta u vicepresident, sch'ella u el ha exequì questa funcziun durant l'entira durada d'uffizi precedenta.

[3] La maioritad che sto vegnir cuntanschida per in'elecziun vegn calculada tenor la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun[1)]. Dal rest sa drizza la procedura electorala tenor l'Urden da gestiun dal Cussegl grond[2)], uschenavant che questa lescha na prevesa betg insatge auter.

Art. 51 2. elecziun cumplementara ed elecziun substitutiva

[1] Sch'ina plazza sto vegnir occupada da nov u sche betg tut las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura en uffizi na sa mettan a disposiziun per ina reelecziun, publitgescha la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia uffizialmain la plazza.

[2] En la publicaziun da la plazza che sto vegnir occupada vegn inditgada la fracziun che po far valair matematicamain questa plazza.

[3] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia verifitgescha las qualificaziuns persunalas e professiunalas da las candidatas e dals candidats. Ella po involver la Dretgira superiura u auters organs.

[4] La cumissiun infurmescha il Cussegl grond, sch'ella è da l'avis ch'ina candidata u in candidat na saja betg adattà.

Art. 52 3. reelecziun

[1] Las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura communitgeschan a la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia ed a la Dretgira superiura in onn e mez avant la scadenza da la durada d'uffizi, ch'ellas ed els veglian midar lur grad d'occupaziun en cas d'ina reelecziun.

[2] La Dretgira superiura infurmescha la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia davart proceduras da surveglianza ierarchica ch'ella ha realisà u avert cunter commembras e commembers da la Dretgira superiura durant la durada d'uffizi.

[3] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia po verifitgar la qualificaziun da las commembras e dals commembers da la Dretgira superiura che sa mettan a disposiziun per ina reelecziun.

[4] Sche la cumissiun ha l'intenziun da classifitgar sco inadattà ina commembra u in commember da la Dretgira superiura che sa metta a disposiziun per ina reelecziun, sto ella communitgar quai a la persuna pertutgada a temp, avant la scadenza da la durada d'uffizi e dar ad ella sco er a la Dretgira superiura la pussaivladad da prender posiziun.

---

1) DG 150.100
2) DG 170.140

[5] La cumissiun infurmescha il Cussegl grond, sch'ella è da l'avis ch'ina commembra u in commember da la Dretgira superiura, che sa metta a disposiziun per ina reelecziun, saja inadattà, ed al transmetta las posiziuns da la persuna pertutgada sco er da la Dretgira superiura per laschar prender enconuschientscha.

[6] Las fracziuns pon interrogar las commembras ed ils commembers che sa mettan a disposiziun per ina reelecziun, davart chaussas da l'administraziun giudiziala, uschenavant che talas pertutgan lur qualificaziun.

Art. 53 Elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris
1. circumstanzas extraordinarias

[1] Derschadras e derschaders extraordinaris pon vegnir elegids:

a) per la durada da l'impediment, sch'ina derschadra u in derschader è previsiblamain impedì durant plirs mais d'exequir l'uffizi pervia da la restricziun da la sanadad corporala, spiertala u psichica u per auters motivs;
b) per maximalmain 2 onns, sche la Dretgira superiura n'è betg pli en cas da liquidar dispitas giuridicas entaifer in termin adequat pervia d'ina chargia da lavur extraordinariamain gronda u sch'igl è da temair ch'in tal stadi resultia pervia d'in augment extraordinari da la chargia da lavur.

Art. 54 2. premissas persunalas e professiunalas

[1] Las regulaziuns davart l'incumpatibilitad cun la persuna, davart l'obligaziun da domicil, davart la limita da vegliadetgna e davart il proporz da fracziun na valan betg per las derschadras ed ils derschaders extraordinaris.

[2] Las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas e da las autoritads da mediaziun sco er las actuaras ed ils actuars èn elegibels sco derschadras e derschaders extraordinaris.

[3] Per las derschadras ed ils derschaders extraordinaris valan dal rest las medemas premissas persunalas e professiunalas sco per las derschadras ed ils derschaders ordinaris.

Art. 55 3. cumpetenza e procedura

[1] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia ha la cumpetenza definitiva per l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris.

[2] Cun l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris fixescha ella il dumber da derschadras e derschaders extraordinaris, lur grad d'occupaziun e la durada da la relaziun d'occupaziun. In credit posteriur n'è betg necessari.

[3] La procedura da l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris po vegnir introducida sin dumonda da la Dretgira superiura u d'uffizi.

[4] En cas d'urgenza temporala poi vegnir desistì da publitgar uffizialmain plazzas extraordinarias, sch'ina occupaziun da buna qualitad è garantida.

[5] Dal rest valan l'artitgel 50 alinea 3 e l'artitgel 51 confurm al senn per la procedura da l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris.

3.1.3. Actuariat

Art. 56 Cumposiziun e cundiziuns d'engaschament

[1] La Dretgira superiura engascha il dumber necessari d'actuaras e d'actuars tenor las disposiziuns dal dretg chantunal da persunal. Ella fixescha il grad d'occupaziun.

[2] Sco actuara u actuar po vegnir engaschada ina persuna che ha terminà ina scolaziun da giurisprudenza e che posseda per regla ina patenta d'advocata u d'advocat.

Art. 57 Occupaziuns accessoricas

[1] Las actuaras ed ils actuars na dastgan exequir naginas occupaziuns accessoricas che pudessan disfavurisar l'execuziun da l'uffizi, l'independenza u la reputaziun da la Dretgira superiura.

[2] En spezial na dastgan ellas ed els:

a) betg represchentar partidas en proceduras che ston vegnir giuditgadas d'ina partiziun da la Dretgira superiura, a la quala ellas ed els èn attribuids;
b) betg represchentar partidas en proceduras che ston vegnir giuditgadas – en cas d'in recurs – d'ina partiziun da la Dretgira superiura, a la quala ellas ed els èn attribuids;
c) betg lavurar per in'autoritad, nua che la partiziun da la Dretgira superiura, a la quala ellas ed els èn attribuids, sto giuditgar ils acts e las decisiuns en cas da dispita.

[3] Per activitads da gudogn independentas e dependentas dovri la permissiun da la Dretgira superiura.

[4] Occupaziuns accessoricas gratuitas ston vegnir annunziadas a la Dretgira superiura.

Art. 58 Actuaras ed actuars ad hoc

[1] La presidenta u il president sco er las parsuras ed ils parsuras da las partiziuns decidan, sch'i duajan vegnir incumbensads actuaras ed actuars ad hoc.

[2] Sche lur pensum a la Dretgira superiura importa passa 40 pertschient d'ina plazza, valan per ellas ed els las medemas disposiziuns areguard las occupaziuns accessoricas sco per las actuaras ed ils actuars ordinaris.

3.1.4. Secretariat general

Art. 59 Incumbensas

[1] La secretaria generala u il secretari general presidiescha l'administraziun giudiziala da la Dretgira superiura. Ella u el è cumpetent per las finanzas e per la contabilitad sco er per l'infrastructura da la Dretgira superiura.

[2] La secretaria generala u il secretari general sa participescha a las sesidas da la dretgira collectiva e da la cumissiun administrativa cun vusch consultativa. Sut la direcziun da la presidenta u dal president prepara ella u el las fatschentas da la dretgira collectiva e da la cumissiun administrativa e realisescha quellas ensemen cun la presidenta u il president.

3.2. DRETGIRA CHANTUNALA DA MESIRAS REPRESSIVAS

Art. 60 Cumposiziun e posiziun

[1] La Dretgira chantunala da mesiras repressivas sa cumpona d'ina derschadra singula u d'in derschader singul sco er da duas substitutas u substituts.

[2] La Dretgira da mesiras repressivas è independenta en la giurisdicziun ed è obligada mo al dretg.

[3] En reguard administrativ è ella integrada en ina dretgira regiunala. Là dispona ella d'ina adressa da consegna, po far diever da l'infrastructura da la dretgira regiunala designada e consultar sias collavuraturas e ses collavuraturs.

Art. 61 Designaziun

[1] Sin proposta da la Dretgira superiura designescha il Cussegl grond las commembras ed ils commembers da la Dretgira chantunala da mesiras repressivas per ina durada da 4 onns or dal circul da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal.

[2] La cumposiziun da la Dretgira chantunala da mesiras repressivas sto vegnir annunziada a l'autoritad da surveglianza e vegnir publitgada uffizialmain.

Art. 62 Substituziun

[1] Sche la derschadra singula u il derschader singul na po betg vegnir remplazzà tras ina substituziun per motivs d'impediment u da recusaziun, designescha la Dretgira superiura la substituziun or dal circul da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal che presidieschan ina chombra penala e che n'appartegnan betg a la Dretgira chantunala da mesiras repressivas.

3.3. DRETGIRA DA GIUSTIA

Art. 63 Cumposiziun e posiziun

[1] La Dretgira da giustia sa cumpona d'ina presidenta u d'in president, da duas ulteriuras commembras u commembers sco er da duas substitutas u substituts.

[2] La Dretgira da giustia è independenta en la giurisdicziun ed è obligada mo al dretg.

[3] Ella po nominar in secretariat ed in actuariat.

[4] La Dretgira da giustia designescha sia sedia en l'urden da gestiun. La sedia sto esser situada en il chantun Grischun.

[5] La sedia e la cumposiziun da la Dretgira da giustia ston vegnir publitgadas uffizialmain.

Art. 64 Premissas persunalas e professiunalas

[1] Las commembras ed ils commembers da la Dretgira da giustia na dastgan:

a) betg appartegnair ad in'autra autoritad giudiziala dal chantun Grischun;
b) betg pratitgar sco advocatas u advocats en il chantun Grischun.

[2] Per las commembras ed ils commembers da la Dretgira da giustia valan dal rest las medemas premissas persunalas e professiunalas sco per las derschadras ed ils derschaders extraordinaris da la Dretgira superiura.

Art. 65 Elecziun

[1] En scrutinis separads elegia il Cussegl grond la presidenta u il president, las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers sco er las substitutas ed ils substituts da la Dretgira da giustia.

[2] Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.

[3] L'artitgel 50 fin l'artitgel 52 valan confurm al senn per la procedura electorala.

Art. 66 Cumposiziun

[1] La Dretgira da giustia decida per regla en ina cumposiziun da trais derschadras e derschaders.

[2] Sch'in med legal è evidentamain inadmissibel u evidentamain motivà u nunmotivà, decida la parsura u il parsura en cumpetenza da derschadra singula respectivamain da derschader singul.

Art. 67 Substituziun

[1] Sche la Dretgira da giustia na po – per motivs da recusaziun u d'impediment – betg vegnir cumplettada cun ina substituziun elegida, designescha la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia ina substituziun per il temp fin che la procedura penala è terminada cun vigur legala u fin ch'il motiv da l'impediment croda previsiblamain davent.

[2] La substituziun sto ademplir las medemas premissas persunalas e professiunalas sco la commembra u il commember che duai vegnir remplazzà.

Art. 68 Administraziun giudiziala

[1] La presidenta u il president maina la Dretgira da giustia, surveglia sia gestiun e represchenta la dretgira vers anora.

[2] Ella u el suttametta al Cussegl grond il preventiv sco er il quint annual ed il rapport da gestiun per l'approvaziun.

[3] En il Cussegl grond represchenta la presidenta u il president da la Dretgira da giustia il preventiv sco er il quint annual ed il rapport da gestiun da la Dretgira da giustia.

Art. 69 Urden da gestiun

[1] La Dretgira da giustia decretescha in urden da gestiun che regla sia organisaziun e la gestiun da sias fatschentas.

3.4. DRETGIRAS REGIUNALAS

3.4.1. Organisaziun generala

Art. 70 Chombras

[1] Mintga dretgira regiunala nominescha ina chombra civila ed ina chombra penala e communitgescha publicamain lur cumposiziun.

Art. 71 Cumposiziun

[1] Las dretgiras regiunalas decidan per regla en ina cumposiziun da trais derschadras e derschaders.

[2] Davart dumondas giuridicas d'impurtanza fundamentala decidan ellas en ina cumposiziun da tschintg derschadras e derschaders.

[3] Sch'ina inoltraziun è evidentamain inadmissibla u evidentamain nunmotivada, decida la parsura u il parsura en cumpetenza da derschadra singula respectivamain da derschader singul.

[4] Sin ordinaziun da la parsura u dal parsura decidan las dretgiras regiunalas en ina cumposiziun da trais davart fatschentas, per las qualas è previsa ina cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul, ed en ina cumposiziun da tschintg davart fatschentas, per las qualas è previsa ina cumposiziun da trais.

[5] Per tscherts secturs po la lescha prevair ina cumposiziun da tschintg ubain ina cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul.

Art. 72 Substituziun

[1] Las derschadras ed ils derschaders èn obligads da far substituziun en l'autra chombra.

[2] Sch'ina dretgira regiunala na po betg vegnir occupada cumplettamain per motivs d'impediment u da recusaziun, la po la Dretgira superiura cumplettar tras commembras e commembers d'ina dretgira regiunala vischina u declerar in'autra dretgira regiunala sco cumpetenta.

Art. 73 Administraziun giudiziala
1. dretgira collectiva

[1] A la dretgira collectiva da la dretgira regiunala respectiva appartegnan las commembras ed ils commembers ordinaris.

[2] Ella ha las suandantas incumbensas:

a) nominar las chombras;
b) nominar las parsuras ed ils parsuras da las chombras e las substituziuns;
c) eleger las vicepresidentas ed ils vicepresidents en uffizi accessoric;
d) eleger l'ulteriura commembra u l'ulteriur commember da la cumissiun administrativa.

[3] Ils conclus da la dretgira collectiva èn valaivels, sche almain dus terzs da las commembras e dals commembers da la dretgira collectiva coopereschan a la sesida u a la procedura da circulaziun.

Art. 74 2. cumissiun administrativa

[1] A la cumissiun administrativa appartegnan la presidenta u il president, la vicepresidenta u il vicepresident sco er in'ulteriura commembra u in ulteriur commember.

[2] L'ulteriura commembra u l'ulteriur commember vegn elegì mintgamai suenter las elecziuns da renovaziun per 4 onns or dal circul da las commembras e dals commembers da la dretgira regiunala respectiva. Elecziuns substitutivas èn pussaivlas.

[3] La cumissiun administrativa ha las suandantas incumbensas:

a) decretar l'urden da gestiun;
b) deliberar il preventiv ed il quint annual per mauns da la Dretgira superiura;
c) coordinar la giurisdicziun tranter las chombras;
d) prender decisiuns da surveglianza ierarchica cunter commembras e commembers da la dretgira regiunala, nun ch'il Cussegl grond saja cumpetent en chaussa;
e) surveglìar l'Uffizi da mediaziun e l'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun sco er lur commembras e commembers, nun che questa incumbensa vegnia delegada en l'urden da gestiun al presidi;
f) eleger las persunas che ston vegnir elegidas da la dretgira regiunala, nun che la dretgira collectiva saja cumpetenta en chaussa;
g) engaschar e relaschar las collavuraturas ed ils collavuraturs en plazza fixa;
h) ulteriuras incumbensas che vegnan delegadas ad ella tras lescha u tras ordinaziun.

[4] Ils conclus da la cumissiun administrativa èn valaivels, sche almain duas commembras e commembers da la cumissiun administrativa coopereschan a la sesida u a la procedura da circulaziun.

Art. 75 3. presidi

[1] La presidenta u il president ademplescha tut las incumbensas da l'administraziun giudiziala che n'èn betg attribuidas ad in auter organ.

[2] La presidenta u il president ha en spezial las suandantas incumbensas:

a) represchentar la dretgira regiunala vers anora;
b) presidiar la cumissiun administrativa;
c) preparar las fatschentas per la cumissiun administrativa;
d) prender decisiuns areguard il dretg da persunal, nun che la cumissiun administrativa saja cumpetenta en chaussa;
e) exequir il dretg da surpigliar obligaziuns en il rom dal preventiv approvà;
f) exequir las ordinaziuns da surveglianza da la Dretgira superiura;
g) exequir ils conclus da la dretgira collectiva, da la cumissiun administrativa sco er dal presidi.

[3] Sche la presidenta u il president è impedì, vegn ella u el represchentà da la vicepresidenta u dal vicepresident. Ad ella u ad el cumpetan las incumbensas e las cumpetenzas presidialas.

Art. 76 Actuariat

[1] Las actuaras ed ils actuars na dastgan betg esser il medem mument derschadras u derschaders en uffizi accessoric a la medema dretgira.

[2] Sche lur pensum ad ina dretgira regiunala importa passa 40 pertschient d'ina plazza, valan per ellas ed els las medemas disposiziuns areguard las occupaziuns accessoricas sco per las actuaras ordinarias ed ils actuars ordinaris da la Dretgira superiura.

[3] La presidenta u il president decida, sch'i duajan vegnir incumbensads actuaras ed actuars ad hoc.

Art. 77 Urden da gestiun

[1] Mintga dretgira regiunala decretescha in urden da gestiun che regla la repartiziun da las fatschentas sin las chombras e la furmaziun dals collegis giuditgants.

[2] L'urden da gestiun po cuntegnair ulteriuras regulaziuns davart l'organisaziun e davart la gestiun da las fatschentas.

[3] L'urden sto vegnir approvà da la Dretgira superiura.

3.4.2. Derschadras e derschaders

Art. 78 Cumposiziun

[1] Las dretgiras regiunalas sa cumponan da las commembras e dals commembers en uffizi principal ed accessoric ch'èn necessaris per liquidar las fatschentas en moda speditiva ed en auta qualitad.

[2] Ad ina dretgira regiunala appartegnan per regla ina presidenta u in president en uffizi principal, ina vicepresidenta u in vicepresident en uffizi principal sco er otg derschadras e derschaders en uffizi accessoric. Ina dretgira regiunala sa cumpona almain d'ina presidenta u d'in president en uffizi principal, d'ina vicepresidenta u d'in vicepresident en uffizi accessoric e da set derschadras e derschaders en uffizi accessoric.

[3] Sin proposta da la Dretgira superiura fixescha il Cussegl grond il volumen total da plazzas per mintga dretgira regiunala mintgamai avant las elecziuns da renovaziun.

[4] Sch'ina dretgira regiunala n'è betg en cas da dumagnar la chargia da lavur ordinaria cun il volumen total da plazzas fixà a chaschun da las elecziuns da renovaziun, auza il Cussegl grond la dotaziun en la dimensiun necessaria sin proposta da la Dretgira superiura.

[5] Sch'ina derschadra regiunala u in derschader regiunal en uffizi principal demissiunescha u na sa metta betg pli a disposiziun per ina reelecziun, examinescha il Cussegl grond sin proposta da la Dretgira superiura, sch'i po vegnir desistì dal tuttafatg u per part da reoccupar la plazza.

Art. 79 Dumber e grad d'occupaziun

[1] Avant l'elecziun fixescha il Cussegl grond – sin proposta da la Dretgira superiura – il dumber da derschadras regiunalas e derschaders regiunals en uffizi principal sco er lur grad d'occupaziun.

[2] Sco presidenta u president da la dretgira regiunala pon per regla vegnir elegidas mo persunas ch'exequeschan l'uffizi da derschadra u da derschader cun in grad d'occupaziun d'almain 80 pertschient d'ina plazza. Quest grad d'occupaziun minimal na vala betg per la presidenta u il president da la Dretgira regiunala Bernina.

[3] Suenter avair tadlà la Dretgira superiura po il Cussegl grond divider plazzas, per las qualas naginas commembras e nagins commembers en uffizi na sa mettan a disposiziun per ina reelecziun, en plazzas parzialas cun in grad d'occupaziun d'almain 50 pertschient d'ina plazza. Quest proceder vala confurm al senn per elecziuns cumplementaras e substitutivas sco er per demissiuns parzialas.

Art. 80 Midada dal grad d'occupaziun en consequenza d'ina naschientscha u d'ina adopziun

[1] Las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal che daventan geniturs en consequenza d'ina naschientscha u d'ina adopziun, han il dretg d'ina reducziun dal grad d'occupaziun per maximalmain 20 pertschient d'ina plazza. Il grad d'occupaziun na dastga betg crudar sut 50 pertschient d'ina plazza.

[2] Il dretg d'ina reducziun sto vegnir fatg valair il pli tard 6 mais suenter la constituziun da la relaziun da figlialanza.

[3] Sch'ina commembra u in commember en uffizi principal reducescha il grad d'occupaziun, po la dretgira regiunala pertutgada auzar – cun lur consentiment – il grad d'occupaziun d'ina u da pliras autras commembras en uffizi principal ubain d'in u da plirs auters commembers en uffizi principal en la dimensiun correspundenta.

[4] Sch'ils pertschients da plazzas che vegnan libers pervia da la midada dal grad d'occupaziun na pon betg vegnir occupads entaifer la dretgira, stgaffescha il Cussegl grond ina nova plazza da derschadra u da derschader ed occupescha questa plazza.

[5] L'occupaziun po vegnir cumenzada en ina dimensiun reducida, uschespert ch'ina autra commembra u in auter commember ha extendì u cumenzà da nov sia activitad en la dimensiun da la reducziun, il pli tard dentant l'emprim di dal mais suenter la scadenza dad 1 onn dapi la constituziun da la relaziun da figlialanza.

Art. 81 Midada dal grad d'occupaziun durant la durada d'uffizi

[1] Durant la durada d'uffizi pon las dretgiras regiunalas midar il grad d'occupaziun da las commembras e dals commembers en uffizi principal cun il consentiment da la persuna pertutgada fin maximalmain la fin da la durada d'uffizi. Il volumen total da plazzas na dastga betg vegnir midà.

Art. 82 Procedura electorala

[1] Las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal communitgeschan a la Dretgira superiura ed a la dretgira regiunala, a la quala ellas ed els appartegnan, in onn e mez avant la scadenza da la durada d'uffizi, ch'ellas ed els veglian midar lur grad d'occupaziun en cas d'ina reelecziun.

[2] La Dretgira superiura verifitgescha la qualificaziun da las candidatas e dals candidats. Ella communitgescha publicamain, sch'ella è da l'avis che candidatas e candidats admess a l'elecziun na sajan betg adattads.

[3] En scrutinis separads elegian las votantas ed ils votants da la regiun respectiva:

a) la presidenta u il president en uffizi principal;
b) la vicepresidenta u il vicepresident en uffizi principal;
c) las derschadras ed ils derschaders en uffizi principal;
d) las ulteriuras derschadras ed ils ulteriurs derschaders.

[4] Las dretgiras regiunalas elegian las vicepresidentas ed ils vicepresidents en uffizi accessoric per ina durada da 4 onns or dal circul da las derschadras e dals derschaders en uffizi accessoric. Elecziuns substitutivas èn pussaivlas.

Art. 83 Elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris
1. circumstanzas extraordinarias

[1] Derschadras e derschaders extraordinaris pon vegnir elegids:

a) per la durada da l'impediment, sch'igl è avant maun ina situaziun extraordinaria en il senn da l'artitgel 53 alinea 1 litera a ch'ina dretgira regiunala n'è betg en cas da dumagnar cun las derschadras ed ils derschaders en uffizi principal ed en uffizi accessoric;
b) per maximalmain 2 onns, sch'igl è avant maun ina situaziun extraordinaria en il senn da l'artitgel 53 alinea 1 litera b ch'ina dretgira regiunala n'è betg en cas da dumagnar cun las derschadras ed ils derschaders en uffizi principal ed en uffizi accessoric.

Art. 84 2. premissas persunalas e professiunalas

[1] Las regulaziuns davart l'incumpatibilitad cun la persuna, davart l'obligaziun da domicil e davart la limita da vegliadetgna na valan betg per las derschadras ed ils derschaders extraordinaris.

[2] Las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura, d'autras dretgiras regiunalas, da las autoritads da mediaziun sco er las actuaras ed ils actuars èn elegibels sco derschadras e derschaders extraordinaris.

[3] Per las derschadras ed ils derschaders extraordinaris valan dal rest las medemas premissas persunalas e professiunalas sco per las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal.

Art. 85 3. cumpetenza e procedura

[1] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia ha la cumpetenza definitiva per l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris.

[2] Cun l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris fixescha ella il dumber da derschadras e derschaders extraordinaris, lur grad d'occupaziun e la durada da la relaziun d'occupaziun. In credit posteriur n'è betg necessari.

[3] La procedura da l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris po vegnir introducida sin dumonda da la Dretgira superiura u d'uffizi.

[4] En cas d'urgenza temporala poi vegnir desistì da publitgar uffizialmain plazzas extraordinarias, sch'ina occupaziun da buna qualitad è garantida.

[5] Dal rest valan l'artitgel 50 alinea 3 e l'artitgel 51 confurm al senn per la procedura da l'elecziun da derschadras e derschaders extraordinaris.

4. Autoritads da mediaziun

4.1. UFFIZI DA MEDIAZIUN

Art. 86 Dumber e posiziun

[1] Sco autoritad da mediaziun exista en mintga regiun in uffizi da mediaziun.

[2] L'Uffizi da mediaziun sa cumpona d'ina mediatura u d'in mediatur e d'ina substituta u d'in substitut. Las commembras ed ils commembers dals uffizis da mediaziun pon lavurar en pliras regiuns.

[3] L'Uffizi da mediaziun è independent en la giurisdicziun ed è obligà mo al dretg.

[4] En reguard administrativ è el integrà en la dretgira regiunala da la regiun respectiva.

[5] La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla l'organisaziun e la gestiun da las fatschentas dals uffizis da mediaziun.

Art. 87 Elecziun

[1] La dretgira regiunala elegia ina mediatura u in mediatur ed ina substituta u in substitut per ina durada da 4 onns.

[2] Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.

[3] La dretgira regiunala publitgescha uffizialmain las plazzas ch'èn d'occupar, sche naginas commembras e nagins commembers en uffizi na sa mettan a disposiziun per ina reelecziun.

[4] La cumposiziun da l'Uffizi da mediaziun sto vegnir communitgada publicamain.

Art. 88 Substituziun

[1] Sche la mediatura u il mediatur na po betg vegnir remplazzà tras la substituta u il substitut per motivs da recusaziun, designescha la dretgira regiunala la substituziun or dal circul da las commembras e dals commembers d'in uffizi da mediaziun vischin.

[2] Sche la mediatura u il mediatur na po betg vegnir remplazzà tras la substituta u il substitut per motivs d'impediment, designescha la dretgira regiunala ina substituziun per il temp fin ch'il motiv da l'impediment croda previsiblamain davent. L'artitgel 37 n'è betg applitgabel. Per la substituziun valan dal rest las medemas regulaziuns sco per il remplazzament d'ina commembra u d'in commember.

4.2. AUTORITAD DA MEDIAZIUN PER DUMONDAS DA LOCAZIUN

Art. 89 Dumber e posiziun

[1] Per dispitas che resultan tras la locaziun e tras la fittanza da locals d'abitar e da fatschenta ha mintga regiun in'autoritad da mediaziun.

[2] L'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun sa cumpona:

a) da la mediatura u dal mediatur da la regiun respectiva (presidi);
b) da mintgamai ina represchentanza da la partida da las locatarias e dals locataris sco er da la partida da las locaturas e dals locaturs;
c) da mintgamai ina substituta u in substitut da la partida da las locatarias e dals locataris sco er da la partida da las locaturas e dals locaturs.

[3] L'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun è independenta en la giurisdicziun ed è obligada mo al dretg.

[4] En reguard administrativ è ella integrada en la dretgira regiunala da la regiun respectiva.

[5] La Dretgira superiura decretescha in'ordinaziun che regla l'organisaziun e la gestiun da las fatschentas da las autoritads da mediaziun per dumondas da locaziun.

Art. 90 Elecziun

[1] La dretgira regiunala elegia la represchentanza e la substituziun da la partida da las locatarias e dals locataris sco er da la partida da las locaturas e dals locaturs per ina durada da 4 onns.

[2] Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.

[3] Las organisaziuns da las locatarias e dals locataris sco er da las locaturas e dals locaturs suttamettan a la dretgira regiunala propostas per l'elecziun da lur represchentanza. Sch'ellas n'inoltreschan naginas propostas entaifer il termin fixà, designescha la dretgira regiunala las represchentanzas pariteticas.

[4] La cumposiziun da l'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun sto vegnir communitgada publicamain.

Art. 91 Substituziun

[1] Sche l'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun na po – per motivs da recusaziun – betg vegnir cumplettada cun ina substituziun elegida, designescha la dretgira regiunala la substituziun or dal circul da las commembras e dals commembers d'ina autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun vischina.

[2] Sche l'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun na po – per motivs d'impediment – betg vegnir cumplettada cun ina substituziun elegida, nominescha e saramentescha la dretgira regiunala ina substituziun per il temp fin ch'il motiv da l'impediment croda previsiblamain davent. L'artitgel 37 n'è betg applitgabel. Per la substituziun valan dal rest las medemas regulaziuns sco per il remplazzament d'ina commembra u d'in commember.

Art. 92 Servetsch da cussegliaziun

[1] L'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun deleghescha l'activitad da cussegliaziun tenor l'artitgel 201 alinea 2 dal Cudesch da procedura civila svizzer[1)] a la parsura u al parsura d'ina autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun vischina.

[2] Sche naginas persunas tenor l'alinea 1 n'èn prontas da surpigliar questa incumbensa, po l'Autoritad da mediaziun per dumondas da locaziun delegar l'activitad da cussegliaziun a terzas persunas u engaschar insatgi per quest intent.

4.3. AUTORITAD DA MEDIAZIUN PER DUMONDAS D'EGUALITAD

Art. 93 Dumber e posiziun

[1] Per dispitas tenor la Lescha d'egualitad exista in'autoritad chantunala da mediaziun.

[2] L'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad sa cumpona:

[1)] CS 272

a) d'ina parsura u d'in parsura;
b) da mintgamai ina represchentanza da la partida da las patrunas e dals patruns sco er da la partida da las lavurantas e dals lavurants;
c) da mintgamai ina substituta u in substitut da la partida da las patrunas e dals patruns sco er da la partida da las lavurantas e dals lavurants.

3 L'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad è independenta en la giurisdicziun ed è obligada mo al dretg.

4 Per las tractativas da mediaziun po l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad nizzegiar las localitads che stattan a disposiziun als uffizis da mediaziun per las tractativas da mediaziun.

5 En reguard administrativ è l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad integrada en la Dretgira superiura. Là dispona ella d'ina adressa da consegna.

Art. 94 Elecziun

1 La Dretgira superiura elegia las commembras ed ils commembers da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad per ina durada da 4 onns.

2 Las organisaziuns da las patrunas e dals patruns sco er da las lavurantas e dals lavurants suttamettan a la Dretgira superiura propostas electoralas per lur represchentanza. Sch'ellas n'inoltreschan naginas propostas entaifer il termin fixà, designescha la Dretgira superiura las represchentanzas pariteticas.

3 La cumposiziun da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad sto vegnir communitgada publicamain.

Art. 95 Substituziun

1 Sche l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad na po – per motivs da recusaziun u d'impediment – betg vegnir cumplettada cun ina substituziun elegida, designescha e saramentescha la Dretgira superiura ina substituziun per il temp fin che la procedura penala è terminada cun vigur legala u fin ch'il motiv da l'impediment croda previsiblamain davent.

2 La substituziun sto ademplir las medemas premissas persunalas e professiunalas sco la commembra u il commember che duai vegnir remplazzà.

Art. 96 Servetsch da cussegliaziun

1 L'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad deleghescha l'activitad da cussegliaziun tenor l'artitgel 201 alinea 2 dal Cudesch da procedura civila svizzer[1)] a terzas persunas u engascha insatgi per quest intent.

1) CS 272

5. Surveglianza e surveglianza suprema

5.1. DISPOSIZIUNS GENERALAS

Art. 97 Cuntegn da la surveglianza

[1] La surveglianza da las autoritads giudizialas pertutga sulettamain l'administraziun giudiziala. En dumondas da la giurisdicziun na dastgan vegnir fatgas naginas prescripziuns e dadas naginas instrucziuns a las autoritads giudizialas.

[2] La surveglianza procura che las autoritads giudizialas ageschian en moda legala, adequata e spargnusa en il sectur da l'administraziun giudiziala. Cunter stadis cuntraris a l'urden intervegn ella d'uffizi u sin basa d'in recurs.

Art. 98 Recurs da surveglianza

[1] Mintgina e mintgin po inoltrar a l'autoritad da surveglianza in recurs da surveglianza cunter violaziuns da l'obligaziun d'uffizi d'autoritads giudizialas u da lur commembras e commembers, uschenavant che la violaziun da dretg che vegn pretendida pertutga il sectur da l'administraziun giudiziala e na po betg vegnir fatga valair cun in auter med legal.

[2] La procedura sa drizza tenor la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[1)].

Art. 99 Obligaziuns da cooperaziun

[1] Las autoritads giudizialas èn obligadas da dar a l'autoritad da surveglianza sco er a l'experta u a l'expert independent che quella ha incumbensà, las infurmaziuns necessarias sco er invista da las actas ed access a las localitads, uschenavant che quai è necessari per ademplir lur incumbensa.

[2] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas èn obligads da cooperar a la constataziun dals fatgs. L'obligaziun da cooperar scroda, sch'ina commembra u in commember d'ina autoritad giudiziala sa faschess culpaivel tras quai.

5.2. SURVEGLIANZA IERARCHICA

5.2.1. Instruments da la surveglianza ierarchica

Art. 100 Responsabladad disciplinara
1. mesiras disciplinaras

[1] Cunter commembras e commembers da las autoritads giudizialas che han violà culpaivlamain lur obligaziun d'uffizi po vegnir prendida ina da las suandantas mesiras disciplinaras:

[1)] DG 370.100

a) reprimanda;
b) multa fin 10 000 francs;
c) destituziun da l'uffizi.

[2] Las mesiras disciplinaras sa drizzan en spezial tenor la grevezza da la violaziun da l'obligaziun d'uffizi, tenor la culpa, tenor ils motivs, tenor il cumportament d'enfin qua sco er tenor la posiziun e tenor la responsabladad da la commembra u dal commember da l'autoritad giudiziala.

[3] Ina destituziun da l'uffizi po vegnir ordinada mo, sch'ina commembra u in commember d'ina autoritad giudiziala:

a) ha violà durant la durada d'uffizi grevamain las obligaziuns d'uffizi, e quai intenziunadamain u per greva negligientscha;
b) è vegnì sentenzià durant la durada d'uffizi cun vigur legala pervia d'in crim che sa basa sin in act che n'è betg cumpatibel cun l'activitad giudiziala.

Art. 101 2. surannaziun

[1] La persecuziun disciplinara surannescha entaifer 2 onns suenter che l'autoritad da surveglianza ha survegnì enconuschientscha dal cas che sto vegnir chastià disciplinarmain, en mintga cas dentant 5 onns suenter ch'il cas che sto vegnir chastià disciplinarmain è capità.

[2] Sch'ina procedura penala vegn introducida pervia dals fatgs ch'èn la basa da la procedura disciplinara, cumenza la surannaziun da la persecuziun cura che la decisiun penala ha survegnì vigur legala.

[3] Sche l'emprima instanza ha pronunzià ina decisiun da surveglianza ierarchica avant la scadenza da la surannaziun da la persecuziun, s'extingua la surannaziun.

Art. 102 Extrada

[1] En cas da dispita constatescha l'autoritad da surveglianza ch'ina commembra u in commember da l'autoritad giudiziala è extrà da l'uffizi tras lescha, sch'ella u el:

a) ha demissiunà cun vigur legala;
b) n'è betg vegnì reelegì;
c) ha pers l'abilitad d'ademplir l'uffizi da derschadra u da derschader;
d) ha pers il dretg da votar;
e) ha prendì domicil en in auter chantun, sch'in domicil entaifer il chantun è ina premissa d'elegibladad;
f) ha cuntanschì la limita da vegliadetgna, fin a la quala l'uffizi da derschadra u da derschader dastga vegnir exequì maximalmain;
g) surpiglia in uffizi ch'è incumpatibel cun l'uffizi da derschadra u da derschader, sche quest act sto vegnir valità sco renunzia a l'uffizi da derschadra u da derschader.

5.2.2. Cumpetenza e procedura

Art. 103 Cumpetenza
1. Cussegl grond

[1] Il Cussegl grond decida davart la destituziun da l'uffizi d'ina commembra u d'in commember d'ina dretgira ed – en cas da dispita – davart l'extrada d'ina commembra u d'in commember d'ina dretgira tras lescha.

[2] En las proceduras tenor l'alinea 1 po il Cussegl grond er ordinar autras mesiras disciplinaras sco er decider davart il mument da la terminaziun da la relaziun d'engaschament e davart autras pretensiuns dal dretg d'engaschament, sche quellas èn dispitaivlas.

[3] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia decida davart indemnisaziuns da demissiun che vegnan dumandadas da las commembras e dals commembers da la Dretgira superiura.

Art. 104 2. Dretgira superiura

[1] Uschenavant ch'il Cussegl grond n'è betg cumpetent en chaussa, decida la Dretgira superiura davart chaussas da surveglianza ierarchica envers:

a) sias commembras e ses commembers;
b) las commembras ed ils commembers da las dretgiras regiunalas;
c) las commembras ed ils commembers da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad.

Art. 105 3. Dretgira da giustia

[1] Uschenavant ch'il Cussegl grond n'è betg cumpetent en chaussa, decida la Dretgira da giustia davart chaussas da surveglianza ierarchica envers sias commembras e ses commembers.

Art. 106 4. dretgiras regiunalas

[1] Uschenavant ch'il Cussegl grond n'è betg cumpetent en chaussa, decidan las dretgiras regiunalas davart chaussas da surveglianza ierarchica envers:

a) lur commembras e commembers, cun excepziun da l'indemnisaziun en cas da demissiun;
b) las commembras ed ils commembers da las autoritads da mediaziun che stattan sut lur surveglianza.

[2] Ellas communitgeschan lur decisiuns da surveglianza ierarchica a la Dretgira superiura.

Art. 107 Procedura
1. proceduras da surveglianza ierarchica davant il Cussegl grond

[1] Las proceduras da surveglianza ierarchica che ston vegnir manadas dal Cussegl grond pon vegnir introducidas:

a) sin dumonda da la Dretgira superiura;
b) sin dumonda d'ina commembra u d'in commember d'ina dretgira per sa deliberar da la renfatscha d'avair commess ina violaziun da l'obligaziun d'uffizi che po avair per consequenza ina destituziun da l'uffizi;
c) d'uffizi, sch'i èn avant maun indizis motivads per ina violaziun da l'obligaziun d'uffizi che pudess avair per consequenza ina destituziun da l'uffizi u sche l'extrada è dispitaivla tras lescha.

[2] Per las proceduras da surveglianza ierarchica che ston vegnir manadas dal Cussegl grond valan dal rest confurm al senn las disposiziuns davart la destituziun da l'uffizi da commembras e commembers dal Cussegl grond u da la Regenza.

Art. 108 2. ulteriuras proceduras da surveglianza ierarchica

[1] Las ulteriuras proceduras da surveglianza ierarchica pon vegnir introducidas:
a) sin dumonda da la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia;
b) sin dumonda da l'autoritad giudiziala, a la quala la persuna pertutgada appartegna;
c) sin dumonda d'ina commembra u d'in commember d'ina autoritad giudiziala per sa deliberar da la renfatscha d'avair commess ina violaziun da l'obligaziun d'uffizi;
d) d'uffizi, sch'i èn avant maun indizis motivads ch'ina obligaziun d'uffizi saja vegnida violada.

[2] Cun l'examinaziun disciplinara pon vegnir incumbensads expertas ed experts independents.

[3] Mesiras preventivas pon vegnir ordinadas, sche la violaziun d'obligaziuns d'uffizi è vegnida fatga valair vardaivlamain e sch'il funcziunament da l'autoritad giudiziala pertutgada è periclità.

[4] Uschenavant che las autoritads giudizialas n'han betg sezzas la cumpetenza da decider, han ellas il status da partida en las proceduras che pertutgan ellas sezzas.

[5] Sch'ina procedura penala è vegnida introducida envers ina commembra u in commember d'ina autoritad giudiziala pervia dals fatgs ch'èn la basa da la procedura da surveglianza ierarchica, sto la procedura da surveglianza ierarchica vegnir sistida. D'ina sistida poi vegnir desistì en cas excepziunals.

[6] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas pon vegnir obligads da sa suttametter ad ina controlla tras la media u il medi da confidenza.

[7] Proceduras da surveglianza ierarchica èn gratuitas. En cas da levsenn pon vegnir incassads custs da procedura.

[8] Dal rest sa drizzan la procedura da surveglianza ierarchica e silsuenter la procedura da recurs tenor la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[1)].

[1)] DG 370.100

Art. 109 3. mediaziun extragiudiziala

[1] Cun la finamira da chattar in'enclegientscha po l'autoritad da surveglianza engaschar in'experta neutrala u in expert neutral sco mediatura extragiudiziala u mediatur extragiudizial.

[2] La mediatura extragiudiziala u il mediatur extragiudizial po registrar cumprovas. Expertisas dastgan vegnir procuradas mo cun il consentiment da l'autoritad da surveglianza.

[3] L'autoritad da surveglianza integrescha l'enclegientscha sco part integrala en ses conclus, sche quella è legitima.

5.3. SURVEGLIANZA DALS ORGANS

5.3.1. Instruments da la surveglianza dals organs

Art. 110 Controlla da las fatschentas

[1] Las autoritads giudizialas mainan ina controlla permanenta da tut las proceduras giuridicas introducidas e davart il gener da la liquidaziun.

Art. 111 Obligaziun da rapportar

[1] Las autoritads giudizialas suttamettan a l'autoritad da surveglianza mintga onn in rapport davart lur gestiun.

[2] Il rapport da gestiun da las dretgiras regiunalas tracta er l'activitad da las autoritads da mediaziun che stattan sut lur surveglianza. Il rapport da gestiun da la Dretgira superiura cumpiglia tut las autoritads giudizialas.

[3] Ils rapports da gestiun infurmeschan almain davart la giurisdicziun e davart la statistica dals cas.

Art. 112 Finanzas e contabilitad

[1] La Dretgira superiura controllescha ed approvescha il preventiv ed il quint annual da las dretgiras regiunalas.

[2] Per mauns dal Cussegl grond controllescha la Controlla chantunala da finanzas il preventiv ed il quint annual da la Dretgira superiura e da la Dretgira da giustia sco er ils preventivs ed ils quints annuals da las dretgiras regiunalas suenter lur approvaziun.

Art. 113 Directivas ed execuziun d'uffizi

[1] L'autoritad da surveglianza po ordinar a l'autoritad giudiziala survegliada d'ademplir ina incumbensa.

[2] Sche questa directiva na vegn betg resguardada, po l'autoritad da surveglianza incumbensar in'autra autoritad giudiziala u ina terza persuna d'ademplir l'incumbensa.

[3] Uschenavant ch'i na resulta betg in privel dal retard, smanatscha ella a l'autoritad giudiziala cun l'execuziun d'uffizi, concedind in termin adequat.

[4] Ils custs che resultan a l'autoritad da surveglianza tras l'execuziun d'uffizi ston vegnir surpigliads da l'autoritad giudiziala negligenta.

Art. 114 Examinaziun administrativa

[1] Tras in'examinaziun administrativa po l'autoritad da surveglianza laschar sclerir in'experta u in expert independent fatschentas da l'administraziun giudiziala che pretendan ina intervenziun d'uffizi.

[2] La persuna incumbensada è liada mo vi da la lescha e vi da l'incarica.

[3] Ella po registrar cumprovas. Expertisas dastga ella procurar mo cun il consentiment da l'autoritad da surveglianza. Las registraziuns da las cumprovas sa drizzan tenor la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[1)].

[4] La persuna incumbensada resumescha ils resultats da l'examinaziun en in rapport e formulescha propostas per l'ulteriur proceder. Ella surdat il rapport sco er las actas d'examinaziun a l'autoritad da surveglianza.

5.3.2. Purtaders da la surveglianza e da la surveglianza suprema

Art. 115 Cussegl grond

[1] Il Cussegl grond ha la surveglianza da la Dretgira superiura e da la Dretgira da giustia sco er la surveglianza suprema da las ulteriuras autoritads giudizialas.

Art. 116 Dretgira superiura

[1] La Dretgira superiura è l'organ directiv suprem entaifer la giustia.

[2] Ella ha la surveglianza da las dretgiras regiunalas, da la Dretgira chantunala da mesiras repressivas e da l'Autoritad da mediaziun per dumondas d'egualitad sco er la surveglianza suprema da las autoritads da mediaziun che vegnan survegliadas da las dretgiras regiunalas.

Art. 117 Cumissiun administrativa extendida da la Dretgira superiura
1. incumbensas

[1] La cumissiun administrativa extendida ha l'intent da promover il barat d'infurmaziuns tranter las autoritads giudizialas e da garantir ina integraziun suffizienta da las autoritads giudizialas survegliadas en fatschentas da la surveglianza giudiziala.

[2] Avant che prender in conclus sto la Dretgira superiura suttametter almain las suandantas fatschentas da la surveglianza giudiziala a la cumissiun administrativa extendida per la deliberaziun:

[1)] DG 370.100

a) ordinaziuns da la Dretgira superiura davart fatschentas da la surveglianza giudiziala;
b) concepts davart la surveglianza e davart il controlling;
c) directivas che sa drizzan a tuttas u a tschertas categorias d'autoritads giudizialas;
d) mesiras per la garanzia da la qualitad;
e) mesiras per la furmaziun supplementara.

[3] Davart las fatschentas che vegnan suttamessas ad ella po la cumissiun administrativa extendida deliberar posiziuns per mauns da la Dretgira superiura.

Art. 118 2. cumposiziun e conclus

[1] A la cumissiun administrativa extendida appartegnan las commembras ed ils commembers da la cumissiun administrativa da la Dretgira superiura sco er tschintg commembras e commembers da las dretgiras regiunalas.

[2] Las presidentas ed ils presidents da las dretgiras regiunalas elegian las tschintg commembras e commembers da la cumissiun administrativa extendida or dal circul da las commembras e dals commembers da las dretgiras regiunalas en uffizi principal, e quai mintgamai suenter las elecziuns da renovaziun per ina durada da 4 onns. En quest connex ston ellas ed els tegnair quint d'ina represchentanza adequata da las dretgiras regiunalas pitschnas, mesaunas e grondas sco er da las particularitads linguisticas e regiunalas. Elecziuns substitutivas èn pussaivlas.

[3] La cumissiun administrativa extendida vegn presidiada da la presidenta u dal president da la Dretgira superiura.

[4] Mintga commembra e commember da la cumissiun administrativa extendida po pretender che la parsura u il parsura convocheschia ina sesida u tractandeschia fatschentas da la surveglianza giudiziala.

[5] La cumissiun administrativa extendida sa raduna almain duas giadas per onn.

[6] Ils conclus da la cumissiun administrativa extendida èn valaivels, sche almain la maioritad da las commembras e dals commembers da la cumissiun administrativa extendida è preschenta a la sesida.

Art. 119 3. secretaria generala u secretari general

[1] La secretaria generala u il secretari general sa participescha a las sesidas da la cumissiun administrativa extendida cun vusch consultativa.

[2] Sut la direcziun da la parsura u dal parsura prepara ella u el las fatschentas da la cumissiun administrativa extendida.

Art. 120 Dretgiras regiunalas

[1] Las dretgiras regiunalas surveglian las autoritads da mediaziun ch'èn affiliadas ad ellas.

6. Disposiziuns finalas

Art. 121 Emprima elecziun da las derschadras superiuras e dals derschaders superiurs

[1] En scrutinis separads elegia il Cussegl grond la presidenta u il president, la vicepresidenta u il vicepresident sco er las ulteriuras commembras ed ils ulteriurs commembers da la Dretgira superiura per l'emprima giada fin il pli tard il december 2023. L'entrada en uffizi è il 1. da schaner 2025.

[2] Per occupar las plazzas da derschadras e derschaders a la Dretgira superiura, per las qualas commembras e commembers da la Dretgira chantunala u da la Dretgira administrativa en uffizi candideschan, vala l'artitgel 52 confurm al senn.

[3] Per occupar las plazzas da derschadras e derschaders a la Dretgira superiura, per las qualas naginas commembras e nagins commembers da la Dretgira chantunala u da la Dretgira administrativa en uffizi na candideschan, vala l'artitgel 51.

[4] La maioritad che sto vegnir cuntanschida per in'elecziun vegn calculada tenor la Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun[1)]. Dal rest sa drizza la procedura electorala tenor l'Urden da gestiun dal Cussegl grond[2)], uschenavant che questa lescha na prevesa betg insatge auter.

Art. 122 Emprima elecziun da las derschadras e dals derschaders da giustia

[1] Il Cussegl grond elegia las commembras ed ils commembers da la Dretgira da giustia per l'emprima giada fin il pli tard il zercladur 2024. L'entrada en uffizi è il 1. da schaner 2025.

Art. 123 Disposiziuns transitoricas

[1] Ils contracts da lavur ch'existan tranter la Dretgira chantunala u la Dretgira administrativa e lur collavuraturas e collavuraturs il mument che questa lescha entra en vigur, ston vegnir transferids entaifer 6 mais a la Dretgira superiura sco nova patruna.

[2] Las ulteriuras cumpetenzas, valurs da facultad ed obligaziuns da la Dretgira chantunala e da la Dretgira administrativa vegnan transferidas – cun l'entrada en vigur da questa lescha – senza indemnisaziun a la Dretgira superiura.

[3] La qualificaziun da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas che sa mettan a disposiziun per ina reelecziun sa drizza tenor las reglas ch'eran en vigur il mument da l'emprima elecziun. Las ulteriuras regulaziuns concernent la posiziun da las commembras e dals commembers da las autoritads giudizialas areguard il dretg d'engaschament valan a partir da l'entrada en vigur da questa lescha.

---

1) DG 150.100
2) DG 170.140

[4] Sch'il termin da 6 mais per far valair il dretg d'ina reducziun dal grad d'occupaziun en consequenza d'ina naschientscha u d'ina adopziun n'è betg anc scadì avant l'entrada en vigur da questa lescha, po quest dretg vegnir fatg valair entaifer maximalmain 6 mais suenter l'entrada en vigur da questa lescha.

[5] Proceduras ch'èn pendentas davant la Dretgira chantunala u davant la Dretgira administrativa il mument che questa lescha entra en vigur, vegnan surdadas a la Dretgira superiura, cura che questa lescha entra en vigur.

II.

1.
Il relasch "Lescha dal dretg da burgais dal chantun Grischun (LDBchant)" DG 130.100 (versiun dals 01-07-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 26 al. 2 (midà), **al. 3 (midà)**

[2] Cunter decisiuns da la vischnanca burgaisa poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

[3] Cunter decisiuns da l'uffizi u dal departament chantunal cumpetent poi vegnir fatg recurs administrativ. Cunter decisiuns da la ~~regenza~~**Regenza** poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

2.
Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG 150.100 (versiun dals 01-10-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 19b al. 1 (midà)

[1] Fin il pli tard il ~~14avel~~**20avel** glindesdi avant il di d'elecziun publitgescha la cumissiun administrativa da la dretgira regiunala cumpetenta – en la moda ch'è usitada al lieu – l'invit d'inoltrar propostas electoralas.

Art. 19e al. 1 (midà)

[1] Las propostas electoralas ston arrivar tar la dretgira regiunala cumpetenta fin il pli tard ~~l'otgavel~~**il 14avel** glindesdi avant il di d'elecziun.

Art. 19f al. 5 (nov)

d) rectificaziun **e communicaziun (Titel midà)**

[5] La cumissiun administrativa da la dretgira regiunala cumpetenta communitgescha a la Dretgira superiura a temp las propostas electoralas inoltradas ed infurmescha la Dretgira superiura davart propostas electoralas betg admessas.

Art. 19h al. 1 (midà)

[1] In elecziun taciturna ha lieu, sch'il dumber da persunas proponidas valaivlamain correspunda al dumber da ~~mandats~~**sezs** che stattan a disposiziun**, premess che la Dretgira superiura è da l'avis che naginas candidatas e nagins candidats na sajan inadattads**. Cas cuntrari ha lieu in scrutini public liber.

Art. 49 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

Procedura

1. ~~introducziun, instrucziun~~**conclus d'introducziun (Titel midà)**

[1] Il ~~cussegl~~**Cussegl** grond iniziescha d'uffizi u sin denunzia ina procedura da destituziun da l'uffizi, ~~sch'el survegn enconuschientscha d'in~~ **sch'igl exista in suspect inizial motivà ch'i saja avant maun in** motiv ~~da~~**per ina** destituziun da l'uffizi.

[2] ~~L'instrucziun dal conclus d'iniziaziun, la realisaziun~~ **L'emprim èsi** da ~~l'inquisizium e l'instrucziun da~~ **tadlar** la ~~decisiun finala~~ **commembra pertutgada u il commember pertutgà. Ulteriurs scleriments ston vegnir fatgs, sch'els** èn ~~chaussa da la cumissiun~~ **indispensabels** per ~~giustia e segirezza~~**prender il conclus d'introducziun**.

Art. 50

abolì

Art. 51 al. 1 (midà), **al. 2 (nov)**

~~3~~**2**. suspensiun da l'uffizi **(Titel midà)**

[1] ~~Sch'igl èn avant maun indizis avunda per in motiv da destituziun da l'uffizi tenor l'artitgel 48, po il cussegl grond concluder cun la~~ **Cun ina** maioritad da trais quarts da las commembras e dals commembers ~~preventivamain~~ **po il Cussegl grond concluder** ina suspensiun da l'uffizi, **sche l'existenza d'in motiv per ina destituziun da l'uffizi è vegnida fatga valair vardaivlamain** e ~~quai cun u senza reducziun u sistida dal salari.~~**sch'il funcziunament da l'autoritad pertutgada è periclità.**

[2] Questa ordinaziun po vegnir colliada cun ina reducziun dal salari fin a la mesadad dal salari, sch'in return en l'uffizi po vegnir exclus cun fitg gronda probabilitad e sch'i vegn permess a la persuna pertutgada d'exercitar in'activitad da gudogn.

Art. 52 al. 1 (midà), **al. 2 (nov)**

~~4~~**3**. decisiun **finala (Titel midà)**

[1] ~~Decisiuns ston vegnir motivadas e communitgadas a las persunas pertutgadas en scrit sco er munidas~~ **Il Cussegl grond terminescha la procedura da destituziun da l'uffizi, saja quai** cun **ordinar** ina ~~indicaziun dals meds legals~~**destituziun da l'uffizi u cun metter ad acta la procedura da destituziun da l'uffizi**.

[2] Sch'il quorum per la destituziun da l'uffizi na vegn betg cuntanschì, vala la procedura da destituziun da l'uffizi sco messa ad acta.

Art. 52a (nov)

4. instrucziun e proposta

[1] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia è l'autoritad instruenta e maina la procedura da destituziun da l'uffizi fin a la decisiun finala.

[2] Per la durada da la procedura da destituziun da l'uffizi prenda la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia las ordinaziuns preventivas e proceduralas necessarias, nun ch'il Cussegl grond saja cumpetent en chaussa. Ella po dumandar il Cussegl grond d'ordinar ina destituziun da l'uffizi.

[3] Cura che las cumprovas necessarias èn registradas, suttametta la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia al Cussegl grond, per la proxima sessiun, in rapport ed ina proposta:

a) d'introducir u da betg introducir ina procedura da destituziun da l'uffizi, sch'ina tala proposta n'è betg evidentamain nunmotivada;
b) d'ordinar ina destituziun da l'uffizi u da metter ad acta la procedura da destituziun da l'uffizi.

Art. 53 al. 1 (midà), **al. 2 (nov)**, **al. 3 (nov)**, **al. 4 (nov)**, **al. 5 (nov)**

5. ~~meds legals~~**regulaziuns cumplementaras (Titel midà)**

[1] ~~Decisiuns~~ **Las commembras ed ils commembers** dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond ~~che concernan la suspensiun da l'uffizi~~ e ~~la destituziun~~ da ~~l'uffizi~~ **la Regenza** pon vegnir ~~contestadas entaifer 30 dis dapi~~ **obligads da sa suttametter ad ina controlla tras** la ~~communicaziun tar la dretgira administrativa~~**media u il medi da confidenza**.

[2] Sche la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia suttametta propostas al Cussegl grond, pon las fracziuns tadlar la persuna pertutgada sco er autras commembras ed auters commembers da l'autoritad pertutgada.

[3] Proceduras da destituziun da l'uffizi èn gratuitas. En cas da levsenn pon vegnir incassads custs da procedura.

[4] Las decisiuns dal Cussegl grond sco er las decisiuns preventivas e proceduralas da la cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia pon vegnir contestadas tar la Dretgira superiura, sch'ellas chaschunan in dischavantatg che na sa lascha probablamain betg pli eliminar pli tard.

[5] Per la procedura da destituziun da l'uffizi valan dal rest las disposiziuns da la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[1)] confurm al senn.

Art. 95 al. 4 (midà)

[4] Tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** po vegnir fatg recurs cunter las explicaziuns da votaziun dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond. Cun resalva da l'artitgel 97 sa drizza la procedura tenor la ~~lescha~~**Lescha** davart la giurisdicziun administrativa.

[1)] DG 370.100

Art. 97 al. 1

[1] Ils recurs ston vegnir inoltrads entaifer trais dis dapi la scuverta dal motiv da recurs, il pli tard però il terz di suenter la publicaziun uffiziala dals resultats d'ina elecziun u d'ina votaziun, a las suandantas instanzas:

b) **(midà)** a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**: recurs tenor l'artitgel 95 alinea 4.

Art. 102 al. 1 (midà)

Recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura (Titel midà)**

[1] Cunter decisiuns da la ~~regenza~~**Regenza**, dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond e da la cumissiun cumpetenta dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond sco er da las autoritads da las dretgiras regiunalas, da las regiuns e da las vischnancas po vegnir recurrì tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** pervia da violaziun da dretgs politics.

3.

Il relasch "Lescha davart la responsabladad dal stadi (LRS)" DG 170.050 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 6 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (nov)**

Cumpetenza e procedura

1. dretgiras civilas (Titel midà)

[1] Dretgs che resultan da questa lescha**, ma che na** vegnan **betg motivads cun il cumportament da la Dretgira superiura u da las persunas che lavuran per tala, vegnan** giuditgads da la dretgira ~~administrativa en~~**civila a** la ~~procedura~~**sedia** da ~~plant~~ **la communitad accusada**.

[2] ~~Las partidas han~~ **Cun sia inoltraziun a l'autoritad** da ~~preschentar a~~**mediaziun fixescha** la ~~dretgira ils fatgs~~ **partida accusanta, en tge lingua uffiziala chantunala che proceduras cunter il chantun, cunter sias corporaziuns** da ~~la dispita giuridica. Sco basa per sia~~**dretg public u cunter ses instituts autonoms vegnan manadas. Sche la lingua da** procedura ~~prenda~~ **divergescha da** la ~~dretgira mo fatgs ch'èn vegnids fatgs valair a temp.~~ **lingua uffiziala regiunala, po l'autoritad cumpetenta vegnir cumplettada tras:**

a) **(nov)** la mediatura u il mediatur da la regiun Plessur per la procedura da mediaziun, la presidenta u il president da la Dretgira regiunala Plessur per la procedura giudiziala, sche la procedura vegn manada en tudestg;

b) **(nov)** la mediatura u il mediatur da la regiun Surselva per la procedura da mediaziun, la presidenta u il president da la Dretgira regiunala Surselva per la procedura giudiziala, sche la procedura vegn manada en rumantsch;

c) **(nov)** la mediatura u il mediatur da la regiun Malögia per la procedura da mediaziun, la presidenta u il president da la Dretgira regiunala Malögia per la procedura giudiziala, sche la procedura vegn manada en talian.

[3] Dal rest sa drizzan la procedura davant l'autoritad da mediaziun e davant la dretgira regiunala sco er il recurs a la Dretgira superiura tenor il Cudesch da procedura civila svizzer[1)].

Art. 6a (nov)

2. Dretgira da giustia

[1] Dretgs che resultan da questa lescha e che vegnan motivads cun il cumportament da la Dretgira superiura u da las persunas che lavuran per tala, vegnan giuditgads da la Dretgira da giustia sco suletta instanza chantunala.

[2] Las partidas ston preschentar a la dretgira en las scrittiras giuridicas ils fatgs ch'èn la basa da lur dumondas ed inditgar ils meds da cumprova. Pli tard pon fatgs vegnir resguardads mo pli sut las premissas da l'artitgel 229 alinea 1 ed alinea 2 dal Cudesch da procedura civila svizzer[2)].

[3] Dal rest sa drizza la procedura tenor la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[3)].

Art. 9a (nov)

Cumpetenza e procedura en cas d'autras responsabladads dal stadi

[1] La cumpetenza e la procedura per far valair auters dretgs da responsabladad dal stadi che n'èn betg reglads en questa lescha sa drizzan tenor l'artitgel 6, uschenavant ch'il dretg spezial na prevesa nagut auter.

Art. 11 al. 1 (midà), **al. 2 (abolì)**

[1] Ils organs e las persunas ch'èn en il servetsch da las instituziuns publicas stattan buns envers quellas per il donn ch'els ~~e ch'ellas~~**ed ellas** chaschunan ~~illegalmain~~ cun violar intenziunadamain u per greva negligientscha lur obligaziun uffiziala tar l'execuziun da lur activitads uffizialas.

[2] *abolì*

Art. 14 al. 1 (midà), **al. 1bis (nov)**, **al. 2 (abolì)**

[1] Dretgs che resultan da questa lescha cunter ~~organs da las instituziuns publicas e cunter~~ persunas ch'èn en ~~lur~~**il** servetsch **da la Dretgira superiura** vegnan giuditgads da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia sco suletta instanza chantunala** en la procedura da plant **giudizial administrativ**.

[1bis] Dretgs che resultan da questa lescha cunter organs da las instituziuns publicas e cunter persunas ch'èn en lur servetsch vegnan giuditgads da la Dretgira superiura sco suletta instanza chantunala en la procedura da plant giudizial administrativ, nun che la Dretgira da giustia saja cumpetenta en chaussa.

---

1) CS 272
2) CS 272
3) DG 370.100

[2] *abolì*

Art. 15a (nov)

Cumpetenza e procedura en cas d'autras responsabladads dal stadi

[1] La cumpetenza e la procedura per far valair – envers organs da las instituziuns publicas ed envers persunas ch'èn en lur servetsch – auters dretgs da responsabladad dal stadi che n'èn betg reglads en questa lescha sa drizzan tenor l'artitgel 14 alinea 1[bis], uschenavant ch'il dretg spezial na prevesa nagut auter.

Art. 18 al. 2 (nov), **al. 3 (nov)**

[2] Sche proceduras èn pendentas il mument che la midada da questa lescha entra en vigur e sch'il dretg nov prevesa in'autra cumpetenza per tractar talas, vegnan ellas cuntinuadas da las dretgiras ch'èn cumpetentas tenor il dretg nov, e quai tenor il nov dretg processual.

[3] Dretgs che resultan da questa lescha e che vegnan motivads cun il cumportament da la Dretgira chantunala u da la Dretgira administrativa ubain da las persunas che lavuran per talas, vegnan giuditgads – suenter l'entrada en vigur da la midada da questa lescha – da la Dretgira da giustia tenor il nov dretg processual.

4.

Il relasch "Lescha davart il cussegl grond (LCG)" DG 170.100 (versiun dals 01-10-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 20 al. 1 (midà)

[1] Sche eveniments da gronda impurtanza en l'administraziun publica u giudiziala basegnan in scleriment spezial, po il ~~cussegl~~**Cussegl** grond incaricar – suenter avair consultà la ~~regenza~~**Regenza** respectivamain ~~las autoritads giudizialas supremas~~**la Dretgira superiura** – ina cumissiun d'inquisiziun parlamentara.

Art. 27 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] Per giuditgar las fatschentas assegnadas ad ellas han las cumissiuns il dretg da sa procurar las infurmaziuns cunvegnentas e da prender invista da las actas uffizialas necessarias suenter avair consultà la ~~regenza, las autoritads giudizialas supremas~~ **Regenza, la Dretgira superiura** u ~~las cumissiuns~~**la Dretgira** da ~~surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats~~**giustia**.

[2] Ils dretgs d'infurmaziun e da controlla ch'existan tenor questa part envers las ~~dretgiras ed envers las cumissiuns da surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats~~ **autoritads giudizialas** sa refereschan ~~en mintga cas~~ mo a dumondas ~~da la gestiun e~~ da l'administraziun giudiziala.

Art. 34 al. 1 (midà)

[1] Da la ~~dretgira chantunala e da la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** sco er da ~~las cumissiuns~~**la Dretgira** da ~~surveglianza per las notaras e per ils notars e per las advocatas e per ils advocats~~ **giustia** po la ~~cumissiun~~**Cumissiun** per giustia e segirezza – en il rom da sia surveglianza concernent ~~la gestiun e~~ l'administraziun giudiziala, sche quai è d'impurtanza per ademplir sias incumbensas, ed ultra dals dretgs generals da survegnir infurmaziuns ch'èn previs per las cumissiuns spezialas – cunzunt:

Enumeraziun senza midadas.

Art. 36 al. 1 (midà), **al. 2 (nov)**

[1] Commembras e commembers da la ~~regenza~~**Regenza** e persunas da l'administraziun pon vegnir liberads tras la ~~regenza~~**Regenza** dal secret d'uffizi per dar scleriments e pon vegnir autorisads d'extrader actas uffizialas ch'èn suttamessas al secret d'uffizi. ~~Tar derschadras u tar derschaders e tar persunas da l'administraziun giudiziala èn cumpetentas las autoritads giudizialas supremas per quai~~.

[2] Commembras e commembers da las autoritads giudizialas e da las ulteriuras autoritads che stattan sut la surveglianza da la Dretgira superiura pon vegnir liberads tras la Dretgira superiura dal secret d'uffizi per dar infurmaziuns u pon vegnir autorisads d'extrader actas uffizialas ch'èn suttamessas al secret d'uffizi.

Art. 56 al. 1 (midà)

[1] Recurs da surveglianza cunter la ~~regenza~~**Regenza** drizzads al ~~cussegl~~**Cussegl** grond vegnan instruids da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun, tals cunter la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e **cunter** la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** vegnan instruids da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** per giustia e segirezza.

Art. 57 al. 1 (midà)

[1] Il ~~cussegl~~**Cussegl** grond elegia tenor la ~~constituziun~~**Constituziun** chantunala[1)] ses organs e sias cumissiuns, il presidi da la ~~regenza~~**Regenza**, las commembras ed ils commembers da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** sco er ulteriuras titularas ed ulteriurs titulars d'uffizis a norma da la legislaziun~~, e quai~~**. Quai fa el** per regla cun resguardar las fracziuns confurm a lur fermezza**, uschenavant che la lescha na prevesa betg insatge auter**.

Art. 64b (nov)

Missivas

[1] La Regenza motivescha ses conclus per regla tras missivas.

[2] Missivas che pertutgan principalmain fatschentas da l'administraziun giudiziala ston vegnir elavuradas en collavuraziun cun la Dretgira superiura.

[1)] DG 110.100

Titel suenter Art. 68 (nov)

6a. Correspundenza tranter la Dretgira superiura ed il Cussegl grond

Art. 68a (nov)

Propostas

[1] La Dretgira superiura po dumandar il Cussegl grond d'incumbensar la Regenza d'elavurar in project constituziunal u in project da lescha che concerna l'administraziun giudiziala.

[2] La Dretgira superiura suttametta talas dumondas a la Regenza per mauns dal Cussegl grond.

[3] La Regenza na dastga betg midar las dumondas da la Dretgira superiura. Ella po formular remartgas e dumondas divergentas.

[4] Dal rest sa drizzan il tractament e la debatta da la dumonda da la Dretgira superiura tenor las regulaziuns che valan per tractar incumbensas da las commembras e dals commembers dal Cussegl grond.

Art. 68b (nov)

Participaziun a las sesidas dal cussegl e da las cumissiuns

[1] La presidenta u il president da la Dretgira superiura po sa participar a las sesidas dal Cussegl grond e da sias cumissiuns che tractan:

a) fatschentas da finanzas che concernan la giustia;
b) il rapport da gestiun da la Dretgira superiura;
c) midadas constituziunalas u midadas da lescha incitadas da la Dretgira superiura;
d) projects legislativs che concernan principalmain l'administraziun giudiziala.

[2] La presidenta u il president da la Dretgira superiura ha vusch consultativa e po far propostas. Ella u el po sa laschar accumpagnar da persunas da l'administraziun giudiziala ubain d'expertas e d'experts externs.

5.

Il relasch "Urden da gestiun dal cussegl grond (UGCG)" DG 170.140 (versiun dals 01-08-2019) vegn midà sco suonda:

Art. 11 al. 4

[4] La conferenza da las presidentas e dals presidents è spezialmain cumpetenta per:

u[bis]) **(nov)** eruir la fracziun che po far valair matematicamain il dretg sin ina plazza da derschadra u da derschader a la Dretgira superiura, che sto vegnir publitgada. Ella communitgescha quest resultat a la Cumissiun per giustia e segirezza;

Art. 22 al. 3

[3] La cumissiun da gestiun sco instanza per controllar las finanzas:

f) **(nov)** suttametta in cunrapport a la Cumissiun per giustia e segirezza, sch'il volumen total da plazzas per las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura u per las commembras ed ils commembers d'ina u da pliras dretgiras regiunalas en uffizi principal duai vegnir auzà.

Art. 26 al. 1 (midà), **al. 4 (midà)**, **al. 6 (midà)**, **al. 7 (nov)**

[1] La ~~cumissiun~~**Cumissiun** per giustia e segirezza controllescha e surveglia la gestiun da ~~las dretgiras chantunalas~~ **la Dretgira superiura, da la Dretgira da giustia** sco er da las ~~cumissiuns da~~ **autoritads che stattan sut la** surveglianza ~~per las notaras~~ **da la Dretgira superiura** e ~~per ils notars e per las advocatas e per ils advocats e~~ predeliberescha lur rapports da gestiun. Ella consista dad 11 commembras e commembers.

[4] Ella prenda ~~posiziun davart dumondas da stgaffir plazzas e da transfurmar plazzas, uschenavant che quellas pertutgan las dretgiras chantunalas sco er las cumissiuns da surveglianza davart las notaras ed ils notars e davart las advocatas ed ils advocats. Per mauns da la cumissiun da gestiun prenda ella posiziun davart credits posteriurs, uschenavant che quels pertutgan las dretgiras chantunalas sco er las cumissiuns da surveglianza davart las notaras ed ils notars e davart las advocatas ed ils advocats.~~**:**

a) **(nov)** posiziun per mauns da la Dretgira superiura, sche la Dretgira superiura vul auzar ils meds finanzials per las collavuraturas ed ils collavuraturs da la Dretgira superiura, da la Dretgira da giustia u da las ulteriuras autoritads giudizialas;
b) **(nov)** posiziun per mauns da la Cumissiun da gestiun davart credits posteriurs da la Dretgira superiura e da la Dretgira da giustia.

[6] Ella prepara las elecziuns ~~en~~**per** la ~~dretgira chantunala ed en la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** sco er ~~en l'autoritad da mediaziun~~ per ~~dumondas d'egualitad en il senn~~ **la Dretgira** da ~~la lescha davart l'organisaziun giudiziala~~**giustia**.

[7] Ella controllescha che la dotaziun da la Dretgira superiura sco er da las dretgiras regiunalas saja adequata e prepara il conclus correspundent dal Cussegl grond. Sch'ella tira en consideraziun d'auzar il volumen total da plazzas per las commembras ed ils commembers da la Dretgira superiura u per las commembras ed ils commembers d'ina u da pliras dretgiras regiunalas en uffizi principal, dumonda ella in cunrapport da la Cumissiun da gestiun.

Art. 30 al. 1 (midà)

[1] Las disposiziuns pli detagliadas davart l'organisaziun da la cumissiun d'inquisiziun e davart l'execuziun da l'inquisiziun vegnan relaschadas dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond en il rom dal conclus da nominaziun. Il ~~cussegl~~**Cussegl** grond regla cunzunt ils dretgs da procedura da las persunas pertutgadas e la posiziun da la ~~regenza~~**Regenza** respectivamain da ~~l'autoritad giudiziala suprema~~**la Dretgira superiura** en la procedura.

Art. 83 al. 1 (midà)

[1] ~~Las presidentas~~**La presidenta** u ~~ils presidents~~**il president** da la ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura** e **la presidenta u il president** da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** fan il sarament prescrit u l'empermischun prescritta davant il ~~cussegl~~**Cussegl** grond.

6.

Il relasch "Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuraturs dal chantun Grischun (lescha dal persunal, LP)" DG 170.400 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 58 al. 1 (midà)

[1] Las collavuraturas ed ils collavuraturs na dastgan betg esser a medem temp commembras u commembers da ~~l'assamblea~~**l'Assamblea** federala, dal ~~cussegl~~ **Cussegl** grond, da la ~~regenza~~**Regenza**, da la ~~dretgira chantunala u da la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** ubain dal ~~cussegl~~**Cussegl** da banca. Exceptads da quai èn collavuraturas e collavuraturs che han in grad d'occupaziun total da maximalmain 40 pertschient tar il chantun.

Art. 65 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 4**

[1] Ils instituts chantunals autonoms sco er la ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** han las medemas cumpetenzas sco la ~~regenza~~ **Regenza**. Exceptadas da quai èn las disposiziuns da l'artitgel 20, da l'artitgel 29 alinea 2, da l'artitgel 35 alinea 4, da l'artitgel 36 alinea 2, da l'artitgel 37 alinea 2 e da l'artitgel 73 alinea 2.

[2] Ils instituts chantunals autonoms sco er la ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** fixeschan las instanzas cumpetentas. Resalvadas restan disposiziuns spezialas en las leschas d'organisaziun.

[4] La classificaziun da las plazzas sto vegnir coordinada cun l'uffizi da persunal. Sch'i na vegn betg chattada ina cunvegna tranter l'institut u tranter la dretgira e l'uffizi da persunal, decida definitivamain:

b) **(midà)** la cumissiun designada dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond tar la ~~dretgira chantunala e tar la dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 66 al. 3 (midà), **al. 5 (midà)**, **al. 5bis (midà)**, **al. 6 (midà)**

[3] Cunter disposiziuns e cunter decisiuns da recurs da la ~~regenza~~**Regenza** e cunter decisiuns da recurs dals departaments poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

[5] Cunter decisiuns dal dretg da persunal dals instituts chantunals autonoms poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

[5bis] Cunter decisiuns dal dretg da persunal da las dretgiras regiunalas **e da las autoritads da mediaziun** poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**.

[6] Cunter decisiuns dal dretg da persunal da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** che pertutgan sias collavuraturas e ses collavuraturs poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**, cunter decisiuns dal dretg da persunal da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** che pertutgan sias collavuraturas e ses collavuraturs poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**.

7.
Il relasch "Lescha davart la cassa da pensiun dal Grischun (LCPG)" DG 170.450 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 11a (nov)

Commembras e commembers da las autoritads giudizialas

[1] Las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas èn assicurads tar la Cassa da pensiun fin a la cumplenida dal 65. onn da vegliadetgna per il provediment professiunal.

[2] Suenter la cumplenida dal 65. onn da vegliadetgna po il provediment da vegliadetgna vegnir cuntinuà, sin dumonda d'ina commembra u d'in commember d'ina autoritad giudiziala, fin al pensiunament tenor lescha.

[3] Las contribuziuns da spargn annualas da las commembras e dals commembers da la Dretgira superiura vegnan mintgamai auzadas la fin da l'onn per 25 pertschient sin donn e cust dal chantun. L'augment è limità a las contribuziuns maximalas dal plan da provediment. En cas d'ina extrada durant l'onn u en in cas da provediment vegn l'augment concedì proporziunalmain.

[4] Apports facultativs en il rom dal plan da provediment dal chantun cun l'import da cumpra il pli aut vegnan auzads 5 onns suenter il pajament per 10 pertschient a favur da la commembra u dal commember en uffizi sin donn e cust dal chantun.

Art. 15a (nov)

Disposiziuns transitoricas per las commembras ed ils commembers da las autoritads giudizialas

[1] Las prestaziuns resultadas tenor il dretg vegl per il 1. da schaner 2007 na vegnan betg midadas. Sch'ils chapitals da spargn individuals ch'èn vegnids accumulads na bastan betg per finanziar questas prestaziuns, surpiglia il chantun lur finanziaziun en la procedura da repartiziun.

[2] Ils chapitals da spargn individuals ch'èn vegnids accumulads da las commembras e dals commembers da la Dretgira chantunala e da la Dretgira administrativa en uffizi cumplain tenor l'Ordinaziun davart la prevenziun professiunala dals commembers en uffizi cumplain da las dretgiras chantunalas dals 2 d'october 2000, vegnan transferids a la Cassa da pensiun a favur da mintga commembra e commember sco prestaziun da libra circulaziun. Il possess actual areguard l'import da lur renta da vegliadetgna vegn garantì. Ils augments dal dabun da spargn ch'èn necessaris per garantir il possess actual van sin donn e cust dal chantun.

[3] Fin a l'entrada en vigur dal dretg nov pon las commembras ed ils commembers ordinaris da la Dretgira chantunala e da la Dretgira administrativa decider, sch'ellas ed els vulan far diever da las prestaziuns spezialas dal dretg davart il provediment professiunal tenor l'artitgel 5 u l'artitgel 6 da la Lescha davart ils salaris e davart la prevenziun professiunala da las commembras e dals commembers da la Dretgira chantunala e da la Dretgira administrativa ubain da las prestaziuns spezialas tenor l'artitgel 11a alinea 2 ed alinea 3. Sch'ellas ed els na fan nagina decleraziun da tscherna u tschernan la nova regulaziun, vegn il dabun da spargn auzà sin donn e cust dal chantun fin a l'entrada en vigur dal dretg nov. Per mintga onn d'uffizi cumplenì sco commembra u commember ordinari da la Dretgira chantunala u da la Dretgira administrativa importa l'augment 2,5 pertschient, maximalmain dentant 15 pertschient.

8.
Il relasch "Lescha davart il princip da transparenza (lescha da transparenza)" DG 171.000 (versiun dals 01-11-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 13 al. 2 (midà)

[2] Decisiuns d'in organ public, per las qualas questas disposiziuns na prevesan nagin med legal, pon vegnir contestadas directamain tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

9.
Il relasch "Lescha chantunala davart la protecziun da datas (LCPD)" DG 171.100 (versiun dals 01-01-2019) vegn midà sco suonda:

Art. 6 al. 3 (midà)

[3] Decisiuns dals departaments, da las autoritads communalas e regiunalas, da las colliaziuns da vischnancas sco er dals instituts autonoms e da las corporaziuns autonomas da dretg public pon vegnir contestadas cun recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

10.
Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer[1)] (LItCCS)" DG 210.100 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 14 al. 1 (midà)

[1] La suprastanza communala è cumpetenta per relaschar scumonds concernent il guaud e la pastgira sin il territori communal (art. 699). Cunter l'ordinaziun da tals scumonds po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 15 al. 3 (midà)

[3] Cunter decisiuns da la ~~regenza~~**Regenza** tenor l'alinea 1 cifras 1 e 5 fin 8 po vegnir appellà tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila[2)]. Il medem vala per decisiuns dals departaments, uschenavant ch'il dretg federal na prevesa betg in'autra instanza.

Art. 16 al. 3 (midà)

[3] Cunter conclus da la ~~regenza~~**Regenza**, dals departaments chantunals e d'autras instanzas chantunalas sin il champ dal dretg civil po vegnir recurrì cun appellaziun tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila[3)], sch'in giudicament en ultima instanza tenor il dretg surordinà è necessari tras ina dretgira chantunala superiura.

Art. 20d al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns e cunter disposiziuns dal departament po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** cun appellaziun tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila[4)].

Art. 25a al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns dal departament po vegnir recurrì tar la ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura** cun appellaziun tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila.

Art. 60 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** è l'instanza giudiziala da recurs.

---

1) approvada dal DFGP ils 5 d'avrigl 1994
2) CS 272
3) CS 272
4) CS 272

Art. 143 al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns da recurs dal post da surveglianza poi vegnir fatg recurs entaifer 30 dis tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**. Exceptadas èn decisiuns en chaussas da taxas. La procedura sa drizza tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila.

11.

Il relasch "Lescha introductiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer[1)] (LItDO)" DG 210.200 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 14b al. 2 (midà)

[2] Cunter las decisiuns da l'uffizi ch'è incumbensà cun l'administraziun dal register da commerzi poi vegnir fatg appellaziun tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** en il senn dal ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila.

12.

Il relasch "Lescha davart il notariat (LNot)" DG 210.300 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 4 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**, **al. 3bis (nov)**, **al. 4 (midà)**

[1] La ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa elegian communablamain ina cumissiun da notariat da~~ **Dretgira superiura elegia las** tschintg commembras e commembers ~~e~~ da **la Cumissiun da notariat sco er las** trais substitutas e substituts per ina ~~perioda d'uffizi~~ **durada** da quatter onns. **Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.**

[2] ~~A la cumissiun~~ **La Cumissiun** da notariat ~~appartegnan~~**sa cumpona** per regla:

a) **(midà)** ~~ina notara patentada u in notar patentà, ina notara regiunala u in notar regiunal ed in'administratura u in administratur dal register funsil patentà~~**da notaras patentadas e notars patentads**;

b) **(midà)** ~~trais titularas~~**d'almain in'administratura** u ~~titulars da l'attest grischun da qualificaziun per persunas da notariat~~**in administratur dal register funsil patentà**;

c) **(midà)** ~~ina commembra u in commember~~ da ~~la dretgira chantunala~~ **trais substitutas e substituts ch'èn ubain notaras** u ~~da la dretgira administrativa~~ **notars patentads ubain administraturas u administraturs dal register funsil patentads**.

[3] La ~~cumissiun~~**Cumissiun** da notariat sa constituescha sezza. Ella ~~po eleger~~ **nominescha** in secretariat ed ~~ina actuara~~ **in actuariat. La presidenta** u ~~in actuar~~**il president designescha l'adressa da consegna per la Cumissiun da notariat e communitgescha publicamain questa adressa**.

[1)] CS 220

[3bis] En reguard administrativ è la Cumissiun da notariat integrada en la Dretgira superiura.

[4] La ~~regenza~~**Regenza** fixescha las indemnisaziuns da lavur e da las spesas ~~da~~**per** las commembras ~~e dals~~**ed ils** commembers da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da notariat.

Art. 5 al. 3 (abolì)

[3] *abolì*

Art. 5a (nov)

3. surveglianza

[1] La Dretgira superiura ha la surveglianza da la Cumissiun da notariat.

[2] Envers la Cumissiun da notariat ed envers sias commembras e ses commembers dispona ella dals medems instruments da surveglianza e dals medems meds auxiliars sco envers las autoritads giudizialas ed envers lur commembras e commembers ch'èn suttamess a sia surveglianza directa. Las disposiziuns da la Lescha davart l'organisaziun giudiziala[1)] concernent la surveglianza giudiziala vegnan applitgadas analogamain.

[3] La Dretgira superiura decida, sche las commembras ed ils commembers da la cumissiun duain vegnir liberads dal secret d'uffizi per dar pled e fatg davant autras autoritads sco er per edir actas.

Art. 6 al. 5 (nov)

[5] La Regenza fixescha las indemnisaziuns da la lavur e da las spesas per las persunas d'inspecziun. Ella po divergiar da las tariffas previsas en l'artitgel 70 da la Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuraturs dal chantun Grischun[2)].

Art. 9 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (nov)

[1] Uschenavant che questa lescha na cuntegna naginas disposiziuns spezialas, vala la ~~lescha~~**Lescha** davart la giurisdicziun administrativa[3)] ~~confurm al senn~~**per tut las proceduras davant la Cumissiun da notariat**.

[2] Cunter decisiuns da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da notariat~~, cun excepziun da quellas tenor l'artitgel 10 alinea 2, po~~ **poi** vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura entaifer 30 dis dapi la communicaziun motivada**.

[3] La Cumissiun da notariat po decretar decisiuns davart l'examen da notariat en il dispositiv. Entaifer 10 dis dapi la communicaziun pon las persunas pertutgadas pretender en scrit ina decisiun motivada tar la Cumissiun da notariat. L'artitgel 48 da la Lescha davart la giurisdicziun administrativa vala confurm al senn.

---

1) DG 173.000
2) DG 170.400
3) DG 370.100

Art. 10 al. 4 (nov), **al. 5 (nov)**

[4] Suenter il cumenzament pon ils examens vegnir interruts mo per motivs impurtants. Sch'in examen vegn interrut senza motiv suffizient, vala el sco betg reussì.

[5] Sch'ina persuna engiona durant l'examen, po la Cumissiun da notariat declerar che l'examen na saja betg reussì.

Art. 33 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

~~Leger e suttascriver,~~ **Documentaziun da declaraziuns da voluntad**
1. unitad da l'act**, leger e suttascriver (Titel midà)**

[1] ~~Las partidas che cumparan ston ubain leger sezzas il document public ubain al laschar preleger da~~ **Durant** la ~~persuna~~**documentaziun** da ~~notariat, alura approvar explicitamain e suenter suttascriver cun agen maun cun lur num~~**declaraziuns da voluntad ston tut las persunas participadas esser preschentas. La procedura sto vegnir exequida senza interrupziuns essenzialas**.

[2] ~~Durant la documentaziun ston tut las~~ **Las** persunas participadas ~~esser preschentas e~~ **ston ubain leger sezzas il document public ubain al laschar preleger da** la ~~procedura sto vegnir exequida senza interrupziuns essenzialas~~**persuna da notariat, alura al approvar explicitamain e suenter al suttascriver cun agen maun cun lur num**.

Art. 34 al. 1 (midà), **al. 2 (abolì)**

~~Documentaziun da declaraziuns~~ **2. furmla** da ~~voluntad~~**documentaziun (Titel midà)**

[1] La **furmla da** documentaziun ~~succeda uschia~~ **prevesa** che la persuna da notariat attesta formalmain a la fin dal document public che quel saja vegnì ~~fatg~~**rendì** enconuschent a las partidas, che quel cuntegnia lur voluntad e che quella saja vegnida communitgada a la persuna da notariat, sco er ch'il document public saja vegnì suttascrit da las partidas. **A questa conferma agiuntescha la persuna da notariat l'indicaziun dal lieu, la data, sia suttascripziun e ses bul.**

[2] *abolì*

Art. 35 al. 1 (midà), **al. 1bis (nov)**, **al. 2 (midà)**

Documentaziun da **fatgs**
1. documentaziun da conclus **da radunanzas u da sesidas (Titel midà)**

[1] La persuna da notariat ~~sto esser preschenta a la radunanza~~ **documentescha ils conclus da radunanzas** u ~~a la sesida e sto manar~~ **da sesidas cun scriver** in protocol sco document public**. Ella sto esser preschenta a las radunanzas u a las sesidas che vegnan documentadas**.

[1bis] Conclus da radunanzas u da sesidas, che vegnan prendids per correspundenza u cun agid da meds electronics, pon vegnir documentads da la persuna da notariat, sche sia participaziun è garantida e sch'il dretg federal permetta questa furma da deliberaziun.

[2] Il protocol sto **cuntegnair** almain ~~cuntegnair:~~**las indicaziuns che vegnan pretendidas dal dretg federal e plinavant las constataziuns da la parsura u dal parsura davart la convocaziun, davart la participaziun e davart l'abilitad da decider sco er eventualas objecziuns cunter la realisaziun.**

a) *abolì*
b) *abolì*
c) *abolì*
d) *abolì*

Art. 36

~~Autras documentaziuns da~~**2. documentaziun d'auters** fatgs **(Titel midà)**

Art. 50 al. 1 (midà)

[1] La ~~regenza~~**Regenza** relascha las disposiziuns executivas necessarias e – sin dumonda da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da notariat – ~~in reglament d'examen~~ **in'ordinaziun davart l'examen da notariat**.

Art. 51a al. 4 (nov)

[4] Las novas regulaziuns da la surveglianza da las finanzas valan a partir da l'emprim onn da gestiun che cumenza suenter l'entrada en vigur da la midada da questa lescha.

13.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala dals 16 da december 1983 davart l'acquist da bains immobigliars tras persunas a l'exteriur (LAIE)" DG 217.600 (versiun dals 01-01-2007) vegn midà sco suonda:

Art. 15 al. 1 (midà)

[1] L'instanza da recurs è la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

14.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart la scussiun ed il concurs (LItLSC)" DG 220.000 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 3 al. 1 (midà), **al. 1bis (nov)**, **al. 2 (midà)**

[1] La gestiun dals uffizis da scussiun e da concurs sco er d'eventuals posts externs è chaussa da las regiuns. ~~Per quest intent relascha la regiun in reglament d'organisaziun, uschenavant ch'ella vegn autorisada ed incumbensada tras questa lescha da far quai.~~

[1bis] Sche quai è necessari per ademplir questa incumbensa, han las regiuns il dretg da prender invista da la gestiun dals uffizis da scussiun e da concurs sco er d'eventuals posts externs.

[2] **Las regiuns reglan la direcziun dals uffizis da scussiun e da concurs sco er d'eventuals posts externs en in reglament d'organisaziun, uschenavant ch'ellas vegnan autorisadas ed incumbensadas tras questa lescha da far quai.** Il reglament d'organisaziun cuntegna en spezial disposiziuns davart l'execuziun regulara da las scussiuns e dals concurs en la regiun sco er davart l'engaschament adequat dal persunal e dals meds finanzials.

Art. 7 al. 1 (midà)

[1] La regiun sto communitgar immediatamain a l'autoritad da surveglianza la nominaziun e la demissiun da persunas d'uffizi. **Ella infurmescha l'autoritad da surveglianza davart violaziuns da l'obligaziun d'uffizi ch'èn vegnidas commessas da funcziunarias e da funcziunaris da concurs e da scussiun e che pudessan giustifitgar l'ordinaziun d'ina mesira disciplinara.**

Art. 13 al. 1 (midà), al. 2 (nov)

[1] L'unica autoritad chantunala da surveglianza tenor l'artitgel 13 sco er l'unica instanza da recurs tenor l'artitgel 17 da la ~~lescha~~**Lescha** federala davart la scussiun ed il concurs è la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**.

[2] La Dretgira superiura designescha ils organs cumpetents en l'urden da gestiun.

Art. 15 al. 4 (midà)

[4] Ella ~~po manar~~**maina** in servetsch da cussegliaziun che cusseglia ils uffizis da scussiun e da concurs en dumondas da la gestiun generala ed en cas singuls concrets.

Art. 16a (nov)

Inspecturas ed inspecturs da scussiun e da concurs

[1] L'autoritad da surveglianza nominescha ina u pliras inspecturas ubain in u plirs inspecturs da scussiun e da concurs.

[2] Las inspecturas ed ils inspecturs da scussiun e da concurs:

a) controlleschan almain ina giada per onn la gestiun dals uffizis da scussiun e da concurs e communitgeschan il resultat da la controlla a la Dretgira superiura;
b) dattan infurmaziuns a las funcziunarias ed als funcziunaris da scussiun e da concurs;
c) porschan agid a las funcziunarias ed als funcziunaris da scussiun e da concurs per liquidar fatschentas uffizialas;
d) èn responsabels per la furmaziun supplementara.

[3] La Regenza fixescha la diaria per las inspecturas ed ils inspecturs da scussiun e da concurs che lavuran en uffizi accessoric. Ella po divergiar da las tariffas previsas en l'artitgel 70 da la Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuraturs dal chantun Grischun[1)].

[1)] DG 170.400

Art. 17

Procedura davant la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**
1. sco autoritad da surveglianza **(Titel midà)**

Art. 18 al. 2 (midà), **al. 4 (midà)**

[2] Ella communitgescha quai a la persuna d'uffizi pertutgada **sco er a la regiun pertutgada** e fa ils scleriments necessaris.

[4] La decisiun disciplinara vegn communitgada en scrit **a la persuna pertutgada sco er a la regiun pertutgada** cun inditgar ils fatgs e las consideraziuns essenzialas.

Art. 20 al. 2 (midà)

[2] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** è la dretgira da moratori chantunala superiura.

Art. 21

abolì

15.
Il relasch "Lescha davart las advocatas ed ils advocats" DG 310.100 (versiun dals 01-01-2011) vegn midà sco suonda:

Titel (midà)
Lescha davart las advocatas ed ils advocats (**LAdv**)

Art. 5 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 4 (midà)**, **al. 5 (midà)**

[1] La ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa elegian communablamain ina cumissiun da surveglianza da~~ **Dretgira superiura elegia las** tschintg commembras e commembers ~~e~~ da **la cumissiun da surveglianza sco er las** trais substitutas e substituts per ina ~~perioda d'uffizi~~ **durada** da quatter onns. **Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.**

[2] ~~A la~~ **La** cumissiun da surveglianza ~~appartegnan~~ **sa cumpona** per regla ~~duas advocatas respectivamain dus advocats ch'èn inscrits en il register dal chantun Grischun e mintgamai ina commembra u in commember da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa.~~**:**

a) **(nov)** d'ina commembra ordinaria u d'in commember ordinari da la Dretgira superiura che presidiescha la cumissiun da surveglianza;
b) **(nov)** d'ina ulteriura commembra ordinaria u d'in ulteriur commember ordinari da la Dretgira superiura che appartegna ad in'autra partiziun da la Dretgira superiura che la presidenta u il president;
c) **(nov)** da trais ulteriuras commembras e commembers, dals quals dus èn per regla advocatas u advocats che pratitgeschan en il chantun;
d) **(nov)** da trais substitutas u substituts.

[4] La cumissiun da surveglianza sa constituescha sezza. ~~Ella~~ **En reguard administrativ è ella integrada en la Dretgira superiura. Là dispona ella d'ina adressa da consegna,** po ~~eleger in~~ **nizzegiar las localitads da la Dretgira superiura e far diever da ses** secretariat ~~ed in~~**sco er da ses** actuariat.

[5] La ~~regenza~~**Regenza** fixescha las indemnisaziuns da lavur e da las spesas ~~da~~**per** las commembras ~~e dals~~**ed ils** commembers da la cumissiun da surveglianza.

Art. 6 al. 2 (midà), **al. 3 (abolì)**

[2] ~~En spezial~~ **Ella** ha ~~ella~~**cunzunt** las suandantas incumbensas:

a) **(midà)** ~~ella surveglia~~ **survegliar** l'activitad da las advocatas e dals advocats ed ~~exequescha~~**exequir** il dretg disciplinar;
b) **(midà)** ~~ella maina~~**manar** il register da las advocatas e dals advocats e la glista publica da las appartegnentas e dals appartegnents da stadis commembers da la UE u da la AECL;
c) **(midà)** ~~ella decida davart l'admissiun~~ **admetter persunas** a l'examen d'advocatas e d'advocats, ~~maina~~**manar** tras ils examens d'advocatas e d'advocats, ~~surdats~~**surdar** la patenta d'advocata u d'advocat, ~~conceda~~**conceder** la permissiun da praticum e ~~decida~~**decider** davart la privaziun da la patenta d'advocata u d'advocat **sco er da las permissiuns concedidas**;
d) **(midà)** ~~ella decida~~**decider** davart la liberaziun dal secret professiunal;
e) **(midà)** ~~ella è incumbensada cun l'execuziun da~~**exequir** la LLCA[1)], uschenavant che questa lescha na declera betg expressivamain in'autra instanza sco cumpetenta.

[3] *abolì*

Art. 6a (nov)

3. surveglianza

[1] La Dretgira superiura surveglia la cumissiun da surveglianza.

[2] Envers la cumissiun da surveglianza ed envers sias commembras e ses commembers dispona ella dals medems instruments da surveglianza e dals medems meds auxiliars sco envers las autoritads giudizialas ed envers lur commembras e commembers ch'èn suttamess a sia surveglianza directa. Las disposiziuns da la Lescha davart l'organisaziun giudiziala[2)] concernent la surveglianza giudiziala vegnan applitgadas analogamain.

[3] La Dretgira superiura decida, sche las commembras ed ils commembers da la cumissiun duain vegnir liberads dal secret d'uffizi per dar pled e fatg davant autras autoritads sco er per edir actas.

---

1) CS 935.61
2) DG 173.000

Art. 7 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 3 (nov)

[1] Uschenavant che questa lescha na cuntegna naginas disposiziuns spezialas, vala la ~~lescha~~**Lescha** davart la giurisdicziun administrativa[1)] ~~confurm al senn~~**per tut las proceduras davant la cumissiun da surveglianza**.

[2] Cunter decisiuns da la cumissiun da surveglianza ~~po~~**poi** vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa. Exceptadas èn decisiuns davart~~**Dretgira da giustia entaifer 30 dis dapi** la ~~valitaziun~~**communicaziun** da ~~l'examen d'advocatas e d'advocats~~**la decisiun motivada**.

[3] La cumissiun da surveglianza po decretar decisiuns davart l'examen da notariat en il dispositiv. Entaifer 10 dis dapi la communicaziun pon las persunas pertutgadas pretender en scrit ina decisiun motivada tar la cumissiun da surveglianza. Dal rest vala l'artitgel 48 da la Lescha davart la giurisdicziun administrativa confurm al senn.

Art. 9 al. 4 (nov), al. 5 (nov)

[4] Suenter il termin d'annunzia pon las candidatas ed ils candidats sa retrair mo per motivs impurtants. Sch'ellas ed els manchentan l'examen senza motiv suffizient u na termineschan betg l'examen senza motiv suffizient, vala l'examen sco betg reussì.

[5] Sch'ina persuna engiona durant l'examen, po la cumissiun da surveglianza declerar che l'examen na saja betg reussì.

Art. 17 al. 1 (midà)

[1] La cumissiun da surveglianza fixescha en il cas singul il cuntegn da l'examen da qualificaziun tenor la LLCA[2)] e dal discurs per examinar las cumpetenzas professiunalas tenor la LLCA. Las disposiziuns ~~dal reglament d'examen~~**da l'Ordinaziun davart l'examen d'advocata u d'advocat** valan confurm al senn.

Art. 19 al. 1 (midà)

[1] La ~~regenza~~**Regenza** relascha las disposiziuns executivas necessarias e – sin dumonda da la cumissiun da surveglianza – ~~in reglament d'examen~~**in'ordinaziun davart l'examen d'advocata u d'advocat**. Ella regla ils detagls da l'indemnisaziun da partida sco er l'onurari per la represchentanza legala gratuita e per la defensiun uffiziala.

Art. 21 al. 2 (nov)

[2] Las novas regulaziuns da la surveglianza da las finanzas valan a partir da l'emprim onn da gestiun che cumenza suenter l'entrada en vigur da la midada da questa lescha.

1) DG 370.100
2) CS 935.61

16.
Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch da procedura civila svizzer (LItCPC)" DG 320.100 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 4
abolì

Art. 5 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**, **al. 4 (nov)**

~~2~~**Dretgira d'emprima instanza**
1. dretgira ~~colleghialar~~**regiunala (Titel midà)**

[1] ~~La~~ **Uschenavant ch'il dretg federal u chantunal na fixescha nagut auter, è la** dretgira regiunala ~~è~~ la dretgira civila d'emprima instanza~~, nun che la derschadra singula u il derschader singul saja cumpetent~~.

[2] Ella decida en ~~in gremi~~ **cumpetenza da derschadra singula u** da ~~tschintg~~ **derschader singul**:

a) **(midà)** ~~en~~**davart** fatschentas~~, per las qualas vala~~ **ch'èn suttamessas a** la procedura ~~ordinaria~~**summarica**;
b) **(midà)** ~~sch'igl è vegnida cuntanschida~~ **davart fatschentas ch'èn suttamessas a** la ~~valur en dispita per far recurs en chaussas civilas tar il tribunal federal~~ **procedura simplifitgada**;
c) **(midà)** davart ~~dumondas giuridicas d'impurtanza fundamentala~~**proceduras spezialas dal dretg da famiglia, davart interess dals uffants en fatschentas dal dretg da famiglia e davart proceduras concernent il partenadi registrà**;
d) **(midà)** ~~sin ordinaziun da la parsura u~~ **davart cuntravenziuns cunter scumonds giudizials en il senn** dal ~~parsura.~~**Cudesch da procedura civila;**
e) **(nov)** davart dumondas d'assistenza giudiziala, nun che la Dretgira superiura saja cumpetenta en chaussa;
f) **(nov)** sch'ina inoltraziun è evidentamain inadmissibla u è evidentamain nunmotivada.

[3] ~~En ils ulteriurs cas~~ **Davart dispitas tenor l'alinea 2 litera b e litera c** decida la dretgira regiunala en ina cumposiziun da trais**, sch'ina partida pretenda quai en l'emprima scrittira giuridica, sche la valur en dispita surpassa 10 000 francs e sche l'inoltraziun n'è betg evidentamain inadmissibla u evidentamain nunmotivada**.

[4] En ils ulteriurs cas decida la dretgira regiunala en la cumposiziun previsa en la Lescha davart l'organisaziun giudiziala[1)].

Art. 6 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (nov)**

~~3. dretgira chantunala~~**2. Dretgira superiura (Titel midà)**

1) BR 173.000

[1] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** giuditgescha sco dretgira **civila** d'emprima instanza quels cas, nua ch'il dretg federal prevesa in'unica instanza chantunala~~, nun che la dretgira administrativa saja cumpetenta~~.

[2] Ella decida en cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul ~~davart~~:

a) **(midà)** ~~la protecziun giuridica~~ **davart dispitas fin ad ina valur** en ~~cas clers~~ **dispita** da ~~dispitas, nua ch'il dretg federal prevesa in'unica instanza chantunala;~~ **10 000 francs;**

a[bis]) **(nov)** davart fatschentas ch'èn suttamessas a la procedura summarica;

b) **(midà) davart** chaussas da la dretgira da cumpromiss, cun excepziun dal giudicament da recurs e da dumondas da revisiun.

[3] En ils ulteriurs cas decida la Dretgira superiura en la cumposiziun prevista en la Lescha davart l'organisaziun giudiziala[1)].

Art. 7 al. 1 (midà), **al. 2**, **al. 3 (nov)**, **al. 4 (nov)**

[1] Sco instanza da meds legals giuditgescha la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** appellaziuns e recurs ~~da dretg civil~~.

[2] Ella decida en cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul:

a) **(midà)** ~~sche la valur en dispita na surpassa betg 5000 francs~~**davart recurs**;

a[bis]) **(nov)** davart appellaziuns cunter decisiuns en la procedura summarica;

[3] Davart dispitas tenor l'alinea 2 litera a e litera a[bis] decida la Dretgira superiura en ina cumposiziun da trais, sch'ina partida pretenda quai en l'emprima scrittira giuridica, sche la valur en dispita surpassa 10 000 francs e sch'il med legal n'è betg evidentamain inadmissibel u evidentamain motivà u nunmotivà.

[4] En ils ulteriurs cas decida la Dretgira superiura en la cumposiziun prevista en la Lescha davart l'organisaziun giudiziala[2)].

Art. 8 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** è l'autoritad centrala chantunala per dumondas d'assistenza giudiziala or da l'exteriur en il senn dals contracts internaziunals.

[2] La consegna a l'exteriur ha lieu directamain d'autoritad ad autoritad. Sch'il traffic direct è exclus tras il dretg federal u tras il dretg da contracts internaziunals, ha la consegna lieu sur la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**.

Art. 13 al. 1 (midà), **al. 2 (abolì)**

[1] Sche la recusaziun è dispitaivla, vegn la decisiun prendida ~~en absenza da la persuna pertutgada~~:

a) **(midà)** da la **parsura u dal parsura da la** dretgira ch'è cumpetenta en la chaussa principala**, en cas da recusaziun d'ulteriuras persunas giudizialas**;

[1)] BR 173.000
[2)] BR 173.000

b) **(midà)** da la ~~dretgira~~ **substituta u dal substitut da la parsura u dal parsura,** en cas da ~~recusaziuns tar cumpetenzas~~ **recusaziun** da ~~derschadra singula~~**la parsura** u ~~da derschader singul;~~**dal parsura;**

c) **(midà)** da la **parsura u dal parsura da la chombra civila da la** dretgira regiunala **ch'è cumpetenta** en ~~cas da recusaziuns tar autoritads~~**la chaussa principala, en cas** da ~~mediaziun~~**recusaziun d'ulteriuras persunas giudizialas**.

[2] *abolì*

Art. 15 al. 4 (midà)

[4] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** regla l'autezza da las pauschalas en in'ordinaziun[1)].

Art. 16 al. 2 (midà)

[2] L'indemnisaziun da perditgas importa maximalmain 500 francs per di per la perdita da gudogn. Las spesas vegnan indemnisadas maximalmain per las tariffas che valan per ~~las emploiadas e per ils emploiads~~ **il persunal** dal chantun. La ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura** regla ils detagls en in'ordinaziun[2)].

17.
Il relasch "Lescha introductiva tar il cudesch da procedura penala svizzer (LItCPP)" DG 350.100 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 8 al. 1bis (nov), **al. 2 (midà)**

[1bis] La cumissiun dal Cussegl grond ch'è cumpetenta per la giustia nominescha en cas da basegn procuraturas publicas extraordinarias e procuraturs publics extraordinaris per manar proceduras penalas che sa drizzan cunter commembras e commembers da la Regenza.

[2] En **ils ulteriurs** cas **nominescha la Regenza en cas** da basegn ~~po la regenza nominar~~ procuraturas publicas extraordinarias e procuraturs publics extraordinaris sco er procuraturas extraordinarias e procuraturs extraordinaris per giuvenils.

Art. 12 al. 1

[1] L'emprima procuratura publica u l'emprim procuratur public è en spezial cumpetent per:

d) **(midà)** far protesta cunter mandats penals ~~che na derivan betg da la procura publica~~**d'autras autoritads administrativas chantunalas**;

[1)] DG 320.210
[2)] DG 320.210

Art. 19 al. 2 (midà), **al. 3 (midà)**

[2] Ella decida en ~~in gremi~~ **cumpetenza da derschadra singula u** da ~~tschintg~~ **derschader singul**:

a) **(midà)** davart ~~dumondas giuridicas d'impurtanza fundamentala~~ **surpassaments**;

b) **(midà)** ~~sin ordinaziun~~ **davart crims u davart delicts, sche la Procura publica na propona betg in chasti** da **detenziun da passa 1 onn, in internament tenor l'artitgel 64 dal Cudesch penal svizzer**[1)] **u ina mesira da detenziun e sche** la parsura u ~~dal~~**il** parsura~~;~~ **na vul betg ordinar ina tala sancziun.**

c) *abolì*

[3] En ils ulteriurs cas decida la dretgira regiunala en ~~ina~~**la** cumposiziun ~~da trais~~**previsa en la Lescha davart l'organisaziun giudiziala**[2)].

Art. 22 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** è la dretgira d'appellaziun e l'instanza da recurs en chaussas penalas ed en chaussas penalas da giuvenils.

Art. 30 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] ~~Ils~~ **Las commembras ed ils** commembers dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond e da la ~~regenza~~ **Regenza** sco er da la ~~dretgira chantunala e da la dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** na pon betg vegnir persequitads penalmain pervia da lur remartgas en il cussegl u en sias cumissiuns.

[2] Las commembras ed ils commembers da la ~~regenza sco er~~**Regenza e da** las ~~derschadras ed ils derschaders,~~**autoritads giudizialas sco er** las actuaras ed ils actuars da ~~la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa~~ **las autoritads giudizialas** pon vegnir persequitads penalmain pervia da crims e da delicts commess en uffizi mo cun l'autorisaziun da la cumissiun dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond ch'è cumpetenta per la giustia.

Art. 35a (nov)

Recurs tras las autoritads

[1] La Procura publica e las ulteriuras autoritads administrativas chantunalas ch'èn cumpetentas per persequitar e per giuditgar surpassaments chantunals, pon far recurs tar la Dretgira superiura cunter decisiuns da las dretgiras regiunalas.

Art. 37 al. 4

[4] L'autezza da la taxa vegn reglada en in'ordinaziun:

---

1) CS 311.0
2) BR 173.000

b) **(midà)** da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** per proceduras giudizialas[1)].

Art. 42 al. 1^bis^ (nov)

[1bis] La Procura publica po far protesta cunter mandats penals d'autras autoritads administrativas chantunalas.

Art. 55 al. 2 (nov)

[2] Proceduras ch'èn pendentas il mument che la midada da questa lescha entra en vigur, vegnan manadas vinavant da las autoritads ch'èn cumpetentas tenor il dretg nov.

18.
Il relasch "Lescha davart l'execuziun giudiziala en il chantun Grischun (lescha davart l'execuziun giudiziala, LExeG)" DG 350.500 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 48 al. 1 (midà)

Recurs tar la Dretgira ~~chantunala dal Grischun~~**superiura (Titel midà)**

[1] Cunter decisiuns dal departament pon las persunas pertutgadas e la Procura publica far recurs penal tar la Dretgira ~~chantunalas~~**superiura** entaifer 30 dis dapi la communicaziun.

19.
Il relasch "Lescha davart la giurisdicziun administrativa (LGA)" DG 370.100 (versiun dals 01-01-2019) vegn midà sco suonda:

Art. 6c al. 1 (midà)

[1] Sche la recusaziun è dispitaivla, vegn la decisiun prendida ~~en absenza da la persuna pertutgada~~:

a) **(midà)** da la **parsura u dal parsura da la** dretgira ch'è cumpetenta en la chaussa principala**,** en cas da recusaziun ~~d'ina persuna giudiziala~~**d'ulteriuras persunas giudizialas**;

a^bis^) **(nov)** da la substituta u dal substitut da la parsura u dal parsura, en cas da recusaziun da la parsura u dal parsura;

b) **(midà)** da l'autoritad colleghiala **– en absenza da la persuna pertutgada –** en cas da recusaziun da sias commembras e da ses commembers;

1) DG 350.210

Art. 11 al. 2 (midà)

[2] Las persunas ch'èn participadas a la procedura èn obligadas da cooperar a la constataziun dals fatgs. **L'obligaziun da cooperar scroda, sch'ellas sa faschessan culpaivlas tras quai.**

Art. 28 al. 2 (midà)

[2] Il recurs administrativ è exclus, sch'i dat – tenor la lescha – la pussaivladad da far protesta u da far directamain recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Titel suenter Art. 37 (midà)

4. ~~Procedura~~**Proceduras** davant la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**

Art. 42 al. 1 (midà)

[1] Disposiziuns preventivas e proceduralas pon vegnir contestadas tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 10 dis.

Art. 43 al. 1 (midà), **al. 3**

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** decida per regla en ina cumposiziun da trais derschadras e derschaders.

[3] Ella decida en cumpetenza da derschadra singula u da derschader singul:

a) **(midà)** sche la valur en dispita na surpassa betg ~~5000~~**10 000** francs e sch'i n'è betg prescrit in gremi da tschintg;

Art. 44 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** tira per regla sia sentenzia senza tractativa giudiziala~~-e~~ sin basa da las actas.

Art. 47 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** è er cumpetenta ~~da~~**per** respunder las dumondas preliminaras ch'èn indispensablas per giuditgar la chaussa principala.

Art. 48 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** po communitgar ina sentenzia en il dispositiv, e quai senza motivaziun u cun ina motivaziun curta. Mintga partida po pretender en scrit entaifer 30 dis dapi la communicaziun ina sentenzia motivada cumplettamain. Sche ni l'ina ni l'autra partida na pretenda ina motivaziun entaifer quest termin, entra la sentenzia en vigur legala.

Art. 49 al. 1 (midà)

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** giuditgescha recurs cunter:

f) **(midà)** decisiuns da baselgias chantunalas renconuschidas e da lur cumins-baselgia, uschenavant ~~ch'i vegn fatga valair ina violaziun dal dretg relaschà dal stadi~~**ch'ellas pon vegnir contestadas davant il Tribunal federal**, sco er dispitas da dretg administrativ ~~ch'èn vegnidas~~**che vegnan** assegnadas da las baselgias chantunalas a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** per las laschar giuditgar;

f[bis]) **(nov)** decisiuns da surveglianza ierarchica da la Dretgira da giustia che pertutgan commembras e commembers da la Dretgira da giustia e decisiuns da surveglianza ierarchica da las dretgiras regiunalas;

f[ter]) **(nov)** decisiuns da surveglianza ierarchica dal Cussegl grond che pertutgan las commembras ed ils commembers dal Cussegl grond, da la Regenza, da la Dretgira da giustia, da las dretgiras regiunalas e da la Dretgira chantunala da mesiras repressivas;

Art. 52 al. 1 (midà)

[1] Il recurs sto vegnir inoltrà en scrit ~~tara~~ la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis dapi la communicaziun da la decisiun contestada.

Art. 55 al. 2 (midà), **al. 3 (midà)**

[2] La decisiun midada sto vegnir communitgada a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

[3] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** sto tractar il recurs mo, sche quel n'ha betg pers ses object tras la decisiun midada.

Art. 56 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**

[1] Cun resalva da disposiziuns legalas divergentas è la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** liada vi da las propostas da las partidas.

[2] Sche la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** n'è betg liada vi da las propostas da las partidas, po ella midar ina decisiun a disfavur da la partida recurrenta u conceder a quella dapli che quai ch'ella ha pretendì. En quest cas sto ella l'emprim dar la pussaivladad a las partidas da prender posiziun sco er da retrair il recurs.

[3] Sche la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** abolescha la decisiun contestada, decida ella sezza u returna la chaussa per laschar decider da nov.

Art. 57 al. 1 (midà)

[1] Sco dretgira constituziunala giuditgescha la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** recurs cunter:

Enumeraziun senza midadas.

Art. 60 al. 1 (midà)

[1] Il recurs sto vegnir inoltrà en scrit ~~tara~~ la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis dapi la communicaziun da la decisiun contestada u dapi la publicaziun uffiziala.

Art. 61 al. 1 (midà), **al. 3 (midà)**

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** abolescha il relasch contestà u la decisiun contestada, sche tal u ~~sche~~ tala cuntrafa a la constituziun u a la lescha.

[3] Uschenavant ch'ina violaziun da la constituziun na po betg vegnir abolida autramain, relascha la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** las ordinaziuns necessarias.

Art. 62 al. 1 (midà)

[1] Uschenavant che questa part na cuntegna naginas prescripziuns, vegnan applitgadas las disposiziuns davart la procedura da recurs ~~davant la dretgira administrativa~~ **giudizial administrativ**.

Art. 63 al. 1 (midà), **al. 2**

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** giuditgescha en la procedura da plant:

c) **(midà)** pretensiuns d'indemnisaziun che resultan da la ~~lescha~~**Lescha** davart la responsabladad dal stadi**, uschenavant che nagina autra autoritad n'è determinada**;

f) **(midà)** dispitas da dretg public ed administrativ ch'èn vegnidas assegnadas tenor ina prescripziun speziala a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** per las laschar giuditgar;

g) **(midà)** dispitas, a las qualas las baselgias chantunalas renconuschidas u lur cumins-baselgia èn participads, uschenavant ~~che quellas èn~~ **ch'ellas pon vegnir contestadas davant il Tribunal federal, u dispitas ch'èn** assegnadas da las baselgias chantunalas a la ~~dretgira administrativa u uschenavant ch'il dretg relaschà dal stadi vegn appellà~~**Dretgira superiura per las laschar giuditgar**.

[2] Sco dretgira d'assicuranzas giuditgescha ella en la procedura da plant:

b) **(midà)** dispitas en il senn da ~~l'artitgel 47~~**l'artitgel 85** da la ~~lescha~~**Lescha** davart la surveglianza da las assicuranzas (LSA)[1)] **e da l'artitgel 7 dal Cudesch da procedura civila svizzer**[2)].

Art. 64 al. 1 (midà)

[1] Il plant daventa pendent tras l'inoltraziun ~~tara~~ la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

1) CS 961.01
2) CS 272

Art. 65 al. 1 (midà)

[1] Uschenavant che questa part na cuntegna naginas prescripziuns, vegnan applitgadas las disposiziuns davart la procedura da recurs davant la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

Titel suenter Art. 65 (nov)

4a. Proceduras davant la Dretgira da giustia

Art. 65a (nov)

Recurs giudizial administrativ

[1] La Dretgira da giustia giuditgescha sco ultima instanza recurs cunter:

a) decisiuns da surveglianza ierarchica da la Dretgira superiura che pertutgan commembras e commembers da la Dretgira superiura;
b) decisiuns da surveglianza ierarchica dal Cussegl grond che pertutgan commembras e commembers da la Dretgira superiura;
c) decisiuns concernent l'indemnisaziun en cas ch'ina commembra u in commember da la Dretgira superiura na vegn betg reelegì;
d) decisiuns da la Dretgira superiura areguard il dretg da persunal che pertutgan las collavuraturas ed ils collavuraturs da la Dretgira superiura;
e) decisiuns da la cumissiun da surveglianza;
f) decisiuns da la Dretgira superiura concernent dumondas da recusaziun, uschenavant ch'i dovra ina decisiun d'ina autoritad chantunala da meds legals per pudair far recurs tar il Tribunal federal;
g) ulteriuras decisiuns, uschenavant che quai è previs tras lescha u vegn pretendì dal dretg federal.

[2] Las premissas per far recurs e la procedura da recurs sa drizzan tenor las reglas che valan per la procedura da recurs giudizial administrativ davant la Dretgira superiura.

Art. 65b (nov)

Conflicts da cumpetenza

[1] La Dretgira da giustia decida definitivamain davart conflicts da cumpetenza tranter organs da la giurisdicziun, per ils quals la lescha na prevesa nagina autra regulaziun da soluziun.

[2] Ella vegn appellada d'in organ da la giurisdicziun, sch'igl exista unitad davart il conflict da cumpetenza.

Art. 65c (nov)

Procedura da plant giudizial administrativ

[1] En la procedura da plant giudizial administrativ giuditgescha la Dretgira da giustia sco suletta instanza chantunala pretensiuns d'indemnisaziun che resultan da la Lescha davart la responsabladad dal stadi[1)] e che vegnan assegnadas ad ella per laschar giuditgar.

Art. 68 al. 2 (midà)

[2] Il recurs è mo admissibel, sche la violaziun da dretg che vegn pretendida na po betg vegnir contestada tras in med legal u tras in plant tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** u tar la ~~regenza~~**Regenza**.

Art. 75 al. 2 (midà), **al. 3 (midà)**, **al. 4 (midà)**

[2] La taxa dal stadi importa maximalmain 20 000 francs. Ella sa drizza tenor la dimensiun e la difficultad da la chaussa sco er tenor l'interess e la capacitad economica da las persunas ch'èn obligadas da surpigliar ils custs. En proceduras davant la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** che chaschunan custs spezialmain gronds s'augmenta il rom da las taxas a 100 000 francs. Sch'i vegn desistì d'ina sentenzia motivada cumplettamain, vegn reducida adequatamain la taxa dal stadi.

[3] Per proceduras davant autoritads administrativas chantunalas regla la ~~regenza~~ **Regenza** tras in'ordinaziun las tariffas per la taxa dal stadi, l'autezza da las taxas per emetter e per communitgar la decisiun sco er l'indemnisaziun da las expensas en daner blut.

[4] Per proceduras davant la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** regla la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura, per proceduras davant la Dretgira da giustia la Dretgira da giustia** tras in'ordinaziun l'autezza da las taxas per emetter e per communitgar la decisiun sco er l'indemnisaziun da las expensas en daner blut.

Art. 77 al. 2 (midà)

[2] Davart l'obligaziun da restituziun decida l'uffizi che vegn designà da la ~~regenza~~ **Regenza**. Cunter sia decisiun poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

Art. 80 al. 3 (midà)

[3] L'execuziun da las mesiras disponidas u ordinadas da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura e da la Dretgira da giustia** è chaussa dal departament ch'è cumpetent per la giustia.

Art. 85 al. 5 (nov)

[5] Proceduras ch'èn pendentas davant la Dretgira administrativa il mument che la midada da questa lescha entra en vigur, vegnan surdadas a la dretgira ch'è cumpetenta tenor il dretg nov, cura che la revisiun parziala entra en vigur.

[1)] DG 170.050

Art. 85b

abolì

20.

Il relasch "Lescha introductiva tar la procedura da mediaziun e tar la procedura davant la dretgira da cumpromiss tenor il dretg federal d'assicuranza sociala (LItPMC)" DG 370.300 (versiun dals 01-01-2011) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] La ~~dretgira da cumpromiss~~ **Dretgira superiura** giuditgescha dispitas tranter assicuranzas ed instituziuns che furneschan prestaziuns, sch'il dretg federal d'assicuranza sociala prevesa ~~ina procedura da mediaziun ed~~ ina procedura davant la dretgira da cumpromiss per questas dispitas.

[2] A la procedura davant la dretgira da cumpromiss sto preceder ina procedura da mediaziun **davant l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala**, nun ch'ina instanza da mediaziun, ch'è vegnida engaschada tras in contract, saja gia stada en funcziun.

Art. 2

abolì

Art. 3 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (nov)**, **al. 4 (nov)**

~~Cumposiziun~~**Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala**
1. cumposiziun e posiziun (Titel midà)

[1] ~~Il post~~ **L'Autoritad** da mediaziun **per dumondas da l'assicuranza sociala** consista d'ina mediatura u d'in mediatur e d'ina substituta u d'in substitut.

[2] La ~~dretgira~~ **Dretgira superiura elegia las commembras ed ils commembers** da ~~cumpromiss sa cumpona~~ **l'Autoritad** da ~~la parsura u dal parsura e mintgamai d'ina persuna ch'è vegnida designada~~ **mediaziun per dumondas** da ~~las partidas~~ **l'assicuranza sociala per ina durada da 4 onns. Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas**.

[3] La mediatura u il mediatur fixescha la sedia da l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala. La sedia sto esser situada en il chantun Grischun.

[4] La sedia e la cumposiziun da l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala ston vegnir publitgadas uffizialmain.

Art. 3a (nov)

2. surveglianza

[1] La Dretgira superiura surveglia l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala.

[2] L'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala suttametta a la Dretgira superiura il preventiv ed il quint annual per l'approvaziun.

[3] Envers l'Autoritad da mediaziun per dumondas da l'assicuranza sociala ed envers sias commembras e ses commembers dispona la Dretgira superiura dal rest dals medems instruments da surveglianza e dals medems meds auxiliars sco envers las autras autoritads giudizialas ed envers lur commembras e commembers ch'èn suttamess a sia surveglianza directa.

[4] Las disposiziuns da la Lescha davart l'organisaziun giudiziala concernent la surveglianza giudiziala vegnan applitgadas confurm al senn.

Art. 4 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (abolì)**

~~Elecziun~~**Partiziun**~~1. post~~ da ~~mediaziun e presidi~~ **cumpromiss** da la ~~dretgira da~~ **Dretgira superiura**
~~cumpromiss~~**1. cumposiziun (Titel midà)**

[1] ~~Il plenum da la dretgira administrativa elegia~~ **La Dretgira superiura furma ina partiziun speziala per dispitas, per** las ~~commembras ed ils commembers dal post da mediaziun e designescha~~ **qualas** il ~~presidi da~~ **dretg federal d'assicuranza sociala prevesa ina procedura davant** la dretgira da cumpromiss ~~e sia substituziun or da sias commembras ed or da ses commembers~~.

[2] La ~~perioda d'uffizi correspunda a quella~~ **partiziun** da ~~las commembras e dals commembers~~ **cumpromiss** da la ~~dretgira administrativa.~~ **Dretgira superiura sa cumpona:**

a) **(nov)** d'ina commembra u d'in commember da la Dretgira superiura (presidi);
b) **(nov)** da duas commembras u commembers, dals quals ina u in represchenta las assicuranzas e l'autra u l'auter las instituziuns che furneschan prestaziuns; ellas ed els vegnan designads da las partidas en il cas singul.

[3] *abolì*

Art. 5 al. 2 (midà)

2. commembras e commembers ~~da la dretgira da cumpromiss~~**designads (Titel midà)**

[2] Sch'ina partida n'ha betg designà sia represchentanza en la ~~dretgira~~**partiziun** da cumpromiss entaifer il termin ~~ch'è vegnì~~ fixà ~~da~~**, fixescha** la parsura u ~~dal~~**il** parsura~~, fixescha~~ **da** la ~~parsura u il parsura~~ **partiziun da cumpromiss** da la ~~dretgira administrativa la~~**Dretgira superiura questa** represchentanza, e quai suenter avair tadlà la partida respectiva.

Art. 6 al. 2 (midà)

[2] La parsura u il parsura da la ~~dretgira administrativa~~**partiziun da cumpromiss da la Dretgira superiura** giuditgescha sco suletta instanza chantunala objecziuns da recusaziun dispitaivlas.

Art. 7 al. 1 (midà), al. 2 (midà), al. 2bis (nov), al. 3 (midà)

1 ~~L'indemnisaziun da las~~ **Las** commembras ~~e dals~~**ed ils** commembers ~~dal post~~**da l'Autoritad** da mediaziun ~~sa drizza tenor ils custs effectivs ed importa 75 pertschient da~~ **per dumondas da l'assicuranza sociala vegnan indemnisads per lur custs giustifitgads tenor** la tariffa d'onurari che ~~vegn recumandada da~~ **vala per** la ~~federaziun grischuna d'advocatas~~ **represchentanza gratuita** e ~~d'advocats~~**per la defensiun uffiziala**.

2 ~~Per sesidas e per il studi d'actas survegnan las~~ **Las** commembras ed ils commembers **designads** da la ~~dretgira~~**partiziun** da cumpromiss ~~ina diaria che na dastga betg sutpassar la summa~~ da ~~300 francs e betg surpassar~~ la ~~summa da 500 francs.~~**Dretgira superiura vegnan indemnisads per l'activitad giudiziala en furma:**

a) **(nov)** d'ina diaria;
b) **(nov)** d'ina indemnisaziun da cooperaziun, sch'ellas ed els èn participads ad ina decisiun circulara.

2bis Il dretg d'indemnisaziun resulta tras l'attribuziun d'ina fatschenta. Sch'ina fatschenta croda davent u sch'ina commembra u in commember na po betg cooperar per motivs persunals, sto l'indemnisaziun vegnir reducida.

3 La ~~dretgira administrativa regla~~ **Dretgira superiura fixescha l'autezza da la diaria e da l'indemnisaziun da cooperaziun sco er** ils **ulteriurs** detagls en in'ordinaziun~~ed adatta periodicamain la diaria a la charaschia~~.

Art. 8

abolì

Art. 9 al. 1 (midà)

1 La procedura da mediaziun vegn introducida cun inoltrar ina dumonda da mediaziun en scrit ~~al post~~**a l'Autoritad** da mediaziun **per dumondas da l'assicuranza sociala**.

Art. 11 al. 1 (midà)

1 ~~Il post~~ **L'Autoritad** da mediaziun **per dumondas da l'assicuranza sociala** infurmescha la parsura u il parsura da la ~~dretgira~~**partiziun** da cumpromiss **da la Dretgira superiura** tras ~~l'extract~~**in extract** dal protocol che la procedura da mediaziun haja fatg naufragi.

Art. 11a (nov)

4. custs da procedura e giurisdicziun gratuita

1 La procedura da mediaziun n'è betg gratuita.

2 Ils custs, l'indemnisaziun da las partidas e la giurisdicziun gratuita sa drizzan tenor las disposiziuns da la Lescha davart la giurisdicziun administrativa[1)].

1) DG 370.100

[3] Cumpetenta per conceder la giurisdicziun gratuita è la partiziun da cumpromiss da la Dretgira superiura. La giurisdicziun gratuita po vegnir dumandada il pli baud cun l'introducziun da la procedura da mediaziun.

Art. 12 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

~~Dretgira~~**Procedura** da cumpromiss
1. termin per purtar plant **(Titel midà)**

[1] Per la partida che ha appellà sco emprima ~~il post~~ **l'Autoritad** da mediaziun **per dumondas da l'assicuranza sociala** fixescha la parsura u il parsura da la ~~dretgira~~ **partiziun** da cumpromiss **da la Dretgira superiura** in termin da 30 dis per inoltrar il plant~~. Quest~~**; quest** termin po vegnir prolungà ina giada.

[2] Sch'ina instanza da mediaziun, ch'è vegnida engaschada tras in contract, è stada en funcziun, sto il plant vegnir inoltrà en scrit a la ~~dretgira da cumpromiss~~**Dretgira superiura**, e quai entaifer 30 dis dapi la communicaziun dal naufragi da la tractativa da mediaziun.

Art. 13 al. 1 (midà), **al. 2 (nov)**

[1] Uschenavant che questa lescha na cuntegna naginas prescripziuns, ~~vegnan applitgadas las disposiziuns davart~~ **èn applitgabels l'artitgel 56 fin l'artitgel 61 da** la ~~procedura da plant davant~~ **Lescha federala davart** la ~~dretgira administrativa~~**part generala dal dretg d'assicuranza sociala**[1)].

[2] Cumplementarmain èn applitgablas las disposiziuns davart la procedura da plant giudizial administrativ davant la Dretgira superiura.

Art. 14

abolì

Art. 15 al. 2 (nov), **al. 3 (nov)**

[2] Las cumpetenzas, las valurs da facultad e las obligaziuns da la dretgira da cumpromiss vegnan transferidas – cun l'entrada en vigur da la midada da questa lescha – senza indemnisaziun a la Dretgira superiura.

[3] Proceduras ch'èn pendentas davant la dretgira da cumpromiss il mument che la midada da questa lescha entra en vigur, vegnan surdadas a la Dretgira superiura, cura ch'il dretg nov entra en vigur.

21.
Il relasch "Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (lescha da scola)" DG 421.000 (versiun dals 01-03-2021) vegn midà sco suonda:

[1)] CS 830.1

Art. 95 al. 3 (midà), al. 4 (midà)

[3] Cunter decisiuns d'assegnaziun negativas e cunter disposiziuns che concernan la nunpromoziun respectivamain la promoziun poi vegnir fatg recurs tar l'uffizi entaifer 10 dis. L'uffizi po prevair ina procedura speziala per giuditgar ils recurs. Cunter decisiuns da l'uffizi poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 10 dis.

[4] Cunter disposiziuns da l'uffizi che concernan l'ordinaziun e l'aboliziun da mesiras da la pedagogia speziala en il sectur pretensius poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 10 dis.

22.

Il relasch "Lescha davart las scolas autas e la perscrutaziun (LSAP)" DG 427.200 (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 31 al. 1 (midà)

[1] Suenter che la procedura da meds legals entaifer la scola è exaurida, poi vegnir fatg recurs cunter las suandantas decisiuns da las scolas autas che vegnan purtadas dal chantun entaifer 10 dis tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**:

Enumeraziun senza midadas.

23.

Il relasch "Lescha da linguas dal chantun Grischun (LLing)" DG 492.100 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 3 al. 4 (midà), al. 5 (midà)

[4] En la correspundenza dovran las autoritads chantunalas, la ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura**, la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** e la ~~dretgira~~ **Dretgira** da mesiras repressivas las linguas uffizialas en lur furmas da standard.

[5] La furma rumantscha da standard da las autoritads chantunalas, da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**, da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** e da la ~~dretgira~~**Dretgira** da mesiras repressivas è rumantsch grischun. Persunas da lingua rumantscha pon sa drizzar al chantun en ils idioms u en rumantsch grischun.

Art. 8 al. 1 (midà)

2. ~~dretgira chantunala, dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura, Dretgira da giustia** e ~~dretgira~~**Dretgira** da mesiras repressivas **(Titel midà)**

[1] ~~Davant~~ **En proceduras davant** la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**, davant la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** e davant la ~~dretgira~~**Dretgira** da mesiras repressivas pon las partidas duvrar ina lingua chantunala uffiziala da lur tscherna per lur scrittiras giuridicas e per lur inoltraziuns.

Art. 10a al. 1 (midà)

[1] Sch'ina autoritad da mediaziun è cumpetenta per l'entir chantun, vegnan applitgadas las disposiziuns davart la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**, davart la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** e davart la ~~dretgira~~**Dretgira** da mesiras repressivas.

24.
Il relasch "Lescha davart la protecziun da la natira e da la patria en il chantun Grischun (lescha chantunala davart la protecziun da la natira e da la patria, LNPGR)" DG 496.000 (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 42 al. 2 (midà)

[2] Cunter las disposiziuns dals posts spezialisads che stattan en connex cun ina permissiun da construcziun poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

25.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart ils medicaments ed ils products medicinals (lescha introductiva tar la lescha davart ils products terapeutics, LItLPTer)" DG 500.500 (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 29a al. 1 (midà)

[1] Cunter decisiuns da la ~~cumissiun~~**Cumissiun** chantunala d'etica nominada da la ~~regenza~~**Regenza** poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

26.
Il relasch "Lescha davart ils servetschs psichiatrics dal Grischun" DG 500.900 (versiun dals 01-01-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 12 al. 3 (midà)

[3] Igl è mo admess da recurrer tar il cussegl d'administraziun cunter decisiuns da la direcziun concernent il dretg da persunal, sch'il recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** è exclus.

27.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha da lavur e tar la prevenziun d'accidents tenor la lescha davart l'assicuranza d'accidents" DG 530.100 (versiun dals 01-01-2011) vegn midà sco suonda:

Art. 9 al. 2 (midà)

[2] Cunter disposiziuns e cunter decisiuns dal departament po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la communicaziun tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

28.
Il relasch "Lescha davart l'appaschentaziun da dispitas collectivas da lavur" DG 538.100 (versiun dals 01-01-2011) vegn midà sco suonda:

Art. 14 al. 1 (midà)

[1] Cunter il cuntegn da la proposta da mediaziun na poi betg vegnir recurrì. Cunter disposiziuns da ~~l'uffizi~~**l'Uffizi** da mediaziun sco instanza d'intermediaziun poi, sch'ina violaziun da la lescha vegn fatga valair, vegnir recurrì tar la ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura**, e quai cun recurs tenor il ~~cudesch~~**Cudesch** da procedura civila[1)].

29.
Il relasch "Lescha davart l'assicuranza da malsauns e la reducziun da las premias (LARP)" DG 542.100 (versiun dals 01-01-2014) vegn midà sco suonda:

Art. 19 al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns da protesta da la cassa da cumpensaziun da la AVS poi vegnir fatg recurs en scrit tar la ~~dretgira administrativa dal chantun Grischun~~**Dretgira superiura**, e quai entaifer 30 dis dapi la communicaziun.

30.
Il relasch "Lescha davart las prestaziuns supplementaras chantunalas tar l'assicuranza da vegls, survivents ed invalids (lescha chantunala davart las prestaziuns supplementaras)" DG 544.300 (versiun dals 01-01-2012) vegn midà sco suonda:

Art. 19 al. 1 (midà)

[1] Cunter decisiuns da protesta da la cassa da cumpensaziun da la AVS po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la communicaziun da la decisiun da protesta, e quai tar la ~~dretgira administrativa dal chantun Grischun~~**Dretgira superiura**.

31.
Il relasch "Lescha davart il sustegn da persunas basegnusas (lescha chantunala da sustegn)" DG 546.250 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 13 al. 2 (midà)

[2] Davart dispitas che resultan da l'applicaziun da la ~~lescha~~**Lescha** da sustegn decida la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

---

1) CS 272

32.
Il relasch "Lescha davart ils supplements da famiglia (LSF)" DG 548.100 (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 22 al. 1 (midà)

[1] Cunter decisiuns da protesta da las cassas da cumpensaziun per famiglias poi vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la communicaziun da la decisiun da protesta tar la ~~dretgira administrativa dal chantun Grischun~~**Dretgira superiura**.

Art. 23 al. 2 (midà)

[2] Cunter la decisiun da la ~~regenza~~**Regenza** poi vegnir fatg recurs entaifer 30 dis dapi la communicaziun da la decisiun tar la ~~dretgira administrativa dal chantun Grischun~~ **Dretgira superiura**.

33.
Il relasch "Lescha davart contribuziuns da maternitad" DG 548.200 (versiun dals 01-08-2009) vegn midà sco suonda:

Art. 13 al. 1 (midà)

[1] Cunter disposiziuns ch'èn vegnidas relaschadas sin basa da questa lescha po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**, e quai entaifer 30 dis dapi la consegna.

34.
Il relasch "Lescha da polizia dal chantun Grischun (LPol)" DG 613.000 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 22d al. 3 (midà)

[3] Cunter decisiuns giudizialas poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**. Per la procedura valan las disposiziuns davart il recurs penal confurm al senn.

35.
Il relasch "Lescha introductiva tar la legislaziun federala davart las persunas estras e davart ils fatgs d'asil (LItLEA)" DG 618.100 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 21a al. 1 (midà)

[1] Cunter decisiuns da l'autoritad giudiziala poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**.

36.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart la taxa d'exemziun dal servetsch militar (LItLTES)" DG 620.100 (versiun dals 01-05-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 3 al. 1 (midà)

Dretgira ~~administrativa~~**superiura (Titel midà)**

[1] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** è cumpetenta per:

Enumeraziun senza midadas.

37.
Il relasch "Lescha da finanzas dal chantun Grischun (lescha da finanzas, LFC)" DG 710.100 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 21 al. 1

[1] Per credits singuls dal chantun n'è in credit posteriur plinavant betg necessari:

d) **(midà)** per spustaments da credits entaifer ils credits da renovaziun da las singulas categorias da vias sco er tranter contos da contribuziuns dal medem num dal quint economic e dal quint d'investiziun~~.~~**;**

e) **(nov)** per expensas indispensablas da las autoritads giudizialas e quasi-giudizialas che stattan en in connex direct cun la giurisdicziun.

Art. 39 al. 1 (midà), **al. 2 (abolì)**, **al. 3 (midà)**

~~Dretgira chantunala e dretgira administrativa~~**Autoritads giudizialas (Titel midà)**

[1] Areguard las cumpetenzas da decider davart ils credits han la ~~dretgira chantunala~~ **Dretgira superiura** e la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** il medem status sco la ~~regenza~~**Regenza**.

[2] *abolì*

[3] Uschenavant che quai è necessari per il sectur da la giustia, ~~pon~~**po** la ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** relaschar disposiziuns finanzialas divergentas tras ordinaziuns, suenter avair tadlà il ~~departament~~ **Departament** da finanzas e vischnancas sco er la ~~controlla~~**Controlla** da finanzas.

Art. 39a

abolì

38.
Il relasch "Lescha davart la surveglianza da las finanzas (LSFi)" DG 710.300 (versiun dals 01-01-2017) vegn midà sco suonda:

Art. 1 al. 1, **al. 2 (midà)**

[1] La controlla da finanzas è l'organ suprem da la surveglianza da las finanzas. Ella sustegna:

a) **(midà)** il ~~cussegl~~**Cussegl** grond e sia ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun exequind la surveglianza da las finanzas sur da l'administraziun, sur da la ~~dretgira chantunala e~~ **Dretgira superiura,** sur da la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia** sco er sur dals instituts autonoms da dretg public;

c) **(midà)** la ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** en connex cun ils aspects finanzials da la surveglianza da la giustia.

[2] La ~~controlla~~**Controlla** da finanzas è professiunalmain independenta ed è autonoma. En sia activitad da controlla è ella obligada mo a la constituziun ed a la lescha. Ella fixescha annualmain ses program da controlla ed al suttametta a la ~~cumissiun~~ **Cumissiun** da gestiun dal ~~cussegl~~**Cussegl** grond, a la ~~regenza~~**Regenza** ed – en extracts – a la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** ed a la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** per laschar prender enconuschientscha.

Art. 8 al. 2 (midà)

[2] Ella è en correspundenza directa cun la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun, cun la ~~regenza sco er~~ **Regenza,** cun la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e cun la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**. Questas instanzas envidan periodicamain **la manadra u** il manader da la ~~controlla~~**Controlla** da finanzas ad ina discussiun.

Art. 9 al. 2 (midà)

[2] Ella dat a la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun tut las infurmaziuns che servan per exequir la surveglianza suprema. Sin dumonda metta ella a disposiziun tut ils conclus da la ~~regenza~~**Regenza**, dals departaments ~~sco er~~**,** da la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** e da la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** che pertutgan la surveglianza dals credits tenor il preventiv e las finanzas dal chantun. Plinavant suttametta ella a la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun tut ils rapports da revisiun e la correspundenza respectiva e la trametta las decisiuns davart la liquidaziun da reclamaziuns e da propostas.

Art. 13 al. 1 (midà)

[1] Las cumissiuns d'inquisiziun parlamentaras, la ~~cumissiun~~**Cumissiun** da gestiun, la ~~regenza~~**Regenza**, ils departaments sco er la ~~dretgira chantunala e la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** pon dar incumbensas da controlla spezialas a la ~~controlla~~**Controlla** da finanzas e la pon consultar – sco organ consultativ – per dumondas da la surveglianza da las finanzas.

Art. 14 al. 2 (midà)

[2] Il rapport che po vegnir collià cun propostas, vegn tramess al post da servetsch chantunal cumpetent, a la dretgira regiunala cumpetenta, a l'autoritad da mediaziun cumpetenta, al departament cumpetent, a la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala, a la ~~dretgira chantunala u~~**Dretgira superiura,** a la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira da giustia** ed al ~~departament~~**Departament** da finanzas e vischnancas. En cas da mandats sco post da revisiun vegn il rapport tramess a l'organ cumpetent.

Art. 15 al. 2 (midà)

[2] Sche la ~~controlla~~**Controlla** da finanzas constatescha – exequind sia activitad da surveglianza – mancanzas da l'organisaziun, da la moda da lavurar u da l'engaschament da lavur che na pertutgan betg directamain las finanzas e la contabilitad, communitgescha ella quai en scrit al departament superiur, a la ~~chanzlia~~ **Chanzlia** chantunala, a la ~~dretgira chantunala u a la dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura** sco er al ~~departament~~**Departament** da finanzas e vischnancas. Ella po recumandar mesiras da meglieraziun.

Art. 16 al. 2

[2] Sch'ina contestaziun u sch'ina proposta na po betg vegnir liquidada entaifer il termin fixà u sche las contestaziuns e sche las propostas èn dispitaivlas, suttametta la controlla da finanzas la fatschenta per la decisiun definitiva:

b) **(midà)** a la cumissiun da surveglianza cumpetenta, per mauns dal ~~cussegl~~ **Cussegl** grond, en cas che pertutgan la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** u la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**;

c) **(midà)** a la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura**, en cas che pertutgan ina dretgira regiunala u in'autoritad da mediaziun.

Art. 18 al. 1 (midà)

[1] Sch'i dat indizis per in act chastiabel, annunzia la ~~controlla~~**Controlla** da finanzas quai al departament cumpetent, a la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala, a la ~~dretgira chantunala~~**Dretgira superiura** u a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira da giustia**. Las instanzas infurmadas procuran immediatamain per las mesiras dumandadas.

39.

Il relasch "Lescha da taglia per il chantun Grischun" DG 720.000 (versiun dals 01-01-2022) vegn midà sco suonda:

Art. 137a al. 1 (midà)

[1] Sche la protesta sa drizza cunter ina decisiun da taxaziun motivada detagliadamain, po ella vegnir transmessa – cun il consentiment dal protestader e da l'autoritad da taxaziun – sco recurs a la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 139 al. 1 (midà)

[1] Cunter decisiuns da protesta e cunter decisiuns davart relaschs da taglia po il pajataglia far recurs en scrit tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis dapi la consegna da la decisiun.

Art. 140 al. 2 (midà)

[2] En la procedura da recurs ha la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** las medemas cumpetenzas sco l'autoritad da taxaziun en la procedura da taxaziun. Ina tractativa a bucca ha lieu mo excepziunalmain.

Art. 142 al. 2 (midà)

[2] ~~L'administraziun~~**L'Administraziun** chantunala da taglia è cumpetenta per giuditgar la dumonda da revisiun da disposiziuns da taxaziun e da decisiuns da protesta; la revisiun da decisiuns da recurs è chaussa da la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 158 al. 3 (midà)

[3] La disposiziun da garanzia sto vegnir communitgada en scrit al pajataglia e po vegnir contestada cun in recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 166 al. 3 (midà)

[3] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** è la cumissiun da recurs en il senn da la ~~lescha~~**Lescha** federala davart la taglia anticipada[1)] respectivamain da la ~~lescha~~ **Lescha** federala davart la taglia federala directa[2)].

40.
Il relasch "Lescha davart las taglias communalas e davart las taglias da baselgia (LTCTB)" DG 720.200 (versiun dals 01-01-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 29 al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns da protesta e da recurs po la persuna ch'è obligada da pajar taglia far recurs en scrit tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis dapi la consegna.

41.
Il relasch "Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR)" DG 801.100 (versiun dals 01-04-2019) vegn midà sco suonda:

1) art. 35 al. 2 LTA
2) art. 104 al. 3 LTFD

Art. 87 al. 4 (midà)

[4] Sche l'autoritad EOZ dat la permissiun EOZ, vegn quella communitgada da l'autoritad communala da construcziun ensemen cun la permissiun da construcziun. En quest cas po la permissiun da construcziun vegnir contestada directamain tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**, e quai senza prender resguard sin eventuals meds legals communals.

Art. 100 al. 2 (midà)

[2] Sche permissiuns supplementaras vegnan publitgadas ensemen cun decisiuns, cun conclus u cun disposiziuns ch'èn suttamessas al recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**, vala il med legal dal recurs er per ~~ina eventualain~~**'eventuala** contestaziun da la permissiun supplementara.

Art. 102 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**

[1] Cunter decisiuns da la ~~regenza~~**Regenza** davart il relasch da plans chantunals d'utilisaziun e d'urdens da cumpensaziun, davart l'approvaziun d'urdens fundamentals communals sco er davart ils recurs da planisaziun po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

[2] Cunter decisiuns da la ~~regenza~~**Regenza** tenor ~~l'alinea 1~~**l'alinea 1** sco er cunter decisiuns davart il relasch dal ~~plan~~**Plan** directiv chantunal e davart l'approvaziun da plans directivs regiunals pon las vischnancas e las regiuns pertutgadas sco instituziuns ch'èn responsablas per la planisaziun locala respectivamain per la planisaziun regiunala far recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 103 al. 1 (midà)

[1] Disposiziuns d'autoritads chantunalas che sa basan sin questa lescha u sin relaschs che sa basan sin quella e cunter las qualas i na po betg vegnir ~~far~~**fatg** recurs tar la ~~regenza~~**Regenza** tenor ina regulaziun expressiva, èn suttamessas al recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 105 al. 2 (midà)

[2] Il dretg da recurs dal chantun tenor la ~~lescha~~**Lescha** federala davart la planisaziun dal territori[1)] ~~-~~ tutga a la ~~regenza~~**Regenza**. La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** dat la chaschun al departament da sa participar a proceduras concernent edifizis e stabiliments ordaifer las zonas da construcziun e concernent expropriaziuns materialas.

42.

Il relasch "Lescha d'expropriaziun dal chantun Grischun" DG 803.100 (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

[1)] CS 700

Art. 18

abolì

Art. 19 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**, **al. 4 (nov)**, **al. 5 (nov)**

Cumissiun d'expropriaziun

1. posiziun e cumposiziun (Titel midà)

[1] Per ~~tut ils cas d'expropriaziun che vegnan avant en in circul d'expropriaziun elegia la regenza per~~ **l'entir chantun exista** ina ~~perioda d'uffizi da 4 onns ina~~ cumissiun d'expropriaziun ~~da trais commembers e da dus suppleants. Il president vegn designà da la regenza. La cumissiun decida tgi che maina il protocol~~.

[2] ~~Per la recusaziun èn decisivas las disposiziuns~~ **La cumissiun d'expropriaziun sa cumpona d'ina presidenta u d'in president, d'ina vicepresidenta u d'in vicepresident sco er** da ~~la lescha davart la giurisdicziun administrativa~~**tschintg ulteriuras commembras ed ulteriurs commembers**.

[3] ~~Sche l'ovra cumpiglia plirs circuls d'expropriaziun, fixescha la regenza in'unica~~ **La** cumissiun d'expropriaziun **è independenta en la giurisdicziun ed è obligada mo al dretg**.

[4] La cumissiun d'expropriaziun po nominar in secretariat ed in actuariat. En reguard administrativ è ella integrada en la Dretgira superiura. Là dispona ella d'ina adressa da consegna.

[5] La Regenza fixescha la diaria per las commembras ed ils commembers da la cumissiun d'expropriaziun che lavuran en uffizi accessoric. Ella po divergiar da las tariffas previsas en l'artitgel 70 da la Lescha davart la relaziun da lavur da las collavuraturas e dals collavuraturs dal chantun Grischun[1)].

Art. 19a (nov)

2. elecziun

[1] Las commembras ed ils commembers da la cumissiun d'expropriaziun appartegnan a differentas gruppas professiunalas ed han las enconuschientschas tecnicas, linguisticas e localas ch'èn necessarias per ademplir las incumbensas.

[2] La Dretgira superiura elegia las commembras ed ils commembers da la cumissiun d'expropriaziun per ina durada da 4 onns. Elecziuns substitutivas durant la durada d'uffizi èn pussaivlas.

[3] La Dretgira superiura publitgescha uffizialmain las plazzas che ston vegnir occupadas, sche naginas commembras e nagins commembers da la cumissiun d'expropriaziun en uffizi na sa mettan a disposiziun per ina reelecziun.

[4] La cumposiziun da la cumissiun d'expropriaziun sto vegnir communitgada publicamain.

[1)] DG 170.400

Art. 20

~~Cumpetenza~~**3. cumpetenza (Titel midà)**

Art. 20a (nov)

4. cumposiziun

[1] La cumissiun d'expropriaziun decida per regla en ina cumposiziun da trais commembras e commembers. Il collegi giuditgant sa cumpona:

a) da la presidenta respectivamain dal president u da la vicepresidenta respectivamain dal vicepresident (presidi);
b) da duas ulteriuras commembras e commembers.

[2] Sche la cumissiun d'expropriaziun ha nominà in actuariat, cooperescha l'actuara u l'actuar a la procedura tenor las instrucziuns da la parsura u dal parsura. En il process da decisiun ha ella u el vusch consultativa.

Art. 21 al. 1 (midà), **al. 2 (midà)**, **al. 3 (midà)**

[1] La ~~dretgira administrativa surveglia las cumissiuns~~**Dretgira superiura ha la surveglianza da la cumissiun** d'expropriaziun.

[2] ~~Ella surveglia l'andament~~ **Envers la cumissiun d'expropriaziun ed envers sias commembras e ses commembers dispona ella dals medems instruments** da **surveglianza e dals medems meds auxiliars sco envers las autras autoritads giudizialas ed envers** lur ~~fatschentas en moda adattada~~ **commembras** e ~~po dar instrucziuns generalas ad ellas~~**commembers ch'èn suttamess a sia surveglianza directa**.

[3] Las disposiziuns da la ~~lescha~~**Lescha** davart l'organisaziun giudiziala[1)] concernent la surveglianza ~~da la giustia~~**giudiziala** vegnan applitgadas analogamain.

Art. 22 al. 1 (midà)

Dretgira ~~administrativa~~**superiura (Titel midà)**

[1] L'expropriant e l'exproprià pon – sch'i n'è betg fixà expressivamain insatge auter – far recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** cunter tut las decisiuns ~~en chaussa~~ **materialas** da la cumissiun d'expropriaziun.[2)]**.**

Art. 36 (nov)

Disposiziuns transitoricas concernent la reorganisaziun da las cumissiuns d'expropriaziun

[1] La perioda d'uffizi da las commembras e dals commembers da las cumissiuns d'expropriaziun finescha ils 31 da december 2024.

---

1) DG 173.000
2) Guardar art. 52 ss. LDA, DG 370.100

[2] Las cumpetenzas, las valurs da facultad e las obligaziuns da las cumissiuns d'expropriaziun tenor il dretg vegl vegnan transferidas – cun l'entrada en vigur da la midada da questa lescha – senza indemnisaziun a la cumissiun d'expropriaziun tenor il dretg nov.

[3] Proceduras ch'èn pendentas davant las cumissiuns d'expropriaziun tenor il dretg vegl il mument che la midada da questa lescha entra en vigur, vegnan surdadas a la cumissiun d'expropriaziun tenor il dretg nov, cura ch'il dretg nov entra en vigur.

43.
Il relasch "Lescha da perimeter dal chantun Grischun" DG 803.200 (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 9 al. 1 (midà)

[1] Cunter disposiziuns tenor l'artitgel 7 alinea 3 po vegnir recurrì tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis.

Art. 13 al. 2 (midà)

[2] Il conclus d'introducziun sto vegnir publitgà en moda adattada. A las proprietarias ed als proprietaris da bains immobigliars ed a las administraturas u als administraturs da cuminanzas da proprietaris en condomini sto el vegnir communitgà en scrit, cun il renviament ch'i possia vegnir fatg recurs cunter l'applicaziun da la procedura da perimeter sco tala e cunter la cunfinaziun dal territori da perimeter, e quai entaifer 30 dis tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 17 al. 3 (midà)

[3] Cunter la decisiun da protesta po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

44.
Il relasch "Lescha da submissiun (Lsub)" DG 803.300 (versiun dals 01-01-2014) vegn midà sco suonda:

Art. 25 al. 1 (midà)

[1] Cunter la disposiziun da l'incumbensader po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 28 al. 2 (midà)

[2] La ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** po dar, sin dumonda u d'uffizi, l'effect suspensiv, sch'il recurs para d'esser motivà suffizientamain e sche nagins interess predominants publics u privats na s'opponan.

Art. 29 al. 1 (midà), al. 2 (midà)

[1] Sch'il contract n'è betg anc concludì, alura po la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** concluder l'annullaziun da la disposiziun e decider sezza en chaussa u renviar quella a l'incumbensader cun u senza instrucziuns obligatoricas.

[2] Sch'il contract è gia concludì e sch'il recurs è motivà, alura constatescha la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** che la disposiziun è illegala.

Art. 30 al. 1 (midà)

[1] L'incumbensader stat bun per il donn ch'el ha chaschunà tras ina decisiun, da la quala l'illegalitad è vegnida constatada da la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

Art. 31 al. 3 (midà)

[3] Uschenavant ch'i na dat naginas autras regulaziuns a basa d'ina lescha speziala, po questa decisiun vegnir contestada cun in recurs entaifer 30 dis tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

45.
Il relasch "Lescha davart il dretg da las auas dal chantun Grischun (LDAG)" DG 810.100 (versiun dals 01-01-2013) vegn midà sco suonda:

Art. 56 al. 3 (midà)

[3] Cunter la decisiun d'approvaziun da la concessiun po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**. Il dretg da recurs cumpeta er a las vischnancas.

46.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart la protecziun da las auas (lescha chantunala davart la protecziun da las auas, LCPA)" DG 815.100 (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 36 al. 1 (midà)

[1] Cunter disposiziuns da vischnancas, da corporaziuns da vischnancas sco er dal post spezialisà che stattan en connex cun ina permissiun da construcziun poi vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis.

47.
Il relasch "Lescha introductiva tar la lescha federala davart la protecziun da l'ambient (lescha chantunala davart la protecziun da l'ambient, LCPAmb)" DG 820.100 (versiun dals 01-04-2020) vegn midà sco suonda:

Art. 53 al. 1 (midà)

[1] Cunter disposiziuns dal post spezialisà che stattan en connex cun ina permissiun da construcziun po vegnir fatg recurs entaifer 30 dis tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

48.
Il relasch "Lescha d'energia dal chantun Grischun (LEG)" DG 820.200 (versiun dals 01-01-2021) vegn midà sco suonda:

Art. 39 al. 3 (midà)

[3] Cas da dispita davart las cundiziuns da colliaziun da las producentas e dals producents independents tenor l'artitgel 7 da la ~~lescha~~**Lescha** federala d'energia[1)] en la versiun dals 26 da zercladur 1998[2)] vegnan decidids dal departament, cun resalva dal recurs tar la ~~dretgira administrativa.~~ **Dretgira superiura.**

49.
Il relasch "Lescha davart las valitaziuns uffizialas d'immobiglias (LVI)" DG 850.100 (versiun dals 01-01-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 20 al. 1 (midà)

[1] Cunter la decisiun da protesta da l'uffizi poi vegnir fatg recurs en scrit tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**, e quai entaifer 30 dis dapi sia communicaziun.

50.
Il relasch "Lescha per mantegnair e promover l'agricultura (lescha d'agricultura)" DG 910.000 (versiun dals 01-12-2012) vegn midà sco suonda:

Art. 29 al. 2 (midà)

[2] Cunter decisiuns e cunter disposiziuns dal departament po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**.

51.
Il relasch "Lescha da meglieraziun dal chantun Grischun" DG 915.100 (versiun dals 01-01-2016) vegn midà sco suonda:

Art. 6 al. 3 (midà)

[3] Cunter la decisiun dal departament pon ins far recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

---

1) CS 730.0
2) CULF 1999 197

Art. 18 al. 1 (midà)

[1] Il conclus da realisaziun e l'ordinaziun d'uffizi pon vegnir contestads cun in recurs directamain tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura**. Il recurs sto sa drizzar cunter la vischnanca ch'è responsabla per la realisaziun u – en cas da l'ordinaziun tras la ~~regenza~~**Regenza** – cunter il chantun.

Art. 37 al. 1 (midà)

[1] Las instanzas da meds legals èn las cumissiuns da stimaziun e la ~~dretgira administrativa chantunala~~**Dretgira superiura**.

Art. 43 al. 1 (midà)

[1] Cunter las decisiuns da la cumissiun da stimaziun pon tant ils proprietaris da bains immobigliars pertutgads sco er ils purtaders da l'interpresa far recurs tar la ~~dretgira administrativa~~**Dretgira superiura** entaifer 30 dis dapi la consegna.

Art. 44 al. 3 (midà)

[3] Cunter la decisiun da protesta po vegnir fatg recurs tar la ~~dretgira administrativa~~ **Dretgira superiura**.

Art. 44ter al. 1

[1] Legitimà da far protesta è:

c) **(midà)** las organisaziuns naziunalas da protecziun da l'ambient, sche ed uschenavant ch'ellas han er il dretg da far recurs **en chaussas** da dretg ~~administrativ~~**public** tar il ~~tribunal~~**Tribunal** federal.

52.

Il relasch "Lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC)" DG 150.100 (versiun dals 12-02-2018) vegn midà sco suonda:

Art. 19b al. 1 (midà), **al. 3 (midà)**

[1] ~~Fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun sto vegnir publitgà l'invit~~**L'invit** d'inoltrar propostas electoralas **sto vegnir publitgà**:

Enumeraziun senza midadas.

[3] ~~Per elecziuns chantunalas e regiunalas~~ **L'invit** vegn ~~l'invit~~ publitgà ~~en il fegl uffizial dal chantun, per elecziuns communalas en la moda usitada al lieu.~~**:**

a) **(nov)** per elecziuns chantunalas fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun en il Fegl uffizial chantunal;
b) **(nov)** per elecziuns da las dretgiras regiunalas fin il pli tard il 20avel glindesdi avant il di d'elecziun en il Fegl uffizial chantunal;
c) **(nov)** per elecziuns communalas fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun en la moda usitada al lieu.

Art. 19e al. 1 (midà)

[1] Las propostas electoralas ston arrivar ~~fin il pli tard il novavel glindesdi avant il di d'elecziun~~:

a) **(midà)** per elecziuns chantunalas **fin il pli tard il 9avel glindesdi avant il di d'elecziun** tar la ~~chanzlia~~**Chanzlia** chantunala;
c) **(midà)** per elecziuns da las dretgiras regiunalas **fin il pli tard il 14avel glindesdi avant il di d'elecziun** tar la cumissiun administrativa cumpetenta;
d) **(midà)** per elecziuns communalas **fin il pli tard il 9avel glindesdi avant il di d'elecziun** tar la chanzlia communala **cumpetenta**.

Art. 19f al. 5 (nov)

d) rectificaziun **e communicaziun (Titel midà)**

[5] La cumissiun administrativa da la dretgira regiunala cumpetenta communitgescha a la Dretgira superiura a temp las propostas electoralas inoltradas ed infurmescha la Dretgira superiura davart propostas electoralas betg admessas.

Art. 19g al. 1 (midà)

[1] Retratgas da propostas electoralas ston arrivar tar l'instanza d'inoltraziun fin il pli tard il ~~novavel~~**9avel** venderdi avant il di d'elecziun **en cas d'elecziuns chantunalas e communalas e fin il pli tard il 14avel venderdi avant il di d'elecziun en cas d'elecziuns da las dretgiras regiunalas**.

Art. 19m al. 1 (midà)

[1] In'elecziun taciturna ha lieu, sch'il dumber da persunas proponidas valaivlamain correspunda al dumber da sezs che stattan a disposiziun**, uschenavant che la Dretgira superiura n'è betg da l'avis ch'ina candidata u in candidat na saja betg adattà**. Cas cuntrari ha lieu in scrutini public.

III.

1.
Il relasch "Lescha davart l'organisaziun giudiziala (LOG)" DG 173.000 (versiun dals 01-07-2021) vegn abolì.

2.
Il relasch "Lescha davart ils salaris e davart la prevenziun professiunala da las commembras e dals commembers da la dretgira chantunala e da la dretgira administrativa (LSPD)" DG 173.050 (versiun dals 01-07-2021) vegn abolì.

IV.

Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ. Ella entra en vigur mo, sche la revisiun parziala da la Constituziun chantunala dals … vegn acceptada.

La Regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

Legge sull'organizzazione giudiziaria (LOG)

Del [Data]

Atti normativi interessati (numeri CSC)

Nuovo:	**173.000**
Modificato:	130.100 | 150.100 | 170.050 | 170.100 | 170.140 | 170.400 | 170.450 | 171.000 | 171.100 | 210.100 | 210.200 | 210.300 | 217.600 | 220.000 | 310.100 | 320.100 | 350.100 | 350.500 | 370.100 | 370.300 | 421.000 | 427.200 | 492.100 | 496.000 | 500.500 | 500.900 | 530.100 | 538.100 | 542.100 | 544.300 | 546.250 | 548.100 | 548.200 | 613.000 | 618.100 | 620.100 | 710.100 | 710.300 | 720.000 | 720.200 | 801.100 | 803.100 | 803.200 | 803.300 | 810.100 | 815.100 | 820.100 | 820.200 | 850.100 | 910.000 | 915.100
Abrogato:	173.000 | 173.050

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 1 della Costituzione cantonale[1)],
visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

1. Introduzione

Art. 1 Oggetto

[1] La presente legge disciplina l'organizzazione dei tribunali e delle autorità di conciliazione.

[1)] CSC 110.100

[2] Per la commissione di espropriazione e per le autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali essa vale soltanto se il diritto speciale non prevede nulla di diverso.

[3] Le competenze dei tribunali e delle autorità di conciliazione, le procedure, la capacità di stare in giudizio e la rappresentanza legale nonché disposizioni complementari alla presente legge sono oggetto della legislazione sulla giustizia civile, penale e amministrativa.

2. Disposizioni comuni

2.1. ORGANIZZAZIONE GENERALE

Art. 2 Sede

[1] Il Tribunale d'appello, l'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi e l'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi hanno la propria sede a Coira.

[2] I tribunali regionali, le giudicature di pace e le autorità di conciliazione in materia di locazione hanno la propria sede di regola nel capoluogo di regione o nel luogo stabilito dalla commissione amministrativa del tribunale regionale.

[3] Se le circostanze lo giustificano, le autorità giudiziarie possono svolgere le udienze in un luogo diverso dalla loro sede.

Art. 3 Costituzione e decisione

[1] Fatti salvi i poteri dell'organo di elezione, i tribunali si costituiscono da sé.

[2] Gli organi direttivi dei Tribunali procedono a votazioni ed elezioni a scrutinio aperto. Se un membro richiede una votazione o un'elezione a scrutinio segreto, la sua richiesta deve essere accolta. In caso di parità di voti, la decisione spetta al presidente; in caso di elezioni decide la sorte.

[3] I membri degli organi direttivi dei tribunali possono partecipare per via elettronica alle votazioni e alle elezioni. Il Tribunale d'appello disciplina i dettagli in un'ordinanza dopo aver sentito i tribunali regionali.

Art. 4 Accesso al registro centrale delle persone e degli oggetti

[1] Le autorità giudiziarie possono accedere ai dati di cui necessitano per adempiere i compiti loro attribuiti dalla legge.

[2] L'accesso ai dati può avvenire tramite una procedura di richiamo.

[3] Per il resto si applicano le disposizioni della legge sui registri degli abitanti e su altri registri delle persone e degli oggetti[1)].

[1)] CSC 171.200

Art. 5 Spese procedurali, pene pecuniarie e multe

[1] Per il loro lavoro, le autorità giudiziarie riscuotono spese procedurali dalle parti in conformità alle norme procedurali determinanti e ai regolamenti tariffari.

[2] Le pene pecuniarie e le multe inflitte dai tribunali spettano alla cassa del tribunale competente di prima istanza.

Art. 6 Finanze e contabilità

[1] Ogni tribunale gestisce le finanze e la contabilità secondo i principi del diritto cantonale sulla gestione finanziaria.

[2] Il preventivo e il conto annuale del Tribunale d'appello e dei tribunali regionali comprendono anche le entrate e le uscite delle autorità di conciliazione loro annesse.

[3] Il Tribunale d'appello disciplina in un'ordinanza la competenza decisionale relativa ai crediti e altri dettagli relativi alle finanze e alla contabilità dei tribunali regionali e delle autorità di conciliazione. Il Dipartimento competente per le finanze, il Controllo delle finanze, i tribunali regionali e le autorità di conciliazione devono essere previamente sentiti.

[4] In accordo con il Dipartimento competente per le finanze, il Tribunale d'appello può, dietro indennizzo, delegare compiti del settore finanze e contabilità all'Amministrazione delle finanze.

Art. 7 Collaboratori delle autorità giudiziarie

[1] Le autorità giudiziarie dispongono dei collaboratori di cui necessitano per sbrigare le pratiche garantendo elevata qualità e celerità.

[2] Il Tribunale d'appello chiede al Gran Consiglio i mezzi necessari per i collaboratori del Tribunale d'appello, del Tribunale della magistratura e delle altre autorità giudiziarie. Esso sente previamente le autorità interessate.

[3] Il Tribunale d'appello classifica gli impieghi dei collaboratori del Tribunale d'appello, del Tribunale della magistratura e delle altre autorità giudiziarie in classi di funzione secondo il diritto cantonale del personale. Prima di classificare gli impieghi, esso chiede la presa di posizione dell'Ufficio cantonale del personale e sente le autorità interessate.

[4] L'assunzione e il licenziamento dei collaboratori nonché l'esercizio dei diritti e dei doveri derivanti dal contratto di lavoro di diritto pubblico competono all'autorità giudiziaria per la quale i collaboratori sono attivi.

2.2. PROCEDIMENTI

Art. 8 Lingua processuale

[1] Le lingue processuali delle autorità giudiziarie si conformano alla legge sulle lingue del Cantone dei Grigioni[1)].

Art. 9 Direzione della procedura

[1] I presidenti o i giudici da essi designati dirigono le procedure in qualità di giudici dell'istruzione fino alla decisione finale e se necessario adottano decisioni provvisionali.

[2] Essi stralciano il procedimento perché considerato evaso se nel corso del procedimento viene meno l'interesse giuridicamente rilevante a una decisione, in particolare in seguito al ritiro, al riconoscimento o a una transazione.

Art. 10 Numero legale

[1] Le autorità giudiziarie possono deliberare e decidere validamente solo se sono al completo.

[2] Solo in caso di assenza o uscita dalla carica imprevista di singoli giudici, salvo che una parte chieda il completamento del tribunale, un collegio di cinque giudici può giudicare validamente se sono presenti almeno tre giudici e un collegio di tre giudici può giudicare validamente se sono presenti almeno due giudici.

Art. 11 Consegna del voto

[1] Ogni membro dell'autorità giudiziaria è obbligato a pronunciarsi per la decisione.

[2] Le autorità giudiziarie procedono con scrutinio aperto alle votazioni.

[3] In caso di parità di voti decide il presidente.

Art. 12 Decisioni per circolazione degli atti

[1] I tribunali possono decidere per circolazione degli atti.

[2] Le decisioni per circolazione degli atti richiedono l'unanimità. Ogni giudice può richiedere che si proceda a una deliberazione a voce.

Art. 13 Compilazione delle decisioni

[1] Le decisioni delle autorità di conciliazione sono firmate dal presidente.

[2] Le decisioni dei tribunali sono firmate dal presidente e dall'attuario. Nel rispetto delle direttive di diritto federale, il regolamento interno può prevedere una regolamentazione relativa alle firme diversa.

---

1) CSC 492.100

Art. 14 Attuariato

[1] Gli attuari partecipano a procedimenti giudiziari in conformità alle istruzioni impartite dal presidente. Essi hanno voto consultivo nel processo decisionale.

[2] Le autorità giudiziarie possono delegare ulteriori compiti agli attuari.

Art. 15 Segreto d'ufficio

[1] I fatti di cui i membri delle autorità giudiziarie nonché i loro collaboratori vengono a conoscenza nel quadro di un procedimento giudiziario o di conciliazione devono essere tenuti segreti.

[2] Il segreto d'ufficio vale anche per periti, interpreti nonché altre persone chiamate a consulto dalle autorità giudiziarie per procedimenti giudiziari o di conciliazione. Il presidente deve richiamare l'attenzione di queste persone riguardo all'obbligo di serbare il segreto e alle conseguenze in caso di violazione dello stesso.

[3] Le persone di cui al capoverso 1 e al capoverso 2 possono esprimersi in merito a fatti dei quali sono venuti a conoscenza nel corso di un procedimento giudiziario o di conciliazione oppure consegnare atti relativi a un tale procedimento soltanto se il Tribunale d'appello li ha liberati dal segreto d'ufficio. Sono fatti salvi obblighi di denuncia, di avviso e di collaborare dell'autorità nonché diritti di denuncia, di avviso e di collaborare dell'autorità.

2.3. CARATTERE PUBBLICO

Art. 16 Udienze in tribunale

[1] Le tempistiche e l'oggetto delle udienze in tribunale devono essere resi accessibili al pubblico in forma adeguata.

[2] Fatta eccezione per le deliberazioni, le udienze sono pubbliche.

[3] Il presidente esclude del tutto o in parte il pubblico dalle udienze se:

a) vigono disposizioni di legge divergenti;
b) ciò è necessario per motivi importanti, segnatamente a tutela dell'ordine e della morale pubblici oppure di un interesse degno di essere tutelato di una persona coinvolta.

[4] Sono vietate riprese in immagini e registrazioni audio delle udienze.

[5] Le parti e i rappresentanti legali devono presentarsi alle udienze in abbigliamento corretto, che rispetti la dignità del Tribunale.

Art. 17 Decisioni giudiziarie

[1] I tribunali rendono le loro decisioni accessibili al pubblico in forma adeguata.

[2] Di norma il Tribunale d'appello pubblica le proprie decisioni. Se in merito a questioni giuridiche di importanza fondamentale la decisione non è stata presa all'unanimità, il collegio giudicante può decidere di inserire l'opinione minoritaria motivata nell'allegato di una decisione.

Art. 18 Attività informativa

[1] Il Tribunale d'appello disciplina in un'ordinanza l'attività informativa delle autorità giudiziarie rivolta al pubblico.

[2] All'interno di questa ordinanza può disciplinare l'ammissione nonché i diritti e i doveri dei cronisti giudiziari e prevedere sanzioni in caso di infrazioni.

2.4. POSIZIONE DEI MEMBRI DELLE AUTORITÀ GIUDIZIARIE PER QUANTO RIGUARDA LE NORME RELATIVE ALL'IMPIEGO

Art. 19 Membri di autorità giudiziarie

[1] L'attività giudiziaria viene svolta dai membri a titolo principale e dai membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie.

[2] Sono membri a titolo principale delle autorità giudiziarie:

a) i giudici d'appello ordinari e straordinari;
b) i giudici regionali ordinari e straordinari attivi con una percentuale di impiego a tempo parziale o pieno definita in precedenza;
c) i giudici di pace.

[3] Sono membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie:

a) il presidente nonché altri giudici del Tribunale della magistratura e i rispettivi supplenti;
b) i giudici regionali attivi con una percentuale di impiego a tempo parziale dipendente dalla mole di lavoro;
c) i supplenti dei giudici di pace;
d) gli altri membri delle autorità di conciliazione in materia di locazione e i loro supplenti;
e) i membri delle autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi e i loro supplenti.

Art. 20 Giuramento o promessa solenne

[1] Prima di assumere la loro carica, i membri delle autorità giudiziarie giurano o promettono solennemente di adempiere in modo coscienzioso ai loro doveri.

[2] Prestano giuramento o promessa solenne:

a) il presidente del Tribunale d'appello dinanzi al Gran Consiglio;
b) il vicepresidente e gli altri giudici del Tribunale d'appello dinanzi al presidente del Tribunale d'appello;
c) il presidente del Tribunale della magistratura dinanzi al Gran Consiglio;
d) gli altri giudici del Tribunale della magistratura dinanzi al presidente del Tribunale della magistratura;
e) i presidenti dei tribunali regionali dinanzi al Tribunale d'appello (corte plenaria);

f) i giudici dei tribunali regionali dinanzi al presidente del rispettivo tribunale regionale;
g) i membri delle autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi nonché i loro supplenti dinanzi al presidente del Tribunale d'appello;
h) i membri delle giudicature di pace e delle autorità di conciliazione in materia di locazione nonché i loro supplenti dinanzi al presidente del tribunale regionale al quale sono annesse.

[3] Il giuramento e la promessa solenne hanno la seguente formula: "Lei, quale presidente (giudice, membro) eletto/a del (Tribunale d'appello, Tribunale della magistratura, tribunale regionale / autorità di conciliazione), giura innanzi a Dio (promette) di adempiere a tutti i doveri del suo ufficio secondo scienza e coscienza." "Lo giuro (prometto)."

Art. 21 Retribuzione
1. Giudici d'appello

[1] In caso di impiego a tempo pieno, lo stipendio annuo, inclusa la tredicesima mensilità, ammonta:
a) per il presidente al Tribunale d'appello al 107 per cento del massimo della classe di stipendio più elevata prevista dal diritto cantonale del personale;
b) per il vicepresidente e per gli altri membri della commissione amministrativa al 105 per cento del massimo della classe di stipendio più elevata prevista dal diritto cantonale del personale;
c) per i rimanenti giudici d'appello al 103 per cento del massimo della classe di stipendio più elevata prevista dal diritto cantonale del personale.

[2] Se un giudice d'appello è attivo a tempo parziale, lo stipendio viene versato in proporzione al grado di occupazione.

Art. 22 2. Altri membri a titolo principale di autorità giudiziarie

[1] Il Tribunale d'appello classifica gli impieghi degli altri membri a titolo principale delle autorità giudiziarie in classi di funzione secondo il diritto cantonale del personale. Prima di classificare gli impieghi, esso chiede la presa di posizione dell'Ufficio cantonale del personale.

[2] Lo stipendio degli altri membri a titolo principale delle autorità giudiziarie corrisponde al massimo della classe di funzione determinante.

[3] Se gli altri membri a titolo principale delle autorità giudiziarie sono attivi a tempo parziale, lo stipendio viene versato in proporzione al grado di occupazione.

Art. 23 3. Membri a titolo accessorio di autorità giudiziarie

[1] I membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie vengono retribuiti per la loro attività giudiziaria sotto forma di:
a) un'indennità giornaliera o una rimunerazione di partecipazione se sono coinvolti in una decisione per circolazione degli atti;
b) un supplemento, se dirigono il procedimento.

[2] Il diritto a retribuzione insorge con l'assegnazione di una pratica. Se una pratica viene meno o se un membro a titolo accessorio di un'autorità giudiziaria non può partecipare per ragioni personali, la retribuzione va ridotta.

[3] Il Tribunale d'appello stabilisce in un'ordinanza l'ammontare dell'indennità giornaliera, della rimunerazione di partecipazione e dei supplementi nonché gli ulteriori dettagli della retribuzione dei membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie. Esso può prevedere deroghe agli importi previsti dall'articolo 70 della legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Grigioni[1)].

Art. 24 Indennizzo
1. In caso di mancata rielezione

[1] Su richiesta dell'interessato, il Tribunale d'appello può concedere un indennizzo pari al massimo a dodici mensilità a un membro a titolo principale di un'autorità giudiziaria, se prima del compimento dei 65 anni egli non viene rieletto senza che vi siano motivi oggettivi.

[2] Al momento di prendere questa decisione il Tribunale d'appello tiene conto in particolare dell'età, della situazione professionale e personale del membro non rieletto, della durata della sua carica e delle circostanze che hanno condotto alla mancata rielezione.

[3] In sede di determinazione dell'indennizzo vanno considerati i redditi da attività lucrativa e i proventi da perdita di guadagno che il membro non rieletto dell'autorità giudiziaria percepisce nei dodici mesi seguenti l'uscita dalla carica.

[4] Il membro interessato e la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia hanno la facoltà di impugnare le decisioni concernenti l'indennizzo in caso di mancata rielezione dinanzi al Tribunale della magistratura entro 30 giorni dalla comunicazione.

Art. 25 2. In caso di dimissioni

[1] Su richiesta dell'interessato, l'autorità di vigilanza può concedere un indennizzo pari al massimo a sei mensilità a un membro a titolo principale di un'autorità giudiziaria che si dimette durante o dopo una mediazione avvenuta nel quadro di un procedimento di vigilanza gerarchica.

[2] L'indennizzo deve essere approvato dalla commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia, se esso viene stabilito da un tribunale.

[3] La decisione della commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia è sufficiente quale base per la spesa. Non è necessario un credito suppletivo.

Art. 26 Vacanze

[1] I membri a titolo principale delle autorità giudiziarie ricevono ogni anno una settimana di vacanze in più rispetto ai collaboratori cantonali dello stesso gruppo d'età.

---

1) CSC 170.400

[2] È permesso riportare all'anno civile seguente al massimo dieci giorni di vacanza.

[3] Una compensazione finanziaria per giorni di vacanza di cui non si è usufruito è esclusa.

Art. 27 Dimissioni

[1] I membri delle autorità giudiziarie possono dimettersi per iscritto dalla carica di giudice per la fine di ogni mese, nel rispetto di un termine di disdetta di sei mesi. Dimissioni parziali sono ammesse soltanto alle condizioni previste dalla presente legge.

[2] La dichiarazione di dimissioni deve essere indirizzata:

a) dai giudici del Tribunale d'appello nonché del Tribunale della magistratura alla commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia;
b) dai giudici dei tribunali regionali e dai membri delle autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi al Tribunale d'appello;
c) dai membri delle giudicature di pace e delle autorità di conciliazione in materia di locazione al rispettivo tribunale regionale.

Art. 28 Idoneità

[1] I membri delle autorità giudiziarie sono idonei a ricoprire la carica di giudice.

[2] I giudici a titolo principale sono in possesso di una formazione conclusa in diritto e di norma della patente di avvocato, i giudici di pace di una formazione conclusa in diritto e di norma hanno completato una formazione quali mediatori.

[3] In sede di elezione dei membri delle autorità giudiziarie occorre tenere debitamente conto delle lingue dei procedimenti della rispettiva autorità giudiziaria.

[4] Il Tribunale d'appello può emanare le necessarie disposizioni esecutive.

Art. 29 Perdita dell'idoneità

[1] Se nel corso del periodo di carica, a seguito di un danno alla salute fisica, mentale o psichica un membro di un'autorità giudiziaria perde del tutto o in parte la capacità di esercitare la carica di giudice, quest'ultima cessa:

a) in caso di incapacità legata al posto di lavoro, se per questa ragione il membro interessato non ha esercitato l'attività giudiziaria per dodici mesi;
b) negli altri casi, se il membro di un'autorità giudiziaria può rivendicare una rendita d'invalidità conformemente alla legge federale sull'assicurazione per l'invalidità[1)] che ha fatto valere tempestivamente, al più tardi tuttavia 24 mesi dopo l'inizio dell'inabilità totale o parziale al lavoro.

[1)] RS 831.20

Art. 30 Incompatibilità
1. Attività accessorie

[1] I membri delle autorità giudiziarie non sono autorizzati a esercitare alcuna attività accessoria che potrebbe pregiudicare l'esercizio dell'ufficio, l'indipendenza o la reputazione dell'autorità giudiziaria di cui fanno parte.

[2] I membri delle autorità giudiziarie non sono autorizzati in particolare:

a) a rappresentare persone dinanzi all'autorità giudiziaria di cui fanno parte;
b) a rappresentare persone in procedimenti che in caso di impugnazione devono essere giudicati dall'autorità giudiziaria di cui fanno parte;
c) a essere attivi per un'autorità le cui azioni o decisioni, in caso di controversia, devono essere giudicate dall'autorità giudiziaria di cui fanno parte. La legge può prevedere eccezioni.

[3] Inoltre i membri a titolo principale delle autorità giudiziarie non sono autorizzati in particolare:

a) a ricoprire un'altra carica o a esercitare un'altra attività lucrativa, se esercitano l'attività giudiziaria a tempo pieno. La legge può prevedere o autorizzare eccezioni;
b) a ricoprire un'altra carica o a esercitare un'altra attività lucrativa che sommata all'attività giudiziaria esercitata a tempo parziale supera un impiego a tempo pieno. La legge può prevedere o autorizzare eccezioni.

[4] Le attività accessorie sono soggette ad autorizzazione se:

a) celano la possibilità di un'incompatibilità;
b) si tratta di un'altra carica o di un'altra attività lucrativa che sommata alla carica di giudice supera un impiego a tempo pieno;
c) a tale scopo è necessario occupare del tempo lavorativo.

[5] Il Tribunale d'appello disciplina in un'ordinanza i dettagli relativi alle attività accessorie vietate e a quelle soggette ad autorizzazione nonché i dettagli relativi alla procedura di autorizzazione.

Art. 31 2. Personale

[1] Non possono fare parte contemporaneamente quali membri della stessa autorità giudiziaria:

a) persone sposate tra loro;
b) parenti in linea diretta o fino al terzo grado di parentela in linea laterale;
c) affini in linea diretta o fino al terzo grado di affinità in linea laterale.

[2] I motivi di esclusione validi per i coniugati si applicano per analogia alle unioni domestiche registrate e alle convivenze di fatto.

[3] I motivi di esclusione continuano a sussistere dopo lo scioglimento del matrimonio, dell'unione domestica registrata o della convivenza di fatto.

[4] L'elezione è valida per la persona finora in carica o, in caso di nuova elezione contemporanea, per la persona che ha ottenuto il maggior numero di voti. In caso di elezione tacita, è la sorte a decidere in merito alla precedenza.

Art. 32 Durata del lavoro
1. Membri a titolo principale di autorità giudiziarie

[1] La durata del lavoro settimanale per i membri a titolo principale delle autorità giudiziarie ammonta in media annua a 42 ore in caso di impiego a tempo pieno.

[2] Se i membri a titolo principale delle autorità giudiziarie sono attivi a tempo parziale, la durata del lavoro si riduce in proporzione al grado di occupazione.

[3] I membri a titolo principale delle autorità giudiziarie sono esentati dalla registrazione del tempo di lavoro.

Art. 33 2. Membri a titolo accessorio di autorità giudiziarie

[1] La durata del lavoro dei membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie si conforma alla mole di lavoro.

[2] Essi sono tenuti a registrare il tempo di lavoro, se ciò è necessario per la retribuzione.

Art. 34 Obbligo di informare
1. Relazioni d'interesse

[1] Al momento di assumere il mandato i membri delle autorità giudiziarie informano il Tribunale d'appello in merito:

a) ad attività lucrative a titolo principale e accessorio;
b) ad attività in seno a organi direttivi e di vigilanza di corporazioni, istituti e fondazioni di diritto privato e pubblico;
c) a funzioni direttive e consultive permanenti di persone e gruppi di interesse;
d) alla partecipazione a commissioni e ad altri organi della Confederazione, dei Cantoni e dei comuni.

[2] All'inizio dell'anno di carica i membri delle autorità giudiziarie comunicano al Tribunale d'appello eventuali cambiamenti della loro situazione in relazione a una o più delle attività menzionate nel capoverso 1.

[3] Il Tribunale d'appello provvede al rispetto degli obblighi di comunicazione. Esso allestisce un registro dei legami di interesse e lo pubblica. È fatto salvo il segreto professionale.

Art. 35 2. Procedimenti penali

[1] I membri delle autorità giudiziarie sono tenuti a informare senza indugio l'autorità di vigilanza in merito a procedimenti penali avviati nel corso del periodo di carica e che potrebbero comportare un'iscrizione nel casellario giudiziale risultante nell'estratto per privati.

Art. 36 Domicilio

[1] I membri delle autorità giudiziarie prendono domicilio nel Cantone al più tardi al momento in cui assumono la carica.

Art. 37 Limite di età

[1] I membri a titolo principale delle autorità giudiziarie possono esercitare la carica di giudice al massimo fino alla fine dell'anno in cui compiono 68 anni.

[2] I membri a titolo accessorio delle autorità giudiziarie possono esercitare la carica di giudice al massimo fino alla fine dell'anno in cui compiono 70 anni.

Art. 38 Regolamentazioni complementari

[1] In assenza di disposizioni divergenti e se ciò è compatibile con l'indipendenza dei giudici, per il rapporto di impiego dei membri delle autorità giudiziarie fanno stato per analogia le regolamentazioni del diritto cantonale del personale.

3. Autorità giudiziarie

3.1. TRIBUNALE D'APPELLO

3.1.1. Organizzazione generale

Art. 39 Sezioni

[1] La Corte plenaria costituisce sezioni per l'attività giudiziaria. Essa può suddividerle in camere.

[2] La composizione delle sezioni e di eventuali camere deve essere resa nota pubblicamente.

Art. 40 Composizione

[1] Il Tribunale d'appello decide di regola nella composizione di tre giudici.

[2] In merito a questioni giuridiche di importanza fondamentale il Tribunale d'appello decide nella composizione di cinque giudici.

[3] Qualora un rimedio giuridico sia palesemente inammissibile o palesemente fondato o infondato, decide il presidente della camera con competenza di giudice unico.

[4] Su disposizione del presidente il Tribunale d'appello decide nella composizione di tre giudici in merito a questioni per le quali è prevista la competenza di giudice unico nonché nella composizione di cinque giudici in merito a questioni per le quali è prevista la composizione di tre giudici.

[5] Per determinati settori la legge può prevedere una composizione di cinque giudici o una competenza di giudice unico.

Art. 41 Supplenza

[1] I giudici sono obbligati a sostituire i giudici in altre sezioni.

[2] Se a seguito di motivi di impedimento o di ricusa il Tribunale d'appello non può riunirsi al completo, la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia designa i supplenti tra i giudici a titolo principale dei tribunali regionali che conducono procedimenti nelle stesse lingue del giudice da sostituire.

Art. 42 Amministrazione del tribunale
1. Corte plenaria

[1] La Corte plenaria è composta dai giudici ordinari.

[2] Le competono:

a) l'emanazione di ordinanze giudiziarie;
b) l'approvazione del preventivo, del conto annuale e del rapporto di gestione del Tribunale d'appello nonché delle autorità giudiziarie che si trovano sotto la sua vigilanza a destinazione del Gran Consiglio;
c) il varo di richieste a destinazione del Gran Consiglio con le quali si intende incaricare il Governo di elaborare progetti legislativi o costituzionali concernenti l'amministrazione della giustizia;
d) la costituzione delle sezioni e di eventuali camere;
e) la nomina dei presidenti delle sezioni e di eventuali camere nonché dei supplenti;
f) la nomina degli altri membri della commissione amministrativa e delle altre persone che devono essere nominate dal Tribunale d'appello;
g) il coordinamento della giurisprudenza tra le sezioni;
h) la richiesta di destituzione di giudici del Tribunale d'appello;
i) l'assunzione e il licenziamento dei collaboratori con impiego fisso;
j) l'emanazione di prese di posizione;
k) altri compiti assegnatile per legge o ordinanza.

[3] Le decisioni della Corte plenaria sono valide se alla seduta o alla procedura per circolazione degli atti partecipano almeno due terzi dei membri della Corte plenaria.

Art. 43 2. Commissione amministrativa

[1] La commissione amministrativa è composta dal presidente, dal vicepresidente e al massimo da tre altri giudici del Tribunale d'appello. Almeno un membro della commissione amministrativa è di madrelingua romancia o italiana.

[2] Gli altri membri della commissione amministrativa sono nominati per la durata di quattro anni ogni volta dopo le elezioni per il rinnovo tra i giudici ordinari. La nomina può essere riconfermata una volta.

[3] La commissione amministrativa svolge tutti i compiti di amministrazione della giustizia che non sono attribuiti a un altro organo. Le competono in particolare:

a) l'adozione di decisioni di vigilanza gerarchica nei confronti di giudici del Tribunale d'appello, se non è competente il Gran Consiglio;
b) la vigilanza e l'alta vigilanza sulle autorità giudiziarie nonché sui suoi membri, se non è competente la Corte plenaria e se nel regolamento interno questi compiti non sono delegati a un altro organo o alla presidenza;

c) l'adozione di decisioni relative al personale, se non è competente la Corte plenaria;
d) il diritto di contrarre impegni nel quadro del preventivo approvato, se nel regolamento interno questa competenza di spesa non è delegata alla presidenza o al segretario generale.

[4] Le decisioni della commissione amministrativa sono valide se alla seduta o alla procedura per circolazione degli atti partecipano almeno due terzi dei membri della commissione amministrativa.

Art. 44 3. Presidenza

[1] Il presidente:

a) rappresenta il Tribunale d'appello verso l'esterno;
b) detiene la presidenza in seno alla Corte plenaria e alla commissione amministrativa;
c) prepara le pratiche per la Corte plenaria e la commissione amministrativa;
d) attua le decisioni degli organi direttivi dei tribunali;
e) adempie altri compiti assegnatigli per legge o per ordinanza.

[2] In caso di impedimento del presidente, quest'ultimo viene rappresentato dal vicepresidente. A esso competono i compiti e le competenze del presidente.

Art. 45 Regolamento interno

[1] Il Tribunale d'appello disciplina la propria organizzazione e gestione in un regolamento interno.

3.1.2. Giudici

Art. 46 Organico

[1] Il Tribunale d'appello si compone di un presidente, di un vicepresidente e degli altri giudici a titolo principale necessari per evadere le pratiche garantendo elevata qualità e celerità. Il volume di impiego complessivo ammonta ad almeno undici equivalenti a tempo pieno.

[2] Prima di ogni elezione per il rinnovo, il Gran Consiglio stabilisce il volume di impiego complessivo. Esso non è vincolato al grado di occupazione minimo del 50 per cento.

[3] Se il Tribunale d'appello non è in grado di far fronte alla mole di lavoro ordinaria con il volume di impiego complessivo stabilito in occasione delle elezioni per il rinnovo, il Gran Consiglio aumenta la dotazione nella misura necessaria.

[4] Se un giudice d'appello si ritira o non si ripresenta per una rielezione, il Gran Consiglio verifica se sia possibile rinunciare del tutto o in parte a una nuova occupazione della carica.

Art. 47 Numero e grado di occupazione

[1] Prima dell'elezione, su proposta del Tribunale d'appello il Gran Consiglio stabilisce il numero di giudici d'appello e il loro grado di occupazione.

[2] Possono essere elette a presidente e a vicepresidente soltanto persone che esercitano la carica di giudice con un grado di occupazione pari almeno all'80 per cento. Gli altri giudici d'appello sono attivi con un grado di occupazione pari almeno al 50 per cento, per quanto la legge non preveda altrimenti.

[3] Dopo aver sentito il Tribunale d'appello, il Gran Consiglio può suddividere i posti per i quali non si ripresenta alcun giudice in carica in posti a tempo parziale con un grado di occupazione pari almeno al 50 per cento. La procedura vale per analogia per le elezioni complementari e sostitutive nonché per le dimissioni parziali.

Art. 48 Modifica del grado di occupazione a seguito di una nascita o di un'adozione

[1] I giudici del Tribunale d'appello che diventano genitori a seguito di una nascita o di un'adozione hanno diritto di ridurre il grado di occupazione in misura di al massimo il 20 per cento. Il grado di occupazione non può scendere al di sotto del 50 per cento.

[2] Il diritto alla riduzione deve essere fatto valere al più tardi entro sei mesi dalla costituzione del rapporto di filiazione.

[3] Se un giudice riduce il grado di occupazione, il Tribunale d'appello può aumentare in misura corrispondente il grado di occupazione di uno o più altri giudici, con il loro consenso.

[4] Se la percentuale di impiego che si libera a seguito della modifica del grado di occupazione non può essere coperta internamente al tribunale, il Gran Consiglio crea un nuovo posto di giudice e lo occupa.

[5] L'impiego in misura ridotta può essere iniziato appena un altro giudice ha esteso la propria attività o assunto la propria carica in misura corrispondente alla riduzione, tuttavia al più tardi il 1° giorno del mese successivo alla scadenza di un anno dalla costituzione del rapporto di filiazione.

Art. 49 Modifica del grado di occupazione durante il periodo di carica

[1] Durante il periodo di carica, con il consenso della persona interessata il Tribunale d'appello può modificare il grado di occupazione dei giudici d'appello al massimo fino al termine del periodo di carica. Il volume di impiego complessivo non può essere superato.

[2] Il Tribunale d'appello deve chiedere un'elezione complementare se a seguito della modifica del grado di occupazione di uno o più giudici si libera un posto con un grado di occupazione pari almeno al 50 per cento. La richiesta del Tribunale d'appello contiene le dichiarazioni di dimissioni parziali necessarie per la modifica dei gradi di occupazione.

[3] Se a seguito delle modifiche dei gradi di occupazione il volume di impiego complessivo cala in misura inferiore al 50 per cento, il Tribunale d'appello adotta le misure necessarie per poter continuare a garantire un'evasione delle pratiche di elevata qualità e celere. I costi per queste misure non possono essere superiori ai risparmi conseguiti dal Tribunale d'appello a seguito della modifica del grado di occupazione di uno o più giudici.

Art. 50 Procedura di elezione
1. Principio

[1] Il Gran Consiglio elegge il presidente, il vicepresidente nonché gli altri giudici del Tribunale d'appello in turni elettorali separati.

[2] È esclusa:

a) la rielezione diretta quale presidente, se egli ha esercitato questa funzione già per l'intero periodo di carica precedente;
b) l'elezione a vicepresidente del presidente in carica;
c) la rielezione diretta quale vicepresidente, se egli ha esercitato questa funzione già per l'intero periodo di carica precedente.

[3] La maggioranza da raggiungere per un'elezione viene calcolata secondo la legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni[1)]. Per il resto la procedura di elezione si conforma al Regolamento organico del Gran Consiglio[2)], nella misura in cui la presente legge non preveda nulla di diverso.

Art. 51 2. Elezione complementare e sostitutiva

[1] Se occorre occupare un nuovo posto o se non tutti i giudici in carica del Tribunale d'appello si presentano per la rielezione, la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia pubblica il posto.

[2] Nella pubblicazione viene indicata la frazione che dal punto di vista aritmetico può rivendicare il posto da occupare.

[3] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia esamina l'idoneità personale e professionale dei candidati. Essa può coinvolgere il Tribunale d'appello o altri organi.

[4] Se la commissione ritiene che un candidato sia inidoneo, comunica questo fatto al Gran Consiglio.

Art. 52 3. Rielezione

[1] I giudici del Tribunale d'appello comunicano alla commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia e al Tribunale d'appello il loro desiderio di modificare il proprio grado di occupazione in occasione di una rielezione un anno e mezzo prima della scadenza del periodo di carica.

1) CSC 150.100
2) CSC 170.140

[2] Il Tribunale d'appello informa la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia in merito ai procedimenti di vigilanza gerarchica che ha svolto o avviato nei confronti di giudici del Tribunale d'appello durante il periodo di carica.

[3] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia può verificare l'idoneità dei giudici del Tribunale d'appello che si presentano per la rielezione.

[4] Se la commissione intende classificare come inidoneo un giudice del Tribunale d'appello che si presenta per la rielezione, essa lo deve comunicare alla persona interessata tempestivamente prima della scadenza del periodo di carica e dare a questa persona e al Tribunale d'appello la possibilità di prendere posizione.

[5] Se ritiene inidoneo un giudice del Tribunale d'appello che si presenta per la rielezione, la commissione ne dà comunicazione al Gran Consiglio e trasmette per conoscenza a quest'ultimo le prese di posizione della persona interessata nonché del Tribunale d'appello.

[6] Le frazioni possono interrogare i giudici che si presentano per una rielezione in merito a questioni di amministrazione della giustizia, purché riguardino la loro idoneità.

Art. 53 Elezione di giudici straordinari
1. Circostanze straordinarie

[1] Giudici straordinari possono essere eletti:

a) per la durata dell'impedimento, se a seguito di un danno alla salute fisica, mentale o psichica oppure per altri motivi un giudice è impossibilitato a esercitare la propria carica presumibilmente per diversi mesi;
b) per al massimo due anni, se a seguito di un volume delle pratiche straordinariamente elevato il Tribunale d'appello non è più in grado di evadere controversie giuridiche entro un termine adeguato oppure se una tale situazione è incombente a seguito di un aumento straordinario del volume delle pratiche.

Art. 54 2. Presupposti personali e professionali

[1] Per i giudici straordinari non valgono le regolamentazioni relative all'incompatibilità personale, all'obbligo di domicilio, al limite d'età e alla composizione proporzionale secondo la consistenza numerica delle frazioni.

[2] I giudici dei tribunali regionali e delle autorità di conciliazione nonché gli attuari sono eleggibili a giudici straordinari.

[3] Per il resto, per i giudici straordinari valgono gli stessi presupposti personali e professionali validi per i giudici ordinari.

Art. 55 3. Competenza e procedura

[1] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia è responsabile in via definitiva dell'elezione di giudici straordinari.

[2] Con l'elezione supplementare essa stabilisce il numero di giudici straordinari, il loro tasso di occupazione e la durata del rapporto di lavoro. Non è necessario un credito suppletivo.

[3] La procedura di elezione supplementare può essere avviata su richiesta del Tribunale d'appello oppure d'ufficio.

[4] In caso di urgenza è possibile rinunciare a un bando di concorso pubblico se è garantito che il posto venga occupato da una persona in possesso delle qualità necessarie.

[5] Per il resto alla procedura di elezione supplementare si applicano per analogia l'articolo 50 capoverso 3 e l'articolo 51.

3.1.3. Attuariato

Art. 56 Effettivo e requisiti per l'assunzione

[1] Il Tribunale d'appello assume il numero necessario di attuari secondo le disposizioni cantonali di diritto del personale. Esso stabilisce il volume di lavoro.

[2] Può essere assunto come attuario chi dispone di una formazione conclusa in diritto e di regola di una patente d'avvocato.

Art. 57 Attività accessorie

[1] Gli attuari non possono esercitare un'attività accessoria che potrebbe pregiudicare l'esercizio della funzione, l'indipendenza o la reputazione del Tribunale d'appello.

[2] In particolare non sono autorizzati:

a) a rappresentare parti in procedimenti che devono essere giudicati da una sezione del Tribunale d'appello alla quale sono assegnati;
b) a rappresentare parti in procedimenti che in caso di impugnazione devono essere giudicati da una sezione del Tribunale d'appello alla quale sono assegnati;
c) a essere attivi per un'autorità le cui azioni o decisioni, in caso di controversia, devono essere giudicate da una sezione del Tribunale d'appello alla quale sono assegnati.

[3] Le attività lucrative indipendenti e dipendenti necessitano di un'autorizzazione del Tribunale d'appello.

[4] Le attività accessorie non retribuite devono essere notificate al Tribunale d'appello.

Art. 58 Attuari ad hoc

[1] Il presidente del Tribunale e i presidenti delle sezioni decidono se fare capo ad attuari ad hoc.

[2] Qualora il loro volume di impiego presso il Tribunale d'appello superi il 40 per cento, per quanto riguarda le attività accessorie per loro fanno stato le medesime disposizioni valide per gli attuari ordinari.

3.1.4. Segreteria generale

Art. 59 Compiti

[1] Il segretario generale è a capo dell'amministrazione del Tribunale d'appello. Esso è competente per le questioni relative al personale, alle finanze e alla contabilità nonché per l'infrastruttura del Tribunale d'appello.

[2] Il segretario generale prende parte con voto consultivo alle sedute della corte plenaria e della commissione amministrativa. Sotto la direzione del presidente, prepara le pratiche della corte plenaria e della commissione amministrativa e le attua insieme al presidente.

3.2. UFFICIO CANTONALE DEL GIUDICE DEI PROVVEDIMENTI COERCITIVI

Art. 60 Composizione e posizione

[1] L'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi è composto da un giudice unico nonché da due supplenti.

[2] L'ufficio del giudice dei provvedimenti coercitivi è autonomo nell'applicazione del diritto e vincolato unicamente al diritto.

[3] Dal profilo amministrativo esso è annesso al tribunale regionale. Lì esso dispone di un indirizzo di recapito, può utilizzare l'infrastruttura del tribunale regionale designato e fare capo ai collaboratori di quest'ultimo.

Art. 61 Designazione

[1] Il Gran Consiglio designa, per la durata di quattro anni, l'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi su proposta del Tribunale d'appello scegliendo tra i giudici a titolo principale dei tribunali regionali.

[2] La composizione dell'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi va notificata all'autorità di vigilanza e resa nota pubblicamente.

Art. 62 Supplenza

[1] Se a seguito di motivi di impedimento o di ricusa il giudice unico non può essere sostituito da un supplente, il Tribunale d'appello designa il supplente tra i giudici a titolo principale dei tribunali regionali che sono a capo di una camera penale e che non fanno parte dell'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi.

3.3. TRIBUNALE DELLA MAGISTRATURA

Art. 63 Composizione e posizione

[1] Il Tribunale della magistratura è composto da un presidente, da altri due giudici nonché da due supplenti.

[2] Il Tribunale della magistratura è autonomo nell'applicazione del diritto e vincolato unicamente al diritto.

[3] Esso può costituire una segreteria e un attuariato.

[4] Il Tribunale della magistratura stabilisce la propria sede nel regolamento interno. La sede deve trovarsi nel Cantone dei Grigioni.

[5] La sede e la composizione del Tribunale della magistratura devono essere rese note pubblicamente.

Art. 64 Presupposti personali e professionali

[1] I giudici del Tribunale della magistratura:

a) non possono fare parte di un'altra autorità giudiziaria del Cantone dei Grigioni;
b) non possono esercitare quali avvocati nel Cantone dei Grigioni.

[2] Per il resto per i giudici del Tribunale della magistratura valgono gli stessi presupposti personali e professionali validi per i giudici straordinari del Tribunale d'appello.

Art. 65 Elezione

[1] Il Gran Consiglio elegge il presidente, gli altri giudici e i supplenti del Tribunale della magistratura in turni elettorali separati.

[2] È possibile procedere a elezioni sostitutive durante il periodo di carica.

[3] Per la procedura di elezione si applicano per analogia l'articolo 50 fino all'articolo 52.

Art. 66 Composizione

[1] Il Tribunale della magistratura decide di regola nella composizione di tre giudici.

[2] Qualora un rimedio giuridico sia palesemente inammissibile o palesemente fondato o infondato, decide il presidente della camera con competenza di giudice unico.

Art. 67 Supplenza

[1] Se a seguito di motivi di impedimento o di ricusa il Tribunale della magistratura non può essere completato da un supplente eletto, la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia designa un supplente fino al passaggio in giudicato del corrispondente procedimento o fino al momento della prevista decadenza del motivo di impedimento.

[2] Il supplente deve soddisfare gli stessi presupposti personali e professionali del giudice da sostituire.

Art. 68 Amministrazione del tribunale

[1] Il presidente dirige il tribunale, ne controlla l'attività e rappresenta il tribunale verso l'esterno.

[2] Egli sottopone per approvazione al Gran Consiglio il preventivo nonché il conto annuale e il rapporto di gestione.

[3] In Gran Consiglio è il presidente del Tribunale d'appello a rispondere a domande relative al preventivo nonché al conto annuale e al rapporto di gestione del Tribunale della magistratura.

Art. 69 Regolamento interno

[1] Il Tribunale della magistratura disciplina la propria organizzazione e gestione in un regolamento interno.

3.4. TRIBUNALI REGIONALI

3.4.1. Organizzazione generale

Art. 70 Camere

[1] Ogni tribunale regionale costituisce una camera civile e una camera penale e rende pubblica la loro composizione.

Art. 71 Composizione

[1] I tribunali regionali decidono di regola nella composizione di tre giudici.

[2] In merito a questioni giuridiche di importanza fondamentale decidono nella composizione di cinque giudici.

[3] Qualora un'istanza sia palesemente inammissibile o palesemente infondata, decide il presidente della camera con competenza di giudice unico.

[4] Su disposizione del presidente i tribunali regionali decidono nella composizione di tre giudici in merito a questioni per le quali è prevista la competenza di giudice unico e nella composizione di cinque giudici in merito a questioni per le quali è prevista la composizione di tre giudici.

[5] Per determinati settori la legge può prevedere una composizione di cinque giudici o una competenza di giudice unico.

Art. 72 Supplenza

[1] I giudici sono tenuti a fungere da supplenti dei giudici dell'altra camera.

[2] Se a seguito di motivi di impedimento o di ricusa un tribunale regionale non può riunirsi al completo, il Tribunale d'appello può completarlo con giudici di un tribunale regionale confinante oppure dichiarare competente un altro tribunale regionale.

Art. 73 Amministrazione del tribunale
1. Corte plenaria

[1] La Corte plenaria del corrispondente tribunale regionale è composta dai giudici ordinari.

[2] Le competono:

a) la costituzione delle camere;
b) la nomina dei presidenti delle camere e dei supplenti;
c) la nomina dei vicepresidenti a titolo accessorio;
d) la nomina dell'altro membro della commissione amministrativa.

[3] Le decisioni della Corte plenaria sono valide se alla seduta o alla procedura per circolazione degli atti partecipano almeno due terzi dei membri della Corte plenaria.

Art. 74 2. Commissione amministrativa

[1] La commissione amministrativa è composta dal presidente, dal vicepresidente e da un altro membro.

[2] L'altro membro è nominato per la durata di quattro anni ogni volta dopo le elezioni per il rinnovo tra i giudici ordinari del corrispondente tribunale regionale. Sono possibili nomine sostitutive.

[3] Alla commissione amministrativa spettano:

a) l'emanazione del regolamento interno;
b) l'approvazione del preventivo e del conto annuale a destinazione del Tribunale d'appello;
c) il coordinamento della giurisprudenza tra le camere;
d) l'adozione di decisioni di vigilanza gerarchica nei confronti di giudici del tribunale regionale, per quanto non sia competente il Gran Consiglio;
e) la vigilanza sulla giudicatura di pace e sulle autorità di conciliazione in materia di locazione nonché sui loro membri, se nel regolamento interno questo compito non è stato delegato alla presidenza;
f) la nomina delle persone da nominare dal tribunale regionale, per quanto non sia competente la Corte plenaria;
g) l'assunzione e il licenziamento dei collaboratori con impiego fisso;
h) altri compiti assegnatile per legge od ordinanza.

[4] Le decisioni della commissione amministrativa sono valide se alla seduta o alla procedura per circolazione degli atti partecipano almeno due membri della commissione amministrativa.

Art. 75 3. Presidenza

[1] Il presidente svolge tutti i compiti di amministrazione della giustizia che non sono attribuiti a un altro organo.

[2] Al presidente competono in particolare:

a) la rappresentanza del tribunale regionale verso l'esterno;
b) la presidenza della commissione amministrativa;

c) la preparazione delle pratiche per la commissione amministrativa;
d) l'adozione di decisioni di diritto del personale, se non è competente la commissione amministrativa;
e) il diritto di contrarre impegni nel quadro del preventivo approvato;
f) l'attuazione di disposizioni di diritto di vigilanza del Tribunale d'appello;
g) l'attuazione delle decisioni della Corte plenaria, della commissione amministrativa nonché della presidenza.

[3] In caso di impedimento del presidente, quest'ultimo viene rappresentato dal vicepresidente. A esso competono i compiti e le competenze del presidente.

Art. 76 Attuariato

[1] Agli attuari è fatto divieto di fungere contemporaneamente da giudici a titolo accessorio presso lo stesso tribunale.

[2] Qualora il loro volume di impiego presso un tribunale regionale superi il 40 per cento, per quanto riguarda le attività accessorie per essi fanno stato le medesime disposizioni valide per gli attuari ordinari del Tribunale d'appello.

[3] Il presidente decide se fare capo ad attuari ad hoc.

Art. 77 Regolamento interno

[1] Ogni tribunale regionale disciplina in un regolamento interno la distribuzione delle pratiche tra le camere e la formazione dei collegi giudicanti.

[2] Il regolamento interno può contenere ulteriori norme relative all'organizzazione e alla gestione.

[3] Il regolamento interno deve essere approvato dal Tribunale d'appello.

3.4.2. Giudici

Art. 78 Organico

[1] I tribunali regionali sono composti dai giudici a titolo principale e a titolo accessorio necessari per evadere le pratiche garantendo elevata qualità e celerità.

[2] Di norma fanno parte di un tribunale regionale un presidente a titolo principale, un vicepresidente a titolo principale nonché otto giudici a titolo accessorio. Un tribunale regionale è composto almeno da un presidente a titolo principale, da un vicepresidente a titolo accessorio e da sette altri giudici a titolo accessorio.

[3] Prima di ogni elezione per il rinnovo, il Gran Consiglio stabilisce su richiesta del Tribunale d'appello il volume di impiego complessivo per ogni tribunale regionale.

[4] Se un tribunale regionale non è in grado di far fronte alla mole di lavoro ordinaria con il volume di impiego complessivo stabilito in occasione delle elezioni per il rinnovo, il Gran Consiglio aumenta la dotazione nella misura necessaria su richiesta del Tribunale d'appello.

[5] Se un giudice regionale a titolo principale si ritira o non si presenta per una rielezione, il Gran Consiglio verifica su richiesta del Tribunale d'appello se sia possibile rinunciare del tutto o in parte a una nuova occupazione della carica.

Art. 79 Numero e grado di occupazione

[1] Prima dell'elezione, su proposta del Tribunale d'appello il Gran Consiglio stabilisce il numero di giudici regionali a titolo principale e il loro grado di occupazione.

[2] Di norma possono essere elette a presidente del tribunale regionale soltanto persone che esercitano la carica di giudice con un grado di occupazione pari almeno all'80 per cento. Questo grado di occupazione minimo non vale per il presidente del tribunale regionale Bernina.

[3] Dopo aver sentito il Tribunale d'appello, il Gran Consiglio può suddividere i posti per i quali non si ripresenta alcun giudice in carica in posti a tempo parziale con un grado di occupazione pari almeno al 50 per cento. La procedura vale per analogia per le elezioni complementari e sostitutive nonché per le dimissioni parziali.

Art. 80 Modifica del grado di occupazione a seguito di una nascita o di un'adozione

[1] I giudici a titolo principale dei tribunali regionali che diventano genitori a seguito di una nascita o di un'adozione hanno diritto di ridurre il grado di occupazione in misura di al massimo il 20 per cento. Il grado di occupazione non può scendere al di sotto del 50 per cento.

[2] Il diritto alla riduzione deve essere fatto valere al più tardi entro sei mesi dalla costituzione del rapporto di filiazione.

[3] Se un giudice a titolo principale riduce il grado di occupazione, il tribunale regionale interessato può aumentare in misura corrispondente il grado di occupazione di uno o più dei suoi altri giudici a titolo principale, con il loro consenso.

[4] Se la percentuale di impiego che si libera a seguito della modifica del grado di occupazione non può essere coperta internamente al tribunale, il Gran Consiglio crea un nuovo posto di giudice e lo occupa.

[5] L'impiego in misura ridotta può essere iniziato appena un altro giudice ha esteso la propria attività o assunto la propria carica in misura corrispondente alla riduzione, tuttavia al più tardi il 1° giorno del mese successivo alla scadenza di un anno dalla costituzione del rapporto di filiazione.

Art. 81 Modifica del grado di occupazione durante il periodo di carica

[1] Durante il periodo di carica, con il consenso della persona interessata i tribunali regionali possono modificare il grado di occupazione dei giudici a titolo principale al massimo fino al termine del periodo di carica. Il volume di impiego complessivo non può essere modificato.

Art. 82 Procedura di elezione

[1] I giudici a titolo principale dei tribunali regionali comunicano al Tribunale d'appello e al tribunale regionale di cui fanno parte il loro desiderio di modificare il proprio grado di occupazione in occasione di una rielezione un anno e mezzo prima della scadenza del periodo di carica.

[2] Il Tribunale d'appello verifica l'idoneità dei candidati. Se ritiene inidonei i candidati ammessi all'elezione, lo comunica pubblicamente.

[3] Gli aventi diritto di voto della corrispondente regione eleggono in turni elettorali separati:

a) il presidente a titolo principale;
b) il vicepresidente a titolo principale;
c) i giudici a titolo principale;
d) gli altri giudici.

[4] I tribunali regionali nominano i vicepresidenti a titolo accessorio tra i giudici a titolo accessorio per la durata di quattro anni. Sono possibili nomine sostitutive.

Art. 83 Elezione di giudici straordinari
1. Circostanze straordinarie

[1] Giudici straordinari possono essere eletti:

a) per la durata dell'impedimento, se sussiste una situazione eccezionale ai sensi dell'articolo 53 capoverso 1 lettera a che un tribunale regionale non è in grado di gestire con i giudici a titolo principale e con i giudici a titolo accessorio;
b) per al massimo due anni, se sussiste una situazione eccezionale ai sensi dell'articolo 53 capoverso 1 lettera b che un tribunale regionale non è in grado di gestire con i giudici a titolo principale e con i giudici a titolo accessorio.

Art. 84 2. Presupposti personali e professionali

[1] Per i giudici straordinari non valgono le regolamentazioni relative all'incompatibilità personale, all'obbligo di domicilio e al limite d'età.

[2] I giudici del Tribunale d'appello, di altri tribunali regionali, i membri delle autorità di conciliazione nonché gli attuari sono eleggibili a giudici straordinari.

[3] Per il resto per i giudici straordinari valgono gli stessi presupposti personali e professionali validi per i giudici a titolo principale dei tribunali regionali.

Art. 85 3. Competenza e procedura

[1] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia è responsabile in via definitiva dell'elezione di giudici straordinari.

[2] Con l'elezione supplementare essa stabilisce il numero di giudici straordinari, il loro tasso di occupazione e la durata del rapporto di lavoro. Non è necessario un credito suppletivo.

[3] La procedura di elezione supplementare può essere avviata su richiesta del Tribunale d'appello oppure d'ufficio.

[4] In caso di urgenza è possibile rinunciare a un bando di concorso pubblico se è garantito che il posto venga occupato da una persona in possesso delle qualità necessarie.

[5] Per il resto alla procedura di elezione supplementare si applicano per analogia l'articolo 50 capoverso 3 e l'articolo 51.

4. Autorità di conciliazione

4.1. GIUDICATURA DI PACE

Art. 86 Numero e posizione

[1] Ogni regione dispone di una giudicatura di pace quale autorità di conciliazione.

[2] La giudicatura di pace è composta da un giudice di pace e da un supplente. I membri delle giudicature di pace possono essere attivi in diverse regioni.

[3] La giudicatura di pace è autonoma nell'applicazione del diritto e vincolata unicamente al diritto.

[4] Dal punto di vista amministrativo è annessa al tribunale regionale della rispettiva regione.

[5] Il Tribunale d'appello disciplina l'organizzazione e la gestione delle giudicature di pace in un'ordinanza.

Art. 87 Nomina

[1] Il tribunale regionale nomina un giudice di pace e un suo supplente per la durata di quattro anni.

[2] È possibile procedere a nomine sostitutive durante il periodo di carica.

[3] Il tribunale regionale pubblica i posti vacanti per quanto non si ripresentino membri in carica.

[4] La composizione della giudicatura di pace deve essere resa nota pubblicamente.

Art. 88 Supplenza

[1] Se a seguito di motivi di ricusa il giudice di pace non può essere sostituito dal supplente, il tribunale regionale designa il supplente tra i membri di una giudicatura di pace vicina.

[2] Se a seguito di motivi di impedimento il giudice di pace non può essere sostituito dal supplente, il tribunale regionale designa un altro supplente fino al momento della prevista decadenza del motivo di impedimento. L'articolo 37 non è applicabile. Per il resto per il supplente fanno stato le medesime regolamentazioni valide per il membro da sostituire.

4.2. AUTORITÀ DI CONCILIAZIONE IN MATERIA DI LOCAZIONE

Art. 89 Numero e posizione

[1] Per controversie relative alla locazione e all'affitto di locali abitativi e commerciali vi è un'autorità di conciliazione in ogni regione.

[2] L'autorità di conciliazione in materia di locazione è composta:

a) dal giudice di pace della rispettiva regione (presidente);
b) da un rappresentante ciascuno dei conduttori e dei locatori;
c) da un supplente ciascuno del rappresentante dei conduttori e del rappresentante dei locatori.

[3] L'autorità di conciliazione in materia di locazione è indipendente nella giurisprudenza ed è vincolata unicamente al diritto.

[4] Dal punto di vista amministrativo è annessa al tribunale regionale della rispettiva regione.

[5] Il Tribunale d'appello disciplina l'organizzazione e la gestione delle autorità di conciliazione in materia di locazione in un'ordinanza.

Art. 90 Nomina

[1] Il tribunale regionale nomina il rappresentante dei conduttori e quello dei locatori nonché i loro supplenti per la durata di quattro anni.

[2] È possibile procedere a nomine sostitutive durante il periodo di carica.

[3] Le organizzazioni di conduttori e di locatori presentano al tribunale regionale proposte per la nomina del proprio rappresentante. Se entro il termine stabilito non presentano proposte, il tribunale regionale designa le rappresentanze paritetiche.

[4] La composizione dell'autorità di conciliazione in materia di locazione deve essere resa nota pubblicamente.

Art. 91 Supplenza

[1] Se a seguito di motivi di ricusa l'autorità di conciliazione in materia di locazione non può essere completata da un supplente nominato, il tribunale regionale designa il supplente tra i membri di un'autorità di conciliazione in materia di locazione vicina.

[2] Se a seguito di motivi di impedimento l'autorità di conciliazione in materia di locazione non può essere completata da un supplente nominato, il tribunale regionale nomina un supplente fino al momento della prevista decadenza del motivo di impedimento e gli fa prestare giuramento. L'articolo 37 non è applicabile. Per il resto per il supplente fanno stato le medesime regolamentazioni valide per il membro da sostituire.

Art. 92 Servizio di consulenza

[1] L'autorità di conciliazione in materia di locazione delega l'attività di consulenza conformemente all'articolo 201 capoverso 2 del Codice di diritto processuale civile svizzero[1)] al presidente di un'autorità di conciliazione in materia di locazione vicina.

[2] Se nessuna delle persone di cui al capoverso 1 è disposta a rilevare questo compito, l'autorità di conciliazione in materia di locazione può delegare l'attività di consulenza a terzi oppure assumere qualcuno a tale scopo.

4.3. AUTORITÀ DI CONCILIAZIONE IN MATERIA DI PARITÀ DEI SESSI

Art. 93 Numero e posizione

[1] Per controversie secondo la legge sulla parità dei sessi esiste un'autorità cantonale di conciliazione.

[2] L'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi è composta:

a) da un presidente;
b) da un rappresentante ciascuno dei datori di lavoro e dei lavoratori;
c) da un supplente ciascuno del rappresentante dei datori di lavoro e del rappresentante dei lavoratori.

[3] L'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi è indipendente nella giurisprudenza ed è vincolata unicamente al diritto.

[4] Per le udienze di conciliazione l'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi può utilizzare i locali che sono a disposizione per le udienze di conciliazione delle giudicature di pace.

[5] Dal punto di vista amministrativo l'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi è annessa al Tribunale d'appello. Lì dispone di un indirizzo di recapito.

Art. 94 Nomina

[1] Il Tribunale d'appello nomina i membri dell'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi per la durata di quattro anni.

[2] Le organizzazioni dei datori di lavoro e dei lavoratori presentano al Tribunale d'appello proposte per la nomina del proprio rappresentante. Se entro il termine non presentano proposte, il Tribunale d'appello designa le rappresentanze paritetiche.

[3] La composizione dell'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi deve essere resa nota pubblicamente.

1) RS 272

Art. 95 Supplenza

[1] Se a seguito di motivi di impedimento o di ricusa l'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi non può essere completata da un supplente nominato, il Tribunale d'appello designa un supplente fino al passaggio in giudicato del corrispondente procedimento o fino al momento della prevista decadenza del motivo di impedimento e gli fa prestare giuramento.

[2] Il supplente deve soddisfare gli stessi presupposti personali e professionali del giudice da sostituire.

Art. 96 Servizio di consulenza

[1] L'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi delega l'attività di consulenza conformemente all'articolo 201 capoverso 2 del Codice di diritto processuale civile svizzero[1)] a terzi oppure assume qualcuno a tale scopo.

5. Vigilanza e alta vigilanza

5.1. DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 97 Oggetto della vigilanza

[1] La vigilanza sulle autorità giudiziarie si riferisce esclusivamente all'amministrazione della giustizia. Non è lecito dettare norme o dare istruzioni alle autorità giudiziarie in questioni relative alla giurisprudenza.

[2] La vigilanza assicura che le autorità giudiziarie agiscano in modo legittimo, opportuno ed economico nel settore dell'amministrazione della giustizia. Essa interviene d'ufficio o su ricorso in caso di situazioni irregolari.

Art. 98 Ricorso di vigilanza

[1] Chiunque può presentare ricorso di vigilanza all'autorità di vigilanza per violazioni dei doveri d'ufficio commesse da autorità giudiziarie o da loro membri, purché l'asserita violazione del diritto riguardi il settore dell'amministrazione della giustizia e non possa essere fatta valere mediante un rimedio giuridico.

[2] La procedura si conforma alla legge sulla giustizia amministrativa[2)].

Art. 99 Obblighi di collaborazione

[1] Le autorità giudiziarie sono tenute a rilasciare le informazioni necessarie all'autorità di vigilanza e allo specialista indipendente da essa incaricato, a concedere loro la presa in visione degli atti e l'accesso ai locali, se ciò è necessario per l'adempimento del loro compito.

---

1) RS 272
2) CSC 370.100

[2] I membri delle autorità giudiziarie sono tenuti a collaborare all'accertamento della fattispecie. L'obbligo di collaborare decade se collaborando un membro si esporrebbe ad addebiti penali.

5.2. VIGILANZA GERARCHICA

5.2.1. Strumenti di vigilanza gerarchica

Art. 100 Responsabilità disciplinare
1. Provvedimenti disciplinari

[1] Nei confronti di membri delle autorità giudiziarie i quali hanno violato per colpa propria il proprio dovere di servizio può essere adottato uno dei seguenti provvedimenti disciplinari:

a) ammonimento;
b) multa fino a 10 000 franchi;
c) destituzione.

[2] I provvedimenti disciplinari si conformano in particolare alla gravità della violazione dei doveri d'ufficio, alla colpa, ai motivi, al comportamento tenuto in precedenza nonché alla posizione e alla responsabilità del membro dell'autorità giudiziaria.

[3] Una destituzione può essere disposta soltanto se nel corso del periodo di carica un membro di un'autorità giudiziaria:

a) intenzionalmente o per negligenza grave, ha violato in modo grave i suoi doveri d'ufficio;
b) è stato condannato con sentenza definitiva per un crimine alla base del quale si trova un'azione incompatibile con l'attività giudiziaria.

Art. 101 2. Prescrizione

[1] Il perseguimento disciplinare si prescrive entro due anni dal momento in cui l'autorità di vigilanza ha avuto conoscenza dell'episodio da sanzionare in via disciplinare, in ogni caso tuttavia entro cinque anni da quando si è verificato il fatto da punire in via disciplinare.

[2] Se a seguito della fattispecie che si trova alla base del procedimento disciplinare viene avviato un procedimento penale, la prescrizione inizia a decorrere a partire dal passaggio in giudicato della decisione penale.

[3] Se una decisione di vigilanza gerarchica di prima istanza è stata pronunciata prima della scadenza della prescrizione dell'azione disciplinare, la prescrizione non interviene più.

Art. 102 Uscita dalla carica

[1] In caso di controversia, l'autorità di vigilanza accerta che un membro di un'autorità giudiziaria è uscito per legge dalla carica se:

a) si è dimesso in modo legalmente valido;
b) non è stato rieletto;
c) ha perso la capacità di esercitare la carica di giudice;
d) non ha più il diritto di voto;
e) ha eletto domicilio in un altro Cantone, purché il domicilio all'interno del Cantone costituisca un presupposto di eleggibilità;
f) ha raggiunto il limite d'età fino al quale può essere esercitata la carica di giudice;
g) assume una carica incompatibile con la carica di giudice, se questo atto è da considerarsi come rinuncia alla carica di giudice.

5.2.2. Competenza e procedura

Art. 103 Competenza
1. Gran Consiglio

[1] Il Gran Consiglio decide in merito alla destituzione di un giudice di un tribunale e in caso di controversia in merito all'uscita dalla carica per legge di un giudice di un tribunale.

[2] Nel quadro dei procedimenti di cui al capoverso 1 può disporre anche altri provvedimenti disciplinari nonché decidere in merito al momento della cessazione del rapporto di impiego e in merito ad altre pretese derivanti dalle norme relative all'impiego.

[3] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia decide in merito a indennizzi a seguito di dimissioni richiesti da giudici del Tribunale d'appello.

Art. 104 2. Tribunale d'appello

[1] Se non è competente il Gran Consiglio, il Tribunale d'appello decide in merito a questioni di vigilanza gerarchica nei confronti:
a) dei propri giudici;
b) dei giudici dei Tribunali regionali;
c) dei membri dell'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi.

Art. 105 3. Tribunale della magistratura

[1] Se non è competente il Gran Consiglio, il Tribunale della magistratura decide in merito a questioni di vigilanza gerarchica nei confronti dei propri giudici.

Art. 106 4. Tribunali regionali

[1] Se non è competente il Gran Consiglio, i tribunali regionali decidono in merito a questioni di vigilanza gerarchica nei confronti:
a) dei propri giudici, fatta eccezione per l'indennizzo in caso di dimissioni;
b) dei membri delle autorità di conciliazione soggetti alla loro vigilanza.

[2] Essi comunicano le proprie decisioni di vigilanza gerarchica al Tribunale d'appello.

Art. 107 Procedimenti

1. Procedimenti di vigilanza gerarchica dinanzi al Gran Consiglio

[1] I procedimenti di vigilanza gerarchica che devono essere condotti dal Gran Consiglio possono essere avviati:

a) su richiesta del Tribunale d'appello;
b) su richiesta di un giudice di un tribunale il quale ha l'intento di liberarsi dall'accusa di aver commesso una violazione dei doveri d'ufficio che può comportare una destituzione;
c) d'ufficio, in presenza di indizi fondati relativi alla violazione di doveri d'ufficio che potrebbe comportare una destituzione oppure se l'uscita dalla carica per legge è controversa.

[2] Per il resto ai procedimenti di vigilanza gerarchica che devono essere condotti dal Gran Consiglio si applicano per analogia le disposizioni concernenti la destituzione di membri del Gran Consiglio o del Governo.

Art. 108 2. Altri procedimenti di vigilanza gerarchica

[1] Gli altri procedimenti di vigilanza gerarchica possono essere avviati:

a) su richiesta della commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia;
b) su richiesta dell'autorità giudiziaria di cui fa parte la persona interessata;
c) su richiesta di un membro di un'autorità giudiziaria il quale ha l'intento di liberarsi dall'accusa di aver commesso una violazione dei doveri d'ufficio;
d) d'ufficio, in presenza di indizi fondati relativi alla violazione di un dovere d'ufficio.

[2] L'inchiesta disciplinare può essere affidata a specialisti indipendenti.

[3] Se la violazione di doveri d'ufficio è stata resa credibile e il funzionamento dell'autorità giudiziaria in questione è minacciato possono essere disposti provvedimenti cautelari.

[4] Se le autorità giudiziarie stesse non dispongono di competenze decisionali, nel procedimento che le interessa spetta loro qualità di parte.

[5] Se nei confronti di un membro di un'autorità giudiziaria è stato avviato un procedimento penale a seguito della fattispecie che si trova alla base del procedimento di vigilanza gerarchica, quest'ultimo deve essere sospeso. In casi eccezionali si può prescindere da una sospensione.

[6] I membri delle autorità giudiziarie possono essere obbligati a sottoporsi a una visita di un medico di fiducia.

[7] I procedimenti di vigilanza gerarchica sono gratuiti. In caso di temerarietà possono essere riscosse spese procedurali.

[8] Per il resto la procedura di vigilanza gerarchica e la successiva procedura di ricorso si conformano alla legge sulla giustizia amministrativa[1)].

[1)] CSC 370.100

Art. 109 3. Mediazione

[1] L'autorità di vigilanza può ricorrere a uno specialista neutrale in qualità di mediatore con l'obiettivo di giungere a un accordo.

[2] Il mediatore può assumere prove. Delle perizie possono essere richieste soltanto con il consenso dell'autorità di vigilanza.

[3] L'autorità di vigilanza inserisce l'accordo nella sua decisione, se esso è legittimo.

5.3. VIGILANZA ORGANICA

5.3.1. Strumenti della vigilanza organica

Art. 110 Controllo degli affari

[1] Le autorità giudiziarie procedono a un controllo continuo di tutti i procedimenti giudiziari avviati e delle loro modalità di evasione.

Art. 111 Obbligo di presentare rapporto

[1] Ogni anno le autorità giudiziarie presentano rapporto all'autorità di vigilanza in merito alla loro attività.

[2] Il rapporto di gestione dei tribunali regionali fa riferimento anche all'attività delle autorità di conciliazione soggette alla loro vigilanza. Il rapporto di gestione del Tribunale d'appello comprende tutte le autorità giudiziarie.

[3] I rapporti di gestione forniscono informazioni almeno in merito alla giurisprudenza e alla statistica dei casi.

Art. 112 Finanze e contabilità

[1] Il Tribunale d'appello esamina e approva il preventivo e il conto annuale dei tribunali regionali.

[2] Il Controllo cantonale delle finanze esamina a destinazione del Gran Consiglio il preventivo e il conto annuale del Tribunale d'appello nonché i preventivi e i conti annuali approvati dei tribunali regionali.

Art. 113 Ordini ed esecuzione sostitutiva

[1] L'autorità di vigilanza può dare ordine all'autorità giudiziaria soggetta a vigilanza di adempiere un compito.

[2] Se tale ordine viene disatteso, l'autorità di vigilanza può incaricare un'altra autorità giudiziaria o un terzo di adempiere il compito.

[3] Se non vi è pericolo nel ritardo, può comminare l'esecuzione sostitutiva all'autorità giudiziaria, concedendo un termine adeguato.

[4] L'autorità giudiziaria inadempiente si fa carico delle spese risultanti all'autorità di vigilanza dall'esecuzione sostitutiva.

Art. 114 Inchiesta amministrativa

[1] Con lo strumento dell'inchiesta amministrativa l'autorità di vigilanza può dare incarico a uno specialista indipendente di chiarire questioni relative all'amministrazione della giustizia che richiedono un intervento d'ufficio.

[2] La persona incaricata è vincolata soltanto alla legge e all'incarico.

[3] Essa può assumere prove. Può richiedere perizie soltanto con il consenso dell'autorità di vigilanza. Le assunzioni di prove si conformano alla legge sulla giustizia amministrativa[1)].

[4] La persona incarica riassume i risultati dell'inchiesta in un rapporto e formula proposte relative all'ulteriore procedura. Essa trasmette il rapporto corredato degli atti d'inchiesta all'autorità di vigilanza.

5.3.2. Enti responsabili della vigilanza e dell'alta vigilanza

Art. 115 Gran Consiglio

[1] Il Gran Consiglio esercita la vigilanza sul Tribunale d'appello e sul Tribunale della magistratura nonché l'alta vigilanza sulle altre autorità giudiziarie.

Art. 116 Tribunale d'appello

[1] Il Tribunale d'appello è l'organo di direzione e di condotta supremo interno alla giustizia.

[2] Esso esercita la vigilanza sui tribunali regionali, sull'ufficio cantonale del giudice dei provvedimenti coercitivi e sull'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi nonché l'alta vigilanza sulle autorità di conciliazione soggette alla vigilanza dei tribunali regionali.

Art. 117 Commissione amministrativa ampliata del Tribunale d'appello
1. Compiti

[1] La commissione amministrativa ampliata serve a favorire lo scambio di informazioni tra le autorità giudiziarie e a garantire un coinvolgimento sufficiente delle autorità giudiziarie sottoposte a vigilanza in questioni relative alla vigilanza sulla giustizia.

[2] Prima della decisione, il Tribunale d'appello deve presentare per deliberazione alla commissione amministrativa ampliata almeno le questioni di vigilanza sulla giustizia seguenti:

a) ordinanze del Tribunale d'appello concernenti questioni di vigilanza sulla giustizia;
b) strategie concernenti la vigilanza e il controlling;
c) istruzioni destinate a tutte o a determinate categorie di autorità giudiziarie;
d) misure di garanzia della qualità;

1) CSC 370.100

e) misure di perfezionamento professionale.

[3] La commissione amministrativa ampliata può licenziare prese di posizione a destinazione del Tribunale d'appello in merito alle questioni che le sono state sottoposte.

Art. 118 2. Composizione e decisione

[1] Fanno parte della commissione amministrativa ampliata i membri della commissione amministrativa del Tribunale d'appello e cinque giudici dei tribunali regionali.

[2] Dopo ogni elezione per il rinnovo dei tribunali regionali, i relativi presidenti nominano i cinque membri della commissione amministrativa ampliata per la durata di quattro anni tra i giudici ordinari a titolo principale dei tribunali regionali. Nel fare questo devono prestare attenzione a una rappresentanza adeguata dei tribunali regionali di piccole, medie e grandi dimensioni nonché alle peculiarità linguistiche e regionali. Sono possibili nomine sostitutive.

[3] La commissione amministrativa ampliata è presieduta dal presidente del Tribunale d'appello.

[4] Ogni membro della commissione amministrativa ampliata può chiedere al presidente la convocazione di una seduta o l'inserimento all'ordine del giorno di questioni di vigilanza sulla giustizia.

[5] La commissione amministrativa ampliata si riunisce almeno due volte all'anno.

[6] Le decisioni della commissione amministrativa ampliata sono valide se a una seduta partecipa almeno la maggioranza dei suoi membri.

Art. 119 3. Segretario generale

[1] Il segretario generale prende parte con voto consultivo alle sedute della commissione amministrativa ampliata.

[2] Egli prepara le pratiche della commissione amministrativa ampliata sotto la direzione del presidente.

Art. 120 Tribunali regionali

[1] I tribunali regionali esercitano la vigilanza sulle autorità di conciliazione loro annesse.

6. Disposizioni finali

Art. 121 Prima elezione dei giudici d'appello

[1] Il Gran Consiglio elegge per la prima volta il presidente, il vicepresidente nonché gli altri giudici del Tribunale d'appello in turni elettorali separati entro dicembre 2023. La carica viene assunta il 1° gennaio 2025.

[2] Per l'occupazione dei posti di giudice del Tribunale d'appello per i quali si presentano giudici in carica del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo fa stato per analogia l'articolo 52.

[3] Per l'occupazione dei posti di giudice del Tribunale d'appello per i quali non si presenta alcun giudice in carica del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo fa stato l'articolo 51.

[4] La maggioranza da raggiungere per un'elezione viene calcolata secondo la legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni[1)]. Per il resto la procedura di elezione si conforma al Regolamento organico del Gran Consiglio[2)], nella misura in cui la presente legge non preveda nulla di diverso.

Art. 122 Prima elezione dei giudici della magistratura

[1] Il Gran Consiglio elegge per la prima volta i giudici del Tribunale della magistratura entro giugno 2024. La carica viene assunta il 1° gennaio 2025.

Art. 123 Disposizioni transitorie

[1] I contratti di lavoro tra il Tribunale cantonale o il Tribunale amministrativo e i loro collaboratori in essere al momento dell'entrata in vigore della presente legge vanno rettificati entro sei mesi indicando il Tribunale d'appello quale nuovo datore di lavoro.

[2] I rimanenti poteri, i beni e le obbligazioni del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo passano senza indennizzo alcuno al Tribunale d'appello al momento dell'entrata in vigore della presente legge.

[3] L'idoneità dei membri delle autorità giudiziarie che si ripresentano per la rielezione si conforma alle regole vigenti al momento della prima elezione. Le rimanenti regolamentazioni concernenti la posizione dei membri delle autorità giudiziarie per quanto riguarda le norme relative all'impiego valgono a partire dall'entrata in vigore della presente legge.

[4] Se il termine di sei mesi per fare valere il diritto di ridurre il grado di occupazione a seguito di una nascita o di un'adozione non è già scaduto prima dell'entrata in vigore della presente legge, tale diritto può essere fatto valere al più tardi entro sei mesi dall'entrata in vigore della presente legge.

[5] I procedimenti che al momento dell'entrata in vigore della presente legge sono pendenti dinanzi al Tribunale cantonale o al Tribunale amministrativo vengono trasferiti al Tribunale d'appello con l'entrata in vigore della presente legge.

II.

1.
L'atto normativo "Legge sulla cittadinanza del Cantone dei Grigioni (LCCit)" CSC 130.100 (stato 1 luglio 2018) è modificato come segue:

[1)] CSC 150.100
[2)] CSC 170.140

Art. 26 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**

[2] Le decisioni del comune patriziale possono essere impugnate mediante ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[3] Le decisioni dell'Ufficio cantonale o del Dipartimento competente possono essere impugnate mediante ricorso amministrativo. Le decisioni del Governo possono essere impugnate mediante ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

2.

L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC 150.100 (stato 1 ottobre 2021) è modificato come segue:

Art. 19b cpv. 1 (modificato)

[1] La commissione amministrativa del tribunale regionale competente pubblica l'invito all'inoltro di proposte di candidatura nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo entro il ~~quattordicesimo~~**ventesimo** lunedì precedente il giorno dell'elezione.

Art. 19e cpv. 1 (modificato)

[1] Le proposte di candidatura devono pervenire al tribunale regionale competente entro ~~l'ottavo~~**il quattordicesimo** lunedì precedente il giorno dell'elezione.

Art. 19f cpv. 5 (nuovo)

d) ~~Correzione~~**Rettifica e comunicazione (titolo modificato)**

[5] La commissione amministrativa del tribunale regionale competente comunica al Tribunale d'appello le proposte di candidatura pervenute tempestivamente e informa il Tribunale d'appello in merito a proposte di candidatura non ammesse.

Art. 19h cpv. 1 (modificato)

[1] ~~Si procede a un'elezione~~ **Un'elezione è** tacita quando il numero delle persone validamente proposte corrisponde al numero di seggi da assegnare**, se il Tribunale d'appello non ritiene inidoneo nessun candidato**. In caso contrario si procede a un'elezione pubblica aperta.

Art. 49 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

Procedura

1. ~~Avvio, istruzione~~**Decreto d'avvio (titolo modificato)**

[1] Il Gran Consiglio avvia d'ufficio o su ~~denuncia una procedura~~**segnalazione un procedimento** di destituzione**,** se ~~viene a conoscenza~~**è dato un sospetto iniziale fondato relativo alla sussistenza** di un motivo di destituzione.

[2] ~~L'istruzione~~ **Va previamente sentito il membro interessato. Occorre procedere a ulteriori accertamenti nella misura in cui siano indispensabili per l'adozione** del decreto d'avvio~~, lo svolgimento dell'istruttoria e l'istruzione della decisione finale competono alla Commissione di giustizia e sicurezza~~.

Art. 50

Abrogato

Art. 51 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (nuovo)**

~~3~~**2**. Sospensione **(titolo modificato)**

[1] ~~Se vi sono indizi sufficienti per un motivo di destituzione ai sensi dell'articolo 48, il Gran Consiglio può decidere con la~~ **A** maggioranza di tre quarti dei membri**, il Gran Consiglio può decidere** una sospensione ~~cautelativa con o senza riduzione o soppressione del versamento del salario~~**se è stata resa credibile la sussistenza di un motivo di destituzione e se il funzionamento dell'autorità interessata è minacciato**.

[2] Questa disposizione può essere associata a una riduzione del salario fino alla metà dello stesso, se molto probabilmente un ritorno in carica può essere escluso e alla persona interessata viene consentito l'esercizio di un'attività lucrativa.

Art. 52 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (nuovo)**

~~4~~**3**. Decisione **finale (titolo modificato)**

[1] ~~Le decisioni vanno motivate e comunicate per iscritto agli interessati con un avvertimento circa i mezzi d'impugnazione~~**Il Gran Consiglio conclude il procedimento di destituzione disponendo una destituzione oppure abbandonando il procedimento di destituzione**.

[2] Se il quorum per la destituzione non viene raggiunto, il procedimento di destituzione è considerato abbandonato.

Art. 52a (nuovo)

4. Istruzione e presentazione della proposta

[1] La commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia dirige il procedimento di destituzione fino alla decisione finale quale autorità che si occupa dell'istruzione.

[2] Per la durata del procedimento di destituzione, la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia adotta le necessarie disposizioni provvisionali e determinanti il corso della procedura, nella misura in cui non sia competente il Gran Consiglio. Essa può chiedere una sospensione al Gran Consiglio.

[3] Se le prove necessarie sono state rilevate, in vista della prossima sessione la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia sottopone al Gran Consiglio rapporto e richiesta:

a) di avviare o di non avviare un procedimento di destituzione, se una tale richiesta non è palesemente infondata;
b) di disporre una destituzione o di abbandonare il procedimento di destituzione.

Art. 53 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (nuovo)**, **cpv. 3 (nuovo)**, **cpv. 4 (nuovo)**, **cpv. 5 (nuovo)**

5. ~~Rimedi giuridici~~**Regolamentazioni complementari (titolo modificato)**

[1] ~~Le decisioni~~**I membri** del Gran Consiglio ~~concernenti la sospensione~~ e ~~la destituzione~~**del Governo** possono ~~venire impugnate presso il Tribunale amministrativo entro 30 giorni dalla comunicazione~~**essere obbligati a sottoporsi a una visita da parte di un medico di fiducia**.

[2] Se la commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia sottopone delle richieste al Gran Consiglio, le frazioni possono sentire la persona interessata e altri membri dell'autorità interessata.

[3] I procedimenti di destituzione sono gratuiti. In caso di temerarietà possono essere riscosse spese procedurali.

[4] Le decisioni del Gran Consiglio nonché le decisioni provvisionali e determinanti il corso della procedura adottate dalla commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia che comportano uno svantaggio probabilmente irreparabile in futuro possono essere impugnate dinanzi al Tribunale d'appello.

[5] Per il resto per la procedura di destituzione fanno stato per analogia le disposizioni della legge sulla giustizia amministrativa[1)].

Art. 95 cpv. 4 (modificato)

[4] ~~È data la facoltà di presentare~~ **Può essere presentato** ricorso al Tribunale ~~amministrativo concernente~~**d'appello contro** le spiegazioni **di voto** del Gran Consiglio. Fatto salvo l'articolo 97, la procedura si conforma alla legge sulla giustizia amministrativa.

Art. 97 cpv. 1

[1] I ricorsi devono essere presentati entro tre giorni dalla rilevazione del motivo d'impugnazione, tuttavia non oltre il terzo giorno seguente la pubblicazione ufficiale dei risultati di un'elezione o votazione alle seguenti autorità:

b) **(modificata)** al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**: ricorsi conformemente all'articolo 95 capoverso 4.

Art. 102 cpv. 1 (modificato)

Impugnazione dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello (titolo modificato)**

[1] Le decisioni del Governo, del Gran Consiglio e della ~~Commissione~~**commissione** competente del Gran Consiglio, nonché delle autorità dei tribunali regionali, delle regioni e dei comuni sono soggette ~~al~~**a** ricorso ~~dinanzi al Tribunale amministrativo~~ per violazione dei diritti politici **dinanzi al Tribunale d'appello**.

3.

L'atto normativo "Legge sulla responsabilità dello Stato (LRS)" CSC 170.050 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

[1)] CSC 370.100

Art. 6 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 3 (nuovo)

Competenza e procedura

1. Tribunali civili (titolo modificato)

1 ~~Il Tribunale amministrativo giudica nella procedura d'azione i diritti risultanti~~ **Le pretese derivanti** dalla presente legge **che non si fondano sulla condotta del Tribunale d'appello o di persone che agiscono per esso vengono giudicate dal tribunale civile presso la sede dell'ente pubblico convenuto**.

2 ~~Le parti sono tenute ad esporre al Tribunale~~ **Con la propria istanza all'autorità di conciliazione, l'attore determina** la ~~fattispecie della vertenza. Il Tribunale pone alla base della sua procedura soltanto dati~~ **lingua ufficiale cantonale nella quale vengono condotti procedimenti contro il Cantone, contro suoi enti** di ~~fatto fatti valere tempestivamente.~~ **diritto pubblico o contro suoi istituti autonomi. Se la lingua del procedimento diverge dalla lingua ufficiale della regione, l'autorità competente può essere completata:**

a) **(nuova)** dal giudice di pace della Regione Plessur per il procedimento di conciliazione, dal presidente del tribunale regionale Plessur per il procedimento giudiziario, se il procedimento viene condotto in lingua tedesca;
b) **(nuova)** dal giudice di pace della Regione Surselva per il procedimento di conciliazione, dal presidente del tribunale regionale Surselva per il procedimento giudiziario, se il procedimento viene condotto in lingua romancia;
c) **(nuova)** dal giudice di pace della Regione Maloja per il procedimento di conciliazione, dal presidente del tribunale regionale Maloja per il procedimento giudiziario, se il procedimento viene condotto in lingua italiana.

3 Per il resto la procedura dinanzi all'autorità di conciliazione e dinanzi al tribunale regionale nonché l'impugnazione dinanzi al Tribunale d'appello si conformano al Codice di diritto processuale civile svizzero[1)].

Art. 6a (nuovo)

2. Tribunale della magistratura

1 Le pretese derivanti dalla presente legge che si fondano sul comportamento del Tribunale d'appello o di persone che agiscono per esso vengono giudicate dal Tribunale della magistratura.

2 Le parti devono esporre al Tribunale i fatti sui quali fondano le proprie richieste nelle memorie e indicare i mezzi di prova. Successivamente i fatti possono essere tenuti in considerazione soltanto alle condizioni previste dall'articolo 229 capoverso 1 e capoverso 2 del Codice di diritto processuale civile svizzero[2)].

3 Per il resto la procedura si conforma alla legge sulla giustizia amministrativa[3)].

1) RS 272
2) RS 272
3) CSC 370.100

Art. 9a (nuovo)

Competenza e procedura in altri casi di responsabilità dello Stato

[1] La competenza e la procedura per far valere pretese di diritto sulla responsabilità dello Stato non disciplinate dalla presente legge si conformano all'articolo 6, se il diritto speciale non prevede nulla di diverso.

Art. 11 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (abrogato)**

[1] Gli organi e le persone al servizio degli enti pubblici rispondono nei confronti di questi ultimi per il danno causato ~~illecitamente,~~ violando intenzionalmente o per negligenza grave il loro obbligo di servizio nell'esercizio delle attività di servizio.

[2] *Abrogato*

Art. 14 cpv. 1 (modificato), **cpv. 1bis (nuovo)**, **cpv. 2 (abrogato)**

[1] ~~Il Tribunale amministrativo giudica nella procedura d'azione le~~ **Le** pretese ~~risultanti~~ **derivanti** dalla presente legge nei confronti ~~degli organi~~ di ~~enti pubblici e di~~ persone al ~~loro~~ servizio **del Tribunale d'appello vengono giudicate dal Tribunale della magistratura quale unica istanza cantonale in procedura d'azione amministrativa**.

[1bis] Le pretese derivanti dalla presente legge nei confronti di organi degli enti pubblici e di persone al loro servizio vengono giudicate dal Tribunale d'appello quale unica istanza cantonale nella procedura d'azione amministrativa, nella misura in cui non sia competente il Tribunale della magistratura.

[2] *Abrogato*

Art. 15a (nuovo)

Competenza e procedura in altri casi di responsabilità dello Stato

[1] La competenza e la procedura per far valere pretese di diritto sulla responsabilità dello Stato nei confronti di organi degli enti pubblici e di persone al loro servizio non disciplinate dalla presente legge si conformano all'articolo 14 capoverso 1bis, se il diritto speciale non prevede nulla di diverso.

Art. 18 cpv. 2 (nuovo), **cpv. 3 (nuovo)**

[2] I procedimenti pendenti al momento dell'entrata in vigore della modifica della presente legge e per la cui evasione il nuovo diritto prevede una diversa competenza vengono portati avanti dai tribunali competenti secondo il nuovo diritto sulla base del nuovo diritto procedurale.

[3] Dopo l'entrata in vigore della modifica della presente legge, le pretese derivanti dalla presente legge che si fondano sul comportamento del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo o di persone che agiscono per essi vengono giudicate dal Tribunale della magistratura sulla base del nuovo diritto procedurale.

4.
L'atto normativo "Legge sul Gran Consiglio (LGC)" CSC 170.100 (stato 1 ottobre 2021) è modificato come segue:

Art. 20 cpv. 1 (modificato)

[1] Se si verificano avvenimenti di grande portata nell'amministrazione dello Stato o della giustizia~~, che necessitano di~~ **tali da richiedere** particolari chiarimenti, il Gran Consiglio può, dopo aver udito il Governo ~~risp. le massime autorità giudiziarie~~**o il Tribunale d'appello**, istituire una Commissione parlamentare d'inchiesta.

Art. 27 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] Per giudicare affari loro attribuiti, le commissioni hanno il diritto di richiedere informazioni utili e, dopo aver udito il Governo, ~~la massima autorità giudiziaria~~ **il Tribunale d'appello** o ~~le commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati~~**il Tribunale della magistratura**, di prendere visione dei necessari atti ufficiali.

[2] I diritti d'informazione e di verifica~~, di cui alla presente sezione,~~ nei confronti ~~dei tribunali e~~ delle ~~commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati~~ **autorità giudiziarie previsti dalla presente sezione** concernono ~~in ogni caso~~ solo questioni inerenti ~~la gestione e~~ l'amministrazione della giustizia.

Art. 34 cpv. 1 (modificato)

[1] Oltre ai diritti generali d'informazione previsti per le commissioni specifiche, dal Tribunale ~~cantonale e~~**d'appello nonché** dal Tribunale ~~amministrativo, nonché dalle commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati~~ **della magistratura** la Commissione di giustizia e sicurezza può, nel quadro della sua vigilanza~~ sulla gestione e~~ sull'amministrazione della giustizia e per quanto rilevante ai fini dell'adempimento dei suoi compiti, in particolare:

Elenco invariato.

Art. 36 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (nuovo)**

[1] Il Governo può sciogliere dal vincolo del segreto d'ufficio per il rilascio di informazioni membri del Governo e persone dell'Amministrazione e può autorizzare costoro alla consegna di atti ufficiali sottostanti al segreto d'ufficio.~~ A tale scopo per quanto riguarda giudici e persone dell'amministrazione della giustizia sono competenti le massime autorità giudiziarie.~~

[2] Il Tribunale d'appello può liberare i membri delle autorità giudiziarie e delle altre autorità soggette alla vigilanza del Tribunale d'appello dal segreto d'ufficio per il rilascio di informazioni o autorizzarli a consegnare atti ufficiali soggetti al segreto d'ufficio.

Art. 56 cpv. 1 (modificato)

[1] I ricorsi di vigilanza indirizzati al Gran Consiglio contro il Governo vengono istruiti dalla Commissione della gestione, quelli contro il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e il Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** dalla Commissione di giustizia e sicurezza.

Art. 57 cpv. 1 (modificato)

[1] A norma della Costituzione cantonale[1)] il Gran Consiglio nomina i suoi organi e le sue commissioni, la presidenza del Governo, i ~~membri~~**giudici** del Tribunale ~~cantonale~~ **d'appello** e del Tribunale ~~amministrativo,~~ **della magistratura** nonché altri titolari di cariche ufficiali~~,~~ conformemente alla legge. Al riguardo occorre di regola tenere conto delle frazioni in proporzione alla loro consistenza numerica**, per quanto la legge non preveda nulla di diverso**.

Art. 64b (nuovo)

Messaggi

[1] Di norma il Governo motiva i propri decreti mediante messaggi.

[2] I messaggi che concernono principalmente questioni dell'amministrazione della giustizia devono essere elaborati in collaborazione con il Tribunale d'appello.

Titolo dopo Art. 68 (nuovo)

6a. Rapporti tra Tribunale d'appello e Gran Consiglio

Art. 68a (nuovo)

Richieste

[1] Il Tribunale d'appello può chiedere al Gran Consiglio che incarichi il Governo di elaborare un progetto costituzionale o legislativo concernente l'amministrazione della giustizia.

[2] Il Tribunale d'appello presenta tali richieste al Gran Consiglio tramite il Governo.

[3] Il Governo non può modificare le richieste del Tribunale d'appello. Esso può formulare osservazioni e richieste divergenti.

[4] Per il resto la trattazione e la deliberazione relative alla richiesta del Tribunale d'appello si conformano alle regole valide per la trattazione di incarichi dei membri del Gran Consiglio.

Art. 68b (nuovo)

Partecipazioni a sedute del Gran Consiglio e delle commissioni

[1] Il presidente del Tribunale d'appello può partecipare a sedute del Gran Consiglio e delle sue commissioni:

[1)] CSC 110.100

a) relative ad affari di gestione finanziaria concernenti la giustizia;
b) relative al rapporto di gestione del Tribunale d'appello;
c) relative a modifiche costituzionali o legislative suggerite dal Tribunale d'appello;
d) relative a progetti legislativi concernenti principalmente l'amministrazione della giustizia.

[2] Il presidente del Tribunale d'appello ha voto consultivo e può presentare richieste. Può farsi accompagnare da persone attive nell'ambito dell'amministrazione della giustizia o da esperti esterni.

5.
L'atto normativo "Regolamento organico del Gran Consiglio (ROGC)" CSC 170.140 (stato 1 agosto 2019) è modificato come segue:

Art. 11 cpv. 4

[4] La Conferenza dei presidenti è competente in particolare per:
u[bis]) **(nuova)** la determinazione della frazione che dal punto di vista aritmetico può rivendicare un posto di giudice del Tribunale d'appello da pubblicare. Essa comunica questo risultato alla Commissione di giustizia e sicurezza;

Art. 22 cpv. 3

[3] La Commissione della gestione in qualità di istanza di verifica delle finanze:
f) **(nuova)** presenta un corapporto alla Commissione di giustizia e sicurezza se si intende aumentare il volume di impiego complessivo per i giudici del Tribunale d'appello o per i giudici a titolo principale di uno o più tribunali regionali.

Art. 26 cpv. 1 (modificato), **cpv. 4 (modificato)**, **cpv. 6 (modificato)**, **cpv. 7 (nuovo)**

[1] La Commissione di giustizia e sicurezza ~~esamina~~**verifica** e ~~sorveglia l'attività dei tribunali cantonali,~~ **monitora la gestione del Tribunale d'appello, del Tribunale della magistratura** nonché delle ~~commissioni di~~ **autorità soggette alla** vigilanza ~~sui notai~~ **del Tribunale d'appello** e ~~sugli avvocati ed esamina in via~~ **svolge il dibattito** preliminare ~~i~~ **relativo ai** loro rapporti di gestione. Essa ~~si compone di 11~~**è composta da undici** membri.

[4] Essa ~~prende posizione su domande di creazione di impieghi e di trasformazione di impieghi, nella misura in cui tali domande riguardino i tribunali cantonali, nonché le commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati. In merito a crediti aggiuntivi, essa prende posizione all'indirizzo della Commissione della gestione, nella misura in cui questi crediti riguardino i tribunali cantonali, nonché le commissioni di vigilanza sui notai e sugli avvocati.~~**:**

a) **(nuova)** prende posizione a destinazione del Tribunale d'appello, se il Tribunale d'appello intende aumentare i mezzi per i collaboratori del Tribunale d'appello, del Tribunale della magistratura o delle altre autorità giudiziarie;

b) **(nuova)** prende posizione a destinazione della Commissione della gestione riguardo a crediti suppletivi del Tribunale d'appello e del Tribunale della magistratura.

[6] Essa prepara le elezioni nel Tribunale ~~cantonale e~~**d'appello nonché** nel Tribunale ~~amministrativo, nonché nell'autorità di conciliazione in materia di parità dei sessi conformemente alla legge sull'organizzazione giudiziaria~~**della magistratura**.

[7] Essa verifica l'adeguatezza della dotazione del Tribunale d'appello nonché dei tribunali regionali e prepara la corrispondente decisione del Gran Consiglio. Se prende in considerazione la possibilità di aumentare il volume di impiego complessivo per i giudici del Tribunale d'appello o per i giudici a titolo principale di uno o più tribunali regionali, richiede un corapporto alla Commissione della gestione.

Art. 30 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Gran Consiglio emana nell'ambito del decreto di nomina disposizioni più dettagliate circa l'organizzazione della Commissione d'inchiesta e l'esecuzione dell'inchiesta. Esso disciplina in particolare i diritti procedurali degli interessati e la funzione del Governo rispettivamente ~~della massima autorità giudiziaria~~**del Tribunale d'appello** nel procedimento.

Art. 83 cpv. 1 (modificato)

[1] ~~I presidenti~~**Il presidente** del Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e **il presidente** del Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** prestano il giuramento prescritto o la promessa prescritta al cospetto del Gran Consiglio.

6.

L'atto normativo "Legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Grigioni (Legge sul personale, LCPers)" CSC 170.400 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 58 cpv. 1 (modificato)

[1] I collaboratori non possono fare parte contemporaneamente dell'Assemblea federale, del Gran Consiglio, del Governo, del Tribunale ~~cantonale, del Tribunale amministrativo~~**d'appello** o del Consiglio di Banca. Fanno eccezione i collaboratori con un volume di impiego totale presso il Cantone di al massimo il 40 per cento.

Art. 65 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 4**

[1] Gli istituti cantonali autonomi~~,~~ nonché il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo~~ **d'appello** hanno le stesse competenze del Governo. Fanno eccezione le disposizioni ~~dell'articolo 20, dell'articolo 29 capoverso 2, dell'articolo 35 capoverso 4, dell'articolo 36 capoverso 2, dell'articolo 37 capoverso 2~~**dell'articolo 20, dell'articolo 29 capoverso 2, dell'articolo 35 capoverso 4, dell'articolo 36 capoverso 2, dell'articolo 37 capoverso 2** e ~~dell'articolo 73 capoverso 2~~**dell'articolo 73 capoverso 2**.

[2] Gli istituti cantonali autonomi~~,~~ nonché il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo~~**d'appello** stabiliscono le autorità competenti. Sono fatte salve disposizioni particolari contenute nelle leggi sull'organizzazione.

[4] La classificazione dei posti deve essere concordata con l'Ufficio del personale. Se l'istituto o il Tribunale e l'Ufficio del personale non giungono ad un accordo, decide in via definitiva:

b) **(modificata)** la Commissione designata dal Gran Consiglio per il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo~~**d'appello**.

Art. 66 cpv. 3 (modificato), **cpv. 5 (modificato)**, **cpv. 5bis (modificato)**, **cpv. 6 (modificato)**

[3] Le decisioni e le decisioni su ricorso del Governo nonché le decisioni su ricorso dei Dipartimenti possono essere impugnate dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[5] Le decisioni ~~delle istituzioni cantonali indipendenti~~ in materia di diritto del personale **degli istituti cantonali autonomi** possono essere impugnate dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[5bis] Le decisioni ~~dei Tribunali regionali~~ in materia di diritto del personale **dei tribunali regionali e delle autorità di conciliazione** possono essere impugnate dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

[6] Le decisioni ~~del Tribunale cantonale~~ in materia di diritto del personale **del Tribunale d'appello** che riguardano ~~i propri~~ collaboratori **di quest'ultimo** possono essere impugnate dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~ **della magistratura** e le decisioni ~~del Tribunale amministrativo~~ in materia di diritto del personale **del Tribunale della magistratura** che riguardano ~~i propri~~ collaboratori **di quest'ultimo possono essere impugnate** dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

7.

L'atto normativo "Legge sulla Cassa pensioni dei Grigioni (LCPG)" CSC 170.450 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 11a (nuovo)

Membri di autorità giudiziarie

[1] I membri delle autorità giudiziarie sono assicurati per la previdenza professionale presso la Cassa pensioni fino al compimento dei 65 anni.

[2] Su richiesta di un membro di un'autorità giudiziaria, dopo il compimento dei 65 anni la previdenza per la vecchiaia può essere proseguita fino al compimento dell'età di pensionamento stabilita dalla legge.

[3] I contributi di risparmio annuali dei giudici del Tribunale d'appello vengono aumentati del 25 per cento a carico del Cantone alla fine di ogni anno. Il supplemento è limitato agli importi massimi del piano previdenziale. In caso di partenza nel corso dell'anno o in un caso di previdenza il supplemento viene concesso proporzionalmente.

[4] Versamenti facoltativi effettuati nel quadro del piano previdenziale del Cantone con l'importo di riscatto massimo vengono aumentati del dieci per cento a favore del membro in carica e a carico del Cantone cinque anni dopo il versamento.

Art. 15a (nuovo)

Disposizioni transitorie per i membri di autorità giudiziarie

[1] Le prestazioni sorte in base al vecchio diritto con effetto al 1° gennaio 2007 rimangono invariate. Se i capitali a risparmio individuali accumulati non sono sufficienti per finanziare queste prestazioni, il Cantone si assume il loro finanziamento secondo un sistema di ripartizione.

[2] Gli averi a risparmio individuali accumulati dai giudici a tempo pieno del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo in conformità all'ordinanza sulla previdenza professionale dei membri a tempo pieno dei tribunali cantonali del 2 ottobre 2000 vengono trasferiti alla Cassa pensioni a favore di ogni giudice quale prestazione di libero passaggio. L'importo della loro rendita di vecchiaia rimane garantito. Gli aumenti dell'avere a risparmio necessari per garantire la rendita sono a carico del Cantone.

[3] Fino all'entrata in vigore del nuovo diritto, i giudici ordinari in carica del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo possono scegliere se beneficiare delle prestazioni straordinarie della previdenza professionale conformemente all'articolo 5 o all'articolo 6 della legge sugli stipendi e la previdenza professionale dei membri del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo oppure conformemente all'articolo 11a capoverso 2 e capoverso 3. In assenza di una dichiarazione relativa alla scelta oppure se viene scelta la nuova regolamentazione, l'avere a risparmio viene aumentato a carico del Cantone fino all'entrata in vigore del nuovo diritto. Il supplemento ammonta al 2,5 per cento per ogni anno di carica completo quale giudice ordinario del Tribunale cantonale o del Tribunale amministrativo, tuttavia al massimo al 15 per cento.

8.

L'atto normativo "Legge sul principio di trasparenza (legge sulla trasparenza)" CSC 171.000 (stato 1 novembre 2016) è modificato come segue:

Art. 13 cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni di un organo pubblico per le quali le disposizioni della citata legge non prevedono alcun rimedio giuridico sono direttamente impugnabili dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

9.
L'atto normativo "Legge cantonale sulla protezione dei dati (LCPD)" CSC 171.100 (stato 1 gennaio 2019) è modificato come segue:

Art. 6 cpv. 3 (modificato)

[3] Le decisioni dei dipartimenti, delle autorità comunali e regionali, delle unioni di comuni, nonché degli istituti ed enti autonomi di diritto pubblico possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

10.
L'atto normativo "Legge d'introduzione al Codice civile svizzero[1)] (LICC)" CSC 210.100 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 14 cpv. 1 (modificato)

[1] La sovrastanza comunale è competente per l'emanazione di divieti concernenti il bosco e il pascolo su territorio comunale (art. 699). Contro tali divieti può essere presentato ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 15 cpv. 3 (modificato)

[3] Contro le decisioni del Governo giusta il capoverso 1 cifre 1 e ~~5–8~~**5–8** può essere presentato appello al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** conformemente al Codice di procedura civile[2)]. Lo stesso vale per decisioni dei dipartimenti, per quanto il diritto federale non preveda un'altra autorità.

Art. 16 cpv. 3 (modificato)

[3] Le decisioni del Governo, dei dipartimenti cantonali e delle altre autorità cantonali in materia di diritto civile possono essere impugnate con appello conformemente al Codice di procedura civile[3)] dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, se secondo il diritto superiore è necessario un giudizio di ultima istanza da parte di un tribunale cantonale superiore.

Art. 20d cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con appello conformemente al Codice di procedura civile[4)] dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

1) Approvata dal DFGP il 5 apr. 1994
2) RS 272
3) RS 272
4) RS 272

Art. 25a cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con appello conformemente al Codice di procedura civile dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

Art. 60 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** è l'autorità giudiziaria di reclamo.

Art. 143 cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni su ricorso dell'organo di vigilanza possono essere impugnate entro 30 giorni al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**. Fanno eccezione le decisioni in questioni concernenti le tasse. La procedura si conforma al Codice di procedura civile.

11.
L'atto normativo "Legge d'introduzione al Codice svizzero delle obbligazioni[1)] (LICO)" CSC 210.200 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 14b cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni dell'ufficio al quale è affidata la tenuta del registro di commercio possono essere impugnate mediante appello al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, ai sensi del Codice di procedura civile.

12.
L'atto normativo "Legge sul notariato (LNot)" CSC 210.300 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 4 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**, **cpv. 3bis (nuovo)**, **cpv. 4 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo nominano insieme una Commissione notarile composta di~~ **d'appello nomina i** cinque membri **della Commissione notarile** e **i** tre supplenti~~,~~ per un periodo di ~~carica di~~ quattro anni. **È possibile procedere a nome sostitutive durante il periodo di carica.**

[2] ~~Della~~**La** Commissione notarile ~~fanno parte~~**è composta** di regola **da**:

a) **(modificata)** ~~una notaia o un notaio con patente, una notaia regionale o un notaio regionale~~ **notaie** e ~~una o un ufficiale del registro fondiario~~**notai** con patente;
b) **(modificata)** ~~tre titolari~~ **almeno una o un ufficiale** del ~~certificato grigionese di capacità per notaie e notai;~~**registro fondiario con patente;**
c) **(modificata)** ~~un membro del Tribunale cantonale~~ **tre supplenti, che possono essere notaie** o **notai con patente oppure ufficiali** del ~~Tribunale amministrativo~~**registro fondiario con patente**.

[1)] RS 220

[3] La Commissione notarile si autocostituisce. ~~Può dotarsi~~ **Essa si dota** di ~~una segreteria~~**un segretariato** e di ~~un'attuaria~~ **un attuariato. La** o **il presidente designa l'indirizzo** di ~~un attuario~~**recapito per la Commissione notarile e lo rende noto pubblicamente**.

[3bis] Dal punto di vista amministrativo la Commissione notarile è annessa al Tribunale d'appello.

[4] Il Governo stabilisce le indennità di lavoro e i rimborsi spese ~~dei~~**per i** membri della Commissione notarile.

Art. 5 cpv. 3 (abrogato)

[3] *Abrogato*

Art. 5a (nuovo)

3. Vigilanza

[1] Il Tribunale d'appello esercita la vigilanza sulla Commissione notarile.

[2] Nei confronti della Commissione notarile e dei suoi membri esso dispone degli stessi strumenti di vigilanza e mezzi ausiliari di cui dispone nei confronti delle autorità giudiziarie e dei loro membri soggetti alla sua vigilanza diretta. Si applicano per analogia le disposizioni della legge sull'organizzazione giudiziaria[1)] relative alla vigilanza sulla giustizia.

[3] Il Tribunale d'appello decide in merito alla liberazione dal segreto d'ufficio di membri della Commissione per dichiarazioni dinanzi ad altre autorità e per l'edizione di atti.

Art. 6 cpv. 5 (nuovo)

[5] Il Governo stabilisce le indennità di lavoro e i rimborsi spese per le persone incaricate dell'ispezione. Esso può prevedere deroghe agli importi previsti dall'articolo 70 della legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Grigioni[2)].

Art. 9 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (nuovo)**

[1] Se la presente legge non prevede disposizioni particolari, **per tutti i procedimenti dinanzi alla Commissione notarile** si applica ~~per analogia~~ la legge sulla giustizia amministrativa[3)].

[2] Le decisioni della Commissione notarile~~, salvo quelle ai sensi dell'articolo 10 capoverso 2,~~ possono essere impugnate mediante ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~ **d'appello entro 30 giorni dalla comunicazione motivata**.

[1)] CSC 173.000
[2)] CSC 170.400
[3)] CSC 370.100

[3] La Commissione notarile può emanare decisioni in merito all'esame di notaio nel dispositivo. Le persone interessate possono richiedere per iscritto una decisione motivata alla Commissione notarile entro dieci giorni dalla comunicazione. L'articolo 48 della legge sulla giustizia amministrativa fa stato per analogia.

Art. 10 cpv. 4 (nuovo), cpv. 5 (nuovo)

[4] Una volta iniziati, gli esami possono essere interrotti soltanto per motivi importanti. Se un esame viene interrotto senza un motivo sufficiente, viene considerato come non superato.

[5] Se durante l'esame una persona agisce in modo disonesto, la Commissione notarile può dichiarare l'esame come non superato.

Art. 33 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato)

~~Lettura~~ **Documentazione pubblica di dichiarazioni di volontà**

1. Unitarietà dell'atto, lettura e sottoscrizione~~, unitarietà dell'atto~~ **(titolo modificato)**

[1] ~~Le parti comparenti devono leggere l'atto pubblico da sole o ascoltarne~~ **Durante** la ~~lettura da parte della notaia o del notaio, quindi approvarlo esplicitamente e in seguito sottoscriverlo~~ **documentazione pubblica** di ~~proprio pugno con il proprio nome~~**dichiarazioni di volontà tutte le persone partecipanti devono essere presenti. La procedura deve essere condotta senza sostanziali interruzioni**.

[2] ~~Durante la documentazione pubblica tutte le~~ **Le** persone partecipanti devono ~~essere presenti~~ **leggere l'atto pubblico da sole o farselo leggere dalla notaia o dal notaio, quindi approvarlo esplicitamente** e ~~la procedura deve essere condotta senza sostanziali interruzioni.~~ **in seguito sottoscriverlo di proprio pugno.**

Art. 34 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (abrogato)

~~Documentazione pubblica~~**2. Formula** di ~~dichiarazioni di volontà~~**documentazione pubblica (titolo modificato)**

[1] La **formula di** documentazione pubblica consiste nella conferma formale da parte della notaia o del notaio, alla fine dell'atto pubblico, che questo è stato portato a conoscenza delle parti, che contiene la volontà delle parti comunicata ~~al notaio~~**alla notaia** o ~~alla notaia~~**al notaio** e che è stato sottoscritto da esse**. La notaia o il notaio aggiunge a questa conferma il luogo, la data, la sua firma e il suo timbro**.

[2] *Abrogato*

Art. 35 cpv. 1 (modificato), cpv. 1bis (nuovo), cpv. 2 (modificato)

Documentazione **di fatti**

1. Documentazione pubblica di ~~deliberazioni~~**decisioni di assemblee o sedute (titolo modificato)**

[1] La notaia o il notaio ~~deve partecipare all'assemblea o~~ **procede** alla ~~seduta e redigere~~ **documentazione pubblica di decisioni di assemblee o sedute redigendo** un verbale quale atto pubblico. **La notaia o il notaio deve partecipare alle assemblee o alle sedute documentate pubblicamente.**

[1bis] La notaia o il notaio può documentare pubblicamente le decisioni di assemblee o sedute prese per iscritto o per via elettronica, se la sua partecipazione è garantita e se il diritto federale ammette questa forma di adozione delle decisioni.

[2] Il verbale deve contenere almeno~~:~~ **le indicazioni necessarie secondo il diritto federale nonché gli accertamenti della o del presidente concernenti la convocazione, la partecipazione e il numero legale nonché eventuali obiezioni allo svolgimento.**

a) *abrogata*
b) *abrogata*
c) *abrogata*
d) *abrogata*

Art. 36

2. Altre documentazioni ~~pubbliche~~**di fatti (titolo modificato)**

Art. 50 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive e su richiesta della Commissione notarile ~~un regolamento d'esame~~**emana un'ordinanza sull'esame di notaio**.

Art. 51a cpv. 4 (nuovo)

[4] Le nuove regolamentazioni in materia di vigilanza finanziaria sono valide a partire dal primo anno contabile che inizia dopo l'entrata in vigore della modifica della presente legge.

13.

L'atto normativo "Legge d'introduzione alla legge federale del 16 dicembre 1983 sull'acquisto di fondi da parte di persone all'estero (LAFE)" CSC 217.600 (stato 1 gennaio 2007) è modificato come segue:

Art. 15 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** è autorità di ricorso.

14.

L'atto normativo "Legge d'applicazione della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento (LAdLEF)" CSC 220.000 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 3 cpv. 1 (modificato), cpv. 1bis (nuovo), cpv. 2 (modificato)

[1] La gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti, nonché di eventuali uffici esterni compete alle regioni. ~~La regione emana a questo scopo un regolamento di organizzazione, nella misura in cui la presente legge le conferisca l'autorizzazione e l'incarico in tal senso.~~

[1bis] Se necessario per svolgere questo compito, le regioni hanno diritto di prendere visione della gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti nonché di eventuali uffici esterni.

[2] **Le regioni disciplinano la gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti nonché di eventuali uffici esterni in un regolamento di organizzazione, nella misura in cui la presente legge le autorizzi e le incarichi di farlo.** Il regolamento di organizzazione contiene in particolare disposizioni sul regolare svolgimento delle esecuzioni e dei fallimenti nella regione, nonché sull'impiego adeguato di personale e mezzi.

Art. 7 cpv. 1 (modificato)

[1] La regione deve comunicare senza indugio all'autorità di vigilanza la nomina e le dimissioni di ufficiali. **Essa informa l'autorità di vigilanza in merito a violazioni dei doveri d'ufficio da parte di ufficiali esecutori e dei fallimenti che potrebbero giustificare la disposizione di una misura disciplinare.**

Art. 13 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (nuovo)

[1] Unica autorità cantonale di vigilanza conformemente all'articolo 13 e autorità di ricorso conformemente all'articolo 17 della legge federale sulla esecuzione e sul fallimento è il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

[2] Il Tribunale d'appello designa gli organi competenti nel regolamento interno.

Art. 15 cpv. 4 (modificato)

[4] Essa ~~può gestire~~**gestisce** un servizio di consulenza che consiglia gli uffici d'esecuzione e dei fallimenti in questioni riguardanti la gestione generale e in casi concreti.

Art. 16a (nuovo)

Ispettori delle esecuzioni e dei fallimenti

[1] L'autorità di vigilanza nomina uno o più ispettori delle esecuzioni e dei fallimenti.

[2] Gli ispettori delle esecuzioni e dei fallimenti:

a) controllano la gestione degli uffici d'esecuzione e dei fallimenti almeno una volta all'anno e comunicano il risultato del controllo al Tribunale d'appello;
b) forniscono informazioni agli ufficiali esecutori e dei fallimenti;
c) aiutano gli ufficiali esecutori e dei fallimenti nel disbrigo delle pratiche;
d) sono competenti per il perfezionamento professionale.

[3] Il Governo stabilisce l'indennità giornaliera per gli ispettori delle esecuzioni e dei fallimenti attivi a titolo accessorio. Esso può prevedere deroghe agli importi previsti dall'articolo 70 della legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Grigioni[1)].

Art. 17

Procedura dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**
1. quale autorità di vigilanza **(titolo modificato)**

Art. 18 cpv. 2 (modificato), **cpv. 4 (modificato)**

[2] Essa comunica tale fatto all'ufficiale interessato **nonché alla regione interessata** ed effettua le indagini necessarie.

[4] La decisione disciplinare viene comunicata per iscritto **alla persona interessata nonché alla regione interessata** indicando la fattispecie e i considerandi essenziali.

Art. 20 cpv. 2 (modificato)

[2] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** è giudice dei concordati superiore.

Art. 21

Abrogato

15.
L'atto normativo "Legge sugli avvocati" CSC 310.100 (stato 1 gennaio 2011) è modificato come segue:

Titolo (modificato)
Legge sugli avvocati (**LAvv**)

Art. 5 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 4 (modificato)**, **cpv. 5 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo nominano di comune accordo una~~ **d'appello nomina i cinque membri della** Commissione di vigilanza ~~composta di cinque membri~~ e **i** tre supplenti~~,~~ per un periodo di ~~carica di~~ quattro anni**. È possibile procedere a nomine sostitutive durante il periodo di carica**.

[2] ~~Fanno di regola parte della~~ **La** Commissione di vigilanza ~~due avvocati iscritti nel registro del Cantone dei Grigioni e un membro ciascuno del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo.è~~ **composta di regola da:**

a) **(nuova)** un giudice ordinario del Tribunale d'appello il quale presiede la Commissione di vigilanza;

1) CSC 170.400

b) **(nuova)** un altro giudice ordinario del Tribunale d'appello che fa parte di un'altra sezione del Tribunale d'appello rispetto al presidente;
c) **(nuova)** altri tre membri, di cui di norma due avvocati esercitanti nel Cantone;
d) **(nuova)** tre supplenti.

[4] La Commissione di vigilanza si costituisce da sé. ~~Può dotarsi~~ **Sotto il profilo amministrativo è annessa al Tribunale d'appello. Lì ha un indirizzo** di ~~una segreteria~~ **recapito, può utilizzare gli spazi del Tribunale d'appello** e ~~di un attuario~~**far capo al suo segretariato e al suo attuariato**.

[5] Il Governo stabilisce le indennità di lavoro e i rimborsi spese ~~dei~~**per i** membri della Commissione di vigilanza.

Art. 6 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (abrogato)**

[2] ~~In~~ **Le competono in** particolare ~~ha i seguenti compiti~~:

a) **(modificata)** ~~vigila~~ **la sorveglianza** sull'attività degli avvocati ~~ed esercita il~~ **nonché l'esercizio del** diritto disciplinare;
b) **(modificata)** ~~tiene il~~ **la tenuta del** registro degli avvocati e ~~l'albo~~**dell'albo** pubblico dei cittadini degli Stati membri dell'UE o dell'AELS;
c) **(modificata)** ~~decide sull'ammissione~~ **l'ammissione** all'esame di avvocatura, ~~organizza gli~~ **lo svolgimento degli** esami di avvocatura ~~e rilascia la~~**, il conferimento della** patente d'avvocato ~~e l'autorizzazione~~**, il rilascio dell'autorizzazione** al praticantato e ~~decide~~ **la decisione** in merito alla revoca della patente d'avvocato **nonché delle autorizzazioni rilasciate**;
d) **(modificata)** ~~decide~~**la decisione** sulla liberazione dal segreto professionale;
e) **(modificata)** ~~è incaricata dell'esecuzione~~ **l'esecuzione** della LLCA[1)], per quanto la presente legge non dichiari espressamente competente un'altra autorità.

[3] *Abrogato*

Art. 6a (nuovo)

3. Vigilanza

[1] Il Tribunale d'appello esercita la vigilanza sulla Commissione di vigilanza.

[2] Nei confronti della Commissione di vigilanza e dei suoi membri esso dispone degli stessi strumenti di vigilanza e mezzi ausiliari di cui dispone nei confronti delle autorità giudiziarie e dei loro membri sottoposti alla sua vigilanza diretta. Si applicano per analogia le disposizioni della legge sull'organizzazione giudiziaria[2)] relative alla vigilanza sulla giustizia.

[3] Il Tribunale d'appello decide in merito alla liberazione dal segreto d'ufficio di membri della Commissione per dichiarazioni dinanzi ad altre autorità e per l'edizione di atti.

---

1) RS 935.61
2) CSC 173.000

Art. 7 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (nuovo)**

[1] Se la presente legge non prevede disposizioni particolari, **per tutti i procedimenti dinanzi alla Commissione di vigilanza** si applica ~~per analogia~~ la legge sulla giustizia amministrativa[1)].

[2] ~~Decisioni~~ **Le decisioni** della Commissione di vigilanza possono essere impugnate mediante ricorso al Tribunale ~~amministrativo. Fanno eccezione le decisioni sulla valutazione dell'esame di avvocatura~~**della magistratura entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione motivata**.

[3] La Commissione di vigilanza può emanare decisioni in merito all'esame di avvocatura nel dispositivo. Le persone interessate possono richiedere per iscritto una decisione motivata alla Commissione di vigilanza entro dieci giorni dalla comunicazione. Per il resto l'articolo 48 della legge sulla giustizia amministrativa fa stato per analogia.

Art. 9 cpv. 4 (nuovo), **cpv. 5 (nuovo)**

[4] Una volta scaduto il termine di iscrizione, gli esaminandi possono ritirarsi soltanto per motivi importanti. Se non si presentano all'esame senza un motivo sufficiente o se interrompono l'esame senza un motivo sufficiente, l'esame è considerato come non superato.

[5] Se durante l'esame una persona agisce in modo disonesto, la Commissione di vigilanza può dichiarare l'esame come non superato.

Art. 17 cpv. 1 (modificato)

[1] La Commissione di vigilanza stabilisce, nel singolo caso, il contenuto ~~dell'esame~~ **della prova** attitudinale secondo la LLCA[2)] e del colloquio di verifica delle competenze professionali secondo la LLCA. Si applicano per analogia le disposizioni ~~del regolamento d'esame~~**dell'ordinanza sull'esame di avvocatura**.

Art. 19 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive e, su richiesta della Commissione di vigilanza, ~~un regolamento d'esame~~**un'ordinanza sull'esame di avvocatura**. Esso disciplina i dettagli delle ripetibili, nonché l'onorario per il mandato di gratuito patrocinio e per la difesa d'ufficio.

Art. 21 cpv. 2 (nuovo)

[2] Le nuove regolamentazioni in materia di vigilanza finanziaria sono valide a partire dal primo anno contabile che inizia dopo l'entrata in vigore della modifica della presente legge.

---

1) CSC 370.100
2) RS 935.61

16.
L'atto normativo "Legge d'applicazione del Codice di diritto processuale civile svizzero (LACPC)" CSC 320.100 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 4

Abrogato

Art. 5 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**, **cpv. 4 (nuovo)**

~~2~~**Tribunale di prima istanza**
1. Tribunale ~~collegiale~~**regionale (titolo modificato)**

[1] ~~Il~~ **Per quanto il diritto federale o cantonale non disponga diversamente, il** tribunale regionale funge da tribunale civile di prima istanza~~, se non è competente il giudice unico~~.

[2] Esso decide nella composizione di ~~cinque giudici~~**giudice unico**:

a) **(modificata)** in **merito a** questioni ~~per le quali si applica la~~ **soggette alla** procedura ~~ordinaria~~**sommaria**;
b) **(modificata)** ~~se è raggiunto il valore litigioso per il ricorso~~ in ~~materia civile al Tribunale federale~~**merito a questioni soggette alla procedura semplificata**;
c) **(modificata)** in merito a **particolari procedimenti di diritto di famiglia, interessi dei figli in** questioni ~~giuridiche~~ **di diritto** di ~~importanza fondamentale~~ **famiglia e procedimenti in relazione alle unioni registrate**;
d) **(modificata)** ~~su ordine~~ **in merito a infrazioni a divieti giudiziali ai sensi** del ~~presidente.~~**Codice di procedura civile;**
e) **(nuova)** in merito a domande di assistenza giudiziaria, se non è competente il Tribunale d'appello;
f) **(nuova)** se un'istanza è palesemente inammissibile o palesemente infondata.

[3] ~~Negli altri casi il~~ **Il** tribunale regionale decide nella composizione di tre giudici **in merito a controversie conformemente al capoverso 2 lettera b e lettera c, se ciò viene richiesto da una delle parti nella prima memoria, se il valore litigioso supera i 10 000 franchi e se l'istanza non è palesemente inammissibile o palesemente infondata**.

[4] Negli altri casi il tribunale regionale decide nella composizione prevista dalla legge sull'organizzazione giudiziaria[1)].

Art. 6 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (nuovo)**

~~3~~**2**. Tribunale ~~cantonale~~**d'appello (titolo modificato)**

[1] ~~Il Tribunale cantonale giudica quale~~ **In qualità di** tribunale **civile** di prima istanza **il Tribunale d'appello giudica** i casi ~~per i quali~~ **in cui** il diritto federale prevede un'unica istanza cantonale~~, per quanto non sia competente il Tribunale amministrativo~~.

[1)] CSC 173.000

[2] ~~Il Tribunale cantonale~~ **Esso** decide ~~con competenza~~**nella composizione** di giudice unico ~~in materia di~~:

a) **(modificata)** ~~tutela giurisdizionale nei casi manifesti in~~ **in merito a** controversie ~~per le quali il diritto federale prevede un' istanza cantonale unica~~**fino a un valore litigioso di 10 000 franchi**;

a[bis]) **(nuova)** in merito a questioni soggette alla procedura sommaria;

b) **(modificata) in merito a** cause del tribunale arbitrale ad eccezione del giudizio di ricorsi e richieste di revisione.

[3] Negli altri casi il Tribunale d'appello decide nella composizione prevista dalla legge sull'organizzazione giudiziaria[1)].

Art. 7 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (nuovo)**, **cpv. 4 (nuovo)**

[1] Quale autorità giudiziaria superiore, il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** giudica ~~ricorsi~~ **appelli** e ~~appelli di diritto civile~~**ricorsi**.

[2] Esso decide nella composizione di giudice unico~~, quando~~:

a) **(modificata)** ~~il valore litigioso non supera i 5 000 franchi~~**in merito a ricorsi**;

a[bis]) **(nuova)** in merito ad appelli contro decisioni in procedura sommaria;

b) **(modificata) se** un rimedio giuridico è palesemente inammissibile o palesemente fondato o infondato.

[3] Il Tribunale d'appello decide nella composizione di tre giudici in merito a controversie conformemente al capoverso 2 lettera a e lettera a[bis], se ciò viene richiesto da una delle parti nella prima memoria, se il valore litigioso supera i 10 000 franchi e se il rimedio giuridico non è palesemente inammissibile o palesemente fondato o infondato.

[4] Negli altri casi il Tribunale d'appello decide nella composizione prevista dalla legge sull'organizzazione giudiziaria[2)].

Art. 8 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** è l'autorità centrale cantonale per domande di assistenza giudiziaria dall'estero ai sensi dei trattati internazionali.

[2] La notifica all'estero avviene direttamente da autorità ad autorità. Se il diritto federale o i trattati internazionali escludono la notifica diretta, essa avviene da parte del Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

Art. 13 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (abrogato)**

[1] Se la ricusazione è contestata, ~~in assenza della persona interessata~~ decide:

a) **(modificata)** il **presidente del** tribunale competente nel merito **in casi di ricusazione di altri membri del tribunale**;

b) **(modificata)** il ~~tribunale,~~ **sostituto del presidente** in casi di ricusazione ~~di autorità con competenze di giudice unico~~**del presidente**;

1) CSC 173.000
2) CSC 173.000

c) **(modificata)** il **presidente della camera civile del** tribunale regionale~~,~~ **competente nel merito** in casi di ricusazione di autorità di conciliazione.

[2] *Abrogato*

Art. 15 cpv. 4 (modificato)

[4] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** disciplina l'entità delle forfetarie in un'ordinanza[1)].

Art. 16 cpv. 2 (modificato)

[2] L'indennità per perdita di guadagno di testimoni ammonta al massimo a 500- franchi al giorno. Le spese vengono indennizzate al massimo con gli importi validi per ~~gli impiegati cantonali~~**il personale cantonale**. Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** disciplina i dettagli in un'ordinanza[2)].

17.

L'atto normativo "Legge d'applicazione del Codice di diritto processuale penale svizzero (LACPP)" CSC 350.100 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 8 cpv. 1bis (nuovo), **cpv. 2 (modificato)**

[1bis] All'occorrenza la Commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia designa procuratori pubblici a titolo straordinario per condurre procedimenti penali rivolti contro membri del Governo.

[2] ~~All'occorrenza~~ **Negli altri casi, all'occorrenza** il Governo ~~può designare~~**designa** procuratori pubblici e magistrati dei minorenni a titolo straordinario.

Art. 12 cpv. 1

[1] Il primo procuratore pubblico è competente in particolare per:

d) **(modificata)** l'opposizione contro decreti penali ~~che non provengono dalla Procura pubblica~~**di altre autorità amministrative cantonali**;

Art. 19 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**

[2] Esso decide nella composizione di ~~cinque giudici~~**giudice unico**:

a) **(modificata)** in merito a ~~questioni giuridiche di importanza fondamentale~~**contravvenzioni**;

b) **(modificata)** ~~su ordine~~ **in merito a crimini o delitti, se la Procura pubblica non chiede una pena detentiva superiore a un anno, un internamento secondo l'articolo 64** del **Codice penale svizzero**[3)] **o una misura privativa della libertà e se il** presidente~~,~~ **non intende disporre una tale sanzione.**

c) *abrogata*

---

1) CSC 320.210
2) CSC 320.210
3) RS 311.0

[3] Negli altri casi il tribunale regionale decide nella composizione ~~di tre giudici~~**prevista dalla legge sull'organizzazione giudiziaria**[1)].

Art. 22 cpv. 1 (modificato)

~~Tribunale~~**Giurisdizione** d'appello e ~~autorità di impugnazione~~**reclamo (titolo modificato)**

[1] Il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** esercita la funzione di ~~tribunale~~**giurisdizione** d'appello e di ~~autorità di impugnazione~~**reclamo** in cause penali e penali minorili.

Art. 30 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] I membri del Gran Consiglio e del Governo~~,~~ nonché ~~del Tribunale cantonale e~~ **i giudici** del Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** non sono perseguibili penalmente per le loro esternazioni in Gran Consiglio o nelle sue commissioni.

[2] Se i membri del Governo~~, i giudici~~ **nonché delle autorità giudiziarie** e gli attuari ~~del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo~~ **delle autorità giudiziarie** commettono crimini e delitti ~~durante l'esercizio~~**nell'esercizio** delle loro funzioni, essi possono essere perseguiti penalmente solo con l'autorizzazione della Commissione del Gran Consiglio competente per la giustizia.

Art. 35a (nuovo)

Impugnazione da parte di autorità

[1] La Procura pubblica e le altre autorità amministrative cantonali competenti per il perseguimento e il giudizio di fattispecie di contravvenzione cantonali possono impugnare le decisioni dei tribunali regionali dinanzi al Tribunale d'appello.

Art. 37 cpv. 4

[4] L'ammontare della tariffa viene disciplinato con ordinanza dal:

b) **(modificata)** Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** per procedure giudiziarie[2)].

Art. 42 cpv. 1bis (nuovo)

[1bis] La Procura pubblica può presentare opposizione contro decreti d'accusa di altre autorità amministrative cantonali.

Art. 55 cpv. 2 (nuovo)

[2] I procedimenti pendenti al momento dell'entrata in vigore della modifica della presente legge vengono portati avanti dalle autorità competenti secondo il nuovo diritto.

---

1) CSC 173.000
2) CSC 350.210

18.
L'atto normativo "Legge sull'esecuzione giudiziaria nel Cantone dei Grigioni (LEG)" CSC 350.500 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 48 cpv. 1 (modificato)

Ricorso al Tribunale ~~cantonale dei Grigioni~~**d'appello (titolo modificato)**

[1] Gli interessati e la Procura pubblica possono presentare ricorso di diritto penale contro le decisioni del Dipartimento dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione.

19.
L'atto normativo "Legge sulla giustizia amministrativa (LGA)" CSC 370.100 (stato 1 gennaio 2019) è modificato come segue:

Art. 6c cpv. 1 (modificato)

[1] Se la ricusazione è contestata, ~~in assenza della persona interessata~~ decide:

a) **(modificata)** il **presidente del** tribunale competente ~~per la causa principale,~~ **nel merito** in casi di ricusazione di ~~un membro~~**altri membri** del tribunale;
a[bis]) **(nuova)** il sostituto del presidente in casi di ricusazione del presidente;
b) **(modificata)** l'autorità collegiale, in **assenza della persona interessata, in** casi di ricusazione dei propri membri;

Art. 11 cpv. 2 (modificato)

[2] Gli interessati alla procedura sono obbligati a collaborare al rilevamento della fattispecie. **L'obbligo di collaborare decade se ciò comporterebbe addebiti penali nei loro confronti.**

Art. 28 cpv. 2 (modificato)

[2] Il ricorso amministrativo è escluso, quando **secondo la legge** sono possibili l'opposizione o direttamente il ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Titolo dopo Art. 37 (modificato)

4. Procedura dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**

Art. 42 cpv. 1 (modificato)

[1] Decisioni provvisionali e decisioni determinanti il corso della procedura possono essere impugnate entro dieci giorni dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 43 cpv. 1 (modificato), **cpv. 3**

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** decide di regola nella composizione di tre giudici.

[3] Esso decide nella composizione di giudice unico, quando:

a) **(modificata)** il valore litigioso non supera i ~~5000~~ **10 000** franchi e non è prescritta una composizione di cinque giudici;

Art. 44 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** pronuncia la sentenza, di regola senza dibattimento in ~~Tribunale~~**tribunale**, in base agli atti.

Art. 47 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** è competente anche per la risposta a pregiudiziali necessaria per giudicare l'oggetto principale.

Art. 48 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** può comunicare una sentenza nel dispositivo~~,~~ senza motivazione oppure con una motivazione breve. Ogni parte può richiedere per iscritto una sentenza interamente motivata entro 30 giorni dalla comunicazione della stessa. Se entro tale termine nessuna delle parti richiede una motivazione, la sentenza cresce in giudicato.

Art. 49 cpv. 1 (modificato)

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** giudica i ricorsi contro:

f) **(modificata)** decisioni delle Chiese di Stato riconosciute e dei loro comuni parrocchiali, se ~~si fa valere una violazione di norme giuridiche emanate dallo Stato~~ **possono essere impugnate dinanzi al Tribunale federale**, e controversie di diritto amministrativo assegnate per il giudizio al Tribunale ~~amministrativo~~ **d'appello** dalle Chiese di Stato;

f^{bis}) **(nuova)** decisioni di vigilanza gerarchica del Tribunale della magistratura concernenti giudici del Tribunale della magistratura e decisioni di vigilanza gerarchica dei tribunali regionali;

f^{ter}) **(nuova)** decisioni di vigilanza gerarchica del Gran Consiglio concernenti membri del Gran Consiglio, del Governo, giudici del Tribunale della magistratura, dei tribunali regionali nonché il giudice cantonale dei provvedimenti coercitivi;

Art. 52 cpv. 1 (modificato)

[1] Il ricorso deve essere inoltrato per iscritto al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione impugnata.

Art. 55 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**

[2] La decisione modificata deve essere comunicata al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[3] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** deve esaminare il ricorso soltanto nella misura in cui esso non sia divenuto privo d'oggetto in seguito alla modifica della decisione.

Art. 56 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**

[1] Fatte salve disposizioni legali derogatorie, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** è vincolato alle richieste delle parti.

[2] Se il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** non è vincolato alle richieste delle parti, esso può modificare una decisione a svantaggio della parte ricorrente oppure concederle più di quanto ha richiesto. In tal caso occorre prima dare alle parti la possibilità di prendere posizione o di ritirare il ricorso.

[3] Quando il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** revoca una decisione impugnata, emana esso stesso la nuova decisione o rinvia la causa per la nuova decisione.

Art. 57 cpv. 1 (modificato)

[1] In veste di Corte costituzionale, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** giudica i ricorsi contro:

Elenco invariato.

Art. 60 cpv. 1 (modificato)

[1] Il ricorso deve essere inoltrato per iscritto al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione impugnata o dalla pubblicazione ufficiale.

Art. 61 cpv. 1 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** abroga l'atto normativo impugnato o la decisione impugnata, se è anticostituzionale o illegale.

[3] Qualora alla violazione della Costituzione non possa essere posto altro rimedio, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** emana le disposizioni necessarie.

Art. 62 cpv. 1 (modificato)

[1] Per quanto questa sezione non contenga alcuna prescrizione, si applicano le disposizioni sulla procedura di ricorso ~~dinanzi al Tribunale amministrativo~~**giudiziario**.

Art. 63 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2**

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** giudica nella procedura d'azione:

c) **(modificata)** pretese di indennizzo risultanti dalla legge sulla responsabilità dello Stato**, se nessun'altra autorità è competente a giudicare**;
f) **(modificata)** controversie di diritto pubblico e amministrativo assegnate per il giudizio al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** da una norma speciale;
g) **(modificata)** controversie a cui partecipano le Chiese riconosciute dallo Stato o i loro comuni parrocchiali, se **possono essere impugnate dinanzi al Tribunale federale, oppure che** sono assegnate **per il giudizio** al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** dalle Chiese di Stato ~~o se viene invocato il diritto cantonale~~.

[2] In veste di Tribunale delle assicurazioni esso giudica nella procedura d'azione:

b) **(modificata)** controversie ai sensi dell'~~articolo 47~~**articolo 85** della legge sulla sorveglianza degli assicuratori (LSA)[1)] **e dell'articolo 7 del Codice di diritto processuale civile svizzero**[2)].

Art. 64 cpv. 1 (modificato)

[1] La litispendenza ha inizio con la presentazione dell'azione al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 65 cpv. 1 (modificato)

[1] Per quanto questa sezione non contenga alcuna ~~norma~~**prescrizione**, si applicano le disposizioni sulla procedura di ricorso dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Titolo dopo Art. 65 (nuovo)

4a. Procedura dinanzi al Tribunale della magistratura

Art. 65a (nuovo)

Ricorso giudiziario

[1] Il Tribunale della magistratura giudica quale autorità di ultima istanza ricorsi contro:

a) decisioni di vigilanza gerarchica del Tribunale d'appello concernenti giudici del Tribunale d'appello;
b) decisioni di vigilanza gerarchica del Gran Consiglio concernenti giudici del Tribunale d'appello;
c) decisioni concernenti l'indennizzo in caso di mancata rielezione di un giudice del Tribunale d'appello;
d) decisioni di diritto del personale del Tribunale d'appello concernenti collaboratori del Tribunale d'appello;
e) decisioni della commissione di vigilanza;
f) decisioni del Tribunale d'appello concernenti domande di ricusa, se l'impugnazione dinanzi al Tribunale federale presuppone una decisione di un'autorità di impugnazione cantonale;
g) altre decisioni, se ciò è previsto dalla legge o necessario in base al diritto federale.

[2] I presupposti per il ricorso e per la procedura di ricorso si conformano alle norme valide per la procedura di ricorso giudiziario dinanzi al Tribunale d'appello.

Art. 65b (nuovo)

Conflitti di competenza

[1] Il Tribunale della magistratura decide in via definitiva in caso di conflitti di competenza tra organi giudiziari per la cui soluzione la legge non prevede altre norme.

---

1) RS 961.01
2) RS 272

[2] A esso si appella un organo giudiziario in caso di accordo circa l'esistenza di un conflitto di competenza.

Art. 65c (nuovo)

Procedura d'azione giudiziaria amministrativa

[1] Nella procedura d'azione giudiziaria amministrativa, quale unica istanza cantonale il Tribunale della magistratura giudica pretese di indennizzo risultanti dalla legge sulla responsabilità dello Stato[1)] che gli sono state attribuite per il giudizio.

Art. 68 cpv. 2 (modificato)

[2] Il ricorso è ricevibile solo se l'asserita violazione del diritto non può essere denunciata mediante rimedi giuridici o azione al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** o al Governo.

Art. 75 cpv. 2 (modificato), **cpv. 3 (modificato)**, **cpv. 4 (modificato)**

[2] La tassa di Stato ammonta al massimo a 20 000 franchi. Essa si calcola in base al volume e alla difficoltà della causa, nonché in base all'interesse e alle risorse economiche di chi deve assumersi le spese. In procedure dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** che causano spese particolarmente elevate il limite delle tasse ~~aumenta~~**sale** a 100 000 franchi. In caso di rinuncia ad una sentenza interamente motivata, la tassa di Stato viene adeguatamente ridotta.

[3] Per procedure dinanzi ad autorità amministrative cantonali, il Governo disciplina tramite ordinanza le aliquote per la tassa di Stato, l'ammontare delle tasse per compilazioni e comunicazioni, nonché il rimborso degli esborsi in contanti.

[4] ~~Per procedure dinanzi al Tribunale amministrativo, il Tribunale amministrativo disciplina tramite ordinanza l'ammontare~~ **L'ammontare** delle tasse per compilazioni e comunicazioni~~,~~ nonché il rimborso degli esborsi in contanti **vengono disciplinati tramite ordinanza dal Tribunale d'appello per procedure dinanzi al Tribunale d'appello e dal Tribunale della magistratura per procedure dinanzi al Tribunale della magistratura**.

Art. 77 cpv. 2 (modificato)

[2] L'ufficio designato dal Governo decide sull'obbligo di rimborso. Tale decisione può essere impugnata mediante ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 80 cpv. 3 (modificato)

[3] L'esecuzione delle misure decise o disposte dal Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello e dal Tribunale della magistratura** spetta al Dipartimento competente in materia di giustizia.

[1)] CSC 170.050

Art. 85 cpv. 5 (nuovo)

[5] I procedimenti pendenti dinanzi al Tribunale amministrativo al momento dell'entrata in vigore della modifica della presente legge vengono trasferiti al tribunale competente secondo il nuovo diritto con effetto al momento dell'entrata in vigore.

Art. 85b

Abrogato

20.

L'atto normativo "Legge d'applicazione relativa alla procedura di conciliazione e di arbitrato secondo il diritto federale in materia di assicurazioni sociali (LAPCA)" CSC 370.300 (stato 1 gennaio 2011) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] Il ~~tribunale arbitrale~~**Tribunale d'appello** giudica liti tra assicuratori e fornitori di prestazioni per le quali il diritto federale in materia di assicurazioni sociali prevede ~~una procedura di conciliazione e~~ una procedura di arbitrato.

[2] Qualora non abbia già giudicato un'autorità di conciliazione istituita per via contrattuale, la procedura ~~d'arbitrato~~ **di arbitrato** deve essere preceduta da una procedura di conciliazione **dinanzi all'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali**.

Art. 2

Abrogato

Art. 3 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (nuovo)**, **cpv. 4 (nuovo)**

Autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali
1. Composizione **e posizione (titolo modificato)**

[1] ~~L'organo~~**L'autorità** di conciliazione **per controversie inerenti le assicurazioni sociali** è ~~composto~~**composta** da un mediatore e dal suo supplente.

[2] Il ~~tribunale arbitrale è composto dal presidente e da un rappresentante~~ **Tribunale d'appello nomina i membri dell'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali per la durata** di ~~ogni parte designato dalle stesse~~**quattro anni. È possibile procedere a nomine sostitutive durante il periodo di carica**.

[3] Il mediatore stabilisce la sede dell'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali. La sede deve trovarsi nel Cantone dei Grigioni.

[4] La sede e la composizione dell'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali devono essere rese note pubblicamente.

Art. 3a (nuovo)

2. Vigilanza

[1] Il Tribunale d'appello esercita la vigilanza sull'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali.

[2] L'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali sottopone il preventivo e il conto annuale per approvazione al Tribunale d'appello.

[3] Per il resto nei confronti dell'autorità di conciliazione per controversie inerenti le assicurazioni sociali e dei suoi membri il Tribunale d'appello dispone degli stessi strumenti di vigilanza e mezzi ausiliari di cui dispone nei confronti delle altre autorità giudiziarie e dei loro membri sottoposti alla sua vigilanza diretta.

[4] Si applicano per analogia le disposizioni della legge sull'organizzazione giudiziaria relative alla vigilanza sulla giustizia.

Art. 4 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (abrogato)**

~~Elezione~~**Sezione**~~1. Organo~~ di ~~conciliazione e presidenza~~ **arbitrato** del ~~tribunale arbitrale~~**Tribunale d'appello**

1. Composizione (titolo modificato)

[1] ~~La Corte plenaria del~~ **Il** Tribunale ~~amministrativo elegge i membri dell'organo di conciliazione e designa tra questi~~ **d'appello costituisce una sezione apposita per controversie per le quali** il ~~presidente del tribunale~~ **diritto federale in materia di assicurazioni sociali prevede una procedura** arbitrale~~ e il suo supplente~~.

[2] La ~~durata della carica corrisponde a quella dei membri~~ **sezione di arbitrato** del Tribunale ~~amministrativo.~~**d'appello è composta da:**

a) **(nuova)** un giudice del Tribunale d'appello (presidenza della sezione);
b) **(nuova)** due membri, di cui uno rappresenta gli assicuratori, l'altro i fornitori di prestazioni e che vengono designati dalle parti caso per caso.

[3] *Abrogato*

Art. 5 cpv. 2 (modificato)

2. Membri ~~del tribunale arbitrale~~**designati (titolo modificato)**

[2] ~~Qualora~~**Se** entro il termine fissato ~~dal presidente~~ una parte non ~~abbia eletto~~**ha designato** il proprio rappresentante ~~nel tribunale arbitrale, questo~~**nella sezione di arbitrato del Tribunale d'appello, questi** viene ~~designato~~**nominato** dal presidente **della sezione di arbitrato** del Tribunale ~~amministrativo una volta ascoltata~~**d'appello dopo aver sentito** la parte interessata.

Art. 6 cpv. 2 (modificato)

[2] Il presidente **della sezione di arbitrato** del Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** giudica quale unica autorità cantonale le eccezioni di ricusa contestate~~.~~.

Art. 7 cpv. 1 (modificato), cpv. 2 (modificato), cpv. 2bis (nuovo), cpv. 3 (modificato)

1 ~~L'indennità dei~~ **I** membri ~~dell'organo~~**dell'autorità** di conciliazione ~~si conforma alla spesa effettiva~~ **per controversie inerenti le assicurazioni sociali vengono retribuiti per il loro onere legittimo secondo l'onorario vigente per il gratuito patrocinio** e ~~ammonta al 75 percento dell'onorario raccomandato dalla Federazione grigionese degli avvocati.~~**per la difesa d'ufficio.**

2 I membri **designati della sezione di arbitrato** del ~~tribunale arbitrale ricevono~~ **Tribunale d'appello vengono retribuiti** per ~~le sedute e lo studio degli atti una diaria che non può essere inferiore rispettivamente superiore all'importo~~ **la loro attività giudiziaria sotto forma** di ~~300 rispettivamente 500 franchi.~~**:**

a) **(nuova)** un'indennità giornaliera;
b) **(nuova)** una rimunerazione di partecipazione se sono coinvolti in una decisione per circolazione degli atti.

2bis Il diritto a retribuzione insorge con l'assegnazione di una pratica. Se una pratica viene meno o se un membro non può partecipare per ragioni personali, la retribuzione va ridotta.

3 Il Tribunale ~~amministrativo disciplina i~~ **d'appello definisce l'ammontare dell'indennità giornaliera, della rimunerazione di partecipazione e gli altri** dettagli in un'ordinanza ~~e adegua periodicamente la diaria al rincaro~~.

Art. 8

Abrogato

Art. 9 cpv. 1 (modificato)

1 La procedura di conciliazione viene avviata presentando ~~all'organo~~ **una richiesta** di conciliazione ~~una richiesta~~**scritta all'autorità** di conciliazione ~~scritta~~**per controversie inerenti le assicurazioni sociali**.

Art. 11 cpv. 1 (modificato)

1 ~~L'organo~~**L'autorità** di conciliazione **per controversie inerenti le assicurazioni sociali** informa ~~tramite un estratto del protocollo~~ il presidente **della sezione di arbitrato** del ~~tribunale arbitrale del~~ **Tribunale d'appello in merito al** fallimento ~~della procedura~~**del procedimento** di conciliazione **tramite un estratto del protocollo**.

Art. 11a (nuovo)

4. Spese procedurali e assistenza giudiziaria gratuita

1 Il procedimento di conciliazione è soggetto a spese.

2 Le spese, le ripetibili e l'assistenza giudiziaria gratuita si conformano alle disposizioni della legge sulla giustizia amministrativa[1)].

1) CSC 370.100

[3] La competenza per la concessione dell'assistenza giudiziaria gratuita spetta alla sezione di arbitrato del Tribunale d'appello. L'assistenza giudiziaria gratuita può essere chiesta al più presto con l'avvio del procedimento di conciliazione.

Art. 12 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

~~Tribunale arbitrale~~**Procedura di arbitrato**
1. Termine per l'azione **(titolo modificato)**

[1] Il presidente **della sezione di arbitrato** del ~~tribunale arbitrale~~**Tribunale d'appello** fissa alla parte che si è rivolta per prima ~~all'organo~~**all'autorità** di conciliazione **per controversie inerenti le assicurazioni sociali** un termine di 30- giorni, che può essere prorogato una volta, per la presentazione dell'azione.

[2] Qualora abbia giudicato un'autorità di conciliazione istituita per via contrattuale, l'azione deve essere presentata per iscritto al ~~tribunale arbitrale~~**Tribunale d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione del fallimento dell'udienza di conciliazione.

Art. 13 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (nuovo)**

[1] Per quanto la presente legge non contenga alcuna prescrizione, ~~si applicano le disposizioni~~ **trovano applicazione l'articolo 56 fino all'articolo 61 della legge federale** sulla ~~procedura d'azione dinanzi al Tribunale amministrativo~~**parte generale del diritto delle assicurazioni sociali**[1)].

[2] A titolo integrativo sono applicabili le disposizioni concernenti la procedura d'azione giudiziaria amministrativa dinanzi al Tribunale d'appello.

Art. 14

Abrogato

Art. 15 cpv. 2 (nuovo), **cpv. 3 (nuovo)**

[2] I poteri, i beni e le obbligazioni del tribunale arbitrale passano senza indennizzo alcuno al Tribunale d'appello al momento dell'entrata in vigore della presente legge.

[3] I procedimenti pendenti dinanzi al tribunale arbitrale al momento dell'entrata in vigore della modifica della presente legge vengono trasferiti al Tribunale d'appello con effetto al momento dell'entrata in vigore del nuovo diritto.

21.
L'atto normativo "Legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (Legge scolastica)" CSC 421.000 (stato 1 marzo 2021) è modificato come segue:

[1)] RS 830.1

Art. 95 cpv. 3 (modificato), **cpv. 4 (modificato)**

[3] Decisioni di attribuzione negative e decisioni concernenti la mancata promozione e la promozione possono essere impugnate entro dieci giorni dinanzi all'Ufficio. L'Ufficio può prevedere una procedura di riesame speciale. Le decisioni dell'Ufficio possono essere impugnate entro dieci giorni dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[4] Le decisioni dell'Ufficio sulla disposizione e sulla revoca di provvedimenti di pedagogia specializzata nel settore ad alta soglia possono essere impugnate entro dieci giorni dinanzi al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

22.

L'atto normativo "Legge sulle scuole universitarie e sulla ricerca (LSUR)" CSC 427.200 (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 31 cpv. 1 (modificato)

[1] Una volta esaurita la procedura di impugnazione interna alla scuola, le seguenti decisioni delle scuole universitarie con ente responsabile cantonale possono essere impugnate entro dieci giorni tramite ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**:

Elenco invariato.

23.

L'atto normativo "Legge sulle lingue del Cantone dei Grigioni (LCLing)" CSC 492.100 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 3 cpv. 4 (modificato), **cpv. 5 (modificato)**

[4] Nei rapporti scritti, le autorità cantonali, il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, il Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** e il giudice dei provvedimenti coercitivi usano le lingue ufficiali nelle loro forme standard.

[5] La forma standard del romancio usata dalle autorità cantonali, dal Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, dal Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** e dal giudice dei provvedimenti coercitivi è il rumantsch grischun. Le persone di lingua romancia possono rivolgersi al Cantone negli idiomi o in rumantsch grischun.

Art. 8 cpv. 1 (modificato)

2. Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** e giudice dei provvedimenti coercitivi **(titolo modificato)**

[1] ~~Nelle loro memorie e istanze destinate~~ **In procedimenti dinanzi** al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, al Tribunale ~~amministrativo~~ **della magistratura** e al giudice dei provvedimenti coercitivi le parti possono usare una lingua ufficiale cantonale di loro scelta **per le loro memorie e istanze**.

Art. 10a cpv. 1 (modificato)

[1] Se un'autorità di conciliazione è competente per l'intero Cantone, si applicano le disposizioni relative al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, al Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** e al giudice dei provvedimenti coercitivi.

24.

L'atto normativo "Legge sulla protezione della natura e del paesaggio del Cantone dei Grigioni (Legge cantonale sulla protezione della natura e del paesaggio, LCNP)" CSC 496.000 (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 42 cpv. 2 (modificato)

[2] Contro le decisioni ~~del servizio specializzato~~**dei servizi specializzati** relative a una licenza edilizia è data facoltà di ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

25.

L'atto normativo "Legge d'applicazione della legge federale sui medicamenti e i dispositivi medici (Legge d'applicazione della legge sugli agenti terapeutici, LAdLATer)" CSC 500.500 (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 29a cpv. 1 (modificato)

[1] Contro decisioni della Commissione etica cantonale designata dal Governo è data facoltà di ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

26.

L'atto normativo "Legge sui Servizi psichiatrici dei Grigioni" CSC 500.900 (stato 1 gennaio 2021) è modificato come segue:

Art. 12 cpv. 3 (modificato)

[3] Il ricorso al Consiglio d'amministrazione contro decisioni in materia di diritto del personale prese dalla direzione è ammesso unicamente se è esclusa l'impugnazione al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

27.

L'atto normativo "Legge d'applicazione della legge sul lavoro e della prevenzione degli infortuni secondo la legge sull'assicurazione contro gli infortuni" CSC 530.100 (stato 1 gennaio 2011) è modificato come segue:

Art. 9 cpv. 2 (modificato)

[2] Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione.

28.
L'atto normativo "Legge sulla composizione dei conflitti collettivi del lavoro" CSC 538.100 (stato 1 gennaio 2011) è modificato come segue:

Art. 14 cpv. 1 (modificato)

[1] Riguardo al contenuto la proposta di mediazione è inappellabile. Le decisioni dell'Ufficio di conciliazione quale autorità di mediazione possono essere impugnate con ricorso conformemente al Codice di procedura civile[1)] dinanzi al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**, se viene fatta valere una violazione della legge.

29.
L'atto normativo "Legge sull'assicurazione malattie e la riduzione dei premi (LAMRP)" CSC 542.100 (stato 1 gennaio 2014) è modificato come segue:

Art. 19 cpv. 2 (modificato)

[2] Contro le decisioni su opposizione prese dalla Cassa di compensazione AVS è data facoltà di inoltrare ricorso scritto entro 30 giorni dalla comunicazione presso il Tribunale ~~amministrativo del Cantone dei Grigioni~~**d'appello**.

30.
L'atto normativo "Legge concernente le prestazioni complementari cantonali all'assicurazione per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità (Legge cantonale sulle prestazioni complementari)" CSC 544.300 (stato 1 gennaio 2012) è modificato come segue:

Art. 19 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro le decisioni su opposizione della Cassa di compensazione AVS può essere presentato ricorso entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione su opposizione al Tribunale ~~amministrativo del Cantone dei Grigioni~~**d'appello**.

31.
L'atto normativo "Legge sull'assistenza alle persone nel bisogno (Legge cantonale sull'assistenza)" CSC 546.250 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 13 cpv. 2 (modificato)

[2] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** decide controversie risultanti dall'applicazione della presente legge.

32.
L'atto normativo "Legge sugli assegni familiari (LAF)" CSC 548.100 (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

[1)] RS 272

Art. 22 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro le decisioni su opposizione delle casse di compensazione per gli assegni familiari può essere presentato ricorso al Tribunale ~~amministrativo del Cantone dei Grigioni~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione su opposizione.

Art. 23 cpv. 2 (modificato)

[2] Contro la decisione del Governo può essere inoltrato ricorso al Tribunale ~~amministrativo del Cantone dei Grigioni~~ **d'appello** entro 30- giorni dalla comunicazione della decisione.

33.
L'atto normativo "Legge sugli assegni maternità" CSC 548.200 (stato 1 agosto 2009) è modificato come segue:

Art. 13 cpv. 1 (modificato)

[1] Le disposizioni emanate in base alla presente legge possono essere impugnate entro 30 giorni dal recapito con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

34.
L'atto normativo "Legge sulla polizia del Cantone dei Grigioni (LPol)" CSC 613.000 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 22d cpv. 3 (modificato)

[3] Le decisioni del giudice possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**. Per la procedura fanno stato per analogia le disposizioni concernenti il ricorso di diritto penale.

35.
L'atto normativo "Legge d'applicazione della legislazione federale sugli stranieri e sull'asilo (LAdLSA)" CSC 618.100 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 21a cpv. 1 (modificato)

[1] Decisioni dell'autorità giudiziaria possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello**.

36.
L'atto normativo "Legge d'applicazione della legge federale sulla tassa d'esenzione dall'obbligo militare (LAdLTEO)" CSC 620.100 (stato 1 maggio 2017) è modificato come segue:

Art. 3 cpv. 1 (modificato)

Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello (titolo modificato)**

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** è competente per:

Elenco invariato.

37.

L'atto normativo "Legge sulla gestione finanziaria del Cantone dei Grigioni (LGF)" CSC 710.100 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 21 cpv. 1

[1] In caso di crediti individuali del Cantone non è inoltre necessario un credito suppletivo:

d) **(modificata)** per trasferimenti di crediti all'interno dei crediti di sviluppo delle singole categorie di strade nonché tra voci di sussidio identiche del conto economico e del conto degli investimenti~~.~~**;**

e) **(nuova)** per uscite indispensabili delle autorità giudiziarie e prossime alla giustizia in relazione diretta alla giurisprudenza.

Art. 39 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (abrogato)**, **cpv. 3 (modificato)**

~~Tribunale cantonale e Tribunale amministrativo~~**Autorità giudiziarie (titolo modificato)**

[1] Per quanto riguarda le competenze decisionali relative ai crediti, il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e il Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** sono equiparati al Governo.

[2] *Abrogato*

[3] Per quanto necessario per il settore giudiziario, il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo possono~~**d'appello può**, dopo aver sentito il Dipartimento delle finanze e dei comuni e il Controllo delle finanze, emanare tramite ordinanza disposizioni derogatorie di diritto finanziario.

Art. 39a

Abrogato

38.

L'atto normativo "Legge sulla vigilanza finanziaria (LVF)" CSC 710.300 (stato 1 gennaio 2017) è modificato come segue:

Art. 1 cpv. 1, **cpv. 2 (modificato)**

[1] L'organo specialistico supremo in materia di vigilanza finanziaria del Cantone è il Controllo delle finanze. Esso sostiene:

a) **(modificata)** il Gran Consiglio e la sua Commissione della gestione nell'esercizio del compito costituzionale di vigilanza finanziaria sull'Amministrazione, sul Tribunale ~~cantonale e~~ **d'appello,** sul Tribunale ~~amministrativo,~~**della magistratura** nonché sugli istituti autonomi di diritto pubblico;

c) **(modificata)** il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo~~**d'appello** negli aspetti finanziari della vigilanza sulla giustizia.

[2] Il Controllo delle finanze è indipendente e autonomo nell'esercizio delle sue funzioni specifiche. Nella sua attività di verifica esso sottostà soltanto alla Costituzione e alla legge. Stabilisce annualmente il suo programma di verifica e lo porta a conoscenza della Commissione della gestione, del Governo e per estratti a conoscenza del Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e del Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**.

Art. 8 cpv. 2 (modificato)

[2] Esso tratta direttamente con la Commissione della gestione, con il Governo, ~~nonché~~ con il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e **con** il Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**. Questi invitano periodicamente il capo del Controllo delle finanze a un colloquio.

Art. 9 cpv. 2 (modificato)

[2] Esso fornisce alla Commissione della gestione qualsiasi informazione utile all'esercizio dell'alta vigilanza. Su richiesta mette a sua disposizione tutte le risoluzioni del Governo, dei Dipartimenti, ~~nonché~~ del Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** e del Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura** che riguardano la sorveglianza sui crediti di preventivo e la gestione finanziaria. Inoltre esso invia alla Commissione della gestione tutti i rapporti di verifica e la relativa corrispondenza, nonché le decisioni circa contestazioni e proposte.

Art. 13 cpv. 1 (modificato)

[1] Le commissioni parlamentari d'inchiesta, la Commissione della gestione, il Governo, i dipartimenti, nonché il Tribunale ~~cantonale e il Tribunale amministrativo~~ **d'appello** possono assegnare al Controllo delle finanze incarichi di verifica speciali e interpellarlo quale organo consultivo in questioni di vigilanza finanziaria.

Art. 14 cpv. 2 (modificato)

[2] Il rapporto, che può essere associato a proposte, deve essere inviato al servizio cantonale competente, al tribunale regionale competente, all'autorità di conciliazione competente, al Dipartimento competente, alla Cancelleria dello Stato, al Tribunale ~~cantonale o~~ **d'appello,** al Tribunale ~~amministrativo, nonché~~**della magistratura e** al Dipartimento delle finanze e dei comuni. In caso di mandati di revisione, il rapporto è indirizzato all'organo competente.

Art. 15 cpv. 2 (modificato)

[2] Se nell'esercizio delle sue funzioni di vigilanza il Controllo delle finanze riscontra irregolarità nell'organizzazione, nel metodo o nell'impiego del personale che non riguardano direttamente le finanze e la contabilità, ne informa per iscritto il Dipartimento preposto, la Cancelleria dello Stato, il Tribunale ~~cantonale o il Tribunale amministrativo,~~**d'appello** nonché il Dipartimento delle finanze e dei comuni. Esso può raccomandare misure di miglioramento.

Art. 16 cpv. 2

[2] Se una contestazione o una proposta non può essere liquidata entro il termine fissato o se le contestazioni e le proposte sono controverse, il Controllo delle finanze sottopone la pratica per la decisione definitiva:

b) **(modificata)** alla commissione di vigilanza competente a destinazione del Gran Consiglio nei casi che riguardano il Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** o il Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**;

c) **(modificata)** al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** nei casi che riguardano un tribunale regionale o un'autorità di conciliazione.

Art. 18 cpv. 1 (modificato)

[1] Qualora sussistano indizi di reato, il Controllo delle finanze lo comunica al Dipartimento competente, alla Cancelleria dello Stato, al Tribunale ~~cantonale~~**d'appello** o al Tribunale ~~amministrativo~~**della magistratura**. Le autorità informate provvedono immediatamente alle misure del caso.

39.

L'atto normativo "Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni" CSC 720.000 (stato 1 gennaio 2022) è modificato come segue:

Art. 137a cpv. 1 (modificato)

[1] Se il reclamo è rivolto contro una decisione di tassazione motivata in modo esauriente, con l'approvazione del reclamante e dell'autorità di tassazione esso può essere trasmesso come ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 139 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro le decisioni ~~di~~**su** reclamo e le decisioni relative a condoni fiscali il contribuente può presentare ricorso scritto al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dalla notifica della decisione.

Art. 140 cpv. 2 (modificato)

[2] Nella procedura di ricorso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** ha le medesime competenze dell'autorità di tassazione nella procedura di tassazione. Un dibattimento orale ha luogo solo eccezionalmente.

Art. 142 cpv. 2 (modificato)

[2] L'Amministrazione cantonale delle imposte è competente per giudicare le istanze di revisione di decisioni di tassazione e di reclamo, mentre la revisione di decisioni ~~di~~**su** ricorso spetta al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 158 cpv. 3 (modificato)

[3] La decisione di garanzia deve essere notificata al contribuente per iscritto e può essere impugnata con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 166 cpv. 3 (modificato)

[3] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** è commissione di ricorso ai sensi della legge federale sull'imposta preventiva[1)], rispettivamente della legge federale sull'imposta federale diretta[2)].

40.
L'atto normativo "Legge sulle imposte comunali e di culto (LImpCC)" CSC 720.200 (stato 1 gennaio 2021) è modificato come segue:

Art. 29 cpv. 2 (modificato)

[2] Contro decisioni su opposizione e di revisione il contribuente può presentare ricorso scritto al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dal recapito.

41.
L'atto normativo "Legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC)" CSC 801.100 (stato 1 aprile 2019) è modificato come segue:

Art. 87 cpv. 4 (modificato)

[4] Se l'autorità EFZ rilascia il permesso EFZ, ciò viene comunicato dall'autorità edilizia comunale contemporaneamente al rilascio della licenza edilizia. In tal caso la licenza edilizia può essere impugnata direttamente al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** a prescindere da eventuali rimedi giuridici comunali.

Art. 100 cpv. 2 (modificato)

[2] Se autorizzazioni supplementari vengono rese pubbliche insieme a decisioni, decreti o risoluzioni che sono ~~sottoposte~~**soggetti** a ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~ **d'appello**, il rimedio legale del ricorso vale anche per un'eventuale impugnazione dell'autorizzazione supplementare.

1) Art. 35 cpv. 2 LIP
2) Art. 104 cpv. 3 LIFD

Art. 102 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] Decisioni del Governo sull'emanazione di piani delle utilizzazioni cantonali e di ordinamenti sostitutivi, sull'approvazione di ordinamenti base comunali, nonché su ricorsi di pianificazione territoriale possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[2] Decisioni del Governo ai sensi del capoverso 1, nonché decisioni sull'emanazione del piano direttore cantonale e sull'approvazione di piani direttori regionali possono essere impugnate dai comuni e dalle regioni interessati, quali responsabili della pianificazione locale rispettivamente regionale, con ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 103 cpv. 1 (modificato)

[1] Decisioni di autorità cantonali che si basano sulla presente legge o su atti normativi fondati su quest'ultima e che secondo esplicita regolamentazione non possono essere impugnate presso il Governo, sono soggette a ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 105 cpv. 2 (modificato)

[2] Il diritto di ricorso del Cantone ai sensi della legge federale sulla pianificazione territoriale[1)] compete al Governo. Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** offre al Dipartimento la possibilità di partecipare alla procedura per quanto riguarda edifici ed impianti al di fuori delle zone edificabili e l'espropriazione materiale.

42.
L'atto normativo "Legge sulle espropriazioni del Cantone dei Grigioni" CSC 803.100 (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 18

Abrogato

Art. 19 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**, **cpv. 4 (nuovo)**, **cpv. 5 (nuovo)**

~~Commissioni~~**Commissione** di espropriazione
1. Posizione e composizione (titolo modificato)

[1] ~~Per tutti i casi di espropriazione che hanno luogo in un circondario d'espropriazione, il Governo nomina~~ **Vi è** una commissione di espropriazione ~~composta di tre membri e due supplenti in carica~~ per ~~4 anni. Il presidente è designato dal Governo. Circa la tenuta del verbale decide la commissione stessa~~**l'intero Cantone**.

1) RS 700

[2] ~~Per la ricusazione fanno stato le disposizioni della legge sulla giustizia amministrativa~~**La commissione di espropriazione è composta da un presidente, da un vicepresidente e da cinque altri membri**.

[3] ~~Se l'opera da eseguire si estende a più circondari d'espropriazione, il Governo designa una~~ **La** commissione ~~d'espropriazione unica~~**di espropriazione è autonoma nella giurisprudenza e vincolata unicamente al diritto**.

[4] La commissione di espropriazione può costituire una segreteria e un attuariato. Sotto il profilo amministrativo è annessa al Tribunale d'appello. Lì dispone di un indirizzo di recapito.

[5] Il Governo stabilisce l'indennità giornaliera per i membri della commissione di espropriazione attivi a titolo accessorio. Esso può prevedere deroghe agli importi previsti dall'articolo 70 della legge sul rapporto di lavoro dei collaboratori del Cantone dei Grigioni[1)].

Art. 19a (nuovo)

2. Nomina

[1] I membri della commissione di espropriazione appartengono a diversi gruppi professionali e sono in possesso delle conoscenze specialistiche, linguistiche e del luogo necessarie per l'adempimento dei compiti.

[2] Il Tribunale d'appello nomina i membri della commissione di espropriazione per la durata di quattro anni. È possibile procedere a nomine sostitutive durante il periodo di carica.

[3] Il Tribunale d'appello pubblica i posti vacanti, per quanto non si presentino per una nuova nomina membri in carica della commissione di espropriazione.

[4] La composizione della commissione di espropriazione deve essere resa nota pubblicamente.

Art. 20

3. Competenze **(titolo modificato)**

Art. 20a (nuovo)

4. Composizione

[1] La commissione di espropriazione decide nella composizione di tre membri. Il collegio giudicante è composto:

a) dal presidente o dal vicepresidente (presidenza);
b) da altri due membri.

[2] Se la commissione di espropriazione ha costituito un attuariato, l'attuario prende parte al procedimento in conformità alle istruzioni impartite dal presidente. Egli ha voto consultivo nel processo decisionale.

[1)] CSC 170.400

Art. 21 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**, **cpv. 3 (modificato)**

[1] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** esercita la vigilanza ~~sulle commissioni d'espropriazione~~**sulla commissione di espropriazione**.

[2] ~~Esso esercita in maniera opportuna la~~ **Nei confronti della commissione di espropriazione e dei suoi membri esso dispone degli stessi strumenti di** vigilanza ~~sul loro funzionamento~~ e ~~può impartire~~ **mezzi ausiliari di cui dispone nei confronti delle altre autorità giudiziarie e dei** loro ~~istruzioni generali~~**membri sottoposti alla sua vigilanza diretta**.

[3] ~~Le~~ **Si applicano per analogia le** disposizioni della legge sull'organizzazione giudiziaria[1)] relative alla vigilanza sulla giustizia ~~si applicano per analogia~~.

Art. 22 cpv. 1 (modificato)

Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello (titolo modificato)**

[1] L'espropriante e l'espropriato possono presentare ricorso**,** quando non sia esplicitamente disposto in altro modo, al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** contro tutte le decisioni della commissione ~~d'espropriazione~~ **di espropriazione** su oggetti[2)].

Art. 36 (nuovo)

Disposizioni transitorie concernenti la riorganizzazione delle commissioni di espropriazione

[1] Il periodo di carica dei membri delle commissioni di espropriazione si conclude il 31 dicembre 2024.

[2] I poteri, i beni e le obbligazioni delle commissioni di espropriazione di diritto anteriore passano senza indennizzo alcuno alle commissioni di espropriazione di nuovo diritto al momento dell'entrata in vigore della presente legge.

[3] I procedimenti che al momento dell'entrata in vigore della presente legge sono pendenti dinanzi alle commissioni di espropriazione di diritto anteriore vengono trasferiti alla commissione di espropriazione di nuovo diritto con effetto al momento dell'entrata in vigore del nuovo diritto.

43.

L'atto normativo "Legge sui comprensori del Cantone dei Grigioni" CSC 803.200 (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 9 cpv. 1 (modificato)

[1] Le decisioni ai sensi dell'articolo 7 capoverso 3 possono essere impugnate con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni.

---

1) CSC 173.000

2) Vedi gli art. 52 segg. LTA, CSC 370.100

Art. 13 cpv. 2 (modificato)

[2] Il decreto d'inizio va reso noto in modo adatto e comunicato per iscritto ai proprietari fondiari interessati, o all'amministratore di comunioni di proprietà per piani, con l'indicazione che contro l'applicazione della procedura di comprensorio di per sé e contro la delimitazione del territorio di comprensorio si può ricorrere entro 30 giorni al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 17 cpv. 3 (modificato)

[3] Contro la decisione ~~di~~**su** opposizione si può far ricorso entro 30 giorni al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

44.
L'atto normativo "Legge sugli appalti pubblici (Lap)" CSC 803.300 (stato 1 gennaio 2014) è modificato come segue:

Art. 25 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro le decisioni del committente può essere interposto ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 28 cpv. 2 (modificato)

[2] Il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** può, su richiesta o d'ufficio, accordare l'effetto sospensivo qualora il ricorso appaia sufficientemente motivato e non vi si oppongano interessi prevalenti, siano essi pubblici o privati.

Art. 29 cpv. 1 (modificato), **cpv. 2 (modificato)**

[1] Se il contratto non è ancora stato concluso, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** può annullare la decisione e decidere esso stesso nel merito oppure può rinviare al committente la decisione, con o senza condizioni vincolanti.

[2] Se il contratto è già stato concluso ed il ricorso risulta fondato, il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** constata il carattere illegale della decisione.

Art. 30 cpv. 1 (modificato)

[1] Il committente è responsabile dei danni derivanti ~~dalla~~ **da una** sua decisione~~,~~ la cui illegalità è stata constatata dal Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 31 cpv. 3 (modificato)

[3] Qualora non esistano altre regolamentazioni di leggi speciali, tale decisione può essere impugnata entro 30 giorni mediante ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

45.
L'atto normativo "Legge sui diritti d'acqua del Cantone dei Grigioni (LGDA)" CSC 810.100 (stato 1 gennaio 2013) è modificato come segue:

Art. 56 cpv. 3 (modificato)

[3] La decisione di approvazione della concessione può essere impugnata entro 30 giorni con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**. Anche i comuni sono legittimati a ricorrere.

46.
L'atto normativo "Legge d'introduzione della legge federale sulla protezione delle acque (Legge cantonale sulla protezione delle acque, LCPAc)" CSC 815.100 (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 36 cpv. 1 (modificato)

[1] Le decisioni di comuni, unioni di comuni nonché dell'Ufficio~~,~~ che sono in relazione con una licenza edilizia~~,~~ possono essere ~~fatte proseguire~~ **impugnate** con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni.

47.
L'atto normativo "Legge d'introduzione alla legge federale sulla protezione dell'ambiente (Legge cantonale sulla protezione dell'ambiente, LCPAmb)" CSC 820.100 (stato 1 aprile 2020) è modificato come segue:

Art. 53 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro le decisioni del Servizio connesse con una licenza edilizia può essere inoltrato ricorso presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni.

48.
L'atto normativo "Legge sull'energia del Cantone dei Grigioni (LGE)" CSC 820.200 (stato 1 gennaio 2021) è modificato come segue:

Art. 39 cpv. 3 (modificato)

[3] Le controversie relative alle condizioni di raccordo per produttori indipendenti secondo l'articolo 7 della legge federale sull'energia[1)] nella versione del 26 giugno 1998[2)] sono decise dal Dipartimento, fatta salva l'impugnazione al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

[1)] RS 730.0
[2)] RU 1999, 197

49.
L'atto normativo "Legge sulle valutazioni immobiliari ufficiali (LVI)" CSC 850.100 (stato 1 gennaio 2018) è modificato come segue:

Art. 20 cpv. 1 (modificato)

[1] Contro la decisione su opposizione dell'Ufficio è data facoltà di ricorso scritto al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dalla comunicazione.

50.
L'atto normativo "Legge sulla conservazione e il promovimento dell'agricoltura (Legge sull'agricoltura)" CSC 910.000 (stato 1 dicembre 2012) è modificato come segue:

Art. 29 cpv. 2 (modificato)

[2] Contro le decisioni e i disposti del dipartimento è ammesso il ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

51.
L'atto normativo "Legge sulle bonifiche fondiarie del Cantone dei Grigioni" CSC 915.100 (stato 1 gennaio 2016) è modificato come segue:

Art. 6 cpv. 3 (modificato)

[3] La decisione del Dipartimento può essere impugnata con ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 18 cpv. 1 (modificato)

[1] Il decreto d'esecuzione e l'ordine d'ufficio possono essere impugnati mediante ricorso direttamente presso il Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**. Il ricorso deve rivolgersi contro il comune responsabile dell'esecuzione o, nel caso di un ordine dato dal Governo, contro il Cantone.

Art. 37 cpv. 1 (modificato)

[1] ~~La commissione~~**Le commissioni** di stima e il Tribunale ~~amministrativo cantonale~~ **d'appello** sono le autorità d'impugnazione.

Art. 43 cpv. 1 (modificato)

[1] Sia i proprietari fondiari interessati sia l'ente responsabile dell'operazione possono presentare ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello** entro 30 giorni dal recapito contro le decisioni della commissione di stima.

Art. 44 cpv. 3 (modificato)

[3] Contro la decisione ~~d'opposizione~~ **su opposizione** è possibile inoltrare ricorso al Tribunale ~~amministrativo~~**d'appello**.

Art. 44[ter] cpv. 1

[1] È legittimato a presentare opposizione

c) **(modificata)** le organizzazioni svizzere per la protezione dell'ambiente, per e in quanto ~~fruiscano anche del~~ **possano presentare** ricorso **in materia** di diritto ~~amministrativo~~**pubblico** al Tribunale federale.

52.

L'atto normativo "Legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC)" CSC 150.100 (revisione parziale del 12 febbraio 2018) è modificato come segue:

Art. 19b cpv. 1 (modificato), cpv. 3 (modificato)

[1] ~~Entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione deve essere pubblicato l'invito~~**L'invito** all'inoltro di proposte di candidatura **deve essere pubblicato**:

Elenco invariato

[3] ~~In caso di elezioni cantonali e regionali l'invito~~**L'invito** viene pubblicato ~~sul Foglio ufficiale cantonale, in caso di elezioni comunali nelle forme usuali del luogo~~**:**

a) **(nuovo)** in caso di elezioni cantonali entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione nel Foglio ufficiale cantonale;

b) **(nuovo)** in caso di elezioni regionali entro il ventesimo lunedì precedente la data dell'elezione nel Foglio ufficiale cantonale;

c) **(nuovo)** in caso di elezioni comunali entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione nei mezzi di pubblicazione usuali del luogo.

Art. 19e cpv. 1 (modificato)

[1] Le proposte di candidatura devono pervenire ~~entro il nono lunedì precedente la data dell'elezione~~:

a) alla Cancelleria dello Stato, in caso di elezioni cantonali**, entro il nono lunedì precedente la data dell'elezione**;

c) alla commissione amministrativa competente, in caso di elezioni dei tribunali regionali**, entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione**;

d) alla cancelleria comunale competente, in caso di elezioni comunali**, entro il nono lunedì precedente la data dell'elezione**.

Art. 19f cpv. 5 (nuovo)

d) **Rettifica e comunicazione (titolo modificato)**

[5] La commissione amministrativa del tribunale regionale competente comunica al Tribunale d'appello le proposte di candidatura pervenute tempestivamente e informa il Tribunale d'appello in merito a proposte di candidatura non ammesse.

Art. 19g cpv. 1 (modificato)

[1] ~~R~~**I ritiri** di proposte di candidatura devono pervenire all'autorità competente per la ricezione delle proposte di candidatura entro il nono venerdì precedente la data dell'elezione **in caso di elezioni cantonali e comunali ed entro il quattordicesimo lunedì precedente la data dell'elezione in caso di elezioni dei tribunali regionali**.

Art. 19m cpv. 1 (modificato)

[1] ~~Si procede a un'elezione~~**Un'elezione è** tacita quando il numero delle persone validamente proposte corrisponde al numero di seggi da assegnare**, se il Tribunale d'appello non ritiene inidoneo nessun candidato**. In caso contrario si procede a un'elezione pubblica.

III.

1.
L'atto normativo "Legge sull'organizzazione giudiziaria (LOG)" CSC 173.000 (stato 1 luglio 2021) è abrogato.

2.
L'atto normativo "Legge sugli stipendi e la previdenza professionale dei membri del Tribunale cantonale e del Tribunale amministrativo (LSPT)" CSC 173.050 (stato 1 luglio 2021) è abrogato.

IV.

La presente legge è soggetta a referendum facoltativo. Essa entra in vigore soltanto in caso di approvazione della revisione parziale della Costituzione cantonale del ….

Il Governo stabilisce la data dell'entrata in vigore della presente legge.

Auszug Geltendes Recht

Verfassung des Kantons Graubünden

Vom 14. September 2003 (Stand 1. Oktober 2021)

Wir, das Volk des Kantons Graubünden,

im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott sowie gegenüber den Mitmenschen und der Natur,
im Bestreben, Freiheit, Frieden und Menschenwürde zu schützen, Demokratie und Rechtsstaat zu gewährleisten, Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit zu fördern und eine gesunde Umwelt für die künftigen Generationen zu erhalten,
in der Absicht, die Dreisprachigkeit und kulturelle Vielfalt zu fördern
und als Teil des geschichtlichen Erbes zu bewahren,

geben uns folgende Verfassung[1)]:

3. Politische Rechte

3.2. VOLKSINITIATIVE

Art. 14 Ungültigkeit

[1] Eine Initiative ist ganz oder teilweise ungültig, wenn sie:

1. die Einheit der Form oder der Materie nicht wahrt;
2. in offensichtlichem Widerspruch zu übergeordnetem Recht steht;
3. undurchführbar ist;
4. eine Rückwirkung vorsieht, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar ist.

[2] Sie kann teilweise für ungültig erklärt werden, falls dadurch der Wille der Initiantinnen und Initianten nicht verfälscht wird und die Vorlage ein sinnvolles Ganzes ergibt.

[3] Über die Ungültigkeit entscheidet der Grosse Rat. Dieser Entscheid ist an das Verwaltungsgericht weiterziehbar.

[1)] B vom 15. Januar 2002, 479; GRP 2002/2003; 216 und 346 (1. Lesung) und 464 und 690 (2. Lesung); Gewährleistung vom 15. Juni 2004, BBL 2004, 3643

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

4. Behörden und Gerichte

4.1. ALLGEMEINES

Art. 21 Wählbarkeit

[1] In die kantonalen Behörden und Gerichte sowie in den Ständerat sind die Stimmberechtigten des Kantons wählbar. Das Gesetz kann vorsehen, dass die Wählbarkeitsvoraussetzung erst bei Amtsantritt erfüllt sein muss. *****

[2] Weitere Wählbarkeitsvoraussetzungen für die kantonalen Behörden und Gerichte sowie die Anstellungsvoraussetzungen für das Staatspersonal werden durch Gesetz geregelt.

[3] Das Gesetz regelt die Einstellung im Amt und die Amtsenthebung von Mitgliedern von Behörden und Gerichten. *****

Art. 22 Unvereinbarkeiten

[1] Niemand darf seiner unmittelbaren Aufsichtsbehörde angehören.

[2] Mitglieder der Regierung und der richterlichen Behörden sowie das voll- und hauptamtliche Personal des Kantons dürfen nicht dem Grossen Rat angehören.

[3] Richterinnen und Richter dürfen nicht gleichzeitig der Regierung oder einer anderen richterlichen Behörde im Kanton angehören.

[4] Mitglieder der Regierung und die vollamtlichen Mitglieder einer richterlichen Behörde dürfen nicht der Bundesversammlung oder dem Bundesgericht angehören.

[5] Das Gesetz regelt weitere Fälle der Unvereinbarkeit von Ämtern und Aufgaben, den Verwandtenausschluss sowie die Ausnahmen.

Art. 23 Amtsdauer

[1] Die Amtsdauer des Grossen Rates, der Regierung, der Gerichte sowie der Mitglieder des Ständerates beträgt vier Jahre.

4.2. DER GROSSE RAT

4.2.2. Aufgaben

Art. 31 Gesetzgebung

[1] Alle wichtigen Bestimmungen sind durch den Grossen Rat in der Form des Gesetzes zu erlassen.

[2] Wichtige Bestimmungen sind insbesondere jene, für welche die Verfassung das Gesetz vorsieht, sowie solche betreffend:

1. Zweck und Umfang von Grundrechtsbeschränkungen;

2. Kreis der Abgabepflichtigen, Gegenstand und Bemessungsgrundlagen von Abgaben, soweit diese nicht von geringfügiger Natur sind;
3. Zweck, Inhalt und Umfang von bedeutenden staatlichen Leistungen;
4. Grundsätze der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden;
5. Grundsätze von Organisation und Aufgaben der Behörden und Gerichte;
6. Art und Umfang der Übertragung von hoheitlichen und anderen bedeutenden öffentlichen Aufgaben an Trägerschaften ausserhalb der kantonalen Verwaltung.

[3] Die Gültigkeit der Gesetze kann befristet werden. Vor der Verlängerung sind die Gesetze auf ihre Wirksamkeit zu prüfen.

Art. 33 Aufsicht und Oberaufsicht

[1] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über die Regierung sowie das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht aus.

[2] Ihm obliegt die Oberaufsicht über die Verwaltung, die anderen Zweige der Rechtspflege und über andere Träger öffentlicher Aufgaben.

Art. 36 Wahlen

[1] Der Grosse Rat wählt:

1. seine Organe und Kommissionen;
2. das Präsidium der Regierung;
3. die Mitglieder des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes;
4. weitere Amtsinhaberinnen und -inhaber nach Massgabe der Gesetzgebung.

4.3.3. Verwaltung

Art. 50 Andere Träger öffentlicher Aufgaben

[1] Der Kanton kann die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben Trägern ausserhalb der kantonalen Verwaltung übertragen.

[2] Die Aufsicht durch die Regierung, eine angemessene Mitwirkung des Grossen Rates und der Rechtsschutz müssen sichergestellt sein.

[3] Soweit nicht die Form des Gesetzes vorgeschrieben ist, können selbständige Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts Verordnungen erlassen, wenn sie durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt werden. *****

4.4. GERICHTE

Art. 51 Unabhängigkeit und Unparteilichkeit

[1] Die Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit der Gerichte sind gewährleistet. Die Gerichte sind in ihrer Rechtsprechung nur dem Recht verpflichtet.

[2] Die Justizverwaltung ist unter Vorbehalt der Befugnisse des Grossen Rates Sache der Gerichte.

[3] Richterinnen und Richter dürfen Parteien nicht in streitigen Verfahren vor der eigenen Instanz vertreten.

[4] Vollamtlichen Mitgliedern einer richterlichen Behörde ist jede Nebenbeschäftigung untersagt. Das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen.

Art. 51a * Finanzen, Mitwirkung im Grossen Rat und Rechtsetzung

[1] Das Kantons- und das Verwaltungsgericht unterbreiten dem Grossen Rat den Entwurf für ihr Budget sowie die Rechnung und den Jahresbericht zur Genehmigung.

[2] Die Präsidentinnen und Präsidenten nehmen an den Sitzungen des Grossen Rates zum Budget, zur Rechnung und zu den Jahresberichten der Gerichte teil. Sie haben beratende Stimme und können Anträge stellen.

[3] Soweit nicht die Form des Gesetzes vorgeschrieben ist, können das Kantons- und das Verwaltungsgericht auf dem Gebiet der Justizverwaltung und -aufsicht Verordnungen erlassen, wenn sie durch Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt werden.

Art. 52 Justizaufsicht

[1] Das Kantonsgericht übt die Aufsicht über alle Bereiche der Zivil- und Strafrechtspflege aus.

[2] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht sowie die Oberaufsicht über die anderen Zweige der Rechtspflege aus.

[3] Aufsicht und Oberaufsicht beschränken sich auf die Geschäftsführung und die Justizverwaltung.

Art. 54 Zivil- und Strafgerichtsbarkeit

[1] Die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit werden ausgeübt durch:

1. das Kantonsgericht;
2. ***** die Regionalgerichte als untere kantonale Gerichte.
3. ***** …

Art. 55 Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

[1] Die letztinstanzliche Beurteilung von öffentlichrechtlichen Streitigkeiten obliegt dem Verwaltungsgericht, sofern nicht ein Gesetz etwas anderes bestimmt.

[2] Das Verwaltungsgericht beurteilt als Verfassungsgericht: *****

1. Beschwerden wegen Verletzung von verfassungsmässigen und politischen Rechten sowie des Grundsatzes des Vorrangs von übergeordnetem Recht;
2. ***** Beschwerden wegen Verletzung der Autonomie der Gemeinden und anderer öffentlichrechtlicher Körperschaften sowie der Landeskirchen.

[3] Im verfassungsgerichtlichen Verfahren können Gesetze und Verordnungen sowohl unmittelbar angefochten als auch im Anwendungsfall überprüft werden.

Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Juli 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010[3)],

beschliesst:

1. Einleitung

Art. 1 Geltungsbereich

[1] Dieses Gesetz regelt die Organisation der richterlichen Behörden und der Schlichtungsbehörden.

[2] Die Zuständigkeiten der Gerichte und Schlichtungsbehörden, die Verfahren, die Prozessfähigkeit und Rechtsvertretung sowie ergänzende Vorschriften zu diesem Gesetz sind Gegenstand der Gesetzgebung über die Zivil-, die Straf- und die Verwaltungsrechtspflege.

Art. 2 Kompetenzkonflikte

[1] Die Konfliktbehörde entscheidet Kompetenzkonflikte zwischen Organen der Rechtsprechung, für deren Lösung das Gesetz keine andere Regelung vorsieht.

[2] Sie besteht aus:

a) der Vorsteherin oder dem Vorsteher des für die Justiz zuständigen Departements (Vorsitz) und
b) den Präsidentinnen und Präsidenten des Kantons- und des Verwaltungsgerichts.

[3] Sie wird von einem Organ der Rechtsprechung angerufen, wenn Einigkeit über den Kompetenzkonflikt besteht.

---

1) GRP 2009/2010, 853
2) BR 110.100
3) Seite 795

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2. Gemeinsame Bestimmungen

2.1. ALLGEMEINE ORGANISATION

Art. 3 Sitz

[1] Das Kantonsgericht, das Verwaltungsgericht, das kantonale Zwangsmassnahmengericht und die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen haben ihren Sitz in Chur.

[2] Die Regionalgerichte, die Vermittlerämter und die Schlichtungsbehörden für Mietsachen haben ihren Sitz in der Regel am Regionshauptort beziehungsweise an dem von der Verwaltungskommission des Regionalgerichts bestimmten Ort. *

Art. 4 Ausschluss

[1] Ehegatten, eingetragene Partnerinnen und Partner, Personen, die eine faktische Lebensgemeinschaft führen, und Verlobte sowie Verwandte und Verschwägerte bis zum dritten Grad dürfen nicht gleichzeitig als Richterin respektive Richter, als Mitglied oder als Aktuarin respektive Aktuar einem Gericht oder einer Schlichtungsbehörde angehören.

[2] Für den Vorrang ist die durch die Wahl bestimmte Reihenfolge massgebend.

[3] Der Ausschluss besteht nach Auflösung der Ehe, der Verlobung, der eingetragenen Partnerschaft oder der faktischen Lebensgemeinschaft fort.

Art. 5 Konstituierung

[1] Unter Vorbehalt der Befugnisse des Wahlorgans konstituieren sich die Gerichte selbst.

[2] Sie teilen insbesondere die Richterinnen und Richter den einzelnen Kammern zu und bezeichnen deren Vorsitzende.

Art. 6 Amtseid und Handgelübde

[1] Die Richterinnen und Richter, die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie die Aktuarinnen und Aktuare legen vor ihrem Amtsantritt einen Amtseid oder ein Handgelübde auf gewissenhafte Pflichterfüllung ab.

[2] Es leisten den Amtseid oder das Handgelübde:

a) die Präsidentinnen und Präsidenten des Kantons- und des Verwaltungsgerichts vor dem Grossen Rat;
b) die Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts vor der Gerichtspräsidentin oder dem Gerichtspräsidenten;
c) * die Regionalgerichtspräsidentinnen und -präsidenten vor dem Kantonsgericht (Gesamtgericht);
d) * die Mitglieder des Regionalgerichts vor der Regionalgerichtspräsidentin oder dem Regionalgerichtspräsidenten;

e) * die Mitglieder der Schlichtungsbehörden sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter vor der Regionalgerichtspräsidentin oder dem Regionalgerichtspräsidenten;
f) die Aktuarinnen und Aktuare vor der Gerichtspräsidentin oder dem Gerichtspräsidenten.

[3] Amtseid und Handgelübde haben folgenden Wortlaut: "Sie als gewählte Präsidentin / gewählter Präsident (gewählte Richterin oder gewählter Richter, gewähltes Mitglied, Aktuarin oder Aktuar) des (Kantons-, Verwaltungs-, Regionalgerichts oder der Schlichtungsbehörde) schwören zu Gott (geloben), alle Pflichten Ihres Amtes nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen." "Ich schwöre (gelobe) es." *

Art. 7 Amtsenthebung

[1] Die Aufsichtsbehörde kann eine Richterin, einen Richter oder ein Mitglied einer Schlichtungsbehörde vor Ablauf der Amtsdauer des Amtes entheben, wenn sie oder er:

a) vorsätzlich oder grobfahrlässig Amtspflichten schwer verletzt hat;
b) die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat;
c) wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde oder
d) aus anderen schwerwiegenden Gründen als Mitglied eines Gerichts oder einer Schlichtungsbehörde nicht mehr zumutbar erscheint.

[2] Der Grosse Rat entscheidet mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder.

[3] Das Verfahren richtet sich sinngemäss nach den Bestimmungen über die Amtsenthebung von Mitgliedern des Grossen Rats oder der Regierung.

Art. 8 Geschäftsführung

[1] Die Präsidentin oder der Präsident führt das Gericht, überwacht die gesamte Geschäftstätigkeit und vertritt das Gericht nach aussen.

[2] Die Kanzlei führt die Geschäftskontrollen und besorgt die allgemeinen Kanzleiarbeiten.

Art. 8a * Stellenschaffung und -einreihung

[1] Das Kantons- beziehungsweise das Verwaltungsgericht stellen Stellenschaffungsanträge an den Grossen Rat.

[2] Das Kantonsgericht bestimmt aufgrund der jeweiligen Geschäftslast und nach Anhörung der Regionalgerichte für jedes Regionalgericht die Stellenprozente für Aktuariat und Kanzleipersonal.

[3] Das Kantonsgericht reiht die Stellen der Mitglieder und Mitarbeitenden der Regionalgerichte sowie der Vermittlerinnen und Vermittler gestützt auf entsprechende Vorschläge des kantonalen Personalamtes und nach Anhörung der Regionalgerichte in die Gehaltsklassen gemäss kantonalem Personalrecht ein oder sieht für die Vermittlerinnen und Vermittler eine Entschädigung nach Taggeld vor. Es regelt die Zuständigkeiten, das Verfahren sowie weitere Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 8b * Stellung, Besoldung und berufliche Vorsorge

[1] Die Besoldung, die Personalnebenkosten und die berufliche Vorsorge der Richterinnen und Richter des Kantons- beziehungsweise des Verwaltungsgerichts richten sich nach der Spezialgesetzgebung.

[2] Die Besoldung, die Personalnebenkosten und die berufliche Vorsorge der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrecht. Bezüglich Dienstverhältnis gelten dieselben Bestimmungen wie für Richterinnen und Richter des Kantons- beziehungsweise des Verwaltungsgerichts.

[3] Die Entschädigungen der nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der nebenamtlichen Aktuarinnen und Aktuare setzen die Regionalgerichte im Rahmen des kantonalen Rechts fest. Die Stellung und die Besoldung der Mitglieder der Schlichtungsbehörden für Mietsachen und für Gleichstellungssachen richten sich nach den Bestimmungen für die nebenamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte. Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten in Bezug auf die Schlichtungsbehörden in einer Verordnung.

[4] Die Anstellungsverhältnisse, die Besoldung und die berufliche Vorsorge der Vermittlerinnen und Vermittler sowie der Mitarbeitenden der Gerichte und Schlichtungsbehörden richten sich nach den Bestimmungen des kantonalen Personal- beziehungsweise Pensionskassenrechts. Abweichende Bestimmungen in diesem Gesetz bleiben vorbehalten.

Art. 8c * Zugriff auf das zentrale Personen- und Objektregister

[1] Die Gerichte, Vermittlerämter und Schlichtungsbehörden haben Zugriff auf die Daten, die sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

[2] Der Datenzugriff kann durch ein Abrufverfahren erfolgen.

[3] Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnerregister und weitere Personen- und Objektregister[1)].

2.2. VERHANDLUNG

Art. 9 Verfahrensleitung

[1] Die Vorsitzenden oder die von ihnen bezeichneten Richterinnen oder Richter leiten als Instruktionsrichterinnen oder Instruktionsrichter die Verfahren bis zum Entscheid und treffen nötigenfalls vorsorgliche Verfügungen.

[2] Sie schreiben das Verfahren als erledigt ab, wenn im Laufe des Verfahrens das rechtserhebliche Interesse an einem Entscheid insbesondere wegen Rückzug, Anerkennung oder Vergleich wegfällt.

[3] Sie unterschreiben die Urteils- und Beschlussausfertigungen.

[1)] BR 171.200

Art. 10 Beschlussfähigkeit

[1] Zur gültigen Beratung und Beschlussfassung müssen die Gerichte und die Schlichtungsbehörden vollzählig besetzt sein.

[2] Nur bei unvorhergesehenem Ausbleiben oder Ausscheiden einzelner Richterinnen oder Richter kann, sofern keine Partei die Ergänzung verlangt, vor Fünfergerichten gültig verhandelt werden, wenn wenigstens drei, vor Dreiergerichten, wenn wenigstens zwei Richterinnen oder Richter Einsitz nehmen.

Art. 11 Stimmabgabe

[1] Bei der Urteilsfällung ist jede Richterin und jeder Richter beziehungsweise jedes Mitglied der Schlichtungsbehörde zur Stimmabgabe verpflichtet.

[2] Das Gericht und die Schlichtungsbehörde nehmen Abstimmungen offen vor.

[3] Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme der oder des Vorsitzenden doppelt.

Art. 12 Amtssprachen

[1] Die Bestimmung der Amtssprachen richtet sich nach dem kantonalen Sprachengesetz[1)].

Art. 13 Amtsgeheimnis

[1] Richterinnen und Richter, Mitglieder der Schlichtungsbehörden, Aktuarinnen und Aktuare sowie das Kanzleipersonal sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

[2] Das Amtsgeheimnis gilt auch für Sachverständige, Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie weitere Mitwirkende. Diese sind durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden auf die Schweigepflicht und die strafrechtlichen Folgen bei deren Verletzung aufmerksam zu machen.

[3] Das Kantons- beziehungsweise das Verwaltungsgericht entscheidet über die Entbindung vom Amtsgeheimnis für die Aussage vor Gericht oder im Strafverfahren sowie für die Aktenedition. *

Art. 14 Aktuariat

[1] Die Aktuarinnen und Aktuare führen das Protokoll über die Verhandlungen des Gerichts, redigieren die Urteile und unterschreiben die Urteilsausfertigungen.

[2] Sie können im Auftrag der oder des Vorsitzenden bei der Vorbereitung der Fälle und in einzelrichterlichen Verfahren mitwirken sowie beratende Stimme in den Verhandlungen des Gerichts haben.

[3] Das Gericht kann ihnen insbesondere folgende weitere Aufgaben übertragen:

a) Einvernahme von Zeuginnen und Zeugen sowie Auskunftspersonen in Fällen von geringerer Bedeutung;
b) rogatorische und rechtshilfeweise Einvernahmen;

[1)] BR 492.100

c) Siegelungen von Erbschaften und Inventaraufnahmen.

2.3. ÖFFENTLICHKEIT

Art. 15 Gerichtsverhandlung

[1] Zeitpunkt und Gegenstand der Gerichtsverhandlungen sind der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

[2] Die Gerichtsverhandlungen sind mit Ausnahme der Urteilsberatungen öffentlich.

[3] Die Öffentlichkeit wird von der oder dem Vorsitzenden ganz oder teilweise von den Verhandlungen ausgeschlossen, wenn:

a) abweichende gesetzliche Vorschriften bestehen;
b) dies aus wichtigen Gründen erforderlich ist, namentlich zum Schutz der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit oder eines schutzwürdigen Interesses einer beteiligten Person.

[4] Bild- und Tonaufnahmen der Gerichtsverhandlungen sind untersagt.

[5] Die Parteien und Rechtsvertreterinnen oder Rechtsvertreter haben zu den Verhandlungen in korrekter Kleidung zu erscheinen, welche die Würde des Gerichts respektiert. *****

Art. 16 Gerichtsentscheide

[1] Das Gericht macht seine Entscheide in geeigneter Form der Öffentlichkeit zugänglich.

[2] Das Kantons- und das Verwaltungsgericht publizieren wichtige Urteile.

3. Gerichtsbehörden

3.1. KANTONS- UND VERWALTUNGSGERICHT

3.1.1. Allgemeine Organisation

Art. 17 Kammern

[1] Das Gesamtgericht bestellt jeweils für eine Amtsdauer die Kammern und macht ihre Zusammensetzung öffentlich bekannt.

[2] Aus wichtigen Gründen kann die Zusammensetzung einer Kammer vor Ablauf der Amtsdauer geändert werden. Die Änderung ist öffentlich bekannt zu geben.

[3] Bei der Kammereinteilung ist auf eine möglichst gleichmässige Arbeitsbelastung zu achten.

Art. 18 Besetzung

[1] Die Kammern entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[2] Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung oder auf Anordnung der oder des Vorsitzenden entscheiden sie in der Besetzung mit fünf Richterinnen und Richtern.

[3] Ist ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet, entscheidet die oder der zuständige Vorsitzende in einzelrichterlicher Kompetenz.

[4] Das Gesetz kann in bestimmten Bereichen eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen.

Art. 19 Stellvertretung

[1] Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in anderen Kammern verpflichtet.

[2] Können das Kantons- oder das Verwaltungsgericht durch die eigenen Richterinnen und Richter wegen Verhinderungs- oder Ausstandsgründen nicht vollzählig besetzt werden, werden die Mitglieder des jeweils anderen Gerichts beigezogen.

[3] Auf Beschluss der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rats können nötigenfalls zusätzlich die Regionalgerichtspräsidentinnen und -präsidenten als Ersatzrichterinnen und -richter beigezogen werden. *****

Art. 20 Gesamtgericht

[1] Dem Gesamtgericht gehören die ordentlichen Mitglieder an. Es tagt unter dem Vorsitz der Präsidentin oder des Präsidenten. *****

[2] Ihm obliegen:

a) der Erlass von Gerichtsverordnungen;
b) die Regelung der Einzelheiten der Gerichtsorganisation und -verwaltung;
c) die Bestellung der Kammern;
d) die Ernennung der Kammervorsitzenden und die Regelung der Stellvertretung;
e) die Anstellung und Entlassung des fest angestellten Personals;
f) der Entscheid über Amtsenthebung und Amtseinstellung;
g) weitere Aufgaben, die ihm durch Gesetz oder Verordnung übertragen werden.

[3] Es nimmt Wahlen und Abstimmungen offen vor. Verlangt jedoch ein Mitglied des Gerichts die geheime Abstimmung oder Wahl, ist diesem Begehren zu entsprechen. Bei Stimmengleichheit steht der Präsidentin oder dem Präsidenten der Stichentscheid zu; bei Wahlen entscheidet das Los. *****

3.1.2. Richterinnen und Richter

Art. 21 Bestand und Stellenumfang

[1] Das Kantonsgericht besteht aus sechs vollamtlichen Richterinnen und Richtern. *****

[1bis] Das Verwaltungsgericht besteht aus fünf vollamtlichen Richterinnen und Richtern. *****

[2] Das Gericht kann im Einverständnis mit den Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern während der Amtsdauer Veränderungen des Beschäftigungsgrades vornehmen.

Art. 22 Wahlverfahren

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats schreibt frei werdende Stellen öffentlich aus.

[2] Sie prüft die Bewerberinnen und Bewerber auf ihre persönliche und fachliche Eignung, wobei sie das jeweilige Gericht oder andere Organe einbeziehen kann. Sie gibt zuhanden des Grossen Rats eine Empfehlung ab.

[3] Der Grosse Rat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten sowie die weiteren Mitglieder des jeweiligen Gerichts in getrennten Wahlgängen.

[4] Bei der Wahl der Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts sind die drei Amtssprachen des Kantons gebührend zu berücksichtigen. *****

Art. 23 Wählbarkeitsvoraussetzungen

[1] Richterinnen und Richter verfügen über die erforderliche persönliche und fachliche Eignung sowie in der Regel über ein Anwaltspatent.

[2] Sie nehmen spätestens beim Amtsantritt Wohnsitz im Kanton.

Art. 24 * …

Art. 25 Nebenbeschäftigungen

[1] Richterinnen und Richter dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben. Im Zweifelsfall entscheidet die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats, ob eine Nebenbeschäftigung vorliegt.

Art. 26 Ausscheiden aus dem Amt

[1] Richterinnen und Richter haben ihre Demission der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rats mindestens sechs Monate im Voraus bekannt zu geben.

[2] Sie scheiden spätestens am Ende des Jahres aus ihrem Amt aus, in dem sie das 68. Altersjahr vollenden.

Art. 27 Nichtwiederwahl

[1] Will die für die Justiz zuständige Kommission eine Richterin oder einen Richter nicht zur Wiederwahl vorschlagen, hat sie dies der betroffenen Person rechtzeitig vor Ablauf der Amtsdauer mitzuteilen und ihr sowie dem betroffenen Gericht Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

[2] Die Kommission übermittelt die Stellungnahmen dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme.

Art. 27a * Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter
1. Ausserordentliche Umstände

[1] Ausserordentliche Richterinnen und Richter können gewählt werden:

a) für die Dauer der Verhinderung, wenn eine Richterin oder ein Richter infolge der Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit oder aus anderen persönlichen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert ist;
b) für höchstens zwei Jahre, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlich hohen Geschäftslast nicht mehr in der Lage ist, Rechtsstreitigkeiten innert angemessener Frist zu erledigen, oder ein solcher Zustand wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Geschäftslast einzutreten droht.

Art. 27b * 2. Wählbarkeitsvoraussetzungen und Nebenbeschäftigungen

[1] Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gelten die Altersgrenze und der Fraktionsproporz nicht.

[2] Aktuarinnen und Aktuare sind als ausserordentliche Richterinnen und Richter wählbar.

[3] Hauptamtliche ausserordentliche Richterinnen und Richter dürfen unter denselben Voraussetzungen Nebenbeschäftigungen ausüben wie die hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte.

[4] Im Übrigen gelten für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter dieselben Regelungen wie für die ordentlichen Richterinnen und Richter.

Art. 27c * Zuständigkeit und Verfahren

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates ist abschliessend zuständig für die Zuwahl von ausserordentlichen Richterinnen und Richtern.

[2] Sie legt mit der Zuwahl die Anzahl der ausserordentlichen Richterinnen und Richter, deren Beschäftigungsgrad und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses fest. Ein Nachtragskredit ist nicht nötig.

[3] Das Zuwahlverfahren kann eingeleitet werden:

a) auf Antrag des Kantons- oder Verwaltungsgerichts;
b) von Amtes wegen.

[4] Bei zeitlicher Dringlichkeit kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, wenn eine qualitativ gute Besetzung gewährleistet ist.

[5] Im Übrigen gilt Artikel 22 für das Zuwahlverfahren sinngemäss.

3.1.3. Aktuariat

Art. 28 Bestand und Anstellungsvoraussetzungen

[1] Das Gericht stellt die erforderliche Zahl Aktuarinnen und Aktuare nach den personalrechtlichen Bestimmungen des Kantons an. Es legt den Arbeitsumfang fest.

[2] Als Aktuarin oder Aktuar kann angestellt werden, wer über eine abgeschlossene juristische Ausbildung und in der Regel ein Anwaltspatent verfügt.

Art. 29 * …

Art. 30 Nebenbeschäftigungen

[1] Aktuarinnen und Aktuare dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung oder die Unabhängigkeit und das Ansehen des Gerichts beeinträchtigen könnte.

[2] Untersagt ist insbesondere:

a) die Vertretung von Parteien in streitigen Verfahren vor dem jeweiligen Gericht;
b) die Tätigkeit im gleichen Sachgebiet in der Verwaltung, für welches das jeweilige Gericht zuständig ist;
c) Aktuarinnen und Aktuaren des Verwaltungsgerichts die Tätigkeit in einer kantonalen oder kommunalen Behörde, deren Entscheide im Streitfall durch das Verwaltungsgericht beurteilt werden.

[3] Selbstständige und unselbstständige Erwerbstätigkeiten bedürfen einer Bewilligung des jeweiligen Gerichts.

[4] Unentgeltliche Nebenbeschäftigungen sind dem jeweiligen Gericht zu melden.

Art. 31 Aktuarinnen und Aktuare ad hoc

[1] Die Präsidentin oder der Präsident und die Kammervorsitzenden entscheiden über den Beizug von Aktuarinnen und Aktuaren ad hoc.

[2] Sofern ihr Pensum am Gericht über 40 Stellenprozente beträgt, gelten für sie bezüglich Nebenbeschäftigungen dieselben Bestimmungen wie für voll- und hauptamtliche Aktuarinnen und Aktuare.

3.1.4. Gerichtskanzlei

Art. 32 Bestand *****

[1] Die Kanzlei besteht aus einer Kanzleichefin oder einem Kanzleichef und dem erforderlichen weiteren Personal.

[2] … *****

3.2. KANTONALES ZWANGSMASSNAHMENGERICHT

Art. 33 Zusammensetzung und Stellung

[1] Das kantonale Zwangsmassnahmengericht besteht aus einer Einzelrichterin oder einem Einzelrichter sowie zwei Stellvertreterinnen oder Stellvertretern.

[2] Kann die Einzelrichterin oder der Einzelrichter nicht durch eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Kantonsgericht eine ausserordentliche Stellvertretung.

[3] Das Zwangsmassnahmengericht ist fachlich eigenständig. Administrativ und hinsichtlich Aktuariat ist es dem Regionalgericht angegliedert. *****

Art. 34 Bezeichnung

[1] Der Grosse Rat bezeichnet die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts auf Antrag des Kantonsgerichts aus dem Kreis der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte für die Dauer von vier Jahren. *****

[2] Die Zusammensetzung des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

[3] Der Aufwand für das Zwangsmassnahmengericht wird bei der Festlegung der personellen Ressourcen für das jeweilige Regionalgericht berücksichtigt. *****

3.3. REGIONALGERICHTE *****

Art. 35 * …

Art. 36 Bestand

[1] Die Regionalgerichte bestehen aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt, einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *****

[2] Die Regionalgerichte Albula, Engiadina Bassa/Val Müstair und Moesa bestehen jeweils aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Vollamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *****

[3] Das Regionalgericht Bernina besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten im Hauptamt und acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *

[4] Das Regionalgericht Plessur besteht aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten im Vollamt, einer Richterin oder einem Richter im Hauptamt sowie acht nebenamtlichen Richterinnen und Richtern. *

[5] Das Kantonsgericht legt für jedes Gericht den Beschäftigungsgrad fest:

a) der Präsidentin oder des Präsidenten und der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten, soweit diese nicht vollamtlich tätig sind;
b) der hauptamtlichen Richterinnen und Richter.

[6] Sofern es der Aufwand für das kantonale Zwangsmassnahmengericht erfordert, kann das Kantonsgericht ein Hauptamt in ein Vollamt umwandeln.

Art. 37 Wahl

[1] Die Stimmberechtigten wählen in getrennten Wahlgängen:

a) die Präsidentin oder den Präsidenten;
b) die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten im Voll- oder Hauptamt;
c) die hauptamtlichen Richterinnen und Richter;
d) die übrigen Richterinnen und Richter.

[2] Die Regionalgerichte wählen die nebenamtlichen Vizepräsidentinnen und -präsidenten aus dem Kreis der nebenamtlichen Richterinnen und Richter. *

Art. 37a * Zuwahl ausserordentlicher Richterinnen und Richter
1. Ausserordentliche Umstände

[1] Ausserordentliche Richterinnen und Richter können gewählt werden:

a) für die Dauer der Verhinderung, wenn eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 27a Absatz 1 Litera a vorliegt, die ein Regionalgericht nicht mit den hauptamtlichen und nebenamtlichen Richterinnen sowie Richtern bewältigen kann;
b) für höchstens zwei Jahre, wenn eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 27a Absatz 1 Litera b vorliegt, die ein Regionalgericht nicht mit den hauptamtlichen und nebenamtlichen Richterinnen sowie Richtern bewältigen kann.

Art. 37b * 2. Wählbarkeitsvoraussetzungen und Nebenbeschäftigungen

[1] Für ausserordentliche Richterinnen und Richter gilt keine Altersgrenze.

[2] Aktuarinnen und Aktuare sind als ausserordentliche Richterinnen sowie Richter wählbar.

[3] Im Übrigen gelten für die ausserordentlichen Richterinnen und Richter dieselben Regelungen wie für die vollamtlichen und hauptamtlichen Regionalrichterinnen sowie -richter.

Art. 37c * 3. Zuständigkeit und Verfahren

[1] Die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rates ist abschliessend zuständig für die Zuwahl.

[2] Sie legt mit der Zuwahl die Anzahl der ausserordentlichen Richterinnen und Richter, deren Beschäftigungsgrad und die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses fest. Ein Nachtragskredit ist nicht nötig.

[3] Das Zuwahlverfahren kann eingeleitet werden:

a) auf Antrag des Kantonsgerichts;
b) von Amtes wegen.

[4] Bei zeitlicher Dringlichkeit kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, wenn eine qualitativ gute Besetzung gewährleistet ist.

[5] Im Übrigen gilt Artikel 22 für das Zuwahlverfahren sinngemäss.

Art. 38 Nebenbeschäftigungen

[1] Für vollamtliche Mitglieder der Regionalgerichte finden die Bestimmungen über Nebenbeschäftigungen für Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts Anwendung. *****

[2] Hauptamtliche Mitglieder der Regionalgerichte dürfen keine Nebenbeschäftigung ausüben, welche die Amtsausübung oder die Unabhängigkeit und das Ansehen des Gerichts beeinträchtigen könnte. Selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeiten sind der Aufsichtsbehörde zu melden. *****

Art. 39 Kammern und Besetzung

[1] Jedes Regionalgericht bestellt eine Zivil- und eine Strafkammer und macht ihre Zusammensetzung öffentlich bekannt. *****

[2] Die Kammern entscheiden in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern.

[3] Über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung oder auf Anordnung der oder des Vorsitzenden entscheiden sie in der Besetzung mit fünf Richterinnen und Richtern.

[4] Das Gesetz kann in bestimmten Bereichen eine Fünferbesetzung oder eine einzelrichterliche Kompetenz vorsehen.

Art. 40 Stellvertretung

[1] Die Richterinnen und Richter sind zur Stellvertretung in der anderen Kammer verpflichtet. Das Gericht regelt die Stellvertretung.

[2] Erweist sich die Besetzung eines Regionalgerichts mit seinen eigenen Richterinnen und Richtern als unmöglich, kann das Kantonsgericht es durch Richterinnen und Richter eines Nachbargerichts ergänzen oder ein anderes Gericht als zuständig erklären. *****

Art. 41 Präsidialaufgaben

[1] Die Präsidentin oder der Präsident leitet alle Sitzungen, soweit nicht der Vorsitz in einer Kammer der Vizepräsidentin oder dem Vizepräsidenten oder einer anderen Richterin oder einem anderen Richter übertragen ist.

Art. 42 Justizverwaltung

[1] Jedes Regionalgericht bestellt eine aus fünf ordentlichen Mitgliedern bestehende Verwaltungskommission, die unter Vorbehalt anders lautender Bestimmungen für Wahlen, personalrechtliche Fragen und weitere Geschäfte der Justizverwaltung zuständig ist. *****

[2] Das Kantonsgericht kann nach Anhörung der Regionalgerichte für untergeordnete Angelegenheiten Einzelzuständigkeiten der Regionalgerichtspräsidentin oder des -präsidenten in einer Verordnung vorsehen. *****

Art. 43 Aktuariat

[1] Aktuarinnen und Aktuaren ist es untersagt, nebenamtliche Richterin oder nebenamtlicher Richter am jeweiligen Gericht zu sein.

[2] Sofern ihr Pensum am Gericht über 40 Stellenprozente beträgt, gelten für sie bezüglich Nebenbeschäftigungen dieselben Bestimmungen wie für voll- und hauptamtliche Aktuarinnen und Aktuare des Kantons- und des Verwaltungsgerichts.

[3] Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über den Beizug von Aktuarinnen und Aktuaren ad hoc.

Art. 44 * …

4. Schlichtungsbehörden

4.1. VERMITTLERAMT

Art. 45 Anzahl und Stellung

[1] Als Schlichtungsbehörde besteht in jeder Region ein Vermittleramt. *****

[2] Das Vermittleramt ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist es dem Regionalgericht angegliedert. Die Einzelheiten regeln Vermittleramt und Regionalgericht in einer Vereinbarung. *****

Art. 46 Zusammensetzung und Wahl

[1] Das Regionalgericht wählt eine Vermittlerin oder einen Vermittler sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter für die Dauer von vier Jahren. *****

[2] Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

[3] Das Regionalgericht schreibt zu besetzende Stellen öffentlich aus. *

[4] Die Zusammensetzung des Vermittleramts ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 47 Wählbarkeitsvoraussetzungen und Nebenbeschäftigungen

[1] Vermittlerinnen und Vermittler verfügen über die erforderliche persönliche Eignung.

[2] In mehrsprachigen Regionen ist auf eine angemessene Kenntnis oder Vertretung der Amtssprachen zu achten. *

[3] Vermittlerinnen und Vermittler dürfen keine Tätigkeiten ausüben, welche die Unabhängigkeit der Schlichtungsbehörde beeinträchtigen könnte.

Art. 48 Stellvertretung

[1] Kann die Vermittlerin oder der Vermittler nicht durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter ersetzt werden, bezeichnet das Regionalgericht eine ausserordentliche Stellvertretung. *

Art. 49 * …

Art. 50 Aktuariat und Kanzlei

[1] Das Regionalgericht entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei nach Anhörung des Vermittleramts. *

[2] Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des Regionalgerichts obliegen, ist das Vermittleramt für die Wahl zuständig. *

[3] … *

4.2. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR MIETSACHEN

Art. 51 Anzahl und Stellung

[1] Für Streitigkeiten aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen besteht in jeder Region eine Schlichtungsbehörde. *

[2] Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem Regionalgericht angegliedert. *

Art. 52 Zusammensetzung

[1] Die Schlichtungsbehörde für Mietsachen besteht aus:

a) der Vermittlerin oder dem Vermittler (Vorsitz);
b) je einer Vertretung der Mieter- und Vermieterseite;
c) je einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter.

Art. 53 Wahl

[1] Das Regionalgericht wählt die Vertretung der Mieter- und der Vermieterseite sowie deren Stellvertretung für die Dauer von vier Jahren. *****

[2] Ersatzwahlen während der Amtsdauer sind möglich.

[3] Die Mieter- und Vermieterorganisationen unterbreiten Vorschläge für die Wahl ihrer Vertretung.

[4] Die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 54 Stellvertretung

[1] Kann die Schlichtungsbehörde für Mietsachen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das Regionalgericht eine ausserordentliche Stellvertretung. *****

Art. 55 * …

Art. 56 Aktuariat und Kanzlei

[1] Das Regionalgericht entscheidet über die grundlegende organisatorische Ausgestaltung des Aktuariats und der Kanzlei. *****

[2] Soweit die Aktuariats- und Kanzleiarbeiten nicht Angestellten des Regionalgerichts obliegen, ist die Schlichtungsbehörde für Mietsachen für die Wahl zuständig. Sie regelt die Organisation der Rechtsberatung gemäss Bundesrecht. *****

[3] … *****

4.3. SCHLICHTUNGSBEHÖRDE FÜR GLEICHSTELLUNGSSACHEN

Art. 57 Anzahl und Stellung

[1] Für Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz besteht eine kantonale Schlichtungsbehörde.

[2] Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen ist fachlich eigenständig. In administrativer Hinsicht ist sie dem Regionalgericht Plessur angegliedert. *****

Art. 58 Zusammensetzung

[1] Die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen besteht aus:

a) einer oder einem Vorsitzenden;
b) je einer Vertretung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite;
c) je einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter.

[2] Die bundesrechtlichen Paritätsvorschriften sind zu beachten.

Art. 59 Wahl

[1] Der Grosse Rat wählt die Mitglieder der Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen für die Dauer von vier Jahren auf Antrag der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rats.

[2] Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unterbreiten Vorschläge für die Wahl ihrer Vertretung.

[3] Die Zusammensetzung der Schlichtungsbehörde ist der Aufsichtsbehörde zu melden und öffentlich bekannt zu geben.

Art. 60 Stellvertretung

[1] Kann die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen nicht durch eine gewählte Stellvertretung ergänzt werden, bezeichnet das Kantonsgericht eine ausserordentliche Stellvertretung.

Art. 61 * …

5. Aufsicht und Oberaufsicht

5.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 62 Grundsatz

[1] Die Aufsicht und Oberaufsicht über die Gerichte und Schlichtungsbehörden bezieht sich einzig auf die Geschäftsführung und die Justizverwaltung.

[2] In Fragen der Rechtsprechung dürfen den Gerichten und Schlichtungsbehörden weder von übergeordneten Gerichtsinstanzen noch von Verwaltungsbehörden Vorschriften gemacht oder Weisungen erteilt werden. Davon ausgenommen sind Rückweisungsentscheide in einem Rechtsmittelverfahren.

Art. 63 Befugnisse

[1] Gegen ordnungswidrige Zustände schreitet die zuständige Aufsichtsbehörde von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin ein.

[2] Sie kann insbesondere:

a) die fehlbaren Behörden, nötigenfalls unter Fristansetzung, zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten;
b) bei wiederholter Pflichtverletzung oder Widersetzlichkeit ein anderes Mitglied des Gerichts beziehungsweise der Schlichtungsbehörde oder eine andere Gerichtsbehörde beziehungsweise eine andere Schlichtungsbehörde mit der Erfüllung ihrer Pflicht beauftragen;
c) bei schuldhafter Pflichtverletzung gegenüber den verantwortlichen Organen Disziplinarmassnahmen anordnen.

Art. 64 Disziplinarmassnahmen

[1] Nach Durchführung der Untersuchung und Anhörung der betroffenen Person kann die zuständige Aufsichtsbehörde je nach der Schwere des Verschuldens folgende Disziplinarmassnahmen verhängen:

a) Verweis;
b) Busse bis zu 10 000 Franken;
c) Amtseinstellung bis zu einer Dauer von sechs Monaten;
d) Amtsenthebung.

[2] Die zivil- und die strafrechtliche Verantwortlichkeit bleibt vorbehalten.

5.2. AUFSICHT DES KANTONSGERICHTS

Art. 65 Grundsatz

[1] Das Kantonsgericht lässt sich von allen Zweigen der Zivil- und Strafrechtspflege über die Tätigkeit jährlich Bericht erstatten.

[2] Es überwacht ihren Geschäftsgang in geeigneter Weise und kann ihnen allgemeine Weisungen erteilen.

Art. 66 Aufsichtsbeschwerde

[1] Aufsichtsbeschwerden gegen ein Regionalgericht, eine Schlichtungsbehörde oder das kantonale Zwangsmassnahmengericht sowie deren Mitglieder sind beim Kantonsgericht einzureichen. *****

[2] Im Übrigen gelten für das Beschwerdeverfahren die Bestimmungen des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege[1)].

Art. 67 Zuständigkeit

[1] Das Gesamtgericht ist zuständig für Beschlüsse, mit welchen Mitglieder der Regionalgerichte sowie der Schlichtungsbehörden zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden. *****

[2] Die weiteren Geschäfte der Justizaufsicht kann das Gericht mittels Verordnung an ein anderes Gremium innerhalb des Gerichts übertragen.

5.3. AUFSICHT UND OBERAUFSICHT DES GROSSEN RATS

Art. 68 Grundsatz

[1] Der Grosse Rat übt die Aufsicht über das Kantons- und das Verwaltungsgericht sowie die Oberaufsicht über die anderen Zweige der Rechtspflege aus.

[1)] BR 370.100

[2] Das Kantons- und das Verwaltungsgericht erstatten ihm jährlich Bericht über ihre Geschäftstätigkeit.

[3] Der Rechenschaftsbericht des Kantonsgerichts erstreckt sich auch auf die Tätigkeit der seiner Aufsicht unterstehenden weiteren Organe der Rechtspflege.

[4] Die besonderen Informationsrechte richten sich nach der Gesetzgebung über den Grossen Rat.

Art. 69 Zuständigkeit

[1] Der Grosse Rat ist zuständig für Disziplinarmassnahmen, mit welchen Richterinnen und Richter des Kantons- und des Verwaltungsgerichts zeitweilig im Amt eingestellt oder ihres Amtes enthoben werden. *****

[2] Die weiteren Disziplinarmassnahmen kann die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats aussprechen.

Art. 70 Aufsichtsbeschwerde

[1] Aufsichtsbeschwerden gegen das Kantons- oder das Verwaltungsgericht sind beim Grossen Rat einzureichen.

6. Rechnungswesen

Art. 71 Finanz- und Rechnungswesen

[1] Jedes Gericht führt das Finanz- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen des kantonalen Finanzhaushaltsrechts.

[2] Das Kantonsgericht prüft und genehmigt Budget und Rechnung der Regionalgerichte. *****

[2bis] Die kantonale Finanzkontrolle prüft im Anschluss daran die Budgets und Rechnungen der Regionalgerichte, des Kantons- und des Verwaltungsgerichts zuhanden der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats. *****

[3] Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten zum Finanz- und Rechnungswesen der Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden in einer Verordnung. Das für die Finanzen zuständige Departement, die Finanzkontrolle sowie die Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden sind vorgängig anzuhören. *****

[4] Nach Rücksprache mit dem für die Finanzen zuständigen Departement können das Kantons- und das Verwaltungsgericht Aufgaben des Finanz- und Rechnungswesen gegen Entschädigung der Finanzverwaltung übertragen. *****

Art. 72 Gerichtskosten

[1] Die Gerichte und Schlichtungsbehörden erheben für ihre Tätigkeit von den Parteien Gerichtskosten gemäss den einschlägigen Verfahrensvorschriften und Gebührenverordnungen.

[2] Über die Kostenauflage ist in den Urteilen und Beschlüssen zu befinden.

[3] Die von den Gerichts- und Schlichtungsbehörden ausgesprochenen Geldstrafen und Bussen fallen in die Kasse des in erster Instanz zuständigen Gerichts.

Art. 73 * …

7. Schlussbestimmungen

Art. 74 Aufhebung von Erlassen

[1] Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wird das Gerichtsorganisationsgesetz vom 31. August 2006[1)] aufgehoben.

[2] Verweisen geltende Erlasse auf Bestimmungen, die durch dieses Gesetz ersetzt werden, finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Art. 75 Änderung von Erlassen

[1] Die Änderung von Gesetzen wird im Anhang[2)] geregelt.

Art. 76 * …

Art. 76a * Übergangsbestimmungen

[1] Die bei der Auflösung der Bezirksgerichte vorhandenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gehen unter Vorbehalt von Absatz 2 entschädigungslos auf den Kanton über.

[2] Die im Eigentum der Bezirke und der Regionalverbände stehenden Grundstücke und die beschränkten dinglichen Rechte, die für die Aufgabenerfüllung der Regionalgerichte benötigt werden, gehen mit Inkrafttreten dieses Gesetzes unter Übernahme der Verbindlichkeiten und gegen angemessene Entschädigung an den Kanton über. Der Grundbucheintrag erfolgt auf Anmeldung des Kantons gebührenfrei.

[3] Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Arbeitsverträge zwischen den Bezirksgerichten beziehungsweise Schlichtungsbehörden und ihren Mitarbeitenden sind innert dreier Monate auf den neuen Arbeitgeber umzuschreiben.

[4] Alle Befugnisse der Bezirksgerichte gehen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf die Regionalgerichte über.

[5] Für Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vor einer Schlichtungsbehörde hängig sind, bestimmt sich die Zuständigkeit nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens nach neuem Recht.

---

1) AGS 2006, KA 4554 und AGS 2007, KA 1039; BR 173.000

2) Der Anhang ist nicht im BR enthalten, siehe KA 2010, S. 2550 ff.

[6] Für Verfahren, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vor einem Gericht hängig sind, bleibt die Zuständigkeit bis zur rechtskräftigen Erledigung erhalten.

Art. 77 Referendum und Inkrafttreten

[1] Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum[1)].

[2] Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens[2)].

[1)] Die Referendumsfrist ist am 29. September 2009 ungenutzt abgelaufen.
[2)] Mit RB vom 21. Dezember 2010 auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
16.06.2010	01.01.2011	Erlass	Erstfassung	-
04.12.2012	01.01.2013	Art. 36 Abs. 2	geändert	-
04.12.2012	01.01.2013	Art. 36 Abs. 3	geändert	-
15.12.2015	01.01.2016	Art. 20 Abs. 3	geändert	2015-051
15.12.2015	01.01.2016	Art. 21 Abs. 1	geändert	2015-051
15.12.2015	01.01.2016	Art. 21 Abs. 1bis	eingefügt	2015-051
02.02.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 2, c)	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 2, d)	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 2, e)	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 8a	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 8b	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 8c	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 5	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 19 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 22 Abs. 4	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 24	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 29	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 32	Titel geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 32 Abs. 2	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 33 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 34 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 34 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Titel 3.3.	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 35	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 36 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 36 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 36 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 36 Abs. 4	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 37 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 38 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 38 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 39 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 40 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 42 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 42 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 44	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 45 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 45 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 46 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 46 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 47 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 48 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 49	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 50 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 50 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 50 Abs. 3	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 51 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 51 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 53 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 54 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 55	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 56 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 56 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 56 Abs. 3	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 57 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 61	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 66 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 67 Abs. 1	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 69 Abs. 1	geändert	2016-001

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
02.02.2016	01.01.2017	Art. 71 Abs. 2	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 71 Abs. 2bis	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 71 Abs. 3	geändert	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 71 Abs. 4	eingefügt	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 73	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 76	aufgehoben	2016-001
02.02.2016	01.01.2017	Art. 76a	eingefügt	2016-001
16.02.2021	01.07.2021	Art. 20 Abs. 1	geändert	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 27a	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 27b	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 27c	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 37a	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 37b	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 37c	eingefügt	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 42 Abs. 1	geändert	2021-020

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	16.06.2010	01.01.2011	Erstfassung	-
Art. 3 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 6 Abs. 2, c)	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 6 Abs. 2, d)	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 6 Abs. 2, e)	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 6 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 8a	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 8b	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 8c	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 13 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 15 Abs. 5	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 19 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 20 Abs. 1	16.02.2021	01.07.2021	geändert	2021-020
Art. 20 Abs. 3	15.12.2015	01.01.2016	geändert	2015-051
Art. 21 Abs. 1	15.12.2015	01.01.2016	geändert	2015-051
Art. 21 Abs. 1bis	15.12.2015	01.01.2016	eingefügt	2015-051
Art. 22 Abs. 4	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 24	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 27a	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 27b	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 27c	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 29	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 32	02.02.2016	01.01.2017	Titel geändert	2016-001
Art. 32 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 33 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 34 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 34 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Titel 3.3.	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 35	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 36 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 36 Abs. 2	04.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 36 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 36 Abs. 3	04.12.2012	01.01.2013	geändert	-
Art. 36 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 36 Abs. 4	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 37 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 37a	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 37b	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 37c	16.02.2021	01.07.2021	eingefügt	2021-020
Art. 38 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 38 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 39 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 40 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 42 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 42 Abs. 1	16.02.2021	01.07.2021	geändert	2021-020
Art. 42 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 44	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 45 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 45 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 46 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 46 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 47 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 48 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 49	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 50 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 50 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 50 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 51 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 51 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 53 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 54 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 55	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 56 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 56 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 56 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 57 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 61	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 66 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 67 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 69 Abs. 1	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 71 Abs. 2	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 71 Abs. 2bis	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 71 Abs. 3	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 71 Abs. 4	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001
Art. 73	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 76	02.02.2016	01.01.2017	aufgehoben	2016-001
Art. 76a	02.02.2016	01.01.2017	eingefügt	2016-001

Bürgerrechtsgesetz des Kantons Graubünden (KBüG)

Vom 13. Juni 2017 (Stand 1. Juli 2018)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 21. Februar 2017[3)],

beschliesst:

4. Gemeinsame Bestimmungen

Art. 26 Rechtsschutz

[1] Ablehnende Entscheide sind zu begründen.

[2] Entscheide der Bürgergemeinde können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

[3] Entscheide des zuständigen kantonalen Amtes oder Departements können mit Verwaltungsbeschwerde weitergezogen werden. Regierungsentscheide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

1) GRP 2016/2017, 980
2) BR 110.100
3) Seite 723

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005 (Stand 1. Oktober 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005[3)],

beschliesst:

2. Wahlen und Abstimmungen

2.2.A STILLE WAHL DER MITGLIEDER DER REGIONALGERICHTE *

Art. 19b * Erneuerungswahlen
1. Aufforderung

[1] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts publiziert bis spätestens am vierzehnten Montag vor dem Wahltag in ortsüblicher Weise die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen. *

[2] Diese beinhaltet namentlich:

a) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen;
b) Datum eines zweiten Wahlganges;
c) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen für einen zweiten Wahlgang.

Art. 19e * c) Einreichung

[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am achtletzten Montag vor dem Wahltag beim zuständigen Regionalgericht eintreffen. *

---

1) GRP 2005/2006, 144
2) BR 110.100
3) Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.

Art. 19f * d) Bereinigung

[1] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden und die Gültigkeit der Unterschriften. *****

[2] Bei Mängeln wird der Vertretung des Wahlvorschlags unverzüglich eine kurze Frist zur Behebung angesetzt.

[3] Wird ein Mangel nicht fristgemäss behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig. Betrifft der Mangel nur eine vorgeschlagene Person, so wird lediglich deren Name gestrichen.

[4] Nach Ablauf der Anmeldefrist ist eine Behebung von Mängeln ausgeschlossen.

Art. 19h * 3. Zustandekommen

[1] Eine stille Wahl kommt zustande, wenn die Zahl der gültig vorgeschlagenen Personen der Zahl der zu vergebenden Sitze entspricht. Andernfalls findet ein freier öffentlicher Wahlgang statt.

[2] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts entscheidet unverzüglich über das Zustandekommen der stillen Wahl und veröffentlicht den Entscheid im Kantonsamtsblatt und in ortsüblicher Weise. *****

3. Amtseinstellung und Amtsenthebung

Art. 49 Verfahren
1. Einleitung, Instruktion

[1] Der Grosse Rat leitet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin ein Amtsenthebungsverfahren ein, wenn er von einem Amtsenthebungsgrund Kenntnis erhält.

[2] Die Instruktion des Einleitungsbeschlusses, die Durchführung der Untersuchung und die Instruktion des Endentscheides obliegen der Kommission für Justiz und Sicherheit.

Art. 50 2. Untersuchung

[1] Der Sachverhalt ist von Amtes wegen zu ermitteln.

[2] Die Bestimmungen über die Untersuchungsmittel, die Mitwirkungspflicht der Beteiligten, das rechtliche Gehör und die Akteneinsicht im Verwaltungsrechtspflegegesetz finden sinngemäss Anwendung. *****

Art. 51 3. Amtseinstellung

[1] Liegen hinreichende Anhaltspunkte für einen Amtsenthebungsgrund gemäss Artikel 48 vor, kann der Grosse Rat mit der Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder vorsorglicherweise eine Amtseinstellung, mit oder ohne Lohnkürzung oder -streichung, beschliessen.

Art. 52 4. Entscheid

[1] Entscheide sind zu begründen und den Betroffenen schriftlich sowie mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen zu eröffnen.

Art. 53 * 5. Rechtsmittel

[1] Entscheide des Grossen Rates betreffend Amtseinstellung und Amtsenthebung können innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

7. Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 95 Beschwerde

[1] Bei der Regierung kann Beschwerde geführt werden:

a) wegen Verletzung des Stimmrechts nach den Artikeln 3 und 5 sowie den Artikeln 58, 59 und 80 (Stimmrechtsbeschwerde);
b) wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung von kantonalen Abstimmungen und Ständeratswahlen (Abstimmungs- und Wahlbeschwerde);
c) gegen den Entscheid der Standeskanzlei betreffend die Änderung des Titels einer Initiative und die Form der Unterschriftenliste.

[2] Beim Grossen Rat kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Grossratswahlen.

[3] Bei der zuständigen grossrätlichen Kommission kann Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung oder Durchführung der Regierungsratswahlen.

[4] Beim Verwaltungsgericht kann Beschwerde gegen die Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates geführt werden. Das Verfahren richtet sich unter Vorbehalt von Artikel 97 nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege. *

Art. 97 Frist

[1] Die Beschwerden sind innert drei Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am dritten Tag nach der amtlichen Bekanntgabe der Ergebnisse einer Wahl oder Abstimmung bei folgenden Instanzen einzureichen: *

a) * bei der Standeskanzlei: Beschwerden gemäss Artikel 95 Absätze 1 bis 3;
b) * beim Verwaltungsgericht: Beschwerden gemäss Artikel 95 Absatz 4.

Art. 102 Weiterzug ans Verwaltungsgericht

[1] Entscheide der Regierung, des Grossen Rates und der zuständigen grossrätlichen Kommission sowie der Behörden der Regionalgerichte, Regionen und Gemeinden unterliegen der Beschwerde wegen Verletzung von politischen Rechten an das Verwaltungsgericht. *****

[2] Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[1)]. *****

[1)] BR 370.100

Gesetz über die Staatshaftung (SHG)

Vom 5. Dezember 2006 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 26 und 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 22. August 2006[3)],

beschliesst:

2. Haftung des Gemeinwesens

Art. 6 Zuständigkeit und Verfahren

[1] Ansprüche aus diesem Gesetz beurteilt das Verwaltungsgericht im Klageverfahren.

[2] Die Parteien haben dem Gericht den Sachverhalt des Rechtsstreits darzulegen. Das Gericht legt seinem Verfahren nur rechtzeitig geltend gemachte Tatsachen zugrunde.

3. Haftung der Organe und der im Dienste stehenden Personen

Art. 11 Schädigung des Gemeinwesens

[1] Die Organe und die im Dienste der Gemeinwesen stehenden Personen sind diesen für den Schaden haftbar, den sie bei der Ausübung dienstlicher Tätigkeiten durch vorsätzliche oder grobfahrlässige Verletzung ihrer Dienstpflicht widerrechtlich verursachen.

[2] Die Haftung gilt gleichermassen für strafprozessuale Entschädigungen der beschuldigten Person. *****

1) GRP 2006/2007, 665
2) BR 110.100
3) Seite 1347

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 14 Zuständigkeit und Verfahren

[1] Ansprüche aus diesem Gesetz gegen Organe der Gemeinwesen und in ihrem Dienst stehende Personen beurteilt das Verwaltungsgericht im Klageverfahren.

[2] Die adhäsionsweise Geltendmachung zivilrechtlicher Ansprüche gemäss Strafprozessordnung[1)] ist zulässig. *

4. Schlussbestimmungen

Art. 18 Übergangsrecht

[1] Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes hängigen Verfahren gilt das Verfahren nach bisherigem Recht.

1) SR 312.0

Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)

Vom 8. Dezember 2005 (Stand 1. Oktober 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 27 Abs. 5, 28 Abs. 3, 31, 32 Abs. 3 und 49 Abs. 2 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

2. Organisation

2.4. KOMMISSIONEN

Art. 20 Parlamentarische Untersuchungskommission

[1] Bedürfen Vorkommnisse von grosser Tragweite in der Staats- oder Justizverwaltung der besonderen Klärung, kann der Grosse Rat nach Anhören der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörden eine parlamentarische Untersuchungskommission einsetzen.

[2] Die parlamentarische Untersuchungskommission ermittelt die Sachverhalte und beschafft weitere Beurteilungsgrundlagen. Sie erstattet dem Grossen Rat Bericht und stellt Antrag.

1) GRP 2005/2006, 818
2) BR 110.100

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

3. Informationsrechte und Amtsgeheimnis

3.2. KOMMISSIONEN

Art. 27 Allgemein
1. Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht

[1] Die Kommissionen haben zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, die zweckdienlichen Auskünfte einzuholen und nach Anhören der Regierung, der obersten Gerichtsbehörde oder der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte in die erforderlichen Amtsakten Einsicht zu nehmen.

[2] Die gemäss diesem Abschnitt bestehenden Informations- und Prüfungsrechte gegenüber den Gerichten und Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte beziehen sich in jedem Fall nur auf Fragen der Geschäftsführung und Justizverwaltung.

Art. 34 Kommission für Justiz und Sicherheit; besondere Informationsrechte

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit kann im Rahmen ihrer Aufsicht bezüglich Geschäftsführung und Justizverwaltung, sofern dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Bedeutung ist, vom Kantons- und Verwaltungsgericht sowie von den Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte neben den für Sachkommissionen vorgesehenen allgemeinen Informationsrechten insbesondere: *

a) schriftliche Berichte verlangen;
b) die Präsidentinnen oder die Präsidenten zu den Beratungen beiziehen und zu den Rechenschaftsberichten befragen;
c) die Herausgabe von Akten verlangen und in sämtliche Akten Einsicht nehmen;
d) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten Inspektionen vornehmen;
e) in der Regel nach vorgängiger Orientierung der zuständigen Präsidentin oder des zuständigen Präsidenten jede Person aus der Justizverwaltung oder der Behörde anhören, auch in Abwesenheit der Vorgesetzten beziehungsweise des Vorgesetzten oder der Präsidentin beziehungsweise des Präsidenten.

[2] Die Präsidentinnen oder die Präsidenten haben der Kommission für Justiz und Sicherheit alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu erteilen.

3.3. AMTSGEHEIMNIS

Art. 36 Entbindung
1. Im Allgemeinen

[1] Mitglieder der Regierung und Personen aus der Verwaltung können durch die Regierung für die Erteilung von Auskünften vom Amtsgeheimnis entbunden und zur Herausgabe von Amtsakten ermächtigt werden, die dem Amtsgeheimnis unterstehen. Bei Richtern und Personen der Justizverwaltung sind hiefür die obersten Gerichtsbehörden zuständig.

5. Verhandlungsgegenstände

5.3. AUFSICHTSBESCHWERDEN

Art. 56 Instruktion und Antragstellung

[1] An den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung werden von der Geschäftsprüfungskommission, solche gegen das Kantons- und das Verwaltungsgericht von der Kommission für Justiz und Sicherheit instruiert. *****

[2] Die instruierende Kommission nimmt alle sachdienlichen Abklärungen vor und unterbreitet dem Grossen Rat auf die nächste Session hin Bericht und Antrag.

[3] Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes sinngemäss Anwendung. *****

5.4. WAHLEN

Art. 57 Wahlbefugnisse

[1] Der Grosse Rat wählt gemäss Kantonsverfassung[1)] seine Organe und Kommissionen, das Präsidium der Regierung, die Mitglieder des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes sowie weitere Amtsinhaberinnen und -inhaber nach Massgabe der Gesetzgebung. Dabei sind die Fraktionen in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen.

[1)] BR 110.100

Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO)

Vom 8. Dezember 2005 (Stand 1. August 2019)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 32 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)] und Art. 69 des Gesetzes über den Grossen Rat[3)],
nach Einsicht in den Bericht der Präsidentenkonferenz vom 19. September 2005,

beschliesst:

2. Organisation

2.2. PRÄSIDENTENKONFERENZ

Art. 11 Organisation, Verfahren und Zuständigkeiten

[1] Die Präsidentenkonferenz tagt auf Einladung und unter dem Vorsitz der Standespräsidentin oder des Standespräsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern.

[2] Die Kanzleidirektorin oder der Kanzleidirektor und die Leiterin oder der Leiter des Ratssekretariates nehmen an den Sitzungen mit beratenden Stimmen teil.

[3] Bei Stimmengleichheit steht der vorsitzenden Person der Stichentscheid zu. Im Übrigen ordnet die Konferenz das Verfahren bei Abstimmungen selbstständig.

[4] Die Präsidentenkonferenz ist insbesondere zuständig für:

a) die Koordination der Ratsarbeit, insbesondere die Gewährleistung der Zusammenarbeit und der Information der Kommissionen;
b) die Zuweisung von Geschäften zur Vorbereitung an die Kommissionen;
c) die Koordination des Geschäftsverkehrs zwischen Grossem Rat und Regierung;
d) die Festsetzung der Traktandenliste;

---

1) GRP 2005/2006, 818
2) BR 110.100
3) BR 170.100

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

e) die Festsetzung der Sitzungszeiten und Sitzungsdauer;
f) den Entscheid über die Vor- oder Nachverlegung einer Session;
g) den Entscheid über den Verzicht auf eine Session;
h) die Festsetzung von Zeitpunkt und Dauer von ausserordentlichen Sessionen;
i) * die Festlegung des Verteilschlüssels, nach dem während der Amtsperiode die Sitze, die Präsidien und die Vizepräsidien in den Kommissionen auf die Fraktionen verteilt werden;
j) die Antragstellung an den Grossen Rat auf Vorschlag der Fraktionen bezüglich der Wahl der Mitglieder sowie der Grösse der ständigen und nichtständigen Kommissionen;
k) die Wahl der Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
l) die Ergänzung bereits bestellter Vorberatungskommissionen in dringlichen Fällen;
m) die Festsetzung des Turnus zwischen den Fraktionen bei der Bestellung des Standespräsidiums;
n) die Antragstellung an den Grossen Rat über die Dringlicherklärung von Anfragen;
o) die Kreditfreigabe an die Kommissionen für ausserordentliche Aufwendungen;
p) die formelle Prüfung der parlamentarischen Vorstösse sowie ihre allfällige Überweisung an ein Ratsorgan;
q) den Entscheid über Auskunfts- und Akteneinsichtsbegehren der Ratsmitglieder nach Anhören der Regierung;
r) die Wahl von drei Stimmenzählenden;
s) die Bestellung von besonderen Stimmenzählenden zur Durchführung von Wahlen;
t) die Durchführung besonderer Anlässe des Grossen Rates;
u) * die Vorbereitung der Wahlen gemäss Artikel 57 des Gesetzes[1)], soweit nicht eine Kommission zuständig ist;
v) weitere Geschäfte, die ihr der Rat zuweist.

2.4. KOMMISSIONEN

2.4.2. Ständige Kommissionen

Art. 22 Geschäftsprüfungskommission
1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten

[1] Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus 13 Mitgliedern.

1) BR 170.100

[2] Die Geschäftsprüfungskommission als Verwaltungsprüfungsinstanz:

a) überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Verwaltung und der mit kantonalen Aufgaben beauftragten Institutionen;
b) orientiert sich nachträglich über die Verwaltungstätigkeit und den Geschäftsgang sowie über die laufenden Arbeiten;
c) * berät weitere Berichte zuhanden des Grossen Rates vor;
d) prüft den Stand der Behandlung der überwiesenen Aufträge und stellt allenfalls dem Grossen Rat Antrag auf Abschreibung der Vorstösse;
e) überwacht, ob ihren in früheren Tätigkeitsberichten gemachten Bemerkungen Rechnung getragen wurde;
f) instruiert im Sinne von Artikel 56 des Grossratsgesetzes[1)] an den Grossen Rat gerichtete Aufsichtsbeschwerden gegen die Regierung.

[3] Die Geschäftsprüfungskommission als Finanzprüfungsinstanz:

a) überwacht den gesamten Finanzhaushalt und befasst sich mit seiner längerfristigen Entwicklung;
b) * prüft das Budget, die Nachtragskreditgesuche und den Jahresbericht;
c) prüft im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftsberichte/Jahresrechnungen von selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und von anderen Institutionen, an welche der Kanton erhebliche Beiträge leistet;
d) erstattet einen Mitbericht zum Finanzplan;
e) * …

[4] Die Geschäftsprüfungskommission kann weiter:

a) * …
b) von anderen Kommissionen vorzuberatende Vorlagen und Geschäfte mit finanziellen Auswirkungen prüfen und dem Grossen Rat ebenfalls Antrag stellen.

Der Grosse Rat kann der Geschäftsprüfungskommission weitere Aufgaben überweisen.

[5] Verfügungen und Entscheide der Regierung, der Departemente und der Dienststellen können durch die Geschäftsprüfungskommission weder aufgehoben noch abgeändert werden.

Art. 26 Kommission für Justiz und Sicherheit
1. Grösse, Aufgaben und Zuständigkeiten

[1] Die Kommission für Justiz und Sicherheit prüft und überwacht die Geschäftsführung der kantonalen Gerichte sowie der Aufsichtskommissionen über die Notare und die Rechtsanwälte und berät deren Geschäftsberichte vor. Sie besteht aus elf Mitgliedern.

[2] Sie berät zuhanden des Grossen Rates insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

a) Begnadigungsgesuche;
b) Erwahrung der Regierungsratswahlen;

---

1) BR 170.100

c) Beschwerden an den Grossen Rat im Sinne von Artikel 52 Grossratsgesetz[1)];
d) Justizaufsichtsbeschwerden im Sinne von Artikel 56 Grossratsgesetz;
e) weitere ihr zugewiesene Geschäfte aus ihrem Sachbereich.

[3] Sie nimmt Stellung zu allen die Justiz betreffenden Berichten und Vorlagen und kann dem Grossen Rat Antrag stellen.

[4] Sie nimmt zu Stellenschaffungs- und Stellungsumwandlungsgesuchen Stellung, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen. Zu Nachtragskrediten, soweit diese die kantonalen Gerichte sowie die Aufsichtskommissionen über die Notare und Rechtsanwälte betreffen, nimmt sie zuhanden der Geschäftsprüfungskommission Stellung. *****

[5] Sie entscheidet Beschwerden gegen die Regierungsratswahlen.

[6] Sie bereitet die Wahlen in das Kantons- und das Verwaltungsgericht sowie in die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen im Sinne des Gerichtsorganisationsgesetzes[2)] vor. *****

2.4.3. Nichtständige Kommissionen

Art. 30 Parlamentarische Untersuchungskommission

[1] Die näheren Bestimmungen über die Organisation der Untersuchungskommission und die Durchführung der Untersuchung erlässt der Grosse Rat im Rahmen des Einsetzungsbeschlusses. Er regelt insbesondere die Verfahrensrechte der Betroffenen und die Stellung der Regierung beziehungsweise der obersten Gerichtsbehörde im Verfahren.

4.3. VEREIDIGUNG, AMTSGELÜBDE

Art. 83 Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten

[1] Die Präsidentinnen oder Präsidenten des Kantonsgerichtes und des Verwaltungsgerichtes leisten vor dem Grossen Rat den vorgeschriebenen Eid oder das vorgeschriebene Gelübde.

[1)] BR 170.100
[2)] BR 173.000

Gesetz über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG)

Vom 14. Juni 2006 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 und Art. 50 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 7. März 2006[3)],

beschliesst:

5. Verschiedene Bestimmungen

Art. 58 Unvereinbarkeit von Ämtern

[1] Die Mitarbeitenden dürfen nicht gleichzeitig Mitglied der Bundesversammlung, des Grossen Rates, der Regierung, des Kantons- oder Verwaltungsgerichts oder des Bankrates sein. Davon ausgenommen sind Mitarbeitende mit einem gesamten Arbeitsumfang beim Kanton von maximal 40 Prozent. *

[2] Wird eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter mit einem höheren Arbeitsumfang in eine dieser Behörden gewählt, ist der Arbeitsumfang entsprechend herabzusetzen. Ist dies aus betrieblichen Gründen nicht möglich, ist das Arbeitsverhältnis innert sechs Monaten nach der Wahl zu beenden.

1) GRP 2005/2006, 1299
2) BR 110.100
3) Seite 1989

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

6. Zuständigkeiten, Rechtsschutz und Verfahren

6.1. ZUSTÄNDIGKEITEN

Art. 65 2. Für die selbstständigen kantonalen Anstalten sowie Gerichte und Schlichtungsbehörden *

[1] Die selbstständigen kantonalen Anstalten sowie das Kantons- und das Verwaltungsgericht haben die gleichen Befugnisse wie die Regierung. Davon ausgenommen sind die Bestimmungen von Artikel 20, Artikel 29 Absatz 2, Artikel 35 Absatz 4, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 37 Absatz 2 und Artikel 73 Absatz 2. *

[2] Die selbstständigen kantonalen Anstalten sowie das Kantons- und das Verwaltungsgericht bestimmen die zuständigen Instanzen. Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen in den Organisationsgesetzen. *

[3] Das Personalamt bereitet auf Antrag und gegen Entschädigung personalrechtliche Verträge, Verfügungen und Beschlüsse der selbstständigen kantonalen Anstalten sowie der Gerichte und Schlichtungsbehörden im Sinne von Artikel 59 Absatz 2 vor. *

[4] Die Einreihung der Stellen ist mit dem Personalamt abzusprechen. Wird zwischen der Anstalt oder dem Gericht und dem Personalamt keine Einigung erzielt, entscheidet endgültig *

a) bei den selbstständigen kantonalen Anstalten die Regierung;
b) * beim Kantons- und Verwaltungsgericht die vom Grossen Rat bezeichnete Kommission.

[5] Die selbstständigen kantonalen Anstalten können für ihre Mitarbeitenden die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz erlassen.

6.2. RECHTSSCHUTZ UND VERFAHREN

Art. 66 Personalrechtliche Streitigkeiten, Rechtsschutz *

[1] Kommt bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis keine Einigung zustande, erlässt die zuständige Instanz auf Verlangen eine anfechtbare Verfügung. *

[2] Verfügungen der Dienststellen können an das vorgesetzte Departement und Verfügungen der Departemente, der Standeskanzlei und der Finanzkontrolle an die Regierung weitergezogen werden. *

[3] Verfügungen und Beschwerdeentscheide der Regierung und Beschwerdeentscheide der Departemente können an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *

[4] Die Verfahren sind unter Vorbehalt mutwilliger Prozessführung kostenlos. *

a) * …
b) * …
c) * …

[5] Personalrechtliche Entscheide der selbstständigen kantonalen Anstalten können an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *

[5bis] Personalrechtliche Entscheide der Regionalgerichte können an das Kantonsgericht weitergezogen werden. *

[6] Personalrechtliche Entscheide des Kantonsgerichts, die dessen Mitarbeitende betreffen, können an das Verwaltungsgericht und personalrechtliche Entscheide des Verwaltungsgerichts, die dessen Mitarbeitende betreffen, an das Kantonsgericht weitergezogen werden. *

Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (Öffentlichkeitsgesetz)

Vom 19. April 2016 (Stand 1. November 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. August 2015[3)],

beschliesst:

3. Verfahren für den Zugang zu amtlichen Dokumenten

Art. 13 Rechtsschutz

[1] Der Rechtsschutz richtet sich nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) vom 31. August 2006.

[2] Entscheide eines öffentlichen Organs, für die diese Bestimmungen kein Rechtsmittel vorsehen, sind unmittelbar beim Verwaltungsgericht anfechtbar.

[3] Die Beschwerdeinstanzen haben auch Zugang zu amtlichen Dokumenten, die der Geheimhaltung unterliegen.

1) GRP 2015/2016, 811
2) BR 110.100
3) Seite 719

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Kantonales Datenschutzgesetz (KDSG)

Vom 10. Juni 2001 (Stand 1. Januar 2019)

Vom Volke angenommen am 10. Juni 2001[1)]

Art. 6 Rechtsschutz

[1] Entscheide von Behörden und Amtsstellen der Verwaltung und von unselbständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts können beim vorgesetzten Departement angefochten werden.

[2] Gegen Entscheide Privater, die öffentliche Aufgaben erfüllen, steht die Beschwerde an die auftraggebende Instanz offen.

[3] Entscheide der Departemente, der Gemeinde- und Regionalbehörden, der Gemeindeverbindungen sowie der selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften können beim Verwaltungsgericht mit Beschwerde angefochten werden. *

[4] Das Beschwerderecht steht auch der Aufsichtsstelle zu. *

[1)] B vom 5. September 2000, 493; GRP 2000/2001, 530

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch[1)] * (EGzZGB)

Vom 12. Juni 1994 (Stand 1. Januar 2022)

Vom Volke angenommen am 12. Juni 1994[2)]

1. Allgemeiner Teil

1.1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN UND VERFAHREN

1.1.2. Verwaltungsbehörden

Art. 14 2. Der Gemeindevorstand

[1] Der Gemeindevorstand ist für den Erlass von Verboten betreffend Wald und Weide auf Gemeindegebiet (Art. 699) zuständig. Gegen die Anordnung solcher Verbote kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden. *

[2] Der Gemeindevorstand des Wohnsitzes oder des Heimatortes ist zuständig für:

1. * Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigkeit der Ehe;
2. * Art. 9 Abs. 2 PartG, Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;
3. Art. 259 Abs. 2 Ziff. 3, 260a Abs. 1, Anfechtung einer Anerkennung;
4. * Art. 550, amtliches Begehren um Verschollenerklärung gemäss Art. 6 Abs. 3 des vorliegenden Gesetzes.

[3] Der Gemeindevorstand des letzten Wohnsitzes des Beklagten ist zuständige Behörde bei Vaterschaftsklagen gemäss Artikel 261 Absatz 2.

[4] Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person ist für die Inkassohilfe gemäss Artikel 131 Absatz 1 und Artikel 290 zuständig. *

[5] Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle ist für die Aufbewahrung von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen (Art. 504, 505) zuständig.[3)] *

---

1) Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt
2) B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 286 (1. Lesung), 560 (2. Lesung)
3) Vgl. Art. 69 ff. dieses Gesetzes.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[6] Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle nimmt die Meldung über Todesfälle von am Wohnort verstorbenen Personen entgegen und teilt sie unverzüglich dem zuständigen Zivilstandsamt mit. *

[7] Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis. Bei der Gemeinde aufbewahrte letztwillige Verfügungen und Erbverträge sind dem Regionalgericht weiterzuleiten.[1)] *

Art. 15 3. Die Regierung

[1] Die Regierung ist in folgenden Fällen zuständig:

1. Art. 30 Abs. 1, Bewilligung von Namensänderungen;[2)]
2. Art. 57 Abs. 3, 78 und 89 Abs. 1, Klage auf Aufhebung einer juristischen Person;
3. * Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigerklärung der Ehe;[3)]
4. * Art. 9 Abs. 2 PartG, Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft;[4)]
5. Art. 882, Überwachung der Auslösung von Gülten;
6. Art. 885, Ermächtigung zur Annahme von Viehverpfändungen;
7. Art. 907, Bewilligung zum Betrieb des Pfandleihgewerbes;
8. Art. 43 Abs. 2 und 3 IPRG[5)], Bewilligung zur Eheschliessung von Ausländern.[6)]

[2] Die Regierung ist berechtigt, Geschäfte der erwähnten Art einzelnen Departementen oder Ämtern zur Erledigung zuzuweisen.[7)] *

---

1) Vgl. Art. 72 Abs. 1 dieses Gesetzes.

2) Mit Art. 3 der Verordnung betreffend die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente und Dienststellen, BR 170.340 wird die Befugnis zur Bewilligung von Namensänderungen an das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht delegiert; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

3) Mit Art. 3 der Verordnung betreffend die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente und Dienststellen, BR 170.340 wird die Befugnis zur Klage auf Ungültigerklärung der Ehe an das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht delegiert; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

4) Mit Art. 3 der Verordnung betreffend die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente und Dienststellen, BR 170.340 wird die Befugnis zur Klage auf Ungültigkeit der eingetragenen Partnerschaft an das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht delegiert; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

5) SR 291

6) Mit Art. 3 der Verordnung betreffend die Übertragung von Befugnissen der Regierung auf die Departemente und Dienststellen, BR 170.340 wird die Befugnis zur Bewilligung zur Eheschliessung von Ausländern an das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht delegiert; am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

7) Vgl. Verordnung, BR 170.340

[3] Gegen Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 Ziffern 1 und 5–8 kann die Berufung gemäss Zivilprozessordnung[1)] an das Kantonsgericht erhoben werden. Dasselbe gilt für Entscheide der Departemente, soweit das Bundesrecht nicht eine andere Instanz vorsieht. *

Art. 16 II. Verfahren

[1] Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[2)]. *

[2] … *

[3] Entscheide der Regierung, der kantonalen Departemente und anderer kantonaler Instanzen auf dem Gebiete des Zivilrechtes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung[3)] an das Kantonsgericht weitergezogen werden, wenn nach übergeordnetem Recht eine letztinstanzliche Beurteilung durch ein oberes kantonales Gericht erforderlich ist. *

2. Besonderer Teil

2.1. PERSONENRECHT

2.1.1. Zivilstandswesen

Art. 20d * V. Rechtsmittel

[1] Gegen Entscheide und Verfügungen des Amtes kann beim Departement Beschwerde geführt werden.

[2] Entscheide und Verfügungen des Departementes können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung[4)] an das Kantonsgericht weitergezogen werden. *

2.1.2. Stiftungen

Art. 25a * VI. Rechtsmittel *

[1] Verfügungen der Aufsichts- und Umwandlungsbehörde können gestützt auf das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege[5)] an das vorgesetzte Departement weitergezogen werden. *

---

1) SR 272
2) BR 370.100
3) SR 272
4) SR 272
5) BR 370.100

[2] Entscheide des Departements können mit Berufung gemäss Zivilprozessordnung an das Kantonsgericht weitergezogen werden. *

2.2. FAMILIENRECHT *

2.2.3. Kindes- und Erwachsenenschutz

Art. 60 5. Gerichtliche Beschwerdeinstanz

[1] Das Kantonsgericht ist die gerichtliche Beschwerdeinstanz.

[2] Zwischenentscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde können innert zehn Tagen seit ihrer Mitteilung beim Kantonsgericht angefochten werden. *

[3] Das Kantonsgericht ist an die Parteianträge nicht gebunden und erforscht den Sachverhalt von Amtes wegen. Neue Tatsachen und Beweismittel sind zugelassen. *

[4] Für gesetzliche und behördlich angeordnete Fristen gilt kein Fristenstillstand. Die Parteien sind darauf hinzuweisen. *

[5] Im Übrigen gelten die Regelungen für die zivilprozessuale Berufung sinngemäss, soweit das übergeordnete Recht nichts anderes vorsieht. *

2.4. SACHENRECHT

2.4.10. Grundbuch

Art. 143 * b) Anfechtung von Verfügungen des Grundbuchamts

[1] Gegen Verfügungen des Grundbuchamts kann Beschwerde bei der Aufsichtsstelle geführt werden.

[2] Beschwerdeentscheide der Aufsichtsstelle können innert 30 Tagen an das Kantonsgericht weitergezogen werden. Ausgenommen sind Entscheide in Gebührensachen. Das Verfahren richtet sich nach der Zivilprozessordnung.

Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht[1)] * (EGzOR)

Vom 20. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004[3)],

beschliesst:

2. Besondere Bestimmungen

Art. 14b * 2. Aufsicht und Rechtsmittel

[1] Das Departement ist Aufsichtsinstanz.

[2] Entscheide des mit der Handelsregisterführung betrauten Amtes können mit Berufung im Sinne der Zivilprozessordnung an das Kantonsgericht weitergezogen werden. *

1) SR 220
2) BR 110.100
3) Seite 1027

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Notariatsgesetz * (NotG)

Vom 18. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[1)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 18. Mai 2004[2)],

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 4 Notariatskommission
1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung

[1] Kantonsgericht und Verwaltungsgericht wählen gemeinsam für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Notariatskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden.

[2] Der Notariatskommission gehören in der Regel an: *

a) * eine patentierte Notarin oder ein patentierter Notar, eine Regionalnotarin oder ein Regionalnotar und eine patentierte Grundbuchverwalterin oder ein patentierter Grundbuchverwalter;
b) drei Inhaberinnen oder Inhaber des Bündner Fähigkeitsausweises für Notariatspersonen;
c) * ein Mitglied des Kantons- oder Verwaltungsgerichts.

[3] Die Notariatskommission konstituiert sich selbst. Sie kann ein Sekretariat und eine Aktuarin oder einen Aktuar bestellen.

[4] Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Mitglieder der Notariatskommission fest.

---

1) BR 110.100
2) Seite 671

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 5 2. Aufgaben

[1] Die Notariatskommission ist Aufsichtsbehörde über das gesamte Notariatswesen.

[2] Ihr obliegt insbesondere:

a) die Durchführung der Prüfung, die Erteilung des Fähigkeitsausweises und die Vereidigung patentierter Notarinnen und Notare;
b) die Anordnung von Inspektionen;
c) die Befreiung vom Berufsgeheimnis;
d) der Entscheid in Unvereinbarkeits- und Ausstandssachen;
e) die Behandlung von Beschwerden gegen Gebührenverfügungen der Notariatspersonen;
f) die Behandlung von Anzeigen und Beschwerden gegen Notariatspersonen;
g) die Eröffnung und Durchführung von Disziplinaruntersuchungen sowie die Anordnung von Disziplinarmassnahmen;
h) die Mitteilung von Empfehlungen und die Erteilung von Auskünften über notariatsrechtliche Belange von allgemeiner Bedeutung.

[3] Die Notariatskommission erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht.

Art. 6 Inspektionen

[1] Die Notariatskommission bestimmt eine oder mehrere Notariatsinspektorinnen oder einen oder mehrere Notariatsinspektoren und ordnet periodische Inspektionen der Amtsführung von Notariatspersonen an.

[2] Die Amtsführung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter wird in der Regel vom kantonalen Grundbuchinspektorat inspiziert.

[3] Die Notariatspersonen sind verpflichtet, der inspizierenden Person über ihre Amtsführung alle gewünschten Auskünfte zu erteilen und alle gewünschten Dokumente vorzulegen.

[4] Die inspizierenden Personen erstatten der Notariatskommission Bericht.

Art. 9 * Verfahren, Rechtsmittel

[1] Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt das Verwaltungsrechtspflegegesetz sinngemäss.

[2] Entscheide der Notariatskommission, ausser diejenigen gemäss Artikel 10 Absatz 2, können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

2. Patentierte Notarinnen und Notare

Art. 10 Prüfung

[1] Zur Notariatsprüfung zugelassen wird, wer den Fähigkeitsausweis für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte besitzt.

[2] Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Sie wird von drei Mitgliedern der Notariatskommission, die über den Fähigkeitsausweis für Notariatspersonen verfügen müssen, durchgeführt und beurteilt.

[3] Wer die Prüfung zum dritten Mal nicht besteht, kann nicht mehr zu einer weiteren Prüfung zugelassen werden.

7. Beurkundungen

Art. 33 Lesen und Unterzeichnen, Einheit des Aktes

[1] Die erscheinenden Parteien müssen die öffentliche Urkunde entweder selber lesen oder von der Notariatsperson vorgelesen erhalten, hierauf ausdrücklich genehmigen und dann eigenhändig mit ihrem Namen unterzeichnen.

[2] Während der Beurkundung müssen alle mitwirkenden Personen anwesend sein, und das Verfahren ist ohne wesentliche Unterbrechung durchzuführen.

[3] Vorbehalten bleiben besondere Beurkundungsformen nach Bundesrecht und nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes.

Art. 34 Beurkundung von Willenserklärungen

[1] Die Beurkundung besteht darin, dass die Notariatsperson am Schluss der öffentlichen Urkunde förmlich bestätigt, diese sei den Parteien zur Kenntnis gebracht worden, enthalte den der Notariatsperson mitgeteilten Willen der Parteien und sei von diesen unterzeichnet worden.

[2] Die Notariatsperson setzt dieser Beurkundungsformel Ortsangabe, Datum, ihre Unterschrift und ihren Stempel bei.

Art. 35 Beurkundung von Beschlüssen

[1] Die Notariatsperson hat an der Versammlung oder an der Sitzung teilzunehmen und ein Protokoll als öffentliche Urkunde zu erstellen.

[2] Das Protokoll muss mindestens enthalten:

a) die Angabe von Ort und Datum der Versammlung- oder Sitzung;
b) die Bestellung der oder des Vorsitzenden, der Protokollführerin oder des Protokollführers und der Stimmzählerinnen oder Stimmenzähler;
c) die Feststellungen der oder des Vorsitzenden über Einberufung, Präsenz und Beschlussfähigkeit sowie allfällige Einwendungen gegen die Durchführung;
d) alle gefassten Beschlüsse und erzielten Abstimmungsergebnisse, soweit sie beurkundungsbedürftig sind.

[3] Die Notariatsperson setzt diesem Protokoll Ortsangabe, Datum, ihre Unterschrift und ihren Stempel bei.

[4] Sie ist berechtigt, die öffentliche Urkunde erst nach der Versammlung oder Sitzung zu erstellen und zu unterzeichnen.

Art. 36 Andere Sachbeurkundungen

[1] Die Notariatsperson hat den zu beurkundenden Vorgang oder Zustand möglichst genau in einem Protokoll als öffentliche Urkunde festzustellen.

[2] Das Protokoll muss mindestens enthalten:

a) Nennung von Auftraggeberin oder Auftraggeber und Amtsgeschäft;
b) Angabe von Ort und Datum;
c) Beschreibung des Vorganges oder Zustandes.

[3] Im Übrigen gelten Artikel 35 Absätze 3 und 4.

9. Schlussbestimmungen

Art. 50 Ausführungserlasse

[1] Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und auf Antrag der Notariatskommission ein Prüfungsreglement.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG)

Vom 5. April 1987 (Stand 1. Januar 2007)

In Ausführung von Art. 36 des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland[1)]

vom Volke angenommen am 5. April 1987[2)]

5. Behörden

Art. 15 Beschwerdeinstanz

[1] Beschwerdeinstanz ist das Verwaltungsgericht.

1) SR 211.412.41

2) B vom 9. Juni 1986, 197; GRP 1986/87, 306

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (EGzSchKG)

Vom 23. April 2014 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 14. Januar 2014[3)],

beschliesst:

1. Betreibungs- und Konkursamt

1.1. ORGANISATION

Art. 3 Organisationsreglement

[1] Die Führung der Betreibungs- und Konkursämter sowie allfälliger Aussenstellen ist Sache der Regionen. Die Region erlässt dazu ein Organisationsreglement, soweit sie dazu durch dieses Gesetz ermächtigt und beauftragt wird.

[2] Das Organisationsreglement enthält insbesondere Bestimmungen über die ordnungsgemässe Durchführung der Betreibungen und Konkurse in der Region sowie den zweckmässigen Einsatz von Personal und Mittel.

[3] Das Organisationsreglement ist der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Art. 7 Mitteilung und Veröffentlichung

[1] Die Region hat die Ernennung und den Rücktritt von Amtspersonen unverzüglich der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

---

1) GRP 2013/2014, 655
2) BR 110.100
3) Seite 757

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Bei Änderungen der personellen Zusammensetzung hat die Region die Namen der betreffenden Personen angemessen zu publizieren. Die Aufsichtsbehörde informiert periodisch über die personelle Zusammensetzung der Betreibungs- und Konkursämter.

[3] Konkursgericht und Nachlassgericht sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde unverzüglich die Ernennung von Personen mitzuteilen, die mit der Sachwaltung, der Liquidation oder der ausseramtlichen Konkursverwaltung beauftragt werden.

2. Aufsicht

2.1. BEHÖRDE UND AUFGABEN

Art. 13 Aufsichtsbehörde

[1] Einzige kantonale Aufsichtsbehörde gemäss Artikel 13 und Beschwerdeinstanz gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs ist das Kantonsgericht.

Art. 15 2. im Besonderen

[1] Die Aufsichtsbehörde hat die Geschäftsführung der Betreibungs- und Konkursämter regelmässig zu prüfen oder prüfen zu lassen und trifft die geeigneten Massnahmen zur Verhinderung oder Beseitigung von unzweckmässigen oder ordnungswidrigen Zuständen.

[2] Sie sorgt für eine ordnungsgemässe Amtsübergabe.

[3] Sie kann Einführungs- und Weiterbildungskurse durchführen und die Teilnahme für obligatorisch erklären.

[4] Sie kann einen Beratungsdienst unterhalten, der die Betreibungs- und Konkursämter in Fragen der allgemeinen Geschäftsführung und in konkreten Einzelfällen berät.

[5] Sie genehmigt den Zusammenschluss zweier oder mehrerer Betreibungs- oder Konkursämter, die Schaffung von Aussenstellen sowie das Organisationsreglement.

2.2. VERFAHREN

Art. 17 Verfahren vor Kantonsgericht
1. als Aufsichtsbehörde

[1] Beschwerden gemäss Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie Gesuche und Anzeigen sind schriftlich einzureichen.

[2] Die Aufsichtsbehörde holt die erforderlichen Vernehmlassungen ein und klärt den Sachverhalt von Amtes wegen ab.

[3] Ein Parteivortritt findet nicht statt.

[4] Im Übrigen sind die Bestimmungen der Zivilprozessordnung sinngemäss anwendbar.

Art. 18 2. als Disziplinarbehörde

[1] Die Aufsichtsbehörde kann aufgrund einer Anzeige oder von Amtes wegen ein Disziplinarverfahren eröffnen.

[2] Sie teilt dies der betroffenen Amtsperson mit und nimmt die nötigen Abklärungen vor.

[3] Nach Abschluss der Untersuchung erhält die betroffene Person Gelegenheit zur Stellungnahme; nötigenfalls ist eine mündliche Verhandlung durchzuführen.

[4] Der Disziplinarentscheid wird unter Angabe des Sachverhaltes und der wesentlichen Erwägungen schriftlich eröffnet.

[5] Im Übrigen sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes über das Verfahren vor kantonalen Verwaltungsbehörden sinngemäss anwendbar.

3. Verschiedene Bestimmungen

Art. 20 Nachlassgericht

[1] Das Regionalgericht ist unteres Nachlassgericht. *****

[2] Das Kantonsgericht ist oberes kantonales Nachlassgericht.

Art. 21 Gewerbsmässige Vertretung

[1] Zur gewerbsmässigen Vertretung sind in allen Verfahren Anwältinnen und Anwälte befugt, die nach dem Anwaltsgesetz vom 23. Juni 2000 berechtigt sind, Parteien vor schweizerischen Gerichten zu vertreten.

[2] Die Vertretung in Angelegenheiten des summarischen Verfahrens nach Artikel 251 der Zivilprozessordnung, im Beschwerdeverfahren nach Artikel 17 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs sowie im Verfahren vor dem Betreibungs- und Konkursamt ist davon ausgenommen.

Anwaltsgesetz

Vom 14. Februar 2006 (Stand 1. Januar 2011)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[1)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Oktober 2005[2)],

beschliesst:

2. Aufsicht

Art. 5 Aufsichtskommission
1. Wahl, Zusammensetzung, Entschädigung

[1] Kantonsgericht und Verwaltungsgericht wählen gemeinsam für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Aufsichtskommission von fünf Mitgliedern und drei Stellvertretenden.

[2] Der Aufsichtskommission gehören in der Regel zwei im Register des Kantons Graubünden eingetragene Anwältinnen oder Anwälte und je ein Mitglied des Kantons- und des Verwaltungsgerichts an.

[3] Sämtliche Mitglieder und Stellvertretenden müssen im Besitz des Anwaltspatents sein.

[4] Die Aufsichtskommission konstituiert sich selbst. Sie kann ein Sekretariat und ein Aktuariat bestellen.

[5] Die Regierung legt die Arbeitsentschädigungen und Spesenvergütungen der Mitglieder der Aufsichtskommission fest.

Art. 6 2. Aufgaben

[1] Die Aufsichtskommission ist die Aufsichtsbehörde über die Anwältinnen und Anwälte.

---

1) BR 110.100
2) Seite 1307

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Insbesondere hat sie folgende Aufgaben:

a) Sie überwacht die Tätigkeit der Anwältinnen und Anwälte und übt das Disziplinarrecht aus;
b) Sie führt das Anwaltsregister und die öffentliche Liste der Angehörigen von Mitgliedstaaten der EU oder EFTA;
c) * Sie entscheidet über die Zulassung zur Anwaltsprüfung, führt die Anwaltsprüfungen durch, erteilt das Anwaltspatent und die Praktikumsbewilligung und entscheidet über den Entzug des Anwaltspatents;
d) Sie entscheidet über die Entbindung vom Berufsgeheimnis;
e) Sie ist mit dem Vollzug des BGFA[1)] betraut, soweit dieses Gesetz nicht ausdrücklich eine andere Instanz für zuständig erklärt.

[3] Die Aufsichtskommission erstattet dem Grossen Rat jährlich Bericht.

Art. 7 * Verfahren, Rechtsmittel

[1] Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt das Verwaltungsrechtspflegegesetz[2)] sinngemäss.

[2] Entscheide der Aufsichtskommission können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. Ausgenommen sind Entscheide über die Bewertung der Anwaltsprüfung.

3. Das Anwaltspatent

Art. 9 Prüfung

[1] Durch die Anwaltsprüfung soll sich die Bewerberin oder der Bewerber über die für den Anwaltsberuf erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse ausweisen.

[2] Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Sie ist praxisbezogen auf das eidgenössische und kantonale Recht zu gestalten.

[3] Die Anwaltsprüfung kann zweimal wiederholt werden. Prüfungsversuche in anderen Kantonen werden mitgezählt.

1) SR 935.61
2) BR 370.100

7. Anwältinnen und Anwälte aus den Mitgliedstaaten der EU und EFTA

Art. 17 Eintragung in das kantonale Anwaltsregister

[1] Die Aufsichtskommission bestimmt im Einzelfall den Inhalt der Eignungsprüfung gemäss BGFA[1)] und des Gesprächs zur Prüfung der beruflichen Fähigkeiten gemäss BGFA. Die Bestimmungen des Prüfungsreglementes gelten sinngemäss.

9. Schlussbestimmungen

Art. 19 * Ausführungserlasse

[1] Die Regierung erlässt die notwendigen Ausführungsbestimmungen und auf Antrag der Aufsichtskommission ein Prüfungsreglement. Sie regelt die Einzelheiten der Parteientschädigung sowie das Honorar für die unentgeltliche Rechtsvertretung und die amtliche Verteidigung.

Art. 21 Übergangsbestimmung

[1] Auf vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes hängige Verfahren vor der Aufsichtskommission ist neues Recht anzuwenden. Davon ausgenommen sind Disziplinarverfahren, soweit das alte Recht für die Betroffenen günstiger ist.

[1)] SR 935.61

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (EGzZPO)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010[3)],

beschliesst:

2. Zuständigkeit der Schlichtungsbehörden und Zivilgerichte

Art. 4 Erstinstanzliches Gericht
1. Einzelrichterin, Einzelrichter

[1] Soweit das Bundesrecht oder das kantonale Recht nichts anderes bestimmt, entscheidet ein Mitglied des Regionalgerichts in einzelrichterlicher Kompetenz: *

a) in Angelegenheiten, für die das summarische Verfahren gilt;
b) bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten im Betrag bis 5000 Franken;
c) über die Ehescheidung, Ehetrennung oder die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft auf gemeinsames Begehren bei umfassender Einigung;
d) über die Vollstreckung;
e) über Widerhandlungen gegen gerichtliche Verbote im Sinn der Zivilprozessordnung[4)].

[2] Sie oder er erledigt Rechtshilfegesuche, soweit nicht das Kantonsgericht dafür zuständig ist.

Art. 5 2. Kollegialgericht

[1] Das Regionalgericht amtet als erstinstanzliches Zivilgericht, soweit nicht die Einzelrichterin oder der Einzelrichter zuständig ist. *

1) GRP 2009/2010, 853
2) BR 110.100
3) Seite 853
4) SR 272

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Es entscheidet in Fünferbesetzung:

a) in Angelegenheiten, für die das ordentliche Verfahren gilt;
b) wenn der Streitwert für die Beschwerde in Zivilsachen an das Bundesgericht erreicht ist;
c) über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
d) auf Anordnung der oder des Vorsitzenden.

[3] In den anderen Fällen entscheidet das Regionalgericht in Dreierbesetzung. *

Art. 6 3. Kantonsgericht

[1] Das Kantonsgericht beurteilt als erstinstanzliches Gericht die Fälle, in denen das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorsieht, soweit nicht das Verwaltungsgericht zuständig ist.

[2] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz über:

a) den Rechtsschutz in klaren Fällen bei Streitigkeiten, für die das Bundesrecht eine einzige kantonale Instanz vorsieht;
b) Schiedsgerichtssachen mit Ausnahme der Beurteilung von Beschwerden und Revisionsgesuchen.

Art. 7 Rechtsmittelinstanz

[1] Das Kantonsgericht beurteilt als Rechtsmittelinstanz zivilrechtliche Berufungen und Beschwerden.

[2] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz, wenn:

a) der Streitwert 5000 Franken nicht überschreitet;
b) ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet ist.

3. Ergänzende Bestimmungen

3.1. RECHTSHILFE UND MITWIRKUNG VON BEHÖRDEN

Art. 8 Rechtshilfe

[1] Das Kantonsgericht ist die kantonale Zentralbehörde für Rechtshilfegesuche aus dem Ausland im Sinne der Staatsverträge.

[2] Die Zustellung ins Ausland erfolgt direkt von Behörde zu Behörde. Wenn der direkte Verkehr durch Bundesrecht oder Staatsvertragsrecht ausgeschlossen ist, erfolgt die Zustellung über das Kantonsgericht.

3.2. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Art. 13 Entscheid über bestrittene Ausstandsbegehren

[1] Ist der Ausstand streitig, entscheidet in Abwesenheit der betroffenen Person:

a) das in der Hauptsache zuständige Gericht;
b) das Gericht in Ausstandsfällen bei einzelrichterlichen Zuständigkeiten;
c) * das Regionalgericht in Ausstandsfällen bei Schlichtungsbehörden.

[2] Die Beschlussfähigkeit richtet sich nach dem Gerichtsorganisationsgesetz[1)].

3.3. VERFAHRENSKOSTEN UND RECHNUNGSWESEN

Art. 15 Verfahrenskosten

[1] Die Tragung der Prozesskosten richtet sich nach der Zivilprozessordnung[2)].

[2] Die Pauschalen für das Schlichtungsverfahren und die Entscheidgebühr bemessen sich nach dem Aufwand, dem Interesse und den wirtschaftlichen Verhältnissen der kostenpflichtigen Person.

[3] Die Pauschale beträgt höchstens 30 000 Franken. In Verfahren, die einen besonders grossen Aufwand verursachen, erhöht sich der Gebührenrahmen auf 100 000 Franken. Bei Einigung oder Verzicht auf ein vollständig begründetes Urteil wird die Pauschale für das Schlichtungsverfahren beziehungsweise die Entscheidgebühr angemessen reduziert.

[4] Das Kantonsgericht regelt die Höhe der Pauschalen in einer Verordnung[3)].

Art. 16 Entschädigungen

[1] Die Entschädigung der Parteivertretung sowie der unentgeltlichen Rechtspflege richten sich nach der Zivilprozessordnung[4)]und der Anwaltsgesetzgebung[5)].

[2] Die Entschädigung von Zeuginnen und Zeugen für den Erwerbsausfall beträgt höchstens 500 Franken pro Tag. Die Entschädigung der Spesen erfolgt höchstens zu den für die Angestellten des Kantons geltenden Ansätzen. Das Kantonsgericht regelt die Einzelheiten in einer Verordnung[6)].

---

1) BR 173.000
2) SR 272
3) BR 320.210
4) SR 272
5) BR 310.100 und BR 310.250
6) BR 310.210

Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGzStPO)

Vom 16. Juni 2010 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsichtnahme in die Botschaft der Regierung vom 23. März 2010[3)],

beschliesst:

2. Organisation und Zuständigkeiten der Strafverfolgungsbehörden

2.1. STAATSANWALTSCHAFT

2.1.1. Stellung und Organisation

Art. 8 Bestand

[1] Die Staatsanwaltschaft besteht aus der Ersten Staatsanwältin oder dem Ersten Staatsanwalt und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter sowie der erforderlichen Anzahl an:

a) Leitenden Staatsanwältinnen und Leitenden Staatsanwälten sowie der Leitenden Jugendanwältin oder dem Leitenden Jugendanwalt;
b) Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Jugendanwältinnen und Jugendanwälten;
c) Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern sowie Kanzleiangestellten.

[2] Bei Bedarf kann die Regierung ausserordentliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Jugendanwältinnen und Jugendanwälte bestellen.

---

1) GRP 2009/2010, 853
2) BR 110.100
3) Seite 795

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2.1.2. Fallbezogene Zuständigkeiten

Art. 12 Erste Staatsanwältin, Erster Staatsanwalt

[1] Die Erste Staatsanwältin oder der Erste Staatsanwalt ist insbesondere zuständig für:

a) Erlass von Nichtanhandnahmeverfügungen;
b) Zuteilung von Fällen an die Abteilungen oder an Staatsanwältinnen und Staatsanwälte;
c) Genehmigung von Nichtanhandnahme-, Sistierungs- und Einstellungsverfügungen der Leitenden Staatsanwältinnen und Leitenden Staatsanwälte und der Leitenden Jugendanwältin oder des Leitenden Jugendanwaltes;
d) Einsprache gegen Strafbefehle, die nicht von der Staatsanwaltschaft stammen;
e) Ergreifen von Rechtsmitteln und Vertretung der Staatsanwaltschaft vor der Rechtsmittelinstanz;
f) Gerichtsstandsfragen vor eidgenössischen Gerichten;
g) Erlass von internen Richtlinien.

[2] Sie oder er kann im Einzelfall das Ergreifen von Rechtsmitteln und die Vertretung vor der Rechtsmittelinstanz einer Leitenden Staatsanwältin oder einem Leitenden Staatsanwalt, der Leitenden Jugendanwältin oder dem Leitenden Jugendanwalt, einer Staatsanwältin oder einem Staatsanwalt oder einer Jugendanwältin oder einem Jugendanwalt übertragen.

3. Sachliche Zuständigkeit der Strafgerichte

Art. 19 Erstinstanzliches Gericht

[1] Das Regionalgericht amtet als erstinstanzliches Strafgericht. *****

[2] Es entscheidet in Fünferbesetzung:

a) über Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
b) auf Anordnung der oder des Vorsitzenden;
c) wenn die Staatsanwaltschaft:
   1. eine Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren beantragt;
   2. eine Verwahrung oder eine stationäre therapeutische Massnahme beantragt;
   3. bei gleichzeitig zu widerrufenden bedingten Sanktionen einen Freiheitsentzug von mehr als fünf Jahren beantragt.

[3] In den anderen Fällen entscheidet das Regionalgericht in Dreierbesetzung. *****

Art. 22 Berufungsgericht und Beschwerdeinstanz

[1] Das Kantonsgericht amtet als Berufungsgericht und als Beschwerdeinstanz in Straf- und Jugendstrafsachen.

4. Ergänzende Bestimmungen

4.3. BESONDERE BESTIMMUNGEN

Art. 30 Ausnahmen vom Verfolgungszwang

[1] Die Mitglieder des Grossen Rates und der Regierung sowie des Kantons- und des Verwaltungsgerichts sind für ihre Äusserungen im Grossen Rat oder in dessen Kommissionen strafrechtlich nicht verfolgbar.

[2] Die Mitglieder der Regierung sowie die Richterinnen und Richter und die Aktuarinnen und Aktuare des Kantons- und des Verwaltungsgerichts können wegen im Amt begangener Verbrechen und Vergehen nur mit Ermächtigung der für die Justiz zuständigen Kommission des Grossen Rates strafrechtlich verfolgt werden.

4.4. VERFAHRENSKOSTEN UND RECHNUNGSWESEN

Art. 37 Verfahrenskosten

[1] Die Tragung der Verfahrenskosten richtet sich nach der Strafprozessordnung[1)] und der Jugendstrafprozessordnung[2)].

[2] Die Gebühren bemessen sich nach dem Aufwand und den wirtschaftlichen Verhältnissen der kostenpflichtigen Person.

[3] Die Gebühr beträgt höchstens 20 000 Franken. In Verfahren, die einen besonders grossen Aufwand verursachen, erhöht sich der Gebührenrahmen auf 100 000 Franken. Bei Verzicht auf ein vollständig begründetes Urteil wird die Gebühr angemessen reduziert.

[4] Die Höhe der Gebühr wird durch Verordnung geregelt durch:

a) die Regierung für Verfahren vor Verwaltungsbehörden und der Staatsanwaltschaft[3)];
b) das Kantonsgericht für gerichtliche Verfahren[4)].

1) SR 312.0
2) SR 312.1
3) BR 350.110
4) BR 350.210

5. Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden

5.1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 42 Kantonale Verwaltungsbehörden

[1] Überträgt ein Gesetz die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen nach kantonalem oder Bundesrecht einer kantonalen Verwaltungsbehörde, liegt die Zuständigkeit ohne eine besondere Zuweisung beim sachlich zuständigen Amt.

[2] Das Verfahren richtet sich nach der Strafprozessordnung[1)] und diesem Gesetz. Besondere Verfahrensvorschriften bleiben vorbehalten.

7. Schlussbestimmungen

Art. 55 Übergangsrecht

[1] Vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangene, noch nicht richterlich beurteilte Widerhandlungen gegen Strafbestimmungen des Gesetzes über die Strafrechtspflege vom 8. Juni 1958 werden nach den Bestimmungen des Anhanges zu diesem Gesetz beurteilt.

1) SR 312.0

Gesetz über den Justizvollzug im Kanton Graubünden (Justizvollzugsgesetz, JVG)

Vom 27. August 2009 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. Mai 2009[3)],

beschliesst:

6. Rechtsmittel

Art. 48 Beschwerde ans Kantonsgericht von Graubünden *

[1] Gegen Entscheide des Departements können die Betroffenen und die Staatsanwaltschaft innert 30 Tagen seit der Mitteilung strafrechtliche Beschwerde beim Kantonsgericht einlegen. *

[2] Für das Beschwerdeverfahren gelten die Bestimmungen der Strafprozessordnung[4)] sinngemäss. *

1) GRP 2009/2010, 93
2) BR 110.100
3) Seite 27
4) SR 312.0

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRG)

Vom 31. August 2006 (Stand 1. Januar 2019)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 30. Mai 2006[3)],

beschliesst:

2. Allgemeine Grundsätze des Verfahrens

2.1. VERFAHRENSLEITUNG, AUSSTAND UND FRISTEN *

2.1.2. Ausstand *

Art. 6c * Entscheid

[1] Ist der Ausstand streitig, entscheidet in Abwesenheit der betroffenen Person:

a) das in der Hauptsache zuständige Gericht in Ausstandsfällen einer Gerichtsperson;
b) die Kollegialbehörde in Ausstandsfällen ihrer Mitglieder;
c) die Departementsvorsteherin oder der Departementsvorsteher in Ausstandsfällen von Angestellten des jeweiligen Departements;
d) die vorgesetzte Behörde in den übrigen Fällen.

[2] Die gleiche Behörde entscheidet, welche Verfahrens- oder Prozesshandlungen zu wiederholen sind, wenn ein bereits bestehender Ausstandsgrund erst nachträglich bekannt wird.

---

1) GRP 2006/2007, 205
2) BR 110.100
3) Seite 457

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2.2. ERMITTLUNG DES SACHVERHALTS

Art. 11 Untersuchungsgrundsatz und Mitwirkungspflicht

[1] Der Sachverhalt ist von Amtes wegen zu ermitteln.

[2] Die am Verfahren Beteiligten sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken.

[3] Die Behörde erhebt die notwendigen Beweise, wobei sie an Begehren zur Ermittlung des Sachverhalts nicht gebunden ist.

3. Verfahren vor kantonalen Verwaltungsbehörden

3.2. VERWALTUNGSBESCHWERDE

3.2.1. Voraussetzungen

Art. 28 Zulässigkeit

[1] Entscheide einer Dienststelle oder von unselbstständigen Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts können mit Verwaltungsbeschwerde an das vorgesetzte Departement weitergezogen werden.

[2] Die Verwaltungsbeschwerde ist ausgeschlossen, wenn gemäss Gesetz die Einsprache oder direkt die Beschwerde an das Verwaltungsgericht offen steht.

[3] Entscheide der Departemente und der Standeskanzlei können mit Verwaltungsbeschwerde an die Regierung weitergezogen werden, wenn das Gesetz dies ausdrücklich vorsieht.

[4] Als Entscheide gelten auch Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung sowie Realakte, die in Rechte und Pflichten von Personen eingreifen.

4. Verfahren vor Verwaltungsgericht

4.1. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

4.1.1. Formvorschriften und Verfahrensleitung

Art. 42 Prozessbeschwerde

[1] Vorsorgliche und prozessleitende Verfügungen können innert zehn Tagen beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

4.1.2. Gerichtsverhandlung und Urteilsfindung

Art. 43 Besetzung

[1] Das Verwaltungsgericht entscheidet in der Regel in der Besetzung mit drei Richterinnen und Richtern. *****

[2] Es entscheidet in Fünferbesetzung über *****

a) Beschwerden gegen Entscheide der Regierung oder des Grossen Rats;
b) Beschwerden gegen rechtsetzende Erlasse;
c) ***** Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung;
d) ***** auf Anordnung der oder des Vorsitzenden.

[3] Es entscheidet in einzelrichterlicher Kompetenz, wenn: *****

a) der Streitwert 5000 Franken nicht überschreitet und keine Fünferbesetzung vorgeschrieben ist;
b) ein Rechtsmittel offensichtlich unzulässig oder offensichtlich begründet oder unbegründet ist.

[4] Fälle, die gemäss Absatz 3 in einzelrichterlicher Kompetenz zu entscheiden sind, können in Dreierbesetzung entschieden werden, wenn die zuständige Einzelrichterin oder der zuständige Einzelrichter dies anordnet. *****

Art. 44 Urteilsfindung

[1] Das Verwaltungsgericht fällt sein Urteil in der Regel ohne Gerichtsverhandlung aufgrund der Akten.

Art. 47 Vorfragen und Teilurteil

[1] Das Verwaltungsgericht ist auch zu der für die Beurteilung der Hauptsache unerlässlichen Beantwortung von Vorfragen zuständig.

[2] Es kann das Verfahren aussetzen, bis die Vorfrage durch die ordentlicherweise zuständige Instanz entschieden ist.

[3] Ist ein Teil des Streitgegenstandes zur Entscheidung reif, kann das Gericht ein Teilurteil erlassen.

Art. 48 Verzicht auf Urteilsbegründung

[1] Das Verwaltungsgericht kann ein Urteil im Dispositiv ohne Begründung oder mit einer Kurzbegründung mitteilen. Jede Partei kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung schriftlich ein vollständig begründetes Urteil verlangen. Verlangt keine Partei innert Frist eine Begründung, erwächst das Urteil in Rechtskraft.

[2] Die Parteien sind auf die Möglichkeit der Urteilsbegründung und die Rechtsfolgen aufmerksam zu machen.

[3] Verlangt eine Partei eine Begründung, wird der Entscheid schriftlich begründet und den Parteien in vollständiger Ausfertigung mitgeteilt. Die Rechtsmittelfristen beginnen mit dieser Zustellung zu laufen.

4.2. VERWALTUNGSGERICHTLICHE BESCHWERDE

4.2.1. Voraussetzungen

Art. 49 Zulässigkeit

[1] Das Verwaltungsgericht beurteilt Beschwerden gegen:

a) Entscheide von Gemeinden, von anderen Körperschaften und von selbstständigen Anstalten des kantonalen Rechts, soweit diese nicht bei einer anderen Instanz angefochten werden können oder nach kantonalem oder eidgenössischem Recht endgültig sind;
b) Entscheide von Dienststellen der kantonalen Verwaltung und von unselbstständigen Anstalten des kantonalen Rechts, soweit das kantonale Recht den direkten Weiterzug vorsieht;
c) Entscheide der kantonalen Departemente, soweit diese nicht nach kantonalem oder eidgenössischem Recht endgültig sind oder bei einer anderen Instanz angefochten werden können;
d) Entscheide der Regierung über öffentlichrechtliche Streitigkeiten, soweit diese nicht nach kantonalem oder eidgenössischem Recht endgültig sind;
e) Entscheide, die von der Regierung entgegen den allgemeinen Zuständigkeitsvorschriften wegen Befangenheit oder aus anderen Gründen nicht überprüft werden können;
f) Entscheide anerkannter Landeskirchen und ihrer Kirchgemeinden, soweit eine Verletzung des vom Staat erlassenen Rechts geltend gemacht wird, sowie verwaltungsrechtliche Streitigkeiten, die dem Verwaltungsgericht von den Landeskirchen zur Beurteilung zugewiesen worden sind;
g) Entscheide anderer Behörden, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

[2] Es beurteilt als kantonales Versicherungsgericht Beschwerden gegen:

a) Einspracheentscheide und Verfügungen in Sozialversicherungssachen, die gemäss Bundesrecht der Beschwerde unterliegen;
b) Einspracheentscheide und Verfügungen im Bereich Krankenversicherung und Prämienverbilligung, die gemäss kantonalem Recht der Beschwerde unterliegen;
c) Einspracheentscheide, Verfügungen und Entscheide im Bereich der Familienzulagen, die gemäss kantonalem Recht der Beschwerde unterliegen.

[3] Als Entscheide gelten auch Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung sowie Realakte, die in Rechte und Pflichten von Personen eingreifen.

[4] Verfahrensleitende Anordnungen und vorsorgliche Massnahmen sowie andere Zwischenentscheide sind nur anfechtbar, wenn sie:

a) für die betroffene Partei einen Nachteil zur Folge haben, der sich später voraussichtlich nicht mehr beheben lässt, oder
b) ausdrücklich als selbstständig anfechtbar erlassen werden, wenn sich das Verfahren dadurch möglicherweise vereinfachen lässt.

Art. 52 Frist

[1] Die Beschwerde ist schriftlich innert 30 Tagen seit Mitteilung des angefochtenen Entscheids beim Verwaltungsgericht einzureichen.

[2] Die Frist zur Anfechtung von verfahrensleitenden Anordnungen und vorsorglichen Massnahmen beträgt zehn Tage.

[3] Für stimmberechtigte Mitglieder einer Körperschaft gilt bei Versammlungsbeschlüssen der Tag der Beschlussfassung als Tag der Kenntnisnahme.

4.2.2. Verfahren

Art. 55 Abänderung durch Vorinstanz

[1] Die Vorinstanz kann den angefochtenen Entscheid bis zur Urteilsfindung im Sinn der Anträge der beschwerdeführenden Partei abändern.

[2] Der abgeänderte Entscheid ist dem Verwaltungsgericht mitzuteilen.

[3] Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde nur noch insoweit zu behandeln, als sie durch den abgeänderten Entscheid nicht gegenstandslos geworden ist.

Art. 56 Urteilsbefugnis

[1] Das Verwaltungsgericht ist unter Vorbehalt abweichender gesetzlicher Bestimmungen an die Anträge der Parteien gebunden.

[2] Ist das Verwaltungsgericht nicht an die Anträge der Parteien gebunden, kann es einen Entscheid zu Ungunsten der beschwerdeführenden Partei ändern oder dieser mehr zusprechen, als sie verlangt hat. In diesem Fall ist den Parteien vorher Gelegenheit zur Stellungnahme sowie zum Rückzug der Beschwerde zu geben.

[3] Hebt das Verwaltungsgericht den angefochtenen Entscheid auf, entscheidet es selbst oder weist die Sache zum neuen Entscheid zurück.

4.3. VERFASSUNGSBESCHWERDE

Art. 57 Zulässigkeit

[1] Das Verwaltungsgericht beurteilt als Verfassungsgericht Beschwerden gegen:

a) rechtsetzende Erlasse;
b) Eingriffe in das Stimmrecht sowie Wahlen und Abstimmungen;
c) endgültige Entscheide von Gemeinden, von anderen Körperschaften und von selbstständigen Anstalten des kantonalen Rechts sowie des Grossen Rats, der Regierung und der kantonalen Departemente in öffentlichrechtlichen Streitigkeiten.

[2] Unterliegt ein rechtsetzender Erlass der Genehmigung durch die Regierung oder ein Departement, ist die Verfassungsbeschwerde gegen den Erlass erst nach Mitteilung des Genehmigungsbeschlusses zulässig.

[3] Die Verfassungsbeschwerde ist ausgeschlossen, soweit ein anderes kantonales Rechtsmittel gegeben ist.

Art. 60 Frist

[1] Die Beschwerde ist schriftlich innert 30 Tagen seit Mitteilung des angefochtenen Entscheids oder seit der amtlichen Veröffentlichung beim Verwaltungsgericht einzureichen.

[2] Bei Beschwerden gegen Eingriffe in das Stimmrecht sowie Wahlen und Abstimmungen beträgt die Frist zehn Tage seit der:

a) Mitteilung des Beschwerdeentscheids oder
b) Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch nach der amtlichen Bekanntgabe des Ergebnisses einer Wahl oder Abstimmung.

[3] Für stimmberechtigte Mitglieder einer Körperschaft gilt bei Versammlungsbeschlüssen der Tag der Beschlussfassung als Tag der Kenntnisnahme. Erfolgt eine amtliche Veröffentlichung, ist diese für den Fristbeginn massgebend.

Art. 61 Urteil

[1] Das Verwaltungsgericht hebt den angefochtenen Erlass oder Entscheid auf, soweit er verfassungs- oder gesetzwidrig ist.

[2] Es ordnet gleichzeitig die angemessene Veröffentlichung dieses Entscheids an.

[3] Soweit die Verfassungsverletzung nicht anders behoben werden kann, erlässt das Verwaltungsgericht die erforderlichen Anordnungen.

Art. 62 Subsidiäres Recht

[1] Soweit dieser Abschnitt keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen über das Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht anwendbar.

4.4. VERWALTUNGSGERICHTLICHE KLAGE

Art. 63 Zulässigkeit

[1] Das Verwaltungsgericht beurteilt im Klageverfahren:

a) staats- und verwaltungsrechtliche Streitigkeiten zwischen öffentlichrechtlichen Körperschaften und Anstalten, die einander gleichgeordnet sind;
b) Streitigkeiten aus öffentlichrechtlichen Verträgen;
c) * Entschädigungsansprüche aus dem Staatshaftungsgesetz;
d) * Entschädigungsansprüche aus rechtmässigen Handlungen öffentlichrechtlicher Körperschaften und Anstalten, soweit dafür eine Rechtsgrundlage besteht und keine andere Behörde bestimmt ist;
e) * vermögensrechtliche Ansprüche aus öffentlichem Dienstverhältnis, soweit keine andere Behörde bestimmt ist;

f) * staats- und verwaltungsrechtliche Streitigkeiten, die dem Verwaltungsgericht gemäss besonderer Vorschrift zur Beurteilung zugewiesen sind;
g) * Streitigkeiten, an denen die anerkannten Landeskirchen oder ihre Kirchgemeinden beteiligt sind, soweit sie von den Landeskirchen dem Verwaltungsgericht zugewiesen sind oder vom Staat erlassenes Recht angerufen wird.

[2] Es beurteilt als Versicherungsgericht im Klageverfahren:

a) Streitigkeiten im Sinn von Artikel 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG)[1)];
b) Streitigkeiten im Sinn von Artikel 47 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)[2)].

Art. 64 Rechtshängigkeit

[1] Die Klage wird durch Einreichung beim Verwaltungsgericht rechtshängig.

Art. 65 Subsidiäres Recht

[1] Soweit dieser Abschnitt keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen über das Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht anwendbar.

[2] Kann diesem Gesetz keine Vorschrift entnommen werden, finden die für das Zivilverfahren geltenden Bestimmungen sinngemäss Anwendung.

5. Ausserordentliche Rechtsmittel und Rechtsbehelfe

5.2. AUFSICHTSBESCHWERDE

Art. 68 Gegenstand

[1] Gegenstand der Aufsichtsbeschwerde können Handlungen oder Unterlassungen von Verwaltungsbehörden sowie Körperschaften und Anstalten des kantonalen öffentlichen Rechts bilden, die der Aufsicht durch die Regierung unterliegen.

[2] Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn die behauptete Rechtsverletzung nicht durch Rechtsmittel oder Klage beim Verwaltungsgericht oder bei der Regierung gerügt werden kann.

1) SR 831.40
2) SR 961.01

6. Kosten und Parteientschädigung

6.1. KOSTEN

Art. 75 Kostenbemessung

[1] Die Verfahrenskosten bestehen aus:

a) der Staatsgebühr, welche für die Beanspruchung der Behörde erhoben wird;
b) den Gebühren für Ausfertigungen und Mitteilungen des Entscheids;
c) den Barauslagen.

[2] Die Staatsgebühr beträgt höchstens 20 000 Franken. Sie richtet sich nach dem Umfang und der Schwierigkeit der Sache sowie nach dem Interesse und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kostenpflichtigen. In Verfahren vor Verwaltungsgericht, die einen besonders grossen Aufwand verursachen, erhöht sich der Gebührenrahmen auf 100 000 Franken. Bei Verzicht auf ein vollständig begründetes Urteil wird die Staatsgebühr angemessen reduziert.

[3] Für Verfahren vor kantonalen Verwaltungsbehörden regelt die Regierung die Gebührenansätze für die Staatsgebühr, die Höhe der Gebühren für Ausfertigungen und Mitteilungen sowie den Ersatz der Barauslagen durch Verordnung[1)].

[4] Für Verfahren vor Verwaltungsgericht regelt das Verwaltungsgericht die Höhe der Gebühren für Ausfertigungen und Mitteilungen sowie den Ersatz der Barauslagen durch Verordnung[2)].

Art. 77 Erstattung erlassener Kosten

[1] Prozessiert eine Partei unentgeltlich, hat sie das Erlassene und die Kosten der Rechtsvertretung zu erstatten, wenn sich ihre Einkommens- oder Vermögensverhältnisse gebessert haben und sie hierzu in der Lage ist. Der Anspruch des Kantons auf Rückerstattung verjährt in zehn Jahren nach Rechtskraft des Entscheides. *****

[2] Über die Verpflichtung zur Rückerstattung entscheidet das von der Regierung bezeichnete Amt. Dessen Entscheid kann mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. *****

[3] Die Steuerverwaltung macht dem für die Geltendmachung der Erstattungsansprüche zuständigen Amt die notwendigen Daten mittels Abrufverfahren zugänglich. In den Gemeinden ist die für die Rückerstattung zuständige Stelle berechtigt, die notwendigen Daten über das Steueramt einzusehen. *****

---

1) BR 370.120
2) BR 370.110

7. Vollstreckung

Art. 80 Zuständigkeit

[1] Die Verwaltungsbehörden vollstrecken ihre Entscheide selbst. Sie können die Vollstreckung einer ihnen unterstellten Behörde übertragen.

[2] Der Vollzug eines Beschwerdeentscheids obliegt derjenigen Behörde, die erstinstanzlich befunden hat. Kommt diese ihrer Verpflichtung nicht oder nicht richtig nach, kann die Hilfe der Rechtsmittelinstanz in Anspruch genommen werden.

[3] Die Vollstreckung der vom Verwaltungsgericht verfügten oder angeordneten Massnahmen obliegt dem für die Justiz zuständigen Departement.

[4] Abweichende Vorschriften anderer Erlasse bleiben vorbehalten.

8. Schlussbestimmungen

Art. 85 Übergangsrecht

[1] Bei In-Kraft-Treten dieses Gesetzes hängige Verfahren werden vor der jeweiligen Instanz nach bisherigem Recht zu Ende geführt.

[2] Die Weiterziehbarkeit und das Rechtsmittelverfahren richten sich nach neuem Recht, wenn bei dessen In-Kraft-Treten die Rechtsmittelfrist noch nicht abgelaufen ist.

[3] Die Frist zur Anfechtung von rechtsetzenden Erlassen beginnt mit In-Kraft-Treten dieses Gesetzes.

[4] Die Verjährung der vor Inkrafttreten der Teilrevision des Anwaltsgesetzes vom 21. Oktober 2008 gewährten unentgeltlichen Prozessführungen beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu laufen. *****

Art. 85b * Zivilrechtliche Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht

[1] Erstinstanzliche Endentscheide des Verwaltungsgerichts, die gemäss Artikel 72 Absatz 2 Litera b BGG[1)] in unmittelbarem Zusammenhang mit Zivilrecht stehen, können mit zivilrechtlicher Beschwerde oder Berufung an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

[2] Diese Bestimmung gilt auch für Fälle, die bei ihrem Inkrafttreten am Verwaltungsgericht hängig sind.

[1)] SR 173.110

Einführungsgesetz zum Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren nach eidgenössischem Sozialversicherungsrecht (EGzSSV)

Vom 31. August 2006 (Stand 1. Januar 2011)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 und 56 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 30. Mai 2006[3)],

beschliesst:

1. Zuständigkeit und Organisation

Art. 1 Zuständigkeit

[1] Das Schiedsgericht beurteilt Streitigkeiten zwischen Versicherern und Leistungserbringern, für die das eidgenössische Sozialversicherungsrecht ein Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren vorsieht.

[2] Dem Schiedsgerichtsverfahren hat ein Schlichtungsverfahren vorauszugehen, sofern nicht schon eine vertraglich eingesetzte Schlichtungsinstanz geamtet hat.

Art. 2 Organisation

[1] Die Schlichtungsstelle und das Schiedsgericht sind organisatorisch dem Verwaltungsgericht unterstellt.

Art. 3 Zusammensetzung

[1] Die Schlichtungsstelle besteht aus einer Vermittlerin oder einem Vermittler und einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter.

1) GRP 2006/2007, 205
2) BR 110.100
3) Seite 457

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Das Schiedsgericht setzt sich aus der oder dem Vorsitzenden und je einer von den Parteien bezeichneten Person zusammen.

Art. 4 Wahl
1. Schlichtungsstelle und Präsidium Schiedsgericht

[1] Das Plenum des Verwaltungsgerichts wählt die Mitglieder der Schlichtungsstelle und bezeichnet aus seinen Mitgliedern das Präsidium des Schiedsgerichts und dessen Stellvertretung.

[2] Die Amtsdauer entspricht derjenigen der Mitglieder des Verwaltungsgerichts.

[3] Bei Verhinderung der gewählten Personen bezeichnet das Verwaltungsgericht für den Rest der Amtsdauer oder für den gegebenen Fall einen Ersatz.

Art. 5 2. Mitglieder Schiedsgericht

[1] Die von den Parteien als Schiedsrichter bezeichneten Personen haben die Voraussetzungen der richterlichen Unabhängigkeit zu erfüllen.

[2] Hat eine Partei innert der von der oder dem Vorsitzenden angesetzten Frist ihre Vertretung im Schiedsgericht nicht bezeichnet, wird diese nach Anhörung der betreffenden Partei von der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichts bestimmt.

Art. 6 Ausstand

[1] Der Ausstand richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[1)]. *****

[2] Die oder der Vorsitzende des Verwaltungsgerichts beurteilt als einzige kantonale Instanz bestrittene Ausstandseinreden.

Art. 7 Entschädigung

[1] Die Entschädigung der Mitglieder der Schlichtungsstelle richtet sich nach dem effektiven Aufwand und beträgt 75 Prozent des vom Bündner Anwaltsverband empfohlenen Honoraransatzes.

[2] Die Mitglieder des Schiedsgerichts erhalten für Sitzungen und Aktenstudium ein Taggeld, das den Betrag von 300 beziehungsweise 500 Franken nicht unter- beziehungsweise überschreiten darf.

[3] Das Verwaltungsgericht regelt die Einzelheiten in einer Verordnung[2)] und passt das Taggeld periodisch der Teuerung an.

Art. 8 Verfahrenskosten und unentgeltliche Rechtspflege

[1] Das Schlichtungs- und das Schiedsverfahren sind kostenpflichtig.

---

1) BR 370.100
2) BR 370.310

[2] Die Kosten, die Parteientschädigung und die unentgeltliche Rechtspflege richten sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[1)].

[3] Gegen Entscheide der Schlichtungsstelle und des Schiedsgerichts betreffend die unentgeltliche Rechtspflege kann innert zehn Tagen beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden.

[4] Die Kosten der Rechtsverbeiständung trägt vorläufig der Kanton über das Verwaltungsgericht.

2. Verfahren

Art. 9 Schlichtungsverfahren
1. Schlichtungsbegehren

[1] Das Schlichtungsverfahren wird durch Einreichen eines schriftlichen Schlichtungsbegehrens bei der Schlichtungsstelle eingeleitet.

[2] Das Schlichtungsbegehren muss die genaue Parteibezeichnung und das Rechtsbegehren enthalten.

[3] Das Einreichen des Schlichtungsbegehrens bewirkt die Rechtshängigkeit der Streitsache.

Art. 11 3. Scheitern des Schlichtungsverfahrens

[1] Die Schlichtungsstelle gibt der oder dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts durch Protokollauszug Kenntnis vom Scheitern des Schlichtungsverfahrens.

[2] Der Protokollauszug hat die Bezeichnung der Parteien und deren Rechtsbegehren zu enthalten.

Art. 12 Schiedsgericht
1. Klagefrist

[1] Die oder der Vorsitzende des Schiedsgerichts setzt der Partei, welche die Schlichtungsstelle zuerst angerufen hat, eine einmal erstreckbare Frist von 30 Tagen zur Einreichung der Klageschrift.

[2] Hat eine vertraglich eingesetzte Schlichtungsinstanz geamtet, so ist die Klage schriftlich innert 30 Tagen seit der Mitteilung des Scheiterns der Schlichtungsverhandlung beim Schiedsgericht einzureichen.

Art. 13 2. Verfahren

[1] Soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, sind die Bestimmungen über das Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht anwendbar.

[1)] BR 370.100

Art. 14 3. Rechtsmittel

[1] Gegen den Entscheid des Schiedsgerichts ist kein ordentliches kantonales Rechtsmittel zulässig.

3. Schlussbestimmungen

Art. 15 Übergangsbestimmungen

[1] Bei den im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes anhängigen Streitigkeiten finden die Verfahrensbestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Schulgesetz)

Vom 21. März 2012 (Stand 1. März 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 und Art. 89 Abs. 2 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2011[3)],

beschliesst:

10. Rechtspflege

Art. 95 Rechtsweg

[1] Verfügungen kommunaler Instanzen in Schulangelegenheiten können innert zehn Tagen an den Schulrat weitergezogen werden.

[2] Verfügungen und Entscheide des Schulrats in Schulangelegenheiten können innert zehn Tagen an das Departement weitergezogen werden, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt.

[3] Negative Zuweisungsentscheide und Verfügungen betreffend Nichtpromotion beziehungsweise Promotion können innert zehn Tagen an das Amt weitergezogen werden. Das Amt kann ein besonderes Verfahren zur Einsprachebeurteilung vorsehen. Entscheide des Amtes können innert zehn Tagen an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

[4] Verfügungen des Amtes über die Anordnung und Aufhebung von sonderpädagogischen Massnahmen im hochschwelligen Bereich können innert zehn Tagen an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

1) GRP 2011/2012, 892
2) BR 110.100
3) Seite 653

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über Hochschulen und Forschung (GHF)

Vom 24. Oktober 2012 (Stand 1. Januar 2016)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 und Art. 89 Abs. 3 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. Juni 2012[3)],

beschliesst:

7. Rechtspflege

Art. 31 Rechtsweg

[1] Nach Ausschöpfung des schulinternen Rechtsmittelverfahrens können folgende Entscheide der Hochschulen mit kantonaler Trägerschaft innert zehn Tagen mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden:

a) Entscheide betreffend Nichtzulassung zum Studium;
b) Entscheide betreffend Ausscheiden während des Studiums;
c) Entscheide betreffend Nichtbestehen des Studiums.

1) GRP 2012/2013, 255
2) BR 110.100
3) Seite 445

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Sprachengesetz des Kantons Graubünden (SpG)

Vom 19. Oktober 2006 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 3 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 16. Mai 2006[3)],

beschliesst:

2. Kantonale Amtssprachen

Art. 3 Grundsätze

[1] Die Amtssprachen des Kantons finden Anwendung in Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtsprechung.

[2] Jede Person kann sich in einer Amtssprache ihrer Wahl an die kantonalen Behörden wenden.

[3] Die kantonalen Behörden antworten in der Amtssprache, in der sie angegangen werden. Im Verkehr mit Gemeinden, Regionen und Gemeindeverbänden verwenden sie deren Amtssprachen. In Beschwerdeverfahren richtet sich die Verfahrenssprache nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache. *****

[4] Im Schriftverkehr benutzen die kantonalen Behörden, das Kantons-, das Verwaltungs- und das Zwangsmassnahmengericht die Amtssprachen in ihren Standardformen. *****

[5] Rätoromanische Standardform der kantonalen Behörden, des Kantons-, des Verwaltungs- und des Zwangsmassnahmengerichts ist Rumantsch Grischun. Personen rätoromanischer Sprache können sich in den Idiomen oder in Rumantsch Grischun an den Kanton wenden. *****

---

1) GRP 2006/2007, 492
2) BR 110.100
3) Seite 73

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 8 2. Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht *

[1] Am Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht können die Parteien für ihre Rechtsschriften und Eingaben eine kantonale Amtssprache ihrer Wahl verwenden. *

[2] Die Verfahrenssprache richtet sich in der Regel nach der im angefochtenen Entscheid verwendeten Amtssprache beziehungsweise nach der Amtssprache, welcher die beklagte Partei mächtig ist.

Art. 10a * 4. Schlichtungsbehörden

[1] Ist eine Schlichtungsbehörde für den ganzen Kanton zuständig, finden die Bestimmungen für das Kantons-, Verwaltungs- und Zwangsmassnahmengericht Anwendung. *

[2] Für die Verfahren vor den übrigen Schlichtungsbehörden finden die Bestimmungen über die Regionalgerichte sinngemäss Anwendung. *

Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden (Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG)

Vom 19. Oktober 2010 (Stand 1. Januar 2013)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 und Art. 81 Abs. 3 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 11. Mai 2010[3)],

beschliesst:

5. Rechtsschutz

Art. 42 Rechtsmittelverfahren

[1] Verfügungen der Fachstellen unterliegen der Verwaltungsbeschwerde.

[2] Verfügungen der Fachstellen, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

1) GRP 2010/2011, 267
2) BR 110.100
3) Seite 215

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Einführungsgesetz zum Heilmittelgesetz, EGzHMG)

Vom 27. August 2010 (Stand 1. Januar 2018)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 87 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Mai 2010[3)],

beschliesst:

5. Vollzug und Strafbestimmungen

Art. 29a * Weiterzug der Entscheide der Ethikkommission

[1] Gegen Entscheide der von der Regierung bezeichneten kantonalen Ethikkommission kann Beschwerde an das Verwaltungsgericht erhoben werden.

[1)] GRP 2010/2011, 130
[2)] BR 110.100
[3)] Seite 35

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Psychiatrischen Dienste Graubünden

Vom 23. Oktober 2012 (Stand 1. Januar 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 87 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 3. Juli 2012[3)],

beschliesst:

3. Personalrechtliche Entscheide

Art. 12 Anfechtbarkeit

[1] Personalrechtliche Entscheide der Leiterinnen oder Leiter von Unternehmenseinheiten können mit Verwaltungsbeschwerde bei der Direktion angefochten werden.

[2] Personalrechtliche Entscheide der Direktion gegenüber Leiterinnen oder Leitern von Unternehmenseinheiten können von diesen beim Verwaltungsrat angefochten werden.

[3] Die Beschwerde gegen personalrechtliche Entscheide der Direktion an den Verwaltungsrat ist nur zulässig, wenn der Weiterzug an das Verwaltungsgericht ausgeschlossen ist.

1) GRP 2012/2013, 250
2) BR 110.100
3) Seite 535

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz und zur Unfallverhütung nach Unfallversicherungsgesetz

Vom 19. Oktober 2005 (Stand 1. Januar 2011)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 41 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (Arbeitsgesetz, ArG)[2)] auf Art. 85 Abs. 1 und Art. 86 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung vom 20. März 1981 (Unfallversicherungsgesetz, UVG)[3)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 5. Juli 2005[4)],

beschliesst:

5. Rechtsmittel und Strafverfahren

Art. 9 Rechtsmittelverfahren
1. nach Arbeitsgesetz

[1] Gegen Verfügungen des Amtes kann innert 30 Tagen seit Mitteilung beim Departement Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

[2] Verfügungen und Entscheide des Departementes können innert 30 Tagen seit Mitteilung mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *

1) GRP 2005/2006, 599
2) SR 822.11
3) SR 832.20
4) Seite 889

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten

Vom 7. April 1957 (Stand 1. Januar 2011)

Vom Volke angenommen am 7. April 1957[1)]

3. Einigungsverfahren

Art. 14 * Rechtsmittel

[1] Der Vermittlungsvorschlag ist inhaltlich unweiterzüglich. Verfügungen des Einigungsamtes als Vermittlungsinstanz können, sofern eine Gesetzesverletzung geltend gemacht wird, mit Beschwerde gemäss Zivilprozessordnung[2)] an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

1) B vom 8. Oktober 1956, 339; GRP 1956, 427
2) SR 272

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung (KPVG)

Vom 26. November 1995 (Stand 1. Januar 2014)

Gestützt auf Art. 97 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994[1)]

vom Volke angenommen am 26. November 1995[2)]

2. Prämienverbilligung

2.2. ORGANISATION UND VERFAHREN

Art. 19 Rechtsmittel

[1] Gegen Verfügungen der AHV-Ausgleichskasse kann innert 30 Tagen seit Zustellung bei der gleichen Instanz eine schriftliche und begründete Einsprache erhoben werden. Das Einspracheverfahren ist kostenlos. Es besteht kein Anspruch auf Parteientschädigung.

[2] Gegen Einspracheentscheide der AHV-Ausgleichskasse kann innert 30 Tagen seit deren Mitteilung beim Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden schriftlich Beschwerde eingereicht werden. *

1) SR 832.10

2) B vom 7. März 1995, 46; GRP 1995/96, 15, 97

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über kantonale Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Kantonales Gesetz über Ergänzungsleistungen)

Vom 18. April 2007 (Stand 1. Januar 2012)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 9. Januar 2007[3)],

beschliesst:

3. Rechtsmittel

Art. 19 Beschwerde

[1] Gegen Einspracheentscheide der AHV-Ausgleichskasse kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Einspracheentscheides Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden erhoben werden.

1) GRP 2006/2007, 981
2) BR 110.100
3) Seite 1937

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger (Kantonales Unterstützungsgesetz)

Vom 3. Dezember 1978 (Stand 1. Januar 2017)

Vom Volke angenommen am 3. Dezember 1978[1)]

2. Leistungen der Wohnorts- und Bürgergemeinde

Art. 13 Streitigkeiten

[1] … *

[2] Über Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung des Unterstützungsgesetzes ergeben, entscheidet das Verwaltungsgericht.

[3] Bei der Anwendung des Gesetzes gelten sinngemäss die Grundsätze des Bundesgesetzes[2)], soweit dieses Gesetz nicht selbst Vorschriften enthält.

1) B vom 12. Juni 1978, 200; GRP 1978/79, 375, 380, 422

2) BG vom 24. Juni 1977 über die Unterstützung Bedürftiger, SR 851.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Familienzulagen (KFZG)

Vom 8. Februar 2004 (Stand 1. Januar 2013)

Vom Volke angenommen am 8. Februar 2004[1)]

5. Rechtspflege

Art. 22 Beschwerde

[1] Gegen Einspracheentscheide der Familienausgleichskassen kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Einspracheentscheides Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden erhoben werden.

Art. 23 Streitigkeiten über die Kassenzugehörigkeit

[1] Bei einer Streitigkeit über die Kassenzugehörigkeit können die Beteiligten die Regierung anrufen.

[2] Gegen den Entscheid der Regierung kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Entscheides Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden erhoben werden.

[1)] B vom 1. Juli 2003, 85; GRP 2003/2004, 390

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über Mutterschaftsbeiträge

Vom 8. Dezember 1991 (Stand 1. August 2009)

Vom Volke angenommen am 8. Dezember 1991[1)]

Art. 13 * Rechtsmittel

[1] Gegen die gestützt auf dieses Gesetz ergangenen Verfügungen kann innert 30 Tagen seit Zustellung Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht werden.

[1)] B vom 10. September 1990, 318; GRP 1990/91, 646 (1. Lesung), GRP 1991/92, 165 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG)

Vom 20. Oktober 2004 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 79 der Kantonsverfassung[1)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 15. Juni 2004[2)],

beschliesst:

3. Polizeiliche Massnahmen

Art. 22d * Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

[1] Die Kantonspolizei ordnet die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs für eine Notsuche und für die Fahndung nach verurteilten Personen nach dem Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs[3)] an.

[2] Die Einzelrichterin oder der Einzelrichter des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts genehmigt diese Anordnung und trifft die für die Wahrung des Berufsgeheimnisses erforderlichen Massnahmen.

[3] Richterliche Entscheide können mit Beschwerde beim Kantonsgericht angefochten werden. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen über die strafrechtliche Beschwerde sinngemäss.

1) BR 110.100
2) Seite 859
3) SR 780.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung des Bundes (EGzAAG)

Vom 10. Dezember 2008 (Stand 1. Januar 2022)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)] und Art. 124 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer[3)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 26. August 2008[4)],

beschliesst:

4. Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

Art. 21a * 5. Weiterzug

[1] Entscheide der richterlichen Behörde können mit Beschwerde beim Kantonsgericht angefochten werden.

[2] Für das Verfahren gelten die Bestimmungen über die strafrechtliche Beschwerde sinngemäss.

1) GRP 2008/2009, 432
2) BR 110.100
3) SR 142.20
4) Seite 593

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (EGzWPEG)

Vom 7. Dezember 2016 (Stand 1. Mai 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf das Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe[2)] und auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[3)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 9. August 2016[4)],

beschliesst:

Art. 3 Verwaltungsgericht

[1] Das Verwaltungsgericht ist zuständig für:

a) die Beurteilung von Beschwerden gegen Einspracheentscheide des Amtes;
b) die Beurteilung von Beschwerden gegen Erlass- und Stundungsentscheide des Amtes;
c) die Beurteilung von Beschwerden gegen Sicherstellungsverfügungen des Amtes;
d) den Erlass einer Schriftensperre.

[2] Das Gesuch um Erlass einer Schriftensperre wird im einzelrichterlichen Verfahren behandelt.

1) GRP 2016/2017, 481
2) SR 661
3) BR 110.100
4) Seite 407

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Graubünden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG)

Vom 19. Oktober 2011 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 21. Juni 2011[3)],

beschliesst:

3. Kreditrecht

Art. 21 Nachtragskreditbefreiung für den Kanton

[1] Bei Einzelkrediten des Kantons ist zudem kein Nachtragskredit nötig:

a) für Mehrausgaben bis 50 000 Franken oder, wenn dies mehr ausmacht, bis zwei Prozent je Einzelkredit;
b) für jährliche Mehrausgaben bis 20 Prozent eines Verpflichtungskredites;
c) für Mehrausgaben, soweit sie durch sachbezogene Mehreinnahmen oder Minderausgaben im gleichen Rechnungsjahr ausgeglichen werden;
d) * für Kreditumlagerungen innerhalb der Ausbaukredite der einzelnen Strassenkategorien sowie zwischen gleich lautenden Beitragskonten der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung.

7. Kantonale Zuständigkeiten

Art. 39 Kantons- und Verwaltungsgericht

[1] Das Kantons- und das Verwaltungsgericht sind bezüglich der kreditmässigen Entscheidkompetenzen der Regierung gleichgestellt.

---

1) GRP 2011/2012, 237
2) BR 110.100
3) Seite 355

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Für unerlässliche Ausgaben im unmittelbaren Zusammenhang mit der materiellen Rechtsprechung ist kein Nachtragskredit nötig.

[3] Soweit dies für den Justizbereich nötig ist, können das Kantons- und das Verwaltungsgericht nach Anhörung des Departementes für Finanzen und Gemeinden und der Finanzkontrolle durch Verordnung abweichende finanzrechtliche Bestimmungen erlassen.

Art. 39a * Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden

[1] Das Kantonsgericht regelt in einer Verordnung die kreditmässige Entscheidkompetenz sowie weitere finanzrechtliche Bestimmungen bezüglich der Regionalgerichte und Schlichtungsbehörden nach Anhörung des Departementes für Finanzen und Gemeinden, der Finanzkontrolle, der Regionalgerichte und der Schlichtungsbehörden.

Gesetz über die Finanzaufsicht (GFA)

Vom 19. Oktober 2011 (Stand 1. Januar 2017)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 21. Juni 2011[3)],

beschliesst:

1. Stellung und Organisation der Finanzkontrolle

Art. 1 Aufgabe und Organisation

[1] Oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons ist die Finanzkontrolle. Sie unterstützt:

a) den Grossen Rat und seine Geschäftsprüfungskommission bei der Ausübung der verfassungsmässigen Finanzaufsicht über die Verwaltung, das Kantons- und das Verwaltungsgericht und die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten;
b) die Regierung und die Departemente bei der Ausübung der Finanzaufsicht über die Verwaltung;
c) das Kantons- und das Verwaltungsgericht bei den finanziellen Aspekten der Justizaufsicht.

[2] Die Finanzkontrolle ist fachlich unabhängig und selbstständig. Sie ist in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet. Sie legt jährlich ihr Prüfprogramm fest und bringt dieses der Geschäftsprüfungskommission, der Regierung und auszugsweise dem Kantons- und dem Verwaltungsgericht zur Kenntnis.

[3] Die Regierung und die Geschäftsprüfungskommission schliessen mit der Finanzkontrolle eine Ziel- und Leistungsvereinbarung ab.

---

1) GRP 2011/2012, 259
2) BR 110.100
3) Seite 533

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[4] Administrativ ist die Finanzkontrolle dem Departement für Finanzen und Gemeinden zugeordnet.

Art. 8 Geschäftsverkehr

[1] Die Finanzkontrolle verkehrt direkt mit jenen Stellen, die ihrer Aufsicht unterstehen.

[2] Sie verkehrt direkt mit der Geschäftsprüfungskommission, der Regierung und dem Kantons- und dem Verwaltungsgericht. Diese laden die Leiterin oder den Leiter der Finanzkontrolle periodisch zu einer Aussprache ein.

Art. 9 Unterstützung und Information der Geschäftsprüfungskommission

[1] Die Finanzkontrolle unterstützt die Aufsichtstätigkeit der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen ihrer Möglichkeiten und nach Massgabe des dieser Kommission übertragenen Auftrages.

[2] Sie erteilt der Geschäftsprüfungskommission jede Auskunft, welche für die Ausübung der Oberaufsicht dienlich ist. Sie stellt ihr auf Verlagen alle Beschlüsse der Regierung, der Departemente und des Kantons- und des Verwaltungsgerichts, welche die Überwachung der Budgetkredite und den Finanzhaushalt betreffen, zur Verfügung. Ferner unterbreitet sie der Geschäftsprüfungskommission alle Prüfungsberichte und die dazugehörige Korrespondenz, und leitet ihr die Entscheide über die Erledigung von Beanstandungen und Anträgen zu.

[3] Sie legt der Geschäftsprüfungskommission jeweils ein Verzeichnis über sämtliche erstellte Prüfungsberichte und die dazugehörige Korrespondenz vor. Über länger dauernde Revisionen ist die Geschäftsprüfungskommission durch Zwischenberichte zu orientieren.

3. Aufgaben

Art. 13 Besondere Aufträge und Beratung

[1] Parlamentarische Untersuchungskommissionen, die Geschäftsprüfungskommission, die Regierung, die Departemente sowie das Kantons- und das Verwaltungsgericht können der Finanzkontrolle besondere Prüfungsaufträge erteilen und sie als beratendes Organ in Fragen der Finanzaufsicht beiziehen.

[2] Die Berichterstattung in diesen Fällen erfolgt nur an das auftraggebende Organ, welches nach allgemeinen Grundsätzen über das Informieren weiterer Stellen entscheidet.

[3] Die Finanzkontrolle kann Aufträge ablehnen, wenn die Abwicklung des ordentlichen Prüfprogramms gefährdet wird. Aufträge von parlamentarischen Untersuchungskommissionen können nicht abgelehnt werden.

4. Berichterstattung und Beanstandungen

Art. 14 Berichterstattung und Anträge

[1] Die Finanzkontrolle gibt ihre Feststellungen in mündlicher oder schriftlicher Form bekannt. Über die Ergebnisse von Dienststellen-Revisionen und übrigen wichtigen Prüfungen sowie bei Beanstandungen von erheblicher Bedeutung erstattet sie in jedem Fall schriftlichen Bericht.

[2] Der Bericht, der mit Anträgen verbunden werden kann, geht an die zuständige kantonale Dienststelle, das zuständige Regionalgericht, die zuständige Schlichtungsbehörde, das zuständige Departement, die Standeskanzlei, das Kantons- oder das Verwaltungsgericht und an das Departement für Finanzen und Gemeinden. Bei Revisionsstellenmandaten richtet sich der Bericht an das zuständige Organ. *****

[3] Die Berichte der Finanzkontrolle und die dazugehörigen Unterlagen sind nicht öffentlich zugänglich im Sinne des Gesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip. *****

Art. 15 Beanstandungen

[1] Geschäftsvorfälle, welche den Grundsätzen von Artikel 10 widersprechen, wie auch Unstimmigkeiten und Unzulänglichkeiten der Rechnungsführung, müssen von der Finanzkontrolle beanstandet werden.

[2] Nimmt die Finanzkontrolle bei der Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit Mängel der Organisation, der Arbeitsweise oder des Arbeitseinsatzes wahr, welche nicht direkt das Finanz- und Rechnungswesen betreffen, so gibt sie dem vorgesetzten Departement, der Standeskanzlei, dem Kantons- oder dem Verwaltungsgericht sowie dem Departement für Finanzen und Gemeinden davon schriftlich Kenntnis. Sie kann Verbesserungsmassnahmen empfehlen.

Art. 16 Erledigung und Entscheid

[1] Die Finanzkontrolle setzt der Dienststelle, dem Regionalgericht oder der Schlichtungsbehörde in der Regel eine Frist, innert welcher die Beanstandung zu erledigen oder einem Antrag Folge zu geben ist. Diese orientieren die Finanzkontrolle innert der festgesetzten Frist über die Erledigung der Beanstandungen oder Anträge. *****

[2] Lässt sich eine Beanstandung oder ein Antrag nicht innert der festgesetzten Frist erledigen, oder sind die Beanstandungen und Anträge bestritten, so unterbreitet die Finanzkontrolle die Angelegenheit zum endgültigen Entscheid:

a) der Regierung in Fällen, die nicht die Gerichte betreffen;
b) der zuständigen Aufsichtskommission zuhanden des Grossen Rates in Fällen, die das Kantons- oder das Verwaltungsgericht betreffen;
c) ***** dem Kantonsgericht in Fällen, die ein Regionalgericht oder eine Schlichtungsbehörde betreffen.

[3] Bis zur endgültigen Erledigung einer Beanstandung oder eines Antrages der Finanzkontrolle dürfen weder Zahlungen geleistet noch Verpflichtungen eingegangen werden, welche Gegenstand des Verfahrens bilden.

5. Verfahren

Art. 18 Strafbare Handlungen

[1] Ergeben sich Hinweise auf eine strafbare Handlung, meldet die Finanzkontrolle dies dem zuständigen Departement, der Standeskanzlei, dem Kantons- oder dem Verwaltungsgericht. Die informierten Instanzen sorgen unverzüglich für die gebotenen Massnahmen.

[2] Über die Einreichung einer Strafanzeige werden die Regierung und die Geschäftsprüfungskommission informiert.

[3] Werden keine ausreichenden Massnahmen ergriffen, informiert die Finanzkontrolle die Regierung sowie die Geschäftsprüfungskommission über die von ihr entdeckten Hinweise.

Steuergesetz für den Kanton Graubünden

Vom 8. Juni 1986 (Stand 1. Januar 2022)

Vom Volke angenommen am 8. Juni 1986[1)]

7. Verfahrensrecht

7.3. RECHTSMITTEL UND BERICHTIGUNG

Art. 137a * 2. Sprungbeschwerde

[1] Richtet sich die Einsprache gegen eine einlässlich begründete Veranlagungsverfügung, so kann sie mit Zustimmung des Einsprechers und der Veranlagungsbehörde als Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergeleitet werden.

Art. 139 II. Beschwerde
1. Voraussetzungen

[1] Gegen Einspracheentscheide und Entscheide über Steuererlasse kann der Steuerpflichtige innert 30 Tagen seit Zustellung des Entscheides beim Verwaltungsgericht schriftlich Beschwerde erheben. *****

[2] Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen und hat das Rechtsbegehren, den Sachverhalt, einen ziffernmässigen Antrag sowie eine kurze Begründung zu enthalten und ist zu unterschreiben. Die Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen. *****

[3] … *****

[4] … *****

Art. 140 2. Verfahren und Entscheid

[1] Innerhalb der Vernehmlassungsfrist kann die Gegenpartei Anschlussbeschwerde erklären und selbständig Anträge auf Abänderung der angefochtenen Veranlagung stellen. *****

[1)] B vom 5. März 1985, Seite 93, Heft Nr. 3 und 3a; GRP 1985/86, 336, (1. Lesung), 750 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[2] Im Beschwerdeverfahren hat das Verwaltungsgericht die gleichen Befugnisse wie die Veranlagungsbehörde im Veranlagungsverfahren. Eine mündliche Verhandlung findet nur ausnahmsweise statt. *

[3] Das Gericht kann, nach Anhören des Steuerpflichtigen, die Veranlagung auch zu dessen Nachteil abändern.

Art. 142 * 2. Verfahren

[1] Das Revisionsgesuch ist innert 90 Tagen seit Entdeckung des Revisionsgrundes, spätestens jedoch innert zehn Jahren seit Eröffnung der Verfügung oder des Entscheides, zu stellen.

[2] Zur Behandlung des Revisionsgesuches von Veranlagungsverfügungen und Einspracheentscheiden ist die kantonale Steuerverwaltung zuständig; die Revision von Beschwerdeentscheiden ist Sache des Verwaltungsgerichtes.

[3] Die Vorschriften über das Verfahren, in dem die frühere Verfügung oder Entscheidung ergangen ist, sind sinngemäss anwendbar. Revisionsentscheide der Steuerverwaltung können innert 30 Tagen mit Beschwerde weitergezogen werden.

7.6. BEZUG UND SICHERUNG

Art. 158 V. Sicherstellung
1. Sicherstellungsverfügung

[1] Hat der Steuerpflichtige keinen Wohnsitz in der Schweiz oder erscheint die Bezahlung der von ihm geschuldeten Steuer oder Busse als gefährdet, kann die kantonale Steuerverwaltung auch vor rechtskräftiger Feststellung des Betrages jederzeit Sicherstellung verlangen. *

[2] Die Verfügung hat den sicherzustellenden Betrag anzugeben und ist sofort vollstreckbar. Sie ist einem gerichtlichen Urteil im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs gleichgestellt.

[2bis] Die Sicherstellung muss in Geld, durch Hinterlegung sicherer, marktgängiger Wertschriften, mittels Grundpfand oder durch Bürgschaft geleistet werden. *

[3] Die Sicherstellungsverfügung ist dem Steuerpflichtigen schriftlich zu eröffnen und kann mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *

[4] Die Beschwerde hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht. *

7.7. BEHÖRDEN

Art. 166 * III. Vollzug von Bundesrecht

[1] Die kantonale Steuerverwaltung ist das Verrechnungssteueramt im Sinne des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer[1)] und die kantonale Verwaltung für die direkte Bundessteuer im Sinne des Bundessteuergesetzes[2)].

[2] Die Veranlagung der direkten Bundessteuer erfolgt zusammen mit der Kantonssteuer durch die für Letztere zuständigen Behörden.

[3] Das Verwaltungsgericht ist die Rekurskommission im Sinne des Verrechnungssteuergesetzes[3)] beziehungsweise des Bundessteuergesetzes[4)].

[4] Die Strafbehörden sind für die Verfolgung und Beurteilung von Steuervergehen zuständig. *****

---

1) Art. 35 Abs. 3 Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG) vom 13. Oktober 1965, SR 642.21

2) Art. 104 Abs. 2 und 3 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990, SR 642.11

3) Art. 35 Abs. 2 VStG

4) Art. 104 Abs. 3 DBG

Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern (GKStG)

Vom 31. August 2006 (Stand 1. Januar 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 und Art. 94 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 16. Mai 2006[3)],

beschliesst:

5. Vollzug und Verfahren

Art. 29 Rechtsmittel

[1] Gegen Verfügungen kann die steuerpflichtige Person innert 30 Tagen seit Zustellung bei der Veranlagungsbehörde schriftlich Einsprache erheben.

[2] Gegen Einsprache- und Revisionsentscheide kann die steuerpflichtige Person innert 30 Tagen seit Zustellung beim Verwaltungsgericht schriftlich Beschwerde erheben.

1) GRP 2006/2007, 188
2) BR 110.100
3) Seite 181

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG)

Vom 6. Dezember 2004 (Stand 1. April 2019)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 80 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 11. Mai 2004[3)],

beschliesst:

6. Formelles Baurecht

6.2. BEWILLIGUNGEN

Art. 87 BAB-Bewilligung, BAB-Behörde

[1] Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen (BAB) erfordern neben der Baubewilligung eine kantonale Bewilligung (BAB-Bewilligung).

[2] Zuständig für Entscheide über Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen ist das Departement (BAB-Behörde). Die Regierung kann durch Verordnung die Zuständigkeit ganz oder teilweise einer anderen kantonalen Behörde übertragen.

[3] Die kommunale Baubehörde überweist Gesuche für Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen (BAB-Gesuch), bei denen sie die Voraussetzungen für eine Baubewilligung und eine BAB-Bewilligung als erfüllt betrachtet, mit begründetem Antrag auf Erteilung der BAB-Bewilligung der Fachstelle. Andernfalls weist sie das Gesuch von sich aus ab.

[4] Erteilt die BAB-Behörde die BAB-Bewilligung, wird sie von der kommunalen Baubehörde zusammen mit der Baubewilligung eröffnet. In diesem Fall ist die Baubewilligung ohne Rücksicht auf allfällige kommunale Rechtsmittel direkt beim Verwaltungsgericht anfechtbar.

---

1) GRP 2004/2005, 284 (1. Lesung) und GPR 2004/2005, 813 (2. Lesung)
2) BR 110.100
3) Seite 257

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[5] Verweigert die BAB-Behörde die BAB-Bewilligung, eröffnet sie den ablehnenden BAB-Entscheid direkt den Gesuchstellenden, wodurch das Baugesuch als abgewiesen gilt. Für die Verfahrenskosten der Gemeinde erlässt die kommunale Baubehörde einen separaten Kostenentscheid.

[6] Bauten und Anlagen, die von der Regierung durch Verordnung von der Baubewilligungspflicht ausgenommen werden, erfordern keine BAB-Bewilligung, auch wenn die Gemeinden sie dem vereinfachten Baubewilligungsverfahren unterstellt haben. *

8. Rechtsschutz

Art. 100 Zusatzbewilligungen

[1] Die in diesem Gesetz und der darauf beruhenden Verordnung festgelegten Auflage-, Einsprache- und Beschwerdefristen für Nutzungspläne und Bauvorhaben gelten auch für gleichzeitig aufzulegende Gesuche für Zusatzbewilligungen.

[2] Werden Zusatzbewilligungen zusammen mit Entscheiden, Beschlüssen oder Verfügungen eröffnet, die der Beschwerde an das Verwaltungsgericht unterliegen, gilt das Rechtsmittel der Beschwerde auch für eine allfällige Anfechtung der Zusatzbewilligung. *

Art. 102 * Beschwerde
1. Entscheide der Regierung

[1] Entscheide der Regierung über den Erlass von kantonalen Nutzungsplänen und Ersatzordnungen, über die Genehmigung von kommunalen Grundordnungen sowie über Planungsbeschwerden können mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden.

[2] Entscheide der Regierung gemäss Absatz 1 sowie Entscheide über den Erlass des kantonalen Richtplans und die Genehmigung von regionalen Richtplänen können von den betroffenen Gemeinden und Regionen als Träger der Orts- beziehungsweise Regionalplanung mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. *

Art. 103 2. Verfügungen kantonaler Behörden

[1] Verfügungen kantonaler Behörden, die sich auf dieses Gesetz oder darauf beruhende Erlasse stützen und nicht gemäss ausdrücklicher Regelung bei der Regierung angefochten werden können, unterliegen der Beschwerde an das Verwaltungsgericht. *

[2] Verfügungen über den Erlass oder die Verlängerung kantonaler Planungszonen, die Genehmigung von Planänderungen nach Artikel 48 Absatz 3 sowie BAB-Entscheide können auch von den Gemeinden angefochten werden.

9. Schlussbestimmungen

Art. 105 Vollzug

[1] Die Regierung erlässt die in diesem Gesetz vorgesehenen Bestimmungen durch Verordnung. Sie kann bei Bedarf weitere zum Vollzug erforderliche Vorschriften erlassen.

[2] Das Beschwerderecht des Kantons gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung[1)] steht der Regierung zu. Das Verwaltungsgericht gibt dem Departement Gelegenheit, sich an Verfahren betreffend Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen und materielle Enteignung zu beteiligen.

[1)] SR 700

Enteignungsgesetz des Kantons Graubünden

Vom 26. Oktober 1958 (Stand 1. Januar 2013)

Vom Volke angenommen am 26. Oktober 1958[1)]

5. Die Enteignungsorgane

Art. 18 Enteignungskreise

[1] Die Regierung bestimmt die Enteignungskreise[1)].

[1)] B vom 9. April 1958, 168; GRP 1958, 89 und 145

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 19 Enteignungskommission

[1] Für alle in einem Enteignungskreis vorkommenden Enteignungsfälle wählt die Regierung für eine Amtsdauer von vier Jahren eine Enteignungskommission von drei Mitgliedern und zwei Stellvertretern. Der Präsident wird von der Regierung bezeichnet. Über die Protokollführung entscheidet die Kommission. *

[2] Für den Ausstand sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[2)] massgebend. *

[1)] Gemäss RB vom 30. Dezember 1958 und vom 19. März 1962 ist der ganze Kanton in acht Enteignungskreise eingeteilt worden, welche mit Ausnahme des einen eigenen Enteignungskreis bildenden Gebietes der Stadt Chur den Ingenieurbezirken entsprechen. Die Ingenieurbezirke sind folgendermassen eingeteilt: 1. Bezirk mit Sitz in Chur, umfassend die Untere Strasse von der St. Galler- und Liechtensteinergrenze bis Reichenau, die Obere Strasse von Chur bis Tiefencastel, ferner die Schanfiggerstrasse von Chur bis Arosa, die Prättigauerstrasse von Landquart bis Schiers/Schasseintobel, die Verbindungsstrassen sowie die Stationsstrassen der RhB, welche der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellt sind; 2. Bezirk mit Sitz in Mesocco, umfassend die Italienische Strasse Hinterrhein (Passanfang) –St. Bernhardin–Mesocco–Tessinergrenze nebst der Calancastrasse von Grono bis Rossa und die Verbindungsstrassen; 3. Bezirk mit Sitz in Samedan, umfassend die Obere Strasse von der Grenze Mulegns/Sur–Julier–Silvaplana–Maloja–Landesgrenze, die Engadinerstrasse von Silvaplana bis Punt ota oberhalb Brail, die Berninastrasse von Samedan und von Celerina/Schlarigna über Pontresina–Poschiavo bis Campocologno; dann die Albulastrasse von Preda bis La Punt Chamues–ch und die Verbindungsstrassen sowie die Stationsstrassen der RhB, die der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellt sind; 4. Bezirk mit Sitz in Scuol, umfassend die Engadinerstrasse von Punt ota oberhalb Brail bis Martina–Vinadi–Landesgrenze, die Ofenberg- und Münstertalerstrasse von Zernez bis zur Landesgrenze bei Müstair, die Umbrailstrasse bis zur Landesgrenze auf der Passhöhe, die Flüelastrasse von Susch bis Grenze Susch/Davos und die Samnaunerstrasse von Vinadi bis Spissermühle, die Verbindungsstrassen und die der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellten Stationsstrassen der RhB; 5. Bezirk mit Sitz in Davos-Platz, umfassend die Obere Strasse von Tiefencastel bis Grenze Mulegns/Sur, die Albulastrasse von Tiefencastel bis Preda, die Landwasserstrasse von Lantsch/Lenz über Wiesen bis Davos, die Flüelastrasse von Davos-Dorf bis Grenze Davos/Susch und die Prättigauerstrasse von Schiers–Schasseintobel bis Davos-Dorf, die Verbindungsstrassen sowie die der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellten Stationsstrassen der RhB; 6. Bezirk mit Sitz in Ilanz, umfassend die Oberländerstrasse ab Reichenau über Ilanz-Tavetsch bis zur Urnergrenze, die Oberländerstrasse von der Grenze Versam/Valendas bis Ilanz, dann die Lugnezerstrasse von Ilanz bis Vrin und Val Gronda über Peiden bis Vals, die Glennerstrasse von Ilanz bis Peidenbad, die Lukmanierstrasse von Disentis/Mustér bis zur Tessinergrenze, die Verbindungsstrassen und die der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellten Stationsstrassen der RhB; 7. Bezirk mit Sitz in Thusis, umfassend die Italienische Strasse von Reichenau bis Hinterrhein (Passanfang), den Splügenpass bis Landesgrenze, die Averserstrasse, die Schynstrasse von Thusis bis Tiefencastel, die Oberländerstrasse von Bonaduz bis Grenze Versam/Valendas, die Safierstrasse von Versam bis Safien-Thalkirch und die Domleschgerstrasse von Rothenbrunnen bis Sils i.D. sowie die Verbindungsstrassen und die Zufahrtsstrassen zu den Stationen der RhB, die der kantonalen Strassenpolizeiordnung unterstellt sind.

[2)] BR 370.100

[3] Erstreckt sich das auszuführende Werk über mehrere Enteignungskreise, so bestimmt die Regierung eine einzige Enteignungskommission.

Art. 20 Zuständigkeit

[1] Der Enteignungskommission obliegt im besondern der Entscheid über:

a) Bestand und Höhe des Schadens aus dem Enteignungsbann;
b) Ausdehnungsbegehren des Enteigneten und des Enteigners;
c) bestrittene Rechte;
d) Art und Höhe der Enteignungsentschädigung;
e) vorzeitige Besitzeseinweisung und damit verbundene Massnahmen;
f) * …
g) nachträgliche Forderungen;
h) Höhe der Entschädigung bei Verzicht auf die Enteignung;
i) Möglichkeit des Rückforderungsrechtes und Höhe der allfälligen Gegenleistung;
k) * Entschädigungsforderungen wegen enteignungsähnlicher Tatbestände (materielle Enteignung);
l) * nachträgliche Entschädigungsansprüche, sofern ein Enteignungsverfahren nicht oder nicht gegen den Geschädigten durchgeführt worden ist;
m) * das Vorliegen einer materiellen Enteignung.

Art. 21 * Aufsicht

[1] Das Verwaltungsgericht übt die Aufsicht über die Enteignungskommissionen aus.

[2] Es überwacht ihren Geschäftsgang in geeigneter Weise und kann ihnen allgemeine Weisungen erteilen.

[3] Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationgesetzes über die Justizaufsicht finden sinngemäss Anwendung.

Art. 22 * Verwaltungsgericht

[1] Der Enteigner und der Enteignete können, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, alle Sachentscheide der Enteignungskommission an das Verwaltungsgericht weiterziehen[1)].

[2] Wird von einer Partei Beschwerde eingereicht, so steht der Gegenpartei das Recht der Anschlussbeschwerde zu. *

[3] … *

[4] … *

[1)] Siehe Art. 52 ff. VGG, BR 370.100

Perimetergesetz des Kantons Graubünden

Vom 28. September 1980 (Stand 1. Januar 2018)

Gestützt auf Art. 40 Abs. 5 der Kantonsverfassung[1)] und Art. 7 des Bundesgesetzes über die Wasserbaupolizei[2)]

vom Volke angenommen am 28. September 1980[3)]

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 9 * Rechtsmittel

[1] Verfügungen gemäss Artikel 7 Absatz 3 können innert 30 Tagen mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

2. Verfahren

Art. 13 Einleitungsbeschluss

[1] Im Einleitungsbeschluss wird das Perimetergebiet festgesetzt. Ferner enthält er einen Antrag an die Perimeterkommission betreffend die Höhe der öffentlichen Interessenz.

[2] Der Einleitungsbeschluss ist in geeigneter Weise bekanntzugeben und den betroffenen Grundeigentümern, bei Stockwerkeigentümergemeinschaften dem Verwalter, schriftlich mitzuteilen mit dem Hinweis, dass gegen die Anwendung des Perimeterverfahrens an sich und die Abgrenzung des Perimetergebietes innert 30 Tagen beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden kann. *****

---

1) Die neue Verfassung enthält keine entsprechende Bestimmung zu Art. 40 Abs. 5 Satz 4 aKV. Nun Art. 39 Abs. 2 Gemeindegesetz; BR 175.050

2) SR 721.10

3) B vom 19. November 1979, 347; GRP 1979/80, 721(1. Lesung) und GRP 1980/81, 127 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[3] Der rechtskräftige Einleitungsbeschluss kann bezüglich Durchführung des Perimeterverfahrens an sich und Abgrenzung des Perimetergebietes mit dem Perimeterentscheid nicht mehr angefochten werden.

Art. 17 Einsprache; Beschwerde *****

[1] Bis zehn Tage nach Ablauf der Auflagefrist kann gegen den Perimeterentscheid bei der Perimeterkommission schriftlich Einsprache erhoben werden.

[2] Die Kommission bereinigt die eingegangenen Einsprachen nach Möglichkeit auf gütlichem Wege. Wenn ihr dies nicht gelingt, erlässt sie einen schriftlichen Einspracheentscheid, der allen betroffenen Grundeigentümern, bei Stockwerkeigentümergemeinschaften dem Verwalter, und dem Träger des Werkes schriftlich mitzuteilen ist.

[3] Gegen den Einspracheentscheid kann innert 30 Tagen beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden. *****

[4] Zur Einsprache und Beschwerde ist auch der Träger des Werkes legitimiert. *****

Submissionsgesetz (SubG)

Vom 10. Februar 2004 (Stand 1. Januar 2014)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 5, 9 und 11 des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM) vom 6. Oktober 1995[2)] und Art. 13 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB)[3)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. November 2003[4)],

beschliesst:

6. Rechtsschutz

Art. 25 Beschwerde

[1] Gegen Verfügungen des Auftraggebers kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

[2] Als durch Beschwerde selbständig anfechtbare Verfügungen gelten:

a) die Ausschreibung des Auftrages;
b) der Entscheid über die Auswahl der Teilnehmer im selektiven Verfahren;
c) der Zuschlag und der Ausschluss vom Verfahren;
d) der Widerruf, der Abbruch und die Wiederholung des Verfahrens.

[3] Beschaffungen, die gemäss Artikel 14 Absatz 1 Ziffer 3 im freihändigen Verfahren erfolgen, sind nicht anfechtbar.

1) GRP 2003/2004, 596
2) SR 943.02
3) BR 803.510
4) Seite 279

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 28 Aufschiebende Wirkung

[1] Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

[2] Das Verwaltungsgericht kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

[3] Wird die aufschiebende Wirkung auf Gesuch des Beschwerdeführers angeordnet und kann sie zu einem bedeutenden Nachteil führen, so kann der Beschwerdeführer innerhalb nützlicher Frist zur Leistung von Sicherheiten für die Verfahrenskosten und mögliche Parteientschädigungen verpflichtet werden. Wird die Sicherheit nicht fristgerecht geleistet, wird der Entscheid über die aufschiebende Wirkung hinfällig.

[4] Der Beschwerdeführer ist verpflichtet, den durch seine Handlungen in absichtlicher oder grobfahrlässiger Weise entstandenen Schaden aus der aufschiebenden Wirkung zu ersetzen.

Art. 29 Beschwerdeentscheid

[1] Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, kann das Verwaltungsgericht die Aufhebung der Verfügung beschliessen und in der Sache selbst entscheiden oder sie an den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anordnungen zurückweisen.

[2] Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt das Verwaltungsgericht fest, dass die Verfügung rechtswidrig ist.

Art. 30 Schadenersatz

[1] Der Auftraggeber haftet für den Schaden, den er durch einen Entscheid verursacht hat, dessen Rechtswidrigkeit vom Verwaltungsgericht festgestellt worden ist.

[2] Sofern ein vorzeitiger Vertragsabschluss zulässig ist, beschränkt sich die Haftung auf Aufwendungen, die dem Anbieter im Zusammenhang mit dem Vergabe- und Rechtsmittelverfahren erwachsen sind.

[3] Das Schadenersatzbegehren ist spätestens ein Jahr nach Feststellung der Rechtswidrigkeit einzureichen.

[4] Die Zuständigkeit und das Verfahren richten sich nach den Bestimmungen des kantonalen Staatshaftungsgesetzes[1)]. *****

7. Sanktionen

Art. 31 Verletzung arbeitsrechtlicher Vorschriften

[1] Die Regierung und die gemäss Spezialerlassen bezeichneten Behörden sind zuständig zur Entgegennahme von Anzeigen seitens der Arbeitnehmer, von paritätischen Kommissionen oder von anderen Kontrollorganen.

[1)] BR 170.050

[2] Bei schwerwiegenden Widerhandlungen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau kann die Regierung oder die gemäss Spezialerlassen bezeichnete Behörde den fehlbaren Anbieter verwarnen oder für die Dauer von bis zu fünf Jahren von künftigen Vergaben ausschliessen.

[3] Soweit keine anderen spezialgesetzlichen Regelungen bestehen, kann dieser Entscheid innert 30 Tagen mittels Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. *****

[4] Das Departement führt eine Liste der vom öffentlichen Beschaffungswesen ausgeschlossenen Anbieter. Diese Liste ist den Auftraggebern sowie den Kontrollorganen zugänglich und gibt Auskunft über die Dauer der Sperre.

[5] Andere Behörden, die vergaberechtliche Sanktionen gegen ein Unternehmen wegen Verletzungen der Arbeitsschutzbestimmungen oder Arbeitsbedingungen aussprechen, stellen dem mit dem Vollzug der Submissionsvorschriften betrauten Departement eine Kopie des entsprechenden Entscheides zu.

Wasserrechtsgesetz des Kantons Graubünden (BWRG)

Vom 12. März 1995 (Stand 1. Januar 2013)

Vom Volke angenommen am 12. März 1995[1)]

2. Nutzung der Wasserkraft

2.8. VERFAHREN

Art. 56 e) Öffentliche Auflage des Genehmigungsentscheides, Rechtsmittel

[1] Der Konzessionsgenehmigungsentscheid, der Umweltverträglichkeitsbericht sowie die Beurteilung der kantonalen Umweltschutzfachstelle werden während 30 Tagen beim zuständigen Departement öffentlich aufgelegt. Vorbehalten bleiben die gesetzlichen Geheimhaltungspflichten sowie das Akteneinsichtsrecht der Beschwerdelegitimierten. *

[2] Die Auflage ist im Kantonsamtsblatt unter Hinweis auf die allfällig erteilten weiteren Bewilligungen zu publizieren.

[3] Der Konzessionsgenehmigungsentscheid kann innert 30 Tagen mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. Das Beschwerderecht steht auch den Gemeinden zu. *

[1)] B vom 13. Juni 1994, 193; GRP 1994/95, 334 (1. Lesung), 697 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Kantonales Gewässerschutzgesetz, KGSchG)

Vom 8. Juni 1997 (Stand 1. Januar 2016)

Gestützt auf Art. 45 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) vom 24. Januar 1991[1)]

vom Volke angenommen am 8. Juni 1997[2)]

7. Rechtspflege

Art. 36 Rechtsmittelverfahren

[1] Verfügungen von Gemeinden, Gemeindeverbindungen sowie der Fachstelle, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können innert 30 Tagen mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *****

[2] Andere Verfügungen der Fachstelle unterliegen der Verwaltungsbeschwerde gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz[3)]. *****

[3] … *****

1) SR 814.20
2) B vom 27. August 1996, Seite 399; GRP 1996/97, 652
3) BR 370.100

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (Kantonales Umweltschutzgesetz, KUSG)

Vom 2. Dezember 2001 (Stand 1. April 2020)

Gestützt auf Art. 36 und 65 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) vom 7. Oktober 1983[1)] sowie Art. 41[bis] der Verfassung für den Kanton Graubünden[2)]

vom Volke angenommen am 2. Dezember 2001[3)]

7. Rechtspflege

Art. 53 Rechtsmittelverfahren

[1] Verfügungen der Fachstelle, die im Zusammenhang mit einer Baubewilligung stehen, können innert 30 Tagen mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *****

[2] Andere Verfügungen der Fachstelle unterliegen der Verwaltungsbeschwerde gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz[4)]. *****

[3] … *****

1) SR 814.01
2) In der neuen KV Art. 81 Abs. 1; BR 110.100
3) B vom 5. Dezember 2000, 559; GRP 2000/2001, 719
4) BR 370.100

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Energiegesetz des Kantons Graubünden (BEG)

Vom 20. April 2010 (Stand 1. Januar 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 9 des eidgenössischen Energiegesetzes[2)] sowie Art. 31 Abs. 1 und Art. 82 Abs. 2 der Kantonsverfassung[3)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 12. Januar 2010[4)],

beschliesst:

6. Schlussbestimmungen

Art. 39 Übergangsbestimmungen

[1] Bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängige Verfahren werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.

[2] Verfahren, die vier Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes noch nicht rechtskräftig abgeschlossen wurden, sind nach neuem Recht zu beurteilen.

[3] Streitfälle über die Anschlussbedingungen für unabhängige Produzenten nach Artikel 7 des eidgenössischen Energiegesetzes[5)] in der Fassung vom 26. Juni 1998[6)] entscheidet das Departement unter Vorbehalt des Weiterzuges ans Verwaltungsgericht.

1) GRP 2009/2010, 498
2) SR 730.0
3) BR 110.100
4) Seite 283
5) SR 730.0
6) AS 1999, 197

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die amtlichen Immobilienbewertungen (IBG)

Vom 7. Dezember 2016 (Stand 1. Januar 2018)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 6. September 2016,

beschliesst:

4. Rechtsschutz

Art. 20 Beschwerde

[1] Gegen den Einspracheentscheid des Amts kann innert 30 Tagen seit Mitteilung beim Verwaltungsgericht schriftlich Beschwerde erhoben werden.

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Gesetz über die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz)

Vom 25. September 1994 (Stand 1. Dezember 2012)

Vom Volke angenommen am 25. September 1994[1)]

6. Rechtsschutz und Strafbestimmungen

6.1. RECHTSSCHUTZ

Art. 29 * Rechtsmittel

[1] Ist eine nachgeordnete Amtsstelle, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine private, mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Organisation zuständig, ist die Verwaltungsbeschwerde an das zuständige Departement zulässig.

[2] Gegen Entscheide und Verfügungen des Departements ist die Beschwerde an das Verwaltungsgericht zulässig.

[3] Bestimmungen des Bundes- und des kantonalen Rechts über besondere Rechtsmittel und Verfahren bleiben vorbehalten.

[1)] B vom 23. November 1993, 339; GRP 1993/94, 821 (1. Lesung); GRP 1994/95, 96 (2. Lesung)

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Meliorationsgesetz des Kantons Graubünden

Vom 5. April 1981 (Stand 1. Januar 2016)

Vom Volke angenommen am 5. April 1981[1)]

1. Allgemeine Vorschriften

Art. 6 * Zuständigkeit zur Festlegung des Beizugsgebietes

[1] Das Beizugsgebiet wird durch das zuständige kantonale Amt im Einvernehmen mit den Gemeindevorständen festgelegt. Kommt keine Einigung zustande, so entscheidet das Departement des Innern und der Volkswirtschaft.

[2] Analog ist bei Änderungen des Beizugsgebietes zu verfahren. Bei den durch eine Genossenschaft durchgeführten Meliorationen tritt in diesem Falle anstelle des Gemeindevorstandes der Genossenschaftsvorstand.

[3] Der Entscheid des Departementes kann mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden. *****

2. Güterzusammenlegung

2.2. VORBEREITUNG

Art. 18 * Anfechtung des Beschlusses und der Anordnung

[1] Der Durchführungsbeschluss und die amtliche Anordnung können mittels Beschwerde direkt beim Verwaltungsgericht angefochten werden. Diese hat sich gegen die für die Durchführung verantwortliche Gemeinde oder im Falle der Anordnung durch die Regierung gegen den Kanton zu richten.

[1)] B vom 30. Juni 1980, 169; GRP 1980/81; 205 (1. Lesung); GRP 1980/81, 449, 456 (2. Lesung)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

2.4. RECHTSSCHUTZ

Art. 37 Rechtsmittelinstanzen

[1] Rechtsmittelinstanzen sind die Schätzungskommissionen und das kantonale Verwaltungsgericht.

Art. 43 * Beschwerde

[1] Sowohl die betroffenen Grundeigentümer wie auch die Träger des Unternehmens können gegen die Entscheide der Schätzungskommission innert 30 Tagen seit Zustellung beim Verwaltungsgericht Beschwerde erheben.

Art. 44 * Ausschluss des Einsprache- und Beschwerdeverfahrens *

[1] Das Einsprache- und Beschwerdeverfahren nach Artikel 39 ff. findet keine Anwendung bei Einsprachen gegen das Grundeigentümerverzeichnis und das Auflageprojekt. *

[2] Einsprachen gegen das Grundeigetümerverzeichnis werden durch das zuständige Departement beurteilt.

[3] Gegen den Einspracheentscheid ist die Beschwerde an das Verwaltungsgericht möglich. *

[4] Einsprachen gegen das Auflageprojekt richten sich nach Artikel 44bis ff.

2.5. PROJEKTGENEHMIGUNG

Art. 44ter * Einsprachelegitimation

[1] Zur Einsprache ist berechtigt:

a) wer vom Auflageprojekt berührt ist und ein schutzwürdiges Interesse an dessen Aufhebung oder Änderung geltend machen kann;
b) die betroffene Gemeinde;
c) gesamtschweizerische Umweltschutzorganisationen, sofern und soweit ihnen auch die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht offensteht.

Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR)

Vom 17. Juni 2005 (Stand unbekannt)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 9 Abs. 3, Art. 21 Abs. 2 und 3 sowie Art. 31 Abs. 1 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 25. Januar 2005[3)],

beschliesst:

2. Wahlen und Abstimmungen

2.2.A ANMELDEVERFAHREN FÜR MAJORZWAHLEN AN DER URNE *

Art. 19b * Erneuerungswahlen
1. Aufforderung

[1] Bis spätestens am vierzehntletzten Montag vor dem Wahltag ist die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu publizieren: *

a) bei kantonalen Wahlen von der Standeskanzlei;
b) bei Grossratswahlen von den Regionalausschüssen;
c) bei Regionalgerichtswahlen von den Verwaltungskommissionen der Regionalgerichte;
d) bei kommunalen Wahlen von den Gemeindekanzleien.

[2] Die Aufforderung beinhaltet:

a) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen;
b) Datum eines zweiten Wahlganges;
c) Ort und Frist der Einreichung von Wahlvorschlägen für einen zweiten Wahlgang.

---

1) GRP 2005/2006, 144
2) BR 110.100
3) Seite 3

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[3] Die Publikation der Aufforderung erfolgt bei kantonalen und regionalen Wahlen im Kantonsamtsblatt, bei kommunalen Wahlen in ortsüblicher Weise.

Art. 19e * c) Einreichung

[1] Wahlvorschläge müssen bis spätestens am neuntletzten Montag vor dem Wahltag eintreffen: *****

a) bei kantonalen Wahlen bei der Standeskanzlei;
b) bei Grossratswahlen beim zuständigen Regionalausschuss;
c) bei Regionalgerichtswahlen bei der zuständigen Verwaltungskommission;
d) bei kommunalen Wahlen bei der zuständigen Gemeindekanzlei.

[2] Nach diesem Zeitpunkt eingereichte Wahlvorschläge fallen ausser Betracht.

Art. 19f * d) Bereinigung

[1] Die Einreichungsinstanz prüft fortlaufend die eingegangenen Wahlvorschläge in Bezug auf die Formerfordernisse, die Wählbarkeit der Kandidierenden und die Gültigkeit der Unterschriften. *****

[2] Bei Mängeln wird der Vertretung des Wahlvorschlags unverzüglich eine kurze Frist zur Behebung angesetzt.

[3] Wird ein Mangel nicht fristgemäss behoben, so ist der Wahlvorschlag ungültig. Betrifft der Mangel nur eine vorgeschlagene Person, so wird lediglich deren Name gestrichen.

[4] Nach Ablauf der Anmeldefrist ist eine Behebung von Mängeln ausgeschlossen.

Art. 19g * e) Rückzug

[1] Rückzüge von Wahlvorschlägen müssen bis spätestens am neuntletzten Freitag vor dem Wahltag bei der Einreichungsinstanz eintreffen. *****

[2] Die vorgeschlagene Person muss dem Rückzug schriftlich zustimmen.

2.2.B STILLE WAHL DER MITGLIEDER DER REGIONALGERICHTE

Art. 19m Zustandekommen

[1] Eine Stille Wahl kommt zustande, wenn die Zahl der gültig vorgeschlagenen Personen der Zahl der zu vergebenden Sitze entspricht. Andernfalls findet ein öffentlicher Wahlgang statt.

[2] Die Verwaltungskommission des zuständigen Regionalgerichts entscheidet unverzüglich über das Zustandekommen der Stillen Wahl und veröffentlicht den Entscheid im Kantonsamtsblatt und in ortsüblicher Weise.

Gesetz über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Mitglieder des Kantons- und des Verwaltungsgerichts * (GGVG)

Vom 19. Oktober 2006 (Stand 1. Juli 2021)

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden[1)],

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung[2)],
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. Juli 2006[3)],

beschliesst:

Art. 1 Jahresgehalt

[1] Das Jahresgehalt einschliesslich des dreizehnten Monatslohns gemäss kantonalem Personalgesetz beträgt *

a) für die Präsidentin oder den Präsidenten 107 Prozent;
b) für die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten 105 Prozent;
c) für die Richterin oder den Richter 102 Prozent des Maximus der höchsten Gehaltsklasse.

des Maximus der höchsten Gehaltsklasse.

[2] Das Jahresgehalt wird in zwölf gleich grossen Monatsraten ausbezahlt.

Art. 2 Sozialzulagen, Leistungen im Todesfall

[1] Die Regelung der Besonderen Sozialzulage, der Kinderzulagen und der Leistungen im Todesfall richtet sich nach der kantonalen Personalgesetzgebung.

1) GRP 2006/2007, 400
2) BR 110.100
3) Seite 1079

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 3 Gehalt bei Verhinderung an der Arbeitsleistung

[1] Das Gehalt bei Verhinderung an der Arbeitsleistung, insbesondere während Krankheit, Berufs- und Nichtberufsunfalls sowie während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Personalgesetzgebung.

Art. 4 Auslagenersatz

[1] Auslagen, die in Ausübung der richterlichen Tätigkeit anfallen, werden nach den Bestimmungen der kantonalen Personalgesetzgebung vergütet.

Art. 5 Berufliche Vorsorge

[1] Die Gerichtsmitglieder werden für die berufliche Vorsorge bei der Kantonalen Pensionskasse Graubünden (KPG) versichert. *****

[2] Die Sparguthaben der ordentlichen Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts werden im Zeitpunkt der Alterspensionierung zu Lasten des Kantons um 25 Prozent erhöht. *****

[3] Bei Austritt aus der KPG wird die Austrittsleistung der ordentlichen Mitglieder des Kantons- und Verwaltungsgerichts erhöht. Der Zuschlag beträgt 2,5 Prozent für jedes erfüllte Altersjahr ab Alter 50, insgesamt jedoch höchstens 25 Prozent. Der Zuschlag geht zu Lasten des Kantons. *****

Art. 6 Übergangsbestimmungen

[1] Die nach altem Recht entstandenen Leistungen bleiben unverändert. Reichen die angesammelten individuellen Sparkapitalien zur Finanzierung dieser Leistungen nicht aus, übernimmt der Kanton deren Finanzierung im Umlageverfahren.

[2] Die in der bisherigen beruflichen Vorsorge der vollamtlichen Gerichtsmitglieder angesammelten individuellen Sparkapitalien werden zu Gunsten jedes Mitglieds als Freizügigkeitsleistung der KPG übertragen. Der betragsmässige Besitzstand ihrer Altersrenten bleibt gewahrt. Zur Besitzstandswahrung notwendige Erhöhungen des Sparguthabens gehen zu Lasten des Kantons.

Art. 7 * …

Art. 8 * …

Art. 9 * …

Art. 10 * …

Art. 11 * …

Art. 12 * …

Art. 13 * …

Art. 14 * …

Art. 15 [1)]

Art. 16 Referendum und In-Kraft-Treten

[1] Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum[2)].

[2] Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens[3)].

[1)] Änderungen bisherigen Rechts werden nicht aufgeführt.

[2)] Die Referendumsfrist ist am 24. Januar 2007 unbenutzt abgelaufen.

[3)] Mit RB vom 30. Januar 2007 rückwirkend auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
19.10.2006	01.01.2007	Erlass	Erstfassung	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 1 Abs. 1	geändert	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 5 Abs. 1	geändert	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 7	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 8	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 9	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 10	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 11	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 12	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 13	aufgehoben	-
19.10.2006	01.01.2009	Art. 14	aufgehoben	-
02.02.2016	01.01.2017	Erlasstitel	geändert	2016-001
16.02.2021	01.07.2021	Art. 5 Abs. 2	geändert	2021-020
16.02.2021	01.07.2021	Art. 5 Abs. 3	geändert	2021-020

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	19.10.2006	01.01.2007	Erstfassung	-
Erlasstitel	02.02.2016	01.01.2017	geändert	2016-001
Art. 1 Abs. 1	19.10.2006	01.01.2009	geändert	-
Art. 5 Abs. 1	19.10.2006	01.01.2009	geändert	-
Art. 5 Abs. 2	16.02.2021	01.07.2021	geändert	2021-020
Art. 5 Abs. 3	16.02.2021	01.07.2021	geändert	2021-020
Art. 7	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 8	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 9	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 10	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 11	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 12	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 13	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-
Art. 14	19.10.2006	01.01.2009	aufgehoben	-